C 21734 D

Die staatstreue „Linke" nach Stammheim S.7



Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 120 12.12.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2,- DM

Eine neue „Spiegel–Affaire"



„Spiegel"-Titel



Hans-Georg Faust

„Spiegel"-Titel

Hans-Georg Faust

Ende November wurde der Journalist Hans Georg Faust (Bunte Illustrierte) auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof wegen des Verdachts der „Beschaffung und Verbreitung von Geheimmaterial" in Untersuchungshaft genommen. Faust soll wesentlich verantwortlich für die Aufdeckung der Abhöraktion gegen den Atomwissenschaftler Traube durch den Verfassungsschutz (VS) im Februar dieses Jahres sein, die vom „Spiegel" veröffentlicht worden war. Wenige Tage nach Faust's Verhaftung wurde der Amtsrat im Bundesamt für Verfassungsschutz („Abteilung Terrorismus"), Karl Dirnhofer, verhaftet. Er gilt als Beschaffer der Materialien, die Faust verarbeitete. Gegen Faust wird der Vorwurf erhoben, „*verfassungsfeindliche Sabotage*" betrieben zu haben (§ 88).

Faust war von 1955 bis 1964 beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Anfang der 60er Jahre engagierte er sich im „Fall Paetsch": VS-Mann Paetsch hatte damals die liberale Presse über den maßgeblichen Einfluß aller SS-Leute im VS und über Abhörpraktiken informiert. Faust solidarisierte sich mit Paetsch und mußte daraufhin 1964 aus dem VS ausscheiden.

Mittlerweile ist bekannt, daß Faust an einem Buch über den Verfassungsschutz arbeitete. Dieser hatte nach der Abhöraffäre natürlich ein Interesse daran, daß nicht weitere Enthüllungen publiziert werden. So wurde „kofferweise belastendes Material" vom VS aus der Wohnung von Faust abgeschleppt, darunter auch Tonbänder von Gesprächen Fausts mit dem früheren VS-Chef Nollau und anderen VS-Funktionären.

In der Presse lassen die Staatsschutzstellen verbreiten, Faust sei gar kein Journalist, er sei nur ein „Nachrichtenhändler", der mehrfach geäußert haben soll, daß er sich auf diese Art und Weise am Verfassungsschutz „rächen" wolle. Mit dieser Version trat auch Buback-Nachfolger Rebmann auf. Auf diese Art und Weise soll noch stärker verhindert werden, daß die VS-Praktiken öffentlicher Kontrolle und Kritik ausgesetzt werden. Sehr richtig stellt in einem der seltenen kritischen Pressekommentare Heiner Bremer im „Stern" fest, wenn es nach den Bundesanwälten ginge, „*dann soll in Zukunft als ‚verfassungsfeindliche Sabotage' bestraft werden, was in Wirklichkeit der Verfassung dient: Die Aufdeckung illegaler Staatseingriffe*" („Stern", 31/77).

Überdies wird auch wieder mit „Ermittlungen" gegen den „Spiegel" gedroht: Gegen Herausgeber Augstein, Chefredakteur Böhme und dem Redakteur Hentschel. Maihofer und Justizminister Vogel sollen eine Strafverfolgung gefordert haben!

Es ist das Verdienst der Ermittlungen von Faust (und anderen?), daß die Verfassungsschutzpraktiken in der Traube-Affäre einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. Damals gab es eine breite öffentliche Empörung über diese Praktiken. Nachdem mittlerweile Traube rehabilitiert worden ist und die Erregung und Empörung abgeflacht ist, ziehen Verfassungsschutz und staatliche Stellen offensichtlich ihre Konsequenzen aus der Affäre. Sie versuchen, die „undichten Stellen" zu stopfen, um zu verhindern, daß weitere Enthüllungen über Arbeit und Praktiken des VS ans Licht der Öffentlichkeit kommen.

Erschreckend ist das Echo, das der Fall Faust unter Liberalen und Demokraten findet, bzw. nicht findet: Kein Aufschrei, keine Empörung – ein wenig nüchterne Berichterstattung und vorwiegend Schweigen beherrschen die bürgerlichen Medien – Indiz dafür, wie weit das Bewußtsein und Abwehrkräfte gegenüber staatlicher Repression und Übergriffen auf die Pressefreiheit im Klima des „Stammheim-Deutschland" gesunken sind. Diese neue „Spiegel-Affäre" hat bisher nicht annähernd den Widerstand hervorgerufen, wie es die „Spiegel-Affäre" Anfang der 60er Jahre tat.

Verfassungsschutz will Spuren verwischen

Hält man sich vor Augen, daß kurz nach der Enthüllung über die Abhörmethoden gegen den Atomwissenschaftler eine Reihe von Abhör- und Spitzelfällen in der Bundesrepublik bekannt wurden, daß u.a. auch Häftlinge und Verteidiger in Stuttgart-Stammheim abgehört wurden (das Untersuchungsverfahren hierüber ist erst vor wenigen Tagen eingestellt worden, ohne Konsequenzen natürlich), wird deutlich, welche weitreichenden Folgen dieser Fall Faust haben könnte. Ein erneuter Schritt zum Abbau demokratischer Rechte, zur Einschränkung der Pressefreiheit, der stärker als bisher öffentlich gemacht werden muß!

**Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg
und AK-Redaktion**

Auseinandersetzung in der Druckindustrie!

Es geht um's Ganze!

Seit Montag den 28.11. finden in der gesamten westdeutschen Druckindustrie Warnstreiks statt. Bisher beschränkten diese sich allerdings bis auf wenige Ausnahmen noch auf die großen überregionalen Zeitschriften bzw. Zeitungsdruckereien, wo die unmittelbare Betroffenheit der dort arbeitenden Kollegen durch die neuen Techniken auch am größten ist. Damit zeichnet sich nach der jahrelangen Auseinandersetzung zwischen der DruPa und den drei Kapitalistenverbänden (nämlich Bundesverband Druck, Verband Deutscher Zeitungsverleger und Vereinigung Deutscher Zeitschriftenverleger) um die Einführung neuer Techniken in der Druckindustrie eine offene Konfrontation ab, nachdem es vorher meist auf betrieblicher Ebene zu Auseinandersetungen zwischen Betriebsräten und den jeweiligen Einzelkapitalisten gekommen ist (z.B. bei Gruner & Jahr in Hamburg und der Stuttgarter Zeitung).

Warnstreiks in der BRD

Den Anfang machten Kollegen aus dem süddeutschen Raum; ihnen folgten aber sehr schnell weitere Streiks in Heidelberg, Bremen, Hannover, Westberlin, Darmstadt, Düsseldorf, Wuppertal, Hamburg und vielen anderen Städten. Die streikenden Kollegen konnten erreichen, daß mehrere Zeitungen entweder verspätet oder mit geringerem Umfang auf den Markt kamen. Am erfolgreichsten waren die Münchner Kollegen, die koordiniert fünf Verlage auf einmal bestreikten. Die Tageszeitungen in München und Umgebung erschienen z.T. überhaupt nicht, bzw. mit weißen Stellen. Die Kapitalisten gehen davon aus, daß dies keine einmaligen Warnstreiks waren. Die „Frankfurter Rundschau" wies ihre Leser z.B. an mehreren Tagen darauf hin, daß sie nicht versichern könne, ob die Zeitung am nächsten Tag auch erscheint.

Etwas verspätet, dafür aber in einem Fall zweimal (Gruner & Jahr), streikten auch mehrere Hamburger Druckbetriebe. Die Forderungen, für die in Hamburg gestreikt werden, gehen teilweise über die des Hauptvorstandes hinaus:

- Keine Entlassung durch die Einführung neuer Technologien;
- 35 Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich;
- Fachkräfte der Druckindustrie an die Bildschirmgeräte;
- Datenträger, die nicht von Fachkräften der Druckindustrie erstellt wurden, werden nicht weiterverarbeitet;
- Redakteure dürfen nicht an Bildschirmterminals arbeiten;
- den an Bildschirmterminals Beschäftigten ist Maschinensetzerlohn zu zahlen.

Fortsetzung auf Seite 15

Gegenoffensive

gegen Repression und Arbeitslosigkeit

Zahlreiche Demonstrationen, an denen sich insgesamt fast 100.000 Menschen, zumeist Jugendliche und Studenten, beteiligten, haben in der vergangenen Woche stattgefunden. Schwerpunkte aller Demonstrationen war die zunehmende politische Verfolgung im Zusammenhang mit der „Terroristen"-Jagd, die Verschärfung der Hochschulgesetze und der damit verbundenen politischen Knebelung der Studentenbewegung. Gleichzeitig wurde örtlich gegen die rapide anwachsende Jugendarbeitslosigkeit mobilisiert. Dies ist ein eindrucksvoller Beweis, daß sich die demokratische und linke Bewegung durch die massiv vorgetragene Hetzkampagne der Bourgeoisie nicht hat einschüchtern lassen, sondern massiver denn je den Protest gegen den Abbau demokratischer Rechte auf die Straße trägt. Im Vordergrund standen dabei die Demonstrationen der Studentenbewegung, die derzeit im Kreuzfeuer der Hetzkampagne der Herrschenden steht. Hier ein kurzer Überblick über die gelaufenen Aktionen, über die im Innenteil ausführlicher berichtet wird.

Hamburg: Über 20.000 folgten einem Aufruf des Landesjugendringes und der ASten der Hochschulen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Hochschulgesetzgebung.
Westberlin: 20.000 Studenten beteiligten sich an der Abschlußdemonstration des 14 Tage andauernden Streiks an den Hochschulen gegen die Hochschulgesetzgebung.
Essen: An der regionalen Demonstration gegen die Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft und das Politische Mandat beteiligten sich über 20.000 Studenten.
Hannover: 7.000 Studenten, Schüler und Lehrer beteiligten sich an einer Demo der ASten, des Stadtschülerrats und der GEW.

Fortsetzung auf Seite 4



Demonstration mit 1.000 Teilnehmern in Bremen



Blick in die Welt

Außerordentlicher Kongreß der OCT

Ende November fand ein außerordentlicher Kongreß der französischen Organisation OCT statt, an dem der KB mit einer Vertreterin teilnahm. Nach ziemlich genau einjährigem politischem Leben der OCT (sie war Anfang Dezember 1976 aus einer Fusion der Gruppen OCR und OC–GOP hervorgegangen) war dieser a.o. Kongreß nötig geworden, weil sich innerhalb der Organisation erhebliche Differenzen herausgebildet hatten, die bereits die Form einer faktischen Fraktionierung in eine sog. „A-Tendenz" und eine „B-Tendenz" angenommen hatten. Die Tatsache, daß diese beiden „Tendenzen" wesentlich mit den beiden ursprünglichen Organisationen v o r dem Zusammenschluß zur OCT identisch sind (A-Tendenz = fast ausschließlich ex-OC-GOP), ist dabei nicht zufällig, sondern weist darauf hin, daß die „Vereinheitlichung" beim seinerzeitigen organisatorischen Zusammenschluß in gewissem Umfang a u c h dem Ausklammern (bzw. einer nur ungenügenden Diskussion und Überprüfung) der wesentlichen politischen Grundlagen der beiden betreffenden Organisationen zu „verdanken" war.

Festere Konturen nahmen die „Tendenzen" A und B bereits im Juli dieses Jahres an; seitdem hat es Dutzende innerorganisatorische Papiere der beiden „Tendenzen" gegeben und in den Wochen vor dem Kongreß wurde die Auseinandersetzung auch öffentlich in der OCT-Zeitung „l'étincelle" („Der Funke") ausgetragen. Und ebensowenig, wie die „historischen" Grundlagen dieser „Tendenzen" zufällig sind, ist es

ser „Tendenzen" zufällig sind, ist es

auch der Zeitpunkt, an dem die Differenzen aufbrachen: es war die Zeit, in der die Massenmobilisierung der AKW-Gegner gegen den „Schnellen Brüter" in Malville vorbereitet, organisiert und anschließend Bilanz darüber gezogen wurde.

Die „A-Tendenz" hat sich seitdem zum Fürsprecher einer Politik gemacht, die eine gründliche „Neu-Orientierung" des gesamten „Organisationskonzepts" und der „Art, Politik zu machen", wünscht. Die Genossen sprechen davon, daß die *„antikapitalistischen Bedürfnisse der Massen"* nicht wirklich die Politik der OCT (und der gesamten organisierten revolutionären Linken) leiten würden, und daß die *„Minipolit-Apparate"* der revolutionären Organisationen im Prinzip ein gleichermaßen *„taktierendes"* Verhältnis zu „den Massen" wie die Revisionisten hätten. Für die Genossen der „A-Tendenz" lauert überall *„der Stalinismus"*, der den Arbeitern *„die Fähigkeit zur direkten Aktion und zur Selbstorganisation"* raubt. Es müsse eine Organisation aufgebaut werden, die *„tief im Leben"* steckt. Dazu müsse *„eine langdauernde Basis-Arbeit"* (und weniger zentrale Kampagnen) entfaltet werden; vor allem müsse von dem von Lenin überlieferten Bild des „Berufsrevolutionärs", der nie eine Viertelstunde Zeit hat", Abstand genommen werden: *„Es gibt nicht auf der einen Seite die Massen, die Zeit für Phantasie haben, und auf der anderen Seite den Organisierten, der seine Linie in die Massen trägt."* Entsprechend dieser Vorstellungen, haben die Genossen der „A-Tendenz" es weitgehend abgelehnt, z.B. in die Anti-AKW-Bewegung in Malville überhaupt in organisierter und politisch selbständiger Weise einzugreifen, sondern haben es vorgezogen, „der Bewegung ihren Lauf zu lassen".

Die „B-Tendenz" hat demgegenüber stärker darauf beharrt, daß die besonderen Aufgaben und die besondere Verantwortung der Revolutionäre, sowohl politisch als auch organisatorisch, nicht durch einen falsch verstandenen „Demokratismus" hinweggeredet werden dürfe, der faktisch ein blindes Hinterdreintraben hinter der jeweiligen Konjunktur der spontanen Bewegung bedeuten würde. Gleichzeitig müsse nach Auffassung der „B-Tendenz" die Betriebsarbeit eine eindeutige Vorrangstellung in den Aufgaben der Organisation erhalten, weil dort die entscheidende Alternative zur revisionistischen PCF zu entwickeln sei.

Kennzeichnend für die ganze Auseinandersetzung zwischen den beiden „Tendenzen" (sowohl in schriftlicher Form in den vergangenen Monaten, als auch auf dem Kongreß) ist allerdings, daß sehr wenig konkret entlang den aktuellen praktischen Aufgaben der französischen Linken gestritten wurde, sondern vorrangig mit recht allgemeinen, thesenartigen Debatten. Zum Beispiel ist es eine schlichte Tatsache, daß die „A-Tendenz", die sehr viel von „Massen", „Basis" usw. redet, sich andererseits viel w e n i g e r als die „B-Tendenz" in der p r a k t i s c h e n M a s s e n a r b e i t der vergangenen Monate (Anti-AKW-Bewegung, Kampf gegen die Repression und Unterwerfung der französischen Regierung unter das „Modell Deutschland" usw.) engagiert hat – während umgekehrt das Propagandainstrument der OCT, die Wochenzeitung „l'etincelle", weitgehend von der „A-Tendenz" benutzt wurde. Sicher haben viele dem Spontaneismus und sogenannten „Autonomismus" verwandte Kritiken der „A-Tendenz" ihren Ansatzpunkt auch in t a t s ä c h l i c h e n Mängeln der bisherigen OCT-Politik, in sektiererischen Herangehensweisen gegenüber politisch breiter strukturierten Bewegungen (wie z.B. die Frauenbewegung oder auch die Anti-AKW-Bewegung) oder auch „nur" in Vernachlässigungen auf einigen Sektoren der Massenarbeit. Aber es ist unverkennbar, daß daraus von der „A-Tendenz" ein sehr gefährliches Konzept entwickelt wurde, das das Sektierertum mit einer Zerschlagung der eigenständigen

ner Zerschlagung der eigenständigen

Politik und der eigenständigen Organisierung der Revolutionäre zu „kurieren" versucht. Daß eine solche Konzeption keinerlei geschichtlichen Erfolg auf ihrer Seite hat, um ihre Berechtigung zu untermauern, ist nicht grundlos: sie verurteilt diejenigen zur Handlungsunfähigkeit, deren politisches Bewußtsein gerade die Erkenntnis davon ist, daß es gegenüber dem hochorganisierten und hoch-militarisierten imperialistischen Staatsapparat eine s c h l a g k r ä f t i g e Massenbewegung überhaupt erst a u f z u b a u e n gilt.

Auf dem Kongreß stellte die „A-Tendenz" rund ein Drittel, die „B-Tendenz" rund zwei Drittel der Delegierten – in etwa diesem Verhältnis wurden schließlich auch die Leitungsorgane neu gebildet. Wenn ein großer Teil der Delegierten (vor allem der „B-Tendenz") eine weitere Zusammenarbeit in ein und derselben Organisation bei den vorhandenen Differenzen auch als nicht möglich ansah und eine organisatorische Trennung vorgezogen hätte, blieb es doch „beim alten". Allerdings wurde die Aufforderung an die „A-Tendenz" gerichtet, ihre organisierte Fraktion innerhalb der OCT aufzulösen. Dies wurde von der „A-Tendenz" auch versichert – allerdings gleich mit dem Zusatz eingeschränkt, daß sie keinerlei Politik mittragen würden, „hinter der wir nicht stehen". Wieweit damit der weitere p o l i t i s c h e Zusammenhalt der OCT gesichert ist, zeichnete sich bereits bei der abschließenden Resolution des Kongresses ab (in der u.a. eine Unterstützung der „Linksunion" im ersten Wahlgang bei den Parlamentswahlen vom März '78 beschlossen wurde), die lediglich mit den Stimmen der „B-Tendenz" und mit geschlossener Enthaltung der „A-Tendenz" verabschiedet wurde.

Man kann daher kaum die Einschätzung treffen, daß dieser Kongreß die Einheit der OCT „wiederhergestellt" hätte; im Gegenteil ist davon auszugehen, daß die Auseinandersetzungen fortdauern und sich ggf. noch verschärfen werden. Ein Vorteil für die gesamte französische Linke wäre es allerdings, wenn diese Auseinandersetzung fruchtbarere Ergebnisse für die aktuellen praktischen Aufgaben der Revolutionäre bringen würde als bislang. Wir werden in den kommenden Ausgaben unserer Zeitung noch ausführlicher darüber berichten.

Frankreich-Kommission

CSU fordert: „Chilenische Verhältnisse" für die BRD

CDU-Sozialausschüsse, Junge Union und RCDS schlagen müde Töne gegen die Propagierung der faschistischen Militärdiktatur in Chile durch den CSU-Chef Strauß an. Helmut Schmidt, Lobredner auf die „Solidarität der Demokraten" bei der Bekämpfung des „Terrorismus" und Beschwörer der Zusammenarbeit mit CSU-Chef Strauß und CDU-Chef Kohl, schlägt einige radikale Töne an, ansonsten geht das normale politische Leben in diesen Kreisen weiter.

Anders dagegen die BRD-Anhänger der Faschisten in Chile, Südafrika und anderswo. Sie verteidigen nicht nur ihre Befürwortung faschistischer Mordtaten, sie propagieren sie sogar als Modell für die BRD.

Während CDU-Vorsitzender Kohl tölpelhaft versucht zu vermitteln und ein Gespräch zwischen Strauß und dem chilenischen Christdemokratenführer Frei, den Strauß als „verbraucht und verschlissen", als „Schlappschwanz" titulierte, herstellte, auf dem Strauß seine Kritik an den chilenischen Christdemokraten in keiner Weise zurücknahm, lobt der „Bayernkurier" den von den Christdemokraten ausgeschlossenen rechtsextremen Senator Carmona, der sich heute als Gesundbeter der Militärdiktatur betätigt („Bayernkurier", 3.12.77).

CSU-Zimmermann veröffentlichte ausgerechnet zum „Tag der Menschenrechte" eine provokatorische Erklärung, in der er die *„Diffamierung einer Militärregierung wie der chilenischen"* verurteilte und für die Erhaltung der diktatorischen Unterdrückung plädierte, *„solange die Gefahr besteht, daß ihre Ablösung der politischen Unfreiheit des einzelnen auch wieder die wirtschaftliche Unfreiheit des einzelnen und die nationale Unfreiheit des ganzen chilenischen Volkes hinzufügen würde"* („FR", 10.12.77).

Im „Bayernkurier" propagiert die CSU offen und ungeschminkt die chilenische Diktatur:

- Chile sei das Land, das sich *„erstmals in der Welt aus eigener Kraft von einer marxistischen Diktatur befreit hat"*
- *„Die Wirtschaft wurde wieder auf gesunde Grundlagen gestellt, und zwar auf die Grundlagen einer freien Marktwirtschaft"*

(CSU-MdB Hans Graf Huyn, „Bayernkurier", 3.12.77).

CSU-MdB Riedl lobt vor allem die Taten der deutschen Siedler in Chile (größtenteils Großgrundbesitzer), wesentliche Befürworter und Unterstützer des faschistischen Putsches: *„Wer die Geschichte Chiles studiert, wird erfahren, daß dieses Gebiet seit der Besiedelung durch Deutsche ein freies Land war, ein Pionierland für das ganze Chile"* („Bayernkurier", 3.12.77). So wurde denn Strauß wie zu Hause empfangen: *„Ich komme mir vor wie in meiner bayerischen Heimat"* und als Pinochet zu den Deutsch-Chilenen kam, brandete Jubel auf, berichtete Riedl: *„Der Jubel für Pinochet ist ehrlich und dankbar. Die Leute wissen, daß er sie vor dem Kommunismus gerettet hat"* („Bayernkurier", 3.12.77).

CSU-Generalsekretär Tandler *„prophezeit, ‚daß Bayern weiterhin die antisozialistische Bastion der Bundesrepublik schlechthin bleiben wird' "* und beschwört, daß die CSU ihre Bereitschaft *„zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung in der deutschen Politik"* nicht vernachlässigen werde. *„Vielmehr werde die CSU alles daran setzen, bayerische Verhältnisse möglichst bald ‚auch im größeren Haus Bundesrepublik' zu schaffen"* („Bayernkurier", zitiert nach „FAZ", 1.12.77).

Hier schließt sich der Kreis: In der deutsch-faschistischen Kolonie in Chile, in Anwesenheit von Pinochet und Ackerknecht, fühlt Strauß sich wie in seiner „bayerischen Heimat" – Bayern wiederum ist für ihn die „antisozialistische Bastion" der BRD. Schaffung „bayerischer Verhältnisse" in der BRD heißt nichts anderes, als die Schaffung „chilenischer Verhältnisse", heißt nichts anderes als die offene Propagierung faschistischer Verhältnisse für die BRD! Erinnern wir uns, daß Strauß bereits in seiner berüchtigten „Sonthofener Rede" ankündigte, den „Saustall" BRD auszumisten. Seine Chile-Reise hat noch einmal überdeutlich werden lassen, was Strauß und die hinter ihm stehenden Kreise des Kapitals für die BRD anstreben: eine faschistische, „antisozialistische Bastion", wie sie in Chile verwirklicht ist.

Reaktionäre Creme der BRD in Chile versammelt

Beim Besuch von Strauß zur „125. Wiederkehr des Jahres der ersten deutschen Einwanderung" in Chile versammelte sich alles, was Rang und Namen in der westdeutschen parlamentarischen Reaktion hat:

- neben Strauß die CSU-Abgeordneten Riedl, Graf Huyn
- Bayerns Arbeitsminister Pirkl (CSU),
- die CDU-Abgeordneten Schröder (Lüneburg) als Mitglied des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises" sowie Bruno Heck von der „Konrad-Adenauer-Stiftung" (Heck war es, der kurz nach dem faschistischen Putsch feststellte, daß es sich im zum KZ ausgebauten Stadion in Santiago gut leben lasse: *„Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm"*),
- der chilenische Honorarkonsul Fritz Bohmüller, Vorsitzender des deutsch-chilenischen Freundeskreises,
- Strauß-Gefolgsmann Kurt Ziesel, Herausgeber des rechtsradikalen „Deutschland Magazins"
- und last not least: Oberst Christian Ackerknecht, ehemaliger Militärattaché Chiles in der BRD und berüchtigter Folterknecht.

Die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung, der CSU-Pirkl vorsteht, wird zukünftig in Chile für „Erwachsenenbildung" tätig sein.

Die versammelte BRD-Reaktion wurde hofiert vom offiziellen Botschafter der BRD in Chile, Strätling, den das Auswärtige Amt der Bundesregierung ausdrücklich in Schutz nahm, was die „Ernsthaftigkeit" der Kritik der Bundesregierung am Strauß-Besuch belegt! (Informationen nach: „Spiegel", 28.11., „FR", 26.11. und 28.11.).

Juso-Austritte in Norderstedt und Bayern

Acht Norderstedter Jusos (bzw. SPD-Linke) reichte die reaktionäre SPD-Regierungs- und -parteipolitik – sie traten aus dieser Partei aus. *„Wir sind Mitglied der SPD geworden, um an einer politischen Veränderung mitzuwirken zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung. Aufgrund unserer Mitarbeit in der Partei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Mehrheit der SPD dieses Ziel nicht mehr verfolgt..."*

Insbesondere der Hamburger Parteitag der SPD, der die bisherigen Baustopp-Beschlüsse der Partei aufgehoben hat, hat ihnen, die zumeist aktive AKW-Gegner sind, den Rest gegeben. In einem Flugblatt an den Parteitag hatten sie davor gewarnt: *„Bevölkerung und SPD-Mitglieder sollen vom Bundesvorstand der SPD* (in Sachen Kernenergie – AK) *für dumm verkauft werden"*. Aber umsonst. Die Genossen erklären: *„Die Parteitagsbeschlüsse zur Kernenergie und Neutronenbombe können wir nicht mittragen"*.

Weiter sind die Genossen in Sorge um die antidemokratische Entwicklung gerade auch durch die Sozialdemokratie: *„Der Abbau demokratischer Grundrechte ... wird von der SPD-geführten Bundesregierung und den SPD-regierten Bundesländern gefördert. ... Wir sehen die Gefahr, daß die SPD weiterhin solche Gesetze unterstützt, die der politische Gegner später auch gegen Sozialdemokraten anwendet"*.

Die Genossen erklären abschließend: *„Wir werden unsere politischen Ziele außerhalb der SPD weiterhin verfolgen"*.

Ausgetreten sind schon kurz vor dem Hamburger Parteitag 25 Sozialdemokraten (davon 15 Erlanger, sechs Nürnberger, zwei aus Weißenburg und je einer aus Tübingen und Aschaffenburg). In ihrer gemeinsamen Austrittserklärung machen sie die SPD für die Demontage des „Rechtsstaates" mitverantwortlich. *„Die SPD trägt mit die Verantwortung dafür, daß sich dieser Staat in Richtung auf einen Polizeistaat entwickelt"*. Die Genossen kritisieren die unsoziale, arbeiterfeindliche Regierungspolitik und den Abbau der innerparteilichen Demokratie. Aus all dem ziehen sie den Schluß: *„Nicht außerhalb, sondern innerhalb der SPD beginnt für Sozialisten die politische Wirkungslosigkeit"* (zitiert nach „Extra-Dienst", 18.11.). Die Auseinandersetzung mit der SPD-Politik wollen sie auch weiterhin führen.

KB/Gruppe Norderstedt und SPD-Kommission

„Trennscheibenzelle" im UG

Das sozialdemokratisch regierte Hamburg hat als erstes Bundesland eine „Trennscheibenzelle" eingeführt. Die Einführung einer T-Zelle war — nach umfangreichen physikalischen und medizinischen Gutachten — selbst in Stammheim aber auch in Osnabrück nicht genehmigt worden.

„Trennscheibenzelle" — **das heißt, ein Raum, in dem Gefangener und Verteidiger durch eine dicke Scheibe voneinander getrennt sind und sich praktisch nur durch Anschreien „verständigen" können, „Trennscheibenzelle" bedeutet die Fortführung der Kontaktsperre mit anderen Mitteln.**

Um gegen die Einführung der T-Zelle zu protestieren, fand in Hamburg am 9.12. eine Pressekonferenz von Verteidigern politischer Gefangener statt mit P. Thode, F. Piontek, M. Böddeling, Weider, H. Himmermann, E. Reinecke.

Die Verteidiger betonten, daß sie in dieser Sache für ca. 200 Rechtsanwälte sprächen.

Sie erklärten, zwischen der Einführung der Trennscheibe und der mündlichen Verteidigerüberwachung bestehe kein wesentlicher Unterschied.

Ein Gefangener, der wochenlang isoliert ist (wie nach der Kontaktsperre) kann sich zunächst nur schwer konzentrieren. Und zur Vorbereitung der Verteidigung müssen wahre Aktenberge durchgeackert werden. Also ist der persönliche Kontakt wichtig.

Die Trennscheibe aber macht ein angestrengtes Sprechen notwendig, ansonsten kann man sich gar nicht verstehen. Der Sprechkanal, der durch mehrere engmaschige Gitter „gesichert" ist, liegt seitlich neben der Scheibe. Man muß also zur Seite sprechen, kann sich dabei nicht ansehen, sonst wird die Stimme gleich verzerrt.

Der Gefangene darf außer fünf leeren Notizblättchen keine Unterlagen zum Gespräch mitnehmen. Er muß also zur Vorbereitung des Gesprächs alles auswenig lernen, was er mit dem Verteidiger besprechen will. Und das bei Prozeßakten, die mehrere hundert (oder gar mehrere tausend) Schriftstücke umfassen. Der Verteidiger kann die für den Prozeß notwendigsten Schriftstücke allenfalls gegen die Scheibe halten.

Will er sie dem Gefangenen übergeben, bekommt sie der Aufsichtsbeamte. Der muß die Schritstücke ansehen (darf sie aber offiziell nicht lesen) und sie anschließend dem Gefangenen in seiner Zelle (!) übergeben. RA Zimmermann wies auf der Pressekonferenz darauf hin, daß er trotz der schweren Anklage gegen seinen Mandanten Roland Otto (dieser war wegen „Mord" vor Gericht!) dessen Unschuld beweisen und seine Freilassung erreichen konnte. Dies sei unter Bedingungen, wie sie jetzt durch die T-Zelle geschaffen werden, nicht möglich. Insofern schafft die T-Zelle andere Prozeßergebnisse!

Die Verteidiger der Hamburger Gefangenen machen aus Protest gegen die T-Zelle **seit zwei Wochen keine** Besuche mehr. Der Einbau der Trennscheibe wurde — wie schon vorher manch **anderer Umbau — vom Vollzug durchgeführt und nachträglich vom Gericht genehmigt. Nach langem Drängen bequemte sich Justizia die** Trennscheibe damit zu begründen, *„daß Verteidiger ihren inhaftierten Mandanten ... Schriftstücke und andere* (?) *Gegenstände übergeben hatten, die ... nicht mehr als Verteidigerunterlagen bezeichnet werden können"*, sondern *„in vielen Fällen geeignet oder sogar dazu bestimmt waren, die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zu gefährden"*!

Beweise dafür gibt es keine.

Es gibt aber massenhaft Beweise dafür, daß Gefangenen nach den häufig praktizierten Verlegungen in andere Zellen Teile ihrer Verteidigerunterlagen fehlten!....

Hamburgs Justizbehörde, die sich immer wieder mit ihrer besonderen Liberalität brüstet, führt heute das in der Praxis durch, was die C DU seit langem fordert. Wie schon seinerzeit bei dem berüchtigten Radikalenerlaß macht der Hamburger Senat auch hier wieder den Vorreiter der Reaktion.

Eine Front gegen die Kapitulation

Zur Konferenz von Tripolis

Ägypten und Israel setzen ihre Schritte zur Zusammenarbeit und zum Abschluß eines Separatfriedens fort. Die „Friedenpolitik" Sadats und Begins entwickelt sich in Wirklichkeit immer mehr zu einer Bedrohung für die arabischen Völker, vor allem gegen die Palästinenser.
Um diesem Komplott eine Abwehrfront entgegenzustellen, haben sich in Tripolis (Libyen) die Führer mehrerer arabischer Staaten und aller palästinensischen Befreiungsorganisationen zu einer Konferenz der „Standhaftigkeit gegen die Strömung der Kapitulation" getroffen. Die palästinensische Ablehnungsfront (u.a. die PFLP) hat dabei den gewachsenen Einfluß ihrer Politik demonstrieren können. Allerdings konnten sich die Konferenzteilnehmer nicht auf eine völlige Ablehnung von Kapitulationsverhandlungen einigen.

Sadat droht mit Separatfrieden

In der Folge des Sadat-Besuchs in Jerusalem wurden inzwischen weitere Maßnahmen getroffen, die die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Israel und Ägypten nach und nach mit Inhalt füllen und den Abschluß eines Friedensvertrages vorbereiten sollen:

+ Schon am 26.11. wurde eine israelische Journalistin, Korrespondentin von „Ma'ariv", beim ägyptischen Informationsministerium zugelassen. Man betonte, sie sei Italienerin und keine Israelin. Vier weitere Israelis folgten, sie zeigten nur noch ausländische Zweitpässe vor. 25 weitere israelische Journalisten erhielten Einreiseerlaubnis. Uri Avneri, Chef der linkszionistischen Wochenzeitung „Haolam Haze", hielt sich in Kairo auf und interviewte eine Stunde lang den ägyptischen Außenminister. Schließlich meldete sich sogar das israelische Fernsehen aus Ägypten: „Hallo, hier ist Kairo ...". Die Sendung wurde aufgenommen in den Studios des ägyptischen Fernsehens und zusammen mit ägyptischen Journalisten hergestellt.
+ Eine Gruppe ägyptischer Architekten machte sich auf nach Jerusalem, um die Restaurierung der Al-Aksa-Moschee zu beginnen. Der Tempelberg mit der Moschee wurde im Juni-Krieg 1967 von den Zionisten erobert.
+ Israel hat Ägypten eine Zusammenarbeit bei der Erschließung der Ölvorkommen auf der Sinai-Halbinsel sowie beim Bau eines Atomkraftwerkes angeboten. Eine Reihe israelischer Unternehmen bereiten ebenfalls gemeinsame Projekte mit Ägypten vor.

ebenfalls gemeinsame Projekte mit Ägypten vor.



Ein Ergebnis am Rande in Tripolis war die „Versöhnung" zwischen den bisher bitter verfeindeten Palästinenser-Führern George Habasch (links) und Jassir Arafat. Libyens Staatschef Khaddafi spielt sozusagen Bindeglied.

+ Das Sadat-Regime ließ mehrere Konsulate und Kulturzentren osteuropäischer Länder, u.a. der Sowjetunion und der DDR, schließen. „*Diese Geste soll insbesondere den Ländern der Ablehnungsfront beweisen, daß Präsident Sadat ihre Opposition gegen seine Politik nicht fürchtet, selbst wenn diese Länder über die Unterstützung der Sowjetunion verfügen*", schrieb die israelische Zeitung „Haaretz" (nach „Le Monde", 9.12.).
+ Israel und Ägypten wollen sich gegenseitig über militärische Manöver und Übungen unterrichten, um „einen unbeabsichtigten Krieg auszuschließen" („FR", 5.12.).

Angeblich, um die Genfer Konferenz vorzubereiten, hat Sadat zum 14.12. zu einer Konferenz aller Frontstaaten, der USA und der Sowjetunion nach Kairo eingeladen. Es war aber wohl von vornherein abzusehen, daß nur Israel und die USA die Einladung annehmen würden.

Hinter Sadat steht jedoch eine Reihe von reaktionären arabischen Staaten, die ihm bei seiner Politik des Ausverkaufs an Imperialismus und Zionismus Rückendeckung geben, allen voran Saudi-Arabien, das mit seinem Geld die ägyptischen Massen ausbeuten möchte. Der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel würde den Druck Israels



Die Konferenz von Tripolis...

auf Syrien und Libanon, Ägyptens auf Libyen, Marokkos auf Algerien und Saudi-Arabiens auf die VR Jemen verstärken.

Als erste sollen jedoch die Palästinenser die Zeche bezahlen. Sadat und Begin versuchen, die PLO ganz auszuschalten und die zionistische Besetzung Palästinas zu verewigen. Sadat unterstützt diese Politik, indem er zum Treffen nach Kairo nicht die PLO einlud, sondern als reaktionär bekannte Bürgermeister aus dem Westjordanland und Gaza!

Daß die „Friedenspolitik" Sadats auch ganz unmittelbar militärische Drohungen enthält, wird daran klar, daß die USA an Israel im Jahr 1978 Wirtschaftshilfe in Höhe von 785 Mio. Dollar und Militärhilfe in Höhe von 1 Mrd. Dollar geben werden, und daß auch Ägypten 750 Mio. Dollar erhalten soll. Damit erhalten diese beiden Länder über die Hälfte aller US-Hilfe für die „Dritte Welt" im nächsten Jahr! („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 8.12.).

Konferenz der fortschrittlichen Staaten in Tripolis

Anwesend waren Vertreter von fünf arabischen Staaten: Regierungschef Boumedienne aus Algerien, Vorsitzender Gaddafi aus Libyen, Staatschef Assad aus Syrien, der Sekretär der Nationalen Befreiungsfront aus der DVR Jemen und ein Mitglied des Revolutionären Führungsrates aus Irak.

Revolutionären Führungsrates aus Irak.

Besonders das libysche Regime, das z.Z. die Rolle eines Vorkämpfers des arabischen Nationalismus spielt und auch unmittelbar vom Sadat-Regime bedroht ist, hatte die Abhaltung einer solchen Konferenz gefordert. Gaddafi erklärte, die Politik Sadats könne eine neue Situation schaffen, die eine neue Strategie erfordere. „*Syrer und Palästinenser haben keine andere Alternative als einen Kampf in vielen Formen zur Befreiung der besetzten Gebiete zu führen. ....Über einen Frieden unter drohenden Bajonetten zu verhandeln, das ist nichts anderes als ein Diktat*". Gaddafi machte dabei einen Unterschied zwischen kriegführenden Staaten und den Palästinensern. Die Palästinenser erklärte er, hätten das Recht, direkte Verhandlungen mit Israel zu führen, ebenso wie die Vietnamesen mit den Amerikanern verhandelt hätten.

Jedoch könne ein socher Dialog erst stattfinden, wenn die Palästinenser wieder ein Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten hergestellt hätten(„LM" 6.12.).

Gaddafi versuchte auf der Konferenz die Forderung durchzusetzen, daß Verhandlungen mit Israel nicht geführt werden dürfen, bevor nicht die PLO von Israel und den USA anerkannt worden ist.

Gaddafi forderte die Konferenzteilnehmer auf, einen totalen Wirtschaftsboykott gegen Ägypten zu beschließen („FR",5.12.).

Auf Vermittlung Boumediennes (Algerien) entschloß sich auch Irak, trotz seiner heftigen Kritik an der syrischen Politik, einen Vertreter nach Tripolis zu schicken. Der irakische Delegierte spielte auf der Konferenz auf das Eingreifen Syriens in Libanon an und sagte, er halte es für verrückt und kriminell, das Leben Tausender von Kämpfern zu opfern, nur um die syrische Position bei zukünftigen Friedensverhandlungen mit Israel zu verbessern. Diese Konferenz dürfe nicht nur auf eine Stützung der syrischen Verhandlungsposition hinauslaufen. Er verlangte konkrete politische Zugeständnisse vom syrischen Regime, insbesondere eine Ablehnung der UNO-Resolution 242, in der von den Palästinensern nur als Flüchtlingen die Rede ist und in der Israel in den Grenzen von 1967 anerkannt wird.

Schluß mit den Kapitulations-Verhandlungen!

Die in Tripolis versammelten Politiker sind alle mehr oder minder Vertreter der nationalen arabischen Linie d.h. Gegner einer Politik der Öffnung ihrer Länder für den Imperialismus. Darin sind sie sich einig gegen die Ausverkaufspolitik Sadats. Nicht einig waren sie sich in der Frage, ob eine Verhandlungslösung oder eine revolutionäre Lösung angestrebt werden soll. Die Vertreter der revolutionären Linie stellten fest, daß der „Geist der Versöhnung", der von denen beschworen wird, die die Reso-

nären Linie stellten fest, daß der „Geist der Versöhnung", der von denen beschworen wird, die die Reso-

lution 242 annehmen wollen (hiermit war vor allem Syrien gemeint) zu nicht anderem als dem Verrat Sadats führen kann (Genosse Habasch von PFLP, nach „LM" 4./5.12) Genosse Habasch sagte weiter, von dem Moment an, wo man das Prinzip der Existenz Israels und die Genfer Verhandlungen akzeptiere, rutsche man unaufhaltsam abwärts auf dem Weg der Kapitulation. Die Politik Sadats sei deshalb nur ein Ausdruck der Logik der Sache.

Demgegenüber entwickelte Habbasch einen Aktionsplan, der die Vereinigung aller arabischen Anstrengungen vorsieht, mit dem Ziel eines langdauernden Krieges, der zur endlichen Zerstörung des zionistischen Staates führt.

Assad (Syrien) erklärte, er glaube zwar, daß Sadat sich im Irrtum befinde, aber er werde nicht versuchen, Ägypten zu isolieren. Es gebe mit Ägypten nur Differenzen über die M e t h o d e ,wie der Friede erreicht werden kann („International Herold Tribune", 29.11.)

Kurz gesagt, das syrische Regime beabsichtigt, sich der Politik Sadats anzuschließen, sobald dies für Syrien günstig ist. Die Teilnahme Assads an der Konferenz von Tripolis diente taktischen Erwägungen: Syriens Standpunkt ist stärker, wenn es sich nicht sofort der Politik Sadats anschließt, sondern sich die Unterstützung der fortschrittlichen Regimes sichert.

Syrien stellte damit die Konferenz vor das Dilemma, daß eine ‚Einheit' gegen die Kapitulationspolitik nur durch eine Unterstützung der gemäßigten Kapitultionspolitik Syriens herzustellen war.

An dieser Stelle weigerte sich der irakische Delegierte, weiter an der Konferenz teilzunehmen und hielt eine eigene Pressekonferenz ab.

Der irakische Delegierte forderte
– Ablehnung der Resolutionen 242 und 338 und aller direkten Verhandlungen mit Israel,
– Rückzug der syrischen Truppen aus Libanon,
– Öffnung der syrischen Front für die palästinensischen Kämpfer,
– Vereinheitlichung des palästinensischen Widerstandes und Herstellung klarer Beziehungen zum syrischen Regime. (nach „LM", 7.12.).

Es gibt jedoch im palästinensischen Widerstand nach wie vor Kräfte, die eine ähnliche Rolle wie Syrien auf der arabischen Ebene spielen: Sie streben weiterhin die friedliche Lösung an, beteiligen sich jedoch an der Ablehnung der Politik Sadats, um ihre Ausgangsposition für eine solche Lösung zu retten oder zu verbessern.



... und Kairo

Gaddafi sagte dazu, der Auszug Iraks sei nicht negativ sondern positiv zu beurteilen: Irak habe rasche und energische Maßnahmen gegenüber dem ägyptischen Regime und dem Feind ergreifen wollen („SZ", 7.12.).

Der Weg war nun frei, ein Kommunique zur Bildung einer vereinigten arabischen Front zu beschließen. Der Sadat-Besuch wurde als „*Verrat an der Opferbereitschaft und dem Kampf des arabischen Volkes in Ägypten und der arabischen Nation*" verurteilt. Die Konferenz warnte jeden, der denselben Weg wie Sadat zu gehen versucht; sie grüßte das standhafte palästinensische Volk in den besetzten Gebieten, bekräftigte die Legitimität der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes und forderte zur Unterstützung Syriens und der PLO auf. Die beteiligten Staaten beschlossen ein gegenseitiges Verteidigungsbündnis. (Nach einer Information der „Informationsstelle Palästina" – „ISPA",Bonn).

Einheitliche palästinensische Front gegen die Kapitulation!

Von palästinensischer Seite nahmen an der Konferenz von Tripolis die Führer aller palästinensischen Organisationen teil. Für die PLO-Führung waren anwesend Arafat, Abu Ijad und Zuhair Musen.

Aus einigen Anzeichen ist zu schließen, daß Arafat in Tripolis zwar formell die PLO repräsentierte, aber in der Realität eher nur Vertre-

schließen, daß Arafat in Tripolis zwar formell die PLO repräsentierte, aber in der Realität eher nur Vertre-

ter seiner selbst war, während Abu Ijad für die Fatah und die PLO sprach. Ist allein dies schon ein Erfolg für die Ablehnungspolitik, so noch mehr die gleichberechtigte Anwesenheit von Genosse Habasch für die PFLP. Auch Dschibril (PFLP-AF) und Hawatmeh (DFLP) saßen in Tripolis mit am Tisch.

Die Politik Sadats hat den Einfluß der Ablehnungsfront bei den palästinensischen Massen und den Kämpfern anwachsen lassen. Mit Bedauern musste der Opportunist Hawatmeh (DFLP) feststellen: „*Der Alleingang Sadats und die halsstarrige Weigerung Israels, einen Kompromiß ins Auge zu fassen, der auf einer Rückgabe der besetzten Gebiete an die Araber beruht, hat uns unweigerlich in die Richtung der Positionen unserer Gegner von der Ablehnungsfront gedrängt*" („LM". 4./5.12.). Die DFLP hatte bisher besonders eifrig den sowjetischen Vorschlag eines Ministaates propagiert.

Die Ablehnungsfront machte für ihre Teilnahme in Tripolis zur Bedingung, daß sie eine eigene unabhängige Delegation entsenden durfte, damit sie ihren Standpunkt frei darlegen konnte. Auf einer Kundgebung in Beirut erklärte Genosse Habasch, die PFLP sei zu einer Wiedereingliederung in die PLO-Führungsgremien und zu einer Unterstützung Syriens gegen die Sadat-Politik bereit, wenn die PLO ausdrücklich jede friedliche Lösung ablehnt („SZ", 29.11.). In Bezug auf Ägypten erklärte Habasch: „Wir würden es vorziehen, wohlgemerkt, daß eine Volksbewegung dem Sadat-Regime ein Ende macht. Aber ich will nicht verheimlichen, daß alle patriotischen Organisationen in der arabischen Welt es in Angriff nehmen, so bald wie möglich das ägyptische Volk von diesem Verräter zu befreien und ihm das Ende zu bereiten, das er verdient" („Le Monde", 6.12.).

Kompromißler auf Tauchstation

So erklärte der PLO-Sprecher Labadi dem französischen Journalisten Eric Rouleau vor Abhaltung der Konferenz in Tripolis:: „*Wir sind immer noch bereit, unseren eigenen Staat in Westjordanland und Gaza zu gründen ... Es ist klar, das bedeutet, daß wir bereit sind, mit dem Staat Israel zu koexistieren ... Deshalb sind wir bereit nach Genf zu gehen, wenn wir dort als legitime Vertreter des palästinensischen Volkes eingeladen werden*". Und zur Konferenz von Tripolis sagte Labadi: „*Wir bezweifeln, daß eine solche Versammlung Erfolg haben kann. Aber wir haben keine Wahl. Wenn wir uns weigern, dorthin zu gehen, wird man uns beschuldigen, die palästinensische Sache zu verraten und unter der Hand die Politik Sadats zu unterstützen.*" („LM" 1./2.12.)

In Schwierigkeiten befand sich in Tripolis auch Arafat. Seine eigenen Mitstreiter hätten ihn beinahe seiner Funktion enthoben, als alle Welt (zu Recht, vergl. AK 118) glaubte, er stecke mit Sadat unter einer Decke.

Arafat hatte vergeblich versucht zu verhindern, daß Genosse Habasch in Tripolis zu Wort kam.

Das gemeinsame Kommunique der palästinensischen Organisationen von Tripolis enthält einige bemerkenswerte Zugeständnisse an die Linie der „Ablehnungsfront".

Charta der nationalen Einheit

Charta der nationalen Einheit

Die gemeinsame Plattform wurde von allen in Tripolis versammelten palästinensischen Befreiungsorganisationen unterschrieben. Sie enthält u.a.
– **Die Schaffung einer Front der fortschrittlichen Staaten und der PLO gegen „*jede Kapitulationslösung, die durch den Imperialismus, den Zionismus und ihre arabischen Lakaien aufgedrängt wird*".**
– **Die „*Ablehnung der Gesamtheit internationaler Konferenzen, die auf den Resolutionen 242 und 338 beruhen, einschließlich der Genfer Konferenz*".**
– **Die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes „*ohne Friedensvertrag oder Anerkennung und ohne Verhandlungen*".**

(Text nach „LM" 6.12.)

Im Gegensatz zum Kommunique des 13. palästinensischen Nationarates, das derzeit von der PFLP abgelehnt wurde, (vergl. AK 103, S.37), enthält die Plattform in der Formulierung „ihre arabischen Lakaien" eine Benennung der arabischen Reaktion und bezeichnet die Genfer Konferenz als eine Konferenz,, die auf der Resolution 242 beruht und deshalb abgelehnt werden muß.

Nicht Arafat, sondern Abu Ijad gab dies Kommunique bekannt. Kurz danach erklärte er: „*Wir hatten keine andere Wahl. Sadat und Begin haben die Genfer Konferenz beerdigt, an der teilzunehmen wir bereit waren. Sie sind verantwortlich für die neue Linie, die wir verfolgen (...) Die Ablehnungsfront befindet sich in Kairo , Jerusalem und Washington ... sie schließen uns von der Genfer Konferenz aus*" („LM" 6.12.).

Gestützt auf die Empörung der arabischen Massen sind in Tripolis insgesamt fortschrittliche gemeinsame Stellungnahmen zustande gekommen. Diese werden es den Kompromißlern in Zukunft schwerer machen, ihren Kurs fortzusetzen.

Nahostkommission

Fortsetzung von Seite 1

Gegenoffensive gegen Repression und Arbeitslosigkeit

Frankfurt: Ein breites linkes Bündnis rief zu einer Antirepressionsdemo auf, an der sich **2.000** Menschen beteiligten.
Bremen: 1.000 Teilnehmer hatte eine Demonstration gegen politische Unterdrückung. Anlaß war die Kampagne der CDU gegen eine Lehrerin, die im Unterricht ein Gedicht von Erich Fried behandelt hatte.
Marburg: An einer Demo gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und gegen das geplante Hochschulgesetz beteiligten sich **3.000** Studenten.
Mainz: 2.000 Studenten protestierten auf einer regionalen Demo gegen die Amtsenthebung des AStA der katholischen Fachhochschule Mainz.
Nürnberg: An einer vom AStA der Fachhochschule initiierten Demo gegen politische Unterdrückung beteiligten sich **1.000** Menschen.
Braunschweig: Gegen Jugendarbeitslosigkeit und Abbau demokratischer Rechte an den Hochschulen demonstrierten **1.000** Jugendliche und Studenten.
München: 2.500 Jugendliche beteiligten sich an einer Demo des DGB und des KJA gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Außerdem fanden in mehreren Orten Veranstaltungen statt, die sich verschiedenen Bereichen der Repression zuwandten. So in **Hamburg** eine Veranstaltung gegen die Pressezensur, an der **2.200** Menschen teilnahmen (s. S. 30) und eine von 20 Initiativen getragene Veranstaltung „Heimterror und Gegenwehr" mit **2.000** Teilnehmern (s. letzte Seite).

Gegen die vom Bremer CDU-Führer Neumann geforderte Bücherverbrennung im Zusammenhang mit der Behandlung eines Fried-Gedich-

verbrennung im Zusammenhang mit der Behandlung eines Fried-Gedich-

tes im Schulunterricht fanden neben der bereits erwähnten Demonstration allein 5 Veranstaltungen in **Bremen** mit insgesamt rund **3.000** Menschen statt.

In **Bochum** wurden zwei Veranstaltungen mit **je 150** Teilnehmern durchgeführt, die eine von der örtlichen Russell-Initiative getragen und mit einem breiten Themenspektrum von Gewerkschaftsausschlüssen bis zu polizeilichen Todesschüssen, und die andere speziell gegen die Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Linken, durchgeführt von der Bochumer Aktionseinheit.

In **Bonn** besuchten **130** Menschen eine Veranstaltung der dortigen Russell-Initiative über die „Wunder" von Stammheim.

In **Bremerhaven** schließlich kamen **100** Teilnehmer zu einer vom Anti-Repressions-Arbeitskreis aufgerufenen Veranstaltung gegen die polizeistaatliche Entwicklung in der BRD.

Für eine Veranstaltung, die am 16.12. in **Westberlin** stattfinden soll, wurde bereits ein Unterstützungsaufruf von 40 Rechtsanwälten aus Westberlin, Frankfurt, Hamburg und Bochum (so der Stand bei Redaktionsschluß) herausgegeben.

Es ist klar, daß wir damit absolut keinen vollständigen Überblick über die Antirepressions-Aktionen der letzten Tage gegeben haben – schon allein deswegen, weil vieles an örtlichen Aktivitäten, vor allem auch in etlichen kleineren Orten, uns selbst (noch) gar nicht bekannt ist. Unverkennbare Tatsache ist aber, daß die linken und antifaschistischen Kräfte in der BRD die begonnene Gegenoffensive mit ermutigendem Elan fortsetzen. Und es ist festzustellen, daß in vielen Orten breite Bündnisse als Träger dieser Aktivitäten geschaffen bzw. bereits bestehende Bündnisse noch erweitert werden konnten.

Wo antifaschistische und demokratische Kräfte wie z.B. die Humanistische Union in Westberlin, die Jungdemokraten in Bochum und andernorts (usw.) heute zu konkreten Antirepressions-Aktionen auch gemeinsam mit kommunistischen Organisationen bereit sind, muß es allerdings auf der anderen Seite auch erstaunen, daß Gruppierungen, die sich selbst dem sozialistischen Lager zurechnen, oftmals m e h r „Skrupel" und Zurückhaltung gegenüber solcherart gemeinsamen Aktionen an den Tag legen. Das SB ist mit seinem örtlich sehr unterschiedlichem Engagement im Antirepressionskampf leider immer noch ein bedauerliches Beispiel dafür. Positiv zu erwähnen sind hie z. B. die SB-Gruppen in Bremen und Bochum, die sich an der örtlichen Demonstration bzw. Veranstaltung sehr wohl beteiligt haben, während die betreffenden SB-Gruppen in Frankfurt und Bonn sich aus den Aktionseinheiten bislang rausgehalten haben. In Bonn trat obendrein die nicht sehr rühmliche Erscheinung hinzu, daß die dortige SB-Gruppe zusammen mit den Institutsgruppen/Rheinische Zeitung eigens eine Erklärung gegen die dortige Veranstaltung (die sich mit den Stammheimer „Selbstmorden" befaßte) veröffentlichte, in der ausdrücklich und mit selbstgefertigter Legitimation bekundet wurde: *„Thema des Russell-Tribunals ist ... nicht eine Untersuchung der Vorfälle in Stammheim".*

Untersuchung der Vorfälle in Stammheim".

Die eingeleitete Gegenoffensive gegen die polizeistaatliche Repression basiert auf der Erkenntnis, daß die H a u p t f r o n t in der Verteidigung der demokratischen Freiheiten und der Abwehr des vollendeten Polizeistaats h e u t e n i c h t entlang der Fragen verläuft, ob und wie man einerseits am erfolgreichsten den Weg für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ebnet, oder andererseits, ob und in welchem Maße man sich vom Terrorismus abgrenzt.

Das sind Fragen, über deren unterschiedliche Beantwortung solidarisch i n n e r h a l b der g e m e i n s a m e n demokratischen und antifaschistischen Front diskutiert werden kann (und muß) – die aber zu keinem Hindernis für den A u f b a u dieser Front werden dürfen, wenn man diesen gemeinsamen Kampf überhaupt w i l l. Die Überzeugung haben wir in den ganzen Jahren der politischen Tätigkeit unserer Organisation stets betont, und wir betonen sie angesichts der aktuellen Entwicklung in unserem Land umso stärker. Die Erfahrungen unterschiedlicher politischer Kräfte namentlich in den vergangenen Monaten, ihre Anstrengungen gegen die Repression um der politischen Wirksamkeit willen zu koordinieren und die eigenen Aktivitäten wie die Aktivitäten anderer Gruppierungen als gleichberechtigte Bestandteile einer breit strukturierten Antirepressions-Front anzuerkennen, geben dieser Überzeugung recht. Diejenigen, die sich heute einer solchen Überzeugung noch verschließen, werden sich über kurz oder lang mit der Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion vertraut machen müssen.

Druck auf Pastor in Bremerhaven

Ein Pastor, der auf der Antirepressionsveranstaltung in Bremerhaven über die Kriminalisierung der AKW-Gegner sprechen wollte, sah sich durch den erheblichen Widerstand und Druck von Seiten verantwortlicher Mitarbeiter seiner Gemeinde gezwungen, auf die Teilnahme an der Veranstaltung zu verzichten. Er ließ dennoch die folgende Erklärung verlesen:

„An meiner Sorge um die Lage in der BRD hat sich leider nichts geändert. Sie deckt sich mit der Sicht, wie sie auch von vielen anderen Persönlichkeiten in unserem Staat vertreten wird, u.a. von dem Präsidenten des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche, Herrn Heinz Herrmann Brauer, der erst kürzlich auf einem Kirchenforum in Bremen der Besorgnis Ausdruck gab, daß die Entwicklung in der BRD letzten Endes zwangsläufig zu polizeistaatlichen Maßnahmen, zur Gesinnungsschnüffelei und zur möglichen Korrumpierung der Menschen führen werde."

KB/Gruppe Bremerhaven

Verfahren gegen GEW-Bochum

Auf der Veranstaltung der Bochumer Aktionseinheit gegen die Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Linken wollte ursprünglich auch ein Vertreter der GEW sprechen, der dann aller-

wollte ursprünglich auch ein Vertreter der GEW sprechen, der dann aller-

dings unter offensichtlichem Druck von oben nicht erschien. Die GEW-Bochum hatte nämlich in ihrem Verbandsinfo die „Gemeinsame Erklärung" der Bochumer Aktionseinheit veröffentlicht, was ihr sofort ein Verfahren seitens des Landesvorstandes einbrachte, weil diese Erklärung auch von Organisationen unterzeichnet ist, denen gegenüber der DGB seine Unvereinbarkeitsbeschlüsse dekretiert hat.

(nach dem Bericht eines Bochumer Genossen)

900 Westberliner Lehrer gegen „Sympathisantenhetze"

900 Westberliner Lehrer und Dozenten unterzeichneten einen Aufruf, der am 26.11. als Anzeige im „Tagesspiegel" erschien. Der Aufruf wendet sich gegen die Hetzkampagne, mit der namhafte Schriftsteller in der BRD, deren Texte z.T. im Schulunterricht behandelt werden, als „Terror-Sympathisanten" verunglimpft werden. In dem Aufruf heißt es u.a.:

„Wenn die Gewaltakte der Terroristen jetzt von Medien und vielen Politikern zum Anlaß genommen werden, einer Erziehung zum obrigkeitsstaatlichen Denken und zur Anpassung das Wort zu reden, sind die Interessen aller am Unterricht Beteiligten, der Eltern, Lehrer und Schüler, betroffen. Wenn Kritik an Staat und Gesellschaft nicht mehr erlaubt sein soll, ist die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Interesse der Menschen in Frage gestellt."

»Knarre oder Hacke — das ist die gleiche Kacke«

Frankfurt. Ablehnung der „Stadtguerilla" wie auch des Rückzugs in das unpolitische „alternative Leben" kennzeichnet eine neue Tendenz unter den Frankfurter Spontis, die sich gegenwärtig herauszubilden scheint.

Dies kam auch auf einem „außerordentlichen Großplenum" zum Ausdruck – eine Art Parteitag, den die Frankfurter Spontis am 3./4.12. durchführten. Vorbereitet wurde das Plenum durch Artikel im „Pflasterstrand" und eine Broschüre mit der Überschrift „vom Schwätzen zum Fetzen – vorwärts zum neuen Aufbruch!".

Diese Broschüre, die von der sogenannten „Politiker-Fraktion" geschrieben wurde, fängt gleich mit einer netten dpa-Meldung an: *„Bei dem Versuch, den Marxismus links zu überholen, kamen die Spontis vom Weg ab und blieben im Kornfeld stecken."*

Wie der Text schon besagt, geht es diesen Sponti-Genossen darum, vom Kornfeld wieder runter zu kommen. Denn heute, „in der gesellschaftlichen Situation, die durch Repression und Isolation gekennzeichnet ist, bedeutet Verweigerung Flucht." Dies führe zur *„politischen Bedeutungslosigkeit, ... zur Hilflosigkeit".*

„Statt vom Stammesleben zu träumen", müsse man dort, *„wo wir leben und arbeiten"*, sich *„politisch verhalten"* . Die Dekretierung, die Bevölkerung sei „blöd" und „arschlöcherig", sei eine *„falsche Schlußfolgerung"* und führe zur *„weiteren Selbstisolierung der Szene".* Dagegen müsse der *„Auseinandersetzungsprozeß mit der ‚Bevölkerung' aufgenommen"* werden und auf dieser Basis *„Antirepressions-, Ökologie- oder Antiimperialismuskampagnen"* gemacht werden.

Basis *„Antirepressions-, Ökologie- oder Antiimperialismuskampagnen"*

Da sich die Widersprüche zwischen den „Politikern" und den „Alternativlern" lähmend auswirken würden, plädieren die „Politiker" für getrennte Diskussionszusammenhänge. Man müsse auch bereit sein, *„mit Büro-lern oder K-lern"* (SB und K-Gruppen) zusammenzuarbeiten auf der Grundlage, daß „unsere positive Alternative" immer noch der Sozialismus sei.

Wenn auch die „Politik-Fraktion" eine Minderheit zu sein scheint, zeichnet sich unter den Frankfurter Spontis eine Art kleiner „Tendenzwende" ab. Sehr deutlich wird dies auch an der Uni, wo der jetzige Sponti-AStA sich gegen die *„Nabelschau um die eigenen Bedürfnisse"* wendet und stattdessen auf die „Schaffung von Gegenöffentlichkeit" orientiert.

Nach Stammheim, Mogadischu und der zunehmenden Repression noch heute *„von Lähmung und Bewegungslosigkeit"* zu reden, sei falsch. Zufrieden wird festgestellt, daß auch *„in den Reihen der harten Parteikader Einsichten und Tendenzen, die in Richtung Realismus gehen"* sich entwickeln würden, wodurch es heute „sogar möglich" sei, mit „K-Gruppen" Veranstaltungsabläufe gemeinsam zu planen. Na, wer sagt's denn ...

Vom Kornfeld auf die Straße – und dann sogar mit den „harten Kadern"?!!

Das könnte ja direkt lustig werden. Aber bis dahin ist sicher noch weit.

KB / Gruppe Frankfurt
(Zitate aus „Pflasterstrand", Nr. 20 und „Große Umschau zum großen Plenum")

Plenum")

Niederlande: Zwei, drei, viele »antideutsche Veranstaltungen«...

Die Ereignisse vor, in und nach Stammheim, die gestiegene Besorgnis der demokratischen und sozialistischen Kräfte in den Niederlanden über die Entwicklungen in der BRD haben sich auch in einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit niedergeschlagen. Wir führen im folgenden eine, noch bei weitem unvollständige Liste der Veranstaltungen auf, die im November in den Niederlanden, teils als Reaktion auf die neuesten Entwicklungen, teils als guter Bestandteil antifaschistischen Bewußtseins durchgeführt wurden:

– In Gouda wurde die Foto-Ausstellung Oscar van Alphens über die Repression in der BRD eröffnet (diese Ausstellung wird mehrere Monate lang durch die Niederlande reisen – ein Ausschnitt aus dieser Ausstellung war als „BRD-Premiere" bei der Großveranstaltung der Hamburger Unterstützungsgruppe für das Russell-Tribunal im Mai '77 zu sehen.
– Im Amsterdamer Anne-Frank-Haus wurde die Ausstellung „Ultra-Rechts in Westeuropa" eröffnet.
– Der Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale) führt unter dem Thema „Westdeutschland – Modell für Europa" Veranstaltungen in Arnheim, Amsterdam, Breda, Eindhoven, Haarlem, Den Haag, Rotterdam, Nijmegen, Utrecht und Leiden durch.
– In Amsterdam fand am 5.11. im Offenen Jugendzentrum Mahadma ein Informationsabend über das heutige politische Klima in der BRD statt, u.a. mit Nico Hasbroek. Gleichzeitig wurde ein Tag über Berufsverbote vom „Landelijk Overleg Tegen Berufsverbote" organisiert, an dem auch Silvia Gingold teilnahm. Die Akademie der Sozialen Wissenschaften organisierte vom 5. bis 7.11. anläßlich ihres dreißigjährigen Bestehens eine Veranstaltungsreihe „Faschismus – damals und heute".
– In Groningen begann am 15.11. im Jugendzentrum Vera ein Zyklus von sechs Abenden über Faschismus, am 22.11. z.B. über „Aufkommender Faschismus in Westeuropa, besonders in den Niederlanden und Westdeutschland".
– In Rotterdam fand am 16.11. in einem Jugendtreff eine Diskussionsveranstaltung über Geschichte und Motive der RAF statt.
– Vom 17.11. bis zum 1.12. lief in Amsterdam der Wallraff-Film, der, obwohl schon im Fernsehen gelaufen und wochenlang in mehreren Städten vor ausverkauften Häusern gezeigt, immer noch sehr großes Interesse findet.
– Am 19.11. war in Groningen im Jugendzentrum eine Stammheim-Veranstaltung zur Frage, wie weit der westdeutsche Staat am Tod der RAF-Gefangenen schuldig ist.
– Am 21.11. organisierte das friesische Antifaschismus-Komitee in Leeuwarden (s. nebenstehenden Bericht) eine Anti-Berufsverbote-Veranstaltung, u.a. mit Rüdiger Offersgeld und Lolle Nauta (Sozialdemokrat und niederländisches Jury-Mitglied des Russell-Tribunals). Wenige Tage später, am 26.11., rief das gleiche Komitee, das auf einem breiten Aktionsbündnis beruht, zu einer Demonstration gegen Berufsverbote auf.
– Am 26.11. fand ferner in Nijmegen eine ganztägige Veranstaltung zum Thema „Opposition und Unterdrückung in Westdeutschland" statt, an der rund 1.500 Menschen teilnahmen. Es war die größte linke Veranstaltung in Nijmegen seit mehreren Jahren. Die Veranstalter, eine unmittelbar nach Bekanntwerden der Stammheimer „Selbstmorde" gebildete Organisatiegroup BRD-dag", waren bemüht, den Umfang der Repression in der BRD und den Widerstand dagegen in seiner Allseitigkeit darzustellen. Aus der BRD nahmen an dieser Veranstaltung Peter Brückner, Redaktionsmitglieder der „Courage" sowie Vertreter des Göttinger AStA, einer Kölner Anti-AKW-Initiative und des KB's teil. Zum kulturellen Programm trugen Mitglieder der Hamburger IfK bei: Das Hamburger Straßentheater, die Zündhölzer und Steve B. Peinemann. Neben einer Protest-Resolution gegen die Nazi-Umtriebe in der BRD wurde als Abschluß einer sehr engagiert geführten Diskussion über die Stammheimer Ereignisse in einer Resolution die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission darüber gefordert.

Niederlande-Kommission

Spanische Stimmen zu Stammheim

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir einige Stimmen zu den „Selbstmorden" von Stammheim aus Spanien dokumentieren:

– Ende Oktober erschien ein gemeinsames Kommuniqué der linken Organisation LC, OCE/BR, Accion Comunista, POUM und Union Comunista, in dem angesichts der Tode von Stammheim der westdeutsche Staatsterrorismus angeklagt wird und die Hexenjagt gegen Linke sowie das Wiederentstehen nazistischer Banden verurteilt wird (Deia, 21.10.77).
– Die spanische linke Organisation Movimento Comunista (MC) schrieb in ihrem Organ „Servir al pueblo" (Nr. 85) von der *„Möglichkeit, daß sie* (Baader, Ensslin und Raspe – AK) *im Rahmen einer autoritären Eskalation des westdeutschen Staates, exekutiert worden sind als Antwort auf die Flugzeugentführung".* MC meint, daß die öffentlich geführte Diskussion über die Geiselerschießungen an Gefangenen der SPD-Regierung in die Tat umgesetzt worden ist, um sich Sympathien bei reaktionären Kreisen der Bevölkerung zu verschaffen.

MC kommt zu dem Schluß, daß die *„Eskalation brutalster Gewalt nur von der Solidarität der Unterdrückten und Revolutionäre, wie sie sich bereits in ganz Europa im Protest gegen den Tod der deutschen Kämpfer gezeigt hat, gebremst werden kann".*

– Am 29. 10. erschien die bürgerlich-liberale Wochenzeitschrift „Cuadernos para el Dialogo" mit einem dreiseitigen Artikel unter der Überschrift *„Deutsche Terroristen – Wurde an ihnen Selbstmord verübt?"* In diesem Artikel wurde u.a. über die „Sympathisanten"-Hatz, das geplante „K-Gruppen"-Verbot und das Bündel von sog. Antiterrorgesetzen informiert.
– In der Tageszeitung „El Pais" wurde in der Regel bei Berichten überStammehim von „Selbstmord" nur in Anführungszeichen gesprochen.

Spanien-Kommission

Weltfriedensrat-Kommission warnt vor Faschismus

Die Internationale Menschenrechtskommission des Weltfriedensrates hat bei einem kürzlichen Besuch in sechs Städten der BRD Beweismaterial von 57 Berufsverboteopfern zusammengetragen und in einer anschließenden Erklärung festgestellt: *„Die Berufsverbotepraxis in der BRD stellt eine eindeutige Menschenrechtsverletzung und einen Verstoß gegen die Verfassung der Bundesrepublik wie gegen internationales Recht dar ... Die Auswirkungen der Berufsverbote auf das Leben vieler Tausender von Lehrern, Ingenieuren, Beamten, Angestellten und Arbeitern ist sehr schwerwiegend. Karrieren wurden zerstört, Studienjahre verschwendet, Bildung und Wissenschaften unterminiert; Hoffnungen und Pläne wurden zunichte gemacht durch die harte Anwendung der Berufsverbote auf Mitglieder der DKP, SPD, FDP und Gewerkschafter und pazifistische Christen."* Die Kommission des Weltfriedensrates warnte ferner vor dem *„Wiederaufleben des Faschismus"* in der BRD (Zitate nach „Deutsche Volkzeitung", 1.12.77).

Veranstaltungen mit dem Göttinger AStA in Dänemark

Am 2.12. fand in Aarhus, am 5.12. in Odensee und am 6.12. in Kopenhagen eine vom DSF (dänischer Studentenverband) organisierte Veranstaltungsreihe mit einer Vertreterin des Göttinger AStA's statt, die über konkrete Fälle der Repression in der BRD informierte und sich für die ausländischen Solidaritätsaktionen bedankte und zu deren Fortführung aufforderte.

In Aarhus waren ca. 90 Menschen gekommen, in Odensee und Kopenhagen je ca. 150. In Kopenhagen sprach außerdem ein Vertreter der CISNU, der auf die Situation der iranischen Studenten in der BRD einging.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Dokumentation der Bundesregierung beweist:

Schleyer s o l l t e sterben!

Auch in der mehrfach bereinigten und zensierten Fassung ist die „Dokumentation" der Bundesregierung zur Schleyer-Entführung (inzwischen auch als Goldmann-Taschenbuch erhältlich) noch eine spannende und lohnende Lektüre. Unter anderem wird anhand der detaillierten Zeitangaben mehr als deutlich, mit welch provozierend dummen Tricks das Bundeskriminalamt (BKA) die Entführer hinzuhalten und irrezuführen versuchte. Die Dokumentation gibt klare Hinweise darauf, daß die Taktik des BKA in den ersten Tagen der Entführung direkt darauf angelegt war, die Entführer zu einer raschen Tötung Schleyers zu provozieren, um so die Angelegenheit „kurz und schmerzlos" zu beenden und eine längere Diskussion über die Freilassung der Gefangenen zu verhindern.

Schleyer selbst hat die Taktik des BKA gespürt und sich darüber in mehreren Briefen beklagt: „... **Was sich seit Tagen abspielt, ist Menschenquälerei ohne Sinn. Es sei denn, man versucht mit naiven Tricks, meine Entführer zu fangen. Das wäre zugleich mein sicherer Tod und ich kann mir nicht vorstellen, daß man zwar die offizielle Ablehnung der Forderungen scheut, aber Vorbereitungen trifft, um mich still um die Ecke zu bringen, das man dann vielleicht als technische Panne ausgeben könnte"** (Brief an Helmut Kohl, 12.9.). Und: *„Ich bin in großer Sorge, daß man durch ein solches Vorgehen erreichen will, daß die Fehler, die begangen wurden, durch mein stilles Ende abgedeckt werden müssen"*(Schleyer auf einem Video-Band vom 14.9.77). Hier einige Beispiele für die Taktik des BKA aus den ersten Tagen der Entführung:

1. Am 6.9., dem Tag nach der Entführung, wird in Wiesbaden erstmals die Forderung der Entführer deponiert - bei einem Pfarrer. Er macht laut „Dokumentation" um 15.52 dem LKA und dieses dem BKA Mitteilung. Angeblich wird erst um 19.05 der Bundeskanzler über den Brief informiert, also mit mehr als drei Stunden Verspätung. In ihrem Brief hatten die Entführer u.a. gefordert, ihre Erklärung um 20.00 Uhr in der ‚Tagesschau' zu senden. Stattdessen läßt das BKA den Entführern um 20.00Uhr in der ‚Tagesschau' die dummdreiste und lächerliche Mitteilung machen, der Brief werde der Bundesregierung *„erst am späten Abend vorliegen. Der Termin für die von Ihnen gewünschte Veröffentlichung kann deshalb nicht eingehalten werden"*.

2. Am 7.9. wird eine weitere Mitteilung der Entführer bei einem Pfarrer in Mainz deponiert, um 17.25Uhr von diesem der Mainzer Polizei und über sie dem BKA übermittelt. Die Entführer fordern in ihrem Brief, einen beiliegenden Video-Film mit Aufnahmen Schleyers ab 18.00Uhr in den Nachrichtensendungen des Fernsehens zu zeigen. Diese Forderung der Entführer wird kommentarlos übergangen. Erst um 21.00Uhr läßt das BKA in den ZDF-Nachrichten („heute") erklären, es habe die Mitteilung der Entführer *„erst vor wenigen Minuten erhalten. Eine weitere Erklärung folgt"*. Um 21.30Uhr erfolgt daraufhin ein Anruf der Entführer bei der dpa mit der Aufforderung, den Video-Film über Schleyer in einen bis 22.00Uhr laufenden Spielfilm einzublenden. Sonst werde es *„Konsequenzen für Hanns Martin Schleyer"* geben. Auch diese Aufforderung der Entführer wird kommentarlos ignoriert. Erst um 23.15Uhr läßt das BKA in der letzten „heute"-Ausgabe den Entführern in der nunmehr schon bekannten ebenso lächerlichen wie provokatorischen Manier mitteilen, eine Abspielung des Video-Films sei *„wegen der verspäteten Übermittlung derzeit noch nicht möglich"*. Und dies, obwohl der Video-Film in Mainz, dem Sitz des ZDF, schon um 17.25Uhr, also fast sechs Stunden vorher, vorgelegen hatte ! Und was veranlaßte das BKA, zwei Fristen der Entführer, um 18.00Uhr und um 22.00Uhr, kommentarlos verstreichen zu lassen und sich erst um 23.15 überhaupt zu melden ? **Falls es nicht geradezu beabsichtigt war, die Entführer zu einer ‚Kurzschlußhandlung' zu provozieren ?**—

Erst am 8.9. wurde der Brief der Entführer vom 6.9. mit der Forderung nach Freilassung von Gefangenen vom BKA zur Veröffentlichung in der Presse etc. freigegeben.

3. Rätselhaft ist eine weitere Darstellung in der „Dokumentation": Die französische Nachrichtenagentur afp habe am Morgen des 9.9., um 7.05, dem BKA den Eingang eines Eilbriefes gemeldet, in dem die Entführer *„zum letzten Mal"* den Abflug der freigelassenen Gefangenen am 9.9. bis 12.00 forderten. Das BKA *„bat"* die afp daraufhin, den Brief nicht zu veröffentlichen. Erst nach Ablauf der gesetzten Fristen, nämlich zwischen 14.00 und 15.00, wendete sich das BKA wieder mit einer knappen Mitteilung im Rundfunk an die Entführer : Ihre Forderungen seien *„zeitlich nicht einhaltbar"*.

4. Am 10.9. um 23.25 wird dem inzwischen als Vermittler eingeschalteten Payot ein weiteres Ultimatum der Entführer übermittelt: Bis zum Abend des 11.9., 18.00, müsse einer der Gefangenen im Fernsehen auftreten und *„erklären, daß die Vorbereitungen für den Abflug im Gange sind"*. Das BKA wartet buchstäblich bis zur allerletzten Minute, bevor es am 11.9. um 17.59 im ZDF den Entführern mitteilen läßt, es werde in Kürze eine Nachricht an Payot übermitteln. Um 18.30 erhält Payot diese Nachricht des BKA für die Entführer, deren Kernpunkt die dreiste Forderung nach einem neuen „Lebensbeweis" Schleyers vor weiteren Verhandlungen ist. Schleyer selbst beklagte sich über die Taktik des BKA in seinem Hilfeschrei an Kohl (12.9.): *„ ...Man verlangt aber ständig neue Lebenszeichen von mir und verleugnet die vorliegenden oder zweifelt die Authentizität grundlos an"*. Und: **„Ich bin nicht bereit, lautlos aus diesem Leben abzutreten, um die Fehler der Regierung, der sie tragenden Parteien und die Unzulänglichkeiten des von ihnen hochgejubelten BKA-Chefs zu decken".** Bereit oder nicht, er mußte dann doch... Nach allen vorausgegangenen Provokationen und Frechheiten des BKA gab anscheinend die Nachricht von den Stammheimer „Selbstmorden" den Entführern den letzten Anstoß, ihren Gefangenen umzubringen.

Jagdszenen aus Stammheim — Deutschland

33 vorläufige Festnahmen in Westberlin

Am frühen Morgen des 30.11. wurden in 5 Stadtteilen Westberlins 17 Wohnungen durchsucht und 33 Leute vorübergehend festgenommen. Der Durchsuchungsbefehl war schon am 19.9. (!) ausgestellt worden mit der Begründung, *„es bestehe der Verdacht, daß der Beschuldigte zum engen Sympathisanten- und Unterstützerkreis der Personen, die ... für den Anschlag gegen den Arbeitgeberpräsidenten Schleyer in Betracht kommen, gehört."*



Broschüren über Haftbedingungen und Prozesse politischer Gefangener, handschriftliche Aufzeichnungen, Schreibmaschinenproben und Aktenordner wurden bei der Aktion beschlagnahmt. Obwohl die Durchsuchungsbefehle jeweils nur auf eine Person ausgestellt waren, wurden alle in der Wohnung anwesenden Personen festgenommen (ein Staatsschützer: *„Jeder, der sich in der Wohnung aufhält, macht sich strafbar!"*) und erkennungsdienstlich behandelt. Einzelnen wurden dabei Arme und Beine verrenkt, Haare ausgerissen, der Kopf auf den Boden geschlagen und Knebelketten angelegt.

• • •

Gesucht: Mitglieder von Wohngemeinschaften

„Haben Sie oft Besuch? Übernachten oft Bekannte bei Ihnen? Wer ist Ihr Arbeitgeber? Fahren Sie öfter in die DDR?" – wollten Zivilbullen der Heidelberger Kripo in über 50 Wohngemeinschaften wissen. Denn: *„Wohngemeinschaften seien halt besonders verdächtig in Bezug auf Terrorismus ..."*! Über Lautsprecherwagen forderten die Bullen die Bevölkerung zur Denunziation auf. Sie schrieben Autonummern von abgestellten Fahrzeugen auf und fotografierten Namensschilder an den Klingeln. Außerdem werden allein im Raum Heidelberg 2.500 (!) Telefonanschlüsse abgehört (aus: „Rhein-Neckar-Skandal", 3./4.12.).

Großfahndung in Wolfsburg

Drei Hinweise aus der Bevölkerung lösten am 7.12. eine Großfahndung im Wolfsburger Raum aus. In Hannover hatte ein Autohändler die Polizei alarmiert und mitgeteilt, drei „verdächtige" Männer (mit Bart) seien bei ihm aufgetaucht und hätten versucht Autos aufzukaufen. Ein weiterer Hinweis ging bei der Polizei von einem Tankstellenwart ein, bei dem ein Mann einen 500 DM-Schein wechselte: Dieser Mann sei der „Terrorist" Rolf Heissler. Mit Hilfe eines Hubschraubers wurden dann die 3 verdächtigen Männer bis nach Wolfsburg verfolgt, gestellt und einem 7-stündigen Verhör unterzogen. Dabei stellte sich natürlich heraus, daß sie allesamt absolut harmlos waren.

Nach Berichten aus Wolfsburg und Westberlin

• • •

Eine falsche Reaktion kann tödlich sein

Die Zeitungsartikel, in denen bei der immer noch andauernden Großfahndung um „Besonnenheit" gebeten wird, häufen sich. Die Großfahnder haben *„Sorge, daß eine unbedachte Bewegung Unheil anrichten könnte"* („Badische Zeitung", 29.11.). *Ein gedankenloser Griff in die Hosentasche, ... ein jäher Vorstoß des Armes zum Handschufach, dies könnte bei einem ... Beamten Fehl reaktionen provozieren"* (ebenda).

Einem Bundesgrenzschutz-Bullen saß bei einer Autokontrolle die MP so locker, daß er zwei Schüsse abfeuerte. Ein Fahrzeuginsasse wurde im Arm getroffen („Badische Zeitung", 1.12.). – Und das ist nur ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel!

88a wieder in Aktion

Das Buch „Bewaffneter Kampf in Westeuropa", das in der BRD verboten ist, darf auch in der dänischen Bücherei in Flensburg nicht vertrieben werden. Obwohl es sich bei der Bücherei um eine ausländische Kulturstätte handelt und das Buch in Dänemark nicht verboten ist, maßen sich westdeutsche Zensoren auch hier einen Übergriff an.

Dänemark Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Chotjewitz ausgeladen

„Wer als Schriftsteller unsere demokratische Grundordnung verunglimpft, kann nicht erwarten, vom Bezirksamt zu einer Dichterlesung eingeladen zu werden." („Tagesspiegel", 29.11.77). So reagierte der CDU-Bürgermeister des Westberliner Stadtteils Charlottenburg, Dr.Legien, auf die Einladung der Stadtbücherei, in der Chotjewitz sein neues Buch vorstellen sollte. Er habe, so der CDU-Reaktionär, eine DKP-nahe Haltung eingenommen und *„öffentlich erklärt, Holger Meins sei getötet worden"* („DVZ", 1.12.).

Baustadtrat Körting (SPD) protestierte gegen diese Ausweitung des Radikalenerlasses: *„Er halte es für sehr gefährlich, solche Verfassungstreue-Kontrollen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu übertragen"* („Tagesspiegel", 29.11.).

Vor Gericht bestätigt: Judos sind „Sympathisanten des Terrors"!

Der von einem Ausflug zurückgekehrte Westberliner CDU-Vorsitzende Lorenz hatte die (Westberliner) Judos als „Sympathisanten des Terrors" bezeichnet – und darf das auch weiterhin tun! Die Judos hatten versucht, im Wege einer einstweiligen Verfügung gegen die Lorenz-Attacke vorzugehen, wurden aber von der 27.Zivilkammer des Landgerichts Berlin „kostenpflichtig" abgebügelt („Welt", 9.12.)!...

Croissant wurde bei seiner Auslieferung geschlagen

Rechtsanwältin Marie-France Schmidtlin, die Croissant in Frankreich verteidigt hatte, hat ihren Klienten kürzlich in Stammheim besucht. Auf dem Kongreß der französischen Richtergewerkschaft SM am 28.11. berichtete sie anschließend noch einmal Genaueres über den Ablauf von Croissants Auslieferung: *„Als man ihn vom Gericht wieder zum Gefängnis fuhr, konnten seine Verteidiger ihm einen Zettel geben: ‚Falls man dich heute Abend in die BRD abschieben will, leiste Widerstand. Deine Berufung vor dem Staatsrat ist schon in die Wege geleitet worden. Schrei, ruf uns, wehr dich wenn sie dem nicht Rechnung tragen wollen." Klaus hat versucht, sich zu wehren, 5 Wächter haben ihn zu Boden geworfen mit Karate-Schlägen. Er hat geschrien, in seiner Zelle sei der Antrag für seine Berufung. Man hat ihm erlaubt, dorthin zu gehen, und der Gefängnisleiter hat ihm das Dokument übergeben. Als er verstanden hat, daß dieser Antrag ihm nichts nutzen soll, hat er erneut laut geschrien. Man hat ihn wieder geschlagen und hat ihm Gas in den Mund eingeführt, so daß er gelähmt wurde. So konnten sie ihn auch ins Auto werfen. Er trägt immer noch die Spuren dieser Schläge. Dennoch bedankt er sich bei uns allen, er bedankt sich beim französischen Volk, das er von der französischen Regierung zu unterscheiden versteht."*

Über die Haftbedingungen ihres Mandaten in Stammheim sagte Marie-France Schmidtlin u.a.:*„Er sitzt in einer Zelle im Erdgeschoß, unter ständiger Überwachung. In den ersten Tagen war das Licht permanent eingeschaltet. Auf seine Bitte hin wurde die Glühbirne blau angestrichen, die Wächter haben aber die Farbe bereits größtenteils wieder abgekratzt. Er hatte auch darum gebeten, daß er bei den intimsten Momenten des Tagesablaufes nicht überwacht werde. Das ist ihm bis heute abgelehnt worden. Er befürchtet vergiftet zu werden, und hat darum gebeten, daß sein Essen ständig untersucht wird. Er darf eine Stunde pro Tag spazieren gehen, auf der Terasse des Gefängnisses d.h. unmittelbar über der Etage seiner ermordeten Klienten. Er bekommt die Abrißarbeiten genau mit, diewahrscheinlich deswegen vorgenommen werden, um zu vemeiden, daß eine internationale Untersuchungskommission dort peinliche Dinge entdeckt...*

Der erste Brief, den er in Stammheim bekommen hat, war eine Morddrohung: ‚ Bald bistdu auch dran'."

Frankreich-Kommission



Interview mit Rechtsanwalt Spangenberg, Westberlin

Am 8.12. hatten wir Gelegenheit, ein Interview mit RA Spangenberg durchzuführen. Spangenberg, gegen den vom Westberliner Kammergericht ein Berufsverbot verhängt wurde – und zwar gültig für alle Strafprozeßverfahren! – geht in diesem Interview sowohl auf das gegen ihn und andere Rechtsanwälte verhängte Berufsverbot ein und nimmt zu den „Selbstmörden" in Stammheim sowie zum Kontaktsperregesetz Stellung.

KB: Kannst Du die Zusammenhänge, die zu Deinem Berufsverbot geführt haben, erläutern?

Sp.: *Das Berufsverbot, das das Kammergericht gegen mich ausgesprochen hat, steht nach meiner Ansicht in einem engen Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die angeblichen Lorenz-Entführer, der im Frühjahr 1978 in Berlin stattfinden soll. Die sechs Gefangenen, die in diesem Prozeß angeklagt werden sollen, haben allesamt Verteidiger ihres Vertrauens gewählt. Von diesen Verteidigern bin ich bereits der Sechste, der aus diesem Prozeß ausgeschlossen worden ist. Alle anderen Verteidiger sind wegen § 146 (sogenanntes Verbot der Mehrfachverteidigung) ausgeschlossen worden. Bei mir ist das Vehikel die angebliche „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Das Gericht meint, daß Hungerstreik und die Forderung nach verbesserten Haftbedingungen in Wirklichkeit gar nicht das Anliegen der Gefangenen und der Verteidiger sind. Nach Ansicht des Gerichts geht es ihnen nur vordergründig um ein solches Anliegen; in Wirklichkeit geht es ihnen darum, die Justiz und damit den demokratischen Rechtsstaat zu diffamieren, um so propagandistisch den Boden für weitere terroristische Aktionen vorzubereiten, das heißt im Klartext: Hungerstreik und die Forderung nach verbesserten Haftbedingungen sind kriminell.*

Außerdem sieht es das Gericht als „kriminell", als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" an, daß eine Reihe von Kollegen und ich versucht haben, einen Prozeß verschieben zu lassen, der in Berlin in diesem Jahr wegen der zwei Frauen stattgefunden hat, die die „Bewegung 2. Juni" unterstützt haben sollen. In diesem Prozeß sollte festgestellt werden, daß die „Bewegung 2. Juni" eine kriminelle Vereinigung ist und daß Fritz Teufel, den ich verteidigt habe, Mitglied dieser kriminellen Vereinigung ist. Wir versuchten dies zu verhindern, um eine Vorverurteilung unserer Mandanten zu verhindern. Dies gelang uns nicht. In dem Urteil gegen die beiden Frauen, das jetzt vorliegt, wird definitiv festgestellt, daß Fritz Teufel und Ralf Reinders Mitglieder einer kriminellen „Bewegung 2. Juni" sind. Der Versuch also, Gefangene vor massiver Vorverurteilung zu schützen, wird als „Prozeßsabotage" und als „kriminell" hingestellt.

Man muß befürchten, daß der Beschluß des Kammergerichts mit diesem Inhalt zur Folge hat, daß andere Verteidiger mit dem klaren Risiko vor Augen, auch als „Kriminelle" abgestempelt zu werden, entsprechende Aktionen und Anträge für ihre Mandanten nicht mehr wagen werden. Damit wäre ein weiterer wichtiger Bereich der Verteidigung eliminiert: Schutz vor menschenunwürdigen Haftbedingungen, Schutz vor Vorverurteilung.

KB: Nach den vier Toten in Stammheim und Stadelheim ist eine breite Protestbewegung ausgeblieben. Die Medien schossen sich sämtlichst auf die offizielle „Selbstmord"version ein, Zweifler wurden gleich zu Sympathisanten gestempelt und so weiter. Auch innerhalb der Linken gibt es nur sehr wenige Zeitungen, die tatsächlich eine breite Gegeninformation gestartet haben.

Sp.. *Außer der erschreckenden Tatsache, daß dort drei Tote gefunden worden sind, und daß dann auch in Stadelheim eine Tote gefunden worden ist, ist das Erschreckendste für mich an der ganzen Geschichte, wie in massiver Weise und erfolgreich die Regierung sofort eine „Mundtotmach-Kampagne" durchgeführt hat. Nachdem die Nachrichten bereits eine Stunde nach dem Auffinden der Toten von Selbstmord als einer feststehenden Tatsache gesprochen hatten, setzte vor allem der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner einen Tag danach ein Zeichen, als er öffentlich sagte: Wer an der Tatsache des Selbstmordes zweifle, mache sich schwer schuldig. In genau dieser Art und Weise werden mittlerweile auch diejenigen verfolgt und diffamiert, die es wagen, auch nur Zweifel an der Selbstmord-These zum Ausdruck zu bringen.*

Man muß sich, wenn man den Zustand unserer Demokratie einschätzen will, vielleicht mal kurz in Erinnerung rufen, was Personen des öffentlichen Lebens erklärten, nachdem im Gefängnis von Saint Quentin George Jackson erschossen worden war. Professoren, Rechtsanwälte und Abgeordnete erklärten noch am selben Tage öffentlich, daß Jackson ermordet worden sei. Oder: was geschah, nachdem Herr Ruby, der den angeblichen Kennedy–Attentäter Oswald erschossen hatte, erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden war? Senatoren, Kongreßabgeordnete, Rechtsanwälte, Professoren und andere Personen des öffentlichen Lebens erklärtenspontan, Ruby sei von der CIA ermordet worden. Es hat in keinem dieser Fälle Sanktionen gegen diese Personen gegeben – weder von Seiten des Staates noch gar von Seiten ihrer Berufsorganisationen.

Daß so etwas in einem Staat wie der USA - sicherlich nicht der Hort der Demokratie - möglich ist, spricht erst einmal für sich. Meinungs– und Informationsfreiheit, betreffend das Thema Stammheim und das Ende dieses Prozesses, sind hier schon gar nicht mehr existent.

Daß es sehr schwer ist, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß hier möglicherweise Gefangene ermordet worden sind, ist gut verständlich, denn wenn es sich herausstellen sollte, daß es Mord war, würde diese Erkenntnis konsequenterweise Arbeits– und Lebensbedingungen gerade von Linken verändern. Das trifft besonders auf Rechtsanwälte zu, die sich dann natürlich fragen müßten, was ihre aufopfernde und konsequente Verteidigungsarbeit angesichts der Tatsache für einen Stellenwert hat, daß Gefangene, bevor sie rechtskräftig verurteilt worden sind, getötet werden.

Daß der Verdacht, hier könnte ein Mord geschehen sein, beinahe unüberwindliche Verdrängungsschwellen bei Linken entstehen läßt, ist aus diesen Tatsachen heraus auch verständlich, denn auch sie müßten in der Einschätzung des Staats– und Repressionsapparates oder in der Einschätzung einer möglichen faschistischen Bewegung vieles von dem revidieren, was sie bisher von sich gegeben haben und was bisher ihr Handeln bestimmt hat.

KB: Die politischen Gefangenen von Stammheim haben in ihren Erklärungen Anfang August darauf hingewiesen, daß sie in ihrer Gesamtheit als Geiseln eingesetzt werden sollen, mit deren Be– und Mißhandlung die terroristischen Gruppen unter Druck gesetzt werden sollen. Dies ist von der gesamten Linken nicht richtig begriffen worden, meistens hielt man derartige Behauptungen wie „Endlösung" usw. einfach für übertrieben. Gudrun Ensslin sagt z.B. in einem Gespräch mit den Anstaltsgeistlichen Hans Peter Riede und Erwin Kuhrmann am 17.10., wo sie die Geistlichen bittet, die drei Briefe an die Bundesanwaltschaft zu überleiten, auf die Frage, wer sie denn vernichten wolle in diesem Haus: „*Sie wissen ja nicht, was hier alles läuft. Das machen nicht die hier, da kommen Leute von draußen im Auftrag der Bundesanwaltschaft*".

Sp.: *Ich meine nicht, daß die Bundesanwaltschaft, die Bundesregierung, die Landesregierung Baden–Württembergs oder eine andere staatliche Institution hier einen Mord in Auftrag gegeben haben. Wenn das, was in Stammheim geschen ist, Mord war, dann wissen weder der Bundeskanzler Schmidt noch der Justizminister Bender, noch Generalbundesanwalt Rebmann von dem Hergang der Geschehnisse etwas. Wenn es ein Mord war, so meine ich, daß es das Wahrscheinlichste ist, daß hier eine Art Todeskommando tätig geworden ist. Daß es sich allerdings darauf verlassen konnte, daß die offiziell Verantwortlichen, nicht wissend, was geschehen ist, den Dreckhaufen, der dort angerichtet worden ist, beiseite kehren werden. Wenn man sich diese These überlegt hat, ist es lohnend, sich daran zu erinnern, was in lateinamerikanischen Staaten, insbesondere in Brasilien, Argentinien und Uruguay, danach auch in Chile, in dieser Richtung geschehen ist: Argentinien und Uruguay, auch Brasilien hatten noch formal wohl funktionierende parlamentarische Demokratien, als die Todeskommandos ausschwärmten und begannen, Linke zu töten. Diese Kommandos hatten einen nicht unwesentlichen Anteil daran, daß sich die Verhältnisse in diesen Ländern so verschärften, daß ein Putsch von Militärs ohne weiteres möglich war.*



Irmgard Möller

KB: Welche Rolle spielt Deiner Ansicht nach das Kontaktsperregesetz bei der ganzen Entwicklung?

Sp.: *Erstmal eines: Kontaktsperregesetz ist nach meiner Ansicht ein Euphemismus (Beschönigung). In Wirklichkeit ist dies ein Gesetz, was Gefangene vollkommen rechtlos stellt und sie der totalen Verfügungsgewalt des Staates aussetzt. Dies mit allen daraus denkbaren Konsequenzen. Ich meine, daß die Idee eines solchen Gesetzes nicht neu ist; der Präsident des BKA, Herold, fordert schon seit Jahren immer wieder in regelmäßigen Abständen, „die Zellen dichtzumachen". Ich glaube, daß er, der im Krisenstab die wichtigste Rolle spielte, weil seine Behörde, das BKA, das absolute Informationsmonopol darüber hatte, was in den Tagen der Schleyer–Entführung geschah, die Gelegenheit ergriffen hat, ein solches Gesetz, das sicher schon lange vorgeplant war, durchzusetzen.*

Ich meine, daß er unter den äußeren Bedingungen der Schleyer-Entführung dafür plädiert hat, die Gefangenen völlig von der Außenwelt abzuschneiden und sie innerhalb der Gefängnisse völlig zu isolieren, und daß der Bundeskanzler auf den Vorschlag von Herrn Herold dem Parlament das sogenannte Kontaktsperregesetz vorlegte, mit der einzigen Erklärung: „Wir brauchen dieses Gesetz, das muß man mir einfach glauben, warum, erklärte ich später in einer Dokumentation zum Fall Schleyer".

Das Bedrückendste an diesem Gesetz und seinen Auswirkungen ist, daß man absolut nicht weiß, was in den Gefängnissen seit Anwendung des Gesetzes wirklich passiert ist. Niemand kann die Garantie dafür übernehmen, daß dort nicht Übergriffe stattgefunden haben. Es gibt keine Kontrolle mehr. Ganz egal, was in Stammheim wirklich passiert ist - das sogenannte Kontaktsperregesetz und seine Anwendung sind absolute Bedingungen für das, was passiert ist.

KB: Wie kann Deiner Meinung nach die linke, demokratische und liberale Öffentlichkeit den Tendenzen, den Komplex Stammheim/Stadelheim zu verdrängen, entgegenwirken? Wie können Gegeninformationen geschaffen und wie die bedrohten Rechtsanwälte geschützt werden?

Sp.: *Wenn zum Beispiel Herr Wehner sagt, jeder mache sich schwer schuldig, der die Tatsache des Selbstmordes anzweifle, so finde ich, müßte man entgegnen: es könnte der Zeitpunkt gekommen sein, wo sich jeder schwer schuldig macht, der noch schweigt. Das Recht auf Information und das Recht auf Meinungsfreiheit in punkto Stammheim zu erhalten geht nicht mehr. Man könnte den Versuch unternehmen, dieses Recht wiederherzustellen. Gelegenheit hierzu gibt es nach meiner Ansicht genug. Niemand ist daran gehindert, die Arbeit von Ermittlungsausschüssen, die den wahren Hergang der Todesfälle aufklären wollen, zu unterstützen. Niemand ist daran gehindert, durch öffentliche Meinungsäußerungen und konkrete Unterstützung Anwälten und Verwandten von Gefangenen zu helfen, die Kriminalisierungsversuche, die gegen sie gestartet werden, zu überstehen!*

KB/Westberlin

Solidarität mit Irmgard Möller in Italien

In Italien ist ein Solidaritätskomitee für Irmgard Möller, die einzige Überlebende der „Selbstmord"-Nacht von Stammheim, gebildet worden. Die Anschrift des Komitees ist: **Comitato die Solidarieta con Irmgard Möller, Via dei Banchi Vecchi 45, Roma/ Italien.**

Das Komitee fordert dazu auf, an Irmgard Möller zu schreiben und hat dazu selbst folgenden Offenen Brief veröffentlicht: „*Liebe Irmgard Möller, wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit und Interesse die Geschehnisse in der BRD und insbesondere Deine persönliche Lage. Wir wünschen Dir eine rasche und vollständige Genesung unter menschenwürdigen Haftbedingungen.*

Wir versichern Dir, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, uns für Gerechtigkeit und den Rechtsstaat überall einzusetzen, also auch in Deinem Fall, daß Dir jene Achtung garantiert wird, die auch einem Häftling keinesfalls verweigert werden darf" (nach „il manifesto", 30.11.).

Nach einem Bericht von „il manifesto" (3.12.) ist der Antrag mehrerer weiblicher Abgeordneter des italienischen Parlaments – darunter die Genossin Luciana Castellina von Democrazia Proletaria – abgelehnt worden, die Irmgard Möller in Stammheim besuchen wollten.

Zur Situation von Irmgard Möller

Über die Situation der einzigen Überlebenden des Stammheimer Massakers, Irmgard Möller, wurde folgendes bekannt (Informationen aus einer Presseerklärung der Anwälte Frommann und Goy vom 3.12. sowie aus Angaben der Anwälte Ende November):

Irmgard Möller befindet sich seit dem 8. August, also seit vier Monaten (mit einer viertägigen Unterbrechung Anfang September) in Totalisolation – ohne Kontakt zu anderen Gefangenen, ohne Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, mit Einzelhofgang. Seitdem hat sie außer einem Gespräch mit ihrer Mutter am 25. November nur mit Beamten, Ärzten und Rechtsanwälten sprechen können. Seit dem 18. Oktober befindet sich Irmgard Möller zudem unter Dauerbewachung – vor der Klappe in ihrer Zellentür ist ein Podest angebracht worden, auf dem ständig zwei Beamte sitzen, die in kurzen Abständen in die Zelle starren.

Entgegen anderslautenden früheren Meldungen hat Irmgard Möller immer noch kein Radio bekommen. Sie kann vier Tageszeitungen beziehen, die aber streng „zensiert", also zerschnippelt werden. Ausländische Zeitungen darf sie nicht erhalten.

Irmgard Möller ist am 19. November in einen Hungerstreik getreten. Damit will sie die Beendigung der Totalisolation und speziell ihren „Umschluß" mit Verena Becker, die ebenfalls in Stammheim gefangengehalten wird, erreichen. In der Zeit vor dem 8. August hatte Irmgard Möller schon häufiger „Umschluß" mit Verena Becker.

In dieser Situation hatte der Vertuschungs-Ausschuß des baden-württembergischen Landtags Irmgard Möller zum 5. Dezember als Zeugin zur Vernehmung in nicht-öffentlicher Sitzung geladen, die im Stammheimer Gefängnis stattfinden sollte. Irmgard Möller lehnte es unter diesen Bedingungen ab, auszusagen. Wohl aber sei sie bereit, „*umfassend zu den ihr bekannten Tatsachen und Umständen als Zeugin auszusagen, wenn die Öffentlichkeit der Sitzung gewährleistet ist*" (aus der Erklärung vom 3.12.).

Internationale Untersuchungskommission zu Stammheim:

Unterstützung wächst

Frankfurt. Am 3.12. fand ein nationales Treffen der linken politischen Anwälte in der BRD statt. Es nahmen ca. 70 Anwälte teil — darunter fast alle bekannten Büros aus Hamburg, Westberlin, Bochum, Frankfurt, Darmstadt und München. Auf der Tagesordnung standen die Situation der inhaftierten Verteidiger (Croissant, Müller, Newerla), Ausschluß- und Berufsverbote-Verfahren, Verschärfung der Haftbedingungen (Einführung der Trennscheibe bei Verteidigergesprächen in Hamburg) und die Diskussion über eine internationale Untersuchungskommission zu den Todesfällen in Stammheim. Da eine generelle Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung schon seit längerem besteht, konnten bereits konkrete Modell-Vorschläge diskutiert werden. Berichte über zahlreiche Kontakte auf internationaler Ebene machten deutlich, wie stark das Interesse unter ausländischen Demokraten an dieser Untersuchung ist.

– In Italien wurde in Gesprächen mit der „Initiative zur Verteidigung der Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten in der BRD" (Lelio Basso, Inge Feltrinelli, Lucio Lombardo-Radice u.a.) der Vorschlag diskutiert, eine Kommission aus ausländischen Parlamentariern einzurichten und für diese die Rechte eines westdeutschen parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu fordern.

Auf einem Treffen belgischer, holländischer, französischer und westdeutscher Anwälte in Brüssel wurde die Schaffung eines internationalen Verteidigerbüros in der BRD erörtert, das neben westdeutschen Anwälten abwechselnd von ausländischen Kollegen besetzt werden sollte.

Aufgabe dieses Büros sollte der Schutz der politischen Gefangenen in der BRD und die Koordinierung der Untersuchungen zu Stammheim sein. Die ausländischen Teilnehmer dieses Treffens erklärten ihre Bereitschaft, ein solches Büro personell und finanziell zu unterstützen.

– Kontakte mit der französischen Richtergewerkschaft Syndicat de la magistrature haben ergeben, daß dort ein schnelles und pragmatisches Vorgehen befürwortet wird. Da es noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen könnte, bis eine repräsentative internationale Untersuchungskommission die Arbeit aufnimmt, und da ein solches Gremium erfahrungsgemäß relativ ‚schwerfällig' sei, solle man sofort einen kleinen, aber handlungsfähigen Anwälte-Ausschuß bilden. Dieser solle in der BRD alle Informationen zusammentragen und insbesondere zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit beitragen. Falls die westdeutschen Anwälte mit einem solchen Vorgehen einverstanden seien, wären die Franzosen bereit, zwei Kollegen damit zu beauftragen.

Als weitere Möglichkeit wurde diskutiert, daß die ehemaligen Vertrauensverteidiger von Baader, Ensslin und Raspe dem Russell-Tribunal genügend Unterlagen zur Verfügung stellen, so daß die Jury auf ihrer ersten Sitzung im Frühjahr '78 gegebenenfalls die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission aufstellt.

Leider entwickelte sich die Diskussion um diese Vorschläge teilweise so, daß sie als Alternativen begriffen wurden, obwohl sie sicherlich a l l e begrüßenswerte Ansätze sind, die sich gegenseitig e r g ä n z e n könnten. Gegen das mit den französischen Anwälten diskutierte Vorgehen, sofort aktiv zu werden, wurde eingewandt, die Legitimation für einen solchen Anwälte-Ausschuß wäre zu schmal und es könnte der Eindruck entstehen, als griffen die linken Anwälte einer späteren internationalen Untersuchungskommission vor.

Ein weiteres Argument einer Hamburger Rechtsanwältin war, es gäbe in Frankfurt und Westberlin ja bereits „Basis-Initiativen", die sich mit einer Untersuchung der Stammheimer Vorgänge befassen und denen man nicht „von oben" ein Anwälte-Gremium „überstülpen" dürfe. Daß dieses Argument freilich ziemlich deplaziert war, machten Kollegen, die mit diesen Initiativen zusammenarbeiten, klar: Zu einer Gegenoffensive in der Öffentlichkeit seien diese Initiativen noch nicht in der Lage.

Ein konkretes Ergebnis wurde schließlich nicht beschlossen. Um eine Lösung, die es ermöglicht, mit der gebotenen Schnelligkeit und Ernsthaftigkeit an die Öffentlichkeit zu treten, um die gleichgeschaltete Medien-Meinung zu durchbrechen, wird weiter gerungen werden müssen.

Die staatstreue 'Linke' nach Stammheim

Die „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim haben einige 'Linke' in peinliche Verdrängungsnöte gebracht: Zwar mögen sie sich nicht offen einreihen in das Heer der „Selbstmord"-Gläubigen, aber m e h r noch schaudert's ihnen vorm Gegenteil, also der Annahme eines staatlichen oder staatlich geduldeten Mordes – und vor den Konsequenzen dieser Hypothese für ihr ganzes politisches Selbstverständnis. Was dabei herauskommt, reicht von skurrilen geistigen Verrenkungen bis zur direkten Schreibtischtäterschaft.

„Sozialistisches Büro"

Das SB gibt sich in der Dezember-Ausgabe seiner Zeitung „links" ganz akrobatisch: Einen Artikel könne man gar nicht schreiben, **„weil wir kaum etwas wissen"**. Das wenige reicht immerhin für Spekulationen: *„Wahrscheinlich haben sie es selbst getan. Aber sicher ist das nicht. Manches von dem, was wir wissen, spricht dafür. Allerdings auch manches dagegen. Wir wissen es einfach nicht, und jede Spekulation ist gefährlich. Jedenfalls ist es unseriös und politischer Hazard, mit einer Mordtheorie durch das Land zu ziehen, wenn der erste Anschein dagegen spricht"*. Nur e i n e m einzigen Menschen spricht das SB überhaupt das „Recht" zu, von Mord zu sprechen, nämlich dem Pfarrer Ensslin, dem wegen *„seinem persönlichen Schmerz"* und seinen *„persönlichen Gefühlen"* mildernde Umstände (verminderte Zurechnungsfähigkeit ?!) zuerkannt werden.

Es folgt ein überraschender Salto des SB: **„Die etablierte Öffentlichkeit in Presse und Fernsehen hat versagt ... Das ist auch ein Skandal von Stammheim, daß in der etablierten Öffentlichkeit niemand an der Selbstmordtheorie gezweifelt hat ..."** Und gleich der nächste Salto: *„Noch viel schlimmer ist es, wenn im Ausland und von einheimischen 'Apachen' so mir nichts, dir nichts eine Mordtheorie vertreten wird, die Ungeheuerliches bedeuten würde, eine neue Qualität, nämlich nicht nur staatlich gedeckten, sondern möglicherweise staatlich organisierten Mord"*.

An den „Selbstmorden" nicht zu zweifeln ist schlimm. Aber daran zu z w e i f e l n, ist **„noch viel schlimmer"** ... Und mit welchem Recht ereifert sich das SB über die „etablierte Öffentlichkeit", wenn vom SB s e l b s t keinerlei öffentlicher Versuch unternommen wurde, in die Auseinandersetzungen nach der Stammheimer „Selbstmord"-Nacht einzugreifen? Wer sich selbst davor gedrückt hat, mal rechtzeitig gegen den staatlich verordneten Strom zu schwimmen, der hat sicher kein Recht, jetzt mit dem spitzen Finger auf Liberale und Sozialdemokraten in Presse und Funk zu zeigen, die sich übrigens keineswegs a l l e so feig verhalten haben wie das SB. Wir vermissen überdies auch in dieser „links", ebenso wie in der sonstigen Öffentlichkeitsarbeit des SB, irgendeinen Beitrag – und sei es auch der allerbescheidenste, man ist da ja nicht verwöhnt! – zur Gegeninformationskampagne gegen die staatsoffizielle „Selbstmord"-Legende.

„Langer Marsch"

Noch einen Schritt weiter als das SB geht der „Lange Marsch" (linkssozialdemokratische Zeitung, Westberlin) in der November-Ausgabe, indem er sich direkt in den Dienst der Regierungspropaganda stellt.

Zwar wird im Leitartikel (Editorial) immerhin noch zugestanden, daß es **„berechtigte Zweifel an der Selbstmordthese"** gebe. Man wolle dem Staat ja auch keineswegs *„leichtfertig die Selbstmordthese abnehmen"*. Allerdings: *„Wir haben auch kein Interesse, der Mordthese gleichermaßen leichtfertig zu folgen. Unsere Diskussion ist der Versuch, einem vorschnellen Urteil entgegenzuwirken, das besonders bei Übernahme einer unbegründeten Mordthese durch die Linke gerade für diese selbst einschneidend falsche Konsequenzen hätte"*.

• Also: „leichtfertig" will man nicht sein – und „b e s o n d e r s" will man gegen die Mordthese ankämpfen. Statt „besonders" sollte es freilich ehrlicherweise heißen: a u s s c h l i e ß l i c h ! Denn tatsächlich befaßt sich der „Lange Marsch" im weiteren (immerhin 4-5 Seiten) ausschließlich damit, die bisher schon aufgetauchten Zweifel an der „Selbstmord"-Legende zu widerlegen oder lächerlich zu machen. Das gerät ihnen zum widerlichen Zynismus, wenn sie zum Beispiel sich mit der Frage auseinandersetzen, ob Baader sich wirklich mit einer 18 cm langen Pistole in den Nacken geschossen haben könnte. Den Zweiflern wird entgegengehalten: *„Der Gegen-BEWEIS – nicht die Gegen-BEHAUPTUNG – kann jederzeit erbracht werden, es sei denn, derjenige, der es versucht, ist verkalkt und ungelenk. Seit wann aber bilden die körperlichen Gebrechen der Intellektuellen die materielle Basis für die Beweiskraft ihrer Aussagen?"*. – Woran es wohl liegt, daß „Linke" bei der krampfhaften Verteidigung der „Selbstmord"-Legende direkt in den anti-intellektuellen Zynismus der KZ-Wachen hineingeraten ?! ... Übrigens haben diese Flachköpfe – ganz sicher selbst 'Intellektuelle' – die Probe aufs Exempel wahrscheinlich mit einem Lineal oder einem ähnlichen Gegenstand gemacht, und haben dabei nicht bedacht, daß man mit einer Pistole auch schießen muß, daß sie ein gewisses Gewicht hat usw.

Ansonsten ist man bemüht, die Märchen des bürgerlichen Staates aufzuwärmen, z.B. daß doch „unabhängige Ärzte aus dem Ausland" den Obduktionsbefund bestätigen würden, obwohl diese Ärzte nach ihren eigenen Erklärungen nur B e o b a c h t e r waren und z.B. zur Frage nach Betäubungsmitteln in den Leichen o.ä. absolut n i c h t s aussagen können.

Über die unglaublichsten „Wunder von Stammheim" – mittlerweile schon drei Pistolen, Sprengstoff in den Wänden usw. setzt sich der „Lange Marsch" kommentarlos hinweg. Das ist eben, wie es so schön heißt, alles „ein Rätsel"! ... Der Mangel an Argumenten wird durch Einschüchterung der Zweifler wettgemacht: **„Die 'linken' Manipulateure der Todesversionen brauchen die einander widersprechenden Nachrichten, um im Grauschleier der Gerüchte ihre Mord-Legende zu stricken ... Wir halten es für Beihilfe zu zukünftigem Mord oder Selbstmord, wenn durch irrationale Legendenbildung weitere zurecht an dieser Gesellschaft verzweifelnde Genossen in den Sog des Terrorismus geraten'**. Das ist schon Originalton „Bild"-Zeitung.

Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß die Leute um den „Langen Marsch" in a n d e r e n Fragen immer noch relativ fortschrittliche, demokratische und reformerische Tendenzen vertreten. Aber in Sachen „Selbstmord" setzt es offenbar bei ihnen einfach aus, da d a r f die sozialliberale Version einfach nicht falsch sein, und da schlägt man dann eben wütend um sich gegen jeden Zweifler und glaubt sogar an Rätsel und Wunder.

„Konkret" und „das da"

Vergleichsweise anständig verhält sich „konkret", das immerhin den von den Anwälten Heldmann und Bahr-Jendges aufgestellten Fragenkatalog zu den „Selbstmorden" von Stammheim abdruckt, das auf Pöbeleien gegen die Zweifler an der „Selbstmord"-Version verzichtet und das seinerseits nur erklärt, man werde von M o r d erst sprechen, wenn dieser einwandfrei erwiesen sei. Wie dies freilich unter den den herrschenden Bedingungen geschehen könnte, bleibt unklar.

„das da"-Röhl hingegen, der schon früher sehr engagiert war, um alle Zweifel am angeblichen Selbstmord seiner Ex-Ehefrau Ulrike Meinhof aus der Welt zu schaffen, fühlt sich jetzt endlich veranlaßt, öffentlich sein Bekenntnis zum bürgerlichen „Rechtsstaat" abzulegen, wobei er seine Erklärung natürlich mal wieder in unser aller Namen abgibt: **„Wir, die legalen Linken ..."**. Im Namen der „legalen Linken" erklärt Röhl: *„Die Verfassung muß verteidigt werden"*. Dies aber reiche nicht, meint Röhl, denn allzu verbreitet sei *„bei vielen jungen Leuten"* schon die r e v o l u t i o n ä r e Kritik am Kapitalismus und am bürgerlichen Staat. D a g e g e n vor allem müsse die „legale Linke" kämpfen. Dazu reichen aber, so Röhl, Diskussionen über die Zweckmäßigkeit bestimmter Kampfformen zum jetzigen Zeitpunkt nicht aus. Sondern da sei offensives Eintreten f ü r d i e s e n S t a a t nötig: *„Seien wir einmal ehrlich zu unserem Publikum und nicht opportunistisch! Sagen wir doch , liebe Genossen und Kollegen vom linken Establishment, daß wir dieses Gemeinwesen mit seinem geringen Maß an Mitbestimmung dennoch nicht missen wollen"*. Niemand, auch Biermann nicht, wolle doch diesen Staat gegen die DDR eintauschen. Nach diesem Bekenntnis im Namen sämtlicher „legalen Linken" und „Altlinken" biedert sich Röhl aber gleich wieder bei der DKP an: *„Aber noch mehr als Stalin und Orwells 1984 hätten wir den Jakobinerstaat zu fürchten, den Baader und die Leute vom 2. Juni aufrichten würden: einen Staat, der von keiner Bevölkerungsgruppe mehr getragen wäre, sondern nur noch ein Reich des Dr. Mabuse wäre, ein nihilistisches Willkürreich mit Femegerichten, Todesurteilen und Hinrichtungen"*

Ja, alles lieber als das!Womöglich nicht bloß lieber als Stalin (der für Röhl sowas wie der Teufel höchstpersönlich ist), sondern auch lieber Faschismus? Der wurde immerhin noch von bestimmten Bevölkerungsgruppen getragen? ... Schmierig und widerlich , daß Röhl für diesen Appell nicht bloß größenwahnsinnig im Namen sämtlicher „legaler Linken" und „Altlinken" spricht, sondern sogar wieder einmal den Geist von Ulrike Meinhof heraufbeschwört, an deren Leiche Röhl sich ja schon wiederholt vergangen hat.

Pfui Teufel!

„Stern"

Über den „Stern", eines der wesentlichsten Massenmedien der Regierungskoalition, waren kurz nach der Stammheimer Blutnacht hoffnungsvolle Gerüchte im Umlauf: Angeblich wollte sich der „stern" personell und sogar finanziell in der Ermittlungsarbeit über die Vorgänge engagieren. Meldungen, wonach „stern"-Journalisten Leuten vom Stammheimer Wachpersonal Geld für Informationen angeboten haben sollen, schienen die Gerüchte noch zu bestätigen. Nun, inzwischen hat Nannen in der Nr. 50 (1.12.) klargemacht, was für ihn Sache ist: Da wird ein offenbar direkt vom BKA gelieferter Hetzartikel gegen die Gefangenen abgedruckt, der für Nannen mit dem Recht verbunden war, diverse Fotos aus den Zellen, von den „Tatwaffen" etc. zu veröffentlichen, die bisher noch nirgendwo zu sehen waren und die wohl dem „stern" vom BKA exklusiv für diesen Artikel überlassen worden sind. In dem Artikel wird u.a. behauptet:

- Das Wachpersonal habe es gar nicht mehr gewagt, die Gefangenen „richtig " zu durchsuchen, weil man sonst Angst gehabt habe, wegen „unsittlicher Berührungen" von Baader angezeigt zu werden.
- Das Wachpersonal habe die Gefangenen als *„Kinder besserer Leute"* betrachten müssen und habe sie entsprechend schonungsvoll behandelt.
- Die Gefangenen hätten *„vorsätzlich und erfolgreich"* ihre Zellen in *„Sauställe"* verwandelt, sodaß die Durchsuchungen aus Ekel nur oberflächlich durchgeführt worden seien. *„Kippen, Speisereste, schmutzige Socken, Unterwäsche und gebrauchte Tampons lagen herum"*. Allerdings: die Waffen, Sprengstoff, kompletten Sendestationen etc. wurden ja allesamt nicht etwa in gebrauchten Tampons oder Essensresten „gefunden", sondern in Wandverstecken oder direkt in den Betonwänden ...
- Zur Untermalung enthält der BKA/„stern"-Artikel allerlei bisher unveröffentlichte Zoten aus dem heiteren Knastleben: Ulrike Meinhof habe einer Beamtin *„auf einem Stuhl stehend , beim Kontrollgang durch die Essensklappe den nackten Hintern entgegen"*-gehalten. Und: *„Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller legten sich Anfang August einmal unter einen Tisch im Umschlußraum, während der Häftling Rolf Pohle mit Ingrid Schubert eine Decke davorhielt"*.

Warum eine solche Story, die deutlich unterhalb des sonstigen „stern"-Niveaus liegt? Weil hier etwas w e s e n t l i c h e s auf dem Spiel steht, nämlich die Reinwaschung der Regierung von jedem Verdacht und in diesem Zusammenhang auch eine geradezu faschistoide Verächtlichmachung der Toten.

Man kann das nicht davon trennen, daß die linke Sozialdemokratie und die Liberalen nach Stammheim weitgehend versagt haben. Gruppierungen, wie das SB oder der „Lange Marsch" oder z.B. auch „das da", die auf innerparteiliche Zwänge ja keine Rücksicht zu nehmen brauchen, und die ihrerseits ein wichtiges Bindeglied zu den Koalitionsparteien und zur liberalen Öffentlichkeit darstellen, hätten eine positive Rolle spielen können, wenn sie sich mutig dem allgemeinen „Selbstmord"-Trend entgegengestellt hätten. Umgekehrt müßte ihr Schweigen oder gar ihr Gegeifer gegen jeden Zweifel am „Selbstmord" d i e j e n i g e n demokratischen Journalisten etc. e n t m u t i g e n , die bereit gewesen wären, ihren eigenen Zweifeln kühneren Ausdruck zu geben.

Ein vergleichbarer Vorgang, eine ähnlich schändliche Verhaltensweise großer Sektoren der Linken und Liberalen, wäre in Italien oder Frankreich a b s o l u t u n d e n k b a r gewesen. Wir haben noch viel zu lernen in diesem Land!

(Aus: „Tomi Ungerer's Kompromisse". Erschienen im Klub der Bibliomanen im Diogenes-Verlag Zürich)

Offener Brief der „Rosa"

Verbotsdrohungen gegen „K-Gruppen"

Die Schwulen-Zeitung „rosa" hat in ihrer Nr. 12/77 folgenden „offenen Brief an KB, KBW, KPD und KPD/ML" veröffentlicht:

„Werte Freunde!

Die Redaktion der Rosa erklärt:

1) Wir sprechen uns entschieden gegen die von Teilen der CDU/CSU ausgesprochenen Verbotsdrohungen gegen Eure Organisationen aus. Diese reaktionäre Forderung steht im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden rapiden Abbau demokratischer Rechte in der BRD: elementarste Rechte, die in der Verfassung einmal garantiert waren, werden durch eine Vielzahl von Änderungen Zug um Zug außer Kraft gesetzt: Notstandsgesetze, Zensurgesetze (88a und 130a), Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit usw. Eine besondere Qualität hat diese Entwicklung durch die nach der Schleyer – Entführung entfachte Hexenjagd gegen alle sogenannten „Wegbereiter" und „Symphatisanten" erreicht. Alle, die es sich nicht nehmen lassen und ließen, dieser Gesellschaftsordnung kritisch gegenüberzustehen, Mißstände anzuprangern, und sich für eine menschlichere Gesellschaft einzusetzten, sind die Opfer dieser von der Reaktion betriebenen Kampagne. Heute erleben wir, was F.J. Strauß in seiner berüchtigten Sonthofener Rede angedroht hat: „Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen".

Diese Verbotsdrohungen werden in einer Situation formuliert, in der sich unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorrismus" Denunziation, Einschüchterung und Verfolgung steigern. Zudem stellen wir fest, daß diese Drohungen Parallelen zu den Sozialistengesetzen Bismarcks und zu den Ermächtigungsgesetzen des Hitlerfaschismus ausweisen. Schließlich stellten sie einen massiven Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterbewegung und aller Demokraten dar.

2) Gegenwärtig leisten drei Eurer Organisationen (KBW, KPD, KPD/-ML) insofern dem Abbau der Demokratie Vorschub, indem sie sich an der Ausgrenzung von Schwulen beteiligen, sei es durch Totschweigen der Schwulenunterdrückung und unseres Kampfes dagegen oder sogar durch eigenständige Beiträge zu unserer Diffamierung. Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf gegen Eure pseudorevolutionären Auffassungen und Handlungen in dieser Frage. Lenin sagt: „Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen,... Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufrüttelnde, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren".

3) Wir sind bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten mit Euch zusammen praktische Maßnahmen gegen die Verbotsdrohungen zu ergreifen, allerdings nur dann, wenn ihr innerhalb einer möglichen Aktionseinheit die Gleichberechtigung aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen respektiert. Wir verurteilen solch spalterisches Vorgehen, wie das Verprügeln von Atomkraftwerksgegnern auf der Demonstration in Bonn vom 8.10.77.

WEG MIT DEN VERBOTS – ANTRÄGEN GEGEN KB, KBW,KPD und KPD/ML ! UNEINGESCHRÄNKTE OR – GANISATIONS–,MEINUNGS – UND PRESSEFREIHEIT!."

Da kommt was in Gang:

Frauen gegen Repression!



Das derzeitige Klima in der BRD, die Hexenjagd auf die „Sympathisanten", die letzten Ereignisse um Stammheim, wie das Kontaktsperregesetz und die angeblichen „Selbstmorde" von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Karl Raspe und Ingrid Schubert sowie die in Lebensgefahr schwebende Irmgard Möller, haben in der Frauenbewegung nicht nur Angst und Erschrecken bewirkt, sondern auch Protest und Gegenwehr hervorgerufen. Nicht zuletzt hat dazu auch die Hetze gegen politisch aktive Frauen und gegen die Emanzipationsbestrebungen insgesamt beigetragen.

Gegen diese Entwicklung nahmen Frauengruppen und Frauenzentren in Flugblättern, Artikeln, Erklärungen etc. Stellung. Diese haben unterschiedlichen Charakter, aber sie machen alle eine starke Empörung deutlich und rufen fast alle zur Unterstützung der politischen Gefangenen gegen die Haftbedingungen auf.

– So schrieb das Bochumer Frauen- und Lesbenzentrum einen Offenen Brief an Irmgard Möller, in dem die Frauen ihre Betroffenheit angesichts der Stammheimer „Selbstmorde" ausdrücken (s.AK 116).

– Auf einem Treffen in Paris Ende Oktober, auf dem Frauen aus der autonomen Frauenbewegung aus Afrika, Westdeutschland, Lateinamerika, Belgien, Frankreich, der Schweiz und den USA zusammenkamen, um den 8. März 1978 vorzubereiten, wurde eine Resolution verabschiedet, die die sofortige Einstellung der Folterungen, uneingeschränktes Besuchsrecht der Gefangenen und die Anwendung der Genfer Konvention auf politische Gefangene in der BRD fordert (AK 117). Mit dieser Resolution wandte sich das Nürnberger Frauenzentrum

Genfer Konvention auf politische Gefangene in der BRD fordert (AK 117). Mit dieser Resolution wandte sich das Nürnberger Frauenzentrum

in einem Brief an die Frauenzentren und Frauenzeitungen der BRD und bat um Veröffentlichung. Die Nürnberger Frauen schlugen darüber hinaus einen Kongress im nächsten Jahr vor, auf dem über die gesellschaftliche Situation und den Kampf gegen die Repression diskutiert werden soll (AK 118).

– Frauen und Frauengruppen aus Westberlin schickten einen Offenen Brief an Irmgard Möller, in dem sie u.a. ihre sofortige Freilassung fordern. Das „Weiberplenum" rief auf zur Bildung eines Solidaritätskomitees zur Rettung des Lebens von I. Möller (AK 117 und 118).

Weitere Stellungnahmen aus der Frauenbewegung sind uns bekannt geworden aus Frankfurt, Aachen und Düsseldorf: Die Aachener Resolution richtet sich vor allem gegen die ideologische Seite der staatlichen Repression, gegen die Kriminalisierung und Einschüchterung politisch engagierter Frauen: *„Die ‚Terroristenbekämpfung' bietet im Rahmen der allgemeinen Hysterie den Vorwand, alle Gruppen, die die bestehende Gesellschafts- und Lebensfrom nicht kritiklos hinnehmen, verstärkter Repression auszusetzen. Die Frauenbewegung wird seit langem durch Worte diskriminiert und ironisiert, gegen Polizeiaktionen müssen wir uns jedoch massiv wehren. Die gemeinsame Situaiton wird ausgenutzt, um die Frauenbewegung zu kriminalisieren. Warum? Weil wir für unser Selbstbestimmungsrecht eintreten, d.h. z.B., daß wir uns gegen den § 218 wehren ... gegen die Unterbezahlung von Frauen im Beruf ... gegen Gewalt gegen Frauen und die uns aufgezwängte Rolle ... Wir lassen uns nicht einschüchtern und kriminalisieren. Jetzt erst recht! Wir werden weiterhin politisch denken und handeln. Schluß mit der Hetze gegen Frauenbefreiung!"* – Das Düsseldorfer Frauenzentrum schickte einen Brief an Irmgard Möller:

... **„Aber nachdem mit Ingrid Schubert ein weiteres Mitglied der politischen Gefangenen die Haft nicht überlebte, haben wir begriffen, daß wir uns durch unser Schweigen mitschuldig machen. Mitschuldig an den unmenschlichen Haftbedingungen, der Isolation, mitschuldig am Tod vielleicht noch weiterer politischer Gefangener ... Wir können an 4 Selbstmorde in Stammheim und München nicht glauben, und wir können uns nicht vorstellen, daß du auf diese Weise einen Selbstmordversuch unternommen haben sollst ... Wir wollen dich unterstützen im Kampf gegen die unmenschlichen Haftbedingungen".** In einem weiteren Brief an den Justizminister Palm von Stuttgart fordern sie die sofortige Freilassung von Irmgard Möller.

In einem Artikel in der „Emma" schreibt das Frankfurter Frauenzentrum Bockenheim unter dem Titel **„GSG 9 auch gegen Vergewaltigung?"**: *„Die letzten Wochen haben uns verunsichert, irritiert, erschreckt. Wir sitzen – einige fast täglich – in unserem Frauenzentrum, reden miteinander, wälzen unsere Probleme – und mit einem mal drängt sich etwas draußen vor der Tür und überfällt uns. Wir erschrecken: haben wir etwas versäumt? Haben wir bei unserer Arbeit und Politik die wirkliche Realität vielleicht zu wenig beachtet? – Grundgesetzänderungen, politische Zensur – geschieht das alles allein wegen der sogenannten Terroristen? Wohl kaum. Die RAF liefert Anlass und Vorwand für Gesetze, die auf alle Gruppen angewandt werden sollen, die sich gegen eine Bevormundung und Benachteiligung durch den Staat wehren – sei es die Frauenbewegung mit ihrem Kampf gegen den § 218 oder gegen die Gratis-Hausarbeit, seien es die Atomkraftgegner(innen)*

wehren – sei es die Frauenbewegung mit ihrem Kampf gegen den § 218 oder gegen die Gratis-Hausarbeit, seien es die Atomkraftgegner(innen)

... Wir wollen versuchen, den Frauen, die sich auf Grund ihrer besonders großen gesellschaftlichen Ohnmacht auch besonders leicht in Hetz- und Denunziationsjagd der Parteien einspannen lassen, die Motive dieser Hetzjagd bewußt zu machen. Die gleiche Regierung, die jetzt die Frauen zur Unterstützung aufruft, indem sie an ihren Ordnungssinn appelliert, tut nichts gegen die tägliche Beschneidung unserer Rechte..."

Die Reaktion in den Frauenzeitungen

Die „Courage" (West-Berliner Frauenzeitung) berichtet in ihren letzten drei Nummern zum Thema Terroristenhetze und Stammheim. In der Oktober-Ausgabe brachte sie einen Bericht über die Haftbedingungen in Stammheim und prangerte die dortigen Zustände an: *„Die Entführung Schleyers wurde zum Anlaß genommen, die Haftbedingungen derer, die mit ihm nichts zu tun haben konnten, zu verschärfen. Seither befinden sich die Gefangenen in absoluter Isolation, ein Zustand, den inzwischen die Liga für Menschenrechte und Amnesty International als eine Form der Folter bezeichnet haben ..."*

In der November-Ausgabe der „Courage" wird am Fall Elenora Poensgen, die im Zusammenhang mit der Fahndung nach dem Tode Ponto's für einige Tage inhaftiert wurde, die „Terroristen"-Hatz dargestellt. In der Dezembernummer druckt die „Courage" eine Erklärung der Rechtsanwältin Jutta Bahr Jendges ab, die sie in ihrer Funktion als Rechtsanwältin von I. Möller verfaßt hat. Im weiteren bringt die „Courage" einen Artikel, der sich vor allem gegen die Repression im Zusammenhang mit der Terroristenhetze richtet und deutlich macht, wie auch die Frauenbewegung hiervon betroffen ist: *„Die fahndenden Blicke, sie treffen uns zuallererst. Frauen, zu zweien, zu mehreren, allein – wir alle sind verdächtig. Jede von uns eine Terroristin gegen die Normalität. Was lange schon vielen unangenehm auffiel, unsere Kleidung, die bequem ist, unser aufrechtgewordener Gang und die offenen Augen sind zum Tatverdacht geworden, unser, Denken zur Sympathie ... Die Hexenjagd trifft die Linke. Uns scheint man zu schonen ... Und dennoch haben wir Angst. Kaum, daß wir uns gegenseitig zu fragen wagen: Und du? Wo steht du? Was sollen wir tun? So weiter kämpfen wie bisher – Beratung machen. Buchläden aufbauen, Frauenseminare veranstalten, in Frauen-WG's leben – ist das genug?"*

Die Frauenzeitung „Emma" nimmt ebenfalls in mehreren Ausgaben Stellung. In der Oktober-Nummer schreibt A. Schwarzer: „ ... *Die sogeannten Terroristinnen sollen gleichgesetzt oder doch zumindest in die Nähe gerückt werden von Feministinnen – um so den gesamten Frauenkampf diffamieren zu können.*

Gleichzeitig wird versucht, diesen Ausbruch der Frauen im Untergrund aus der klassischen Weiblichkeit nicht als solchen zu akzeptieren, sondern ihre scheinbar ‚männlichen' Handlungen sofort als gerade besonders ‚weiblich' zu stigmatisieren..."

Die Ursachen dieser Hetze sieht A. Schwarzer allerdings in der „Männergesellschaft".

In der November-Ausgabe der „Emma" erscheinen mehrere Artikel, die sich kritisch mit der derzeitigen Entwicklung auseinandersetzen. Im ersten Artikel lässt die „Emma" M. Mitscherlich gegen die „Sympathisanten" -Hetze zu Wort kommen **„Wer noch Kritik an Zuständen und Gesetzen der BRD zu äußern wagt, wer**

ten" -Hetze zu Wort kommen **„Wer noch Kritik an Zuständen und Gesetzen der BRD zu äußern wagt, wer**

z.B. gegen den Radikalenerlaß' und für die Abschaffung des § 218 ist, gerät in Gefahr, als sogenannter „Sympathisant" eingestuft zu werden... Die Gefahr besteht, daß sich ein neuer MC Carthyanismus deutscher Prägung entwickelt (die Zeit der Hexenjagd gegen Intellektuelle und Kommunisten in Amerika der fünfziger Jahre)". Im zweiten Teil des Artikels distanziert sie sich dann von den *„Handlungen einiger kriminell gewordener Aktivisten"*, die genügt hätten *„um einen großen Teil der Öffentlichkeit einem bedrückenden Meinungsterror auszusetzen".*

„Die Gefahr eines erneuten Abgleitens in eine Sündenbock-Mentalität, deren Atmosphäre von Menschenjagd und der damit verbundenen falschen Gefühle einer Volksverbundenheit, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Gerade wir Frauen sollten uns daran erinnern, wie leicht Vorurteile sich durch eine solche Haltung festigen, und reaktionäre Vorstellungen, wie eine Frau zu sein habe, mit zunehmender Intoleranz vertreten werden."

Daneben gibt die „Emma" ein Interview mit der SPD-Abgeordneten Herta Däubler-Gmelin wieder, die sich gegen das Kontaktsperregesetz ausgesprochen hatte.

In einem dritten Artikel bedauert „Emma" den Mescalero-Artikel (Buback-Nachruf) nicht abdrucken zu können. **„Wir meinen, daß die Kampagne um diesen Text symptomatisch ist für ein sich verdichtendes Klima der Verleumdung und Verhetzung in diesem Lande."**

Die „Protokolle" aus Münster sind schon in älteren Ausgaben ihrer Zeitung auf die Situation der politischen Gefangenen eingegangen, so z.B. eine Erklärung von Baader, Ensslin und Raspe zum Tode von Ulrike Meinhof.

In ihrer letzten Ausgabe richten sie sich ebenfalls gegen die Haftbedingungen und Repressionen, insbesondere gegen die Kriminalisierung und Diffamierung von Frauen in diesem Zusammenhang.

Außerdem bringen die „Protokolle" im wesentlichen Artikel, die sich mit der Situation von politischen Gefangenen auseinandersetzen, so z.B. einen Bericht von Ingrid Schubert über die Stammheimer Haftbedingungen, eine Presseerklärung des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangenen in der BRD und eine Erklärung verschiedener Frauen, Frauengruppen und Russellarbeitsgruppen gegen die Kriminalisierung der Frauenbewegung.

Die „Frauenzeitung" des Frauenzentrums Langenfelder Straße (Hamburg) stellt sich in ihrer Dezember-Ausgabe hinter eine Erklärung des Westberliner Frauenzentrums vom 18.10., in der die sofortige Aufhebung der Kontaktsperre für Anwälte, Ärzte und Verwandte und die öffentliche Kontrolle über die Vorgänge in den Gefängnissen gefordert wird. Darüber hinaus druckte die „Frauenzeitung" die Erklärungen der Frauenzentren Nürnberg und Düsseldorf ab. Zum 10.12. unterstützen sie einen bundesweiten Aktionstag für die „Freiheit für Irmgard Möller".

Veranstaltungen

Das Arbeitsvorhaben Frauen an der Bremer Hochschule für Sozialpädagogik führte am 7.12. eine Veranstaltung gegen die „Terroristinnen-Hetze" durch. Die Rechtsanwältinnen Bahr-Jendges und Tönnies standen für die sehr lebhafte Diskussion zur Verfügung. Insgesamt 35 Frauen, auch einige Männer, beteiligten sich. Ein Solidaritätsbrief an Irmgard Möller wurde beschlossen. Die Teilnehmerinnen sprachen

teiligten sich. Ein Solidaritätsbrief an Irmgard Möller wurde beschlossen. Die Teilnehmerinnen sprachen

sich auch für die Unterstützung einer Veranstaltung zu diesem Thema in Bremen aus. Einig war man sich, es nicht bei diesem einen Treffen zu belassen.

In Hamburg organisierten der SSB und mehrere studentische Frauengruppen eine ähnliche Veranstaltung, mit über 100 Teilnehmer(innen).

Es ist offensichtlich in die Frauenbewegung tatsächlich mal wieder etwas B e w e g u n g gekommen. Vor allem die „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim haben eine Sensibilisierung für die e i g e n e Betroffenheit durch die reaktionäre gesellschaftliche Entwicklung bewirkt.

Es wäre erstaunlich, wenn es in dieser Situation nicht auch die bekannten Versuche gäbe, die Politik doch wieder zur Domäne der Männer zu erklären und die Frauen an Heim, Herd und Selbsterfahrung zurückzerren zu wollen. Ein solches Produkt ist der **„Aufruf zur Erfindung des Glücks"**, der angeblich von Frankfurter „Bewegungsfrauen" stammen soll und der u.a. von „Emma" und „Courage" nachgedruckt wurde. Dort wird frau u.a. empfohlen: *„In der Erfindung des Glücks vertrauen wir auf das C h a o s in uns", „Wir beanspruchen ausdrücklich das Recht, unlogisch zu sein", „Wir werden alle verrückt. Damit wir leben können", „Wir sind süchtig, sehn-süchtig und durch nichts aufzuhalten in diesem Begehren, unsere Wildheit, unsere Stille, unsere Lust zu leben!"* Schlußappell: *„Werdet Ausbrecherinnen aus der Gewaltnation! Ausbrecherinnen aus der Schreckensherrschaft! Tanzt! Tanzt aus der Reihe!"*

Die gesellschaftlichen Widersprüche tauchen darin nur am Rande auf. „Frau" ekelt sich offenbar ordentlich, daß es sowas überhaupt gibt. Gegen die *„Schützen auf beiden Seiten"* wird gewettert, gegen die *„Logik der gegenseitigen Ausrottung"*. Gemeint ist: zwischen dem bürgerlichen Staat und seinen Gegnern! Beides ist für „frau" gleich widerlich. Ja, *„Schon der Anblick aus der Ferne widert uns an". „Wir schlagen vor, daß die kriegsführenden Parteien ihre Fürsten ins Duell schicken, damit sie ihre Sache unter sich erledigen können. Uns aber sollen sie damit endlich in Ruhe lassen!"*

So wird den Frauen wieder einmal die politische Enthaltsamkeit als höchste weibliche Tugend gepredigt. Angesichts der „Selbstmorde" und der allgemeinen Repression sollen sie gefälligst nicht k ä m p f e n (igitt-igitt!), sondern „tanzen". Wenn BKA und Verfassungsschutz diesen stockreaktionären Text nicht einfach s e l b s t geschrieben haben, so haben sie jedenfalls gute Helferinnen gefunden. Die Frauengruppen und Frauenzeitungen sollten über den Text diskutieren.

Es geht darum, ob die Frauenbewegung die Kraft gewinnen kann, Passivität, Resignation und Realitätsflucht zu überwinden und damit letzten Endes auch ihre eigene Aufgabenstellung und Sicht wirkungsvoll in einen breiteren demokratischen Kampfzusammenhang einzubringen, oder ob die Bewegung auseinanderfallen soll in einen kleineren Teil, der „politisch wird" (und dabei allzu oft die „frauenspezifischen" Aufgaben aus dem Blick verliert), und einen größeren Teil, der sich mehr oder weniger direkt ins Private zurückzieht.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität mit dem Grips-Theater

Nachdem im Sommer das fortschrittliche Westberliner Kindertheater Grips („Doof gebor'n ist keiner", „Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind") den mit 15.000 DM dotierten DGB-Kulturpreis bekommen hatte, hat jetzt der Westberliner Senat das Kindertheater „Rote Grütze" mit dem Brüder-Grimm-Preis (10.000 DM) ausgezeichnet.

Die reaktionäre CDU aber hat beide Kindertheater mit Auftritts- bzw. Raumverbot in verschiedenen CDU-regierten Stadtteilen Westberlins und Orten in Westdeutschland belegt.

Schützenhilfe bekam sie inzwischen vom Kammergericht in Westberlin. Es verwehrte dem Grips-Theater Rechtsschutz gegen die Behauptung eines CDU-Ratsherren, das Theater unterstütze *„die Zielvorstellungen der Baader-Meinhof-Bande"*! Mit Billigung des Gerichtes darf der CDU-Hetzer dies weiter behaupten! Begründung: *„Weil einige Mitglieder des Grips-Theaters 1974 einen Aufruf gegen Sonderhaftbedingungen für 40 Gefangene unterschrieben hatten, sei erwiesen, daß das Grips-Theater den Zielen der Inhaftierten zumindest objektiv Vorschub geleistet habe"* („Tagesspiegel", 4.12.1977).

Inzwischen haben sich Westberliner Journalisten, Regisseure und einige SPD-Politiker in einer Anzeige mit dem Grips-Theater solidarisiert und alle Freunde des Grips gebeten, **„ihre Solidarität durch Übersendung der (im Tagesspiegel veröffentlichten) ... Erklärung und durch eine Geldspende zur Abdeckung der über 13.000 DM angefallenen Prozeßkosten zu bekunden"** (Konto: Postscheck Westberlin 39520-102 Blb W).

Russell-Tribunal

Russell-Tribunal und Stammheim - Angst spielt mit

Die angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim *„haben nichts mit dem Untersuchungsgegenstand des Tribunals zu tun"* (Rundbrief des Sekretariats, Nr. 8). Dieser Ansicht ist jedenfalls ein Teil des westdeutschen Sekretariats des Russell-Tribunals. Vordergründig wird dies damit gerechtfertigt, daß das Tribunal keine „kriminalistischen Untersuchungen" anstellen könne, sondern sich auf nachweisbare Menschenrechtsverletzungen beschränken müsse. In einem Brief an die Bonner Russell-Initiative, die eine Veranstaltung zum Thema Stammheim durchführte, ging ein Teil des Sekretariats (Westberlin !) jedoch noch weiter, indem er behauptete, *„daß sich die Tribunal-Mitglieder auf die Untersuchung von drei Themenkomplexen (Einschränkung der Berufsfreiheit, Zensuren, Einschränkungen im Zusammenhang von Strafverfahren) geeinigt haben."* Damit wird wiederum fälschlicherweise und wider besseren Wissens der Eindruck erweckt, als hätten die Juroren das Tribunal auf diese Themen eingeschränkt. Dies ist nachweisbar falsch, da es in der Gründungserklärung für das Tribunal lediglich heißt, daß insbesondere diese Themen, aber nicht ausschließlich diese, behandelt werden sollen.

Ganz im Gegensatz zu diesen Äußerungen eines Teils des Sekretariats steht die Erklätung der Jury, daß sie sich alle Entscheidungen über die Thematik allein vorbehält, übrigens ein Umstand, den das Sekretariat in anderem Zusammenhang, wenn es um Forderungen geht, gerne hervorhebt. Deshalb ist auch die Hervorhebung, daß *„eine Untersuchung der Stammheimer Todesfälle ebensowenig beschlossen wurde, wie seitens des Tribunals die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission erhoben wurde"* (Brief an die Bonner Initiative) völlig gegenstandslos, da die erste Jury-Sitzung vor diesen Ereignissen lag. Im Widerspruch dazu liegen bereits heute Stellungnahmen von ausländischen Jury-Mitgliedern vor, die ausdrücklich darauf hinweisen, daß auch die Stammheimer sogenannten „Selbstmorde" bei der Untersuchung der Verhältnisse der BRD eine Rolle spielen müßten (siehe Artikel über die Initiative in Italien). Denn gerade im Ausland wird diesen Todesfällen, die einen entscheidenden Einschnitt in die Geschichte der Repression in der BRD darstellen, größte Aufmerksamkeit zuteil.

Offenkundig handelt es sich bei den Einwänden eines Teils der Sekretariatsmitglieder um vorgeschobene Argumentationen.

Tatsächlicher Grund dürfte die von einem Sekretär geäußerte Befürchtung sein, das Thema Stammheim „sei geeignet, dem Tribunal allerschwersten Schaden zuzufügen und es existenziell zu gefährden."

Hiermit kann nur gemeint sein, daß das Tribunal in der BRD noch schärferen Angriffen von Seiten der Herrschenden ausgesetzt sein würde. Kaum kann man sich dabei auf die bisherigen Unterstützer und die Jury berufen. Denn die sind bisher überhaupt nicht gefragt worden. Sogar innerhalb des Sekretariats hat es bisher über diese Frage keine Übereinstimmung gegeben. So erklärt z.B. Sekretär Cobler, daß er keinerlei Kenntnis von dem Brief an die Bonner Initiative gehabt habe, was von Westberliner Büro bestätigt wurde. Cobler geht sogar so weit, in einem Interview mit dem „ID" (26.11.77) zu erklären, daß er sich für eine Internationale Untersuchungskommission zu Stammheim im Rahmen des Russell-Tribunals einsetzen werde.

Wieder einmal haben also die Westberliner Sekretariatsmitglieder einer Entscheidung der Jury und sogar des Sekretariats vorgegriffen und damit versucht, die Thematik eigenmächtig einzuschränken, womit sie in eklatanter Weise die Ihnen bestens bekannten Regeln dieses Tribunals verletzen. Wenn sie heute erklären, vor dem Tribunal könnten die Stammheimer Todesfälle nicht behandelt werden, so muß allerdings die Frage ihres Verhältnisses zu den Menschenrechten aufgeworfen werden. Wer aus Angst, die Behandlung einer möglichen Ermordung von politischen Gefangenen in der BRD würde das Tribunal grfährden, eine Untersuchung zurückweist, der sollte lieber den Mund nicht so voll nehmen, wenn er anderen ein „taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten" vorwirft.

Leider hat die Auseinandersetzung um diese Frage auch schon in dem Kreis der Juroren Verunsicherung hervorgerufen. So erklärten die beiden österreichischen Mitglieder Günther Anders und Robert Jungk ihren Rücktritt aus der Jury, weil *„sich in der Zwischenzeit Gruppen gebildet hätten, die im Namen des Tribunals Ziele verkünden, von denen wir uns energisch distanzieren müssen. Da die Lage für uns undurchsichtig geworden ist, ziehen wir unsere Namen von der Liste der Juroren zurück"* („ed", 9.12.).

Hintergrund dieses Vorgangs dürfte nicht zuletzt das sektiererische Treiben der „antifa"-Gruppen sein (Unterstützungsgruppen für die RAF-Gefangenen). Seit einiger Zeit veröffentlichen diese ihre Stellungnahmen jeweils als „Russell-Initiative", womit sie fälschlicherweise den Eindruck zu erwecken suchen, ein großer Teil der Unterstützungsbewegung würde ihre Thesen und Theorien decken.

Nachdem sie schon einmal die Unterstützerbewegung verlassen haben, versuchen sie nun, einem möglichen Untersuchungsergebnis im Rahmen des Tribunals vorzugreifen, indem sie ihre Ansicht als die des Tribunals in der Öffentlichkeit erscheinen lassen.

Diesem tatsächlich sehr schädlichen Treiben könnte allerdings schnell begegnet werden, wenn das Sekretariat seine eigenen Eingriffe in die Bestimmung der Thematik aufgeben würde und eine Entscheidung, ob die angeblichen „Selbstmorde" vor dem Tribunal behandelt werden, allein der Jury überlassen würde.

PLAKATWETTBEWERB

zum internationalen RUSSELL · TRIBUNAL

über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland



Einsendeschluß ist der 3l. Januar 1978. Die besten Entwürfe sollen als offizielle Plakate zum Russel-Tribunal gedruckt werden. Sämtliche Vorlagen werden im Rahmen einer Wanderausstellung vor und während des Russel-Tribunals gezeigt, sowie als Reproduktionen der alternativen Presse als namentlich gekennzeichnetes Illustrationsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Auswahl erfolgt durch das Sekretariat und den deutschen Beirat der Jury des 3. Russel-Tribunals. Einsendungen und nähere Informationen: Kurt Jotter, l Berlin 41, Wielandstraße 8, Tel.: 030–85l 81 91. Dieser Wettbewerb wird veranstaltet von den USTA-Initiativen an der FU Berlin und dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote Berlin (West).

Amnesty international unterstützt Tribunal

In der Novemberausgabe der „ai-informationen" schreibt der Vorstand der Sektion der BRD von amnesty international: *„Wir möchten ... noch einmal darauf hinweisen, daß die Jahresversammlung 1977 von amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., die Einrichtung eines Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland begrüßt und um dessen Durchführung gebeten hat."* Wir sind gespannt, was jetzt diejenigen sagen werden, die anläßlich der Friedensnobelpreisverleihung an „ai" zwar viel über Menschenrechtsverletzung in den „sozialistischen" Ländern und Lateinamerika zu berichten wußten, die BRD jedoch als Gold erscheinen ließen.

„ai" hat sich bereit erklärt, für das Tribunal den Bereich der Asylpraxis zu untersuchen und vorzulegen.

Welche Folgen allerdings die Einschränkung des Tribunals auf eine reine Untersuchung der Verletzung von Menschenrechten haben kann, zeigen folgende Ausführungen von „ai": *„Die Verweigerung des politischen Asylrechts an sich kann deswegen nicht als eine Verletzung von Menschenrechten betrachtet werden, weil das Asylrecht nach allgemeiner Ansicht völkerrechtlich nicht als Menschrecht anerkannt ist."* Weshalb „ai" trotzdem diesen Bereich vor das Tribunal bringen will, wird damit begründet, daß *„aus den Erfahrungen des Faschismus heraus für die Bundesrepublik das Asylrecht in den Rang eines Grundrechts und damit in den eines Menschenrechts gehoben"* wurde.

Diese „Notkonstruktion" bereits bei einem Bereich so offensichtlicher politischer Entrechtung zeigt, wie problematisch die formale Beschränkung auf Menschenrechtsverletzungen sein kann.

Spaltung der österreichischen Initiative perfekt

Die staatliche Sympathisanten-Jagd und die darauf folgende Distanzierungswelle vom Terrorismus und den Terroristen in weiten Teilen der Linken hat auch die österreichische Russell-Initiative nicht verschont. Sie ist an der Frage, ob in ihr die „Arbeitsgruppe Politische Gefangene" (APG) – in etwa vergleichbar mit den westdeutschen „antifa"-Gruppen – mitarbeitet, und ob die Vernichtungshaft gegen politische Gefangene Gegenstand des Russell-Tribunals sein sollte, wenigstens vorläufig auseinandergebrochen.

Sichtbares Zeichen dieser Spaltung war vor allem eine Veranstaltung am 2.12. in Wien zu dem Thema „Gegen die Repression in der BRD", in der es aus gegebenem Anlaß hauptsächlich um die „Selbstmorde" in Stammheim und Stadelheim, die Isolationshaft gegen politische Gefangene und die totale Zerschlagung der Verteidigerrechte in politischen Prozessen ging. Sie wurde nur von einem Teil der österreichischen Russell-Initiativen getragen, nämlich von der „Internationalen Kommunistischen Liga" (IKL), der RMF (ebenfalls Trotzkisten) und der APG. Der andere Teil, die FÖJ–„Bewegung für Sozialismus" und der VSStÖ (aus der SPÖ ausgeschlossener Studentenverband), hatte sich in scharfer Form von der Veranstaltung distanziert, was wiederum dazu führte, daß IKL und APG erklärten, mit diesen nicht mehr zusammenarbeiten zu können.

Begonnen hatte die Auseinandersetzung mit einer Pressekonferenz der APG zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und der in Wien verurteilten Waltraud Boock am 2.September.

Bei der Pressekonferenz hatte sich die APG als „Russell-Initiative" vorgestellt. Aufgrund dieser Vorfälle faßten die FÖJ, die GRM und die Interimssekretäre der Initiative einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit der APG: *„Ihr ist es offensichtlich nur darum gegangen, mit allen Mitteln die gesamte österreichische Initiative auf ihre spezifischen Positionen zur Repression in der BRD festzulegen (die auf eine de facto Einschränkung der Antirepressionsarbeit auf die Denunzierung der Haftbedingungen für politische Gefangene hinausläuft), und sollte das nicht gelingen, die gemeinsame Unterstützungsarbeit zu sabotieren ... Wir sehen uns gezwungen zu erklären, daß sich die APG mit einem derartigen Verhalten selbst außerhalb der österreichischen Initiativen zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die staatliche Repression in der BRD gestellt hat."*

Doch schon bald stellte sich heraus, daß es diesem Teil der Initiative nicht in erster Linie um das tatsächlich schädliche Verhalten der APG ging. Denn sie lehnten es schon bald grundsätzlich ab, über die Vorgänge in Stammheim im Zusammenhang mit dem Tribunal zu diskutieren, weil dies der „Breite" der Bewegung schaden würde.

Bei einer solchen unglaubwürdigen Haltung verwundert es nicht, daß die APG sich als scheinbar „konsequente" Alternative aufspielen kann.

Österreich-Schweiz-Kommission

Keine Träne für die DKP

Nach langem Schweigen hat die DKP jetzt ihre endgültige Absage an eine Unterstützung des Russell-Tribunals bekanntgegeben. Bezeichnend dabei ist, daß der Autor dieses Artikels, Uwe Post (führendes Mitglied in der Initiative „Weg mit den Berufsverboten") es für nötig hält, den Lesern der „UZ" Informationen über das Ausmaß der Unterstützung dieses Tribunals im In- und Ausland vorzuenthalten.

Stattdessen tischt er als erstes die Lüge auf, *„die Öffentlichkeitsarbeit um dieses Tribunal ist weitgehend durch sektiererische Streitigkeiten zwischen den ursprünglichen Initiatoren ... bestimmt"*, was bei der grundsätzlichen Abneigung der DKP gegenüber politischen Diskussionen aber kein Wunder ist. Dreister wird es schon, wenn U.P. dann wider besseren Wissens behauptet, daß *„die repräsentative nationale Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte, die Berufsverbote-Initiativen, ignoriert wurde"*. Diese Lüge aufrechtzuerhalten dürfte U.P. schwerfallen, denn es existiert zumindest ein auch von ihm unterschriebenes Protokoll eines Gesprächs zwischen der Initiative und dem Sekretariat des Tribunals. Allein die Hochstilisierung einer Bewegung gegen die Berufsverbote zu *„der repräsentativen Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte"* zeigt die Haltung der DKP zur Repression insgesamt. Damit wird noch einmal der größenwahnsinnige Anspruch der DKP manifestiert, A l l e i n v e r t r e t e r in Sachen Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte zu sein.

Nach einigen obligatorischen Ausfällen gegen eine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse und der Haftbedingungen für politische Gefangene kommt er dann zu einem für die DKP zu Recht heiklen Punkt: *„Und es ist vollends fragwürdig, wie die demokratische Bewegung in der BRD gestärkt werden soll, wenn das Russell-Tribunal als eine seiner ersten Amtshandlungen einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, schreibt mit der provokatorischen (?) Aufforderung, 'Kontakt mit dem Ost-Berliner Wissenschaftler Dr. Bahro aufzunehmen und ihn als Jury-Mitglied zu benennen'"*.

Kein Wunder, daß die DKP da ins Rotieren kommt. „Provokatorisch" ist wohl, daß durch diese „Amtshandlung" wieder einmal deutlich wird, daß hier ein Kritiker der DDR-Verhältnisse für lange Zeit hinter Kerkermauern verschwinden soll.

Da aber auch die DKP letztlich nicht an der international anerkannten „Seriosität" des Tribunals vorbeikommt, steigt U.P. in die Fußstapfen Willy Brandts, indem er schreibt, es bestehe die Gefahr, *„daß mit dem Namen des Russell-Tribunals ... eine gruppenegoistische Politik ... betrieben wird."* Und das ausgerechnet von den Oberparteipolitikern der DKP!

Dürftig ist dann jedoch die Alternative, die U.P. den Mitgliedern und Anhängern der DKP zu bieten hat. *„Die Internationale Konferenz 'Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote' am 12./13. November 1977 in Oldenburg hat den breiten nationalen und internationalen Protest gegen Menschenrechtsverletzungen und Berufsverbote in der Bundesrepublik gezeigt."* Ohne den dort anwesenden ausländischen Gästen Unrecht zu tun, kann man doch ohne weiteres gehaupten, daß sie nur einen k l e i n e n Ausschnitt des internationalen Protestes darstellen, und daß gerade im demokratischen Ausland der Protest weit über die Frage der Berufsverbote hinausgeht. Für den inländischen Teil dieser Konferenz kann man sogar sagen, daß er nie schmaler war als gerade in Oldenburg.

Es ist gar keine Frage, daß eine vergleichbare Konferenz zum Russell-Tribunal heute die Teilnehmerzahl des Oldenburger Treffens w e i t übertreffen würde.

Für die DKP ist der Zug damit abgefahren. Sie zieht es vor, mit ihrer sektiererischen Politik unter sich zu bleiben. Wir können nicht ernsthaft behaupten, darüber traurig zu sein.

Redeverbot für Jury-Mitglied

Niederlande: Kulturaustausch ist wichtig – Kulturaustausch muß sein! Ein Teil der Frankfurter Buchmesse wird derzeit in Westeuropa rumgeschickt und soll, nach Rotterdam und Amsterdam, im April 1978 auch in Groningen gezeigt werden. Um dieser Vorstellung deutscher „Dicht- und Geisteskraft" den gebührend weihevollen Rahmen zu verschaffen, bemühte sich das (westdeutsche) Goethe-Institut in Amsterdam schon frühzeitig um einen Festredner. Die Wahl fiel auf Lolle Nauta, Philosophieprofessor an der Universität Groningen, führendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei (PvdA). Daß Lolle Nauta als Angehöriger des linken Flügels seiner Partei auch Mitglied des PvdA-Berufsverbotekomitees ist, das war westdeutscher Botschaft und Goethe-Institut bekannt, bildete gleichwohl keinen Hinderungsgrund.

Einen Monat später jedoch, Ende November, wurde die Einladung an Lolle Nauta wieder zurückgezogen. Kurz zuvor war die Liste der Jury-Mitglieder für das Russell-Tribunal veröffentlicht und Nauta als (einziges) niederländisches Jury-Mitglied für diese *„anti-deutsche Ausschreitung"* (Brandt) aufgeführt worden.

Lolle Nauta berichtet: *„Gestern wurde ich von Herrn Martin vom Goethe-Institut angerufen, der mir auch namens der Botschaft mitteilte, daß hiermit die Einladung für die Eröffnungsfeierlichkeiten zurückgezogen ist. Der Grund war, so erklärte Herr Martin, daß die Bundesrepublik nichts davon hielte, jemand hierzu aufzufordern, der beabsichtigt, als Mitglied des Russell-Tribunals Westdeutschland anzuklagen. Eine solche Form von Masochismus dürfe redlicherweise nicht vom westdeutschen Staat erwartet werden ..."* (zit. nach „de Volkskrant", 25.11.77).

Nauta selbst ist *„unklar"*, welches denn nun die eigentlichen Beschwerden der BRD-Regierung gegenüber dem Tribunal seien, da doch eindeutig geklärt worden sei, daß die BRD nicht mit Chile oder dem früheren Südvietnam gleichgesetzt werden solle. Es gäbe jedoch **„Zeichen, die auf eine bewußte Kampagne der westdeutschen Regierung gegen dieses Russell-Tribunal weisen"** (ebd.).

Solidarität der Demokraten

Nun, die gibts auch noch in anderer als in der pervertierten bundesrepublikanischen Form: Prof. Dr. Bernard Delgauw, ein Kollege Nautas, rief in der Groninger Universitätszeitung auf, die Ausstellungseröffnung für „schmutzige" (besmet) Arbeit zu erklären: *„Die Sache selbst gebietet, daß niemand die Einleitung der Ausstellung von Nauta übernimmt, weil er dadurch sowohl Nauta disqualifiziert wie sich hinter die Berufsverbote stellt"* (zit. nach „de Volkskrant", 1.12.77) – sauber!

„Aus der Abweisung des Russell-Tribunals wird deutlich", schreibt Prof. Delgauw weiter, **„daß man Angst hat vor den Urteilen dieses Tribunals, oder daß man seine nationale Souveränität für angetastet hält, oder sowohl das eine wie das andere. Wenn man Angst vor dem Tribunal hat, dann ist in demokratischer Hinsicht etwas verkehrt in Deutschland, und es ist im europäischen Interesse, daß dies klar ans Tageslicht kommt. Hat man Angst um die eigene Souveränität, dann ist etwas verkehrt mit der so oft beschworenen europäischen Gesinnung Deutschlands. Will man zueinander kommen, dann geht das nicht ohne gegenseitige Kritik ... Es ist Heuchelei, die Russen und Tschechen (zurecht) der Verletzung der Menschenrechte zu beschuldigen und gleichzeitig eine Untersuchung zu verweigern, ob man nicht selbst auch in bestimmten Punkten die Menschenrechte verletzt"** (ebd.).

Wie pflegte doch Mao schon immer zu sagen: „Der Stein, den sie erhoben, fällt auf ihre eigenen Füße" .....

Niederlande-Kommission

Pressekonferenz des italienischen Russell-Komitees

Das auf Initiative von Lelio Basso (Präsident des 2. Russell-Tribunals) gegründete italienische Komitee zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD (siehe AK 117, S. 10) stellte sich und seine Ziele am 17. November in Rom mit einer Pressekonferenz vor. Dazu schickten uns die Genossen vom »Quotidiano dei Lavoratori« (Tageszeitung von Avanguardia Operaia) folgende Presse-Meldung:

»In Rom hat eine Pressekonferenz des 'Initiativ- und Unterstützungskomitees zur Verteidigung der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten in der BRD' stattgefunden. Nach einer kurzen Einführung des Senators Lelio Basso, der die Bedeutung der Besorgnis politischer Kärfte Europas über die Lage in der BRD im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europa-Parlament betonte, erklärte Prof. Coletti (italienischer Historiker, der sich besonders mit der Faschisierung in der BRD befaßt hat), *die Ziele des Komitees. Das Komitee wird zwei Arten von Aktivitäten durchführen: 1. Information der öffentlichen Meinung Italiens über alles, was in der BRD geschieht und was von der Presse und den Massenmedien verschwiegen wird; 2. konkrete politische Initiativen gegen anti-demokratische Maßnahmen wie die Berufsverbote und Unterstützung der Oppositionskräfte in der BRD, einschließlich derjenigen innerhalb der sozial-liberalen Koalition selbst.*

Colletti sprach auch von der Notwendigkeit, daß eine internationale Kommission eine Kontrolltätigkeit über die Lage der politischen Gefangenen in den westdeutschen Gefängnissen ausüben muß.

Danach erinnerte der Anwalt Senese von Magistratura Democratica (linker Richterverband) *daran, daß heute in der BRD ein 'Notstand' geschaffen worden sei, der zur Verteidigung des 'Rechtsstaats' dessen eigene Grenzen überschreitet. Die jüngsten gesetzlichen Maßnahmen wie die Kontaktsperre..., der Todesschuß... und andere laufen selbst den Grundsätzen der westdeutschen Verfassung zuwider...*

Bei der Pressekonferenz waren außerdem anwesend: Alberto Tridente (Vorstandsmitglied der Metaller-Gewerkschaft FLM) *Inge Feltrinelli, Lucio Lombardo-Radice* (Mitglied des ZK der PCI und Mitglied der Jury des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD), *Aldo Natoli und Prof. Federico Mancini* (Mitglied des Obersten Rates der Justiz). *Am späten Abend traf sich das Komitee mit dem Anwalt Heldmann, der sich wegen einer Reihe von Initiativen in Rom aufhielt«*(RA Heldmann ist u.a. in Sachen 'Stammheim' engagiert).

Schlechte Zeiten für diejenigen, die immer noch davon träumen, dem Russell-Tribunal eine thematische Einengung auf die Berufsverbote und eine Ausklammerung unbequemer Gebiete wie etwa der »Selbstmorde« von Stammheim, des polizeilichen Todesschusses usw. aufzwingen zu können!

MELDUNGEN

Europas über die Lage in der BRD im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europa-Parlament betonte, erklärte Prof. Coletti (italienischer Historiker, der sich besonders mit der Faschisierung in der BRD befaßt hat), *die Ziele*

ker Richterverband) *daran, daß heute in der BRD ein 'Notstand' geschaffen worden sei, der zur Verteidigung des 'Rechtsstaats' dessen eigene Grenzen überschreitet. Die jüngsten gesetzlichen Maßnahmen wie die Kontakt-*

Russell-Tribunal eine thematische Einengung auf die Berufsverbote und eine Ausklammerung unbequemer Gebiete wie etwa der »Selbstmorde« von Stammheim, des polizeilichen Todesschusses usw. aufzwingen zu können!

MELDUNGEN

Duisburg: Das SB versuchte mit einer Resolution, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse endgültig aus der Arbeit auszuklammern. In der Resolution heißt es: „. . . *Das örtliche Unterstützungskomitee begrüßt die von der Jury veröffentlichten Empfehlungen für den Themenkatalog des Tribunals . . . . Sie erleichtern einen Klärungsprozeß, der in den örtlichen Unterstützungskomitees vonnöten ist, da die Arbeit durch die Kontroverse über Behandlung bzw. Nichtbehandlung der Gewerkschaftsausschlüsse teilweise lahmgelegt war. Die Ausgrenzung der Gewerkschaftsausschlüsse aus dem Themenkatalog trägt dazu bei, daß die Stoßrichtung der lokalen Arbeit vereinheitlicht wird."* Geradezu unverschämt hierbei ist, daß mit angeblichen Beschlüssen der Jury argumentiert wird, die jedoch niemals von einem ausschließlichen Themenkatalog gesprochen hat, während das Sekretariat bisher noch immer beteuert, daß keinerlei Themenbereiche ausgespart würden, zu denen Gutachten vorliegen.

Auffallend ist auch, daß sich die Fälle mehren, in denen örtliche SB-Gruppen explizit die Ausklammerung der Gewerkschaftsausschlüsse fordern und sie zum Gegenstand von Spaltung machen, während in der „links" eine Behandlung der allseitigen Repression gefordert worden war. Daß es sich bei diesem Vorgehen nicht um die Einzelmeinung einiger SB-Gruppen handelt, sondern um ein koordiniertes Vorgehen, zeigt sich z.B. darin, daß in Duisburg eine maschinengeschriebene und verfielfältigte Resolution vorgelegt wurde, in der n a c h t r ä g l i c h handschriftlich der Stadtname eingesetzt worden war,also eine Art Resolutions-Muster, das offenbar herumgeschickt wird. Jetzt erwarten wir endlich eine ehrliche Stellungnahme des SB in der „links" oder eine öffentliche Kritik an den entsprechenden Gruppen.

Bremen: Von der örtlichen SB-Gruppe wurde auf einer Sitzung der „Bremer Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung" eine drastische Einschränkung der Antirepressionsarbeit gefordert: kein Aufgreifen „aller möglichen" Fälle - das könnten andere Gruppen viel besser - sondern Beschränkung auf die Propagierung des Russel-Tribunals, Unterschriftensammlung, Geldsammlung und Information über die vom Tribunal zur Untersuchung zugelassenen Fälle.

Neben der sehr beschränkten Sichtweise, was die Propagierung des Tribunals betrifft, sticht hier vor allem hervor, daß es sich die Bremer Initiative ausdrücklich zur Aufgabe gemacht hat, *„möglichst umfassend alle Formen politischer Unterdrükkung zu untersuchen, darüber breite Kreise zu informieren und - entsprechend unseren Kräften zum Widerstand gegen Unterdrückung beizutragen"* (aus dem Aufruf vom August d.J.). Die Bremer Initiative war derzeit als Anti-Repressionskreis gegründet worden, das Russel-Tribunal zu unterstützen.

Darüber hinaus forderte das SB die Einrichtung eines Personalkomitees, da die Anwesenheit des KB als Organisation die Mitarbeit der DKP unmöglich mache.

Zu den Unterstützern des SB gehören die GIM, Mitglieder der Künstlervereinigung „Kulturplatz", Naturfreundejugend und eine Reihe Unorganisierter. Gegen diese Einschränkung votierten bisher der KB, Vertreter des SB Delmenhorst, der Spartacusbund und Einzelpersonen. Leider ist zu befürchten, daß diese Auseinandersetzung auch in Bremen dazu genutzt wird, die Initiative zu spalten.

KB/Gruppe Bremen

Arbeitskonferenz der AG-Frauen - »Courage« lädt ein

Am 15.Januar 1978 soll in Hannover das nächste Treffen der AG Frauen zum Russell-Tribunal stattfinden. Dazu hat jetzt auch die Westberliner Frauenzeitung „Courage" (Nr.12/1977) eingeladen, obwohl „Courage" erklärtermaßen nichts anderes im Sinn hat, als die Frauen-AG zum Russell-Tribunal schleunigst zu Grabe zu tragen. Vor Ort, in Westberlin selbst, ist das den „Courage"-Frauen schon glücklich gelungen: Dort hat sich im November die örtliche Frauen-AG zur Unterstützung des Tribunals offiziell aufgelöst, nachdem sich die „Courage"-Frauen einige Wochen zuvor mit dem erpreßten Ausschluß der KB-Frauen („Entweder der KB oder wir ...") die nötige Bewegungsfreiheit verschafft hatten.

Daß die „Courage" jetzt t r o t z d e m zum Treffen am 15.Januar in Hannover aufruft, ist erfreulich, weniger erfreulich ist, daß nach bewährter Manier wieder mal so getan wird, als sei „Courage" die Veranstalterin, und vor allem: Als würde es dort gar nicht mehr um die Unterstützung des Russell-Tribunals gehen, sondern um ganz andere Projekte. Nun, frau ist es ja schon gewohnt, daß die „Courage" selbstherrlich im Namen der AG Frauen zum Russell-Tribunal aufgetreten ist. **Und was in Hannover am 15. Januar läuft, entscheiden immer noch die Anwesenden! Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten!**

"Repression gegen Schwule"

Treffen der NARGS in Bielefeld

Am 25. – 27. November fand in Bielefeld ein weiteres Treffen der NARGS, der „Arbeitsgemeinschaft 'Repression gegen Schwule'" statt. Nach einem Beschluß vom letzten Treffen der NARGS in Mittelhessen sollte dieses Treffen mit einer Straßenaktion verbunden werden. Aufgrund des nordrhein-westfälischen OVG-Urteils, das schwule Infotische in der Öffentlichkeit verbietet – angeblich wegen der Gefahr einer „Verführung Minderjähriger" durch Schwule - , einigte sich die NARGS auf Bielefeld in NRW als nächsten Tagungsort. In einem Informationsschreiben der IHB (Iniativgruppe Homosexualität Bielefeld) an die einzelnen NARGS-Mitglieder teilte sie mit, daß der Informationsstand von der Stadt Bielefeld zwar genehmigt worden sei, allerdings mit diversen Auflagen: es dürften keine Lautsprecher oder Megaphone benutzt werden, es dürften sich keine „den Fußgängerverkehr behindernden Menschenmassen" bilden. Außerdem müßten auch noch „diesen Entscheidungen des Stadtdirektors widersprechende Anweisungen der Polizei "befolgt werden!

Trotz dieser Auflagen war die Durchführung der Straßenaktion nicht gefährdet. Allerdings entzündete sich an dem von der IHB konzipierten Flugblatt eine Diskussion, weil dieses mit dem Aufruf schloß:

„Weg mit der Heterosexualität! Schwul in die 80er Jahre!". Ein NARGS-Mitglied übte an diesen Parolen Kritik, der sich im Verlauf der Diskussion die meisten NARGS'er anschlossen. Sie begründeten diese Kritk damit, daß es nicht angehen könne, sich pauschal in der Heterosexualität und auf den Heterosexuellen ein „Feindbild" aufzubauen. Diese Haltung würde zu einem „Schwulen Feminismus" führen, der nicht danach fragt, wer für die sexualfeindliche Propaganda im allgemeinen und für die Homosexuellen-Hetze (die sich in der sexuellen Ausgrenzung der Schwulen ausdrückt) im besonderen verantwortlich zu machen ist.

Diese Frage sollte weiter diskutiert werden. Dazu wird das kommende Treffen Ende Dezember in Schleswig-Holstein Möglichkeiten bieten.

Wir halten es für richtig, an der im August in Südhessen veröffentlichten Presseerklärung der NARGS festzuhalten: *„Wir unterstützen den Kampf gegen Repression auf allen Gebieten, wobei es für uns wichtig ist, die Auseinandersetzung und Bekämpfung der Schwulenunterdrückung mit allen von Repression betroffenen Menschen und Gruppen zu suchen"*. Gleichzeitig erinnern wir an die von Mitgliedern der HAW (Homosexuelle Aktion Westberlin) im Schwulenblock auf der 1. Mai Demo 1973 in Westberlin getragenen Parolen: „Homosexuell - ob ja, ob nein - im Klassenkampf heißt's solidarisch sein", und : „Schwul oder nicht - Klassenkampf ist unsre Pflicht"!!!

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



BBU-Mitgliederversammlung:
Es blieb nicht alles beim alten!

Am 26./27. November fand die Mitgliederversammlung des BBU statt. Mit ca. 120 Delegierten waren weit weniger als 100 Initiativen vertreten.

Schwerpunkt des Treffens sollte die Diskussion um die BBU-Politik des vergangenen Jahres und die Schwerpunktsetzung für die nächste Zeit sein. Die MV hatte außerdem einen neuen Vorstand zu wählen.

Wer geglaubt hätte, daß auf der Mitgliederversammlung ein offener Schlagabtausch über den Kurs des BBU stattfinden würde, mußte sich eines besseren belehren lassen. Auch diese Versammlung hat nur bedingt etwas daran geändert, daß die Politik des BBU in Form öffentlicher Erklärungen aus dem Vorstand heraus gemacht wird und Differenzen intern auf d i e s e r Ebene ausgetragen werden.

So bestand für die Mitglieder nicht die Möglichkeit, den Rechenschaftsbericht des Vorstands vorher in den BI's zu diskutieren, da er nicht vorlag. So konnte auf der Delegierten-Ebene die Politik des Vorstands zur Kalkar-Aktion nicht diskutiert werden, weil die schließlich gebilligte Einschätzung der Kalkar-Aktion aus dem Rechenschaftsbericht ausgeklammert wurde und erst nachträglich erhältlich war. Denn erst nach der Diskussion konnten die Delegierten die neue Zeitung der BBU („bbu-AKTUELL") kaufen, die eine im wesentlichen positive Einschätzung des Bündnisses zu Kalkar enthält, obwohl vom BBU-Vorstand vor und nach der Aktion in der Presse gegen das Bündnis geschossen worden ist, ohne daß dies jemals selbstkritisch behandelt worden wäre.

Zur Frage der Wahlbeteiligung hatte Schuhmacher vor dem SPD-Parteitag offen von der Gründung einer Umweltschutzpartei geredet. Nach dem Parteitag blies er die Sache wieder ab und erklärte, daß der SPD-„Kompromiß" ein „Erfolg der Grünen" sei.

Auf der Mitgliederversammlung reichten die Positionen von voller Ablehnung einer Wahlbeteiligung („Überparteilichkeit" der BI's) bis hin zur Unterstützung des Wahlmodells, das in der Hamburger BUU diskutiert wird. Immerhin wurde beschlossen, daß vom Vorstand eine Arbeitsgruppe zu den Wahlen eingerichtet wird, die satzungsgemäß allen BI's des BBU offensteht. Anfang 78 soll eine außerordentliche MV zu den Wahlen stattfinden, ebenso ein gemeinsamer Kongreß mit anderen Umweltschutzverbänden.

Weiterhin setzten sich auf der MV eine Reihe positiver Beschlüsse durch:

Alle BI's erhalten die Mitgliederliste der BBU-BI's , was zur Verstärkung der Diskussion im Verband beitragen kann.

Der Vorstand wurde verpflichtet, in Zukunft seinen Rechenschaftsbericht 6 Wochen vorher vorzulegen, damit er in den BI's diskutiert werden kann.

Bei den Vorstandswahlen hat es praktisch keine politsche Verschiebungen gegeben, wenn auch in Zukunft die Geschäfte des BBU von einem Dreiergremium (Schuhmacher, Willers und Voigt) wahrgenommen werden, um die üblichen Alleingänge abzubauen.

Über die erwähnten Dinge hinaus einigte sich der Vorstand (im Tätigkeitsbericht) auf folgende Schwerpunkte:

Die bevorstehenden Probebohrungen in Gorleben verlangen *„die Konzentration aller Kräfte zur Unterstützung der örtlichen BI's und der betroffenen Bevölkerung"*, da sich in Gorleben *„ der zukünftige Weg"* der BRD–Atompolitik entscheide. Ausserdem solle durch die geplante Genehmigung von AKW-Bauten in den Parlamenten der „Rechtsschutz" der Bürger und „unsere Rechtssprechung" unterlaufen werden. Dieser Plan lasse bei der *„faktisch bestehenden Allparteienkoalition schlimmstes befürchten"*.

Wir wollen hier im folgenden auf die Diskussion zu Kalkar im BBU genauer eingehen, weil das insbesondere die Bereitschaft des BBU berührt, Bündnisse mit anderen, linken Teilen der Bewegung einzugehen.

Dort wird die Kalkar-Aktion als *„in mehrerer Hinsicht erfolgreich"* dargestellt. Darunter wird u.a. angesehen, daß in Kalkar *„das breiteste Spektrum von AKW-Gegnern zusammengekommen (sei), daß es jemals gegeben hat"*.

Man könnte bei diesem Kurs getrost die öffentliche Zustimmung von namhaften BBU-Vertretern zum Verbot der Ausrüstung in Kalkar, die Ablehnung weiterer Großaktionen etc. vergessen, wenn nicht der BBU-Vorstand insgesamt sich in penetranter Weise reinzuwaschen suchte. Auf Lorbeeren bei der Vorbereitung zu pochen, ist so ziemlich unangebracht.

Zwar hat der BBU-Vorstand behauptet, er könne nicht alle falschen Veröffentlichungen in der Presse dementieren, allerdings kann der BBU selbst Gutgläubigen nicht ausreden, daß nach der Kalkar-Aktion im Vorstand der Vorstoß gemacht wurde, Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchzusetzen und keine weiteren Bündnisse mehr einzugehen. Dieser Kurs hat sich nicht durchsetzen können.

Geblieben ist davon, daß auf der MV Schuhmacher für sich und den BBU *„die Zusammenarbeit mit all den Gruppen"* ablehnt, *„die Gewalt im Kampf gegen Atomkraftwerke auf ihre Fahnen geschrieben haben."* Geblieben ist die Behauptung Sternsteins in der BBU-Zeitung, daß wer *„Gewalt propagiert, ... damit rech-*

Geblieben ist die Behauptung Sternsteins in der BBU-Zeitung, daß wer „Gewalt propagiert, ... damit rech-

nen" müsse *„als Provokateur und Agent der Regierung betrachtet zu werden"*. Das sind Formeln, die sich bei der breiten öffentlichen Hetze sehr schnell auf dieses oder jenes anwenden ließen.

Nicht verkennen darf man dabei, daß die Diskussion um Unvereinbarkeitsbeschlüsse im BBU damit derzeit zumindest aufgeschoben ist und daß sich insgesamt die Möglichkeiten mit dem BBU zu weiteren gemeinsamen Bündnissen zu kommen, verbessert haben, was auch schon in mehreren gemeinsamen Veranstaltungen seinen Niederschlag fand.

AKW-Nein-Kommission

Kalkar-Veranstaltung

Sehr spät – aber schließlich doch – kam am 2.12. in Hannover eine Veranstaltung mit dem Titel „Kalkar 24.9. – eine Reise durch das Modell Deutschland" zustande. Der AStA der PH hatte dazu aufgerufen, unterstützt vom hannoverschen Antirepressionarbeitskreis ARAK und von BIs.

Erschienen war ein Vertreter der BUU, ein Mitglied des LBU Niedersachsen, Frau Degen vom WSL und ein Vertreter des SSK Nijmwegen aus Holland, die zu verschiedenen Fragen der Repression Stellung nahmen. Zu der Veranstaltung waren 200 Teilnehmer gekommen.

Der BBU nach Kalkar

nehmer gekommen.

Der BBU nach Kalkar

Bekanntlich bedurfte es nach der Spaltung Brokdorf/Itzehoe im Februar und den verschiedensten Abgrenzungen des BBUs gegenüber militanten AKW-Gegnern einer längeren Auseinandersetzung, um auch den BBU mit in das Bündnis zur Kalkar-Aktion einzubeziehen.

Im Rechenschaftsbericht des Vorstands wird nun hervorgehoben, daß der *„BBU schon von einem frühen Zeitpunkt ...an den Vorbereitungen beteiligt"* war. Gegenüber der Provokation des Staatsapparates, durch die *„viele Bürger, die nach Kalkar fahren wollten, ...an der Weiterfahrt für Stunden verhindert wurden"*, wird hervorgehoben, daß *„die Teilnahme von so vielen Demonstranten als ein großer Erfolg anzusehen ist"* zeigt sich doch darin, *„wie sehr sich die Anti-Atom-Bewegung inzwischen internationalisiert und solidarisiert hat"*.

Außerdem erklärte Schuhmacher, *„...daß wir das Mittel der Großdemonstration als Grundrecht uns nicht aus der Hand nehmen lassen, auch nicht durch politische Gegenkräfte im Bundestag und Bundesrat"*.

aus der Hand nehmen lassen, auch nicht durch politische Gegenkräfte im Bundestag und Bundesrat".

Das geht deutlich über das hinaus, was vor und auch unmittelbar nach der Aktion vom BBU-Vorstand öffentlich erklärt worden ist.

Auch der Beitrag der Vorstandsmitglieder Leinen und Voigt, die sich im BBU-Vorstand für das Zustandekommen des Bündnisses eingesetzt hatten, kann als von den Rechten abgesegnet betrachtet werden.

Nächste Grohnde-Prozesse im Januar

Ende November erhielten die angeklagten AKW-Gegner Rüdiger Jörß aus Hamburg und Helmut Oldefest aus Kolborn (Nähe Lüchow) ihre Prozeßtermine vorm Landgericht Hannover:

Rüdiger Jörß	16.1.78 9Uhr
Helmut Oldefest	30.1.78 9Uhr

Gegen beide wird verhandelt wegen angeblichem ‚schweren Landfriedensbruch', ‚gefährlicher Körperverletzung' und ‚schwerem Widerstand', die sie auf der Demonstration in Grohnde am 19.3. vor dem Baugelände begangen haben sollen.

Diese Prozesse werden ausdrücklich vor dem Landgericht Hannover (und nicht wie bisher in Hameln) verhandelt, was damit begründet wurde, daß **„Anklage und Durchführung dieser Aktion nach der Anklage offenbar vergleichbar mit Kampfhandlungen in einem Bürgerkrieg"** gewesen wären. In diesen Prozessen möchten die AKW-Betreiber Albrechts Forderung, „die Kriminellen müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden", verwirklicht sehen, obwohl auch diese Angeklagten seinerzeit beim Rückzug verhaftet worden sind. Dabei wurden zahlreiche Demonstranten verletzt, auch mehrere Festgenommene, darunter Rüdiger und der ebenfalls angeklagte Christian Matschkus, der wegen seiner Verletzungen mehrere Tage im Krankenhaus lag. Mit Psychoterror war den Festgenommenen erzählt worden, ein Bulle sei mit einer Mistgabel erstochen worden. Man drohte, ihnen würde die Sache zur Last gelegt. Die Anwälte wurden unter Anwendung von körperlicher Gewalt aus dem Polizeigebäude geworfen. Dennoch gelang es nicht, willfährliche Aussagen oder Geständnisse zu erreichen.

Konstruierte Anklagen

In fieberhafter Arbeit versuchte in den nächsten Monaten eine eigens dafür eingerichtete „Sonderkommission Grohnde" Anklagen zurechtzuschustern. Als erstes gelang es aber durch anhaltenden Protest die Haftbefehle gegen 2 AKW-Gegner, die ausgesetzt worden waren gegen Meldeauflagen, zu Fall zu bringen und die in diesen beiden Fällen erhobenen Strafvorwürfe des versuchten Todschlags zu beseitigen. Von den 26 Festgenommenen waren bis zum August bereits 12 angeklagt worden.

Tatsächlich sind alle Anklagen (die denen von Rüdiger und Helmut in den Anklagepunkten und im Aufbau genau entsprechen) äußerst dünn.

(die denen von Rüdiger und Helmut in den Anklagepunkten und im Aufbau genau entsprechen) äußerst dünn.

Sie beruhen überwiegend auf Aussagen der Polizei, die sich natürlich z.T. wie ein Ei dem anderen gleichen. Daneben werden als Beweis für das aggressive Auftreten (schwere Körperverletzung) der Demonstranten einige ‚Verletzungen" der Bullen aufgeführt, bei denen die Herren leider z. T. „vergessen" haben, sie sich von den Ärzten attestieren zu lassen. Es gab einige z.T. „wunderliche" Waffenfunde bei den Demonstranten, z.T. existieren allerdings auch diese „Beweisstücke" nur auf dem Papier, sie wurden im Gedränge „verloren". Es scheint, als habe die Anklagebehörde erhebliche Mühe, aus den Festnahmesituationen heraus brauchbare Anklagen zu bauen, was allerdings auch kein Wunder ist: die Festnahmen fanden alle in einer Situation statt, wo eine aggressiv vorrückende Polizei ihrem Befehl folgend Gefangene machte und dabei rücksichtslos mit ihren Pferden und Waffen vorging.

Schon die Prozesse wegen Brokdorf I und II, die in Itzehoe gelaufen sind, haben teilweise zu schweren Strafen geführt – z.B. 8 Monate mit Bewährung wegen angeblichen Besitzes eines „Mollies". Bei den Grohnde-Prozessen in Hannover steht noch erheblich mehr auf dem Spiel. Nach (von Großaktion zu Großaktion) zunehmender Hezte gegen die „gewalttätigen" AKW-Gegner, die für sich das Recht auf Bauplatzbesetzungen und die Verhinderung von lebensgefährdenden AKW's in Anspruch nehmen, sollen nun einzelne AKW-Gegner möglichst exemplarisch verurteilt werden. Neue Gesetze sind in Vorbereitung, die in Zukunft für jede demokratische Bewegung den Schutz vor Polizeiübergriffen verbieten sollen und zudem schon die Beteiligung an von der Polizei für unerlaubt erklärten Demonstrationen unter Strafe stellen.

Ein Richter in den ersten Prozessen hat bereits zugegeben, daß die bisherigen Gesetze dieses Staates genau genommen nicht für eine Aburteilung ausreichen.

Es ist offensichtlich, daß in den kommenden Prozessen die AKW-Betreiber dennoch die Aburteilung durchsetzen wollen.

Dagegen gilt es nicht nur, sich für die solidarische Unterstützung der Angeklagten in der gesamten AKW-Bewegung einzusetzen, die von dieser Hetze bedroht ist, sondern darüber hinaus im In- und Ausland deutlich zu machen, daß sämtliche demokratische Bewegungen dadurch bedroht sind.

* * *

Am 11.12. verabschiedete die Landeskonferenz mit 20 anwesenden baden-württembergische BI's eine Solidaritätsresolution mit den angeklagten AKW-Gegnern. In der Resolution wird die Einstellung aller Verfahren gefordert. Zudem wurde eine Aktionswoche der BI's im Januar gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern beschlossen.

AKW-Nein-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Demonstration gegen die „Leistungsbescheide"

Demonstration gegen die „Leistungsbescheide"

Zu einer öffentlichen Übergabe der Widersprüche gegen die „Leistungsbescheide" (18 AKW-Gegner sollen für die Räumung des Anti-Atomdorfes Brokdorf je 5.384 Mark bezahlen) kamen am 10.12. rund 700 AKW-Gegner nach Itzehoe. Aufgerufen hatte ein Bündnis mehrerer Umweltschutzgruppen. Nervig war der KBW, mit „Streikrechtparolen" und Versuchen, die Spitze des Zuges zu übernehmen. Aus einer Presseerklärung der betroffenen AKW-Gegner geht hervor, daß inzwischen weit über 5.000 Menschen auf Unterschriftenlisten und anderen Protesterklärungen gegen die „Leistungsbescheide" protestiert haben.

Spaltung ersetzt keine Argumente! Solidarität ist unteilbar!

Wir hatten uns eigentlich für diese Ausgabe des AK eine ausführliche Auseinandersetzung über die Widersprüche zwischen den verschiedenen Strömungen der AKW-Gegner in der Frage der Prozeßstrategie vorgenommen. Ein Genosse aus Hamburg, der im wesentlichen die Position der „Sponti"-Fraktion innerhalb der BUU vertritt, hatte uns dazu in einer längeren Kritik aufgefordert. Wir werden diese notwendige Diskussion spätestens im nächsten AK (oder auch in einer Sondernummer dieser Zeitung führen und hoffen bei unseren Diskutanten auf eine ernsthaftere, solidarischere Herangehensweise an diese Frage als bisher.

Eine sachliche Diskussion über die strittigen Fragen der Prozeßstrategie wird zweifelsohne noch schwieriger werden, nachdem im Bremer Ermittlungsausschuß der AKW-Gegner „der KB" wegen seiner Berichterstattung über den Aktionstag zum Grohnde-Prozeß in Hameln (AK 116) ausgeschlossen worden ist.

Neben nichtsnutzigen Beschuldigungen (der KB-ler säße nur im EA, um „mitzuschreiben", oder „Bild-Zeitung" im Gewande des ARBEITERKAMPF") wurde uns vor allem die niederträchtige Absicht unterstellt, zu Prozessen nicht mobilisieren zu wollen, damit wir „die Erfolglosigkeit der Aktion leichter beweisen" können!

Dafür gibt es freilich keinen Beleg; es ist im Gegenteil leicht nachprüfbar, daß bei ausnahmslos a l l e n Verfahren gegen AKW-Gegner (oder andere Opfer staatlicher Repression) der KB stets solidarisch gehandelt hat – und zwar unabhängig von der Frage, ob uns die Prozeßführung des Betroffenen paßt oder nicht!

Tatsächlich muß den „Spontis" (oder denen, die sich dafür halten) der Vorwurf gemacht werden, nicht ungeteilt Solidarität zu üben. Erinnert sei hier nur an den „Fall" des KB-Presseverantwortlichen, der wegen unserer Berichterstattung zu Brokdorf vor Gericht steht. KBWler und Unorganisierte weigerten sich – anläßlich des Prozesses – eine von der BUU verabschiedete Solidaritätserklärung zu verteilen.

Die Differenz zwischen uns und den Spontis in der Frage der Prozeßführung bezieht sich konkret auf die Frage, was vor dem Richter zu vertreten ist und wie das zu geschehen hat. Darüber müßte diskutiert werden können, ohne gleich den Hammer der Spaltung zu schwingen. Die Solidarität der Anti-AKW-Bewegung mit den Angeklagten ist eine Frage der Praxis und nicht des demagogischen „Prinzipien"streits.

Und: Solidarität ist nicht teilbar!

AKW-Nein-Kommission

Freispruch in Brokdorf I Prozeß

Im Oktober/November fand in Itzehoe der Prozeß gegen den Münsteraner Lehrer-Referendar M. statt, der wegen „Hausfriedensbruchs" am 30.10.76 in Brokdorf und wegen „Beleidigung" angeklagt war. Der Hausfriedensbruch sollte darin bestehen, daß M. mit zahlreichen anderen Demonstranten das besetzte Gelände trotz angeblicher Aufforderung nicht geräumt habe. Zahlreiche Zeugen an mehreren Verhandlungstagen sagten aus, daß die Demonstranten auf das Stillhalteabkommen zwischen der Polizei und Pastor Bode vertraut hatten, daß der Räumungsangriff überraschend und ohne vorherige Aufforderung kam und daß die Polizei mit Wasserwerfer und Mannschaften zumindest zeitweise soweit vorgerückt waren, daß es kaum noch möglich war, das besetzte Gelände überhaupt zu verlassen. Mehrere Zeugen konnten detailliert über Fälle berichten, in denen die Polizei äusserst brutal und z. T. lebensgefährlich gegen Demonstranten vorgegangen war. Staatsanwalt Triskatis, der gesetzlich verpflichtet ist, in diesen Fällen gegen die Polizisten zu ermitteln (§§ 152, 160 StPO), weigerte sich jedoch ausdrücklich, sich über die Zeugenaussagen wenigstens Notizen zu machen.

Der einschlägig vorbekannte Triskatis versuchte stattdessen wiederholt, den Zeugen ihre noch nicht einmal fertiggesprochenen Sätze im Munde umzudrehen, wobei er massiv mit einem zu erwartenden Meineidsverfahren drohte. Tatsächlich wurden dann Zeugen auf Antrag von Triskatis vereidigt, obwohl das bei derartigen Verfahren völlig unüblich ist. Dennoch sagte ein Zeuge, früher CDU-Wähler, unter Eid aus, daß eine Anzahl Polizisten den letzten freien Ausgang vom besetzten Platz mit einem Spalier besetzt hatten, sodaß jeder Demonstrant, der den Platz verlassen wollte, durch diese Kette hindurch mußte.

Dagegen bot T. den betreffenden Wasserwerfereinsatzführer als Zeugen auf, der frech behauptete, seine Leute und der Werfer wären während der eigentlichen Räumung überhaupt nicht im Einsatz gewesen. Obwohl jedem objektiven Beobachter wegen der anderen Zeugenaussagen und eindeutiger Fotos klar war, daß der Mann log, nahm er seine Aussage auf Eid. Dieser Falscheid dürfte zum großen Teil auf das Konto der Prozeßregie von T. gehen. Inzwischen ist die Falschheit der Aussage erwiesen. Man wird sehen, ob T. jetzt gegen den Polizisten ein Meineidsverfahren in Gang setzt oder ob weiterhin Polizisten unter Eid falsch aussagen und damit die Anklage „dicht" machen dürfen.

Jedenfalls mußte M. vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen werden. Die Verurteilung wegen Beleidigung – M. soll die beteiligten Polizisten als „Schweine" bezeichnet haben – ließ sich das Gericht aber nicht nehmen (7 Tagessätze zu 27 DM).

Zu den mittlerweile in Itzehoe-Verfahren üblichen Behinderungen der Prozeßöffentlichkeit gehörte diesmal, daß die Besucher beim Betreten des Gerichtsgebäudes ihren Ausweis abgeben mußten. Das Gehirn durfte man jedoch behalten.

IKAH Hamburg

Albrecht will in Gorleben BGS stationieren

Anfang Dezember besuchte Albrecht Trebel und Lüchow im Kreis Lüchow-Dannenberg, wo die Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden soll.

Anders als noch zu den Zeiten des von Albrecht propagierten „Bürgerdialogs" traf er diesmal nur mit einem ausgesuchten Kreis von Kommunalpolitikern, Betriebs- und Personalräten und Bürgermeistern aus der Gegend zu einem „Bürgergespräch" zusammen. Die Bürgerinitiativen waren nicht zugelassen. Dazu die provokative Begründung von Albrecht: *„Dies ist eine seriöse Bürgerinitiative, aber die Rangordnung muß eingehalten werden, erst kommen die gewählten, dann die selbsternannten Vertreter der Bevölkerung"* („HAZ", 3.12.77).

In diesem Kreis hatte Albrecht keine besonderen Schwierigkeiten, sich als „verständiger Landesvater" aufzuspielen. Man sei in einer *„schwierigen Übergangszeit"*, ging seine Klage, doch: *„Was immer auch geschieht, wir werden die Anlage nicht genehmigen, solange nicht zweifelsfrei sicher ist, daß für Leben und Gesundheit der Bevölkerung nach menschlichem Ermessen keine Gefahr droht"* („FAZ„, 3.12.77).

Wie weit die massive Propagandaarbeit der DWK (Zusammenschluß der Energiekonzerne, die die WAA betreiben) und Landesregierung schon gewirkt hat, machen die Äusserungen der Beteiligten deutlich. Ihre Sorgen richten sich nicht mehr gegen die zu befürchtenden Schäden durch die Anlage; Angst wurde nur davor geäußert, daß durch die Anlage der Fremdenverkehr zurückgehen würde und eventuell negative Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft erwartet wurden, wo ja viele der Anwesenden Bürgermeister Krag aus Trebel: *„Wenn man unserer Bevölkerung etwas aufbürdet, wovon die gesamte Bundesrepublik profitiert, dann soll sie auch an den guten Erträgen beteiligt werden"* („Süddeutsche Zeitung", 2.12.77).

Besonders der Anteil am Kuchen der WAA interessiert diese Vögel. Dabei sind WAA-Gegner nur „störend", denn – so der Kommunalpolitiker Krag: *„Keiner"* mag *„die Zustimmung zu den geplanten Probebohrungen geben, ... weil er Übergriffe befürchten muß"* durch die AKW- Gegner – die er als *„Störenfriede"* bezeichnete („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 2.12.77). *„Mehr Schutz für die Leute, die hier dauernd belästigt werden"*, forderte er für sich und seine Kumpanen („Süddeutsche Zeitung", 2.12.77).

Erfreut nahm Albrecht den so geäußerten „Wunsch" auf und kündigte an, daß künftig im Kreis eine Einheit des Bundesgrenzschutzes fest stationiert würde. Albrecht: *„Ich will auf keinen Fall, daß einige Radikalinskis es soweit bringen, daß die Lüchow-Dannenberger Angst haben müssen"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 3.12.77).

Gegen wen er das Gelände sichern will, wird hieran deutlich: *„Der Ministerpräsident vertritt ohnehin die Meinung, daß im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Standort des BGS sein müßte. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitungsanlage werde diese Forderung zwingend. Schon jetzt werde der Druck, der auf die verhandlungsbereiten Grundstückseigentümer ausgeübt wird, sichtbar"* (!!!).

Albrecht, red kein Blabla – wir wollen keine WAA!!!

Die örtlichen Bürgerinitiativen hatten gegen den Albrecht-Besuch mobilisiert. Schon bei der ersten Station der Reise, in Trebel, wurde Albrecht von ca. 200 AKW-Gegnern „lautstark" empfangen, mit Parolen und einem Konzert von Trillerpfeifen. Auch 15 Bauern aus der Umgebung waren mit ihren Traktoren erschienen. An den Traktoren und an den umliegenden Zäunen waren Transparente angebracht wie *„Heute wirbt man um diesen Ort, morgen trägt man uns fort"*, *„Den lieben Albrecht laßt nur walten, dann werden wir bald die Hände falten"*, *„1977 – Trebel? Das verschwand doch im Atomnebel"*.

Erst nach einer langen Zeit und nach einer Aufforderung durch eine örtliche BI-Vorsitzende ließ sich Albrecht bei den Demonstranten blicken, geschützt durch mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten. Dort brachte er dann seine altbekannten Beschwörungen, daß die WAA nur gebaut würde, wenn alles absolut sicher sei. Er erntete dafür nur ein langanhaltendes Pfeifkonzert.

Als er schließlich nach Lüchow weiterzog, folgten die AKW-Gegner auch dorthin. Inzwischen wurde bekannt, daß alle Treckerfahrer auf der Demo fotografiert wurden. Von einem Bauern ist bekannt, daß er von der Kripo einen Tag nach der Demo besucht wurde, die ihm „nahelegten", nicht wieder mit einem Trecker zu kommen, da die Maschine, wenn es zu Ausschreitungen kommen würde, kaputt gehen könnte....

Dies alles macht deutlich, daß die Zeiten vorbei sind, wo Albrecht mit freundlichem Lächeln die AKW-Gegner einzulullen versuchte. Der Besuch stand ganz im Zeichen der unmittelbaren Vorbereitung für die Probebohrungen in Gorleben, für die die DWK teilweise unter der Hand schon Land eingekauft haben soll, und die gegebenenfalls unter militärischer Abschirmung laufen sollen. Es wird für die AKW-Gegner höchste Zeit, ihrerseits Maßnahmen abzustimmen.

AKW-Nein-Kommission

Spielplatz in Gorleben soll abgerissen werden!

Schon im AK 117 berichteten wir u.a. davon, daß die BI Lüchow-Dannenberg, die mit anderen WAA-Gegnern auf dem Gelände für die geplante WAA einen Abenteuerspielplatz errichtet hat, von der Gemeinde aufgefordert worden ist, diesen kurzfristig wieder abzubauen. Gemeindedirektor Paasche begründete dies u.a. mit *„Verunstaltung der Landschaft"* (!) und *„Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung"*.

Eine besondere Schweinerei war das vor dem Hintergrund, daß die BI drei Tage vor dem Räumungstermin den ersten Preis für den besten Spielplatz des Jahres von einem Arbeitskreis, der sich aus Pädagogen, Kinderbuchautoren etc. zusammensetzt, verliehen bekam (siehe dazu Rebell Nr. 24). Die Preisverleihung wurde zu einem großen Fest auf dem Spielplatz, an dem sich 250 WAA-Gegner und Kinderfreunde beteiligten.

Durch einen Widerspruch beim Regierungspräsidium, einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht in Lüneburg und einem nachträglich gestellten Bauantrag für den Spielplatz hat die BI zunächst die Räumungsfrist bis zum 5.1.78 verlängern können.

Der Gemeindedirektor fährt weiterhin den harten Kurs. Er sagte: *„Hier handelt es sich um Schwarzbauten, die gesetzwidrig, nicht kindgerecht und unsicher sind und außerdem nicht in die Landschaft passen."* (!! „HAZ", 26.11.) Doch zu einem „Kompromiß" ist Paasche bereit. Er will der BI die Möglichkeit lassen, eine große Informationstafel am Straßenrand zu errichten! Als wenn die BI dieses Recht sonst gar nicht hätte! Ist der nächste Schritt der Gemeindeverwaltung vielleicht, das Aushängen von Plakaten und das Aufstellen von Stellwänden im Raum Gorleben und Trebel zu verbieten, weil sie nicht „in die Landschaft" passen?

Wie wär's mit einem Verbot für den die Landschaft verschändelnden DWK-Bus gewesen?

KB/Gruppe Lüneburg

AKW Esenshamm: Mammutprozeß vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg

Die Atomindustrie schickt sich an, die letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Inbetriebnahme des AKW Esenshamm an der Unterweser noch im Wege stehen.

In einem Abwasch sollen in der Zeit vom 12. bis 21. Dezember in der Oldenburger Weser-Ems-Halle die Einwände von mehr als 150 Klägern gegen die atomrechtliche und wasserrechtliche Genehmigung behandelt werden. Unter den Klägern sind neben der Familie Soyka und der Bürgeraktion Küste (BAK) zahlreiche Einzelpersonen. Sie alle versuchen auf diesem Wege, dem Gericht ihre berechtigten Einwendungen vorzutragen.

Da die AKWs nun bekanntermaßen nicht sicher sind, muß sich die Atomindustrie Leute suchen, die diese für sicher e r k l ä r e n . Am besten geeignet sind hierfür natürlich „Fachleute", die den Eindruck eines „unabhängigen Sachverständigen" vermitteln können. Diese „unabhängigen Sachverständigen" kommen bei den verschiedenen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in der Regel von den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS).

Damit diese Gutachter auch vor dem Verwaltungsgericht die „richtigen" Aussagen machen und sich z.B. nicht gegenseitig in Widersprüche verwickeln, fand am 2/3.12.77 beim TÜV-Norddeutschland ein „Vorbereitungstreffen" statt, an dem, neben den Gutachtern des TÜV und der GRS, Vertreter der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), der Kraftwerk Union AG (KWU), des niedersächsischen Sozialministers sowie der Baugutachter Professor Zerna teilnahmen. Bereits in der Einladung zu dieser Sitzung, in einem Fernschreiben des niedersächsischen Spzialministers an die Teilnehmer, wurde deutlich, was das Ziel dieser Veranstaltung war, nämlich das *„Erörtern und Abstimmen der Argumentationsketten im Hinblick auf das Gerichtsverfahren im Dezember"*.
Vor Gericht sollen diese vor Gericht bestellten „Unabhängigen" dann die abgesprochene Schmierenkomödie im Sinne der AKW - Betreiber durchziehen.

AKW-Nein-Kommission

Die tägliche Katastrophe, die Atomindustrie heißt

Explosion in indischer Schwerwasseranlage!

Am letzten Wochenende kam es in der indischen Anlage zur Erzeugung

sicht vorsichtshalber abgeschaltet (Information aus „Vereinigter Wirtschaftsdienst", 25.11.77).

• • •

den Tag möglich. Aber der Unfall vom Freitag (dem 25.11.77 – AK) ist nichts im Vergleich zu dem, was passieren kann, wenn die Eurodif – Anreicherungsanlage ihre Arbeit be-

... nicht sicher sind, muß sich die Atomindustrie Leute suchen, die diese für sicher e r k l ä r e n . Am besten geeignet sind hierfür natürlich „Fachleute", die den Eindruck eines „unabhängigen Sachverständigen" vermitteln können. Diese „unabhängigen Sachverständigen" kommen bei den verschiedenen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in der Regel von den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS).

ortern und Abstimmen der Argumentationsketten im Hinblick auf das Gerichtsverfahren im Dezember".
Vor Gericht sollen diese vor Gericht bestellten „Unabhängigen" dann die abgesprochene Schmierenkomödie im Sinne der AKW - Betreiber durchziehen.

AKW-Nein-Kommission

Die tägliche Katastrophe, die Atomindustrie heißt

Explosion in indischer Schwerwasseranlage!

Am letzten Wochenende kam es in der indischen Anlage zur Erzeugung von schwerem Wasser zu einer Serie von Explosionen, die praktisch die gesamte Anlage zerstörten.

In einem Konverter war ein Leck entstanden, und als man ihn außer Betrieb setzen wollte, ging er zuerst in Flammen auf und löste damit die Explosionen aus.

Nach bisherigen Meldungen wurden hierbei 20 Menschen verletzt und die Detonation war derartig, daß sie mehrere Kilometer weit zu bemerken war („FAZ", 5./6.12.77).

Diese Anlage, die erst seit kurzer Zeit und zudem nur probeweise in Betrieb war, sollte das schwere Wasser für die indischen AKW's liefern, in denen dies als Kühl- und Kontrollmittel benutzt wird. Damit ist auch der weitere Bau von AKW's in Indien gestoppt, solange die Anlage noch nicht wieder repariert ist, was Monate bis Jahre dauern kann („FAZ", 6.12.77).

Nachdem in den ersten Meldungen eindeutig das Leck im Konverter als Unfallursache benannt worden war, wurde in den folgenden Tagen nur noch von „Saboteuren" geredet („FAZ", 6.12.77). Um diese These zu untermauern, wurden alle möglichen Anschläge auf zentrale Versorgungseinrichtungen, Bahn,Post usw. herangezogen, um die „Sabotagetheorie"besser verkaufen zu können. Denn was nicht sein darf, das nicht sein kann Nicht die Atomindustrie ist gefährlich, sondern einzig und allein Saboteure, die die sonst „so sicheren" Anlagen zerstören wollen.

• • •

Zwei Reaktoren in Fessenheim abgeschaltet

Am 24. November wurden zwei Reaktoren des elsässischen Kraftwerkes „vorübergehend" – wie es heißt – abgeschaltet. Die französische Elektrizitätsgesellschaft EdF, die die Reaktoren betreibt, versichert dazu, *„der Grund der Abschaltung liegt nicht in einer Panne beim Betrieb der Reaktoren"*. Vielmehr sei eine „technische Überprüfung" notwendig, d.h. diesmal wurden die Reaktoren offensicht vorsichtshalber abgeschaltet (Information aus „Vereinigter Wirtschaftsdienst", 25.11.77).

• • •

Pierrelatte

In der Uranumwandlungsanlage der Comhurex in Pierrelatte, die Uranhexafluorid für die Urananreicherung herstellt, hat sich innerhalb eines Jahres der dritte schwere Unfall ereignet. Im Dezember 1976 wurden im Kantinenwasser größere Mengen von Uran und Fluor gefunden. Der zweite Unfall ereignete sich am 1. Juli 1977, als etwa sieben Tonnen Uranhexafluorid entwichen (s. AK 108, S. 7). Beim dritten Unfall am 25. November entwich erneut 1,5m^3 Uranhexafluorid. Die Gewerkschaft CFDT sagt zu dem Entstehen dieses erneuten Lecks: Das Anzeigeinstrument für den Behälter zeigte leer an, obwohl es in Wirklichkeit voll war. Ein Auffüllmanöver führte infolgedessen zu einem Überdruck, der für den Bruch eines Verbindungsstücks verantwortlich war. Als Folge trat ca. eine dreiviertel Stunde lang das radioaktive Gas in die Arbeitsräume aus, worauf die Direktion veranlaßte, das gesamte Gas über einen Kamin ohne jeglichen Filter in die Luft zu blasen! Es wurde kein Alarm gegeben, die ca. 6.000 Arbeiter der Anlagen in Tricastin (dort entsteht eines der größten Zentren von Atomanlagen in Europa!) wurden jedoch evakuiert.

Die Äußerungen der Unternehmensleitung waren: *„...geringe Freisetzung durch ein schnell wieder geschlossenes Loch..., die sofort vorgenommenen Überprüfungen der Umgebung ergaben keine radioaktiven Spuren ... keinerlei Gefahr..."* usw. usf. – alles bekannte Sprüche, die auch hier zu gegebenem Anlaß stets wiederholt werden.

Bei dieser Anlage scheint die Geschäftsleitung eine ganz besondere Vorstellung von „Sicherheit" zu haben, denn obwohl die Arbeiter seit über einem Monat zweimal zwei Stunden streiken, um die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und höheren Lohn zu erzwingen, wurde auch seit dem großen Unfall am 1.Juli keinen Deut mehr Sicherheit durchgeführt. Im Gegenteil, wie ein Mitglied der CFDT sagte: *„Ein neuer Unfall ist jeden Tag möglich. Aber der Unfall vom Freitag (dem 25.11.77 – AK) ist nichts im Vergleich zu dem, was passieren kann, wenn die Eurodif – Anreicherungsanlage ihre Arbeit beginnt"* – dann nämlich werden riesige Mengen Uranhexafluorid für die Anreicherungsanlage hergestellt.

Eine Umweltschutzgruppe will aufgrund des letzten Unfalls gegen die Anlage klagen. Andere, darunter die „Freunde der Erde"/Pierrelatte, haben für den 3. Dezember zu einer Demonstration aufgerufen (die CFDT weigerte sich, an der Demo teilzunehmen, die örtliche PCF rief ihre Mitglieder dagegen zur Teilnahme auf). Es erschienen ca. 400 Atomgegner: Sie besetzten über eine Stunde das Bürgermeisteramt in Pierrelatte mit der Forderung, eine Untersuchungskommission einzurichten und die Umgebung von Pierrelatte regelmäßig auf radioaktive Rückstände hin zu untersuchen. Danach marschierten die Umweltschützer trotz einem Aufmarsch von CRS-Bullen auf das Fabrikgelände, um dort mehrere Boden-, Wasser- und Pflanzenproben zu entnehmen, die in einem unabhängigen Labor untersucht werden sollen (Angaben nach „Liberation", 28.11., 5.12.77).

AKW-Nein-Kommission

• • •

Atomtod und Atomfilz

Mitte November fand ein Schadenersatzprozeß gegen die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage Windscale, British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL), statt. Mit „Unterstützung" der zuständigen Gewerkschaft GMWU klagten die Nachkommen von zwei Arbeitern der Wiederaufbereitungsanlage. Mr. Troughton war seit 1954 bei Windscale beschäftigt gewesen, hatte dort bis 1963 mit radioaktivem Material gearbeitet und starb 1975 an Knochenmarkkrebs.

Mr.King hatte dort von 1952 bis 1971 gearbeitet, bis er wegen teilweiser Blindheit aufhören mußte und starb an Gehirntumor 1973.

Hier sollte das Gericht in einem Musterprozeß feststellen, ob die Todesursachen beruflicher Art waren, und man rechnete mit einer Prozeßdauer von drei Wochen.

DIE SPALTUNG DES KERNS
hat dem Menschen ungeahnte Möglichkeiten eröffnet

Da man – wie offen erklärt wurde – einen Präzedenzfall vermeiden wollte, endete die Angelegenheit bereits am ersten Tag mit einem Vergleich. Gleichzeitig gaben BNFL und GMWU den Abschluß eines Abkommens bekannt, nachdem es in Zukuft ein gemeinsames „automatisches" Entschädigungssystem geben soll, mit dem künftige Prozesse vermieden werden sollen. Das Ganze sieht danach aus, als ob beide Seiten – auch die Gewerkschaft – alles daransetzen, nur kein Aufsehen oder gar eine öffentliche Diskussion über diese „ungefährliche" Produktion in Gang zu bringen. Die GMWU gehört zu den eifrigsten Befürwortern der Erweiterung der Wiederaufbereitungsanlage. Bei dem Vergleich erhielt Mrs. King übrigens nur ein Drittel der geforderten Summe, etwa 32.000 DM. Obwohl man schon 1961 festgestellt hatte, daß der Plutoniumspiegel im Körper ihres Mannes „etwas hoch" sei, wurde ganz frech bezweifelt, dies könne mit seiner Todesursache Gehirntumor etwas zu tun haben (nach „Guardian" vom 14. und 16.11.77).

Englandkommission

Betrieb und Gewerkschaft



Metall

Der »deutsche Arbeiter« soll Opfer für die »deutsche Wirtschaft« bringen

Chauvinismus der DGB-Führer und Maßhalteappelle bestimmen die Tarifrunden

In der Metallindustrie Baden-Württembergs ist die erste Tarifforderung für die Lohnrunde der Metallindustrie aufgestellt worden: 8% mehr Lohn und Gehalt.

Nach der Stahltarifforderung von 7% und dem Abschluß der ÖTV--Führer in der Manteltarifrunde der Seeleute, wo der schlechte Manteltarif sogar dazu diente, den Lohntarifvertrag um elf Monate unverändert zu verlängern, jetzt also ein weiterer »Markstein« der kommenden Tarifrunde.

Die Metallforderung der IGM--Führer liegt etwas höher als die in der Stahlindustrie, da dort eine »schwierigere wirtschaftliche Lage« herrsche.

Mittlerweile haben auch die ÖTV-Führer ihre Bereitschaft zum Abschluß niedriger Löhne und Gehälter signalisiert. So kündigte Kluncker auf einer Versammlung in Ansbach an, daß die Lohnforderung zum einen »prozentual« gestellt werde, zum anderen an der *»Entwicklung der Einkommensverhältnisse in der gewerblichen Wirtschaft«* orientiert sei. Ein Schwerpunkt der Tarifpolitik sei die Urlaubsverlängerung, wofür offensichtlich niedrigere Löhne in Kauf genommen werden.

Nachdem der sogenannte »Sachverständigenrat« der »Fünf Greise« für die Lohnpolitik 1978 Erhöhungen von 3% (inklusive der Lohnnebenkosten 3,5%) gefordert hatte, setzte ein Zeter und Mordio-Geschrei der DGB--Führer ein. IGM-Tarifexperte Mayr auf einer Vertreterversammlung in Salzgitter: die IG Metall lehne *»jede Unterordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter die Gewinninteressen der Arbeitgeber«* ab (Presse- und Funknachrichten, 12.11.). Sein Chef Loderer wird schon fast radikal, wenn er feststellt, was die Grundlage der Entscheidung der fünf Wirtschaftsgreise sei: *»Das ist ein Weltbild, das uns sehr bekannt vorkommt. Es ist das Welt- und Wunschbild von Arbeitgebern der allerreaktionärsten Sorte«* (»Metall«, 24/77).

Töne, die als Vorspiel vor Tarifrunden nicht unbedingt neu sind. Den wortradikalen Angriffen folgen in der Regel die tarifpolitischen Untaten. So deutete sich bereits in der Stahltarifrunde an, wie kompromißbereit die IGM-Führer sind. Nachdem die Kapitalisten provokatorisch erklärten, sie würden nur um die Verlängerung, nicht um die Veränderung des derzeit geltenden Tarifvertrags verhandeln, wußten die IGM-Führer nichts besseres zu tun, als die Aufstellung einer konkreten Lohnforderung aufzuschieben und Vorgespräche mit den Stahlkapitalisten aufzunehmen, wo natürlich nichts dabei herauskam. Erst danach wurde die 7%-Forderung aufgestellt und erst für den 9.12. die erste Verhandlungsrunde für die Stahlindustrie angesetzt.

Die Zwischenzeit nutzten die IGM-Führer, sich intensiver um die »Sorgen und Nöte« der Stahlindustrie (sprich: die der Kapitalisten) zu kümmern. Am 7.12. traf IGM-Chef Loderer mit dem Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zusammen, um über die Situation der Stahlindustrie zu verhandeln. Überrascht war Loderer von der *»Aufgeschlossenheit und dem Verständnis, das Herr Lambsdorff für uns zeigte. Das war ein ganz anderer Lambsdorff, als wir ihn von früher kennen«* (»Handelsblatt«, 8.12.77). Der Graf von und zu Unternehmers Gnaden wird dies gern hören.

Loderer: „Der deutsche Stahl darf nicht einer internationalen Krise geopfert werden"

Im Gespräch der beiden »Sozialpartner« ging es darum, wie man die »Krise« der Stahlindustrie beheben könne. Dabei machte sich der Gewerkschaftsführer zum Fürsprecher genau jener »Gewinninteressen der Arbeitgeber«, die angeblich laut Loderers Vize Mayr nicht die Tarifpolitik der IGM bestimmen. So forderte Loderer:

»der deutsche Stahl dürfe nicht einer internationalen Krise geopfert werden«,

»der freie Marktzugang von Stahl« aus dem *»Ostblock, Japan, Australien und Korea, die zur Zeit den europäischen Markt überschwemmten«*, müsse gebremst werden,

es dürfe nicht zugelassen werden, daß andere EG-Länder ihre Stahlindustrie zum (angeblichen) Nachteil der BRD subventionieren. Loderer: *»Europäische Gemeinschaft, das kann nicht länger heißen: Einer, nämlich die Bundesrepublik, zahlt, und die anderen kassieren. Wir [!!!] werden doch von den Partnerländern dauernd angeschmiert. Wir dürfen uns nicht länger übervorteilen lassen«*

Kokskohlesubvention durch die Bundesregierung für die Stahlkapitalisten (alle Angaben nach »HB«, 8.12.).

Wen wundert's bei diesem Einsatz für die nationalen Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse, daß Loderer natürlich auch die Stahlarbeiter zur Kasse bitten will. *»Die von der IG Metall geforderten 7% seien natürlich nur ein Einstieg in die Tarifrunde«*. Loderer bietet den Kapitalisten an, in die Lohnrunde die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten aufzunehmen, sowie eine sogenannte »Beschäftigungsgarantie«.

»Wenn man sich hier einmal einigen könnte, dann würde natürlich auch die Lohnseite anders aussehen« (Interview im »Handelsblatt«, 8.12.).

Das heißt: er macht ein direktes Angebot zur Lohnsenkung. Daß die direkte Besorgnis Loderers für die Interessen der Stahlindustriellen kein Einzelfall ist, zeigt zum Beispiel auch die Ankündigung des Hamburger IGM Ortsvereinsvorsitzenden auf der Vertreterversammlung am 24.11.: *»Die IGM will sich bemühen, Aufträge für die Hamburger Metallbetriebe zu bekommen, wenn man es so nennen will, soll eine Metallerlobby gegründet werden«!*

Der Widerspruch der Gewerkschaftsführer zu den Forderungen der Kapitalisten besteht nicht darin, daß man nicht mehr Gewinne akzeptieren will, sondern nur darin, in welchem Maße die Arbeiter und Angestellten geschröpft werden sollen. So befürchtet z.B. das DGB-Zentralorgan »Welt der Arbeit«, daß, folge man den Empfehlungen des »Sachverständigenrats«, *»die sozialen Spannungen in den Betrieben gesteigert werden. Ein Blick über die Landesgrenzen läßt nur vor einer solchen Entwicklung warnen ... Selbstverständlich wissen auch die Gewerkschaften, daß die Gewinne im nächsten Jahr wieder zunehmen sollen. Dazu braucht man aber den Arbeitnehmern nicht Tariflohnleitlinien von 3% auf's Auge zu drücken«* [*1.12.77*].

Soviel ist sicher: 1978 wird einen weiteren Abbau des Reallohns bringen. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik erreicht einen weiteren Tiefpunkt. Der verrottete Charakter dieser Politik der direkten Zusammenarbeit mit dem Kapital nimmt auch ohne direkte Beteiligung des DGB an der »Konzertierten Aktion« zu. Der Widerstand dagegen ist nach wie vor schwach entwickelt.

Die Befürchtung eines vom »Spiegel« zitierten Bonner Beamten im Arbeitsministerium angesichts der möglichen Auswirkungen des »Sachverständigengutachtens« auf das »soziale Klima«: *»Da kann man doch gleich die Gewerkschaftsführer in die Emigration schicken und den Marktplatz randalierenden Arbeitnehmern überlassen«*, diese Befürchtung ist derzeit nicht akut, aber durchaus eine reizvolle Perspektive.

Tarifforderungen in den Metallbetrieben

Gelsenkirchen
Vertrauensleutevollversammlung der Metallindustrie: 11 %.
Köln
Vertrauenskörper der Ford-Werke: 9,5 %.
Nürnberg
AEG-Kanis: 10 %
Bosch: 10 %
Grundig: 150 DM
(Vertrauensleute-Beschlüsse).
Wiesbaden
Vertrauenskörper Glyco: 10 %
Wuppertal
Lohnempfehlung der IGM-Funktionärskonferenz für die Große Tarifkommission: 9 bis 10 %.

Storno Kolleginnen erfolgreich!

Die sechs Kolleginnen, die am 3.11. bei Storno Electronic fristlos gekündigt worden waren, weil sie den Konzern angeblich um einige Matjesheringe und einen halben Teller Erbsensuppe betrogen hatten, haben den Prozeß gegen Storno am 7.Dezember in erster Instanz (4 wurden von der IG-Metall und 2 von Rechtsanwalt Galette vertreten) gewonnen. Und das vor dem Flensburger Arbeitsgericht, das für seine Unternehmerfreundlichkeit weit und breit bekannt ist. Was beweist, daß die Kündigungsgründe erstunken und erlogen sind, obwohl die Geschäftsleitung behauptete, sie habe massenhaft Zeugen, die allerdings beim Prozeß nicht geladen waren. Peinlich! Peinlich auch für die Betriebsräte, die den fristlosen Kündigungen zustimmten, ohne mit der Wimper zu zucken, weil ja der „Tatbestand" angeblich erwiesen war. Die Kolleginnen sind jedenfalls per Gerichtsbeschluß „rehabilitiert".

Auch wenn noch nicht abzusehen ist, ob die Geschäftsleitung in die Berufung geht oder Hausverbot erteilt, ist dieses Urteil ein großer Erfolg des mutigen Auftretens der Kolleginnen gegen die Hetzkampagne und die Angriffe der Geschäftsleitung. Zur Vorgeschichte: von den sechs entlassenen Kolleginnen hatten drei zur BR-Neuwahl kandidiert, die aufgrund einer von der Geschäftsleitung inszenierten Hetzkampagne eine Wahlniederlage für die Linken im Betrieb brachte. Ca. eine Woche danach waren die sechs fristlos gefeuert worden mit der fadenscheinigen Begründung, sie hätten Essen an andere weitergegeben, was sie nicht bezahlt hätten oder gar Essen aus der Kantine mit nach Hause genommen, das nicht bezahlt worden sei. Die Kolleginnen hatten daraufhin vor dem Betrieb eine persönliche Erklärung verteilt, in der sie die konstruierten Kündigungsgründe zurückwiesen und die Entlassungen als einen Einschüchterungsversuch gegen alle Kolleginnen und Kollegen werteten.

Aber die Kolleginnen gingen mit ihrem Fall noch breiter an die Öffentlichkeit: sie verschickten an bekannte Gewerkschafter, demokratische Persönlichkeiten, liberale und linke Zeitungen Informationsmaterial, in dem die Vorgeschichte der Entlassungen aufgerollt wird. Außerdem baten sie um die Unterzeichnung einer Erklärung, in der die Bedeutung der Entlassungen über den Raum Flensburg hinaus deutlich wird. Dort heißt es : „Dieser Rausschmiß ... ist der vorläufige Höhepunkt einer nun schon Wochen andauernden Kampagne der Geschäftsleitung gegen den Betriebsrat als Arbeitnehmervertreter überhaupt und gegen einige linke Kollegen und Betriebsräte im Besonderen. Darüberhinaus geht es hier um eine rücksichtslose Einschüchterung der Belegschaft insgesamt. Bereits während der Betriebsratswahl hatte die Geschäftsleitung mit dem Mittel der politischen Kriminalisierung und Terroristenhatz Stimmung gegen die linken Kandidaten gemacht.

Die Bedeutung der Vorgänge bei Storno reicht weit über Flensburg hinaus: 6 Monate vor den im Mai 78 bundesweit anstehenden BR-Wahlen und auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und der wachsenden Existenzunsicherheit kündigt sich hier an, wie die Unternehmer das Mittel der Terroristenhatz einsetzen werden, um linke Betriebsräte und aktive Kollegen mundtot zu machen, und um ein Klima der Angst und Einschüchterung zu erzeugen. Die Unternehmer werden dabei nicht vor dem rücksichtslosen Gebrauch der Kündigung zurückschrecken.

Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, wird hier die Grundlage dafür gelegt, daß die BR-Wahlen' 78 unter den Bedingungen der Repression und Angst und weltanschaulichen Unterdrückung stattfinden. Unter diesen Bedingungen werden keine starken, demokratischen und mutigen Betriebsräte gewählt, die sich für die Wahrung der Interessen und der Rechte der Arbeitnehmer einsetzen. Solche Befördern, daß die Betriebsräte von unternehmerhörigen Jasagern bestimmt werden. Unter solchen Bedingungen droht in den Betrieben an den Arbeitsplätzen, an denen die arbeitendende Bevölkerung ihr halbes Leben verbringt, Grabesstille und Duckmäusertum einzukehren.

Die eigentliche Funktion der Terroristenhatz – in allen Bereichen der Gesellschaft den Abbau demokratischer Rechte zu legitimieren und jeden Kritiker gesellschaftlicher Mängel abzustempeln und zu isolieren – wird hier allzu deutlich."

Diese Erklärung wird bisher unterstützt von Heinz Brandt und seiner Frau, sowie zwei weiteren Journalisten und dem Dolmetscher Alfred Horn. Über 30 Studenten, von denen ein Teil aktiv in der GEW arbeitet, unterzeichneten die Erklärung auf einer Vollversammlung der Flensburger PH, wo die Kolleginnen ihren Fall vortrugen. Eine Redakteurin der „Lübecker Nachrichten", die mit Redakteurinnen von EMMA zusammenarbeitet, besuchte die Kolleginnen und stellte das Material für einen Artikel in EMMA zusammen. Die Frauenzeitschrift COURAGE will ebenfalls über den Fall schreiben. Beim Prozeß sorgten die Redakteurin in den „Lübecker Nachrichten" und einJournalist von „Flensborg Avis" für die notwendige Öffentlichkeit.

In Gewerkschaftskreisen hat es scharfe Auseinandersetzungen um den Fall Storno gegeben. Hamburger Redakteure der „Metall" hatten zunächst zugesagt, einen Artikel zu bringen. Nachdem sie sich aber bei der Flensburger IGM-Führung erkundigt hatten, meinte Werhart Otto von der „Metall" (Hamburg) plötzlich, es gäbe Differenzen in der Gewerkschaft zu dieser Sache und außerdem wolle er sich nicht von einer Organisation gebrauchen lassen.

Die Storno-Kolleginnen wollen noch im Dezember zu einer Solidaritätsfete einladen und eine Dokumentation herausgeben.

Storno-Danfoss-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Reynolds Aluminium: Einigungsstelle für Kurzarbeit

Hamburg. Nach über 17stündigen Verhandlungen an zwei Tagen entschied die Einigungsstelle gegen die Stimmen des Betriebsrats und des IG Metall-Vertreters für die Einführung von Kurzarbeit bei Reynolds. Die unendliche Verhandlungsdauer kam zustande, weil der sogenannte unparteiische Vorsitzende Arbeitsrichter Nüß unter allen Umständen eine „gütliche Einigung" erreichen wollte. Der Betriebsrat sah hierfür aber nur dann eine Möglichkeit, wenn seine Forderung nach Rücknahme der ausgesprochenen acht Kündigungen uneingeschränkt erfüllt würde.

Der Richter bemühte sich deshalb verzweifelt, die Forderung des BR wenigstens ansatzweise zu erfüllen. U.a. bot er die Weiterbeschäftigung aller Gekündigten bis zur gerichtlichen Entscheidung in erster Instanz an. Aber alle Versuche scheiterten an der Sturheit der Geschäftsleitung. Eine vollständige Rücknahme kam für sie nicht in Frage, stattdessen bot sie Abfindungsbeträge und für einzelne eine Versetzung in die Produktion an.

Die Entscheidung, bei Reynolds Kurzarbeit einzuführen, bestätigt mit aller Deutlichkeit, daß für fortschrittliche Belegschaftsvertreter auf dem Rechtsweg kaum was zu holen ist. Die Konzernherren beantragten nicht nur Kurzarbeit und Entlassungen, sondern gleichzeitig Zustimmung zu Mehrarbeit, Sonderschichten und Einstellungen. Das Urteil dürfte darüberhinaus die Kapitalisten insgesamt ermuntern, mit Entlassungen nicht mehr bis zum Ablauf einer Kurzarbeitsperiode zu warten.

Vorläufige Weiterbeschäftigung ist fast aussichtslos

Wie erheblich die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung über den Kündigungstermin hinaus durch das BAG-Urteil eingeschränkt wurde, erfuhr einer der gekündigten Kollegen, als er dieses Recht gerichtlich durchsetzen wollte. Auf seinen Antrag hin hatte ihn die Unternehmensleitung beurlaubt, allerdings bei Lohnfortzahlung.

Dieses Zugeständnis mußten die Konzernherren machen, weil eine Reihe von Kollegen und der Betriebsrat keinen Zweifel aufkommen ließen, daß sie eine Mißachtung des Rechts, was zur üblichen Praxis in fast allen Betrieben geworden ist, nicht widerstandslos hinnehmen werden. Denn nach wie vor besteht ein Beschäftigungsanspruch während des Kündigungsschutzprozesses, allerdings nur, wenn die sehr begrenzten Voraussetzungen nach dem Betr.VG zutreffen. Eine gerichtliche Entscheidung liegt zwar noch nicht vor, aber die Vertagung bis zum 15.12. läßt nichts Gutes ahnen. Sie ist im Rahmen einer einstweiligen Verfügung außerdem mehr als ungewöhnlich.

Eine Schande war wieder einmal die Rechtsvertretung durch den DGB. Nachdem der Kollege einen Kompromiß abgelehnt hatte, legte der Mensch vom DGB-Rechtsschutz die Vertretung faktisch nieder und überließ es dem Kollegen, sich selber zu verteidigen.

Kollegen stimmten über Neuorganisation ihrer Abteilung ab

Gleichzeitig mit den Entlassungen hatten die Kapitalisten auch ein neues Organisationsmodell vorgelegt, welches ab 12.12. gültig sein soll. Erst die Drohung des Betriebsrates, das neue Modell notfalls mit einer einstweiligen Verfügung zu stoppen, veranlaßte die Konzernherren, einen Tag vor Einführung Verhandlungen anzubieten. Sie waren sogar bere't, der Forderung nach einer Abteilungsversammlung unverzüglich nachzukommen. Zahlreiche Kollegen nutzten diese Gelegenheit, um ihre Empörung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie über neue Schichtpläne und veränderte Arbeitsverteilung nur zufällig gehört hatten. Leider entschieden sich die Kollegen mehrheitlich für das neue Modell, weil sie keine Chance sahen, die Änderung grundsätzlich zu verhindern sowie mit Rücksicht auf abwesende Kollegen, die nicht mehr informiert werden konnten.

Auch wenn den Kapitalisten die Schlappe einer Abstimmungsniederlage erspart geblieben ist, erhielten sie für ihre Selbstherrlichkeit und Willkür eine kräftige Abfuhr. Die Abteilungsversammlung war ein guter Anfang, den Praktiken der Reynolds-Kapitalisten zukünftig noch mehr Widerstand entgegenzusetzen.

Betriebszelle Reynolds
KB/ Gruppe Hamburg



Bremen. Über 5.000 Beschäftigte der VFW-Flugzeugwerke demonstrierten am 7.12. in Bremen. Sie protestierten mit ihrer Großdemonstration und der anschließenden Protestkundgebung gegen die in Vorbereitung befindliche Produktionseinstellung des Jet 614 (wodurch etwa 2.000 Arbeitsplätze wegfallen). Die Demonstrationsteilnehmer kamen außer aus Bremen aus den Werken Lemwerder, Varel, Einswarden und Hoykenkamp.

Chemie

Skandal: Kapitalisten fordern Menschenversuche



Schon im Mai 1977 wurde von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (?) auf einer Tagung in Dortmund der Vorschlag unterbreitet, an Risikoarbeitsplätzen (krebserzeugenden) ältere Arbeitnehmer über 40 Jahre einzustellen, da bis zum Tode aufgrund der langen Latenzzeit (!) eine gesundheitliche Schädigung nicht mehr eintritt!!!

Der gleiche Vorschlag wurde erst kurz zuvor von dem Hauptvorstand der gewerblichen Berufsgenossenschaften unterbreitet.

Dieser menschenverachtende Zynismus wird schon bei Chemie-Riesen wie Bayer und Hoechst etc. längst praktiziert. Der Betriebsarztchef von BASF/Ludwigshafen, Professor Alfred Theiss, sah die Angelegenheit nicht so hektisch und meinte gar: *„Dies ist nur einer von vielen Vorschlägen für die beste* (!!!) *Vorsorge am Arbeitsplatz."* („Hamburger Morgenpost", 17.8.77). Ähnlich Dr. Lofkant von den Farbwerken Hoechst: *„Wenn wir solche Arbeitsplätze haben, muß man nicht unbedingt einen jungen Mann hinsetzen"* (ebenda), was in der Tat nichts anderes heißt.

Um die bestehenden Arbeitsschutzbestimmungen (sind unter anderen laut § 81 Betr. VG vorgeschrieben) besser umgehen zu können, werden beim Umgang mit gesundheitsgefährdenden Stoffen zunehmend Leiharbeiter eingesetzt. Dies geschah zuletzt bei Entseuchungsarbeiten in den Kernreaktoren von Gundremmingen und Biblis und hat den Vorteil, daß eventuell später auftretende Gesundheitsschädigungen nicht mehr zu Lasten der eigenen Berufskrankheitenliste fallen.

Was jedoch die IG Metall an diesen Menschenversuchen mitbestimmungsrechtlich ändern will, bleibt in der Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter" unklar.

Die Beseitigung des Restrisikos oder gar das Verbot von gefährlichen Giftstoffen stand in der IG Metall-Presse noch nicht zur Debatte. Dafür sollten wir sorgen. (Angaben nach „Der Gewerkschafter", Aug. 77)

AKW-Nein-Kommission

VAW-Betriebsrat will auf die Barrikaden

„Im Elbewerk der VAW sind Arbeitsplätze in Gefahr. 60 bis 70 Beschäftigten des Stader Konzerns kann die Entlassung drohen, wenn der Bebauungsplan für das Gelände des Werkes nicht bald entgültig rechtskräftig wird. Der Betriebsrat jedenfalls will auf die Barrikaden gehen." So zu lesen im „Stader Tageblatt" vom 30.11.!! Heinz Pietz, BR-Vorsitzender von VAW sprach sogar von einer Demonstration für den weiteren Ausbau der VAW.

Es ist ein Skandal, daß der BR den Kollegen mit falschen Zahlen Angst zu machen versucht. Die in dem Artikel genannten Zahlen sind bereits zwei Jahre alt. Die Mehrzahl der damals gefährdeten Arbeitsplätze sind bereits wegrationalisiert worden. Mit solchen Lügen und Tricks versucht der VAW-BR die Kollegen zu einer Demonstration auf die Straße zu bekommen.

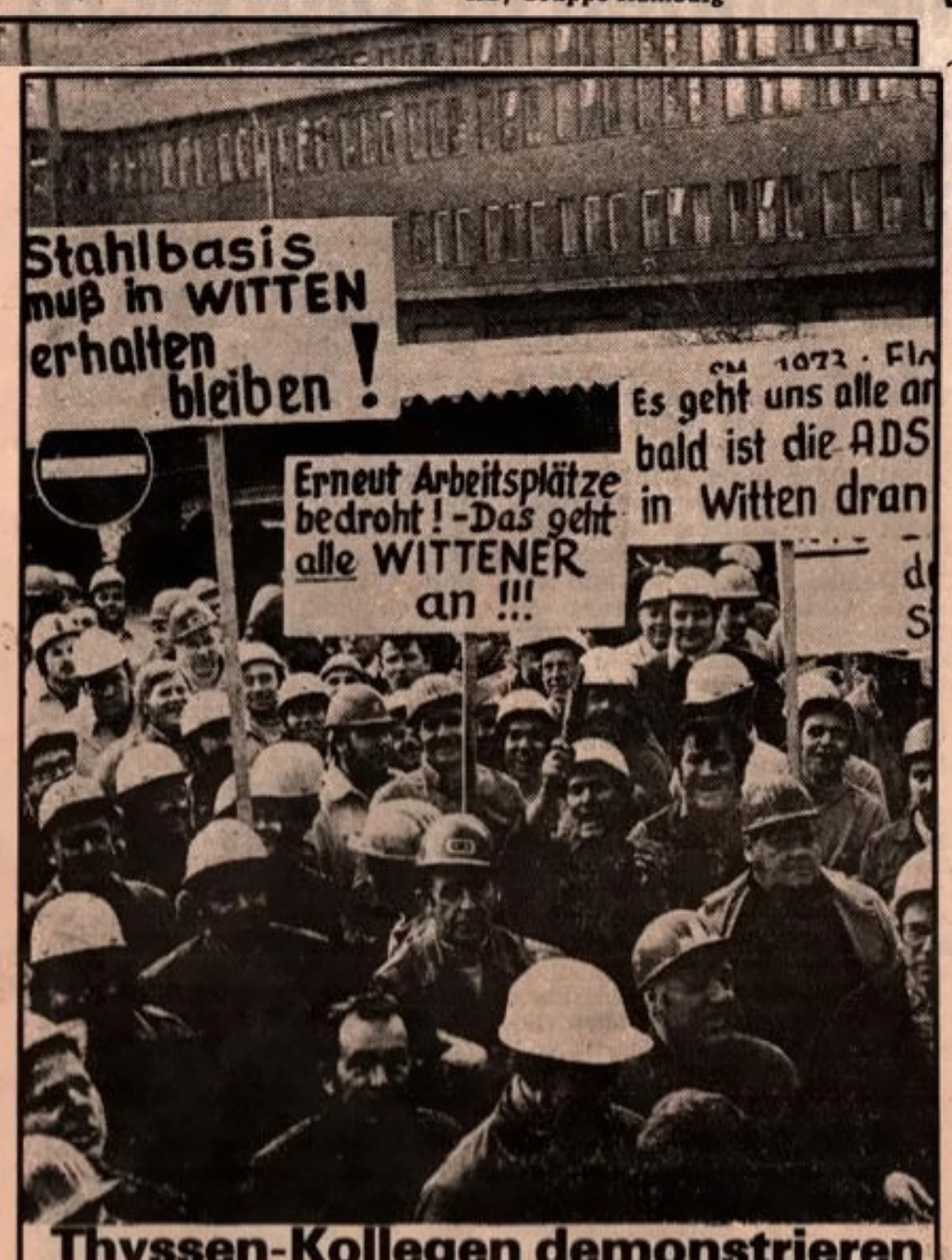
Bei VAW handelt es sich um ein aluminiumerzeugendes Werk, das zu den „wesentlich belästigenden" Betrieben gerechnet wird. Und es sind auch schon Fluorschäden aufgetreten, für die die VAW die Bauern entschädigen muß. Diese Flourschäden werden jedoch geschickt verschwiegen in der Öffentlichkeit, auch vom BR.

schwiegen in der Öffentlichkeit, auch vom BR.

Da VAW ein Großabnehmer vom Stader Atomkraftwerk ist, bereitet die Stader Initiative gegen AKWs zu dem Thema Ausbau der VAW eine Veranstaltung vor. Hierzu sind der BR von VAW, AOS (Aluminiumoxid Stade) und Reynolds eingeladen, ebenso betroffene Anwohner, Wissenschaftler, die über Berufskrankheiten durch Fluor berichten. Treffpunkt: Am 16.12.77 um 20 Uhr in der Gaststätte „von Stemm" in Stade-Bützfleth.

Die „Bremervörder Initiative gegen AKWs" unterstützt die Veranstaltung.

KB/ Gruppe Stade



Thyssen-Kollegen demonstrieren gegen Stillegungspläne

Spontan streikten und demonstrierten am 5.Dezember rund 3.000 Beschäftigte des Werkes Witten der Thyssen Edelstahlwerke (TEW) gegen die befürchtete Schließung des Elektrostahlwerkes 2. Die Demonstranten – ca. 90% der Morgenschicht – zogen durch das Werk und dann durch die Innenstadt. Die Kapitalisten gaben als Antwort auf diese spontane Aktion zu, daß es „lediglich" Pläne gebe, die Produktion von Edelstahl bei TEW „zu überdenken".

Hoechst: Jugendvertreter bleibt

Eine Schlappe hat die Hoechst AG vor dem Frankfurter Arbeitsgericht hinnehmen müssen.

Zur Verhandlung stand die fristlose Kündigung des Jugendvertreters Norbert Barth an.

Kündigungsgrund war angeblich, daß Norbert in der Werkschule Aufkleber mit der Forderung „Übernahme aller Lehrlinge" angebracht haben soll. Zum Beweis für die „Flut von Aufklebern", deren Anbringen „mutwillige Zerstörungen" darstellten, legte ein Vertreter der Hoechst AG dem Gericht 19 Fotos vor. Nur in einem einzigen Fall allerdings hatte ein von Hoechst benannter Zeuge gesehen, daß Norbert B. einen solchen Aufkleber angebracht hatte.

Aus zwei Gründen wurde die fristlose Kündigung vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt.

Erstens: der angegebene Grund für die Kündigung, nämlich das Anbringen des Aufklebers war am 13. Juni beobachtet worden. Die Kündigung hingegen war erst am 4. Juli ausgesprochen worden. Also nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 14 Tagen seit Vorliegen des Kündigungsgrundes.

Zweitens neigte das Arbeitsgericht dazu, das Anbringen von Aufklebern mit der besagten Forderung als Teil der Jugendvertreter-Tätigkeit zu verstehen.

Für uneingeschränkten Kündigungsschutz von Jugendvertretern!

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Nachlese zur Papiertarifrunde

In allen neun Tarifbezirken ist die Papiertarifrunde beendet. Die Bezirke Westfalen, Nordrhein (Düsseldorf-Köln), Berlin und Nordrhein (Düren, Jülich, Euskirchen) schlossen mit 5,9 % ab. Der Bezirk Mittelrhein, Pfalz-Rheinhessen kam auf 6 %; für Hessen wurden durchschnittlich 6,03 % „erkämpft". Sage und schreibe ganze 6,1 % wurden in den Bezirken Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein abgeschlossen. Die Lehrlingslöhne „stiegen" um den entsprechenden Prozentsatz. Außerdem wurden in allen Bezirken die 13. Monatslöhne erhöht.

Die Rechenkünstler der „Gewerkschaftspost" (Zeitung der IG Chemie, Papier Keramik) zählen die Erhöhung des 13. Monatslohns mit den prozentualen Erhöhungen zusammen und kommen so auf stolze 6,3 % bis 6,9 % Lohnerhöhung. Regelmäßig greift die Gewerkschaftsführung zu solcher kosmetischen Nachbehandlung, wenn die Tarifabschlüsse zu mickrig ausfallen.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Druck

Es geht um's Ganze!

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalisten drohen mit Aussperrung

Die Druckkapitalisten signalisierten sofort nach Beginn des Warnstreiks Verhandlungsbereitschaft, jedoch ohne konkrete Angebote, worauf die DruPa öffentlich ablehnend reagierte („Handelsblatt", 2./3. 12.), im stillen Kämmerlein aber ein Gespräch vereinbarte, was dann aber doch wieder abgesagt wurde, da es an die Öffentlichkeit gekommen war. Inzwischen fuhren die Kapitalisten schwere Geschütze auf: *„Der Geschäftsführer des Verbandes der Druckindustrie für den Bereich Hamburg und Schleswig-Holstein, Dr. D. Mehnert, schließt als Reaktion auf mögliche Schwerpunktstreiks eine Aussperrung als Notwehr nicht aus"* („Bild", 4.12.). G. Mack, Vorsitzender des Sozial(?)politischen Ausschusses des Bundesverbandes Druck sprach davon, daß *„die Grenze des Leidens für die Arbeitgeber (!) erreicht"* sei (nach „FR", 5.12.).

In einem Bericht der „FR" vom 29.11. war zu lesen, *„vor einigen Tagen habe der Bundesvorstand des DGB der IG Druck Hilfe zugesagt, am 6.12. werde über Konkretes beraten. Wenn die Unternehmer es wagen sollten, auch diesmal auszusperren ... müssen sich alle 15 Einzelgewerkschaften dadurch provoziert fühlen. Und der DGB könne es sich einfach nicht mehr leisten, daß eine seiner Gewerkschaften finanziell ausgeblutet wird".* Die Druckarbeiter sollten den DGB beim Wort nehmen.

80.000 arbeitslose Setzer in den nächsten Jahren?

Der Umfang der Rationalisierungsmöglichkeiten für die Kapitalisten und der damit verbundenen Bedrohung der Arbeitsplätze speziell der Setzer durch die Entwicklung der Computertechnik wurde in der BRD mit dem Jahre 1975 zu einer der wichtigsten Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Immerhin geht es nicht nur um die Dezimierung, sondern um die vollständige Beseitigung einer ganzen Berufssparte, d.h. die Redakteure sollen eines Tages ihre Artikel selber setzen, was durch die Entwicklung der Bildschirmgeräte inzwischen technisch möglich ist.

Für etwa 80.000 Facharbeiter (vorwiegend die Setzer) bedeutet das praktisch, **daß es ihren Beruf einfach nicht mehr geben wird.**

Die Kapitalisten gehen hier knallhart vor, da *„eine Besetzungszementierung ... nicht zu akzeptieren (ist), weil sie künstlichen Bedarf für nicht mehr existierende Berufe in der Zukunft schaffen würde"* (nach „HB", 7.12.).

Seit Anfang 1975 hatte die DruPa Verhandlungen mit den Kapitalistenverbänden geführt, nachdem in Stuttgart und Hannover schon mehrere hundert Setzer ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Diese Verhandlungen hatten sich jahrelang hingezogen, während die Kapitalisten munter weiter rationalisierten. So hatten sich die Kapitalistenverbände nach dem Streik 1976 überhaupt geweigert, mit der DruPa weiter zuverhandeln, so daß erst in diesem Frühjahr neue Verhandlungen zustande kamen. Obwohl die DruPa im Laufe der Jahre von ihren ursprünglichen Forderungen schin weit zurückgegangen war, waren die vertretenen Kapitalistenverbände nicht bereit, selbst diesen schlechten Tarifvertrag einzugehen. Letztlich bieten die Kapitalisten nur einen tariflichen Sozialplan mit einigen weiteren Bonbons und nicht mehr. Daraufhin erklärte die DruPa am 22.9. die Verhandlungen für gescheitert und beantragte für den 11.10. das Schieds- und Schlichtungsverfahren, was ebenfalls gescheitert ist – der „neutrale" Schlichter vertrat voll die Kapitalistenposition. Die DruPa hat daraufhin ihre Mitglieder aufgefordert, *„ab sofort jegliche Überstunden zu verweigern, um damit den tariflichen Bestimmungen zu genügen. Ferner sanktioniert die Gewerkschaft ab sofort Warnstreiks als gewerkschaftliche Kampfmaßnahme"* („Handelsblatt", 28.11.). Dies war auf einer Sitzung des Hauptvorstandes mit den Landesbezirksvorsitzenden beschlossen worden. So wollen am 10. Dezember der erweiterte Vorstand und die zentralen Tarifkommissionen weitere Maßnahmen festlegen („Welt", 26.11.).

WIR STELLEN EIN!
1 Fotosetzmaschine
1 Schreibkraft
WIR ENTLASSEN:
4 Setzer
3 Textmetteure
3 Stereotypeure
1 Korrektor

Die ungewöhnliche Tatsache, daß zu diesem Gewerkschaftstermin unmittelbar vor dem Spitzengespräch
mittelbar vor dem Spitzengespräch
mit den Kapitalistenverbänden auch die Betriebsräte von zentral betroffenen Betrieben geladen worden sind, wird bereits jetzt überall als eine Verschärfung des Streiks gewertet.

In und außerhalb der DruPa wird erwartet, daß dort die Urabstimmung in einer Anzahl von Betrieben beschlossen wird. Diese neue „Nadelstichtaktik" war gerade auf dem Gewerkschaftstag mit größerem Getöse verabschiedet worden. Sie hat zur Folge, daß die Gewerkschaftsführung ausschließlich die kampfstärksten Betriebe streiken läßt, während die anderen legal dann höchstens noch Warnstreiks durchziehen können. Eine Taktik also, bei der die Gewerkschaftsführer eine weitere Ausdehnung des Streiks besser zu verhindern hoffen.

Allerdings dürfte es schwer fallen, den Streik tatsächlich einzudämmen. In allzu offener Manier haben die Kapitalisten deutlich gemacht, daß sie in Zukunft alle Setzer vor die Tür setzen wollen. Damit würde gleichzeitig der kampfstärkste Teil der Drucker wegrationalisiert. Nachdem schon in den letzten Jahren 35.000 Druckerarbeitsplätze wegrationalisiert wurden und zudem 1 Million Arbeitslose in der BRD schon länger keinen Arbeitsplatz mehr finden, dürfte es schwer fallen, die Setzer mit billigen Beruhigungspillen abzuspeisen. So bieten die Kapitalisten neben ihrem Sozialplan Umschulungen im Druckbereich an, bloß Arbeitsplätze dafür gibt es keine. Sollte ein Setzer – den Vorstellungen der Kapitalisten zufolge – das Glück haben, neben den Journalisten als zusätzliche Kraft einen Arbeitsplatz an den neuen Geräten zu finden, so soll er dann nicht mehr den Setzerlohn, sondern den einer angelernten Hilfskraft erhalten.

Setzer zu erhalten, d.h. diejenigen Kräfte, die zukünftig an solchen Geräten arbeiten, sollen nach Vorstellungen der DruPa „vorwiegend" aus Setzern mit altem Facharbeiterlohn bestehen. Damit könnte sich zumindest jeder einzelne Setzer der Illusion hingeben, ihn würde die Rationalisierung ja vielleicht nicht treffen! Doch angesichts des harten Kapitalistenkurses, dürfte es dem DruPa-Vorstand schwer fallen, die massive innergewerkschaftliche Opposition zu beruhigen. In Hamburg beispielsweise hat sich die Forderung, keine Entlassungen hinzunehmen, bereits auf Ortsvorstandsebene durchgesetzt.

Die Opposition in der DruPa hat der Vorstand bislang damit einzuschüchtern versucht, daß während des Streiks „mit einer Stimme" gesprochen werden müsse. Unter diesem Motto wurden in Hamburg sieben Drucker aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, die beim letzten Druckersrteik ein oppositionelles Streik-Info herausgegeben hatten.

Spätestens dann, wenn die Kapitalisten ihre Drohung wahrmachen, den Warnstreiks oder Schwerpunktstreiks durch Aussperrung zu begegnen, würde es zu einer offenen Feldschlacht zwischen den Druckerkollegen und Druckerkapitalisten kommen. Die Frage dabei ist, ob es damit den Kapitalisten gelingen kann, den Streik leerlaufen zu lassen und zu brechen, um ohne größeren Widerstand dann im einzelnen die



Streikversammlung am 1.Dezember in München

Daß es den Kapitalisten um eine Radikalkur geht, kann man auch daran ersehen, daß sie jeden Kompromiß in Richtung des DruPa-Entwurfs abgelehnt haben. Hauptforderung der DruPa ist neben der Forderung nach gewisser Arbeitszeitverkürzung, zumindest einen kleinen Teil der Rationalisierungen durchziehen zu können, oder ob eine derartige Konfrontation zu nachhaltiger Stärkung oppositioneller Strömungen innerhalb der DruPa führen würde.

Druckkomitee
KB/GruppeHamburg

So hätte es die DruPa gern!

Bekanntlich gehört der Hamburger Ortsverein zu den schärfsten Kritikern des ratenweisen Ausverkaufs der Setzer, den der DruPa–Vorstand lt. seinem Rahmentarifvertragsentwurf („Raster") hinzunehmen bereit ist.

Vertreter dieses oppositionellen Kurses waren jüngst an die Spitze des Hamburger Ortsvereins gewählt worden. Bisher waren Kritiken aus dem Hamburger Ortsverein im Zentralorgan einfach unterdrückt worden bzw. eine eigenständige Verbreitung der Kritiken innerhalb der DruPa als „gewerkschaftsschädigend" betitelt worden.

Zu der Delegiertenversammlung am 6.12. in Hamburg war eigens Körner vom Hauptvorstand angereist, um diesen Drohungen neuen Nachdruck zu verleihen. Nachdem er den Hamburger Kollegen etwas Zucker in den Arsch geblasen hatte (nicht alle Ortsvereine seien so weit wie in Hamburg), kam er zur Sache: Jetzt dürfe es keine innerorganisatorische Kritik mehr geben, Kritik solle es erst wieder nach dem Kampf geben. In typischer Gewerkschaftsführermanier brachte es Körner fertig, die geforderte Aufgabe des Kampfes um den Erhalt sämtlicher Setzer–Arbeitsplätze unter das wohlklingende Motto „gemeinsamer Kampf" zu bringen.

Angeblich wollten die Kapitalisten keinen Rastertarif verabschieden, bis sie die Rationalisierungen bereits durchgesetzt hätten. Um diese Taktik zu durchkreuzen, muß man, Körner zufolge, jetzt erst einmal schon einige Arbeitsplätze opfern! Logisch? Na klar, denn noch einige Schritte weiter in der Richtung und die Kapitalisten könnten einen Rasterentwurf tatsächlich verabschieden– nämlich den von ihnen vorgelegten Entwurf!

Als Antwort beschlossen die Delegierten einstimmig, daß in Hamburg selbständig ein Streikinfo herausgegeben wird, dafür wurde ein fünfköpfiger Ausschuß gebildet.

Es wird sich zeigen müssen, ob der Hamburger Ortsvereinsvorstand tatsächlich bereit ist, vor den Kollegen mit eigener Stimme zu reden und dieses Instrument zu nutzen. Bisher wurde nämlich noch nicht breit an die Öffentlichkeit gegangen!

Druck–Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gruner + Jahr
Kampf um Arbeitsplätze auch bei den Angestellten

Am 20.10. erklärte die Geschäftsleitung von Gruner + Jahr in Hamburg den 70 Kollegen der Abonnements–Abteilung, die gesamte Abo–Verwaltung solle einer Fremdfirma übertragen werden. Hintergrund: Die international in der Marktforschung und im Abonnentenverwaltungsgeschäft führende US–Gesellschaft C. Nielsen in Chicago will über ihre Tochterfirma „Neodata" ein computergesteuertes Abo–Serviceunternehmen in der Bundesrepublik aufbauen. Nielsen bearbeitet in den USA über 50% aller Abonnements (80 Zeitschriftentitel mit 27 Millionen Abonnements); die Firma drängt nun auf den mitteleuropäischen Markt. Das optimale Bearbeitungsvolumen einer Neugründung in Europa soll in der Größenordnung von 12 bis 14 Millionen Abos liegen.

Den Anfang will nun offenbar Gruner & Jahr machen, indem der Verlag seine 1,2 Millionen Abos in der neuen Firma unterbringt. Die Geschäftsleitung verspricht sich damit den Einstieg in eine perfekte Technik der Aboverwaltung, die sie bei eigener Entwicklung vagen Angaben zufolge 7 bis 10 Millionen Mark und drei bis fünf Jahre Zeit kosten würde. Für die Kollegen der Aboverwaltung bedeutet die Nutzung der neuen EDV–Systeme in jedem Fall, daß sie ihre Arbeitsplätze ausnahmslos verlieren werden.

Die Planungen sind sofort auf den Widerstand der betroffenen Kollegen gestoßen. Zusammen mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten wurden Abteilungsversammlungen durchgeführt und Flugblätter zu den zentralen Forderungen rausgegeben:

- Erhalt der Abteilung Festbezug (Abo) im Hause Gruner + Jahr
- keine Entlassungen bei G + J
- rechtzeitige Information über alle von der Geschäftsleitung geplanten Schritte

Unter anderem wurde ein Flugblatt zusammen mit dem Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier herausgegeben, das an alle Hamburger Druck– und Verlagshäuser verteilt wurde, zusammen mit Unterschriftenlisten, auf denen sich auch Kollegen aus anderen rationalisierungsbedrohten Betrieben mit den G+J–Kollegen solidarisieren können.

Darüberhinaus haben die Kollegen einen sehr originellen und wirkungsvollen Einfall gehabt. Sie haben Plaketten mit der Aufschrift: **„Entlassungen bei G+J – Nein Danke!"** angefertigt und im ganzen Haus verkauft.

Nach den Angriffen auf die Arbeitsplätze im Satzbereich bei Gruner + Jahr durch die Einführung des Krantz–Computers, wodurch 2/3 der Setzer–Kollegen arbeitslos werden sollen, ist das ein weiterer Schlag auf die Kollegen bei G+J. Im Satzbereich haben die Kollegen es jedoch durch einen zähen Kampf gegen die Geschäftsleitung geschafft, eine Betriebsvereinbarung darüber zu erreichen daß zumindest die Setzer einen Arbeitsplatz bei Gruner + Jahr behalten. Für die Angestellten steht ein solcher Teilerfolg noch aus.

Da das nur gemeinsam mit den Kollegen aus der Technik zu erreichen ist, versucht die Geschäftsleitung zwischen den Angestellten und Arbeitern zu spalten, indem sie den Setzern Arbeitsplätze im Angestelltenbereich anbietet, womit Konkurrenz unter den Kollegen entstehen soll. Dieses Manöver der Geschäftsleitung ist jedoch auf der letzten Betriebsversammlung von den Kollegen entschieden zurückgewiesen worden.

Druck–Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Zur Personalratswahl in Westberlin:

Rechte und »linke« Spalter Hand in Hand

Im Dezember dieses Jahres werden voraussichtlich die Personalratswahlen (PR-Wahlen) in allen wesentlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes (ÖD) Westberlins abgeschlossen sein.

Bei den diesjährigen PR-Wahlen kam es für die Gewerkschaftslinke darauf an, vor allem die etablierten „Interessenvertretungen" - wie ÖTV, DAG, KOMBA im DBB (Deutscher Beamten Bund) - Land zu gewinnen, d.h. konkrete Erfolge im innergewerkschaftlich oppositonellen Kampf zu erzielen.

So erzielte die GEW/Berlin (alt) in entsprechenden Bereichen mit einer eigenen Liste für die örtlichen und den Hauptpersonalrat (HPR) konkrete Erfolge. Neben diesem beispielhaften Engagemant tut sich immer wieder der „KPD"-nahe „Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher" (BSLE) hervor.

Getreu seinem Vorbild gebährdet er sich zu den PR-Wahlen „superlinks", er ruft zum Boykott auf! *„Keine Stimme den Standespolitikern und den Vertretern von SPD- und SEW-Führungen: Wahlboykott."* (Schlagzeile eines Flugblatts der BSLE zu einer Wahlkampfveranstaltung der ÖTV-Betriebsgruppe (BG) des Bezirksamts (BA) Kreuzberg am 14.9.77).

W a h l b o y k o t t - das heißt für die PR-Wahlen den offenen Bruch mit allen zur Wahl kandidierenden Listen. Nun stellen sich konkret im Bezirksamt (BA) Kreuzberg 3 Listen zur Wahl - ÖTV, DAG und KOMBA.

Aufgrund ihrer hohen Wahlchancen steht die ÖTV-Liste besonders im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen und war nicht zuletzt wegen ihres relativ fortschrittlichen Programms Hauptangriffsziel aller rechten Kräfte im BA.

Rechte Allianz gegen linke ÖTVler

So wurde die ÖTV-Liste, bzw. der gesamte VLK massiv von der SPD und rechten Kräften unter Beschuß

So wurde die ÖTV-Liste, bzw. der gesamte VLK massiv von der SPD und rechten Kräften unter Beschuß genommen: *„In der Betriebsgruppe besteht die große Gefahr, daß die nächsten Wahlen einen Ruck nach linksaußen mit sich bringen ..."* (Unterschriftensammlung rechter PR- und ÖTV-Mitglieder, aus „Heim- und Erzieherzeitschrift", Nr. 5/77) und noch deutlicher: *„Wir müssen darauf achten, daß im PR nicht Meinungen und Vorstellungen vertreten werden, die z.B. mit denen von SEW, KPD, KBW und KB identisch sind"* (Flugblatt der SPD-BG im BA-Kreuzberg).

Der KOMBA reiht sich ein: *„Als erstrangige Aufgabe ... sehen wir ... den Kampf gegen diejenigen an, die ihre Demokratiefeindlichkeit durch scheinbare Fortschrittlichkeit tarnen. Nur im freiheitlichen Rechtsstaat ist eine echte Personalvertretung möglich. Deshalb muß sich jeder öffentlich Bedienstete darüber klar sein, daß eine Stimme für radikale Listen* (wohlgemerkt: gemeint ist hier die offizielle ÖTV-Liste! - AK) *ihn selbst schädigt"* (Flugblatt an alle Mitglieder des ÖD).

Die DAG: *„Die Absicht ist eindeutig. Durch das Heraufbeschwören vermoderter Feindbilder soll der Wähler von den eigentlichen politischen Ziel dieser Gruppen - Beseitigung unseres Rechtsstaates - abgelenkt und zu der ‚wahren Arbeitnehmerinteressenvertretung' hingeleitet werden"* (aus „BA-Zeitung des DAG", vom Nov. 77).

SEW – Hauptfeind der Rechten?

Zu diesen Angriffen findet sich allerdings kein einziges Wort in den Veröffentlichungen des „KPD"-nahen BSLE. Im Gegenteil, der BSLE vereint sich brüderlich mit DAG/KOMBA und SPD-Gewerkschaftsführern, indem er die ÖTV-Liste und hier vor allem die SEW-Kollegen – bis fast an die Grenze der Denunziation – ins Gebet nimmt:

„Die ÖTV-Liste ist durchsetzt mit SPD und „S"EW-Kandidaten" (BSLE-Flugblatt).

„Wir sagen einer Liste, die gespickt ist mit bewährten Schergen der Gewerkschaftsführung, mit Kollegen, die uns ein System, wie in der DDR • als sozialistisch und nachahmenswert unterjubeln wollen, kann nicht unsere Interessen vertreten, auch wenn einzelne demokratische Kollegen auf ihr kandidieren"!

An die Stelle einer konkreten Auseinandersetzung mit dem Programm und der praktischen Politik des VLKs und der amtierenden PR tritt demagogische Fälschung und Verleumdung. So sollen einzelne Kandidaten den *„reallohnsenkenden Tarifabschluß begrüßt haben"*, die *„Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVBs, Rfs) gutheißen"* und Reverse gegen den BSLE initiiert haben.

Tatsächlich hatte der gesamte VLK den letzten Tarifabschluß a l s s o l c h e s begrüßt, dabei allerdings den Abschluß als zu niedrig auf's schärfste verurteilt. Zu den UVBs verhält sich der VLK zwar loyal, gerade die Reverse anläßlich eines Flugblatts des BSLE wurden m i t den Stimmen der SEW-Kollegen mehrheitlich zurückgewiesen!

Von der Wahrheit weit entfernt, muß der BSLE dann natürlich mit dem großen Besen kehren und einen Mythos heraufbeschwören: *„Wir fordern die demokratischen Kollegen auf, ihren Rücktritt von dieser Liste zu erklären! Sie tragen in jedem Fall ob sie wollen oder nicht dazu bei, daß Antidemokraten und Handlanger des BA und der Gewerkschaftsführer unangefochten sich als unsere Interessenzertreter im PR aufführen können ... Mit ihnen kann es keine Einheit geben ..."* (BSLE-Flugblatt).

Das Programm der ÖTV- Kandidaten

Sieht man sich dann das Programm der ÖTV-Listen an, auf das die Kandidaten durch eine breite Diskussion der Mitglieder in VL-Bereichen und VLK verpflichtet wurden, so findet sich dort allerdings keinerlei DDR-Tourismus-Propaganda a la UZ" oder „Wahrheit", sondern 5 auf Beschlüsse des VLK von diesem Jahr basierende Positionen:

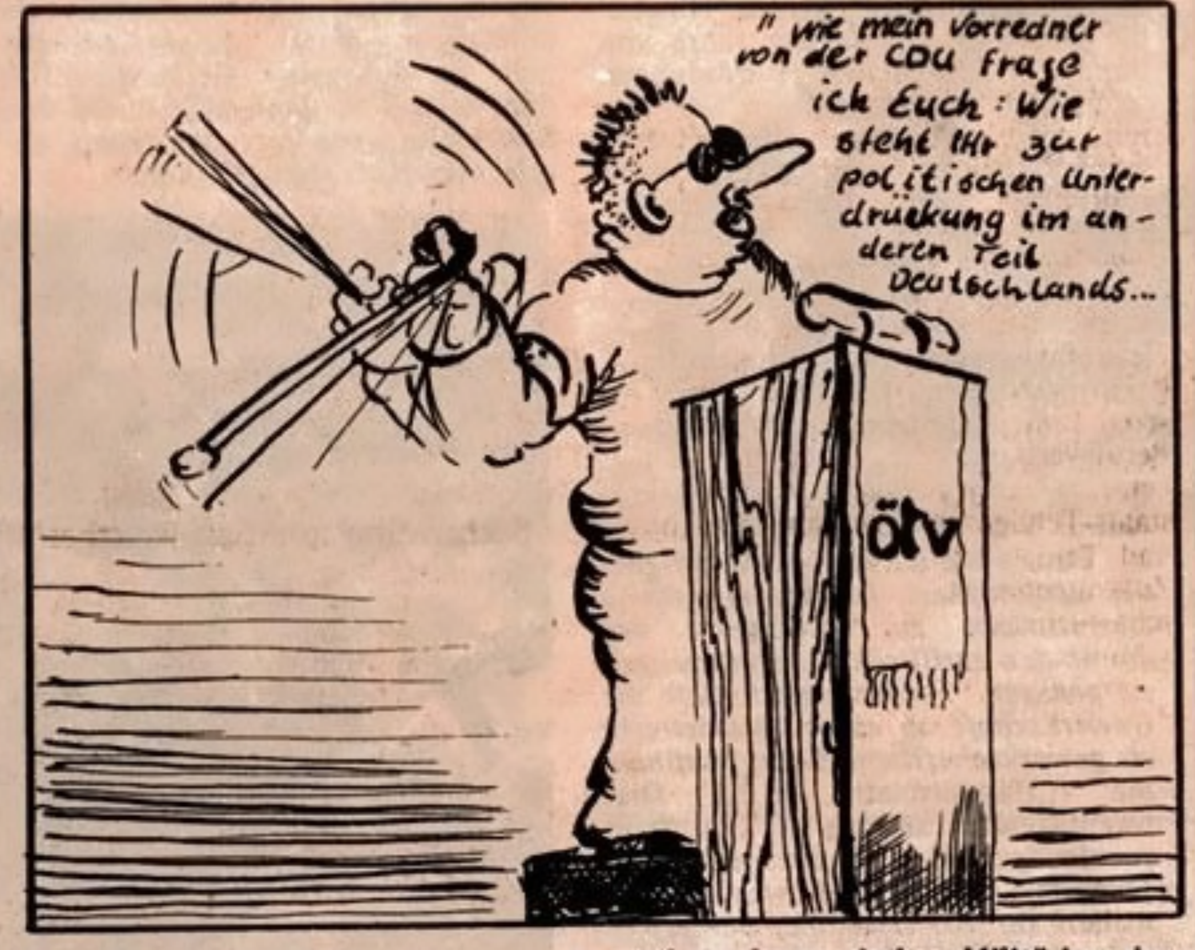
1. **Eintreten für Tarifforderungen im Interesse der Kollegen, einheitliche Festgelderhöhung, Ablehnung jeder Schlichtung und Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß**
2. **Eintreten gegen Rationalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen**
3. **Eintreten gegen politische Überprüfungen und - Entlassungen**
4. **Eintreten für gewerkschaftliche Maidemonstrationen unter freiem Himmel mit betrieblichen Forderungen**
5. **Für das Selbstbestimmungsrecht und gegen Diskriminierung von Frauen, für die ersatzlose Streichung des § 218**

Nun kann man sich durchaus darüber streiten, ob nicht der eine oder andere Punkt fehlt und z.B. zu den UVBs und dem Atomprogramm der Bundesregierung noch Stellung genommen werden sollte, doch will sich der BSLE die Arbeit, sich k o n k r e t mit dem ÖTV- Programm auseinanderzusetzen, gar nicht machen!

„KPD"- Politik als Trennungslinie ?

Tatsächlich brennen dem BSLE besonders zwei Fragen auf den Nägeln. *„Wie steht ihr zur politischen Unterdrückung im anderen Teil Deutschlands, mit dessen Hinweis die Unterdrückung hier gerechtfertigt wird? Werdet ihr also eure Stimme für die politischen Freiheiten in ganz Deutschland erheben, oder mit dem Zuhalten des einen Auges dem Treiben der „S"EW, die hier Zustände wie in der faschistischen DDR schaffen wollen, noch Vorschub leisten?"*

Und weiter: *„Werdet ihr Euch im Sinne der Tradition der internationalen Solidarität für die indochinesischen Völker, im Sinne der Verurteilung der russischen Militärinvasion gegen die CSSR '68 auch heute den Befreiungskampf der 3. Welt unterstützen und euch gegen jede Vorherrschaftspolitik und Einmischung, insbesondere seitens der UdSSR und USA wenden?"* (BSLE-Flugblatt).



Seine Blindheit auf b e i d e n Augen beweist der BSLE allerdings damit, daß er die Haltung zur SEW, bzw. DDR und Sowjetunion gerade anläßlich der PR-Wahlen zum Hauptpunkt der Trennungslinie zwischen bürgerlichen Parteien, Standesgewerkschaften und Gewerkschaftsführern auf der einen Seite und der unorganisierten und organisierten Gewerkschaftslinken auf der anderen Seite. machen will:

„Hier an diesen Fragen muß jeder demokratische Kandidat Stellung nehmen und einen klaren Trennungsstrich zu den Reaktionären von SPD, CDU, „S"EW und Gewerkschaftsführung ziehen". (Flugblatt)

Dabei übertrifft der BSLE selbst bürgerliche Schreiberlinge in der Phantasie seiner Beweisführung: *„Kein Berufsverbot im ÖD, das nicht mit direkter oder indirekter Unterstützung seitens der ÖTV-Spitze, der aktiven SPD- und „S"EW-Vertreter zustande gekommen wäre".*

Es folgen Beispiele - Dagmar Artelt, Massenentlassungen in „mitbestimmten" Großbetrieben, und Udo Knapp, die beweisen sollen, daß im Endeffekt immer die SEW verantwortlich für Entlassungen ist. In der Tat gibt es in Westberlin zig Beispiele, wo SEW- Personalräte der „Chaoten"hetze und den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ihre Zustimmung gaben. Allerdings sind die V e r a n t w o r t l i c h e n allemal in KOMBA, DAG und ÖTV zu suchen, die regelmäßig die Initiative für das Herausschießen einzelner Kollegen - das Beispiel U. Knapp beweist es - oder gar für Massenentlassungen ergreifen.

Erzieherkollektiv
KB/ Westberlin

»Sympathisanten«jagd am Postscheckamt Hamburg

Weil mehrere Kolleginnen und Kollegen – unter ihnen auch einige Mitglieder des Amtsgruppenvorstandes – während der Schweigeminuten für Schleyer weiterarbeiteten, gingen rechte Sozialdemokraten auf „Sympathisanten"jagd – sie erzwangen auf einer eilig zusammengerufenen außerordentlichen Amtsgruppenhauptversammlung (am 22.11.) die Abwahl von 6 Mitgliedern des Amtsgruppenvorstands. Doch erst die Vorgeschichte:

Durch einige rechte Sozialdemokraten informiert, reagierten die DPG-Fürsten sehr schnell. Die Amtsgruppenvorstandmitglieder mußten eine Resolution unterschreiben, mit der sie sich gegen den Terrorismus abgrenzten und zum „freiheitlichen Rechtsstaaat" bekannten. Alle unterschrieben – aber damit nicht genug. Die Gewerkschaftsführer sammelten Unterschriften, um eine außerordentliche Amtsgruppenhauptversammlung abhalten zu können. Einziger Tagesordnungspunkt: Abwahl von acht Mitgliedern des Amtsgruppenvorstandes.

Im Ortsverwaltungsvorstand standen auch Gewerkschaftsausschlüsse zur Debatte, wurden aber vorerst zurückgestellt.

„Vorbereitet" wurde die Versammlung durch das Verbreiten von Gerüchten wie : bestimmte Kollegen hätten auf den Tod von Schleyer Sekt geschlürft, der Herr Amtsgruppenvorstandsvorsitzende und seine Familie seien anonym telefonisch bedroht worden. Kurz: Die Terroristen sitzen mitten im Postscheckamt!

Die Oberpostdirektion ließ regelrechte Verhöre durchführen, um festzustellen, wer weitergearbeitet hatte, und es hagelte sogenannte „Verhandlungsschriften"(das sind Schriftstükke, die in die Personalakte kommen).

Zur Mitgliederversammlung am 22.11. hatten die Rechten voll mobilisiert. Die Versammlung erreichte mit knapp 400 Teilnehmern Rekordbeteiligung. Die angegriffenen Kolleginnen und Kollegen wiesen die Gerüchte zurück und bestätigten, daß sie während der „Schweigeminuten " weitergearbeitet hatten. Sie erklärten, die Trauer sei ausschließlich auf Schleyer, nicht aber auf die anderen fünf Toten bezogen und diese ungleiche Behandlung lehnten sie ab.

Die Rechten konnten natürlich ihre „Vorwürfe" überhaupt nicht begründen und brachen deshalb die Diskussion einfach ab, obwohl noch etliche Kollegen gegen die „Sympathisanten"jagd Stellung nehmen wollten. Sie erzwangen eine Abstimmung, bei der eine knappe Mehrheit der 300 noch Anwesenden sechs der acht Angegriffenen Amtsgruppenvorstandmitglieder abwählten. Immerhin haben sich fast 150 Postgewerkschafter diesem Terror der Rechten widersetzt.

Wer weiterarbeitet, sitzen bleibt oder lacht, wird flugs zum Terroristen gemacht!!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Sheriff Kluncker

Um vieles, was in Betrieben und Tarifverträgen passiert, kümmern sich die Gewerkschaftsführer bekanntlich oftmals nicht. Aber bei der aktuellen „Terrorismus-Debatte" mischen sie kräftig mit.

„ITF-Präsident Prechtl und der ÖTV-Vorsitzende Kluncker gaben zu verstehen, daß beide Organisationen mit ihrer Geduld am Ende seien. Die Transportarbeiter hätten genug von Resolutionen gegen den Terror, die zu nichts führten. Nun werden eigene Maßnahmen vorbereitet, die sich vor allem gegen jene Länder richteten, die Terroristen immer noch Unterschlupf gewähren" („Hamburger Abendblatt" 27.11.").

Bestimmte Flugplätze oder ‚ganze Staaten' sollen boykottiert werden, *„wenn der Terrorismus nicht nachhaltig bekämpft wird"* (Ebenda).

Sicherlich meinte Kluncker damit nicht westdeutsche Flughäfen, die mit Handkuß Entführer aus RGW-Ländern aufnehmen oder den Flughafen von Santiago de Chile, auf dem fachistische Mörder und ihre Sympathisanten ein- und ausgehen.

ÖTV-Kommission

Linker Arzt im Kreiskrankenhaus

Linker Arzt im Kreiskrankenhaus Pinneberg gefeuert

Weil der Assistenzarzt L. vor einer Kaserne Flugblätter verteilt haben soll, in denen der Mogadischu-Einsatz der GSG 9 mit dem Einsatz von Hitlers Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg verglichen wird, ist er jetzt wegen „verfassungsfeindlicher Aktivitäten" aus dem Kreiskrankenhaus entlassen worden (Hamburger Abendblatt, 9.12.77). Der CDU-Kreistagsabgeordnete Horst Nehl aus Elmshorn hatte L. wegen dieser und anderer „linksradikaler Aktivitäten" denunziert. Inzwischen ermittelt auch die Staatsanwaltschaft!

Assistenzarzt L. war früher ÖTV-Vertrauensmann und hat nach Aussagen von Kollegen gute gewerkschaftliche Betriebsarbeit gemacht – bis ihn die ÖTV-Führer vor einem Jahr wegen angeblicher Mitgliedschaft im KBW aus der Gewerkschaft ausschlossen.

Kurz nachdem L.s drohendes Berufsverbot bekannt wurde, hatte die Mehrheit der Assistenzärzte des Pinneberger Krankenhauses gegen die politische Kündigung protestiert. In einer Resolution warnten sie am Beispiel des bekannten Gedichts von Martin Niemöller vor Duckmäusertum gerade in der heutigen Zeit.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fristlose Kündigung einer Putzfrau

Nach einer Meldung in der Zeitschrift „Emma" vom Dezember 1977 wurde die Putzfrau Helga J. fristlos gekündigt.

Sie galt als Sprecherin der in Gelsenkirchen streikenden Putzfrauen. Um einen Kündigungsgrund zu haben, griffen die Herren der Reinigungsfirma Piepenbrock auf eine Veröffentlichung zurück, in der die Firma als ein betrügerisches Unternehmen bezeichnet wurde. Diese Äußerung wurde Frau Helga J. untergeschoben. Tatsächlicher Grund wird der Einsatz von Helga J. für die Rechte ihrer Kolleginnen sein. U.a. hatte sie für die erstmalige Wahl eines Betriebsrates in diesem Betrieb gesorgt. Ihre eigene Kandidatur stand so gut wie fest. In der Reinigungsfirma Piepenbrock sind 13.000 Beschäftigte.

Reinigungsunternehmer profitieren in den letzten Jahren immer mehr davon, daß große Konzerne solche Arbeiten auslagern, weil sie ihnen zu kostspielig werden und nicht in ihren üblichen Geschäftskram passen. Häufig passiert es, daß ein Konzern allen Frauen kündigt und sie anschließend von einer ortsansässigen Reinigungsfirma zu zweidrittel ihres letzten Lohnes übernommen werden. Der Konzern kauft die Arbeitskraft der Frauen wieder ein und zahlt wegen der Lohnkürzungen weniger als vorher, obwohl die Reinigungsfirma ihren Profit noch aufgeschlagen hat.

Ein zweiter Effekt ist, daß die Frauen in den kleineren Betrieben noch weniger Rechte haben und sich schwerer solidarisieren können, weil sie als Putzfrauen auf viele Betriebe und Behörden verteilt werden.

Wir rufen auf zur Solidarität mit Helga J. und ihren Kolleginnen, die nach dem Streik ebenfalls fertig gemacht werden sollen.

Frauengruppe im KB

GEW

Personalratswahlen

GEW Westberlin gegen DGB: 1:0

Bei den Personalratswahlen am 1.12. errang die GEW Westberlin einen klaren Vorsprung vor dem Spalterverband „GEW im DGB": 45 Mandate entfielen bei den Bezirkspersonalräten auf die GEW Westberlin, 36 auf die „GEW im DGB", 68 auf den ständischen Deutschen Lehrerverband (DL) und sieben auf eine „Unabhängige Liste" (Lehrer, die schon 1974 aus der GEW ausgetreten waren). Nach diesem vorläufigen Wahlergebnis haben die beiden Gewerkschaftsverbände 81 Sitze gegenüber 75 Sitzen der rechten Lehrerverbände. Bei den letzten Personalratswahlen 1974 war das Verhältnis noch etwas günstiger: Die GEW (damals noch nicht gespalten) hatte 84 Sitze, der DL 70.

Anders als z.B. in Hamburg werden in Westberlin die Personalräte nicht nach Schularten, sondern nach Schulbezirken gewählt, sodaß die Sitzverteilung in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich sein kann bzw. nicht die Gesamtsitzverteilung widerspiegeln muß. So haben die beiden Gewerkschaften zusammen nur in 7 der 12 Bezirke eine Mehrheit gegenüber dem DL; dies war im übrigen 1974 nicht anders. In 8 Bezirken ist die GEW Westberlin stärker als der Spalterverband "...im DGB", in einem Bezirk sind beide Verbände gleich stark vetreten. Das Ergebnis wird in einer Presseerklärung der GEW Westberlin vom 2.12. als "*ermutigendes Zeichen*" gewertet.

„*Unser Erfolg bestätigt, wie richtig es ist, allen Versuchen der Beschneidung demokratischer Rechte sowohl im Arbeits- als auch im Gewerkschaftsbereich entschieden entgegenzutreten. Nur kampfstarke, unabhängige Gewerkschaften sind ein Garant für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Lehrer und der Lernbedingungen der Schüler. Die GEW BERLIN zu diskriminieren und zu diffamieren, scheitern, weil eine hohe Zahl von Lehrern und Erziehern durch die Politik der GEW BERLIN ihre Interessen wirksam vertreten sieht.*"

Dadurch, daß die Personalratswahlen das erste „Kräftemessen" zwischen der GEW Westberlin und dem abgespaltenen Teil „GEW im DGB" waren, hatten sie enorme Bedeutung für beide Verbände. Insbesondere galten sie als Prüfstein für die Lebensfähigkeit der GEW Westberlin. Am Ergebnis gibt es nichts herumzudeuteln: Es widerlegt eindeutig die von DGB, SEW bis hin zu Teilen des Sozialistischen Büros (SB) erhobene Behauptung, die GEW Westberlin werde mit ihrem Ausschluß aus dem DGB zu einer „bedeutungslosen Sekte" im „linksradikalen Ghetto" verkommen.

„Konsequente Interessenvertretung!"
Liste 2

GEW BERLIN

Hauptpersonalrat
Liste 4

Um das Wahlergebnis beurteilen zu können, muß man sich die Inhalte vor Augen halten, mit denen die GEW Westberlin für die Personalräte angetreten ist. Beim Studium der GEW-Publikationen wird deutlich, daß mit den 45 errungenen Mandaten ein ganz anderer Wind als bisher in diesen Gremien wehen wird.

In einem Aktionsprogramm stellt die GEW Westberlin fest, daß eine parteiliche Personalratsarbeit im Interesse der Kollegen eine Veränderung des geltenden Personalvertretungsgesetzes erfordere (kein Sozialpartnerschaftskonzept).

Für eine Novellierung fordert die GEW die „*Streichung der Verpflichtung des Personalrats zur 'vertrauensvollen Zusammenarbeit' mit den Dienstbehörden*"; die „*Bindung des Personalrats an die Beschlüsse der Personalversammlung*"; eine „ *Abberufungsmöglichkeit*" von Personalräten durch die Beschäftigten, die „*Begrenzung der Schweigepflicht*" sowie die „*Streichung der Friedenspflicht*".

Die GEW-Kandidaten haben sich dazu verpflichtet, sich jeder politischen Disziplinierung insbesondere bei Einstellungen aber auch im Schulalltag zu widersetzen. Dazu wurden in den Bezirken zahlreiche Beispiele bekanntgegeben, die auch massive Kritik am Verhalten der alten Personalräte und Möglichkeiten einer erfolgreichen Gegenwehr beinhalten.

Aber mehr als das: In zahlreichen bezirklichen Flugblättern scheute sich die GEW Westberlin nicht, offen das vergiftete gesellschaftliche Klima anzusprechen, in dem sich die alltägliche Unterdrückung kritischen Engagements an den Schulen vollzieht. Die Bezirke Kreuzberg, Tempelhof und Neukölln sprechen in Flugblättern („*Für frei politische und gewerkschaftliche Betätigung*") neben den Berufsverboten die Sympathisantenhetze, Zensurmaßnahmen, Polizeistaats-Tendenzen usw. an. Neukölln und Tempelhof erwähnen in diesem Zusammenhang auch die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Insgesamt muß man das Vorgehen der GEW Westberlin (offene Stellungnahmen zum gesamtpolitischen Klima, solide und überaus vielfältige Informationsarbeit zur Situation an den Schulen, nüchterne Darstellung der Möglichkeiten der Personalräte) als beispielhaft für linke Personalrats- und Betriebsratsarbeit charakterisieren. In mehreren Bezirken ist die GEW Westberlin inhaltlich weit über das hinausgegangen, was bisher von linken gewerkschaftsoppositionellen Betriebsrats-Listen vorgelegt worden ist. Daß diese Politik unter den Westberliner Lehrern derart viele Stimmen bekommen hat, ist tatsächlich eine Ermutigung für a l l e demokratischen Kräfte und ein Sieg im Rahmen der „Gegenoffensive" gegen die derzeitige Repressionswelle überhaupt. Daß darüber hinaus sogar der DGB geschlagen werden konnte, hängt zweifellos mit der besonderen Situation in Westberlin zusammen. Dennoch sollte es der Gewerkschaftslinken insgesamt Auftrieb geben, ihre Positionen in Betriebsrats- und Personalratswahlen offensiv einzubringen.

Spalterverband: Krampfhafte Erfolgsmeldungen

Ziemlich bescheiden geworden in ihren Ansprüchen ist die sog. „GEW im DGB". Während man sich in Wahl-Bildnissen gern — Seite an Seite mit dem DGB — an der Spitze von „Millionen Arbeitnehmern" (siehe abgedruckte Karrikatur) sah, fiel das Stimmenergebnis doch ziemlich schlapp aus. Diese Peinlichkeit wird nun mit der „kurzen Aufbauphase" des Spalterverbands zu erklären versucht. Beabsichtigt war natürlich, mit einem Sieg über die GEW Westberlin deren Mitglieder noch einmal massiv zum Übertritt in den „mächtigen DGB" zu bewegen. Da diese Hoffnung ziemlich sang- und klanglos zerbrochen ist, wird in den Stellungnahmen der „GEW im DGB" das Abschneiden der GEW Westberlin nun lieber g a r n i c h t erwähnt! Für diese Vögel existieren tatsächlich nur sie selbst und daneben „ständische und regionale Lehrerverbände". Ebenso verfährt übrigens die SEW-Zeitung „Halbe Wahrheit", die den „großen Erfolg" des Spalterverbands bejubelt und den größeren der GEW Westberlin schlicht verschweigt (5.12.). Das liebt der Demokrat . . .!

Was w i r allerdings n i c h t verscheigen wollen, ist, daß es dem Spalterverband immerhin gelungen ist, seine Mitglieder besser zu den Wahlen durchzumobilisieren als die GEW Westberlin. Offenbar war hier das Bewußtsein des Konkurrenzkampfes sehr viel stärker vorhanden als bei der GEW Westberlin, die während des ganzen Wahlkampfes trotz erlittener Diffamierungen die „GEW im DGB" kaum angegriffen hat, sondern stets den Willen zur Zusammenarbeit herausgekehrt hat. Lediglich der Bezirk Kreuzberg der GEW Westberlin fand in einem Flugblatt zu einigen deutlichen Worten bezüglich der Spaltung und der Rolle des DGB.

Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, daß nicht ein noch besseres Ergebnis erzielt wurde. Demgegenüber bot der Spalterverband in seiner Wahlwerbung zwar nur platte DGB-Selbstbeweihräucherung, aber nirgendwo fehlte eine genaue Beschreibung der Wahllokale, und man kann sicher sein, daß die fleißigen SEW-Aktivisten auch den letzten Schulleiter zur Urne geschleift haben, um Stimmen für den Spalterverband zusammenzukriegen.



Wahlwerbung des Spalterverbands
„ ... im DGB". Hoffentlich gibt's dafür wenigstens einen Kulturpreis für „gewerkschaftliche Kunst"!
Bemerkenstwert auch die „deutschen Figuren", während der rechts sitzende Bücherwurm leicht als jüdisches Mitglied der GEW Westberlin zu identifizieren ist. - Igitt !

Was noch völlig fehlt, ist eine Stellungnahme desjenigen SB-Flügels, der mit den lieblichsten Versprechungen (über linke Einflußmöglichkeiten) in den Spalterverband übergetreten ist. Im Wahlkampf der „GEW im DGB" sucht man jedenfalls vergeblich nach progressiven Inhalten. Nach unserem Überblick kommt das Wort „Berufsverbot" in den entsprechenden Publikationen nicht ein einziges Mal vor . . .

Ferner fehlt nach wie vor jeglicher Beweis für irgendwelche Bemühungen der SB-Kollegen, die versprochene Zusammenarbeit mit der GEW Westberlin aufzunehmen, um die Wirkungen der Spaltung zu überwinden. Für eine Erklärung wird es jetz langsam höchste Zeit.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Lemkes Angebot: Diamanten aus Glas

Nachdem auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag der GEW der Ausschluß des Westberliner Verbandes nicht einmal zur Sprache gekommen war, der Vorsitzende des Hamburger Verbandes einen Antrag zu dieser Frage eigenwillig abgeändert und die gewerkschaftliche Linke nicht einmal das Gastrecht für die Westberliner beantragt hatte, die GEW Westberlin aber nach wie vor nicht bereit ist, dem Druck nachzugeben, wurde jetzt eine neue Initiative Lemkes bekannt.

In einem Brief vom 15.11., in dem er die GEW Westberlin in seiner Anrede völlig korrekt behandelt („*An den Landesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*"), macht er deutlich, wie viel ihm an einer Mitgliedschaft des Westberliner Verbandes im DGB liegt. Doch allein, die Erwartungen, die darin gesetzt werden könnten, werden wiederum enttäuscht.

So empfiehlt er den Westberlinern, „*eine Satzungsänderung anzustreben, die die materiell-rechtliche Ausgestaltung der Mitgliedschaftsrechte dem Vorrang der Bundessatzung unterstellt*" – also genau das, was die GEW-Westberlin bisher immer abgelehnt hat. Er versucht dies schmackhaft zu machen, indem er darauf hinweist, daß sie bisher ihre Satzung schon weitgehend an die Bundessatzung angelehnt hätte bis auf den Punkt, „*daß bei künftigen, die Mitgliederrechte betreffenden Satzungsänderungen auf Bundesebene diese nicht automatisch für euch gelten würden*". Dies versucht er jedoch dadurch vom Tisch zu wischen, daß auf dem nächsten Gewerkschaftstag zwar „*eine weitere Veränderung des GEW-Satzungsgefüges zur Diskussion und Beschlußfassung anstehen könnte*', aber „*es dabei kaum um die Ausgestaltung der Mitgliederrechte gehen*" werde. D.h. er versucht den Westberlinern einzureden, daß ihre Weigerung, der Bundessatzung nicht in allen Punkten Vorrang zu geben, bedeutungslos sei, da keine weitere Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie in der GEW geplant sei.

Sollte aber nicht auch Lemke wissen, daß von dem Vorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg, Vergin, schon für diesen Gewerkschaftstag eine neue Satzung ausgearbeitet worden war, die weitere wesentliche Einschränkungen für die Mitgliederrechte mit sich bringen würde und nur aus taktischen Gründen auf den nächsten Gewerkschaftstag verschoben wurde? Und sollte nicht auch Lemke wissen, daß es ernsthafte Bestrebungen gibt, die GEW in die ÖTV zu überführen (siehe AK 118), was für das innergewerkschaftliche „Klima" ja auch nicht gerade völlig belanglos wäre?!

Gerade an dieser Stelle des Briefes fehlt von Lemke jeder Beweis dafür, daß es zu keinerlei weiteren Einschränkungen der Mitgliederrechte kommen werde. D.h. er arbeitet gegenüber der GEW-Westberlin mit reichlich kühnen Versprechungen, von denen er nicht einmal andeutet, wie er sie einhalten will. Und das Einlösen von Versprechungen gehört ja auch nicht gerade – wie man in Hamburg weiß – zu Lemkes stärksten Seiten ...

Seinen eigenen Rückzieher in Mannheim begründet er damit, „*daß mit diesem Antrag* (dem Hamburger, Anm. AK) *das gesteckte Ziel (Wiedereingliederung der GEW-Westberlin in den DGB) nicht zu erreichen war.*" Daraus entwickelt er den Vorschlag, in einem ersten Schritt der Bundessatzung in der Satzung der GEW-Westberlin uneingeschränkten Vorrang zu geben, und in einem zweiten Schritt eine gemeinsame Kommission mit der sogenannten „GEW im DGB" zu bilden, die über die Zusammenführung der beiden Verbände verhandelt.

Von diesen Schritten ist er der Überzeugung, „*daß wir dafür eine sehr viel breitere Unterstützung als bisher in unserer Gewerkschaft erreichen können*". Er ist sich sogar sicher, „*daß sich zu Eurer innerverbandlichen Unterstützung viele namhafte Mitglieder aus etlichen Landesverbänden gewinnen lassen, die sich dann (!) mit Nachdruck für eine Verhandlungsbereitschaft auf der Ebene der Bundesorganisation einsetzen würden.*" Auch hier sind wiederum gleich mehrere Fragen offen. Wer sind eigentlich die „namhaften Mitglieder", die sich einsetzen würden, und weswegen hörte man bisher von ihnen so wenig? Weiterhin stellt sich die Frage, weshalb sich diese „namhaften Mitglieder" erst d a n n , wenn die GEW-Westberlin a l l e Zugeständnisse gemacht hat, der Bundesvorstand jedoch zu keinerlei Zusagen verpflichtet worden ist, für Verhandlungen einsetzen werden. Wir haben einfach die Befürchtung, daß hier versucht wird, der GEW-Westberlin mit dem Versprechen über neue Verhandlungen Zugeständnisse abzufordern, während Frister niemals bereit sein wird, Verhandlungen auf gleichberechtigter Ebene zu akzeptieren. Und wer garantiert der GEW-Westberlin, daß es nicht gerade Lemke sein wird, der in einer solchen Situation sagen würde: jetzt habt ihr schon soviel Zugeständnisse gemacht, weshalb dann noch auf Verhandlungen beharren und nicht gleich in den Spalterverband „... im DGB" eintreten?!

Diese Linie zeichnet sich schon ab, wenn gerade von Lemke betont wird, daß die GEW-Westberlin fast alle Forderungen von Frister erfüllt habe (z.B. Aufnahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse) und ihre jetzige Haltung zum „*Formalismus verkommt*". Bisher hat Lemke für seinen Weg keinerlei Garantien vorgezeigt (das dürfte auch schwerfallen!). Alles was er zu „bieten" hat, sind Forderungen nach weiteren Zugeständnissen der GEW-Westberlin, ohne vergleichbare Schritte der Bundes-GEW.

Wäre es da nicht glaubwürdiger, wenn er und seine „namhaften Mitglieder aus etlichen Landesverbänden" sich mal wirklich ins Zeug legen würden, um eine Solidaritätskampagne zu organisieren? Das hätte sicherlich mehr Wirkung als alle Versprechungen, und den Hamburger Verband hätte er allemal hinter sich.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg vor der Spaltung?

Am 7. Dezember standen die Ergebnisse der Hamburger Lehrerkammerwahlen fest:
- GEW 43% und damit 17 Sitze,
- „Alternative" 27% und 11 Sitze,
- Deutscher Lehrerverband 30% und 12 Sitze.

Bisher hatte die GEW 29 Sitze (71%) und der DL 11 Sitze (29%). Die zu Wahlen eigenständig auftretende rechte GEW-Fraktion „Alternative" hatte vor 4 Jahren keine eigene Liste, ihre politsche Richtung war aber fast ausschließlich auf der GEW-Liste vertreten. Über das Zustandekommen der „Alternative"-Liste berichteten wir mehrfach im ARBEITERKAMPF.

Bemerkenswert ist das gute Abschneiden der Standesorganisation DL, der offenbar nicht einmal die rechte „Alternative" Wähler abspenstig machen konnte. Der leichte Anstieg der DL-Stimmen geht wohl zum Teil auf eine gestiegene Mobilisierung des rechten standesbewußten Schulmeisters zurück (die Wahlbeteiligung lag mit über 83% um 10% über der bei der letzten Lehrerkammerwahl). Der DL hatte seine Wahlkampagne zielstrebig und recht werbewirksam antikommunistisch aufgezogen.

Seit 1973 sind über 3000 junge Lehrer an Hamburgs Schulen gekommen, überwiegend nicht gerade rechts orientierte Kollegen. Wenn dennoch der DL-Block prozentual gleichgroß blieb, absolut sogar um 1300 Stimmen wuchs, kann dies nicht allein an der gestiegenen Wahlbeteligung liegen. Allem Anschein nach hat die GEW Wähler an den DL abgegeben, denen die GEW nunmehr zu links ist und für die die „Alternative" auch nichts Halbes und nichts Ganzes ist. Diesen Wählern braucht die GEW nicht sonderlich nachzutrauern.

Die 3298 Stimmen der „Alternative" dürfen nahezu vollständig von GEW-Mitgliedern stammen. Die GEW-Liste bekam mit 5198 Stimmen rund 4000 Stimmen weniger als es GEW-Mitglieder unter den Wahlberechtigten gab. Das Wahlergebnis wurde von der Springer-Presse sofort als „großer Erfolg der 'Alternative' " gefeiert. In der Tat ist es für die GEW-Hamburg peinlich, einen derart großen Stimmenanteil an eine - zahlenmäßig nicht einmal besonders starke - Fraktion in den eigenen Reihen abgeben zu müssen. GEW-Vorsitzender Lemke sprach daher auch davon, die GEW habe ihr Wahlziel nicht erreicht.

Andererseits wäre es falsch, die „Alternative" lediglich nach der Zahl der fest in ihr arbeitenden Reaktionäre zu beurteilen. Der „Alternative" war nicht nur die publizistische
näre zu beurteilen. Der „Alternative" war nicht nur die publizistische
Unterstützung der bürgerlichen Presse sicher. Traditionsgemäß besitzt sie auch besonders starke Positionen in Lehrerkammer, Personalräten etc. Demgegenüber läuft gegen die GEW-Hamburg seit langem eine Kampagne, die sich von der Hetze gegen die GEW-Westberlin nur graduell unterscheidet („linksradikal", „kommunistisch unterwandert", „ nützliche Idioten im Vorstand" etc.).

Die „Alternative" galt unter GEW-Mitgliedern bisher eher als Klüngel der Rechten mit der stillschweigenden Unterstützung Fristers. Tatsächlich sind jedoch die anderthalb Jahre ihrer Existenz als Fraktion nicht spurlos vorübergegangen. Die „Alternative" hat es im Laufe dieser Zeit geschafft, die rechte S t r ö m u n g, deren Ausdruck sie ist, auch wirklich um sich herum zu gruppieren und ihr Repräsentant zu werden. Es stellt sich als falsch heraus, anzunehmen, diese rechte Strömung würde „loyal" die GEW wählen, weil sie offiziell (noch) den DGB im Lehrerbereich repräsentiert, während doch in Wirklichkeit die „Alternative" der Politik der DGB- und GEW-Führer sehr viel näher steht als die „linke" GEW-Hamburg. So gesehen ist das Wahlergebnis keineswegs eine vernichtende Niederlage für die GEW-Hamburg, sondern es drückt das reale Kräfteverhältnis in der Lehrerschaft aus.

Alarmierend ist das Wahlergebnis allerdings insofern, als dieser Stand der Polarisierung vom Vorstand der GEW-Hamburg bislang überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden war. Anstatt einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und jedermann die inhaltlichen Differenezn aufzuzeigen, bot man der „Alternative" noch 6 Wochen vor der Wahl die gemeinsame Kandidatur auf einer einheitlichen Liste an. Statt offensiver politischer Auseinandersetzung war Mauschelei Trumpf, von der sich die Rechten aber nicht einfangen ließen. Schließlich wurde nur ein einziges Flugblatt herausgegeben, in dem der „Alternative" politisch begegnet und ihr vorgeworfen wurde, sie diffamiere „auf der modischen Welle des undifferenzierten Antikommunimus, ja des McCarthyismus die GEW". So wie die Dinge derzeit laufen, hat die „Alternative" das Gesetz des Handelns in der Hand, während die GEW lediglich reagiert und das auch nur im letzten Augenblick. Hier rächt sich, daß die mehrfachen Anläufe, die „Alternative"-Chefs aus der GEW auszuschließen, von den linken Sozialdemokraten nie wirklich konsequent unterstützt worden sind.

Stattdessen bereitet die „Alternative" selbst systematisch die Spaltung vor. Während sie zu den Lehrerkammerwahlen noch unter der GEW- bzw. DGB-Flagge segelte, schickte „Alternative"-Gründer J.Petersen, an der Uni schon seit Jahren als „Hochschulpolizist" und Spitzel bekannt, bereits vorgedruckte Austrittsformulare herum, um eine spektakuläre Abspaltung vorzubereiten. Die Wahlen zu der eigentlich politisch wenig bedeutsamen Lehrerkammer waren in diesem Zusammenhang nur ein Test für die Rechten. Offenbar ist nun jedoch auch für Lemke das Maß voll (hoffentlich bleibt's diesmal wenigstens dabei!). Er beantragte den Ausschluß von Petersen wegen gewerkschaftsschä-
Petersen wegen gewerkschaftsschä-
digenden Verhaltens und erklärte gegenüber der Presse, die Konstituierung der „Alternative" als eigenständigen Verband außerhalb der GEW-Hamburg stehe unmittelbar bevor, und eine Spaltung sei unvermeidlich.

Notwendig ist jetzt allerdings, den Zeitpunkt und die Umstände der Spaltung nicht länger dem taktischen Kalkül der „Alternative" und ihren Drahtziehern im Hintergrund (Frister!) zu überlassen, sondern diese Leute e n d l i c h vor die Tür zu setzen und sie auch als das zu bezeichen, was sie wirklich sind: Spalter, Standespolitiker und Gewerkschaftsfeinde, bei denen es keinerlei Anlaß gibt, ihnen auch nur eine Träne nachzuweinen.

Diskussion
RGO-Politik im neuen Gewand?

Zu dem grundsätzlichen Artikel im AK 114 **„GEW Westberlin: Heimweh fehl am Platz!"** erhielten wir die nachstehend abgedruckte Erwiderung. Gleichzeitig möchten wir dazu auffordern, diese Diskussion um die Perspektive der GEW Westberlin weiterzuführen. Besonders empfiehlt sich, auch einmal in alten AK's dazu nachzublättern, vor allem im AK 40 (Position des KB zur „RGO-Politik").

Wie weitermachen? Die GEW Berlin muß darauf eine Antwort geben. Noch gibt es unterschiedliche politische Vorstellungen über die weitere Perspektive des Kampfes. Welche Gefahren von ihnen ausgehen, wird im ersten Teil des Artikels deutlich herausgearbeitet. Der zweite Teil setzt sich mit der Frage auseinander: Wiederaufnahme in den DGB ohne Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte? Meiner Ansicht nach werden hier schwerwiegende politische Fehler gemacht, die nicht unbenannt stehen bleiben dürfen.

Auf der Suche nach einer Antwort setzt sich der Artikel hauptseitig mit dem DGB und dessen Führung auseinander. Es wird das Bild einer Führung gezeichnet, die ihrem Gehalt nach nichts anderes als die Vorstellung ist, die DGB-Führer seien gekaufte Agenten der Bourgeosie (sog. Agenturthese!). Die DGB-Führer setzen rigoros ihre staatstragende Politik innerhalb der Arbeiterbewegung durch. Die undemokratische Struktur der DGB-Gewerkschaften ermöglicht dies gerade. Was tagtäglich beobachtet und erfahren wird, das sind bürokratische Erstickung, Ausschlußterror, Machtanhäufung in der DGB-Spitze.

Es ist interessant, sich zu vergegenwärtigen, was zunächst über den Spielraum gewerkschaftlichen Protestes am Beispiel der GEW gesagt wird:

"Tatsächlich kann man wohl davon ausgehen, daß die Mehrheit der GEW-Mitglieder in den übrigen Landesverbänden den Ausschluß ihrer Westberliner Kollegen ablehnt. Aber die undemokratische Struktur der DGB-Gewerkschaften sorgt ja gerade dafür, daß sich solche Mehrheiten nicht auf Gewerkschaftstagen niederschlagen. Sollte jedoch tatsächlich wider Erwarten die Situation eintreten, daß der Ausschluß auf dem Gewerkschaftstag zurückgenommen und Frister abgewählt wird, so zweifeln wir nicht daran, daß der DGB s o f o r t eine Spaltung der GEW auf Bundesebene in Angriff nehmen würde" (AK 114, S. 20). Wenig später wird es dann grundsätzlicher:

„Festgestellt werden muß jedoch, daß der DGB beileibe keine ‚Einheitsgewerkschaft' ist - dies ist nämlich ein politischer Begriff - sondern eben die e i n z i g e Gewerkschaft in der BRD, die es ihren Führungen kraft ihrer zutiefst undemokratischen Struktur, ihrer vollkommenen Machtkonzentration an der Spitze und ihrer Monopolstellung erlaubt, die Gewerkschaftsbewegung rücksichtslos zu kontrollieren und in ihr einen staatstragenden Kurs durchzusetzen.

Auf jede Radikalisierung der Basis hat der DGB nicht mit einer ‚Linksentwicklung', sondern im Gegenteil mit Ausschlußpraxis und bürokratischer Erstikkung geantwortet. Der DGB hat mit einer systematischen Ausschlußpraxis gegen die radikale Linke begonnen. Er setzt dieses Vorgehen damit fort, auch diejenigen rauszuschmeißen, die sich gegen diese Praktiken zur Wehr gesetzt haben. Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Schicksal auch denjenigen Kollegen und Gliederun-
kein Zweifel daran, daß dieses Schicksal auch denjenigen Kollegen und Gliederun-
gen blühen würde, denen es gelänge, z.B. die Tarifpolitik wirksam zu stören usw. usf." (ebda).

Hier wird eine Entwicklungslinie der Gewerkschaftsbewegung gezeichnet, die nur insofern richtig ist, als betont wird, daß die DGB-Führung ohne Skrupel auch zum Mittel der Spaltung greift, wenn sie es für opportun hält. Das ist aber keine neue Erkenntnis!

Der Fehler steckt in der starren Betrachtungsweise, der falschen Behandlung der Widersprüche innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Wenn einerseits festgestellt wird, daß der Ausschluß des Westberliner Verbandes tatsächlich von der Mehrheit der GEW-Mitglieder in anderen Landesverbänden abgelehnt wird, aber dann im gleichen Atemzug die Spaltung der GEW Bund als sichere Sache nach erfolgter Zuspitzung der Widersprüche hingestellt wird, tut man so, als ob die Spaltung von der DGB-Führung beschlossene Sache wäre, und ein Kampf dagegen sinnlos sei. Dieses kommt dann auch in den Konsequenzen zum Ausdruck, die der Verfasser zieht:

„Solange es keine gewerkschaftliche Alternative gibt, kann der DGB damit rechnen, sich mit dieser brutalen Machtpolitik immer wieder durchzusetzen, ohne mit nennenswerten Verlusten an Mitgliederzahlen oder Einfluß rechnen zu müssen."
Und weiter unten:
„So richtig daher die Bekräftigung des Willens zur gewerkschaftlichen Einheit ist, so unrealistisch ist andererseits die Perspektive einer Wiederaufnahme in den DGB ohne Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte für die GEW Westberlin" (Ebda).

Die starke Bewertung der gewerkschaftlichen Alternative im Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung – also die Auffassung, daß hauptseitig von aussen auf den DGB eingewirkt werden muß, um zu einer konsequenten Interessenvertretung zu gelangen, zeigt, daß der grundlegende Widerspruch in der organisierten Arbeiterbewegung auf den Gegensatz zwischen Führung und Basis reduziert wird. Dieser Gegensatz wird selbst nicht in seiner Wechselwirkung gesehen, sondern in starrer, einseitiger Weise auseinandergerissen: Hier die demokratische Basis, dort die gekauften Agenten der Bourgeoisie!

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird zur Farce, wenn man nicht die Möglichkeiten der Einflußnahme, des Widerstandes gegen die spalterische, reaktionäre Politik der Gewerkschaftsführung sieht und die Spaltung als eine nicht zu verhindernde Tatsache akzeptiert. Der Schreiber scheint die Spaltung selbst im voraus zu vollziehen, er propagiert sie sogar, wenn er die gewerkschaftliche Alternative als den Ausweg angibt. *„Ganz im Gegenteil kommt es darauf an, mit aller Kraft eine selbständige, an den Interessen der Mitglieder orientierte gewerkschaftliche Alternative zu entwickeln und diese als ‚leuchtendes Vorbild' zu propagieren, unabhängig davon, ob es der GEW Westberlin tatsächlich gelingt, langfristig ihre Existenz zu sichern. Denn je eher diese Alternative sichtbar wird, desto besser für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt!"*

Wenn ich recht verstanden habe, ist die Argumentation doch so: Der Kampf um Rücknahme der Kündigung ist hinfällig, da unrealistisch. Unrealistisch ist der Kampf nun deswegen, weil die DGB-Führer spalten. Die DGB-Führer spalten, weil sie im Auftrag der Bourgeoisie handeln, Radikalisierungen der Basis nicht zulassen werden. Druck auf den DGB–Apparat könne man effektiv nur von außen über die gewerkschaftliche Alternative ausüben. Für die GEW.Berlin heißt das: Weg vom Starren auf den DGB (diese Gefahr ist zwar da, aber beileibe nicht vorherrschend in der GEW Berlin), hin zu einer starken unabhängigen gewerkschaftlichen Kraft!

Da der Verfasser die Rolle der Gewerkschaftsführung einseitig auffaßt, entwikkelt er seine Perspektive, die einen wesentlichen Teil des Kampfes negiert, nämlich den Kampf um Rücknahme der Kündigung. Es wird nicht gesehen, daß die Fortexistenz der GEW Berlin auf zwei Säulen beruht: Da ist einmal der Anspruch der GEW Berlin, Reformen im Bildungsbereich im Interesse der Arbeiterklasse durchzusetzen. Hinter dem Ausschluß der GEW Berlin steckt der Versuch, die GEW insgesamt auf das bildungspolitische Konzept einer immer mehr nach rechts driftenden SPD einzuschwören. Mit dem konsequenten Festhalten an alten Forderungen der GEW wie z.B. nach Senkung der Klassenfrequenzen, Einstellung aller arbeitslosen Lehrer, nach mehr Geld für Grund- und Hauptschulen usw. muß Schluß gemacht werden, da dies die SPD nur politisch in Bedrängnis bringen würde. Das Scheitern der SPD in ihrem bildungspolitischen Reformprogramm ist es doch, das hinter all den Satzungsauseinandersetzungen, letztlich dem Ausschluß der GEW Berlin steckt.

Der GEW Berlin kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Vorreiterrolle zu. Sie muß bildungspolitische Alternativen setzen. Wegen ihrer demokratischen Strukturen ist sie dazu am ehesten in der Lage, auch dafür wirksam einzutreten. Die vorantreibende Wirkung der GEW Berlin – und da stimme ich dem Artikel zu – besteht darin, daß sie durch ihr Beharren auf bildungspolitischen Forderungen, auf demokratischen Strukturen etc. den vorherrschenden, reaktionären Tendenzen im DGB-Apparat konkret Widerstand leistet. So gesehen bekräftigt und beflügelt das Weitermachen der GEW Berlin das fortschrittliche Lager im DGB insgesamt.
samt.

Der andere Pfeiler, auf den sich die GEW Berlin stützt, ist ihre entschlossene Haltung, im DGB, d.h. an der Seite der werktätigen Bevölkerung für ihre bildungspolitischen Ziele einzutreten. Sie ist Ausdruck des Wunsches nach Überwindung der Spaltung, nach Erhalt und St...ng der GEW Berlin. Im gleichen Maße, wie sie ihr bildungspolitisches Programm vorantreibt, muß sie eine Strategie zur Überwindung dieser Spaltung entwikkeln. Dabei gilt es, Grundpositionen abzustecken, die klären, wie weit die GEW Berlin gegenüber GEW Bund zu Konzessionen bereit ist. Die Grenze der Zugeständnisse liegt m.M. dort, wo der bildungspolitische Anspruch der GEW Berlin grundsätzlich in Frage gestellt wird. Ein Verzicht auf demokratische Strukturen kommt daher nicht in Frage. Eine Einheit im DGB kann nur im kämpferischen Sinn verstanden werden. Die Satzungsänderung vom November 76 war daher das Äußerste, was an Zugeständnissen seitens der GEW Berlin vertretbar ist.

Die GEW Berlin ist zu schwach, um auf den Kampf um Rücknahme der Kündigung verzichten zu können. Ob es ihr gelingt, die eigenen Reihen zu stärken, hängt eben auch von der Entwicklung des Widerstandes in der GEW insgesamt ab. Die im Artikel entwickelte Perspektive sieht nicht die mögliche vorantreibende Rolle der GEW Berlin in dieser Frage. Es ist ein schwerer Fehler, daß im Artikel geleugnet wird, es gebe eine gewisse Abhängigkeit der DGB-Führung von der Basis. Die DGB-Führung ist in vielfältiger Form mit der Arbeiterbewegung verwachsen. Es kann ihnen nicht egal sein, was die Basis macht. Gerade ihre Abhängigkeit bedingt ihren Einfluß, stärkt sie, aber macht sie auch angreifbar. Sieht man nur die eine Seite, ihre Stärkeposition, so kommt man zu einer politischen Linie, deren Erfolgslosigkeit die Arbeiterbewegung zur Genüge unter Beweis gestellt hat: Es reicht – so die Linie – die verräterische Rolle der DGB-Führer zu entlarven und gleichzeitig die gewerkschaftliche Alternative zu propagieren, dann würden sich große Teile der Gewerkschaftsmitglieder von ihren Führern lossagen, um schließlich den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen.

Es ist somit kein Wunder, daß im Artikel der Kampf der GEW Berlin um den DGB als unrealistisch abgetan wird. Man sieht ja keine Angriffsflächen bzw. Schwachstellen im Apparat.

Die reaktionären Absichten der Gewerkschaftsführer sind bekannt. Die Geschichte ist voll von Beispielen. Sie lehren uns aber gleichzeitig, die Widersprüche in den Gewerkschaften, die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Führung und Basis genauer zu studieren.

Die Agenturthese ist ungeeignet um den reaktionären Machenschaften einen Strich durch die Rechnung zu machen. Dies wird auch am Beispiel der GEW Berlin deutlich.

Ein Westberliner Lehrergenosse

Anm. des Lehrerkomitees/HH:
Ohne die Argumentation des AK-Artikels noch einmal wiederholen zu wollen, möchten wir auf folgende Punkte eingehen:

1. Wenn man einschätzt, daß die Mehrheit der GEW-Mitglieder den Ausschluß des Westberliner Landesverbands ablehnt, so heißt dies eben noch lange nicht, daß sich eine solche Mehrheit in den Beschlüssen der Spitzengremien der Gewerkschaft niederschlägt. Ebensowenig bedeutet dies, daß solche Mehrheiten in der Lage wären, Spaltungsmanöver zu verhindern – sonst hätte es in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sicher kaum Spaltungen gegeben!
2. Es ist keineswegs unsere Auffassung, daß heute „hauptseitig von außen auf den DGB eingewirkt werden muß." Vielmehr haben die DGB-Führer der GEW Westberlin nur die Wahl der Kapitualation oder d i e s e r Möglichkeit gelassen.
3. Der Genosse setzt sich leider nicht konkret mit den Erfolgschancen des Kampfes um die Zurücknahme des Ausschlusses auseinander. Er b e h a u p t e t lediglich aufgrund allgemeiner Betrachtungen, daß es solche Chancen gäbe.
4. Die Tatsache, daß wir eine „Wiederaufnahme in den DGB o h n e Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte" für unrealistisch halten, bedeutet nicht, diese Forderung nicht zu unterstützen oder die gewerkschaftliche Einheit nicht zu propagieren. Vielmehr wird gerade daran klar, wer die Spalter sind!
5. Es bleibt unklar, welche „Grundpositionen" der Genosse abstecken will, schreibt er doch selbst völlig richtig, daß die GEW Westberlin bereits bis zum „Äußersten" gegangen ist, um ihren Ausschluß zu vermeiden. Was also soll da noch „abgesteckt" werden??
6. Wir sind in der Tat der Meinung, daß die Gewerkschaftsführung eine „Agentur der Bourgeoisie" ist, allerdings keine beliebige, sondern eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. „Verwachsen" ist sie mit dieser nur insofern, als es für die Bourgeoisie von Interesse ist. Der Verlust an Einfluß in Teilen der Arbeiterbewegung hat die Gewerkschaftsführer freilich noch nie daran gehindert, ihre Politik im Auftrag der Bourgeoisie durchzusetzen. Um wieviel weniger sollten sich die Bonzen heute zur Zurückhaltung genötigt-sehen, wo sie nicht einmal solche negativen Auswirkungen ihres kriminellen Handelns befürchten müssen?!

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Maulkorb für Info

Frankfurt. Wie sich die Gewerkschaftsführer die auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag dokumentierte feste Verbundenheit der GEW mit dem DGB konkret vorstellen, zeigt sich an den jüngsten Vorfällen um das „Info 6" des GEW-Bezirksverbandes Frankfurt. Unter Berufung auf die augenblicklich so nötige *»Geschlossenheit unserer Organisation«* und darauf, daß *»unnötige Konflikte mit dem DGB«* vermieden werden sollten, erblickte Vorsitzender Dingeldey in der Tatsache, daß im „Info" zu den Hamburger Streikauseinandersetzungen eine Dokumentation und Chronologie aus der „Berliner Lehrerzeitung" 8/9 der GEW-Westberlin abgedruckt war, bereits einen *»planvoll* (erzeugten) *Konflikt mit dem Hauptvorstand«*. Er sah sich genötigt, über den Vorfall umgehend Frister in einem Brief Bericht zu erstatten (*»Lieber Erich!«*): *»Ich halte die Tatsache, daß im offiziellen Organ der Frankfurter GEW in solchem Umfange Meinungen einer nicht dem DGB angehörenden Organisation publiziert werden, für sehr bedauerlich . . .«* Gleichzeitig kündigte er gegen den verantwortlichen Redakteur *»einen entsprechenden Mißbilligungsantrag«* an. Schleimig versicherte er dann: *„Sobald der Bezirksvorstand sich mit meinem Antrag befaßt hat, werde ich Dir das Beratungsergebnis mitteilen."*

Diesen Brief verschickte Dingeldey an alle Frankfurter Delegierten mit der Bemerkung: *»Da unser Info auch in anderen Landesverbänden gelesen wird, war mit massiven Protesten im Hauptvorstand zu rechnen, hätten wir nicht sofort unser Bedauern zum Ausdruck gebracht.«*

Wenn schon Zensur, dann machen wir Frankfurter das doch lieber selber!



Distanzierung erzwungen

Am 17.10. hatte in Wolfenbüttel eine Kreistagssitzung stattgefunden, auf der die Anwesenden sich zum Gedenken der Opfer des Terrorismus erheben sollten. Insgesamt sieben Zuhörer befolgten diese Aufforderung nicht, darunter auch eine GEW-Kollegin. Diese Kollegin wurde daraufhin vom Vorstand des GEW-Ortsverbandes Wolfenbüttel-Land aufgefordert, sich innerhalb einer Woche in einem Leserbrief in beiden Zeitungen der Region, »öffentlich von ihrem gewerkschaftsschädigenden Verhalten zu distanzieren«, ansonsten werde ein Gewerkschaftsausschluß vorgenommen. Nur unter diesem massiven Druck des GEW-Vorstandes distanzierte sich die Lehrerin von ihrem Verhalten, woraufhin der angedrohte Ausschluß zurückgenommen wurde.

In diesem Zusammenhang wurde im Kreisverband Wolfsburg eine Resolution verabschiedet, in der das Vorgehen des Vorstandes Wolfenbüttel verurteilt wird.

KB/Gruppe Wolfsburg

Die Plaketten bleiben dran

Hamburg. Gegen die Anweisung der Schulbehörde, mit der sie das Tragen von Anti-AKW-Plaketten verboten hat, ist von bisher mehr als 200 Kollegen Widerspruch eingelegt worden. Damit wurde gleichzeitig die sofortige Vollziehbarkeit der Behördenanordnung aufgehoben. In den vergangenen beiden Wochen erhielten jedoch ca. 80 Kollegen von der Behörde einen Bescheid, daß es sich bei ihrem Verbot um eine dienstliche Anordnung handelt, gegen die keine aufschiebende Möglichkeit bestehe. Auf einer von der GEW einberufenen Versammlung, an der etwa 100 Lehrer teilnahmen, wurde daraufhin beschlossen, eine einstweilige Anordnung vor Gericht zu erwirken.

Neben der Klärung der anstehenden gerichtlichen Fragen wurde jedoch auch ein starkes Interesse daran geäußert, zu diskutieren, ob die Plaketten nun weitergetragen werden sollen oder nicht. Von dem GEW-Juristen wurde darauf hingewiesen, daß ein Tragen der Plaketten vor einer Entscheidung des Gerichts für die Kollegen die Gefahr eines Disziplinarverfahrens heraufbeschwören würde, vor der die GEW die Kollegen nicht juristisch schützen könne.

Ungeachtet dieser „Warnung" war jedoch eine Reihe von Kollegen der Meinung, daß auch auf die Gefahr eines Disziplinarverfahrens hin die Plaketten weiter getragen werden sollten. Andere wandten ein, daß damit die Gefahr entstehe, daß der Kampf gegen das Plakettenverbot gespalten würde und daß bis zu einer gerichtlichen Klärung die Plaketten abgelegt werden sollten. Selbstverständlich wäre es töricht und selbstmörderisch, von jedem Kollegen ungeachtet seiner Situation und seiner besonderen Anstellungsbedingungen zu verlangen, ein Disziplinarverfahren auf sich zu nehmen. Andererseits wäre es jedoch ebenfalls verhängnisvoll, wenn die Schulbehörde allein mit einer Androhung von Disziplinarverfahren erreichen würde, daß die angegriffenen Plaketten aus der Schule verschwinden würden. Ebenso ungünstig wäre für den Kampf gegen das Plakettenverbot eine Entwicklung, in der sich zwar die Anzahl derjenigen, die sich gegen das Plakettenverbot aussprechen, ständig wachsen würde, jedoch der Kreis derjenigen, der die angegriffenen Plaketten tatsächlich weiterträgt, ständig schmilzt. Tatsache ist jedenfalls auch, daß es der Behörde schwer fallen wird, gegen hunderte von Kollegen ein Disziplinarverfahren durchzuziehen, das seine einschüchternde Wirkung noch behält.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß von einem großen Kreis von Lehrern schon jetzt ihre Absicht betont wird, die Plaketten weiter zu tragen. Der beste Schutz gegen Willkürmaßnahmen der Behörde kann jetzt dadurch organisiert werden, indem der Kreis der Plakettenträger e r w e i t e r t wird. Hierzu kann auch beitragen, wenn statt der Anti-AKW-Plakette solche mit der Aufschrift „Maulkorb – Nein Danke" oder bloß mit „Atomkraft?" oder ähnlichem getragen werden, denn diese sind im juristischen Sinne n o c h n i c h t anzugreifen.
Keinerlei Illusionen sollten sich jedoch darüber gemacht werden, daß sich die Behörde solchermaßen sozusagen „an der Nase herumführen" läßt. Wenn sie ihr Ziel, die Anti-AKW-Plaketten aus der Schule zu verbannen, erreichen will, so wird sie letztlich auch alle weiteren Plaketten verbieten. Deshalb sollte dies als Möglichkeit genutzt werden, den Kreis derjenigen zu v e r g r ö ß e r n, die letztlich auch bereit sind, gegen das Behördenverbot die Plaketten anzustecken.

Auf der GEW-Versammlung konnten diese Fragen nicht ausdikutiert werden. Da daran jedoch ein großes Interesse besteht, wurde der Vorstand aufgefordert, eine Mitgliederversammlung einzuberufen.

Wichtig ist noch zu erwähnen, daß die Versammelten es bei nur einigen Enthaltungen ablehnten, bei der Beantragung des Rechtsschutzes die Passage mit zu unterschreiben, in der sie ausdrücklich erklären sollten, nicht Mitglied einer „K-Gruppe" zu sein oder eine solche nicht zu unterstützen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Pakistani: Erst ausgeplündert, dann abgeschoben

Ausführlich berichtete die bürgerlicher Presse (einschließlich der Tagesschau) u.a.am 6.12. über die Abschiebung von 129 Pakistani von Westberlin nach Pakistan.

Ein Abgeordneter der SPD hatte am 3.12. auf dem Landesparteitag lauthals öffentlich vorgerechnet, daß es billiger sei, die 180.000 DM pro Charterflug mit 130 Pakistani zu bezahlen, als ihren Aufenthalt in Westberlin (und der BRD) zu finanzieren. Was war bisher geschehen?

Seit Anfang des Jahres bis Ende Oktober sind nach West-Berlin 3.626 Pakistani (über Berlin/DDR) eingereist. Inzwischen ist die Zahl angeblich auf über 6.000 angestiegen. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um junge Pakistani im Alter von 20 – 30 Jahren. Die Pakistaner, die in ihrem Land unter dem Existenzminimum leben müssen, werden von professionellen Menschenhändlern angeworben mit dem Versprechen, in Westeuropa Arbeit zu finden. Aufgrund dieser Versprechen haben in den letzten Monaten Tausende von Pakistani ihren gesamten – ohnehin spärlichen Besitz verkauft – um die enormen „Vermittlungsgebühren" bezahlen zu können. Diese Gebühren bewegen sich in Höhen von 5.500,– bis 7.500,– DM! (nach „Abend" vom 19.11. und Spiegel vom 28.11.)

Von diesen Menschenhändlern werden die Pakistaner nach Westberlin „geschleust". *„Da sämtliche Direktflüge von Pakistan nach Schönefeld für die nächste Zeit ausgebucht sind, verlaufen die Reiserouten teilweise über Beirut, Ankara, Sofia, Belgrad, Zürich, Dresden usw. Der Hauptanlaufplatz für den „Weitertransport" nach Ost-Berlin ist dabei offensichtlich die Türkei. Hier sollen sich, da alle Weiterfahrmöglichkeiten total überlastet sind, Lager mit 10 - 20.000 Pakistani befinden"* (nach „radikal" Nr. 30).

In Westberlin angekommen, werden sie von den deutschen Schleppern in Empfang genommen. Rechtsanwälte (u.a. der Westberliner Ernst Ludwig) kassieren mindestens von jedem Pakistaner DM 100.- für ein hektographiertes Schreiben, in dem lediglich noch der Name eingesetzt werden muß – das ist dann der Antrag auf politisches Asyl. **Jetzt erst** erfahren die meisten Pakistaner, daß auf sie gar keine Arbeit wartet, sondern allerhöchstens das Sozialamt!

Zuerst müssen sie zur Ausländerpolizei. Dort *„campieren sie im Freien, bis die Polizei öffnet"* (nach „radikal" Nr. 30). Nach stundenlangem Warten und erkennungsdienstlicher Behandlung (!) erhalten die Pakistaner die Paßeinzugsbescheinigung. Nach einer Verlängerung der Bescheinigung werden sie dann in der Regel mit Bussen in die einzelnen Bundesländer verfrachtet, wo sie bis zur Klärung ihres Asylantrages bleiben. Es ist also eindeutig so, daß nicht die Pakistani in erster Linie die „Asylerschleicher" sind, sondern deutsche Anwälte, die mit – völlig aussichtslosen – Asylanträgen Geld machen wollen! Die Pakistaner leben in Westberlin in den allerletzten Drecklöchern – anders kann man ihre Behausungen wirklich nicht nennen. In einem „Heim" mußten sie bis zu DM 350,- pro Monat und Bett bezahlen. Dieses Heim (in der Großbeerenstraße 17) hatte eigentlich nur 47 zugelassene Betten und hätte höchstens 30 Bewohner aufnehmen dürfen. („Tagesspiegel" 22.11.) Bis zu 100 (!) Pakistaner waren jedoch dort einquartiert worden.

Obwohl den Ausländern nach dem BSHG die **volle Sozialhilfe** (ganze 275 Mark) zusteht, wird von Senatsseite ein offener Rechtsbruch begangen: Zunächst versteckt und nun offiziell wird den Ausländern seit dem 1.12. die Sozialhilfe um DM 75,- monatlich gekürzt (Nach „Tagesspiegel" vom 2.12.)! Diese Summe ist der Betrag für Kleidung und Schuhe, der vorenthalten wird, da die Ausländer ja auf der Durchreise in ein anderes Bundesland seien.

Inzwischen kann man sagen, „da sie ja nur auf der Durchreise nach Pakistan sind". Es ist bezeichnend, daß die hiesige Rechtsauffassung nicht beinhaltet, den kriminellen Anwerbern und den mit ihnen verbundenen westdeutschen Anwälten das Handwerk zu legen und diesen Menschenhandel zu unterbinden, sondern daß einzig und allein die mit falschen Versprechen angelockten Pakistani die Zeche bezahlen müssen, die andere verzehren.

Erzieher-Kollektiv
KB Westberlin



Asylsuchende Pakistani: Verraten und verkauft!

Ein Spanier im Knast

Kürzlich griff die spanische Zeitung „El Pais" das Schicksal eines Spaniers auf, der im Westberliner Gefängnis Tegel eine lebenslängliche Strafe absitzt. Juan Jose Navarro hatte aufgrund einer ihm ausweglos erscheinenden Situation seine kleine Tochter vergiftet. *„Der Fall von Juan Jose Navarro* (...) *ist ein besonderer Fall, in dem sich dramatische Faktoren häufen: Eine frühe Emigration, Sensibilität, Verlassenheit, Diskriminierung, familiäre Schwierigkeiten und „jenes Unglück", wie er selbst den Tod seiner Tochter nennt"* („El Pais", 11.11.77).

Der Bonner Korrespondent von „El Pais" zeigt anhand des Falles von Juan Jose Navarro die diskriminierende Behandlung ausländischer Strafgefangener in einem westdeutschen Gefängnis auf. Die Diskriminierung der ausländischen Delinquenten beginnt mit ihrer Verhaftung, da die westdeutsche Polizei keineswegs immer, wie es laut der Konvention von Wien von 1963 ihre Pflicht wäre, die entsprechenden Konsulate von der Verhaftung ihres Landsmannes informiert. Nach Aussage eines Vertreters des spanischen Konsulats in München erfährt dieses Konsulat, wenn's hoch kommt, von 60 % der Fälle. Dies bedeutet, daß Angehörige des Verhafteten nicht benachrichtigt werden können und der Verhaftete u.U. für Wochen und Monate hinter Gittern verschwindet, ohne daß jemand von seinem Verbleib weiß und sich um ihn kümmern kann.

Ausländische Strafgefangene erhalten laut Auskunft der Tegeler Gefängnisleitung im Gegensatz zu deutschen Gefangenen keine Ausbildungsmöglichkeiten, da sie nach Absitzen der Strafe unverzüglich ausgewiesen werden und insofern kein Interesse der BRD an der Qualifizierung ihrer Arbeitskraft besteht.

Der spanische Generalkonsul in Frankfurt sagte gegenüber „El Pais": *„Die Situation der spanischen Gefangenen in Deutschland ist überraschend. Wir können ihnen nicht einmal eine Schachtel Zigaretten bringen. Offenbar glauben viele deutsche Beamte, daß wir Helfer der Terroristen oder so etwas ähnliches sind."*

Bis vor drei Monaten durften sich die ausländischen Gefangenen mit ihren Besuchern nicht in ihrer Heimatsprache, sondern nur auf deutsch unterhalten, was bei den normalerweise geringen Deutschkenntnissen eine wahre Tortur für die Gefangenen war.

Der Korrespondent von „El Pais" wies darauf hin, daß in der BRD zwar 77 % wegen Mord verurteilter Nazis vor Ablauf der 15 Jahre (nach 15 Jahren ist bei uns bei Lebenslänglichen eine Begnadigung möglich) freigelassen werden, während es nur 11 % der übrigen Verurteilten sind, die vor Ablauf ihrer Strafe freikommen. Die einzige Chance für den verurteilten Spanier wäre seine Überführung in ein spanisches Gefängnis, was die Reduzierung seiner Strafe um ein Drittel zur Folge haben könnte.
(Informationen nach „El Pais", 11.11.77).

Ausländerkommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Sa. 11 bis 12.00 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr



Wo man hinguckt — die medizinischen Geräte sind defekt

Alarmierende Ergebnisse hat jetzt auch die Sicherheitsüberprüfung der medizinischen Geräte dreier Krankenhäuser (mit 1100 Betten) in Nordrhein-Westfalen zu Tage gebracht. Das Ergebnis schlägt alle negativen Rekorde: 690 Mängel, davon fast 100 schwerwiegende, unter Umständen sogar lebensgefährdende! So z.B. der Ausfall der Stromversorgung in Operationssälen und Intensivstationen und mangelnder Brand- und Explosionsschutz.

Zusätzlich wurden 2.700 Röntgenanlagen in Kliniken und Arztpraxen überprüft – auch dort wurden 65 % der Geräte aus sicherheitstechnischen Gründen beanstandet (alle Angaben nach „Hamburger Abendblatt", 19./20.11. und „FAZ", 19.11.77)!

Eine Überprüfungspflicht für medizinische Geräte gibt es bisher nicht. Eine Ausnahme bilden die Röntgengeräte, die aber ebenfalls durch viele Defekte die Gegend (und natürlich die Menschen) verseuchen.

Weil eine Überprüfungspflicht nicht besteht, müssen zumindest die Kassenpatienten auch weiterhin fürchten, kranker aus dem Krankenhaus herauszukommen, als sie es bei der Einlieferung waren.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Invalide durch »Kunstfehler«



Am 15. August 1966 ging Rene Hungerbühler wegen heftiger Kopfschmerzen zum Arzt. Von dort kam er gleich in die Kölner Universitätsklinik, wo ihm der Stationsarzt der Hals-Nasen-Ohren-Station Dr. Müller-Bütow wegen Verdachts auf Nebenhöhlenentzündung eine Spritze gab. *„Lässig griff der Doktor zur Kanüle, setzte die Spritze in der rechten Ellenbeuge an - und spritzte einen Teil des Antibiotikums in die Muskulatur statt - wie vorgeschrieben - in die Vene. Ein stechender Schmerz durchfuhr den Arm, ‚das ging bis in die Fingerspitzen'. Aber der Arzt beruhigte den jungen Mann: ‚Das läßt bald nach.' " „Noch in der Nacht konsultierte Rene zwei andere Ärzte. Sie rieten ihm ebenso wie Müller-Bütow zu kühlenden Umschlägen."*

Am nächsten Tag war der rechte Unterarm schon stark angeschwollen, der kleine Finger schwarz.

Einen Monat lang rang Rene mit 40 Grad Fieber um sein Leben. Durch die starken Morphiumdosen wurde er später drogensüchtig. Nach endlosen komplizierten Operationen konnte wenigstens ein Teil seines Armes gerettet werden - aber Rene war Invalide geworden. Die Hälfte seines rechten Unterarms, der kleine Finger und ein Teil der Mittelhand mußten abgenommen werden. Rene war Invalide durch einen „Kunstfehler". Dr. Müller-Bütow wurde erst zwei Jahre nach seinem verhängnis-

konnte wenigstens ein Teil seines Armes gerettet werden - aber Rene war Invalide geworden. Die Hälfte seines rechten Unterarms, der kleine Finger und ein Teil der Mittelhand mußten abgenommen werden. Rene war Invalide durch einen „Kunstfehler". Dr. Müller-Bütow wurde erst zwei Jahre nach seinem verhängnis-

vollen „Eingriff" zu 400 Mark Geldstrafe wegen fahrlässiger Körperverletzung „verurteilt". Doch die Klage auf Schadenersatz zieht sich bis heute hin. Anfang 1977 bestätigte das Landgericht Köln dem Arzt, daß er *„bei der Durchführung der Injektion die erforderliche Sorgfalt beachtete"!*

Zwar ging Renes Vater für seinen Sohn in die Berufung, aber der Ausgang des Verfahrens ist noch völllig ungewiß. Der 4. Zivilsenat am Oberlandesgericht wird voraussichtlich

te hin. Anfang 1977 bestätigte das Landgericht Köln dem Arzt, daß er *„bei der Durchführung der Injektion die erforderliche Sorgfalt beachtete"!*

Zwar ging Renes Vater für seinen Sohn in die Berufung, aber der Ausgang des Verfahrens ist noch völllig ungewiß. Der 4. Zivilsenat am Oberlandesgericht wird voraussichtlich

einen „Vergleichsvorschlag" machen, wonach Rene „als Abgeltung aller Ansprüche" 70.000 Mark bekommen würde (dabei hat er schon bisher über 50.000 Mark Gerichts- und Anwaltskosten gezahlt). Aber: das Land Nordrhein-Westfalen (SPD-regiert) hat sich in ähnlichen Fällen immer als „hartnäckiger Prozeßgegner" erwiesen... (nach Stern, 1.12.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

50.000 Mark Gerichts- und Anwaltskosten gezahlt). Aber: das Land Nordrhein-Westfalen (SPD-regiert) hat sich in ähnlichen Fällen immer als „hartnäckiger Prozeßgegner" erwiesen... (nach Stern, 1.12.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

P.S.: Weitere Hinweise auf „Kunstfehler" nehmen wir gern entgegen.

Alt-Nazi Severing bleibt Ärztepräsident

Jetzt haben sogar der Verband der Niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV), der Berufstand der Praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin (BPA) sowie der Deutsche Kassenärzteverband den Antrag gestellt, über die *„Führung der Kassenarztpraxis von Sewering"* („Frankfurter Rundschau", 5.12.77) zu diskutieren.

Es scheint vielen Ärzten recht peinlich zu sein, an der Spitze ihrer Verbände einen Mann thronen zu sehen, der in so offener Weise die „Ehre" des gesamten Ärztestandes in Miskredit bringen könnte. Dabei ist es für sie allerdings unerheblich, welche Vergangenheit und Gesinnung Sewering aufzuweisen hat: sie nehmen ihm nicht übel, daß er SS-Mann war, heute Mitglied der CSU mit entsprechenden Einfluß auf ihre Gesundheitspolitik.

Sewering hatte sich nur dadurch unbeliebt gemacht, daß ihm betrügerische Abrechnungen von der bayerischen AOK angehängt werden konnten. Er soll insgesamt mindestens 100.000 Mark zuviel berechnet haben (s. AK 105, S.11 u. AK 109, S. 10).

Während der Diskussion wies Sewering sämtliche *„Beanstandungen zurück, die die bayrischen Ortskrankenkassen im Zusammenhang mit der apparativen Ausstattung seiner Dachauer Gemeinschaftspraxis erhoben hatten. Dies sei ein persönlicher (!) Angriff der Ortskrankenkassen auf ihn gewesen, sagte Sewering* (ebenda).

Nachdem er also durch Beteuerungen und durch das Unterschieben von kleinlichen Rachegelüsten seine Integrität genügend „bewiesen" hatte, wurde ein Antrag, über den „Fall Sewering" abzustimmen, mit Mehrheit der anwesenden Mandatsvertreter der ärztlichen Verbände abgelehnt.

Am Abend vorher war bereits im Vorstand entschieden worden: Sewering bleibt weiter Präsident.

Erst auf dem nächsten Ärztetag 1979 besteht eine „Chance", ihn loszuwerden. Doch der Zusammenhalt der Beutelschneider ist wie Pech und Schwefel...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wird die Elektroschock-

Wird die Elektroschockbehandlung abgeschafft?

Ende November forderte die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" die Abschaffung der Elektroschokbehandlung bei psychisch Kranken ("FR", 28.11. 1977).

Die Kommission gab bekannt, daß sie in Kürze eine umfangreiche Dokumentation an das Bundesgesundheitsministerium und den Bundestag übergeben werde, um die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbotes für Elektroschocks überprüfen zu lassen. Bei abschlägigen Beischeid fordern die Mitglieder der Kommission zumindest das Recht der Patienten auf Akteneinsicht, Gefährdungshaftung der jeweiligen Ärzte und die Hinzuziehung von unabhängigen Gutachtern bei zweifelhaften Fällen.

Die wissenschaftlich sehr umstrittene Elektroschocktherapie wird vorzugsweise bei depressiven und schizophrenen Patienten angewandt. Statt des gewünschten Heilerfolges treten aber bei der Behandlung nach Angaben der Kommission oftmals schwere Defekte wie Gedächnisverlust und Wirbelbrüche auf, von einer Besserung des Befindens der Patienten ganz zu schweigen!

In der Bundesrepublik hat bisher nur das westfälische Landeskrankenhaus Dortmund freiwillig auf diese Methode verzichtet, da es sie für eine „anachronistische Therapie" (nicht mehr der Zeit entsprechend) hält.

Ein ÖTV-Genosse

Hamburger Mieter wehren sich gegen Abriß preisgünstiger citynaher Wohnungen

Im folgenden drucken wir eine Presseerklärung der Mieterinitiative Falkenried/Löwenstraße ab. Diese Initiative kämpft seit 1973 gegen einen Abriß von 500 Wohnungen durch die gewerkschaftseigene Neue Heimat, und für die Renovierung der Wohnungen.

Am Samstag, dem 26. November 1977, trafen sich auf einer Mieterversammlung ca. 60 Mieter des Sanierungsgebietes zwischen Falkenried und Löwenstraße.

Anlaß dazu war die Veröffentlichung eines Gutachtens, das die Neue Heimat über dieses Wohngebiet anfertigen ließ. Aus dem Gutachten zieht die Neue Heimat den Schluß, daß ein Substanzaustausch der Terassen unumgänglich ist. Das bedeutet für uns Mieter: Abriß der Häuser in den Terrassen zwischen Falkenried und Löwenstraße.

In einer Situation, in der auch in unserem Viertel die Arbeitslosigkeit ständig zunimmt und sich die allgemeinen Lebensbedingungen verschlechtern, sind wir besonders auf preisgünstigen und sicheren Wohnraum angewiesen. Deshalb sind wir Mieter im Gebiet Falkenried/Löwenstraße fest entschlossen, alle Forderungen gegenüber den Hausbesitzern für ein preisgünstiges und menschenwürdiges Wohnen durchzusetzen. Wir Mieter geben folgende Forderungen bekannt:

- *Instandsetzung, d.h. Beseitigung aller Mängel ohne Mieterhöhungen.*
- *Instandsetzung aller Straßen und Wege sowie eine ausreichende Straßenbeleuchtung.*
- *Alle leerstehenden Wohnungen sind umgehend zu vermieten.*
- *Keine baulichen Veränderungen an Häusern und Wohnungen ohne Zustimmung aller Mieter.*
- *Offenlegung aller Pläne, die unser Stadtviertel betreffen.*
- *Wir Mieter wollen selbst entscheiden, was mit unserem Viertel geschieht.*
- *Kein Abriß unserer Terrassen.*
- *Wir wollen hier wohnen bleiben.*

Diese Forderungen wurden von den anwesenden Mietern einstimmig ohne Stimmenthaltung angenommen.

Die nächste Versammlung aller Mieter wird im Januar 1978 einberufen. Wir Mieter fordern die Öffentlichkeit, die Parteien, die Behörden und den Hamburger Senat auf, sich wirksam für unsere Forderungen einzusetzen. Sämtliche anwesenden Mieter erklärten, daß sie sofort in ihren Häusern und Wohnungen Maßnahmen ergreifen werden, um die Beseitigung aller Mängel und Schäden durchzusetzen.

26. November 1977

Die oben genannten Forderungen werden von der Mietergruppe Ottensen und den Mieterinitiativen Eppendorf und Eimsbüttel unterstützt.

Kontaktadresse:
Sabine Schwabroh,
Falkenried 26 B
2 Hamburg 20
Tel. 460 48 41


Mieterversammlung Falkenried/Löwenstraße in Hamburg-Eppendorf

Ford/Köln zeigte 19 Ärzte an!

Das ist ein Hammer. Weil sie (insbesondere ausländische Kollegen) angeblich zu häufig krank geschrieben hätten, zeigten die Kölner Ford-Werke 19 Vertrauensärzte an!

Den Medizinern wurde 5.000 Mark „Schadensersatzforderungen" und der Entzug ihrer Kassenzulassung angedroht.

Den Ford-Konzern interessiert nur, daß angeblich *„7,5 Prozent unserer Mitarbeiter ... ständig krank* (sind). *Das kostet uns im Jahr 127 Millionen Mark"* ("Hamburger Morgenpost", 7.12.).



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Studentenstreik:

Gegenoffensive statt „Historischer Kompromiß"!

Am 9.12.ging der an 125 Hochschulen ausgerufene Streik zu Ende. Die breite Beteiligung an den Urabstimmungen, VV's und abschließenden Demonstrationen, die z.T. deutlich über den Ergebnissen der letzten Semester lag, dokumentiert die ungebrochene Bereitschaft der Studentenbewegung zu Protestmaßnahmen gegen die zunehmende Rechtsentwicklung. Gerade in dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima ist dies ein wichtiger Beitrag zur Einleitung der Gegenoffensive der Demokraten.

Schon während der Vorbereitung dieses Streiks wurde von den Hochschulbehörden die Repressionsschraube erheblich angezogen. Bei Androhung von Geldstrafen (FHS und Uni Kiel, Uni Münster), Polizeieinsatz (Köln) und sogar mittels Amtsenthebung (AStA der katholischen FHS Mainz) wurden schon Urabstimmungen und Streikaufrufe verboten. Im Zentrum der gegen die studentischen Streiks betriebenen Hetze stand die „Warnung vor Gewalt", worunter alle Maßnahmen zur Durchsetzung des Streiks gefaßt wurden. Diese „Gewalt" zu brechen, war denn auch das zentrale Anliegen, wie es die großbürgerliche „FAZ" ganz ungeniert formuliert: „ *Universität und Staat müssen Flagge zeigen, und das heißt auch: angemaßte Gewalt brechen. Sie tun es im Namen des Rechts, und sie tun es in einer Zeit, in der der Rechtsbruch und Straßenterror das Rechtsempfinden des Bürgers tiefer verletzt und empört haben als irgendwann seither. Nichts hat den Zulauf zu den studentischen K-Gruppen so gefördert wie das triumphale Gefühl, in ihren Reihen ungestraft ‚Rabatz' machen zu können, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen und Lehrer in Unterwürfigkeit halten zu können*" (11.11.77).

In den Streiktagen selbst wurde jedoch das Mittel des Polizeieinsatzes vorsichtiger gehandhabt, als dieses Säbelrasseln vermuten läßt. Dies vor allem aus der Befürchtung heraus, Polizeieinsätze könnten zu einer weiteren Radikalisierung größerer Teile der Studenten führen. Bestätigt wurde diese Befürchtung in mehreren Fällen, in denen es zu direkten Angriffen der Polizei auf streikende Studenten kam: aus dem Stand heraus wurden z.B. in Westberlin, Frankfurt, Kiel

kam: aus dem Stand heraus wurden

z.B. in Westberlin, Frankfurt, Kiel und Bielefeld mehrere hundert Kommilitonen mobilisiert, die diesen Provokationen entgegentraten und sie teilweise verhinderten.

Als „neue Taktik" hatten sich die Herrschenden ausgedacht, verstärkt „Interesse an den Sorgen der Studenten" zu heucheln. Einhellig wurde unter dem Stichwort „demokratischer Dialog" zu einer Offensive führender bürgerlicher Politiker „vor Ort" aufrufen, um die unzufriedenen Studenten nicht den Linksextremisten zu überlassen. Über das ihnen zuteil werdende Echo dürften die bürgerlichen Politiker jedoch kaum zufrieden gewesen sein. Kohl (Westberlin), Krollmann (Frankfurt) und wie sie alle heißen mögen, die ein paar Gehversuche im Sympathisantensumpf wagen mochten, zogen sich ziemlich eilig wieder zurück. Bilanz: Die Studentenschaft braucht sich ausgerechnet von diesen Leuten nicht zur politischen Diskussion auffordern zu lassen. Umgekehrt haben sich die bürgerlichen Politiker der Auseinandersetzung wieder mal in keinster Weise gewachsen gezeigt.

Umso massiver haben dafür die Revisionisten und Reformisten ihre Vorstellungen durchzusetzen versucht, und sich als „Ordnungskräfte" angeboten.

In einem Schreiben des VDS an die westdeutsche Rektorenkonferenz heißt es: „*Die ... VDS und die Asten haben keinerlei Interesse an irgendwie gearteten Gewalttätigkeiten. Wir sind vielmehr bemüht, diese mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln zu verhindern.*" Daß es sich hierbei keineswegs um die Ablehnung der staatlichen Gewalt handelt, sondern um die von der Presse hochgeputschten „Gewalttaten" von studentischer Seite, machte der VDS-Vorstand in einem „Offenen Brief" an Willy Brandt deutlich: „*Sicher...gibt es irregeleitete (!) Studenten, Organisationen, welche zur offenen Gewalt aufrufen, doch die Mehrzahl der Kommilitonen wie auch die VDS tun alles in ihren Möglichkeiten Stehende, um diese Kräfte zu isolieren.*" Wie weitgehend diese Bereitschaft zur „Isolierung", d.h. letztlich Unterdrückung, der militanten Teile der Studentenschaft geht, bewies der MSB in Hamburg, als er anläßlich eines provokatorischen Auftretens einer CDU-Parlamentariergruppe dieser mit Schlägertrupps den Weg durch die Uni gegen protestie-

gruppe dieser mit Schlägertrupps den Weg durch die Uni gegen protestie-

rende Studenten bahnte. Gegenüber der herrschenden Gewalt wird von diesen Kräften der „historische Kompromiß" propagiert, bis dahin, daß in Hamburg die Stationierung von Polizeikräften und die Einführung von Ausweiskontrollen an den Eingängen einzelner Gebäude widerstandslos hingenommen wurde, während gegenüber den Linken zu gewaltsamen Mitteln der „Auseinandersetzung" gegriffen wurde.

Ein zweiter Strang dieser Befriedigungsstrategie der Reformisten und Revisionisten ist die Orientierung der Studentenbewegung allein auf hochschulbezogene Fragen. Zu diesem Zweck wird jetzt eine neue „Novellierungsdebatte" (der Hochschulgesetze) ins Feld geführt, während Diskussionen um die angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim, um das Kontaktsperregesetz, die Forderung nach Solidarität mit den politischen Gefangenen usw. als s c h ä d l i c h für die Studentenbewegung diffamiert werden.

In diesen Punkten trifft sich das Interesse dieser Leute, aufs Parkett bürgerlicher Hochschulpolitik zugelassen zu werden, mit dem Interesse der Herrschenden nach einer Entpolitisierung der Bewegung.

Diese Rechnung geht jedoch nicht auf, da sich das enorm gewachsene Interesse gerade auch an „außeruniversitären" Fragen einfach nicht leugnen läßt.

Zu den größten Veranstaltungen der letzten Wochen gehörten ohne Zweifel diejenigen, die sich mit den Themen Stammheim, Sympathisantenjagd usw. beschäftigten. Gerade hierin hat immer die besondere Stärke der Studentenbewegung gelegen. Deshalb soll ja insbesonder d i e s e Diskussion aus den Hochschulen vertrieben werden, wie die massiven Angriffe auf das Politische Mandat beweisen.

Aber gerade in dieser Frage sind die Herrschenden nicht weitergekommen, und das eröffnet auch die Chance, den im Streik zurückeroberten Spielraum für weitere Widerstandsaktionen (Amtsenthebungen der baden-württembergischen ASten!) zu nutzen.

Wir arbeiten weiter an der Gegenoffensive!

Bündniskommission
KB Gruppe Hamburg

Der Streik



Hannover. 7000 Menschen folgten einem Aufruf der hannoverschen ASten, des Stadtschülerrats und der GEW. Vorneweg marschierte ein großer Block linker Studenten mit der Parole „Pestel raus – Brückner rein", was allerdings erst gegen den Versuch des MSB, die Demo allein von HRG–Parolen bestimmen zu lassen, durchgesetzt werden mußte. Vor dem Wissenschaftsministerium wurde es turbulent. Die von Minister Pestel an alle Studenten verschickten Briefe, in denen er zur „Ruhe und Ordnung" mahnte, landeten säckweise vor seiner Tür, es folgten Farbbeutel, Eier und Tomaten. Sofort trat die Polizei mit gezogenen Schlagstöcken auf. Aber dennoch konnte sie nicht verhindern, daß die Parole „Lang lehre P. Brückner" am Gebäude befestigt wurde. Dann wurde eine nahegelegene Hochbrücke von 1000 Studenten besetzt. Nur mit Hilfe der MSB–Ordner gelang es der Polizei, an dem Zug vorbeizukommen, um schließlich unter Einsatz von Chemical Mace die Besetzer von der Brücke zu drängen.



Hamburg. Am Morgen des 28.11. riegelten Polizeikräfte das Hauptgebäude der Uni ab, um es für „gestörte" Lehrveranstaltungen freizuhalten. Eingelassen wurden nur Studenten, die den Nachweis erbringen konnten, zum Besuch der Vorlesungen

staltungen freizuhalten. Eingelassen wurden nur Studenten, die

den Nachweis erbringen konnten, zum Besuch der Vorlesungen „berechtigt" zu sein. Ebenso wurde im Rechtshaus verfahren, allerdings übernahm dort den Dienst der Polizei ein vom Uni-Präsidenten dienstverpflichteter Ordnertrupp. Von einer Uni-VV aus zogen etwa 2.000 Studenten vor das Hauptgebäude, ohne daß es jedoch zu Auseinandersetzungen gekommen wäre. Es kam zwar während des gesamten Streiks zu keinen Einsätzen der Polizei gegen Vorlesungsstörer, aber es gelang auch nicht, die Polizeipräsenz zu verhindern.

Der Streik verlief insgesamt „ruhiger" ab als noch im letzten Semester. Auch die Beteiligung war geringer. Fürs erstere sorgte vor allem der AStA (MSB/SHB/Jusos), der schon vor Beginn des Streiks jede Abschwörung von „Gewalt" leistete, die von ihm verlangt wurde, worunter auch der Verzicht auf die Durchsetzung des Streiks durch Vorlesungsstörungen und Seminarsprengungen zählte. Seine besondere Sorge galt dabei den linken Studenten, die er eindringlich „warnte", es zu keinerlei Auseinandersetzungen kommen zu lassen.

Zur einzigen gewaltsamen Auseinandersetzung kam es, als eine Reihe von Kommilitonen einer Abordnung von CDU-Parlamentariern den Zugang zum Rechtshaus versperren wollte. Unter der Parole „Verhindert die Provokation" stellten sich die anwesenden MSB'ler jedoch nicht gegen die Christreaktionäre, sondern schlug ihnen eine Bresche durch die Kommilitonen.

An der Abschlußdemonstration, die gemeinsam mit dem Landesjugendring durchgeführt wurde, beteiligten sich insgesamt 20.000 Menschen , davon rund 10.000 Studenten.



Wegen der Veröffentlichung dieser Karikatur in einer Dokumentation über politische Zensur in der BRD wird der Verantwortliche, ein ehemaliges AStA–Mitglied an der PH Westberlin, wegen Verunglimpfung des Wappens der BRD angeklagt.

Buback-Prozesse: Weitere Terrorurteile verhindern!

Die Staatsanwaltschaft beim Westberliner Landgericht hat gegen die 14 Mitherausgeber der Dokumentation „Buback – ein Nachruf" Anklage wegen Volksverhetzung (§ 130), Staatsbeschimpfung (§ 90a), Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener (§ 189) erhoben. Die Anklage wurde nach sechsmonatigen Ermittlungen am 21.11.77 fertiggestellt.

Grundlage der Anklage sind Strafanträge, die sich die Staatsanwaltschaft bei dem Sohn Bubacks, Justizminister Vogel und Innenminister Maihofer „eingeholt" hat („FR", 3.12.77).

Wegen der „besonderen Bedeutung" der Sache soll der Prozeß gegen die 14 Mitherausgeber (12 Hochschullehrer und zwei Rechtsanwälte) vor der großen Strafkammer stattfinden („Tagesspiegel", 3.12.77).

Im Januar wird über die Zulassung der Anklage und die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der 22. Strafkammer in Westberlin entschieden. Wird das Verfahren eröffnet, drohen den Angeklagten Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren!

Obwohl den Beschuldigten die Anklage z.T. erst Mitte Dezember zugestellt wird, berichteten verschiedene Zeitungen schon am 3.12.77 sowohl über den Fall („Tagesspiegel", „Welt", „FR") als auch über Einzelheiten der 40seitigen Anklageschrift.

Aus der Erklärung der insgesamt 48 Herausgeber im Vorwort der Dokumentation, sie wollten „*das Recht auf freie Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen*" konstruiert die Staatsanwaltschaft den Vorwurf, es handele sich gar nicht um eine Dokumentation, die Herausgeber hätten mit „*der Wiedergabe des fremden Textes die Meinung des ‚Mescalero' übernommen*" („Tagesspiegel", 3.12.77).

Auf jeden Fall aber hätten sich die 14 der Beihilfe zu strafbaren Handlungen schuldig gemacht. („Tagesspiegel", 3.12.77)

Den Anstoß zur Kriminalisierung der Herausgeber der Dokumentation, die im Juni als Reaktion auf die Verfolgung verschiedener Studenten, ASten und FSRe wegen der Veröffentlichung des Artikels „Buback – ein Nachruf" erstellt wurde, hatte der Westberliner Wissenschaftsminister Glotz gegeben. Glotz hatte die Westberliner Professoren aufgefordert, „ihren Hut zu nehmen", wäscht sich aber inzwischen – im Unterschied zu seinem niedersächsischen Kollegen Pestel, der die Suspendierung P. Brückners direkt bewirkte – seine Hände in Unschuld. Eine Verurteilung der Mitherausgeber könnte ihn „*jedoch dazu zwingen, disziplinarisch tätig zu werden*" („Tagesspiegel". 6.12.77). Die beschuldigten Hochschullehrer sind also nicht nur von der Kriminalisierung, sondern auch vom Berufsverbot bedroht!

Auch der frühere Vorsitzende des AStA der PH Westberlin ist jetzt wegen „Volksverhetzung, Staatsbeschimpfung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" vor dem Amtsgericht Moabit angeklagt worden. Der AStA hatte aus Solidarität mit dem Göttinger AStA und als „Akt des Widerstands, der Notwehr gegen die Willkür polizeistaatlicher Gewalt" im Rahmen einer Dokumentation zur „politischen Zensur in der BRD" den Buback–Nachruf abgedruckt.

Im Vorfeld der im Zuge der über 150 Ermittlungsverfahren gegen Herausgeber verschiedener Buback–Nachrufe (Studenten, ASten, FSRe, politische Organisationen) zu erwartenden Prozeßlawine wurden gegen Mitglieder bzw. presserechtliche Verantwortliche des KBW bereits in mehreren Fällen Gefängnisstrafen o h n e Bewährung verhängt; zuletzt am 7.12.77 in Göttingen.

Dort wurde der Student Andreas Sch. wegen Volksverhetzung (§ 130) zu sechs Monaten Gefängnis **ohne Bewährung** verurteilt! Andreas Sch. ist presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt, auf dem ein Artikel aus der „KVZ" vom 14.4.77 abgedruckt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

war mit dem Titel: *„Buback erschossen – Gründe gibt's genug, aber was nützt es schon".*

Wegen desselben Artikels, abgedruckt in der „Arbeiterstimme" (Zeitung des KBW in Heidelberg) war schon am 29.9.77 Eva D. zu sechs Monaten Gefängnis o h n e Bewährung verurteilt worden, und zwar wegen Billigung von Straftaten. In diesem Fall vertrat die Staatsanwaltschaft die Meinung, der Artikel ver-„herrliche" den Mord an Buback, und der Richter gründete das Urteil u.a. darauf, daß „im Stillen" eine „gewisse Befriedigung" über den Mord sichtbar sei („FR", 30.9.77, s. AK 116, S.11).

Ein anderer KBWler wurde wegen eines entsprechenden Flugblattes und einer Rede mit identischen Inhalten zu acht Monaten o h n e Bewährung verurteilt.

Die auffällig rasch durchgezogenen Terrorurteile gegen die KBWler, die aufgrund der relativen Isoliertheit dieser Gruppe, aber auch auf Grund ihres eigenen (unüblichen) Schweigens kaum eine breitere Öffentlichkeit fanden, sollen offenbar „Vergleichsurteile" für die kommenden Massenprozesse liefern.

Diese Urteile, ebenso wie die bereits vor Wochen 12 niedersächsischen Hochschullehrern abgepreßte Loyalitätserklärung gegenüber dem Staat und die schon in der Presse angekündigten Prozesse gegen die 14 Westberliner Professoren und Anwälte vor der großen Strafkammer, lassen auf einen großangelegten Schauprozeß der Klassenjustiz gegen die freie Meinungsäußerung schließen. Denn auffällig ist doch, daß hier fast jeder völlig legal „seine" bzw. höherer Stellen offene Freude oder „Erleichterung" (K. Ahlers in der „Morgenpost") über die Selbstmorde in Stammheim, oder das Massaker in Mogadischu verbreiten kann. Selbst „Schmähschriften" über Buback können unbehelligt erscheinen – in rechtsradikalen und faschistischen Schriften, wie z.B. im „Aufmarsch" des Hamburger Faschisten Borchardt (Titel:„Buback ist tot – Na und?" s. AK 116).

Nicht einzusehen ist, warum eine Solidaritätsbewegung, die an Umfang und beteiligtem politischen Spektrum tatsächlich beispielhaft ist, durch die Klassenjustiz in Einzelprozesse aufgelöst werden kann, so daß jeder individuell für die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungsäußerung blechen müßte, ihre Mobilisierungsfähigkeit und ihre bereits erprobte Geschlossenheit in einer Kampagne gegen diese Klassenjustiz nicht aktivieren könnte.

Auch wenn die Zeit schon relativ fortgeschritten ist, kann nur eine vergleichbare Solidaritätskampagne verhindern, daß die Urteile gegen die KBW-Mitglieder zu Präzedenzfällen in dieser Frage werden.

Sozialistischer Studentenbund Hamburg

Streikberichte

Frankfurt: Als nicht besonders erfolgreich erwies sich diesmal das Vorgehen der Universitätsleitung, gegenüber„ den Studenten" die liberale Maske herauszukehren, die „gewalttätigen Störer" jedoch durch Polizeieinsätze einzuschüchtern. Angesichts der Streiksituation hatte Uni-Präsident Krupp zwei vorlesungsfreie Tage angeboten, um den „Dialog" mit den Studenten um das hessische Hochschulgesetz zu führen. Aber es kam anders. Der angeblich so „diskussionsbereite" Kultusminister Krollmann mochte auf der eigens für ihn angesetzten Veranstaltung (28.11.) nicht auf eine zivile Ordnungstruppe verzichten und sah sich daher im überfüllten Hörsaal mit der massiven Forderung „Bullen raus!" konfrontiert Dieser Forderung mochte er nicht nachkommen, da er ja schließlich, wie er später, gegenüber der Presse erkärte, selber einmal Polizeipräsident von Kassel gewesen sei. So wurde Krollmanns Abzug aus dem Hörsaal konsequenterweise auch mit fliegenden Eiern bedacht. Anschließend zogen rund 1000 Studenten in Erwartung der üblichen Pressehetze zum Hessischen Rundfunk, um eine wahrheitsgemäße Berichterstattung zu fordern.

Noch in derselben Woche erklärten sich 7480 Studenten (31% aller Immatrikulierten) in einer Urabstimmung für den Streik ab 5.12. Trotz gut besuchter Uni-VVs verliefen die ersten Streiktage jedoch in „Urlaubsstimmung".

Als Krupp jedoch nach Vorlesungsstörungen im WiWi-Bereich einen Polizeieinsatz anforderte, und 9 Studenten aus dem Streiklokal heraus willkürlich festgenommen wurden, war wieder eine Mobilisierung da. Rund 500 Studenten demonstrierten „aus dem Stand" durch die Uni. Am nächsten Tag wurde ein größerer Hörsaal „widerrechtlich" von einigen Hundert besetzt.

Ein von Krupp gestelltes Ultimatum zur Räumung des Hörsaals wurde um mehrere Stunden überzogen, und erst, als massiv Polizei in Kampfanzügen anrückte, zogen sich die Studenten zurück. Am 9.12. fand schließlich eine Uni - Demonstration mit 2000 Teilnehmern statt.

Insgesamt ist der Streikverlauf wieder einen Schritt nach vorn in Frankfurt, da das von Krupp vorgesehene Korsett des „Dialogs" mit den bürgerlichen Politikern durchbrochen werden konnte und das Gesetz des Handelns diesmal eher bei den Streikenden lag.

Im Gegensatz zum letzten Streik, der eigentlich mehr eine nach innen gerichtete „Selbstverständnis" - (wenn nicht gar „Selbstbemitleidungs" -) Debatte gewesen war, richteten sich die Aktionen diesmal klar an die Öffentlichkeit, um die studentischen Forderungen zu unterstreichen. Ebenso spielte der Protest gegen die allgemeine politische Repression eine wesentliche Rolle. Der Streik wurde insbesondere auch von den Spontis als e i n Element eines auf alle Fälle fortzusetzenden Widerstands begriffen. Hoffentlich nicht nur kurzfristig gab es auch Ansätze einer stärkeren Zusammenarbeit der (radikalen) Linken.

***

Darmstadt: Jeweils ein Drittel aller Studenten sprachen sich an der TH und an der Fachhochschule für einen Streik aus. An der FHS fanden drei VV's statt, die mit jeweils 500 Studenten sehr gut besucht waren und auf denen der MSB mit seinem Konzept des „friedlichen" Diskutierstreiks nicht durchkam. An der TH fand eine Veranstaltung mit Kultusminister Krollmann statt, die von 2 000 Studenten besucht wurde. Überzeugen konnte er mit seinen scheinheiligen Versprechungen freilich kaum jemanden. Ein besonderes Unding leisteten sich noch die Jusos. An der TH war ein Quorum (notwendige Mindestanzahl) von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen angesetzt worden. Als dieses bei einer Beteiligung von 50% (bei 6 000 Studenten) um 132 (!) Stimmen verfehlt wurde, wollten sie den Streik abblasen. In neun von 21 Fachbereichen wurde dennoch der Streik aufgenommen.

***

Bremen: Insgesamt der „ruhigste" und lahmste Streik seit Semestern. Der weitaus größte Teil der Studenten blieb der Uni fern, obwohl vorher mit großer Mehrheit der Streik beschlossen wurde. Die größte Veranstaltung wurde gegen den AStA vorbereitet und organisiert: eine zur Sympathisantenverfolgung mit Erich Fried, an der sich 1 500 Studenten beteiligten. Die Abschlußdemo war dagegen mit nur 500 Teilnehmern eher kläglich.

Bonn: An der Universität leiteten der RCDS und SLH, die dort seit zwei Jahren den AStA stellen, eine Urabstimmung für einen „Demokratischen Dialog" mit dem Wissenschaftsministerium ein. Hauptsächlich sollte diese Abstimmung den Beweis erbringen, daß die Bonner Studenten den nationalen Studentenstreik ablehnen würden. Aber nur ganze 15% beteiligten sich an dieser Abstimmung (weniger als die Rechten bei den SP-Wahlen erreicht haben) – das schlechteste Ergebnis für einen AStA in der BRD überhaupt. Trotzdem wurde der „Demokratische Dialog" weiterhin vom AStA propagiert.

MSB, SHB und Jusos leiteten gleichzeitig eine Urabstimmung über die Beteiligung am Streik ein, an der sich immerhin 20% beteiligten, obwohl sie vom Rektor verboten worden war. Durchsetzen konnte er dieses Verbot jedoch trotz Plakatierverbots, Veranstaltungsverboten und Überwachung des studentischen Treibens mit Fernsehkameras(!) nicht. Der Streik verlief „ruhig", da die „Gewerkschaftlich Orientierten" ihn nicht wirklich gegen die Reaktionäre durchsetzen mochten. Zum Abschluß demonstrierten 2000 Studenten, was für Bonn ein gutes Ergebnis ist.

***

Braunschweig: Mit allen Mitteln versuchte der Rektor der TU, Kamp, den Streik zu verhindern. Zuerst erwirkte er eine einstweilige Verfügung, mit der dem AStA untersagt wurde,den Streik weiterhin zu propagieren. Am 6.12. wurde dann angekündigt, saß sich die Studenten beim Zugang zu den Lehrveranstaltungen mit dem Studentenausweis und dem Belegnachweis auszuweisen hätten. Doch auch hierbei hatte er sich geirrt: in allen Fällen gelang es den streikenden Studenten, die Kontrolleure an den Eingängen beiseite zu schieben, obwohl diese teilweise mit roher Gewalt auf die Studenten einschlugen (einem Studenten wurde von einem Hausmeister ein Zahn ausgeschlagen). Auch Rektor Kamp mußte sein eigenes Seminar ausfallen lassen, wurde aber unter großem Jubel mit dem „goldenen Vorhängeschloß" geehrt, was er jedoch nicht annehmen wollte.

Kurzmeldungen

Kiel: Zu den nächsten Studentenparlamentswahlen wird die Jusohochschulgruppe, die bisher den AStA stellt, nicht mehr kandidieren, da es ihnen nicht gelungen ist, *„ die Zustimmung zu (ihrer) Politik... in eine aktive Unterstützung (ihrer) Arbeit durch (ihre) Wähler umzusetzen. "* („Juso-Press"). Besondere Schuld an diesem Mißgeschick der Jusos tragen die Studenten, die auf Vollversammlungen *„bewußte Obstruktionspolitik gegen den AStA betrieben"* haben und sich mangelhaft an *„ vom AStA initiierten Aktionen beteiligt"* haben. Kurz und gut: die Jusos sind gescheitert und die Studenten tragen die Schuld.

Ein wenig mehr Selbstkritik könnte diesen Leuten allerdings nicht schaden, wenn man sich den Verlauf dieses Semesters ansieht. Per Urabstimmung sollte über einen Streik beschlossen werden. Als das Gericht dem AStA die „Werbung" für den Streik und die Abstimmung verbot, wollte dieser gleich den ganzen Streik abblasen, woran ihn nur eine VV hin-

Ein wenig mehr Selbstkritik könnte diesen Leuten allerdings nicht schaden, wenn man sich den Verlauf dieses Semesters ansieht. Per Urabstimmung sollte über einen Streik beschlossen werden. Als das Gericht dem AStA die „Werbung" für den Streik und die Abstimmung verbot, wollte dieser gleich den ganzen Streik abblasen, woran ihn nur eine VV hin-

dern konnte. Eine Demo zum Abschluß des Streiks sollte ebenfalls nicht stattfinden. Eine VV zu diesem Thema wurde gleichfalls abgelehnt. Plötzlich aber hatten die Jusos sich doch entschlossen und setzten eigenmächtig den Termin auf den 8.12. fest. Ganze 130(!) Studenten wurden bis zu diesem Zeitpunkt mobilisiert – das wohl schlechteste Ergebnis in der ganzen BRD.

Der Rückzug der Jusos eröffnet jetzt die Möglichkeit für eine linke Liste, auf der alle wesentlichen Strömungen vertreten sind. Dies allein kann auch einen Machtantritt der Reaktionäre verhindern.

***

Emden: Eine Wandzeitung des KB/Gruppe Emden in der Fachhochschule zum Strauß-Besuch in Chile veranlaßte einen Strauß-Pinochet-Sympathisanten, sich persönlich beleidigt zu fühlen und im Rektorat mit einer Anzeige gegen den KB zu drohen.

Die Argumentation dieses Terror-Sympathisanten fand das Rektorat offenbar sehr einleuchtend und gab die Anweisung, die Wandzeitung mit „strafbarem" Inhalt sofort zu entfernen. Begründet wurde die Abrißaktion folgendermaßen: *„Wir gewährleisten natürlich eine breite Diskussionsfreiheit"*, aber*„inkriminierende Äußerungen haben an der FHO keinen Platz"*, *„ nach unserer Meinung sind Straftatbestände vorhanden."*

Gegen diese Übergriffe auf die freie Meinungsäußerung an der Fachhochschule sowie zum Thema „Strauß in Chile" wird unter Beteiligung aller fortschrittlichen Kräfte (Jusos, MSB/SHB, KB, Spontis, ESG u.a.) eine Podiumsdiskussion stattfin-den, zu der auch das Rektorat geladen ist.

Gegen diese Übergriffe auf die freie Meinungsäußerung an der Fachhochschule sowie zum Thema „Strauß in Chile" wird unter Beteiligung aller fortschrittlichen Kräfte (Jusos, MSB/SHB, KB, Spontis, ESG u.a.) eine Podiumsdiskussion stattfin-den, zu der auch das Rektorat geladen ist.

***

Heidelberg: In einer brutalen Knüppelaktion von 50 Bullen wurden am 24.11. Büchertische linker Gruppen in der Mensa der Universität abgeräumt. Mindestens ein beteiligter Student (KHG) soll eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Widerstands gegen die Polizeigewalt erhalten. Anlaß dieser Polizeirazzia war die Benutzung einiger Eßtische der Mensa für die Auslage von Büchern und Zeitschriften. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Czaikowsky forderte die Beteiligten auf , sich zu entfernen. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, holte er zur „Unterstützung" Polizeikräfte heran. (nach „KVZ" ,25.11.77)



Polizeikontrollen während des Streiks in Hamburg



Westberlin: Völlig in die Hose gegangen ist der Versuch, den streikenden Westberliner Studenten den „demokratischen Dialog" aufzuzwingen. *„Wir wollen an den Universitäten Flagge zeigen"* hatte der CDU-Vorsitzende Kohl noch großspurig verkündet und sich zu einer Veranstaltung des RCDS einladen lassen. Aber schon Stunden vor Beginn war das Audi-Max der TU von 3 000 Studenten besetzt worden, an der Stirnwand wurde ein Transparent mit der Parole „Helmut, der Sympathisantensumpf begrüßt Dich" angebracht. Vor soviel Dialog rückte Kohl aus, und die Veranstaltung wurde in einen nahegelegenen Hörsaal verlegt, der hermetisch von der Polizei abgeriegelt wurde: eingelassen wurden nur die, die sich einer intensiven Leibesvisitation unterzogen.

Dennoch waren auch unter den hier anwesenden 900 Teilnehmern die Hälfte Linke, die Kohl mit einem gehörigen Pfeifkonzert empfingen. Was als *„kühner Vorstoß in das Umfeld des Terrorismus"* gedacht war („Stern", 51/77), endete für ihn mit einem Fiasko. Schon der erste Auftritt zur *„Eröffnung des Dialogs mit der Studentenschaft ..., geriet zu einem neuen Lehrstück über die Unfähigkeit zum Dialog"* (ebenda).

Den zweiten Anlauf unternahmen der TU-Präsident Berger und der Uni-Präsident Lämmert, die zu einer Veranstaltung unter dem Thema *„Zurück zur politischen Diskussion"* (wohl mehr als Aufforderung an sich selbst gedacht) einluden. Mit von der Partie waren Rudi Dutschke, Wolf-Dieter Narr, Helmut Gollwitzer und Frau von Brentano. Auch dieser Versuch kam unter die Räder. Während sich die Präsidenten erhofft hatten, Distanzierungen am laufenden Band zu erreichen, sprachen die geladenen Gäste vom *„schiefen Rechtsstaat und der Gefahr eines Polizeistaats"* und Frau von Brentano lobte ausdrücklich die Aussagen von Peter Brückner – einer der meistverfolgtesten Sympathisanten – als *„das Beste, was bisher zum Thema Terrorismus veröffentlicht worden ist"* („Welt", 5.12.). Konsterniert mußt eben diese „Welt" feststellen, daß auch diesmal eine Veranstaltung zu *„Gewalt und Terror"* in eine gegen *„Politische Gewalt und staatliches Verbot"* umfunktioniert wurde.

Diese Veranstaltungen zählten zu den Höhepunkten des zweiwöchigen Streiks, der ansonsten ruhiger verlief als noch im letzten Semester, was auf ein flexibleres Vorgehen der Hochschulbehörde zurückzuführen ist. Als aber mit einem Polizeieinsatz am Physikalischen Institut gedroht wurde, wurde dieses spontan von mehreren hundert Studenten abgeriegelt, sodaß diese Drohung dann doch nicht wahr gemacht wurde.

Zum Abschluß des Streiks demonstrierten 18 000 Studenten (!) gegen das geplante Hochschulgesetz und die zunehmende Repression.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet ...

Der „bundesweite Streik" sei *„zentral DKP-gesteuert"*. Unter den Studenten gebe es eine Wirklichkeit die völlig von der Gesamtgesellschaft abgelöst sei. Sie führe dazu, daß Studenten nicht mehr wahrnähmen, daß die überwiegende Mehrheit von ihnen immer noch eine Stelle finde. Eine negative Teilwirklichkeit sei vielmehr die „Perspektive für jeden". Symptomatisch dafür sei eine studentische *„Agitationssprache, bei der das Wort 'Angriff' die zentrale Rolle spiele."* Diese Worte, kämen sie aus dem Munde eines notorischen Rechten im Umfeld von CDU/CSU, würden jeden aufrichtig Gewerkschaftlich-orientierten zweifellos in helle Empörung versetzen. Umso mehr, wenn gleichzeitig verlautet: *„Da es jedoch völlig unrealistisch sei, auf eine Novellierung dieses Gesetzes* (des HRG's – Anm. AK) *im Bund zu hoffen, müsse die Anpassung jetzt in den Ländern schnell vollzogen werden."* Die gewerkschaftlich-orientierten würden umgehend auf ihre „Bündnispartner" verweisen, die die studentischen Forderungen unterstützten, und sogar „Novellierungsbemühungen" angekündigt hätten. Als zu bekämpfende „Rechtsposition" würde von ihnen gar entlarvt, wenn es außerdem heißt: Nur bei einer schnellen Verabschiedung der Landeshochschulgesetze gebe es noch eine Chance *„mit dem Teil der Studenten klarzukommen, der in der Lage ist, Argumente aufzunehmen"* (Zitate aus „Welt", 9.12.). Diese Geschichte hat jedoch einen entscheidenden Haken. Denn diese Worte stammen nicht aus dem Umkreis der CDU/CSU, auch nicht aus der Bonner Baracke der SPD – sondern von einem der bevorzugtesten Bündnispartner der „Gewerkschaftlich Orientierten": Dem Vorsitzenden der GEW, E. Frister. Ob dem MSB hierfür eine Erklärung einfällt!?



Kita-Auflösung im Gange

Frankfurt: Die im Sommer von der in Frankfurt regierenden CDU beschlossene Auflösung des fortschrittlichen pädagogischen Modellversuchs der Kitas ist in vollem Gange. Zwar soll die erste Kita erst Anfang des Jahres geschlossen und in eine herkömmliche Kindertagesstätte umgewandelt werden. Die Liquidierung des Projekts wird allerdings schon jetzt über eine ständige Personalverknappung betrieben.

Damit wird einer der zentralen Punkte des Kita-Konzeptes, das günstige Verhältnis zwischen Erziehern und Kindern, getroffen (1 : 10).

Gegen diese Personalpolitik, gegen die Ungewißheit ihrer Arbeitsplätze und gegen die beabsichtigte Liqidierung des gesamten Projektes veranstalteten am 21. November 80 Mitarbeiter der Kitas einen Aktionstag. Die Kinderbetreuung hatten Eltern übernommen. Insgesamt allerdings ist der Widerstand gegen die Kita-Auflösung zurückgegangen, nachdem im Sommer bei den Haushaltsberatungen noch 3.000 Menschen gegen die CDU-Pläne protestiert hatten. Für viele Kita-Mitarbeiter geht es jetzt darum, wenigstens Teile der Kita-Praxis zu retten. So forderte die »Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main« die Beibehaltung der Teamarbeit und die Anrechnung einer achtstündigen Vorbereitungszeit auf die Arbeitszeit (»FR«, 19.11.77).

Das jetzige Dilemma des Kampfes um den Erhalt der Kitas in Frankfurt ist sicherlich mit darauf zurückzuführen, daß dieser Angriff — mit dem kurzerhand 20 fortschrittliche Erziehungseinrichtungen vom Erdboden verschwinden sollen — nicht zum Problem aller fortschrittlichen Initiativen im Kinder- und Jugendbereich in der BRD gemacht worden ist, obwohl vielen von diesen ein gleiches oder ähnliches Schicksal drohen kann. Noch im Sommer hatten Kita-Mitarbeiter ein nationales Treffen dieser Initiativen vorgeschlagen, auf dem über ein gemeinsames Vorgehen gegen Sparpolitik und Repression beraten werden sollte.

Dieser Plan blieb zunächst auf der Strecke und sollte schnellstens wieder aufgenommen werden. Zumal fürs nächste Jahr wieder ein Jugendhilfetag angekündigt ist, auf dem fortschrittliche Projekte — wie beim letzten Jugendhilfetag 1972 — ihre Pädagogik und ihre Forderung geschlossen darstellen und erheben sollten.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Auseinandersetzung um Mitbestimmung in Kitas

Seit dem 1.12. gelten in Bremerhaven Richtlinien, die die Bildung von Elternbeiräten für die Kindertagssstätten, ähnlich den schon existierenden Elternräten an den Schulen, regeln. Um diese Beiräte hat es eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Behörde und Eltern gegeben.

Der Konflikt geht zurück auf einen Vorgang Anfang des Jahres, als Eltern mit einer vorzeitigen Enthüllung und öffentlichen Protesten eine geplante Gebührenerhöhung für die Kindergärten verhindern. Die Stadt beeilte sich hinterher, von »Mißverständnissen« und »gezielter Verunsicherung« zu sprechen; zugleich forcierte sie ihr Projekt der Elternbeiräte, die angeblich einen engeren Dialog zwischen Stadt und Eltern ermöglichen sollten. — Ein wesentliches Ziel war es dabei, die Eltern auf eine folgenlose Mitspracheebene lenken und Proteste kanalisieren zu können. Dieses Projekt wurde von den Eltern zunächst durchkreuzt: Aufgefordert, provisorische Vertretungen zu wählen und sich an der Ausarbeitung der Richtlinien zu beteiligen, erarbeiteten die Eltern von neun Kitas (von insgesamt 13) einen Entwurf, der als Aufgabe der Beiräte formuliert, »die Interessen der Eltern gegenüber Kindertagesstätten zu vertreten«, und der ein »generelles Mitspracherecht« forderte »NZ«, 30.11.77).

So hatten sich die Behörden das ja nun nicht vorgestellt! Binnen 14 Tagen wurde ein Behörden-Entwurf, in dem sich von den Vorstellungen der Eltern so gut wie nichts wiederfindet, durchgedrückt. Den Unwillen der Eltern erregte dabei neben der Einschränkung der Beiräte auf »beratende und unterstützende Mitwirkung« beim Kauf von Knetgummi und ähnlich weitreichenden Entscheidungen auch die Bestimmung über die obligatorische Teilnahme der Leiter und des Jugendamtes an den Sitzungen der Beiräte — als *»behördliche Aufpasser«*, wie die »NZ« treffend formulierte (3.12.).

Diese Richtlinien wurden auf einem Treffen von Vertretern von 12 Tagesstätten einstimmig abgelehnt. Es wird erwogen, die Beiratswahlen zu boykottieren.

Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzungen ist die fristlose Entlassung des Leiters einer Tagesstätte, deren Elternschaft aktiv an der Beiratsdiskussion beteiligt war, wegen »Verleumdung von Vorgesetzten als Spitzel«. Inzwischen ist eine fristgerechte Kündigung wegen »Aktivitäten für den KBW« nachgeschoben worden. Mitarbeiter und Eltern haben gegen dieses Berufsverbot protestiert.

KB/ Gruppe Bremerhaven

Taschengeld — das Kapital sahnt ab

„Reiche Jugend", schreibt die „Bild" und meldet, daß die 6 bis 17jährigen in der BRD zwei Milliarden Mark in jedem Jahr ausgeben („Bild", 2.5.77). Zwei Milliarden für 10 Millionen, das sind 200 Mark pro Kind im Jahr, knapp 17 Mark im Monat. Da von Reichtum zu sprechen, dazu braucht man schon die spezielle Sicht eines „Bild"-Redakteurs.

Schaut man sich die Quellen dieses „Reichtums" an, zeigt sich, daß Taschengeld in der BRD wohl am ehesten als Lohn für Kinderarbeit zu bezeichnen ist. Und schaut man sich an, wo es hinfließt, dann entdeckt man das Taschengeld als eine ergiebige Einnahmequelle für die Kapitalisten.

Der Markt ist entdeckt

Die Kaufkraft der Kinder ist den Kapitalisten bekannt - der Markt, auf dem die zwei Milliarden Taschengeld umgesetzt werden, ist abgesteckt.

Das zeigt sich schon in der Werbung. So richten sich 25 % aller Werbespots auf Produkte, mit denen das Kind täglich in Berührung kommt und die es sich ohne weiteres von seinem Taschengeld kaufen kann („Welt der Arbeit", 16.1.76).

Dabei wird darauf kalkuliert, daß die Kinder am ehesten auf die beklopften Werbesprüche wie „Fleißige Kinder kennen schon den Nimmerklecks" oder „Die ganze Sonne Kaliforniens in einer Flasche Anita Bryant" hereinfallen.

Jeder Supermarkt wird heute so eingerichtet, daß Produkte, die die Kinder selbst kaufen könnten oder die sie kennen und zu deren Kauf sie raten könnten, in Greifhöhe angeordnet werden.



Und noch mehr: Die Werbung zielt auch darauf, die leichte Zugängigkeit der Kinder für Werbung und ihr Konsumdrängeln („Ich hab' man was, was Du nicht hast!") über den Kreis der von Kindern verwertbaren Produkte auszudehnen. Das Kind soll den Eltern erzählen, daß man mit Lenor spült, mit Blendax lachen kann daß Papa abends mit Mon Cherie heimkehrt und vorm Einschlafen noch verspricht, morgen nicht ohne die neueste Schokolade von Tobler heimzukommen. Denn: *„49 % der Kinder beraten die Eltern beim Einkauf, veranlassen sie, einem bestimmten Produkt den Vorzug zu geben"* („Welt der Arbeit", 16.1.76). Diesen Werbemethoden entspricht die rücksichtlose Ausnutzung der Kinder als Werbeträger:

3 bis 6jährige Knirpse können zwischen 9 und 17 Uhr zwei Stunden täglich vor der Kamera „Rotbäckchen" trinken, für „Babily-Windeln" lächeln und strampeln, denn es ist angeblich unklar *„ob für ein Baby die Abgabe ganz natürlicher Lebensäußerungen überhaupt Arbeit im Sinne des Gesetzes ist"* („Welt der Arbeit", 16.1.76).

Das läßt sich die Werbeindustrie 2,1 Millionen Mark jährlich kosten, mit der zynischen Rechtfertigung, daß *„es eine Pflicht ist, auch schon das Kind als Partner im Marktgeschehen anzuerkennen"*.

Taschengeld — Lohn für Kinderarbeit?

Angesichts der Zugänglichkeit der Kinder für die kapitalistische Werbung und Kaufanreize sagen viele Eltern: Mein Kind kauft sowieso nur Bonbons, Eis usw. Also halte ich es kurz. Unterstützt wird diese Haltung durch die jahrhundertealte krasse Ungleichberechtigung der Kinder.

Entsprechend sind die Taschengeldzahlungen der Eltern — zudem in Abhängigkeit von ihren eigenen finanziellen Mitteln — relativ gering.

Diejenigen Kinder, die mit einem durchschnittlichen oder noch geringeren Taschengeld auskommen müssen, haben es ziemlich schwer, über den Monat zu kommen. Ein 14jähriger macht folgende Rechnung auf: *„Meine 18 Mark im Monat reichen für dreimal Kino, oder für fünf Glas Cola im Beatschuppen oder für eine Langspielplatte oder für einen Platz in der Musikhalle"* („Eltern", 1/77).

Diese Finanzmisere zwingt dann, kleine oder größere Jobs anzunehmen oder aus anderen Sachen Kapital zu schlagen. Einträglichste Einnahmequelle sollen dabei — laut „Eltern' — gute Schulnoten sein, für die es Extra-„Honorare" gibt. Dann folgen eine Reihe von Arbeiten unterschiedlicher Natur. Um Extrembeispiele dürfte es sich bei den folgenden beiden Berichten befragter Schüler handeln: *„Ich war schon beim Bauern, in der Kneipe, habe Getränkekisten transportiert, in der Baufirma Sand gefahren, Rüben gezogen, Zeitungen ausgetragen, alten Leuten geholfen usw. Reich bin ich nicht geworden. Aber ich konnte mir doch immer was leisten"* (Ein 14jähriger). *„Ich bin Meßdiener. Da kann man sich bei Begräbnissen, bei Hochzeiten und bei Kindstaufen ganz schön Geld verdienen. Bei Hochzeiten gratuliere ich dem Paar immer ganz herzlich. Dann lassen die was springen. Einmal hat mir eine Frau bei einem Begräbnis 10 Mark gegeben, weil ich so andächtig gewesen bin"* (Ein 8jähriger, beide laut „Eltern").

Für eine solidarische Taschengeldregelung!

Die Kapitalisten schlagen in Sachen Taschengeld mehrere Fliegen mit einer Klappe:

— sie profitieren aus der Kinderarbeit;
— sie ziehen den Kindern besonders leicht das Geld wieder aus der Tasche.

Gerade die Ergebnisse der „Eltern"-Umfrage zeigen, wie das herrschende Herangehen ans „Taschengeld" die Kinder dazu treibt, Schulstreß und gute Noten zu vermarkten.

Die Kinderarbeit, um das Zubrot zum Taschengeld zu verdienen, führt das fort: Für einen „Lohn", der kaum einer ist (zwischen 2 und 6 Mark) wird teilweise schwerste Knochenarbeit (besonders auf dem Lande) verrichtet.

Wer mit seinen Kindern in diese Suppe spucken will, muß sich an der Entwicklung einer solidarischen Taschengeldregelung beteiligen. Zum einen geht es hier um ein ganz konkretes Stück von Gleichberechtigung zwischen Kindern und Erwachsenen, um finanzielle Abhängigkeit bzw. — Unabhängigkeit. Zum zweiten geht es um eine Erziehung gegen kapitalistische Werbung, Konsumzwang, zur Einsicht in die Funktion des Geldes in dieser Gesellschaft.

Die Durchschnittswerte von Taschengeldzahlungen in der BRD an Kinder liegen sicherlich um einiges unter dem, was sich auch so mancher erwachsene(r) AK-Leser(in) für die Befriedigung persönlicher Bedürfnisse leistet. So berichtete ein Vater in einer fortschrittlichen Elterninitiative zu diesem Thema: Er sei mit seiner Tochter spazieren gegangen. Diese habe ein Eis haben wollen, was vom Vater mit der Begründung, man könne nicht an jeder Ecke Eis kaufen, abgelehnt wurde. Gleich darauf ging derselbe Vater an einen Zigarettenautomaten und zog sich eine Packung Zigaretten! Kurz: **Das Kind muß bitten, der Erwachsene kann — im Rahmen dessen, was er zur Verfügung hat — selbständig entscheiden.**

Doch nicht nur, daß dem Kind durch diese ökonomische Abhängigkeit vom Erwachsenen sein „Kindsein" sehr drastisch vor Augen geführt wird. Mit restriktiver Taschengeldvergabe werden ihm auch wich-
führt wird. Mit restriktiver Taschengeldvergabe werden ihm auch wich-
tige Schritte zur Selbständigkeit verunmöglicht. Wenig Geld läßt dem Kind regelmäßig nur die Möglichkeit zu entscheiden zwischen Eis und Schokolade.

Es kann nicht lernen, mit einem größeren Geldbetrag zu planen — und zwar mehr als kleine Konsumentscheidungen , z.B. Entscheidungen über Kleidung, Spielzeug, Bücher etc, d.h., Selbständigkeit und Selbstbewußtsein zu entwickeln.

Und die ander Seite?

Die Kinder müssen so früh wie möglich in die Finanzplanung einbezogen werden, d.h. wissen, wieviel Geld zur Verfügung steht, wo es herkommt, warum es so wenig ist und warum andere Leute (ohne Arbeit) viel mehr verdienen. Sie müssen wissen, wofür das Geld verbraucht wird (Miete, Haushalt usw.) und wieviel übrig bleibt für die Befriedigung von Bedürfnissen der Erwachsenen und der Kinder — und an diesem Betrag angemessen beteiligt werden.

Wir müssen uns der Auseinandersetzung mit den Kindern stellen gegen die dummdreiste Werbung, der sie jeden Tag ausgesetzt sind. Aufklären über die Anordnung in einem Supermarkt, die das Kaufen so verlockend macht.

Taschengeld ist eine Frage der solidarischen Auseinandersetzung zwischen Kindern und Eltern — gegen Konsumindoktrination und Werbung!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Auf einem CDU-Fachkongreß Ende November in Bonn haben zwei Tage lang Kriminalpraktiker, Wissenschaftler und Politiker über »Ursache, Wirkung und Bekämpfung des Terrorismus« diskutiert.

Übereinstimmendes Ergebnis: Der Krankheitserreger hat sich irgendwo im Marxismus angesiedelt, diesen gilt es zu tilgen!

Die naheliegende Forderung von CDU-Generalsekretär Geißler: *»Denunzierung unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates als spätkapitalistischer Ausbeuterstaat zeigt, wie notwendig es ist, die vorherrschende Kapitalismuskritik an unseren Schulen und Universitäten durch eine systematische Marxismuskritik zu ergänzen«*. Antikommunistische Indoktrination soll Pflichtfach werden (»Welt«, 30.11.77).

***

Die Schüler der 4. Klassen in Hamburg müssen in Zukunft die »deutsche Nationalhymne« lernen und singen. Bisher sollte sie im Unterricht nur »behandelt« werden. Die Forderung nach dieser Art Schulung des »Nationalbewußtseins« war nach dem Auftritt der GSG 9 in Mogadischu von CDU-Politikern, Springerpresse u.a. etc. erhoben worden (»Bild«. 22.11.77).

Nachdem wir im letzten AK über die Aufnahme des Machwerks »Hitler — eine Karriere« in den Bestand der Landesbildstellen berichtet haben, gibt es diesmal eine erfreuliche Meldung für Lehrer und Schüler: Viele Westberliner Lehrer haben beschlossen, sich mit ihren Schülern den Anti-»Bild«-Film von Günter Wallraff anzusehen. Der Schulsenator hat bestätigt, daß die Entscheidung über Filme als Unterrichtsmaterial in diesem Fall allein beim Lehrer liegt.

Und die Springer-Presse springt im Dreieck: *»In Berlin gibt man sich seit jeher besondere Mühe um das richtige Bewußtsein der Jugend. Extremistische ‚Kindertheater' leben davon, daß die bewußten Lehrer ihnen anvertraute Jugendliche dort hineintreiben. Jetzt werden Schüler klassenweise in den Anti-Bild-Hetzfilm des Günter Wallraff geführt, für vier Mark eintritt«* (»Welt«, 21.11.77).

Eine wirklich erfreuliche Bereicherung des Schulunterrichtes!

***

Wie jetzt bekannt wurde, hat der US-Geheimdienst in den Jahren 1959 und 1960 in Norwegen und Österreich auf Sommerlagern der »Childrens International Summer Villages« Kinder und Jugendliche gezielt beobachtet, um sie später eventuell als Agenten anzuwerben. Ähnliches wurde an US-Oberschulen praktiziert. Unbekannt ist, ob einige dieser Kinder inzwischen CIA-Karriere gemacht haben (»UZ«, 17.10.).

***

Im AK 117 berichteten wir über das einmalige Denkmal, das den 13 Mio. Kinderopfern des Hitlerfaschismus in Miedzylesie bei Warschau errichtet wurde: ein Kinderschutzzentrum und Kinderkrankenhaus! Nun sind die ersten Kinder angekommen. Inzwischen gingen fast eine Milliarde Zloty und rund sechs Mio. Dollar an Spenden ein.

Dort sollen jährlich etwa 70.000 Kinder aus Polen und dem Ausland behandelt werden (»UZ«, 21.10.77).



frauen



Isenbergheim-Bremen: Heimleiterin abgesetzt

Jetzt steht es fest: Die Heimleiterin des berüchtigten Isenbergheims Ingeborg Heilmann, wurde am 27.11. abgesetzt! Gleichzeitig wurden die folgenden Vorwürfe gegen die Heimleitung bestätigt:

– es gab weder Religionsfreiheit noch freie Arztwahl, es gab Essenszwang und Postkontrolle; schulpflichtige Mädchen mußten ohne Bezahlung in der Waschküche arbeiten.

– Die Heimleiterin hat Mädchen geschlagen.

Damit hat der Bremer Senat zugegeben, daß die Empörung gegenüber dem Isenbergheim berechtigt ist. Allerdings wurde am 27.11. auch deutlich, daß der Senat die Heimleiterin im Grunde nur deshalb fallengelassen hat, damit die Heimaufsicht des Landesjugendamtes reingewaschen werden kann. So wurde behauptet, daß das Landesjugendamt korrekt gehandelt habe. E i n e Verantwortliche für die skandalösen Zustände im Isenbergheim ist jetzt weg (allerdings wird sie in eine andere Einrichtung der Inneren Mission versetzt und kann dort weiter ihr Unwesen treiben!) – die anderen Verantwortlichen aber: Der Direktor der Inneren Mission, Pastor v. Aderkas und die zuständigen Mitarbeiter der Heimaufsicht sind immer noch unbehelligt und jetzt sogar vom Senat entlastet worden! Damit zeigt der Senat, daß es ihm nicht um eine tatsächliche Veränderung für die Mädchen geht. Im Moment sieht es im Heim nämlich so aus: Die Mädchen haben nicht einmal erfahren, warum die Heimleiterin geht.

Die Innere Mission möchte, daß die jetzige stellvertretende Heimleiterin Inge Engel – die Mitverantwortliche für die Zustände im Heim – die Nachfolgerin von Ingeborg Heilmann wird. Das ist die „Ruhe", die die Innere Mission meint. Die „Frauenaktionseinheit" aber will dafür sorgen, daß die Verantwortlichen für die Zustände im Isenbergheim keine „Ruhe" haben werden!

Zweite Verhandlung im Arbeitsgerichtsprozeß von Peter Brosch

Am 7.12. fand die zweite Verhandlung im Arbeitsgerichtsprozeß des Sozialarbeiters Peter Brosch gegen die Innere Mission statt. Die Verhandlung mußte schon vor der Zeugenvernehmung abgebrochen werden, weil die Anwältin der Inneren Mission, Stieringer, darauf bestand, daß die Todesfälle im Isenbergheim erst nach Ablauf der Strafprozesse behandelt werden. Das Gericht lehnte das ab, aber die Stieringer legte Beschwerde beim Landesarbeitsgericht ein, so daß der Prozeß erstmal vertagt werden mußte.

Die Rechtsanwältin Stieringer (CDU) gab schon einige Kostproben ihrer „Verteidigung":

– Gleich zu Anfang legte sie dem Richter eine Fotokopie eines Interviews des „Roten Morgen" mit Peter Brosch vor, um zu beweisen, daß er zu verfassungsfeindlichen Kräften Kontakt habe.

– Außerdem warf sie ihm vor, daß er verantwortlich für Presseberichte, Pamphlete von Verfassungsfeinden, Bomben- und Morddrohungen sei.

Außerdem leistete sie sich folgenden Schlag unter die Gürtellinie: Es sei ja bekannt, daß Peter Brosch „Homosexuelle Neigungen" habe – nicht nur aus seinem Buch (dort schildert er homosexuelle Beziehungen zwischen Heim-Jugendlichen), sondern er habe auch selbst vor Zeugen geäußert, daß er Beziehungen zu Männern habe. Daraufhin sagte der Richter, er habe auch Beziehungen zu Männern, daß gehöre überhaupt nicht hierher. Alle Achtung!!

Die Innere Mission ist tatsächlich sehr in die Enge getrieben und versucht jetzt, mit wildem Umsichschlagen zu retten, was noch zu retten ist.

Das soll ihr nicht gelingen!

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen



„Heimarbeit": So wie hier wurden auch die Mädchen im Isenbergheim systematisch ausgebeutet



Mädchenarbeitslosigkeit: Mädchen trifft's als erste und am schwersten

Wenn Hauptschülerinnen heute überhaupt eine Lehrstelle bekommen, dann bestenfalls als Verkäuferin, Sprechstundenhelferin, Bürogehilfin oder Friseuse. Über die Hälfte aller den Mädchen angebotenen Lehrstellen reduzieren sich auf diese vier Berufe.

Was für Arbeiterfrauen sowieso schon gilt, nämlich schwere Arbeit bei mieser Bezahlung und hohe Arbeitslosigkeit, das gilt für Mädchen ganz besonders. Der weibliche Anteil an den jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren betrug im September 1976 57,9% (gegenüber 49,9% im Jahr 75 und 53,8% im Jahr 74). Von 4.200 Dauerarbeitslosen unter 20 Jahren (das sind registrierte Arbeitslose, die länger als ein Jahr keine Arbeit haben), sind 60% Mädchen. Und von den unter 20-jährigen Arbeitslosen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sind 60,8% Mädchen. Diese Misere geht einher mit einer offenen Diskriminierung in Schule und Betrieb. So wollte z.B. die Münchnerin Claudia B. eine Schreinerlehre machen — als Vorausetzung für den Beruf Bühnenbildnerin.

In großen Betrieben wurde sie abgelehnt, weil es da schon genug männliche Bewerber gab. In Kleinbetrieben wurde sie nicht genommen, weil die erforderliche Damentoilette, die vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschrieben ist, nicht vorhanden war.

In einem ähnlichen Fall, wo eine Bewerberin um eine kaufmännische Lehrstelle abgelehnt worden war mit der Bemerkung, „daß wir in unserem Unternehmen keine weiblichen kaufmännischen Auszubildenden einstellen", will sich jetzt sogar Ministerin Donnepp einsetzen, weil sie darin einen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes sieht. Danach darf niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden.

Und wie sieht es mit der Berufsperspektive aus, wenn Mädchen tatsächlich mal eine Lehrstelle kriegen? Da geht die Diskriminierung voll weiter! Z.B. müssen nach dem Krankenpflegegesetz vom 20. September 1965 Bewerberinnen für Krankenpflegeschulen eine halbjährige hauswirtschaftliche Tätigkeit abgeleistet haben, von männlichen Bewerbern wird das nicht verlangt. Es ist immer noch so, daß 77% der erwerbstätigen Frauen sich auf 16 von über 500 Berufen konzentrieren. Es gibt heute auch schon wieder eine Reihe von Mädchen, die sich neben der Schule mit Jobben Geld zuverdienen müssen bzw. hoffen, in dem Betrieb später eine Lehrstelle zu bekommen. In Düsseldorf wurde dazu kürzlich eine Untersuchung gemacht, die folgendes ergab: Bei einer Umfrage in den Hauptschulen Düsseldorfs kam heraus, daß in elf Hauptschulen allein 21 Schülerinnen und Schüler auf der Suche nach einer Lehrstelle Opfer solcher schamlosen Ausbeuter geworden waren. 14 von den 21 erhalten keinen Pfennig für die tägliche mehrstündige Arbeit, weil man ihnen eine Lehrstelle für die Zukunft verspricht. Die Untersuchung ist noch längst nicht abgeschlossen... DGB-Kreisvorsitzender Hans Reymann spricht von „modernem Sklavenhandel". (Alle Informationen aus „Emma" Nr. 8/77 und „Solidarität"-Sonderausgabe, Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit des DGB.)

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

Gehen die Polizistenfrauen auf die Barrikaden?



„Deutschlands" Polizisten-Frauen können kein geregeltes Familienleben mehr führen; ihre Männer befinden sich in ununterbrochenem Einsatz zum Schutze aller Bürger. Zu Hause sind die Männer nur noch, um den nötigsten Schlaf zu bekommen! So jedenfalls soll nach dem Willen der Springerpresse eine Protestaktion von Westberliner Polizisten-Frauen begründet werden, die angeblich in einer Unterschriftensammlung an die Polizeigewerkschaft gegen die Überlastung ihrer Ehemänner protestiert haben.

Ob die Beschwerden der Frauen tatsächlich stattgefunden haben, oder ob „Bild" selbst wieder einmal eine Geschichte „aus dem Leben gegriffen" hat, ist dabei gar nicht entscheidend. Wichtig ist, daß hier wieder einmal an wirklichen oder angeblichen Interessen von Frauen angeknüpft wird, um reaktionäre Propaganda zu treiben.

Jede Frau wird die Forderung unterstützen können

Was die protestierenden Polizisten-Frauen — alle abgebildet als sympathische, gepflegte junge Frauen — vorbringen, wird jede Frau eines „abhängig Beschäftigten" unterstützen können. „*Es ist in keiner Weise mehr möglich, in der wenigen Freizeit meines Mannes etwas zu planen, weil kurzfristig die Dienstzeit verlängert wird oder zusätzliche Dienste angesetzt werden. Auch die Anrufbereitschaft engt die noch restlich verbliebene Freizeit unserer Familie auf ein unerträgliches Maß ein.*"

„*Unser Freundeskreis wird immer mehr eingeengt, mein Mann ist immer im Dienst.*"

„*Theoretisch hätte mein Mann einmal im Monat von Freitag mittag bis Montag mittag ein freies Wochenende. Das hat in diesem Jahr nur zweimal geklappt.*"

Dabei stellen die Frauen ja gar keine unmöglichen Forderungen: „*Daß ich in manchen Dingen zurückstecken muß, war mir schon vor der Hochzeit klar. Aber daß der Verzicht auf ein gemeinsames Familienleben so spürbar ist, hätte ich doch nicht vermutet.*"

Was müssen das für Arbeitsbedingungen sein! Jeder Kollege wird den Kopf schütteln, wenn er hört, daß „*allein in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. August von den Einsatzbereitschaften mehr als 200.000 Überstunden geleistet worden*" sind. „*Das stetige Anwachsen der Überstundenzahlen geht in astronomische Höhen*" — und das zu einer Zeit, wo in den Betrieben Verkürzung der Arbeitszeit und Überstundenabbau den Kollegen schmackhaft gemacht werden sollen.

Und wie Springer zu berichten weiß, steigt für diesen Arbeitseinsatz noch nicht einmal der Wohlstand der Familie, es wird auch nicht für ein kleines Eigenheim gespart. Denn die vielen Überstunden werden nur zum Teil bezahlt, der Rest soll „abgebummelt" werden, was — wie man ja jetzt weiß — wegen der anfallenden Arbeit gar nicht geht. „*Die angekratzte Polizistenherrlichkeit in Zahlen: Ein lediger Polizeianwärter wird mit 1.000 DM netto eingestellt. Mit 27 Jahren bekommt er seine Festanstellung als Beamter. Mit etwa 50 Jahren kann er im Durchschnitt Hauptmeister sein.*" Als Beamter im Ruhestand bleiben ihm — so „Bild" — netto 1.453 DM. Und zusätzlich: „*Nicht jeder geht als Hauptmeister ab. Um augenblicklich vom Obermeister zum Hauptmeister befördert zu werden, muß mit einer Wartezeit zwischen zehn und 20 Jahren gerechnet werden*"!

Und die Ursache?

Wie bei so vielen Dingen, die in unserem Staate faul sind, sollen auch an der Misere der Polizistenfamilien „die Terroristen" schuld sein: „*Tausende stehen rund um die Uhr im Einsatz gegen den Terrorismus*". „*Im Kampf gegen die Terroristen opfern sie nicht nur Gesundheit und Leben — sie haben auch fast keine Zeit mehr für ein geregeltes Familienleben*". Und von den „Terroristen" ist es bekanntlich zu politischen Gegnern ü b e r h a u p t nicht weit: „*Durch die gespannte Situation im Bereich der inneren Sicherheit sowohl was die Kernkraftwerke Grohnde und Brokdorf als auch die bundesweite Terroristenfahndung angeht*", seien die Polizisten ständig im Einsatz.

Klar ist, wenn die Ehefrauen für ihre Männer bessere Arbeitsbedingungen fordern, wird man eben mehr Polizei einstellen müssen: „*Tatsache aber ist, in der Bundesrepublik müßten laut Gewerkschaft 25.000 Polizeibeamte zusätzlich eingestellt werden, um die innere Sicherheit zu verbessern. So sind bei der Polizei des Bundes und der Länder zur Zeit 9.800 Planstellen nicht besetzt.*" „*Weitere 15.500 Polizisten müßten eingestellt werden, um die von den Innenministern angestrebte Verhältniszahl von einem Polizeibeamten für je 400 Bürger zu erreichen*".

Und weil wir Frauen ja eh nichts anderes im Kopf haben können als Mann, Familie und trautes Heim, bräuchten wir uns wohl um Todesschuß, Polizeiüberfälle, Überwachung demokratisch gesinnter Bürger und Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung nicht den Kopf zu zerbrechen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Münster: Lesben gewannen Prozeß gegen Infotisch-Verbot

Die Münsteraner Lesbengruppe „Homosexuelle Frauen Münsters" (HFM) hatte die Genehmigung für einen Infostand beantragt. Der Verwaltungschef verbot ihn. Begründung: Es bestehe daran kein öffentliches Interesse, und eine „Gefährdung von Kindern" sei nicht auszuschließen. Die HFM nahm diese hanebüchene Zensurmaßnahme nicht hin, sondern ging vor Gericht. Und gewann! Es nützte nicht einmal etwas, daß er Einspruch erhob; der Infostand wurde auch von der zweiten Instanz, dem OVG (Oberverwaltungsgericht) Münster, für legal erklärt. Soweit also ein Erfolg für die Münsteraner Lesben!

Nun hat aber vor gut anderthalb Jahren genau das gleiche OVG Münster einen Infotisch v e r b o t e n, der über Homosexualität aufklären sollte. Der Unterschied: er war von schwulen M ä n n e r n beantragt worden.

So bleibt für uns die Frage - ungeachtet, daß wir uns über den Sieg der HFM freuen -, ob das OVG Münster tatsächlich „liberaler" geworden sein sollte, oder ob die Richter vielleicht der Sexualität von lesbischen Frauen eine geringere „Zersetzungskapazität" oder „Gefährlichkeit" für Jugendliche (und was es an Verbots„begründungen" sonst noch gab) zumißt als der von schwulen Männern.

Leider konnten wir die beiden Urteilsbegründungen noch nicht miteinander vergleichen. Wir werden versuchen, das nachzuholen.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Nochmals zum Thema »frauenfeindlich«

Im AK 117 begannen wir mit dem Abdruck von drei Leserbriefen, die sich mit einem Artikel in AK 116 befaßten. Dabei ging es um einen Auftritt der Sängerin Jutta Weinhold auf einer Solidaritätsveranstaltung für das „Kinderhaus Heinrichstraße" in Hamburg. Ein Teil des Publikums hatte versucht, Jutta W. durch Pfeifen, Buh-Rufe etc. zum Abbruch ihres Auftritts zu zwingen, weil sie ihre Lieder mit eindeutigen sexuellen Bewegungen und Gesten begleitet hatte. Dies war z.T. für „frauenfeindlich" gehalten worden. Im AK 116 wurde zum einen der Vorwurf der „Frauenfeindlichkeit" in diesem Zusammenhang kritisiert, zum anderen auch das grundsätzlich Sektiererische eines solchen Vorgehens aufgezeigt. Dazu trafen massenhaft Leserbriefe ein – die meisten, die den AK bisher überhaupt zu einem bestimmten Thema erreichten. Fast alle Briefe wenden sich scharf gegen den Artikel in AK 116. Mit dem Abdruck eines Artikels der AG Frauen (Hamburg) und weiterer Leserbriefe wollen wir diesmal die Auseinandersetzung fortführen. Ein weiterer Artikel dazu folgt im nächsten AK.

„Zu Eurer Kritik am Auftreten der Genossinnen auf der Kinderhausveranstaltung bzgl. Jutta Weinhold meinen wir, daß es auch auf einer solchen Veranstaltung für diejenigen, die daran interessiert sind, die Möglichkeit geben muß, sich darüber auseinanderzusetzen, ob Juttas Auftritt nun frauenfeindlich war oder nicht. Zu kritisieren ist die Herangehensweise der Genossinnen an diese Frage, da nämlich Kritik auf dieser Ebene weder für Jutta noch für das Publikum vorantreibend war (das ist Euer Artikel allerdings auch nicht). Eure Feststellung, Jutta hätte ihre Lieder bisher so ans Publikum gebracht und würde das wohl auch weiter so tun, zeigt keinerlei Perspektive auf, wie sich die Genossinnen darüber hätten Klarheit verschaffen können, was frauenfeindlich war und was nicht. Es wäre sicher besser gewesen, wenn die Gen. versucht hätten, sich mit Jutta selbst über die Beweggründe ihrer „Masche" auseinanderzusetzen, zu fragen, warum sie so auftritt. Daß heißt ja nun nicht, daß frau Jutta Vorschriften machen will. Zu Hinterfragen wäre, warum die Genossinnen so auf den Auftritt Juttas reagiert haben; weil sie es wirklich unmoralisch fanden oder vielleicht eher, weil sie es nicht gut finden, sich auf diese Art zu verkaufen?

Der Anspruch der Genossinnen jedenfalls wird durch Eure Karrikatur total ins lächerliche gezogen. Frau stelle sich das vor: Da kommt ein völlig überlegener Typ, der gleich weiß, wo's lang geht und den betreffenden Genossinnen und Genossen Blindenbinden überreichen will. Eine solche Art von Kritik können wir nur als „unangenehm, unsolidarisch und dumm" bezeichnen.

Weiterhin ist uns nicht einsichtig, wie ihr darauf kommt, zu meinen, nicht den Symtomen des Kapitalismus den Kampf anzusagen, sondern dem kapitalistischen System selbst. Unseres Wissens gibt es keinen anderen Ansatzpunkt als Symtome, um Menschen für den politischen Kampf zu gewinnen. Wer fühlt sich denn vom kapitalistischen System allgemein und abstrakt betroffen? Außerdem halten wir es für politisch falsch, die Unterdrückung der Frau im öffentlichen Bereich (Betrieb, staatliche Repression) gegen die Unterdrückung im privaten Bereich auszuspielen. Das sind zwei Seiten einer Medaille, diese beiden Unterdrückungsformen haben die gleiche Ursache. Für Euch scheinen Aktionen gegen die sexuelle Unterdrückung zweitrangig zu sein – nach dem Motto, kümmert Euch erstmal um Leichtlohngruppen u.ä., dann sieht frau weiter –. Außerdem schmeißt ihr verschiedene Aktionen in einen Topf. Als ein Beispiel für ein etwas puritanisches Herangehen kann die Miß-Wahl in Braunschweig gesehen werden, weil es sich hierbei tatsächlich um eine „Holt-die-nackte-Frau-von-der-Bühne-Aktion" gehandelt hat, bei der keine(r) was lernen konnte. Bei solchen Aktionen kommt es immer darauf an, mit wieviel Witz und Pep frau die Sache aufzieht, damit der Beifall nicht von der verkehrten, der moralischen Seite kommt. Der kampf gegen die sexuelle Unterdrückung der Frau ist kein Abfallprodukt aus der Mottenkiste der Frauenbewegung, sondern in der richtigen Art und Weise kann er sogar dazu beitragen, die Ursachen der Frauenunterdrückung im Kapitalismus durchschaubarer zu machen. Nicht Leichtlohngruppen contra blanker Busen ist die Devise!"

Einige Mitglieder einer Göttinger Frauengruppe

•

„Die Solidaritätsveranstaltung vom 27. Okt.77 mit dem Kinderhaus in der Heinrichstraße fanden wir gut, und die Tatsache, daß Jutta Weinhold sich und ihre Anlage und Band kostenlos zur Verfügung gestellt hat, ist als sehr positiv zu bewerten. (...)

Die Publikumsreaktion, die sich in Buhrufen, Pfiffen etc. äußerte, wird als „schlechter, geschmackloser und humorloser als der Auftritt selbst" dargestellt. Heißt das, daß wir humorlos und verbissen sind, wenn wir eine Situation als frauenfeindlich erkennen und uns dazu äußern?

Heißt das, daß wir verklemmt sind wenn wir dagegen protestieren, daß die Frau nur als hirnloser Körper vermarktet wird? Damit unterstützt man genau die Männer und auch Frauen, die frauenfeindliche Sprüche bringen und sagen, man besäße keinen Humor, wenn man nicht mitlacht!

Es liegt doch wohl ein gewisser Opportunismus darin, wenn wir uns einerseits auf frauenfeindliche Darbietungen und Situationen sensibilisieren, und es gelernt haben, darauf öffentlich zu reagieren, aber wir andererseits n u r total rational sein dürfen, weil J. W. für's Kinderhaus spielt!

Die einzige Frage, die wir uns stellen, ist: Warum haben die Buhrufer nicht auch beim Auftritt von Rudolf Rock & den Schockern gepfiffen, da sie doch mit ihrer „Sexy Hexy" eine genauso frauenfeindliche Show abzogen.

Ihr sprecht in Eurem Artikel davon, daß „noch keine Frauengruppe, die bei solchen Sex-Aktionen so laut I-gitt schreit, mit der gleichen Intensität die zahlreichen Frauenbetriebe mit dem Stempel frauenfeindlich bepflastert hat und dann auch noch versucht hat, des den Betriebsangehörigen klar zu machen". Wir meinen, daß das nicht auf jede Frauengruppe zutrifft, die solche Störaktionen startet.

Wir sind z.B. eine Frauengruppe, die versucht, Betriebsarbeit zu leisten, und sind trotzdem nicht generell gegen Störaktionen (z.B. bei Miß-Wahlen).

Man kann Betriebsarbeit und Publikumsreaktionen wie beim Kinderhausfest nicht gegenüberstellen, weil man im Betrieb eher die Möglichkeit hat, auf Kolleginnen und Kollegen einzugehen, während man auf einer Veranstaltung nicht die Möglichkeit hat, sofort mit den Betroffenen zu diskutieren.

Das heißt nicht, daß wir eine Diskussion mit J.W. ablehnen, sondern daß wir sie begrüßen würden.

Eine Hamburger Frauengruppe

•

Die Kritik der AG Frauen an den Pfaffen für J.W. und die Anmerkung der Radaktion finde ich berechtigt.

Richtig ist auch, daß die Frauenbewegung sehr viele wichtige Bereiche der Frauenunterdrückung gar nicht oder zu wenig aufgreift; aber dadurch, daß es falsch ist, n u r Frauenboxveranstaltungen anzugreifen, und daß man das auch sektiererisch machen kann, dadurch wird diese Unterdrückung und dieses kaputte Bewußtsein bei Männern (und Frauen), was dort weiterproduziert wird, nicht weniger frauenfeindlich.

Auch beim Auftreten von JW bleibt, daß diese Auftrittsform objektiv frauenfeindlich ist, weil sie Frauen und Genossinnen ihren Kampf erschwert, und die Genossen und Männer, die ihr Frau-Brüste-und-Po-Bewußtsein in Angriff genommen haben, evtl. zu Rückschritten veranlaßt.

Ich möchte Claudie Broyelle zum ‚Schönheitsideal' zitieren, weil ich meine, daß dasselbe auch für das Auftreten als „unerhört besexter Vamp" und ähnliches sich-als-Sexobjekt-anbieten übertragbar ist:

„In allen Klassengesellschaften ist die weibliche Schönheit jeweils von den herrschenden Klassen diktiert worden. Sie bestimmen im Namen der ganzen Gesellschaft, was eine schöne Frau ist. Um bei uns schön zu sein, muß man jenen Frauen der Bourgeoisie ähneln, die reich sind und nichts zu tun haben, und die ihre gesellschaftliche Position in ihren Attitüden, ihren Kleidern, ihren Frisuren und ihren Gesten zur Schau stellen ... Diese Schönheitsideale zu erreichen, ist für arme Frauen nicht nur in finanzieller Hinsicht schwierig oder gar unmöglich, sondern auch deshalb, weil sie eine ganz bestimmte Lebensart fordern. Auch in ‚aufgeputzten' Zustand schwitzt eine Frau, wenn sie auf den Feldern oder am Fließband arbeitet, werden ihre Arme und ihr Körper muskulös und ihre Hände rauh; auch eine ‚zurechtgemachte' Hausfrau, die wäscht, bügelt, kocht und den Boden wischt, hat ein von physisch und nervlicher Ermattung gezeichnetes Gesicht. Und dennoch ist der Mann, mit dem sie lebt, wie die anderen, dazu bestimmt, jenen Schönheitstyp zu begehren, den sie nicht vertritt; auch darin liegt ein wesentlicher Teil der sexuellen Repression" (C.B.: Die Hälfte des Himmels, S. 167/168).

– Übrigens sehr lesenswerte Kapitel zu diesen Fragen!

Im Kampf gegen die Objektrolle der Frau fällt uns JW's Auftritt objektiv in den Rücken und ich ärger mich darüber, als Nebenprodukt davon, daß ich's prima find, was sie fürs Kinderhaus getan hat. (nochmal: Sie dafür auszupfeifen, finde ich falsch.)

Denn nebenbei wollen wir allerdings auch schon jetzt die Objektrolle konkret abbauen (nicht nur unter Genossen!), und dazu reicht es nicht, nur abstrakt zu sehen, „daß ein derartiges Zuschaustellen von Frauen Ausdruck der bürgerlichen Sexualität ist." Aber daneben zu schreiben, daß Jutta halt „ihre Musik mit der Beschäftigung mit ihrem Körper verband, was von Teilen des Publikums wohl als ‚frauenfeindlich' mißverstanden wurde" (. (. . .). Dieser Auftritt und die harmlose Beschreibung dessen durch die AG Frauen und Kinderkommisssion verstärkt wieder die Haltung unter Männern und auch Genossen, daß es „doch ganz hübsch anzugucken ist, wenn 'ne Frau die Titten schüttelt" (Zitat eines Genossen, und er war wohl nicht der einzige!). Deshalb gegen eine solche Auftrittsform was zu haben (Und gegen das Bewußtsein der Typen, die entsprechend geguckt haben, erst recht!), hat nichts, aber auch gar nichts mit Prüderie zu tun! Da wird nämlich keine freiere Sexualität, sondern ganz genau die kaputte Darstellung von Sexualität und Frau als Ware gezeigt. Es ist was ganz anderes, wenn z.B. in einem Film u.a. gezeigt wird, wie Leute schmusen, nackt sich zeigen, usw., wenn Sexualität als Teil einer Beziehung gezeigt wird, der dazu gehört. Das find ich schön und freu' mich darüber. Auch toll, wie das „Grips-Theater" z.B. in seinem Aufklärungsstück Sexualität. Liebe, Körper, Orgasmus frei und ‚natürlich' zeigt. Nur sind das zwei völlig verschiedene Arten von „freier Sexualität"!(Im Gegensatz zur Prüderie)

Wer diese beiden Formen auch nach Diskussionen darüber nicht unterscheiden will, fällt mir in meinen Kampf in den Rücken. Wer Juttas Geturne und Gezerre, und auch die entsprechenden Revi-Plakate (Und das mit Marx und Angela Davis ist nur ziemlich harmlos), wer das einfach schön findet, der starrt wahrscheinlich auch eher auf'n Busen von Frauen, statt ihnen zuzuhören. Wie will der Frauen ernst nehmen? (. . .)

Eine Dortmunder Genossin

•

„Es ist gut, daß die Debatte um den Auftritt von Jutta Weinhold so viel Staub in der Organisation aufgewirbelt hat. Meiner Stellungnahme vorausschicken möchte ich, daß m.E. die Auftrittsweise von J.W. durchaus als „frauenfeindlich" angesehen werden könnte (nicht im Sinne eines bequemen großen Stempels, aber doch wohl inhaltlich). Das ist aber ein a n d e r e s Thema, das ausführlicher zu erörtern wäre. Wesentlicher erscheint mir etwas ganz anderes: Was bedeutet es, wenn in einer Zeit rasanter Rechtsentwicklung, wo unsere Genossinnen und Genossen im Knast ermordet werden und der Polizeistaat Orgien feiert, was bedeutet es, wenn in so einer Zeit Dutzende von Genossinnen und Genossen pfeifend und johlend über eine Frau herfallen, die sich auf einer Veranstaltung zugunsten eines demokratischen Alternativ-Projekts produziert? Ist diese Frau mit ihren exhibitionistischen Auftreten denn unser Feind?!

Manche sagen, man habe J.W. überzeugen wollen. Indem man sie durch Pfeifen und Johlen so fertig machen wollte, daß die Frau den Tränen nahe war? Und wovon überzeugen? Sollte sie überredet werden, sich in ihrem Beruf, wo letzten Endes alles auf Verkauf beruht, auf andere A r t zu verkaufen?

Und weiter: Wenn die betreffenden frauenfreundlichen Genossinnen und Genossen konsequent wären, so sollten sie als nächsten Schritt mal Agitprop-Trupps bilden, die in St.Pauli rumlaufen, um den Prostituierten dort ernsthaft das Schändliche und Frauenfeindliche ihres Tuns vorzuhalten und sie davon zu überzeugen, eine „anständige Arbeit" anzunehmen. Anschließend könnten sich die Frauenfreunde mal die Striptease-Lokale, „Folter-Keller" etc. vornehmen und auch dort „kommunistische Politik hineintragen". Gegen das dort Übliche war der Auftritt von J.W. doch glatt bieder!

Ich meine schon, daß der in einem Artikel verwendete Begriff „Heilsarmee" hierfür passend ist. Auch albanische Moralvorstellungen und Kleidervorschriften sehe ich da in greifbare Nähe gerückt. Der Versuch, losgelöst von revolutionären Bedingungen und losgelöst vom Vorhandensein einer Massenbewegung den Kampf an der Front von Kultur und Moral zu führen, kann wohl leicht zu sektiererischen und dummen Aktionen führen, die nicht nur überflüssigerweise wichtige Kräfte kosten, sondern die überdies unsere Politik in eine falsches Licht bringen (indem sie uns – da schlecht vermittelt – als prüde, engstirnig und intolerant erscheinen lassen) und die uns nebenbei auch noch in unliebsame Nachbarschaft reaktionärer „Sittenwächter" bringen. Die Sache kehrt sich überdies vollends gegen uns, wenn wir über die lohnabhängigen Akteure „frauenfeindlicher" Veranstaltungen herfallen, statt uns an die Profitmacher zu halten.

Heute, wo es zweifelsfrei nicht möglich ist, durch direkte Aktionen „frauenfeindliche" Veranstaltungen generell abzuwenden und damit die „Frauenfeindlichkeit" zurückzudrängen, sondern wo im Gegenteil die politische Freiheit überhaupt, unsere Organisation, das Leben der Genossinnen und Genossen im Knast usw. auf dem Spiel steht (und eben auch die Frauenfeindlichkeit auf dem Vormarsch ist), kann m.E. auch die Frage von Aktionen gegen „frauenfeindliche" Veranstaltungen (und dabei muß man auch noch höllisch genau differenzieren zwischen exhibitionistischen Auftritten wie dem von J.W., zwischen „normaler" – d.h. nicht inhumaner und frauenfeindlicher – Pornographie, sadistischen und faschistoiden Verzerrungen von Sexualität, brutalen Zurschaustellungen wie dem „Frauenboxen" u.a.m.) nur im Zusammenhang einer demokratisch-antifaschistischen Strategie gesehen werden. Das heißt: Kann unsere konkrete Aktion, unsere konkrete Agitation und Propaganda dem Zweck dienen, die Front zur Verteidigung der politischen Freiheit usw. zu verbreitern oder schadet sie ihm vielleicht im Gegenteil sogar? Können wir dadurch neue Kräfte in den Kampf einbeziehen oder stoßen wir sie vielleicht eher ab? Was dies angeht, ist die Antwort auf den Auftritt von J.W. eindeutig und klar: Hier wurde überflüssigerweise Porzellan zerschlagen. Und übrigens: Das „frauenfeindlich"ste an jenem Abend war für mich eigentlich die z.T. geradezu sadistische Art und Weise, wie viele Genossinnen und sicher Genossen die Jutta Weinhold (zweifellos eine Frau!) von der Bühne zu jagen versuchten. Daß man Menschen, die uns ein Stück helfen, s o nicht behandeln darf, ist sicher nicht bloß eine Frage politischer Zweckmäßigkeit!"

Ein Genosse der AK-Redaktion

Nur „eine Variante des Vorspiels"?

Milde Strafe für Dr. Schwein

Viel zu gut davongekommen ist kürzlich vor Gericht der Hamburger Psychiater und Neurologe Dr. J. Er hatte nicht bloß seine Stellung ausgenutzt, um mehrere Schwesternschülerinnen zu sexuellen Beziehungen zu nötigen, sondern hatte dazu auch noch eine der widerlichsten, frauenfeindlichsten Formen gewählt: Der Dr. Schwein aus Hamburg »konnte es« nur, wenn er die Mädchen mit seinem Ledergürtel oder sonstigen Gegenständen auspeitschte. Aussage eines seiner Opfer: *»Manchmal habe ich tagelang nicht sitzen und liegen können — so hat es geschmerzt!«* (Zitate und Bericht nach „Bild" vom 30.11.). Mit diesem Mädchen besuchte der Dr. Schwein auch einen kommerziell betriebenen »Folterkeller« auf St. Pauli (ja, sowas gibt's offenbar auch schon!), wo er sie wohl mit besonderem Lustgewinn fesseln und auspeitschen konnte. Der „Bild"-Journalist, ein Wolf-Rüdiger Kruse, nennt das *»intime Begegnungen«* ! ... 20 bis 30 davon habe es mit dieser einen Schwesternschülerin gegeben.

Dr. Schwein wurde vom Gericht und von der Schweinepresse mit größtmöglicher Schonung bedacht. So drohte der Herr Doktor einfach: *»Ich sage kein Wort, solange Zuhörer im Saal sind!«* — und promt folgte das Gericht dem Wunsch und schloß die Öffentlichkeit aus. Natürlich wird auch die Identität des Dr. J. von der Presse nicht preisgegeben — so ein vornehmer Mann, es könnte doch seinem Ruf und seinem Geschäft schaden! . . . Nicht mal ein Foto vom Dr. J. wurde veröffentlicht. Dafür brachte die „Bild" aber eines der Opfer im Foto, wie sie erschreckt in die Kamera starrt. Unterschrift dazu: *»Neun Monate lang war Inge R. die Geliebte des Chefarztes. Sie ließ sich fesseln und auspeitschen«.* Geliebte? Liebe? Naja ...

Ein Prof. Dr. Schorsch vom Hamburger Institut für Sexualwissenschaften — ein Mann, der übrigens bei manchen Leuten aus gottweiß was für Bründen als »fortschrittlich« gilt! — gab dem Herrn Kollegen dann mit seinem Gutachten die entscheidende Schützenhilfe: Der Dr. J. sei kein Sadist, sondern *»Das Auspeitschen gilt heute in weiten Kreisen der Bevölkerung als e i n e Variante des Vorspiels. ... Und weil sich die Mädchen offenbar ganz gern auspeitschen ließen«* (so der „Bild"-Schreiber!), wurde das Verfahren schließlich gegen eine läppische „Geldbuße" von 5000 DM e i n g e s t e l l t ! Es muß ja auch ein Riesenspaß sein, sich so grün und blau schlagen zu lassen, daß es tagelang schmerzt ...

So geht es zu, wenn sich ein Herr Dr. an „jungen Dingern" aus der arbeitenden Klasse ein bißchen Vergnügen macht. Da fragt kein Gericht nach Recht und Gesetz, wie etwa dem Gesetz gegen ‚Unzucht mit Abhängigen' (hier in geradezu klassischer Weise erfüllt!) oder dem Gesetz gegen Körperverletzung. Mit d i e s e r Art von „Freiheit", das ist wohl klar, wird's im Sozialismus vorbei sein!



Erfolgreiche Aktion gegen Frauenboxen in Neu-Isenburg

Am 5. und 6. Dezember sollte im Bürgerhaus in Neu-Isenburg ein Frauen-Boxen selbstverständlich „obenohne", stattfinden. Dagegen gab es in Neu-Isenburg und Umgebung starke Proteste. Zu den Gegnern dieser brutalen Sex-Show gehörten die unterschiedlichsten Kräfte wie das Frauenzentrum Neu-Isenburg, JZ Neu-Isenburg, Club Voltaire Neu-Isenburg, Frauengruppe Langen, KB Sympathisanten Langen sowie SPD-Frauen und das Lokal-Blättchen „Dreieich-Spiegel". Genauso unterschiedlich waren auch die Argumentationen. Sie reichten von Befürchtungen, die öffentlich Ordnung könne gefährdet und die Vorstellungen von „Moral, Anstand und Würde" verletzt werden (SPD-Frauen, Frauenzentrum). Über „Keinen Porno-Sport" („Dreieich-Spiegel") bis zu der auch von uns vertretenen Position, daß solche Veranstaltungen ein Ausdruck davon sind, in welche Rolle die Frau in dieser Gesellschaft gedrängt wird.

Die Stadt kündigte daraufhin den Mietvertrag unter formalen Vorwänden. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß man nicht die Aufgabe eines „Sittenwächters" übernehme und die Kündigung nicht mit den „Bürgerprotesten" zu tun habe. Obwohl das Landgericht Darmstadt auf Betreiben des Veranstalters die Kündigung nicht anerkannte, blieb das Bürgerhaus geschlossen, weil die einstweilige Verfügung der Stadt nicht rechtzeitig zugestellt worden war. Trotzdem versammelten sich am Abend vor dem Bürgerhaus ca. 300 Menschen zu einer Demonstration gegen das Frauen-Boxen. Dabei gab es noch einen brutalen Knüppel-Einsatz der Polizei, wobei zwei Frauen verletzt wurden. Andere Frauen wurden an den Haaren gezogen und über den Boden geschleift. Außerdem wurden vier Demonstranten vorübergehend festgenommen. Gegen sie wird wegen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Nötigung, Beleidigung und Körperverletzung „ermittelt".

KB Sympathisanten Langen

Frauenboxen: Erniedrigung der Frau „hinnehmbar"!

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen sah sich veranlaßt, ein Frauenboxturnier im Ruhrgebiet ausdrücklich zu gestatten. Die Begründung: Es würden zwar *»sexuelle Reize in wenig geschmackvoller, würdeloser, ja aggressiver Weise«* dargeboten, dennoch sei die Menschenwürde nicht verletzt, weil die Frauen sich freiwillig in den Ring begeben würden („WAZ", 24.11.77). Die Richter äußerten zwar »starke Bedenken«, aber die *»untere Grenze einer noch hinnehmbaren Erniedrigung der Frau«* sei nicht soweit unterschritten, daß die Veranstaltung verboten werden müsse. (Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, nach „WAZ" vom 24.11.77).

KB/Gruppe Bochum



Kriegsverbrecher in Holland aufgespürt

Das Dokumentationszentrum über NS-Verbrechen in Wien hat erneut einen Kriegsverbrecher aufgeführt: Der Chef des ehemaligen Ghettos Papa in Ungarn hatte sich in Holland verkrochen und war bei der holländischen Staatseisenbahn beschäftigt. Dieser Mann, Dr. Zoltan Papp, war 1951 vom Budapester Militärgericht verurteilt worden, weil er 1944 als Gendarmeriekommandant in Papa das Ghetto geplant, mit seinen Gendarmen alle Juden hineingetrieben, und sie schließlich ins Vernichtungslager Ausschwitz-Birkenau geschickt hatte. 1956 war er aus dem ungarischen Gefängnis geflohen und hatte sich in Holland als „politischer Flüchtling" ausgegeben.

Die holländischen Gerichtsmühlen mahlen offenbar ein bißchen schneller als die der BRD: Die niederländische Justiz hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.
(„tat", 9.12.77).

Kein „Auschwitz-Kongress" in Frankfurt!

Nach einem gescheiterten Anlauf

trums angesiedelte politische Organisation" gelte!

Internationale Antifa-Kundgebung in Köln geplant

Am 3.12.77 tagte in Köln das Vorbereitungskomitee für eine internationale Kundgebung, die am 22. April 1978 in Köln stattfinden soll. Teilnehmer waren Vertreter der internationalen Förderation der Widerstandskämpfer und acht Widerstandsorganisationen, Verfolgtenorganisationen und Lagergemeinschaften aus fünf europäischen Ländern.

Das Vorbereitungskomitee beschloß:
- Am 22. April 1978 in Köln eine internationale Kundgebung „Für die Auflösung der SS-Verbände – gegen die Rehabilitierung des Nazismus" durchzuführen, zu der
- alle ehemaligen Widerstandskämpfer, die Hinterbliebenen der Opfer des Nazismus und ihre Organisationen,
- alle vom Nazismus aus politischen, rassischen und religiösen Gründen Verfolgten,
- alle Opfer des Nazikrieges

aufgerufen sind. („tat", 9.12.77).

Kappler wieder in Soltau

Schlagartig am 29.11. lüftete die bürgerliche Presse den Schleier eines offenen Geheimnisses:**„Kappler bewacht wie ein Staatsmann"** (Hamb. Morgenpost),**„Zwei Polizeibeamte bewachen Kappler rund um die Uhr"**(„Welt"); **„Der Kappler genießt fast schon Ministerschutz"** (FR); **„Wie Kappler aussieht, das wissen auch hier nur wenige"**(FAZ).



Wir möchten diese Berichte gern etwas ergänzen.

Der Boden für die Heimkehr des SS-Mörders Kappler nach Soltau wurde seit Monaten systematisch bereitet. Besonders bemühte sich Soltaus Bürgermeister Rothard, Kreisvorsitzender der rechten CDU-Abspaltung „Freie Union". Es äußerte sich bereits am 18.8. im „Hamburger Abendblatt":*„Und jetzt bekennen sich die Soltauer erst recht zu dieser Frau und ihrem Husarenstück – das ja keinen Schaden anrichtete. Ihre mutige Tat war erstklassig durchdacht, auch in den juristischen Konsequenzen"*. Diese Bewunderung hat ihn dann wohl auch veranlaßt, den Vertrag der Frau Kappler mit der „Bunten" für ihre Story zu vermitteln – 200.000 DM bekam Frau Kappler dafür.

Protestaktionen gegen den Massenmörder Kappler hingegen werden in Soltau (Wahlergebnisse: Freie Union 10,8%, CDU 45,8%, SPD 35,6%, FDP 5,9%, NPD ein Sitz) nicht gern gesehen. So wurde eine Anti-Kappler Demonstration mit etwa 500 Teilnehmern von der lokalen „Böhme-Zeitung" am 20.08. mit der Überschrift bedacht:**„Die Chaoten fielen am Freitag in Soltau ein"**. Für eine Diskussionsveranstaltung der „Chaoten" war leider kein Raum frei, wohingegen es für den NPD-Abgeordneten Etzler ein leichtes war, für die Faschisten der Zeitschrift „Mut" einen Saal zu mieten. Die aus Norddeutschland angereisten Jungfaschisten, die vor Kapplers Haus „Ehrenwache" hielten, wurden von einem Lebensmittelhändler mit Essen versorgt. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um das Soltauer Klima zu beschreiben.

Inzwischen ist in Soltau bekannt, daß Kappler wieder in der Wilhelmstr. 6 wohnt, daß der Innenhof taghell mit riesigen Scheinwerfern erleuchtet wird, daß rund um die Uhr zwei Polizisten in einem Wohnwagen auf dem Hof Wache schieben, um Unbefugten das Betreten unmöglich zu machen. Vor zwei Wochen wollten einige junge Leute aus Soltau testen, wie die Bullen reagieren, wenn der Hof betreten wird, und sie machten folgende Erfahrung: zunächst totale Kontrolle, dann wurden einige von ihnen eine Stunde lang auf der Polizeiwache festgehalten. Einem Reporter der „Böhme-Zeitung" wurde von den Bullen die Kamera von der Schulter gerissen. Dem Landrat Buhr, der sein Auto in einer Garage auf dem Hof stehen hat, wurde deutlich gemacht, er solle nicht über den Hof schlendern, sondern schneller gehen. (FAZ, 29.11.77).

Doch auserlesene Personen haben das Vergnügen, Herrn Kappler persönlich zu begrüßen. So berichtet z.B. eine Frau von Kapplers Patientinnen, daß er bei einigen Behandlungen anwesend gewesen sei. Offensichtlich soll es die Soltauer Bevölkerung auch noch als Privileg betrachten, auf den SS-Mörder zu treffen. Andere haben nämlich nur die Möglichkeit, Kappler auf seinen Spaziergängen, die er scharf bewacht z.B. im Naturschutzpark macht, heimlich zu beobachten. Gelegentlich begleitet Kappler seine „tapfere" Frau auch bei Einkäufen in der näheren Umgebung, da es ihm gesundheitlich ja nun schon besser geht.

In den Presseberichten zerbrechen sich die Reporter noch immer den Kopf, wo Kappler nach der Flucht versteckt worden ist. Die FAZ u.a. vermutet, er habe *„in der nahegelegenen niedersächsischen Pocken- und Quarantänestation Ebstorf gelebt, zu der Unbefugte keinen Zutritt haben"*. Dem können wir noch hinzufügen, daß es dem Massenmörder auch in Wietzendorf nicht an Freunden mangelt – er hat dort einige Tage bei einer Familie K. gelebt. Herr K. hat Verbindungen zur NPD.

Inzwischen hat sich Anneliese Kappler Gedanken gemacht, wo sie ihren Mann für die offensichtlich plötzlich nicht mehr gezählten Tage komfortabel unterbringen kann. Sie hat die Absicht, eine Villa mit großem Park mitten in Soltau zu kaufen – für die Kleinigkeit von rund 300.000 DM. Diese Summe ruft Erstaunen hervor, hatte Frau Kappler doch noch am 29.8. im Fernsehen gejammert:*„Ich bin an die Grenze des Ruins gegangen. Ich habe sogar den ererbten Schmuck meiner Mutter verkaufen müssen"*.

Offenbar haben Kapplers außer den 200.000 Märkern von der „Bunten" auch noch andere Geldquellen aufgetan. Im übrigen liegt die Vermutung nahe, daß Kappler entweder eine Rente bezieht oder (und?) eine saftige Entschädigung erhalten bzw. zu erwarten hat.

Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum

rassischen und religiösen Gründen Verfolgten,
- alle Opfer des Nazikrieges
aufgerufen sind. („tat", 9.12.77).
daß Kappler wieder in der Wilhelmstr. 6 wohnt, daß der Innenhof taghell mit riesigen Scheinwerfern erleuchtet wird, daß rund um die Uhr zwei Polizisten in einem Wohnwagen
bei Einkäufen in der näheren Umgebung, da es ihm gesundheitlich ja nun schon besser geht.
In den Presseberichten zerbrechen sich die Reporter noch immer den
eine Rente bezieht oder (und?) eine saftige Entschädigung erhalten bzw. zu erwarten hat.
Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum

Kein „Auschwitz-Kongress" in Frankfurt!

Nach einem gescheiterten Anlauf in Nürnberg (im August) will der Alt-Nazi Erwin Schönborn, Chef des KDS („Kampfbund Deutscher Soldaten") und enger Spezi des Radau-Faschisten Roeder, am 17.12. in Frankfurt einen „Auschwitz-Kongreß" zur Verhöhnung der NS-Opfer durchführen. Schönborn tritt dabei im Namen der kürzlich gegründeten „Aktionsgemeinschaft Nation Europa" (ANE) auf, die eventuell auch als rechtradikale Wahlpartei dienen soll. Das V e r b o t der Provokation wurde bisher gefordert von der Bürgeraktion gegen Neo-Nazismus, einem Redakteur der „az" (Frankf. Altanativzeitung) und dem KB in einem gemeinsamen Flugblatt, sowie von der VVN, dem Vorstand der SPD Hessen-Süd und dem PDI.

Meint Wehner das ernst?

Herbert Wehner (SPD) kündigte an, daß seine Partei etwas auf gesetzgeberischer Ebene dagegen unternehmen will, daß zunehmend Schallplatten mit Reden aus der Nazizeit auf den Schallplattenmarkt kommen, die ohne jeden Kommentar und jede Distanzierung den Faschismus verherrlichen.
Hoffentlich bleibt es nicht nur bei der Ankündigung! („FR", 2.12.77).

Urteil gegen die NPD mit Fallstricken

„Beamtete Mitglieder von extremistischen Parteien dürfen mit der Begründung der Verfassungsfeindlichkeit dieser Organisationen disziplinarisch und beamtenrechtlich belangt werden, auch wenn das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Verfassungsfeindlichkeit nicht ausdrücklich festgestellt hat". („SZ", 22.11.77). So urteilte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in einem Verfahren gegen die NPD (AZ: IV - 499/77), nachdem zuvor in den beiden bekanntesten Fällen von NPD-Lehrern, Deckert und Kosiek, den Nazis sämtliche juristischen Hintertürchen weit offen gestanden hatten und sie nach wie vor im Öffentlichen Dienst tätig sind.

Man wird sehen, ob die beiden nun endlich rausfliegen!

Wesentlich mehr Bedeutung dürfte das Urteil wohl bei Berufsverboten gegen Demokraten und Kommunisten bekommen. Im oben zitierten Urteil fehlt denn auch der Hinweis nicht, daß das Urteil auch „für auf dem linken Flügel des Parteienspe-

Endlich mal: Hakenkreuz-Nazi verurteilt!

Zu DM 5.400,- Geldstrafe verurteilte das Landgericht Lüneburg den „Sachverständigen für das Dritte Reich" und „Geschäftsführer des Deutschen Wehrmachtsmuseums" Soltau (!), Lothar Hartung.

Bei einer Hausdurchsuchung am 19.3.76 waren in dessen Haus mehrere hundert frischgedruckte NSDAP-Plakate, Flugblätter mit Hitlerbildern sowie Waffen gefunden worden.

Vom Richter wurde das Urteil (nach StGB § 86a, u.a. Verbot von Nazikennzeichen) begründet: *„Das Hakenkreuz soll sich nie wieder einbürgern"*. Auch der Staatsanwalt beantragte eine Bestrafung, da Hartung *„gedanklich weiterhin zu dem stehe, was er vertrieben"* habe („tat", 2.12.77).

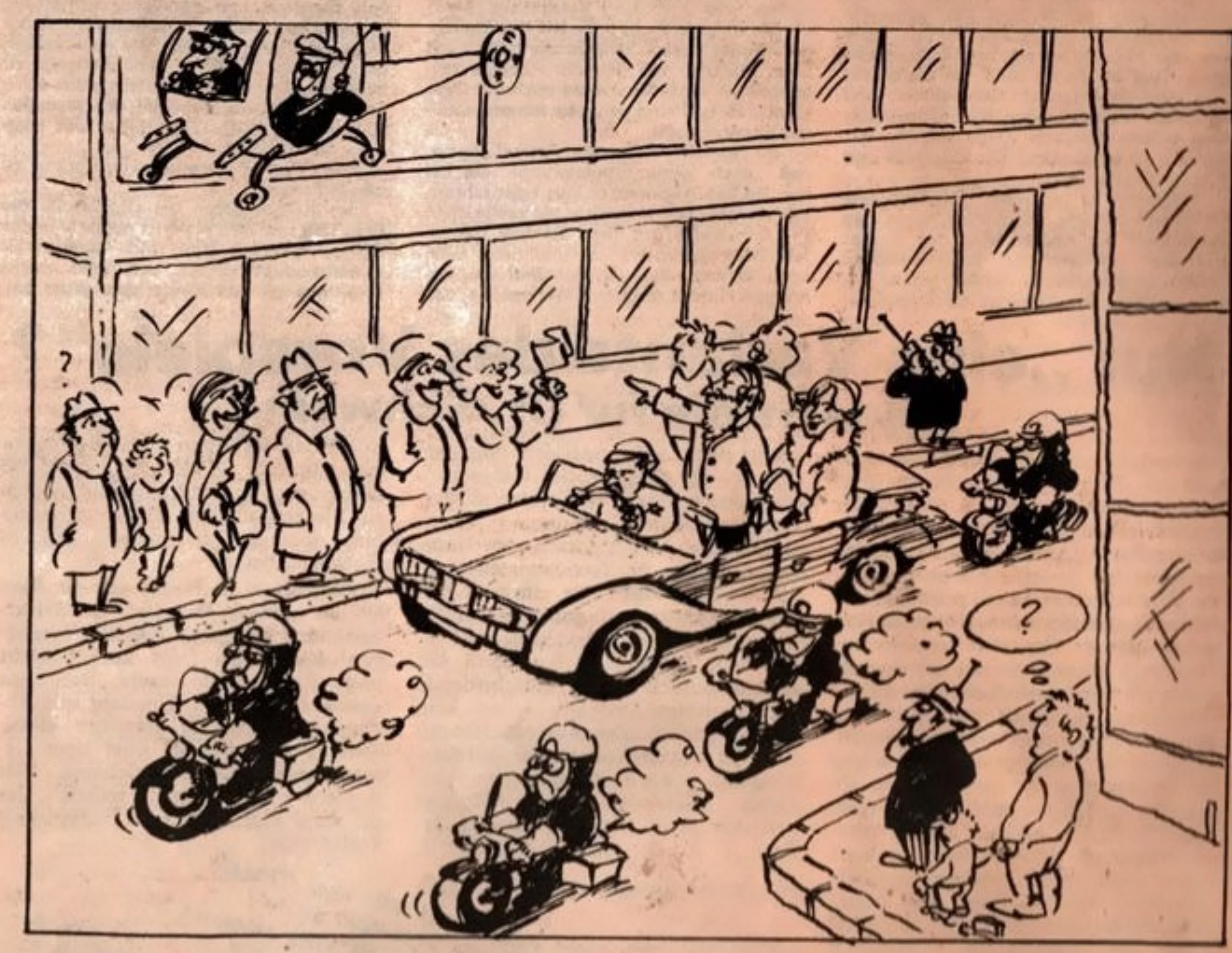
NPD-Lehrer Rössner muß weg!

Der NPD-Lehrer in Eutin, Rössner, (siehe: „Schleswig-Holstein, braun durchdrungen", Reents-Verlag) macht wieder von sich reden:
Zur Feier seines „60." lud er seine „Lieben Kolleginnen und Kollegen" zu einer Kaffeestunde ein.

Auf Geburtstagsgeschenke bat er zu verzichten und stattdessen Geldspenden auf das Konto der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte" einzuzahlen.

Was mit dem Geld gemacht werden soll, gibt Rössner gleich selbst zur Kenntnis: **„Die Befreiung des todkranken Oberstleutnant Kappler aus über 30jähriger, unschuldig verbüßter italienischer Haft durch seine tapfere Frau hat vielleicht erstmals für viele wieder deutlich gemacht, daß es noch viel Not, Ungerechtigkeit und menschliches Elend in der Kriegsgeneration gibt ... Bekannt sind meist nur einzelne wie Rudolf Heß oder Major Reder....".**

Diese „Stille Hilfe" hat seit Kriegsende in aller Stille die Begnadigung und Rehabilitierung zahlreicher NS-Verbrecher betrieben. Ihr heutiger Vorsitzender ist Dr. Rudolf Aschenauer, der seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zu den prominentesten Nazi-Anwälten zählt und u.a. auch Hauptanwalt von Kappler ist. Es scheint, daß NPD-Rössner hier zur Unterstützung einer kriminellen Vereinigung aufgerufen hat.



Solidarität mit den angeklagten Mainzer Antifaschisten

Weil sie am 17.6.77 gegen eine Kundgebung der NPD-Jugendorganisation JN demonstriert hatten, werden jetzt 30 Mainzer Antifaschisten vor Gericht gestellt. 27 von ihnen bekamen Bußgeldbescheide in Höhe von 200 bis 260 Mark wegen „Teilnahme an einer unerlaubten Versammlung"; der presserechtlich Verantwortliche des KJVD („KPD") wird wegen eines Flugblattes angeklagt, in dem von Mißhandlungen auf dem Polizeipräsidium die Rede ist; ein Demonstrant wird wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt", ein anderer wegen „Waffenbesitzes" (ein Fahrradschloß) angeklagt.

Einem Lehrer wurde die Teilnahme an der Demonstration zur Begründung seines Berufsverbotes angelastet!

Zur Vorbereitung des Prozesses und zur antifaschistischen Aufklärungsarbeit haben sich die Betroffenen zu einem Antifakomitee zusammengeschlossen.

Kontaktadresse: Achim von Hein, Kapellenstr. 24, 65 Mainz.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Keine Verjährung für Nazi-Verbrechen!

Während in der BRD die Strafbarkeit von Nazi-Verbrechen (bislang) in aller Stille 1979 verjähren soll, hat der Prozeß gegen den holländischen NS-Verbrecher Menten, der im November '76 in die Schweiz geflüchtet war, dort eine ganz andere Reaktion hervorgerufen: Das Schweizer Bundesparlament hat beschlossen, daß für Verbrechen aus der Kriegszeit die sonst übliche Verjährungsfrist von 20 Jahren nicht gilt. Der Beschluß wurde u.a. ausdrücklich gefaßt, um Verbrecher wie Menten weiter verfolgen zu können. („Guardian", 1.12.77).

Wie lange wird die »Hansa«-Bande noch gedeckt?

Wie im AK 118 berichtet, konnte am 26.11. in Hamburg die „Hansa-Bande" mit Verstärkung von auswärts trotz Verbot eine öffentliche Versammlung abhalten.

In einem Kneipen-Raum, der von einer stilisierten Hakenkreuzfahne beherrscht wurde, stellte „Hansa"-Boß Michael Kühnen seinen neuesten Tarnverein vor: Die „Aktionsfront Nationaler Sozialismus/ Aufbauorganisation"(ANS/AO). Ziel der ANS sei es, sich unter den Forderungen „Aufhebung des NSdAP-Verbots" und „Gegen Atomkraftwerke" an den Bürgerschaftswahlen im nächsten Jahr zu beteiligen.

Als Veranstalter traten folgende Namen auf:
- Bürgergemeinschaft Hamburg (Michael Kühnen).
- Freizeitverein Hansa (Gründer: Michael Kühnen, Sprecher: Lutz Wegener).
- Sozialnationalistische Jugend
- Bund Hamburger Mädel
- ANS-Aufbauorganisation (Michael Kühnen).
- Nationalrevolutionäre Arbeiterfront (NRAF-Bremen).
- Kampfbund Freiheit für Rudolf Hess (Hannover).
- Stützpunkt Hamburg der Deutschen Bürgerinitiative des Nazi-Röder
- Deutsche Auslands-Organisation (gemeint ist wahrscheinlich die „NSDAP/AO"!)

Läßt man das ganze Brimborium von Tarn-, Unter- und sonstigen Organisationen weg, war diese Veranstaltung ein für Norddeutschland zentrales Treffen der in letzter Zeit immer frecher gewordenen „NS"-Faschisten. Dementsprechend waren auch die Reden: „Ich rufe die deutsche Jugend auf, mit uns ein neues Großdeutsches Reich zu errichten" („Sozialnationalistische Jugend") – „Wir wollen, daß unsere Mädchen jene weltanschauliche und sittliche Reife erlangen, die uns Adolf Hitler vorgelebt hat" („Bund Hamburger Mädel") – „Vorwärts in unserem Freiheitskampf, bis der Endsieg unser ist!" („Kampfbund Freiheit für Rudolf Hess"). – „Gegen die Weltherrschaft des Zionismus"(ANS).

Von der Polizei geduldet

Diese Versammlung konnte trotz Verbot stattfinden, nachdem die Jungnazis sich zunächst am ursprünglichen Treffpunkt in vollem Kostüm und mit der „Reichskriegsflagge" zusammengerottet hatten, „beobachtet" von uniformierten und zivilen Polizisten. Unter den Zaungästen dieser Zusammenrottung waren auch einige NPD-Mitglieder, die sich um den schon öfters als eine Art väterlicher

ser Zusammenrottung waren auch einige NPD-Mitglieder, die sich um den schon öfters als eine Art väterlicher

Mannschaftsbetreuer der „Hansa"-Bande in Erscheinung getretenen NPD-Funktionär Timmermann zusammenscharten. Freudig begrüßt tauchte endlich noch ein weiterer NPDler auf, unterhielt sich kurz mit Kühnen, worauf dieser seiner Truppe den Befehl zum Abmarsch gab – nicht ohne den anwesenden Journalisten einen Tip zu geben, wie sie die Ersatzveranstaltung erreichen könnten.

Von all dem will die Polizei nichts mitgekriegt haben. So erklärte der Innensenator Staak am Montag zu diesen Vorfällen:„ *...Die Einhaltung des Verbots wurde von der Polizei am geplanten Versammlungsort ...überwacht. Die dort versammelten Personen zerstreuten sich nach Bekanntwerden des Versammlungsverbots in verschiedenste Richtungen. Von der Veranstaltung in Hamburg-Tonndorf wurde die Polizei erst in Kenntnis gesetzt, nachdem die Veranstaltung bereits beendet war.*

Gegen die Verantwortlichen dieser Veranstaltung wurde sofort ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet".

Tatsächlich hat Staak die Veranstaltung erst nach einer Intervention des Abgeordneten Gerhard Weber (FDP) verboten. Und die Jung-Nazis zerstreuten sich keineswegs in alle Himmelsrichtungen, sondern marschierten in geschlossener Formation zur U-Bahn.

Wäre es ohne Proteste und Veröffentlichungen von Demokraten nach der Innenbehörde gegangen, so wäre auch am 26.11. alles gegangen wie gewohnt – die Nazi-Veranstaltung wäre ohne weiteres abgelaufen und die Nazis wären überhaupt nicht belangt worden.

In der Vergangenheit hat man dies in Hamburg schon oft erleben können:

So wurde bei Michael Kühnen mindestens zweimal „NSDAP"-Material gefunden, er wurde bei Hakenkreuz-Schmierereien gestellt, er wurde zuletzt eine Woche vor dem 26.11. in Bremen mit dreizehn Kumpanen bei Nazi-Schmierereien festgenommen, er gehört höchstwahrscheinlich zu den Mitgründern der „NSDAP'–Gau Hamburg".

Trotzdem ist – so behauptet jedenfalls Michael Kühnen – bisher noch keine einzige Anklage gegen ihn erhoben worden.

Ähnliches gilt für seinen engen Kumpan Lutz Wegener: Der ist wegen einschlägiger Delikte (Schändung der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen zusammen mit dem JN-Funktionär Wolfgang Behrend und wahrscheinlich auch wegen eines Überfalls auf eine Juso-Veranstaltung in Buxtehude zu Gefängnis mit „Bewährung"(!) verurteilt; er ist mindestens einmal seitdem (am 1.9.) bei strafbaren Handlungen auf frischer Tat erwischt worden. Auch gegen ihn wird bisher nur „ermittelt".

An wirksamen Schritten der Behörden gegen die Umtriebe der „Hansa"-Bande ist bisher nichts unternommen worden. Diese Politik ist genau dieselbe, über die im letzten Jahr der „NSDAP"-Aktivist Wolf-Dieter Eckart, ebenfalls aus Hamburg, nach seiner Verurteilung „auf Bewährung" hohnlachend geschrieben hatte: *„Die Demokraten haben sieben Jahre gebraucht, um den Nationalsozialisten Eckart vor ein Strafgericht zu bringen. Sie werden Jahre brauchen, bis sie über die Verwirkung der Bewährung entschieden haben. In diesen Jahren kann sich vieles ändern..."*

NPD und „Hansa"-Bande

NPD und „Hansa"-Bande

„Hassen wollen wir alle Lumpen, Schurken und Volksverräter. Nicht nur hassen, sondern angreifen und..." (Punkte im Original). Dieses Zitat entstammt nicht etwa dem neuesten Pamphlet der Hamburger „NS"-Faschisten, sondern dem offiziellen Mitteilungsblatt der Hamburger NPD selbst (November 77).

Das Zitat entstammt übrigens einem 1942 erschienenen Machwerk („Volk und Gott").

„Lumpen, Schurken und Volksverräter" – damit ist wohl *der „kommunistische Mob", „bewaffnet wie Raubritter", „die Knüppelgarde vom KB und KBW"* gemeint, die die NPD also „hassen, angreifen und ..." will.

Was die Punkte bedeuten sollen, kann man nur ahnen. Fest steht jedenfalls, daß die NPD unter konspirativen Umständen (Geheimhaltung des Treffpunkts, doppelt abgesicherte Zulassung) „Preisschießen im Raum Altona" veranstaltet. Was sich tatsächlich bei derartigen Zusammenkünften der NPD abspielt, dürfte wohl ein Fall für den Staatsanwalt sein.

Der Widerstand antifaschistischer Kräfte scheint der NPD in Hamburg ganz schön in die Glieder gefahren zu sein, bejammert sie doch über zwei Seiten den „Roten Terror".

Eine ganze Seite widmete die NPD dabei einer Auflistung des „roten Terrors" im Jahr 1977. Es könnten einem die Tränen kommen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die Mehrzahl der in dieser Bilanz aufgeführten Nazi-Provokationen Einsätze der „Hansa"-Bande sind, so am 15.5. am Curiohaus und am Osdorfer Born, so am 23.7. in Hamburg-Mundsburg, so am 29.10. in Hamburg-Eimsbüttel.

Insbesondere die geplatzte Provokation in Hamburg-Mundsburg hat die NPD offenbar nicht verwunden: Zum zweiten Mal innerhalb von nur drei Monaten verteidigt sie den dortigen Auftritt der „Hansa"-Bande als einen „friedlichen Protestmarsch" der JN!

Dabei dürfte sie garnicht mal Unrecht haben: Tatsächlich sind nahezu alle der bekannten „Hansa"-Faschisten zumindest Mitglieder der NPD bzw. JN g e w e s e n.

Man erzählt sich in NPD-Kreisen, daß nahezu der gesamte Aktivistenzirkel der JN Mitglied der NS-Gruppen um Kühnen sei...

Selbst der JN-Vorsitzende Ulrich Thetart sowie sein Vorgänger, Philip Schönmann, scheinen zu diesem Sumpf zu gehören. Beide wurden zwar vor Gericht freigesprochen, weil bei ihnen aufgefundenes „NSDAP"-Material angeblich vom Großen Unbekannten zugesteckt worden sei. Innerhalb der „Hansa"-Bande ist dies allerdings eine Standard-Ausrede. So erklärte Kühnen auf eine Frage nach der „NSDAP": *Richtig ist, daß eine ganze Reihe von Leuten, die ich auch persönlich kenne, Material der NSDAP zugeschickt bekommen haben, daß dieses Material auch wiederholt bei Hausdurchsuchungen gefunden worden ist. Da können aber diese Leute nicht für".*

Noch im August hatte der NPD-Landesvorsitzende Sabrautzky jedem NPDler, der Kontakte zu den NS-Gruppen unterhält, persönlich den Ausschluß angedroht. Am 29.10. – für die NPD ein „Tag des Roten Terrors" – war es Sabrautzky selbst, der sich von den bewaffneten Schlägern der „Hansa"-Gilde „schützen" ließ, gemeinsam mit Manfred Timmermann, der auch am 26.11. wieder in der Nähe seiner „Jungs" war.

Alle Wege der „Hansa"-Bande führen zur NPD. Vielleicht ist d a s der Grund, daß sich Polizei und Justiz mit Schritten gegen die Bande so schwer tun?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



NPD-Vorsitzender Sabrautzky (mit Zigarette) im Gespräch mit „Hansa"-Faschisten (mit Brille) beim NPD-Stand vom 29.10.1977 in Hamburg-Eimsbüttel.



Von links nach rechts: Drei „Hansa"-Faschisten zusammen mit ihrem „Mannschaftsbetreuer" Manfred Timmermann am NPD-Stand Hamburg-Eimsbüttel vom 29.10.77. Mit Halstuch: Lars Möller.



Kühnen, Tibor Schwarz und andere Nazis vor dem „Hanseat" am 26.11.77



NPD-Mitglieder und „Hansa"-Faschisten beim Plausch vor dem „Hanseat" am 26.November 1977.

Nazi-Vergangenheit »bewältigt«?

6425 Personen seit 1945 verurteilt

Nach einer Meldung des „Berliner Tagesspiegel" sind angeblich nach den Statistiken der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen von insgesamt 80.000 Deutschen, die unter Verdacht von Mord, Totschlag oder Denunziation standen, seit 1945 nur 6.425 verurteilt worden. Davon wurden lediglich 151 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Differenz zwischen 80.000 und 6.425 erklärt der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle, Oberstaatsanwalt Rückerl, damit, daß in manchen Fällen zunächst sämtliche Mitarbeiter seiner Behörde in die Untersuchungen einbezogen werden mußten, um die Verantwortlichen zu finden. Angesichts solcher Verhältnisse will die Zentralstelle auch noch ihren Laden in spätestens drei Jahren dicht machen (nach „Tagesspiegel", 6.10.77).

Solchen Plänen muß ein Strich durch die Rechnung gemacht werden – Keine Verjährung von Naziverbrechen,weder 1979 noch irgendwann!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

AntiFa-Prozeß in Hamburg: Zeugen gesucht!


Hamburg, 7. August 1976, Nazis im Schutze des Staates

Am 7.8.76 versuchte die NPD in Hamburg, einen „Kongreß der Nationalen Kräfte Europas" durchzuführen. Der Kongreß konnte damals nur unter massivem Polizeieinsatz (Innensenator Staak: „*Wir werden die Veranstaltung schon zu schützen wissen*") abgehalten werden. Die von den Faschisten angekündigte "Eroberung der Straße" wurde für sie zu einem kläglichen Reinfall.

Im Zusammenhang mit den Polizei-Überfällen am 7.8.76 auf der Hamburger Mönckebergstraße sind jetzt, nach 1 1/2 Jahren, elf Demonstranten angeklagt (Widerstand, Gefangenenbefreiung etc.) Sie waren festgenommen worden, als die Bullen gegen eine vor allem von „KPD" und „KPD/ML" getragene Demonstration vorgingen und willkürlich diese elf, zum Teil auch erst einige hundert Meter weiter im Hauptbahnhof, festnahmen.

Der Prozeß soll vor dem Landgericht stattfinden, was für die Angeklagten bedeuten würde, daß sie keine Berufungsinstanz haben. Deshalb haben sie die Verlegung an das Amtsgericht beantragt.

Nicht zuletzt, weil sämtliche Zeugen der Anklage Bullen sind, sind die jetzt Angeklagten darauf angewiesen, daß sich Zeugen der damaligen Ereignisse (ca.10.30 bis 11.00) melden, die die Angeklagten entlasten können.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NS-Prozesse

Am 20. November wurde von einem Schwurgericht in München der ehemalige SS-Sturmbannführer a.D. Heinrich Schütz (71) wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Prominenten-Arzt aus Essen hatte als Leiter einer pseudomedizinischen Versuchsreihe im KZ Dachau im Jahre 1942 viehische „Experimente" an Priestern aus Holland, Polen und der CSSR durchgeführt.

Nachdem bereits 117 Tage vor einem Gericht in Hannover gegen den ehemaligen Leiter der für „Judenangelegenheiten" zuständigen Außendienststelle der deutschen Sicherheitspolizei in Bilgoraj in Polen verhandelt worden war, wurde dieser Prozeß jetzt e i n g e s t e l l t — wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit des Altnazis. *Das Gericht selbst äußerte die feste Überzeugung, daß nach der Beweis-*

NS-Prozesse

Am 20. November wurde von einem Schwurgericht in München der ehemalige SS-Sturmbannführer a.D. Heinrich Schütz (71) wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Prominenten-Arzt aus Essen hatte als Leiter einer pseudomedizinischen Versuchsreihe im KZ Dachau im Jahre 1942 viehische „Experimente" an Priestern aus Holland, Polen und der CSSR durchgeführt.
Viele dieser Geistlichen sind unter entsetzlichen Qualen an diesen „Experimenten" gestorben. Die Staatsanwaltschaft hatte immerhin lebenslänglich für vollendeten Mord gefordert. Doch wie in solchen Fällen üblich, blieb das Gericht weit unter diesem Antrag.

Doch damit nicht genug: Aufgrund eines inzwischen beigebrachten amtsärztlichen Gutachtens soll Schütz wegen mehrerer Krankheiten nicht haftfähig sein! Wie die Staatsanwaltschaft München mitteilte, darf Schütz sich vorerst bis zum Februar '78 als freier Mann bewegen und muß sich dann einer erneuten medizinischen Untersuchung unterziehen.

Da seine Krankheiten zumindest teilweise als unheilbar gelten, wird auch dieser Nazi-Mörder wohl bis an sein Lebensende den Knast nicht von innen sehen. Es wäre nicht der erste Fall: Kürzlich wurde in Hamburg der Altnazi Maywald — übrigens gesund und kraftstrotzend wie kaum denkbar — zunächst zu einer lächerlichen Strafe von 4 1/2 Jahren verurteilt und dann sofort auf freien Fuß gesetzt (Nach „Alg. Jüd. Wochenzeitung", 30.9.77).

Nachdem bereits 117 Tage vor einem Gericht in Hannover gegen den ehemaligen Leiter der für „Judenangelegenheiten" zuständigen Außendienststelle der deutschen Sicherheitspolizei in Bilgoraj in Polen verhandelt worden war, wurde dieser Prozeß jetzt e i n g e s t e l l t — wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit des Altnazis. *Das Gericht selbst äußerte die feste Überzeugung, daß nach der Beweis-*
aufnahme dieser Mann „mit hinreichender Sicherheit" wegen Beihilfe zum Mord in hundert Fällen verurteilt worden wäre!

Dasselbe Kunststück hatte das Gericht schon einmal im September fertiggebracht: Damals war das Verfahren gegen den Mitangeklagten, den ehemaligen Polizeimeister Gerhardt (79), eingestellt worden, ebenfalls trotz Hinweis darauf, daß dieser Altnazi der Beihilfe zum Mord in mindestens 40 Fällen überführt war.

Gegen einen dritten Mitangeklagen, den ehemaligen „Judensachbearbeiter" Irle, war der Prozeß wegen — was sollte es auch anderes sein! — Verhandlungsunfähigkeit schon am ersten Tag eingestellt worden. Übriggebliebenen sind in diesem Schauspiel jetzt nur noch die Angeklagten Rathje, Keller und Witt, einstige Angehörige der Sicherheitspolizei und der Gendarmerie. Man kann gespannt sein, wann der nächste ein unerträgliches Wehwehchen bekommt (nach „FAZ", 21.10.77).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie gehabt: Nazi-Hetze gegen Schwule

Einige Mitglieder der „Homosexuellen Aktion Göttingen" (HAG) haben in diesem Herbst regelmäßig Informationsstände auf dem „Markt" gemacht. Dabei legten sie auch ein Flugblatt aus, das zum einen verschiedene Seiten der Schwulendiskriminierung beleuchtete und zum anderen zu erklären versuchte, warum a l l e Menschen von der Unterdrückung der Homosexualität betroffen sind: „*...Wir stehen hier, um dir klarzumachen, daß a u c h d u von der Unterdrückung der Homosexualität b e t r o f f e n bist; betroffen, weil du gelernt hast, brenzligen - schwulen - Situationen KRAMPFHAFT auszuchen und nur Menschen des anderen Geschlechts als erotischen, sexuellen Wesen zu begegnen!*"

Dieses Flugblatt nahm der faschistische „Deutsche Studenten-Anzeiger" (dem ultra-rechten Flügel der NPD/JN nahestehend) zum Anlaß für folgenden Hetzartikel: „*Daß die Schwulen sich nicht nur an die Öffentlichkeit wagen, sondern auch noch unverschämter geworden sind, belegt ein Flugblatt der ,Homosexuellen Aktion Göttingen'. Dort heißt es u.a.: ,Wir stehen hier, und das ist wichtig, um zu zeigen, daß wir genauso viel oder wenig perverse Säue sind, wie Heteros auch!'*

Hier hört der Spaß auf: Wenn unsere ,Gesellschaft' schon permissiv (liberal — Anm. AK) *genug ist, um öffentliche Aufmärsche von Perversen aller Art zu gestatten, sollte es sich wenigstens die Masse der normal Empfindenden nicht bieten lassen, sich von Homos als ,Heteros' abzuqualifizieren zu lassen. Sonst könnte sich allmählich der Irrglaube festsetzen, daß beide ,Richtungen' gleichermaßen normal, folglich ebenbürtig seien. Nächster Schritt wäre dann wohl die Kriminalisierung des Normalen*" („DSA", 4. Quartal 1977).

Hetze dieser Art hat im „Tausendjährigen Reich" mit Gefängnis, KZ und Tod für Tausende von Homosexuellen geendet. Wehret den Anfängen!

(Nach dem Bericht eines Genossen aus Göttingen)

Spalter in Nöten — VVN schließt Kommunisten aus

In AK 113 (S. 32) berichteten wir: Der Landesverband Schleswig-Holstein der VVN will ein Mitglied ausschließen, das verdächtigt wird, dem KB nahezustehen. Dem Betreffenden, P.W. aus Eutin, war am 27. Juli ein inquisitorischer Fragen-Katalog vorgelegt worden. U.a. sollte er sich distanzieren von einer ganzen Reihe von AK-Artikeln, in denen Kritik an der VVN geübt worden war! Distanzieren sollte er sich außerdem von einem Artikel des AK über die „Demonstrationen für Frieden und Abrüstung" am 21. Mai; und distanzieren sollte er sich schließlich von „*Störtrupps des KB, wie wir sie 1976 in Bonn und 1977 in Bremen erlebten*". Gemeint waren wiederum die „Demonstrationen für Frieden und Abrüstung", bei denen es freilich überhaupt keine „Störtrupps des KB" gegeben hatte.

Als P.W. die geforderten Distanzierungen verweigerte und stattdessen den lächerlichen Fragebogen an den AK weitergab (abgedruckt in AK 113), war der Fall gelaufen: Am 26.11.77 erfuhr der Betreffende per Einschreiben seinen Ausschluß aus der VVN, da er „*nicht Willens*" sei, „*unsere Satzung anzuerkennen und im Rahmen derselben tätig zu sein*". Begründet wurde diese Behauptung nicht.

Immerhin nahm die VVN-Führung die Sache so ernst, daß der Landesverband Schleswig-Holstein sich verpflichtet fühlte, mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit zu treten. Darin heißt es nach einer kurzen Einleitung, in der einige Beispiele nazistischer Aktivitäten erwähnt werden: „*...Diese Entwicklung nutzen Pseudo-Antifaschisten des sogenannten Kommunistischen Bundes (KB) — ,KBW', ,KPD/ML' u.a.m. — aus, um durch radikale Phrasen und Scheinparolen Einfluß auf die engagierte Jugend zu gewinnen. Mit Lügen und Entstellungen versuchen sie — in diesem Fall P.W., Eutin* (das ausgeschlossene Mitglied — Anm. AK) *— Zwietracht unter den antifaschistisch -demokratischen Kräften zu säen, und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten zu diffamieren, um sich selber in einem antifaschistischen Gewande darstellen zu können. Bei SS und neonazistischen Zusammenrottungen versuchen sie, antifaschistische Gegendemonstranten zu Schlägereien mit der Polizei zu provozieren. Störversuche bei antifaschistischen Veranstaltungen wie in Eckernförde, bei den Demonstrationen für Friedenssicherung und Abrüstung in Bonn und Bremen, zu denen die VVN — Bund der Antifaschisten mit aufgerufen hatte, beweisen den Standort des ,KB' und ähnlicher Gruppen, die jede antifaschistische Einheit zunichte machen*".

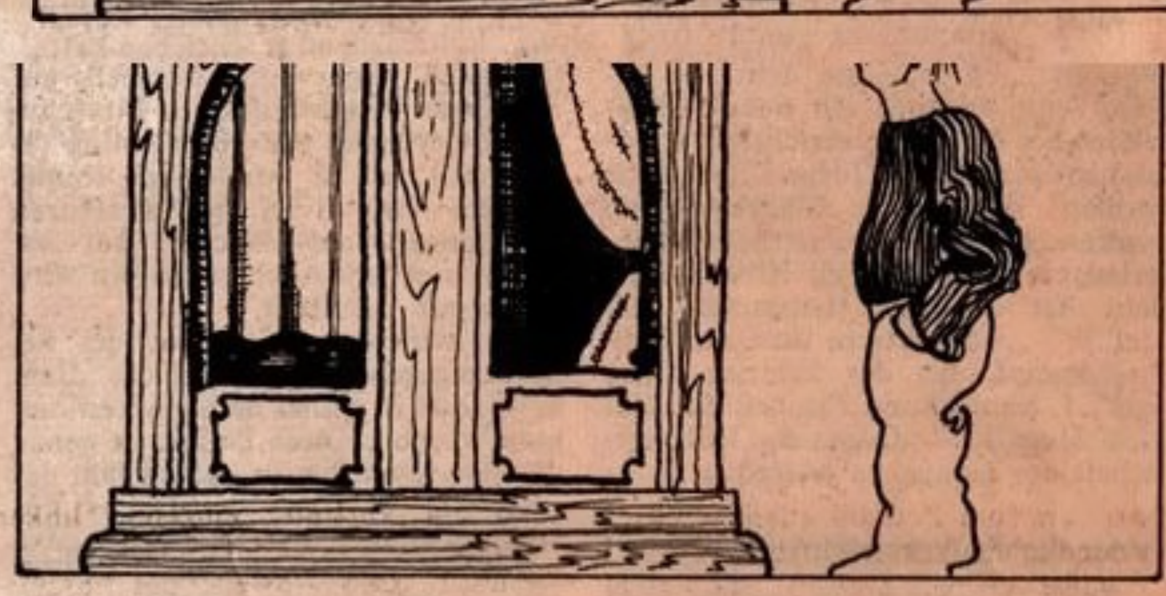
stischen Bundes (KB) — ,KBW', ,KPD/ML' u.a.m. — aus, um durch radikale Phrasen und Scheinparolen Einfluß auf die engagierte Jugend zu gewinnen. Mit Lügen und Entstellungen versuchen sie — in diesem Fall P.W., Eutin (das ausgeschlossene Mitglied — Anm. AK) *— Zwietracht unter den antifaschistisch -demokratischen Kräften zu säen, und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten zu diffamieren, um sich selber in einem antifaschistischen Gewande darstellen zu können. Bei SS und neonazistischen Zusammenrottungen versuchen sie, anti-*

Auf diese mehr als dürftigen Worte „zur Sache" folgten nur noch lange und verlogene Sprüche über die „Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns", die die VVN-Führung in Wahrheit ja gerade gegenüber dem KB ganz offensichtlich nicht wahrhaben will.

Bedenkt man, daß die Behauptung über angebliche Provokationen seitens des KB durch keinerlei Fakten belegt ist (übrigens auch gar nicht belegbar ist, da zusammengesponnen!) und daß auch die Behauptung über „Störversuche" des KB in Eckernförde, Bonn und Bremen frei erfunden ist, so stellt dieses Flugblatt der VVN-Führung ein gottsjämmerliches Armutszeugnis aus. Kompensiert wurde dieser offenkundige Mangel an politischer Substanz durch eine lange Liste von Personen, die angeblich dieses Flugblatt unterstützen — insgesamt 26 Namen, alles alte Antifaschisten aus verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins, alle mit Angabe ihrer Haft-Zeit unter der Nazi-Diktatur. Wahrscheinlich ist man da einfach mal die Kartei der DKP durchgegangen und hat dann die Betreffenden druntergesetzt („*Nicht alle Unterzeichner sind Mitglieder der VVN*" lt. Flugblatt!). Ob sie alle den Inhalt des Flugblatts und den zur Debatte stehenden Vorgang kennen, und ob man sie überhaupt g e f r a g t hat, bevor man ihren Namen auf das Flugblatt setzte, wagen wir sehr zu bezweifeln. Es ist seit längerem Praxis der DKP, ihre dümmlichen Hetzblätter gegen die „Chaoten" mit den Namen ihrer alten Mitglieder zu schmücken, um von der absoluten Inhaltslosigkeit dieser Produkte abzulenken.

Der Vorgang beweist erneut: Die Spalter innerhalb der VVN-Führung sind in Schwierigkeiten. Die von der DKP diktierte „These 41" (keine Zusammenarbeit mit dem KB und anderen „Chaoten") ist angeschlagen. Wir werden am Ball bleiben, bis diese schändliche Spalter-„These" endgültig auf dem Müllhaufen gelandet ist!





Neues vom „Schlächter von Riga"

Der Fall des zehntausendfachen Judenmörders Eduard Roschmann, SS-Offizier in Riga (nach dem Krieg Aufenthalt in Westdeutschland, Flucht nach Argentinien, amtlich festgestellter Tod Anfang August '77) — der Fall dieses Nazis also ist wohl doch noch nicht zuende. Merkwürdig schon die Todesumstände: Folgte sein Ableben doch just, als — auf Verlangen der Bundesrepublik — nach ihm gefahndet zu werden drohte. Was seinen Tod verursachte, ist umstritten: Einmal soll es sein schwaches Herz, dann wieder Gift (das ihm seine Frau verabreicht haben soll) gewesen sein. Die Leiche, als Roschmann vorgestellt, ist nun, nachdem sie eine Weile im Leichenschauhaus in Asuncion (Paraguay) lag, g e s t o h l e n worden! Jesus, dessen Leichnam ebenfalls aus dem Grab verschwand, tauchte nach einiger Zeit wieder auf: Die Wiederauferstehung hatte stattgefunden. Sollte Roschmann dem nacheifern wollen? („SZ", 16.11.77; „FR", 17.11.77).

Nur Mut, Genossen!

In der letzten Zeit hat es (speziell in Hamburg) wiederholt Kritik an der Politik des KB und der Antifa-Kommission in Fragen der antifaschistischen Aktion und der Bündnispolitik gegeben, ohne daß diese Kritik bisher der Redaktion des AK, der Antifa-Kommission oder sonstwem schriftlich zugegangen wäre und damit eine Auseinandersetzung ermöglich worden wäre.

Wir fordern alle Genossen, die solche Kritik haben, auf, diese für eine Auseinandersetzung im ARBEITERKAMPF und in der Organisation zugänglich zu machen!

Antifa-Kommission
und AK-Redaktion



Die Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" fand am 22.7. in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" dokumentiert. Anlaß war die öffentliche nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Nazi-Verbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher unübliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

60 Seiten DM 4,-

Hoffmann hinter Gitter!

Die Antifaschistische Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann (Nürnberg) – getragen vom Arbeiterbund, BDJ/BDP, DFG/VK, KB, KSG (Studentenorganisation des KAB„D"), Nürnberger Russell-Initiative und Mitgliedern einer SPD-Stadtteilgruppe wie Mitgliedern der Jusos – führten am 2.12. in Nürnberg mit 400 Teilnehmern eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durch. Zur Teilnahme an der Podiumsdiskussion waren auch SPD, DGB und VVN eingeladen worden, die jedoch ablehnten bzw. sich gar nicht äußerten. Eine ursprüngliche Zusage des GEW-Kreisvorstandes wurde bedauerlicherweise wieder zurückgezogen. Bandenchef Hoffmann selbst hingegen wollte teilnehmen, kam aber nicht mal über die Türschwelle; sein Kumpan Klaus Huscher (Herausgeber des Faschistenblattes „Denk mit"), der sich eingeschlichen hatte, wurde unter einhelligem Beifall der Versammelten wieder an die Luft gesetzt.

Auf der Veranstaltung sollte, ausgehend von den Umtrieben der Hoffmann-Bande, die Gefahr des Neo-Faschismus in der BRD diskutiert werden, die zunehmende allgemeine Repression und die Möglichkeiten einer Bündnispolitik der fortschrittlichen Kräfte. Der Vorschlag des KB in der Aktionseinheit, daß die Träger der AE vom Podium aus ihre unterschiedlichen Vorstellungen zum antifaschistischen Kampf darstellen, konnte sich nicht durchsetzen, so daß, nach langwierigen Verhandlungen, ein vereinheitlichtes Referat der gesamten AE vorgetragen wurde. Am Podium nahmen auf Einladung der AE teil der Frankfurter Schriftsteller und Journalist Jürgen Roth, der Rechtsanwalt Dieter Berthmann als Vertreter der Nürnberger Russell-Initiative und, als Gast aus den Niederlanden, der antifaschistische Schriftsteller und Journalist Martin van Amerongen von der linksliberalen Wochenzeitung „Vrij Nederland".

„Das Ausland", berichtete van Amerongen, *„schrieb hauptsächlich über die Themen Berufsverbote und Baader-Meinhof-Gruppe. Die Berichterstattung über den Neofaschismus ist faktisch in den späten 60er Jahren, zusammenhängend mit dem Abgang der NPD, beendet gewesen. Dafür hatte das Ausland sein Ohr oft den bundesrepublikanischen Verharmlosern geliehen, die von ‚einer aussterbenden Generation' zu sprechen pflegten ... das ist also eine erhebliche Fehlkalkulation geblieben, denn es ist heute deutlich, daß diese aussterbende Generation eine ganz neue Generation aufgezogen hat, die hier in Nürnberg unter der Fahne des Herrn Hoffmann Soldat spielen und die in Hamburg mit Parolen wie ‚Juda verrecke' auf die Straße gehen..".*

Die Verbindungslinien zwischen dem „Einzelgänger" Hoffmann und der „politischen Spitze" dieses Staates ziehend fragte van Amerongen: **„...was ist der prinzipielle Unterschied zwischen Hoffmann, der den Machthabern in Rhodesien zujubelt und Franz-Josef Strauss, der die Ruhe und Ordnung lobt, die im faschistischen Chile herrscht?"**

Die Diskussion zwischen Saal und Podium hatte darunter zu leiden, daß die Vertreter einzelner linker Gruppierungen ihre Aufmerksamkeit weniger einer Abwehr des Faschismus und eines gemeinsamen Vorgehens widmeten und sich in „prinzipieller Ablehnung" der Aktionseinheit mit der SPD („Rote Hilfe") und flammenden Aufrufen gegen *„sowohl die Unterdrückung in Westdeutschland wie in Ostdeutschland"* („KPD") gefielen.

Erhebliche Heiterkeit kam auf, als ein Vertreter des „Arbeiterbund" den niederländischen Gast naßforsch aufforderte, es nicht bei verbaler Unterstützung zu belassen (sich an der Bonner Demo etwa zu beteiligen) und Martin van Amerongen darauf bekräftigte, sich auch die nächsten Male wieder vor die Wasserwerfer in Brokdorf und Kalkar zu wagen – das hatte der Freund vom „Arbeiterbund", der ja bekanntlich aktiver Streiter für die Atomenergie ist, nun gerade nicht gemeint.

Eine von der AE vorbereitete Kollektivanzeige gegen Hoffmann (wegen Söldnerwerbung, Volksverhetzung, Anstacheln zum Angriffskrieg usw.) wurde von 200 Teilnehmern der Veranstaltung unterzeichnet und wird bei der Staatsanwaltschaft eingereicht werden. Unabhängig von dieser Kollektivanzeige hat die SPD-Landtagsabgeordnete Ursula Pausch-Gruber einen Verbotsantrag gegen die „Wehrsportgruppe" gestellt.

Trotz der nicht so glücklich verlaufenen Diskussion wird die Veranstaltung, alleine schon wegen der hohen Teilnehmerzahl, von der AE einhellig als Erfolg eingeschätzt. Die AE wird über weitere Veranstaltungen versuchen, den Gedanken der antifaschistischen Aktionseinheit auch in das bayrische Umland zu tragen.


DE ERVEN WODAN
'Gehakte jood: DM 1,95, gerookte jood: DM 4,55, vergaste jood: DM 4,50'
Een nieuwe generatie neofascisten teistert de Bondsrepubliek

„Vrij Nederland", 10.12.1977

„Die Erben Wotans"

In der großen linksliberalen Wochenzeitung „Vrij Nederland" vom 10.12. ist ein ganzseitiger Artikel van Amerongens über *„Die Erben Wotans"* zu finden. Er berichtet ausführlich und materialreich sowohl über die Hoffmann-Bande wie über die Masse neofaschistischer Übergriffe. Ebenfalls sehr breit behandelt er die Veranstaltung der Nürnberger AE und besonders die Schwierigkeiten einer antifaschistischen Aktionseinheit, die ihm als niederländischen Antifaschisten nicht ganz zu Unrecht streckenweise als recht beknackt vorgekommen sein müssen.

In einer Einschätzung der *„neuen Generation Neofaschisten"* hebt van Amerongen insbesondere die *„Massenhaftigkeit"* neofaschistischer Auftritte hervor sowie die *„Schlaffheit, mit der die Autoritäten reagieren"*. Ein guter Anfang, dieser Artikel in „Vrij Nederland", damit auch im Ausland die neofaschistische Gefahr in angemessenerer Weise zur Kenntnis genommen wird . . .

KB/Gruppe Nürnberg und Niederlande-Kommission

Röhl's »das da« wirbt für Nazi-Nostalgie

Man glaubt's ja kaum: Röhls »das da« väterlich beraten von SPD-Linken wie Jochen Steffen, wirbt jetzt auch für die Nazi- und Hitler-Nostalgie! In einer großformatigen Anzeige wirbt im Dezember-Heft von »das da« der einschlägig bekannte Jahr-Verlag für seine »Schallplatten-Dokumentation« mit Evergreens wie »Hitler spricht«, »Goebbels spricht«, Liedern der HJ. Die Anzeige ist dem Verwendungszweck entsprechend aufgemacht. Schlagzeile: »Ist Hitler ein Tabu für die Linken?«. Einleitung der Anzeige: *»Ist die Auseinandersetzung mit dem Faschismus bereits faschistisch? Fast könnte man den Eindruck haben. Dabei kann man den Faschismus ja wohl kaum bekämpfen, wenn man ihn nicht einmal kennt. Und das ist es, was wir bieten, Informationen über den Faschismus«.* Und unschuldsvoll heißt es an anderer Stelle: *»Wenn sich ein paar alte Nazis daran begeistern, können wir es nicht verhindern. Leider. Erreichen wollen wir mit unserer Schallplatten-Dokumentation aber die kritische Jugend«.*


Ein Schluck aus der braunen Pulle kann nicht schaden...

Die wahren Zwecke des Jahr-Verlages freilich sind nicht kritische Information und Auseinandersetzung über den Faschismus, sondern im besten Fall reine Geschäfte-Macherei auf der gängigen Nazi-Welle – falls man nicht sogar annehmen will, daß hier über ein rein kommerzielles Interesse hinaus pro-nazistische Propaganda b e w u ß t betrieben wird. Der Jahr-Verlag gibt sich ansonsten auch keineswegs so scheinheilig wie in seiner »das da«-Anzeige. So machte der Verlag kürzlich seine *»Geschäftsfreunde«*, die Zeitungshändler, in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß ein neuer Nazi-Rummel um den angeblich entdeckten Hitler-Sohn in Frankreich zu erwarten sei (*»Die Sensation ist perfekt ... Adolf Hitler hat einen Sohn, der lebt und sich stolz zu seinem Vater bekennt«*). Konkrete Bitte des Jahr-Verlag: *»...Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, daß eine erneute starke Nachfrage nach dem Sonderheft ADOLF HITLER einsetzen wird. Wir wären Ihnen deshalb außerordentlich dankbar, wenn Sie dem Sonderheft ADOLF HITLER wieder einen bevorzugten Platz im Angebot einräumen würden«* (siehe Faksimile-Abdruck des Schreiben in AK 116, S. 33). Und das alles nur zur besseren Information der »kritischen Jugend«? ...

Übrigens: Eine Zeitung kann Anzeigen zurückweisen, sie b r a u c h t sie nicht zu drucken! Röhl hätte es dabei belassen sollen, aus den Fotos hübscher Mädchen Kapital zu schlagen. Da ist es doch ziemlich scheinheilig, wenn sich »das da« direkt neben der großflächigen Anzeige des Jahr-Verlags darüber ereifert, daß eine Frau Kapper Mitglied der SPD sein kann. Ja, wer weiß, vielleicht dient sie da ja auch nur dokumentarischen Zwecken? Und vielleicht wirbt der Jahr-Verlag in »das da« demnächst für eine Schallplatte »KAPPLER SPRICHT«? ...

Da schmunzelt der Kommunist!

Geheimnisse von Schleyer?

Die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland müssen die Möglichkeit einkalkulieren, daß die Terroristen versucht haben, wichtige Geheimnisse aus ihrem Geiselopfer Schleyer herauszufoltern. Darauf weist unter anderem eine Veröffentlichung des „Kommunistischen Bundes" hin, der in der Schleyer-Entführung einen positiven „antikapitalistischen Ansatz" entdeckte und in seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf" noch drei Tage vor der Auffindung der Schleyer-Leiche Empfehlungen an die Adresse der Kidnapper austeilte: Man sollte vielleicht das Leben Schleyers verschonen, „wenn er jetzt beginnen würde, Geschäfts- und sonstige Geheimnisse auszupacken". Besonders interessiert zeigt sich der „Kommunistische Bund" (KB), der trotz „maoistischem" Anstrich durch Sympathien für Moskau und Ostberlin auffällt, in diesem Zusammenhang an der „OTRAG-Sache und deren Hintergründen" – an einem neuen, privaten westdeutschen Raketenforschungsgelände in der afrikanischen Republik Zaire.

Daß die Leute von der rechtsradikalen „Nationalzeitung" des Antisemiten Frey den ARBEITERKAMPF sehr genau lesen, beweisen mehrere Anzeigen des Dr. Frey gegen uns. W i e gründlich der AK dort gelesen wird, zeigt die obenstehende Meldung aus der „Nationalzeitung" vom 25.11.77. Das Zitat stammt aus AK 115, S. 3.



Stunk im Funk:

Initiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" gegründet – und in Aktion!

Wie wir im AK 118 berichteten ist im WDR ein scharfer Rechtsruck zu verzeichnen, dem bisher die fortschrittlichen Sendungen „Glashaus" und „Vor Ort" geopfert worden sind. Fristlos gekündigt wurde dem verantwortlichen „Glashaus"-Redakteur L. Brundiers. Vor diesem Hintergrund hat sich in Köln eine Bürgerinitiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" gegründet, die mit einem offenen Brief an den Intendanten von Sell (SPD) in die Öffentlichkeit getreten ist. Wir veröffentlichen den Offenen Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr von Sell, am 25. April diesen Jahres haben zahlreiche Mitarbeiter des WDR sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer Zeitungsanzeige ihre Besorgnis über die Gefährdung der Rundfunkfreiheit im Zusammenhang mit der Auflösung des Programmbereichs „Kultur" im WDR geäußert. Sie, Herr von Sell, haben damals diese Befürchtungen öffentlich als unbegründet bezeichnet. Inzwischen hat sich herausgestellt: die damals geäußerte Besorgnis ist begründet gewesen und sogar noch übetroffen worden.

● Vom Programm abgesetzt worden ist die Sendung „Berichte aus dem Hinterland", in der Günter Wallraff über seine Erfahrungen in der Redaktion der Bild-Zeitung berichtete.

● Vom Programm abgesetzt worden ist der Film „Neue Töne" von Yaak Karsunke, nur weil darin in einem Satz nach den Ursachen der Gewalt im Zusammenhang mit der Studentenbewegung gefragt wird.

● Geplant ist die Umkehrung des Konzepts der Sendereihe „Vor Ort". Konnten in dieser Sendereihe bislang Bürgerinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik unmittelbar ihre Forderungen zur Sprache bringen, so sollen im nächsten Jahr die „Vor Ort"-Sendungen um eine Viertelstunde gekürzt, regional auf Nordrhein-Westfalen begrenzt und durch einen Moderator gefiltert werden.

● Vom Programm abgesetzt worden ist die „Glashaus"-Sendung „Die wissen doch gar nicht, was bei uns los ist ... – eine nicht repräsentative Kritik am Fernsehen". In dem bereits produzierten Beitrag äußern sich gewerkschaftlich organisierte Druckereiarbeiter kritisch zum Fernsehen.

● Anschließend erhielt der „Glashaus"-Redakteur Ludwig Brundiers die fristlose Kündigung. Begründung: Er hatte sich in einem vom Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner genehmigten Interview mit dem Südwestfunk zu den Hintergründen dieses Falles von Zensur geäußert.

Die angeführten Beispiele für die abgesetzten Sendungen und die Kündigung des engagierten Journalisten und Gewerkschafters Ludwig Brundiers beweisen,

auch beim WDR soll das Programm nicht mehr im Interesse der Fernsehzuschauer gemacht werden,

Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks, die sich dagegen zur Wehr setzen, werden eingeschüchtert.

Der Westdeutsche Rundfunk soll zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln vom 25. 5. 1954). In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen fordern wir Sie auf,

die abgesetzten Sendungen wieder in das Programm aufzunehmen,

die Sendereihen „Glashaus" und „Vor Ort" in der bisherigen Konzeption bestehen zu lassen,

die Kündigung des Redakteurs Brundiers zurückzunehmen.

Zu den Erstunterzeichnern des offenen Briefes gehören die Schriftsteller Günter Grass, Bernt Engelmann, Martin Walser, Josef Reding, Wolfram Frommlet, die Chefredakteure Detlef Hensche („druck und papier"), Dieter Schmidt (DGB-Jugend-Zeitschrift „ran), Hermann Gremliza („konkret"), die Filmemacher Christian Ziewer und Volker Schlöndorf, der Regisseur Reinhard Hauff, der Liedermacher Franz Josef Degenhardt, die Professoren Dr. Stuby, Dr. Krysmanski, Dr. Günter Roland, die Gewerkschafter Fritz Genl, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in NRW, Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union, Ferdinand Kammering, Betriebsratsvorsitzender beim „Weser-Kurier", 50 Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Druck und Papier im Bezirk Düsseldorf, eine Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten in Köln, Karl Rössel, Vorsitzender des Unterbezirks der Jusos in Köln, die Bürgerinitiative Rheinpreussen und viele andere. Weitere Unterschriften können gerichtet werden an: Rechtsanwalt Sigurd Asper, Brüsseler Str. 88, 5000 Köln 1.

tor gefiltert werden. Grundsätzen fordern wir Sie auf, 5000 Köln 1.

Die zunehmende Kritik sowohl ausserhalb als auch innerhalb des Senders veranlaßte den Intendanten v. Sell und den Programmdirektor Hübner (CDU) zur Durchführung einer eineinhalbstündigen Fernsehdiskussion mit Kritikern der Situation im WDR unter dem Titel: „Zensur im WDR?—Wahrheit oder Legende?", die dann auch am 4. Dezember um 22 Uhr vor breitem Fernsehpublikum stattfand, ein bisher einmaliger und außergewöhnlicher Vorgang. Unter der Leitung des ehemals fortschrittlichen Journalisten Gerd v. Paczensky (in den 60er Jahren PANORAMA-Redakteur) diskutierten Detlev Hensche, Linker im Hauptvorstand der IG DruPa, Dieter Lattmann–Bundestagsabgeordneter der SPD und Sprecher des Verbandes deutscher Schriftsteller (stimmte im Bundestag gegen das Kontaktsperregesetz!), Fritz J. Raddatz, Feuilleton-Chef der ZEIT, Johannes Rau, NRW-Wissenschaftminister (SPD) und Mitglied des WDR-Verwaltungsrates, Ludwig Metzger–WDR-Redakteur (Glashaus) und Intendant v. Sell und H.W. Hübner–Programmchef des WDR.

In dieser Sendung wurde immerhin erstmals öffentlich im Fernsehen die zunehmende Repression im WDR und anderen Sendern angegriffen. In dem Zusammenhang prangerte „Glashaus"-Redakteur Metzger die fristlose Kündigung des Redakteurs Brundiers an als Ausdruck des verschärften Drucks, die gegen die Stimmen der Redakteursversammlung erfolgte.

Interessant war die Enthüllung von Detlev Hensche, daß Intendant von Sell dem Redakteur Metzger vor Sendebeginn eine offizielle „Aussageerlaubnis" erteilte, was in etwa das herrschende Klima im Sender charakterisiert! Gleichzeitig machte er bekannt, daß derselbe von Sell Angestellten den Vorwurf macht, sie würden *„Interna, die auch mit den Sendungen zusammenhängen, ihrer Gewerkschaft gemeldet haben"*.

Fritz Raddatz wies auf Absetzung von Sendungen hin, die von Fassbinders Film „Soll und Haben" hin zu dem Wallraff-Film reichten und verlangte Begründungen dafür. Die Antwort blieb aus.

Dieter Lattmann diskutierte um politische Hintergründe der Repression: *„Dies ist im Zusammenhang zu sehen mit dem Paragraphen 88 a des Strafgesetzes, mit einem Sonderordnungsrecht an den Universitäten, mit den Bestrebungen von südlichen ARD-Anstalten, eine Art medienpolitischen Südstaat zu gründen und immer wieder die Frage der Ausgewogenheit aufzuwerfen... Ich sorge mich, daß es insgesamt – und da spielt auch unsere spezielle deutsche Art und Weise auf den Terrorismus zu reagieren eine Rolle – ich sorge mich, daß wir in unserem Land einen neuen Typ von Mitläufer bekommen. Wie kann es geschehen, daß wir unsere Meinungsdemokratie so herabkommen lassen, auf Verbote, daß man überall bei kritischen Köpfen auf Resignation trifft... Man packt alles in Watte, alles ist bürokra-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 29

tisch, alles ist verrechtlicht, legalistisch, natürlich läßt sich immer juristisch auch argumentieren, hier sei denn doch keine Zensur geübt worden. Aber es beginnt mit den politischen Zensuren. Die sind die Vorstufe einer Zensur. Und in einem Klima von aggressiver, auch parteipolitisch bedingter Polarisierung kann keine Differenzierung, keine Vernunft, keine wirkliche Objektivität gelingen."

Ludwig Metzger nutzte seine – wie er es wohl nicht ohne Grund einschätzte – „ letzte Gelegenheit" zu einem Appell: „*Ich freue mich, und finde es ermutigend, für uns, gerade die wir in den Anstalten arbeiten, daß immer mehr Bürger, die sich bisher für ihre Rechte, für die Erhaltung ihrer Rechte, für größere Lebensqualität in dieser Gesellschaft eingesetzt haben, daß genau diese engagierten, politisch bewußten Bürger, auf die es uns ankommen sollte, daß diese Bürger jetzt auch anfangen, sich einzusetzen für die Demokratie in den Anstalten, daß heißt für die Freiheit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Und dieser Kampf für Demokratie und Rundfunkfreiheit draußen sollte uns doch, die wir in den Anstalten arbeiten, Ansporn sein, sollte uns noch mehr verpflichten, mit ganzer Kraft dasselbe zu tun.*"

Die Intendanten blieben Antworten und Begründungen schuldig und versuchten mit formellen und hierarchischen Strukturen zu argumentieren. Intendant von Sell sprach sich dabei ausdrücklich gegen die Bildung von Bürgerinitiativen aus, wobei es durchklang, daß WDR-Mitarbeiter, die sich daran beteiligen, wohl mit weiteren Repressionsmaßnahmen zu rechnen haben.

Dem mutigen Aufruf Ludwig Metzgers folgend haben dann am 9.12. über 300 Menschen die erste öffentliche Veranstaltung der Bürgerinitiative in Köln besucht.

Daß diese Sendung überhaupt vom Fernsehen gebracht wurde, ist auch Ausdruck zunehmender Bereitschaft, sich gegen die Repression in den Medien zur Wehr zu setzen, u.a. ein Verdienst der angegriffenen Bürgerinitiativen. Dies sollte eine Ermutigung sein, diese Arbeit noch zu verstärken. Ein positives Ergebnis ist auch die Verabschiedung einer Erklärung mehrerer Redakteursausschüsse von Sendern, in der es heißt, daß sie die Gefahr sehen, „*daß die Meinungs- und Informationsarbeit bei Funk und Fernsehen immer weiter eingeschränkt und kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen. Wegen des gegenwärtigen ‚politischen Klimas' in der Bundesrepublik würden kritische Beiträge unterbunden. Als besonders eklatanten Fall des Rechtsdruckes auf die Sender bezeichneten die Redakteure die von CDU-Stoltenberg Mitte Juli angedrohte Kündigung des NDR-Staatsvertrages*"(Nach dpa/UZ 7.12.77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SWF: Absetzen, zensieren...

Nach den schon bekanntgewordenen Zensur- und Repressionsmaßnahmen beim WDR, wird ziemlich klar, daß dies keine „bedauerlichen Einzelfälle" sind, sondern es handelt sich um die Einschränkung von kritischer und liberaler Meinung insgesamt.

So kann die stramm-rechte Führung des Südwestfunks (SWF) – die Herren W. Hilf (Intendant, CDU), F. Schmidt (Fernsehdirektor, parteilos) und A. Rummel (Hörfunkdirektor, CDU) – die seit einem halben Jahr im Amt ist, auf eine stolze Bilanz zurückblicken:

- So wurde gegen den Willen der Redaktion ein Fernsehfilm abgesetzt, der sich mit dem Rufmord der zu Unrecht verdächtigten und verhafteten Eleonore Poensgen beschäftigt.
- Das Konzept der Abendsendung „Tribüne der Zeit" wurde durch die Reduzierung von Meinungsbeiträgen zu einer reinen „Nachrichtensendung"
- Ein Mitarbeiter wurde nicht mehr beschäftigt, weil er sich kritisch mit den Methoden des Stammheim-Richters Mayer auseinandergesetzt hatte.
- Abgesetzt wurden Beiträge der Theologin Dorothee Sölle und des PEN-Präsidenten Walter Jens, zum Thema der „Sympathisanten"-Frage.

Piet Klein: Mikrofonverbot

Wie weit Redakteure eingeschüchtert werden sollen, zeigt der Fall Piet Klein. Am 10.11. hatte der Redakteur der Sendung „heute mittag" den Umzug des SWF-Studios durch den Kakao gezogen. Ohne direkt angegriffen worden zu sein, erklärte sich Hörfunkdirektor Rummel für „beleidigt" und erteilte dem Redakteur Sprechverbot!

Klein hatte lediglich die Einweihungsfeier mit einer solchen aus seiner Schulzeit verglichen, auf der der damalige Direktor mit pathetischen Worten ein neues Ruderboot einweihte. Obwohl sich eine Redakteurszusammenkunft mit Nachdruck hinter Klein stellte und dieser inzwischen Klage beim Arbeitsgericht erhob, legte die Hörfunkleitung noch einen Zahn zu.

Zusätzlich soll Klein vor einem hausinternen „Ordnungsausschuß", der mehrheitlich von der Betriebsleitung gestellt wird, zur Sau gemacht werden.

Medien-Kommission

Rechtsradikale Offensive gegen Rundfunk

Die totale Gleichschaltung will die CDU durch eine Zuschauerreaktion erreichen: In einem Musterbrief der CDU Westfalen-Lippe heißt es:

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Freie Entfaltung meiner Persönlichkeit und auf körperliche Unversehrtheit zunehmend bedroht. Die Hauptursache für diese Rechtsunsicherheit, ja Rechtsbedrohung, sehe ich in der geistigen Förderung des Terrorismus durch Sendungen einzelner Rundfunkanstalten, in denen Revolutionspropaganda betrieben und unsere verfassungsmäßigen Organe geschmäht wurden."

Das ganze firmiert als „Aufruf an die verfassungstreuen Bürger der BRD". Weiter wird in diesem Brief die „uneingeschränkte Anwendung des Extremistenerlasses in den Funkhäusern und die Entlassung verfassungsfeindlicher Mitarbeiter, sowie die Verwehrung des Zutritts von verfassungsfremden Kräften zu den öffentlichen Massenmedien" gefordert („Frankfurter Rundschau", 8.12.)

Medien-Kommission



Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von den damals vorhandenen Ansätzen zur Bekämfpung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Westzonen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen, verdreht und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

- In dieser Dokumentation wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung " von Nazi-Verbrechern exemplarisch aufgezeigt. Mit großem Dokumentenanhang.
- Die zur Bekämpfung militaristischer und nazistischer Kräfte erlassenen alliierten Bestimmungen, die völkerrechtlich oder durch BRD-Recht dem Text nach verbindlich sind, werden in wichtigen Beispielen dokumentiert. Dazu gehören zum Teil gerade solche BRD-Gesetze, die heute ausschließlich gegen demokratische und linke Personen und Gruppen angewandt werden.
- Diese Dokumentation eignet sich daher für alle Zwecke demokratischen und antifaschistischen Protests gegen die Rechtsentwicklung in der BRD, für die die immer offenere Schonung und Rehabilitierung von Altnazis und das Gewährenlassen und die Nichtverfolgung von neofaschistischen Umtrieben kennzeichnend ist.

Erscheint in der nächsten Woche. Zu beziehen über J. Reents-Verlag, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50.



Auf dem Podium von links nach rechts: eine Vertreterin der BI „Rettet den Rundfunk", Versammlungsleiter Conradi, Günther Wallraff, Dieter Brumm (DJU), Harry Bülow (Jungdemokraten)

Am 1. Dezember fand in Hamburg eine Veranstaltung unter dem Motto „Presse- und Rundfunkzensur – Nein Danke!" statt. Hauptredner auf dieser Veranstaltung war G. Wallraff, der mit vielen konkreten Einzelbeispielen sowohl die kriminelle Praxis der BILD-Zeitung, als auch die von Springer gegen ihn eingeleitete Kampagne schilderte.

Über 2200 Besucher, und noch viele, die wegen Überfüllung des Veranstaltungssaales wieder nach Hause gehen mußten, zeigen, wie groß das Interesse an der Enthüllungsarbeit gegen die Springer-Presse ist.

Zustandegekommen war diese Veranstaltung durch ein Aktionsbündnis der Bürgerinitiative „Rettet den Rundfunk", der Jungdemokraten Hamburg, der Humanistischen Union, des Ortsvereins der IG DruPa in Hamburg, der Deutschen Journalisten Union (DJU in der IG DruPa) und dem Verband deutscher Schriftsteller (Vds in der DruPa). Wir berichteten im letzten AK darüber.

Neben der Hauptparole „Presse- und Rundfunkzensur – Nein Danke" war auf der Veranstaltung zu lesen:

- *„Brecht das Meinungsmonopol – Enteignet Springer!*
- *Gegen Gleichschaltung – Solidarität mit den Opfern der Zensur!*
- *Wehrt Euch zeitig und habt acht, Zensur kommt nicht über Nacht!"*

Auf dem Podium saßen neben Günter Wallraff noch Harry Bülow für die Jungdemokraten, Dieter Brumm, Vorsitzender der DJU, ein Mitglied der Bürgerinitiative und der Journalist A. Conradi als Versammlungsleiter. Die Journalistin Peggy Parnass und Peter Kleinert von der Kölner Bürgerinitiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" beteiligten sich mit Beiträgen an der Diskussion. Günter Wallraff berichtete über seine Erfahrungen mit und bei der BILD-Zeitung. Zum Schluß seines Beitrags rief er noch einmal zur Unterstützung seines „BILD-Geschädigten" – Fonds auf, dem er den Erlös seines Buches zur Verfügung stellt. Dieser Fond soll BILD-Geschädigten ermöglichen unter Zuhilfenahme guter Anwälte gerichtliche Schritte zur Durchsetzung von Gegendarstellungen und/oder Schadensersatzforderungen gegen BILD einzuleiten . Dabei verwies er u.a. auf den Fall von Eleonore Poensgen, die im Zusammenhang mit dem Ponto Attentat trotz erwiesener Nichtbeteiligung als „Terroristin" denunziert wurde, worunter sie noch heute zu leiden hat. Die daraufhin durchgeführte Sammlung erbrachte ca. 1200 DM.

Eine stärkere Auseinandersetzung gab es als ein Mitglied der „KPD" den DJU-Vorsitzenden Brumm angriff, er habe auf dem Gewerkschaftstag die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und den Ausschluß oppositioneller Gewerkschafter aus der DruPa unterstützt, damit sei jedes von ihm geleistete Bekenntnis zum Kampf gegen die Repression unglaubwürdig. Dieser Beitrag wurde mit zum Teil heftigem Beifall eines Teils des Publikums, darunter auch zahlreicher anwesender KB-Genossen, bedacht.

Nachdem Brumm zunächst damit konterte, daß 50 Mitglieder wegen Streikbruchs nach dem Druckerstreik ausgeschlossen wurden, (selbst hier wurde blindlings gepfiffen), verteidigte er in provokatorischer Weise den Ausschluß von 12 aktiven linken Gewerkschaftern in Hamburg, die nicht wegen Streikbruch, sondern wegen Herausgabe eines Streik-Info gefeuert wurden. Sie hätten den zentralen Anweisungen der Streikleitung entgegengearbeitet. Brumms Erklärung, er selber sei gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" ging verständlicherweise im Protest vieler Anwesender unter. Als dann noch Peter Kleinert vom WDR in einer Manier, die man sonst von DKPlern gewohnt ist, Kritiker der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" beschuldigte, sie würden objektiv Springer dienen, war auch er für einen Teil des Publikums „gestorben".

Die Veranstaltungsleitung brach die Debatte hier ab. Es ist ein in letzter Zeit auf verschiedenen Veranstaltungen in Hamburg, die ein breiteres Bündnis repräsentierten, beobachteter Vorgang, daß Teile des Publikums, darunter sehr stark KB-Genossen, sich gegenüber unterschiedlichen Auffassungen äußerst unduldsam erweisen. Natürlich ist es richtig, massiv die Unvereinbakeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften anzugreifen und zu bekämpfen. Für falsch halten wir es aber, die Bereitschaft von Gewerkschaftsführern in derartigen Aktionsbündnissen, wie sie die Veranstaltung repräsentierte, gegen die Repression und Gleichschaltung in den Medien zu kämpfen und mit Bürgerinitiativen und anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, nicht als positiv aufzunehmen. Wer auf einer solchen Veranstaltung nicht die Bereitschaft in den Mittelpunkt rückt, sondern die Frage der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse", kann ernsthaft diese Zusammenarbeit nicht wollen.

Es ist kein Wunder, daß der einzige Beitrag der „KPD" zu der Veranstaltung in dieser Frage lag, zudem noch mit der falschen Behauptung, Brumm hätte auf dem Gewerkschaftstag dafür gestimmt. Was hier vom „KPD"-Vertreter als Kritik an Dieter Brumm formuliert wurde, ist nichts weiter, als ein Angriff auf die Bündnispolitik der Bürgerinitiative, die derartige Unvereinabarkeitsbeschlüsse nicht kennt und durchaus auch mit Mitgliedern revolutionärer Organisationen zusammenarbeitet.

Insofern ist allein das Zustandekommen dieser Veranstaltung schon eine Aufweichung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen der DruPa. Die Alternative hieße doch, daß man zur Vorbedingung solcher Aktionsbündnisse macht, daß Gewerkschaftsführer Vorabbekenntnisse ablegen, bevor man mit ihnen zusammenarbeitet. Auf einer solchen Basis allerdings Bündnisse zu schließen, wird nicht möglich sein.

***

1000 Besucher kamen am 5.12. in Freiburg zu einer Veranstaltung, um dort die Enthüllungen Günter Wallraffs zu hören. Eingeladen hatten DGB und SHB. U.a. nahm Wallraff hier Stellung gegen die StrauSS-Äußerungen nach seinem Chile-Besuch und begrüßte die eingeleiteten Strafanzeigen. Er sprach sich außerdem gegen das geplante „K-Gruppen"-Verbot aus.

Scharf grenzte er sich außerdem vom „Terrorismus" ab, der nach seiner Meinung Mitschuld an der Rechtsentwicklung in der BRD hat.



Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!

„Im übrigen wären bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat." Zitat aus einem Urteil gegen eine angeklagte Studentin (9 Monate auf 2 Jahre Bewährung).

Prozeß gegen Verena Becker

AM 28.11.1977 begann in Stammheim der Prozeß gegen die 25jährige Verena Becker. Verena Becker wird sechsfacher Mordversuch, Bankraub und die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« vorgeworfen. Sie war am 3. Mai 77 zusammen mit Günter Sonnenberg verhaftet worden und gehörte zu den fünf Gefangenen, die im Austausch gegen den Westberliner CDU-Politiker Peter Lorenz freigelassen wurden. Der Prozeß von Günter Sonnenberg wurde wegen dessen Gesundheitszustandes abgetrennt.

Einen Antrag des Verteidigers Heinz Funke, die Verhandlungsfähigkeit Verena Beckers außer durch den Anstaltsarzt noch durch einen anderen Mediziner untersuchen zu lassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Der Anstaltsarzt erklärte vor Gericht unter anderem, *»er kenne Verena Becker seit ihrer Verhaftung am 3. Mai und halte sie für verhandlungsfähig. Eine körperliche Untersuchung habe sie zwar verweigert, doch habe sie sich nach seiner Ansicht in den sieben Monaten kaum wesensmäßig verändert. Schwere körperliche oder geistige Mängel habe er nicht feststellen können. Sie sei durchaus in der Lage, der Verhandlung zu folgen und sich zu verteidigen«* (zit. nach »Frankfurter Rundschau« vom 29.11.77).

Verena Becker war bereits zwei Wochen vor Beginn des Prozesses in einen Hunger- und Durststreik getreten, um damit gegen die ständige Beobachtung durch Beamte zu protestieren. Diese Beobachtungen wären nach dem »Selbstmord« Ingrid Schuberts auch bei Verena Becker eingeführt worden. Eine Teilnahme am Prozeß (das Urteil soll bereits Ende Februar verkündet werden, da die Beweislage dem Gericht als einfach erscheint), lehnte Verena Becker ab und wurde daraufhin zwangsvorgeführt. Im Gerichtssaal erklärte Verena Becker dann dem Gericht: *»Entweder Sie lassen mich hier raus, oder ich mache Ärger.«* Außerdem soll sie den vorsitzenden Richter noch als Schwein bezeichnet haben. Dieses Verhalten brachte ihr den Ausschluß von der Verhandlung bis zur Verlesung des Anklagesatzes ein.

Die Verhandlungsdauer ist vom Gericht mit nur 15 Tagen geplant worden.

IKAH Hamburg

Abgestempelt

Wer einmal straffällig wird, wird es immer wieder. Das Gleiche gilt auch für ehemals Drogenabhängige. Jedenfalls meinen das die Behörden und psychiatrischen Gutachter. Ein geradezu typisches Beispiel dafür lieferte kürzlich ein Prozeß vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Essen.

Der 26jährige W.H. war angeklagt, vor 3 Jahren (!!) 3.500 DM gestohlen zu haben, um sich davon Heroin zu kaufen. Und das war auch das Besondere an dem Prozeß: die Drogenabhängigkeit.

W. war den Behörden bis zu dem Zeitpunkt vor 3 Jahren schon als Süchtiger bekannt. Mehrere Zwangseinweisungen in Krankenhäuser hatte er hinter sich, ebenso einige „Ordnungswidrigkeiten". Bereits 2 Tage nach der Straftat wurde er gefaßt, kam in U-Haft und wanderte von dort in die psychiatrische Anstalt Eickelborn, zwecks Entziehungskur. Dort legte man ihn mit schwer Geistesgestörten zusammen. Unter starken Entzugserscheinungen leidend, wurden mit ihm Intelligenztests gemacht, nach denen u.a. ein Gutachten von ihm angefertigt wurde. W. floh nach 9 Monaten Aufenthalt dort. Nach einigen vergeblichen Versuchen, einen Therapieplatz zu finden, nahm ihn eine Hamburger Initiative auf. Freiwillig blieb er dort 14 Monate, um anschließend auf „eigenen Füßen" zu stehen. Mit Erfolg, wie sich zeigte. Das Verfahren gegen W.H. ruhte während der Therapiezeit. Auf Wunsch des Gerichts besuchte ihn im Sommer dieses Jahres ein Psychiater, um nochmals ein Gutachten über ihn zu verfassen. Nach 1/4stündiger Unterhaltung stand für den Psychiater das Urteil fest: Gefahr des Rückfalls, deshalb als sogenanntes „Korsett" für den Angeklagten der Paragraph 64 (Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt) auf Bewährung!! Genau das wurde dem Gericht als Maßnahme vorgeschlagen. Während des Prozesses erzählte der Anwalt nochmal den „Lebensweg" des Angeklagten und hielt den Gutachten entgegen, daß W. die letzten 2 Jahre nicht rückfällig wurde, sich freiwillig einer Therapie unterzogen hatte, selbständig Arbeit angenommen hatte und einen „ordentlichen Lebenswandel" nachweisen konnte.

Entgegen den Forderungen der Gutachter lautete das Gerichtsurteil auf 3 Monate Knast, ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung. Da für ehemals Drogenabhängige immer eine gewisse Gefahr besteht, rückfällig zu werden, besonders in Krisensituationen, bedeuten diese 3 Jahre Bewährung ein eine extreme Belastung.

Ein Genosse aus Altona

Erster 88a-Prozeß

Am 3.12. wurde vor dem Dortmunder Landgericht der erste Prozeß eröffnet, in dem die Anklage auf § 88a, »verfassungswidrige Befürwortung von Gewalt« lautete. Thomas K., der Geschäftsführer der Bochumer und der Essener politischen Buchhandlung war angeklagt, durch das Auslegen des »Revolutionären Zorn«, sowohl gegen den § 88a als auch gegen § 129 — Unterstützung einer kriminellen Vereinigung — verstoßen zu haben. Außerdem wurde ein ominöser »versuchter Autodiebstahl« auch im selben Verfahren behandelt.

Am ersten Prozeßtag wurde die Anklage wegen § 129, kriminelle Vereinigung, fallengelassen, mangels Beweisen und konkreter Feststellungen über die Herausgeber des »Revolutionären Zorn«, ein Antrag des Rechtsanwalts Heldmann, den § 88a auf seine Verfassungswidrigkeit zu überprüfen, wurde abgelehnt.

Am zweiten Prozeßtag (6.12.) beantragte auch der Staatsanwalt Freispruch wegen des § 88a, weil der Tatvorsatz nicht zu beweisen sei. Es bleibt der Antrag auf eine Geldstrafe wegen des versuchten Diebstahls oder Sachbeschädigung.

Das Urteil wird am 13.12. gefällt.

Nun scheint dieser erste Prozeß zwar glimpflich auszugehen, aber deshalb besteht noch kein Grund, aufzuatmen! Die Bedrohung und die Einschüchterung durch den Zensurparagraphen 88a bleibt, und bereits die Anklage hat ihre Wirkung auf die Linken gehabt: Weitere Diskussionen, welche Bücher man jetzt auslegen und verkaufen soll und welche vielleicht nicht (Selbstzensur), werden geführt.

In der Dortmunder und Bochumer Linken haben sich anläßlich dieser Bedrohung positive Ansätze einer Zusammenarbeit entwickelt. Eine Veranstaltung fand am Vorabend der Prozeßeröffnung in Dortmund mit 250 Leuten statt, es gab drei kleinere Veranstaltungen an der Uni mit jeweils 40 Leuten, wo trotz des laschen Streiks bei sehr kurzer Ankündigung ein relativ großes Interesse dagewesen ist, und eine Demonstration mit allerdings nur 120 Leuten statt fand.

Es bleibt aber noch viel zu tun, um eine gemeinsame Front gegen die Repression auszubauen!

Eine Dortmunder Genossin

Über die Schwierigkeiten der Justiz, mit ihren eigenen Gesetzen umzugehen

Der Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des AK, Kai Ehlers, wegen unberechtigter Veröffentlichung von Teilen der Anklageschrift gegen RA Groenewold (s. AK 118), ist nunmehr schon zu zweiten Mal „geplatzt".

Die Justiz war offenbar nicht in der Lage, die Verhandlung so vorzubereiten, daß die gesetzlichen Vorschriften eingehalten sind.

Der erste Prozeßtermin am 18. Oktober mußte ausgesetzt werden, weil der Verteidigung nicht die vollständigen Akten zur Verfügung gestellt worden waren: Gerade das einzige und wichtigste Beweisstück, die Anklageschrift gegen RA Groenewold, fehlte.

Der Richter wunderte sich, als er darauf hingewiesen wurde, daß der Angeklagte sich ohne entsprechende Vorbereitung nicht verteidigen könne.

Im zweiten Termin mußte der Richter ebenfalls durch den Verteidiger erst auf eine fundamentale Vorschrift des Strafprozeßrechts hingewiesen werden: Urkunden, die als Beweismittel dienen sollen, müssen in der Hauptverhandlung verlesen werden. Dieser Einsicht verschloß sich schließlich auch nicht einmal der Staatsanwalt.

Als der Richter nunmehr endlich beginnen wollte, die Anklageschrift, die immerhin 229 Seiten umfaßt (!) mit einer Leichenbittermiene und absolut tonloser Stimme zu verlesen, mußte ihn der Staatsanwalt doch gleich wieder von der Erfüllung seiner gesetzlichen Pflicht abhalten.

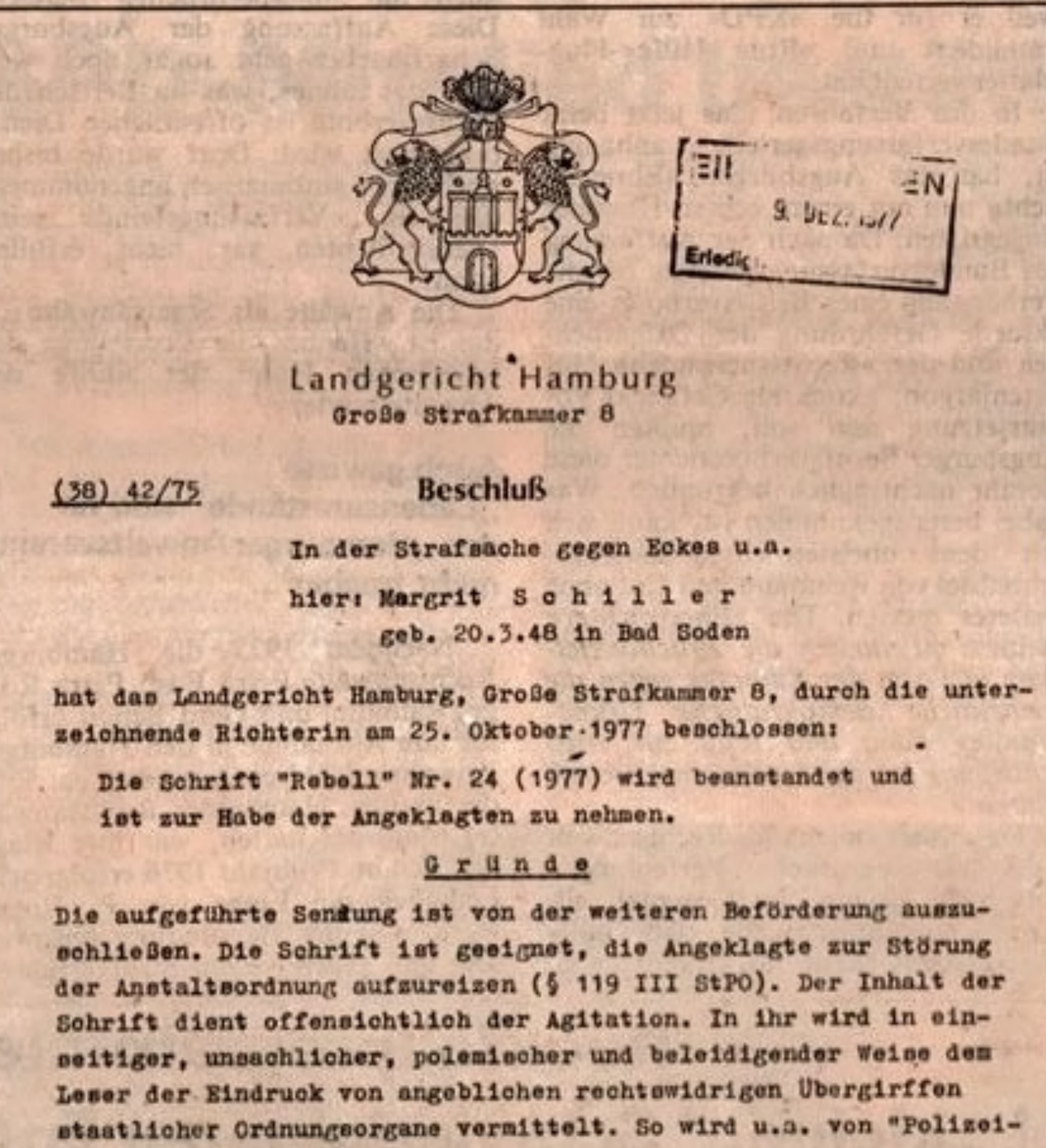
Er fragte den Richter: „Sagen Sie mal, machen Sie sich nicht eigentlich selbst strafbar, wenn Sie die Anklageschrift in öffentlicher Verhandlung verlesen?"

Und in der Tat: Kai Ehlers ist angeklagt wegen öffentlicher Mitteilung der Anklage im Wortlaut — und der Richter hatte nach dem Gesetz ebenfalls die Aufgabe, eben diese Anklageschrift öffentlich zu verlesen.

Die vertrackte Lage bereinigte der Richter schließlich so, daß er die Verhandlung wieder aussetzte; da ihm der Staatsanwalt nicht versprechen wollte, daß gegen ihn kein Strafverfahren eingeleitet werden würde, verschob Herr Siekmann, Richter am Amtsgericht, die Verlesung um einige Monate. Nämlich bis nach dem Verhandlungsbeginn des Prozesses gegen Groenewold selber, weil dann die Anklageschrift auch in anderen Verfahren öffentlich verlesen werden kann.

IKAH Hamburg

Wieder Arbeiterkampf und Rebell zensiert!



Landgericht Hamburg
Große Strafkammer 8

(38) 42/75

Beschluß

In der Strafsache gegen Eckes u.a.

hier: Margrit S c h i l l e r
geb. 20.3.48 in Bad Soden

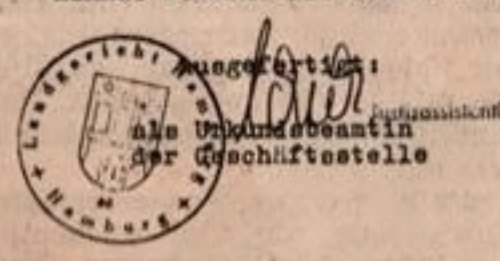
hat das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 8, durch die unterzeichnende Richterin am 25. Oktober 1977 beschlossen:

Die Schrift "Rebell" Nr. 24 (1977) wird beanstandet und ist zur Habe der Angeklagten zu nehmen.

G r ü n d e

Die aufgeführte Sendung ist von der weiteren Beförderung auszuschließen. Die Schrift ist geeignet, die Angeklagte zur Störung der Anstaltsordnung aufzureizen (§ 119 III StPO). Der Inhalt der Schrift dient offensichtlich der Agitation. In ihr wird in einseitiger, unsachlicher, polemischer und beleidigender Weise dem Leser der Eindruck von angeblichen rechtswidrigen Übergirffen staatlicher Ordnungsorgane vermittelt. So wird u.a. von "Polizei- und Bullenterror" gesprochen.

Durch diese Darstellungsweise kann in der Angeklagten die Bereitschaft erzeugt und bestärkt werden, gegen die Ordnung in der Anstalt als Teil der geltenden Rechtsordnung zu wirken. Darüber hinaus besteht die Gefahr der Weitergabe in der Vollzugsanstalt.



Ausgefertigt:
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

G ö r i n g
als Vorsitzende i.V.

Die politischen Gefangenen sollen allmählich völlig vom Bezug linker Zeitungen ausgeschlossen werden. So wurden jetzt bei den in Hamburg sitzenden Gefangenen Margit Schiller, Eberhard Becker, Helmut Pohl, Wolfgang Beer, Christa Eckes und Ilse Stachowiak der AK 116 und Rebell 24 nicht weitergeleitet, weil dort u.a. von „Polizei- und Bullenterror" gesprochen wurde. Fürwahr ein doppelter Hohn, wenn man bedenkt, wie „hautnah" die politischen Gefangenen diesen Terror tagtäglich zu spüren bekommen!

Dokumentation zur Kontaktsperre erschienen!!

Eine Dokumentation zur Kontaktsperre enthält u.a.:
- Dokumente zur Vorgeschichte (Verteidigerbesuchsverbot etc.)
- Kontaktsperregesetz
- Berichte von Gefangenen
- Rede des MdB Coppik, SPD
- Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 13.10.77.

Zu beziehen bei:
Rechtsanwalt Rainer Elferding
Curvystr. 33
1000 Berlin 36

Bis 1968 Generalstaatsanwalt — heute nach § 88a zensiert

In der JVA Wuppertal wurde jetzt das „Bundesdeutsche Lesebuch" mit dem Thema „Strafjustiz" von der Beförderung ausgeschlossen, da es *„mit einer Reihe von Gedichten, Karikaturen und anderen Äußerungen angereichert ist, die ein Verbrechen ganz allgemein verherrlichen . . ."*

In der „Begründung" wird u.a. auch der Artikel „Auf der Flucht erschossen . . ." angeführt, der sich mit Vorschlägen zur Strafrechtsreform beschäftigt.

Der Verfasser des Artikels ist Fritz Bauer. 1933 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen. Dann folgten KZ und Emigration nach Dänemark und Schweden. Seit 1949 war er Landgerichtsdirektor in Braunschweig und ab 1956 Generalstaatsanwalt!!
(aus „Konkret" 12/77)

Repression gegen linke Anwälte

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Spangenberg

Das Westberliner Kammergericht hat durch einen Beschluß vom 17. November 1977 Rechtsanwalt Spangenberg verboten, als Strafverteidiger tätig zu sein. Obwohl dies juristisch gesehen nur ein Teilberufsverbot ist, kommt eine solche Maßnahme für einen engagierten Verteidiger praktisch einem völligen Berufsverbot gleich.

Das Berufsverbot wurde in einem Super-Schnellverfahren durchgepeitscht, das noch nicht einmal die mündliche Anhörung des Kollegen Spangenberg ermöglichte.

Der Anlaß für den Schlag der Justizbehörden gegen einen weiteren Verteidiger politischer Gefangener war die Tatsache, daß Spangenberg eine Hungerstreikerklärung seiners Mandanten Fritz Teufel am 6. April 1977 an die Presseagentur DPA geschickt hatte. Dabei wird demagogischerweise ein direkter Zusammenhang zum Tod des Generalbundesanwalts Buback am 7. April 1977 hergestellt. Das Kammergericht und die Staatsanwaltschaft werten die Weitergabe der Erklärung als »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«.

Besonders »verschärfend« wird Spangenberg angelastet, daß er sich auf Aufforderung eines CDU-scharfmachers nicht von der Erklärung seines Mandanten distanziert hat und das, obwohl er die Erklärung von Teufel gar nicht mal im eigenen Namen, sondern deutlich als Teufels Äußerung gekennzeichnet veröffentlichte.

Die angebliche Notwendigkeit, Spangenberg sofort auszuschalten, wird mit einer »Gefährdung der Allgemeinheit« begründet, die der Anwalt angeblich darstellen soll. In der Begründung des Berufsverbots heißt es u.a., daß Spangenberg durch die Weitergabe der Hungerstreikerklärung *»nicht etwa nur* (?) *den inneren Zusammenhalt und den Fortbestand der inhaftierten Mitglieder der ,Bewegung 2. Juni', sondern vor allem die Fortführung des auf Mord und Geiselnahme gerichteten ,bewaffneten Kampfes' der in Freiheit befindlichen Mitglieder der ,Bewegung 2. Juni' und der RAF gefördert und ihren Willen zum ,bewaffneten Kampf' und zum Widerstand gestärkt«* hat. Der Ermittlungsrichter sagt dann in seiner Entscheidung weiter, daß der Hungerstreik der politischen Gefangenen sich natürlich nicht gegen die Haftbedingungen richte, sondern zum Kampf gegen die Justiz diene.

scheidung weiter, daß der Hungerstreik der politischen Gefangenen sich natürlich nicht gegen die Haftbedingungen richte, sondern zum Kampf gegen die Justiz diene.

Hiernach soll also Spangenberg in keinerlei Strafprozessen mehr verteidigen dürfen und nicht nur von sogenannten »Staatsschutzverfahren« ausgeschlossen sein wie andere Verteidiger.

Das Gericht bringt zum Ausdruck, daß es einen ganzen Teil der Linken eines guten Verteidigers berauben will: *»In den Randgruppen, die mit der Terrorscene sympathisieren und die als Unterstützer im weitesten Sinne* (!!??!!) *in Frage kommen, muß mit strafbaren Taten gerechnet werden, die nicht in jedem Fall* (!) *die Tatbestände der §§ 129, 129a StGB erfüllen.«*

Die Westberliner Justiz versucht gegenwärtig mit allen Mitteln, die Verteidigung im Prozeß gegen die »Bewegung 2. Juni«, in dem u.a. Fritz Teufel wegen Beteiligung an der Lorenz-Entführung angeklagt ist, zu zerschlagen.

Zu diesem Zweck wurde zunächst der Berufsverbote-Richter ausgewechselt: Das Verbot gegen Spangenberg konnte erst ausgesprochen werden, nachdem der dafür zuständige Richter ausgewechselt worden war.

Ähnlich wie schon einmal in Stammheim praktiziert, werden jetzt kurz vor Prozeßbeginn (voraussichtlich Anfang 1978) die Wahlverteidiger aus dem Verfahren rausgeschmissen.

Bisher hat die Staatsanwaltschaft in gemeinsamer Arbeit mit dem Gericht insgesamt 6 (!) Verteidiger aus dem Verfahren mit den verschiedensten Begründungen ausgeschlossen.

Als »Gegenleistung« bekam jeder der Angeklagten dafür 2 Zwangsverteidiger bestellt.

Die »Rechtsstaatlichkeit« des Verfahrens ist also gewahrt; es bleibt allerdings abzuwarten, ob das Spektakel angesichts der Beweisnot der Rebmann-Behörde die gewünschten Ergebnisse bringt. Angriffe auf die Verteidigung sind insoweit ein Zeichen der Schwäche.

Berufsverbot gegen Gildemeier

Wir haben im AK schon vor längerer Zeit darüber berichtet, daß der Augsburger Rechtsanwalt F.-W. Gildemeier Berufsverbot bekommen soll, weil er für die »KPD« zur Wahl kandidiert und »Rote Hilfe«-Flugblätter verteilt hat.

In das Verfahren, das jetzt beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist, hat das Augsburger »Ehrengericht« nun mit einem echten Hammer eingegriffen: Da nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts für die Verhängung eines Berufsverbotes eine aktuelle Gefährdung der Öffentlichkeit und der »Rechtssuchenden« (Juristenjargon: »konkrete Gefahr«) Voraussetzung sein soll, mußten die Augsburger Berufsverboterichter diese Gefahr nachträglich begründen. Was dabei herausgekommen ist, kann sich mit dem übelsten Staatsschutzgeschreibsel von Rebmann und Co. ohne

Augsburger Berufsverboterichter diese Gefahr nachträglich begründen. Was dabei herausgekommen ist, kann sich mit dem übelsten Staatsschutzgeschreibsel von Rebmann und Co. ohne

weiteres messen. Die »Ehrenrichter« meinen: *»Lediglich die Pflichtverletzung in Form des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung kann und muß zur Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft führen.«*

Da bisher niemand Rechtsanwalt Gildemeier berufliche Verfehlungen vorwerfen konnte, im Gegenteil allgemein anerkannt wurde, daß Gildemeier seinen Beruf im Gegensatz zu vielen anwaltlichen Beutelschneidern, die nur hinter den Gebühren her sind, mit großem persönlichen Einsatz ausgeübt hat, mußte die »Ehrenjustiz« ebenfalls noch konstruieren, daß von Gildemeiers politiischer Meinung »Gefahren« für seine Berufsausübung ausgehen.

Auch hier wieder Spitzenleistungen made in Bayern:

»Die verfassungsfeindliche Einstellung und Zielsetzung des Betroffenen findet ihren Niederschlag auch in der täglichen Berufspraxis.«

Der Gedankengang, der folgt, ist in sich gesehen völlig logisch: Wer in der »KPD« ist, ist durch und durch derart verfassungsfeindlich, daß er gar nicht auf dem Boden der Verfassung stehen kann: *»Voraussetzung für eine sachgerechte Beratung und Vertretung der Interessen des Mandanten ist die Unabhängigkeit des Rechtsanwaltes nach allen Seiten hin, z.B. gegenüber dem Staat, ja selbst dem eigenen Mandanten gegenüber. Der Betroffene hat seine völlige Abhängigkeit von der KPD und der von ihr vertretenen marxistisch-leninistischen Doktrin mehrfach und deutlich gezeigt. Das ganze Denken und Handeln des Betroffenen ist von dieser Ideologie durchdrungen. ... Die Auslegung der Gesetze wird beim Betroffenen stets unter dem Einfluß der marxistisch-leninistischen Doktrin stehen, desgleichen die hierauf aufbauende Beratung und Vertretung des einzelnen Mandanten. Nicht die optimale Vertretung der Interessen des Mandanten auf der Basis des geltenden Rechts ist das Ziel des Betroffenen, sondern die Durchsetzung der Volksdiktatur. Hierin liegt eine echte konkrete Gefährdung der Rechtspflege, als deren Organ der Betroffene tätig ist.«*

Was hier gefordert wird, ist die totale Unterwerfung jedes Einzelnen auch im außerberuflichen Bereich. Diese Auffassung der Augsburger Scharfmacher geht sogar noch weit über das hinaus, was im Bereich der Berufsverbote im öffentlichen Dienst praktiziert wird: Dort wurde bisher noch nicht automatisch angenommen, daß ein »Verfassungsfeind« seine Dienstpflichten gar nicht erfüllen kann.

Die Anwälte als Staatsanwälte ... das ist offenbar die Vorstellung der bayerischen Hüter der »Ehre des Anwaltsstandes«.

Auch gewisse „Lebensumstände" sind für den „Hamburger Anwaltsverein" nicht tragbar ...

Auch gewisse „Lebensumstände" sind für den „Hamburger Anwaltsverein" nicht tragbar ...

Nachdem 1975 die Hamburger Rechtsanwälte Petra Ewe, Petra Rogge, Raimund und Gerd Benoit erfolglos ihre Aufnahme in den Hamburger Anwaltsverein (repräsentieren ca. 50% der aktiven Hamburger Rechtsanwälte) beantragt hatten, war ihre Klage dagegen im Frühjahr 1976 erfolgreich. Lediglich die Klage von P. Rogge wurde mit der Begründung abgewiesen, daß gegen sie ein Strafverfahren wegen § 129 (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) laufe und sie im Büro Groenewold arbeite (was offensichtlich schon als solches ein Makel ist — s.a. AK Nr. 117, S. 35).

Der Anwaltsverein konnte offensichtlich die Vorstellung, vier weitere kritische Anwälte in ihre Reihen aufnehmen zu müssen, nicht überwinden und ging — mit Erfolg — in die Berufung.

Das vom Hanseatischen Oberlandesgericht (OLG) am 28.10.77 gegen den Aufnahmeantrag der Rechtsanwältin P. Ewe verkündete Urteil liegt jetzt schriftlich vor. Hier lassen der Anwaltsverein und das OLG praktisch alle juristischen Hüllen fallen und machen deutlich, daß es die kritische Einstellung ist, die der Anwaltsverein durch Nichtaufnahme auszuschalten gedenkt. Sollte dieses Urteil rechtskräftig werden, hätte dies mit Sicherheit zur Folge, daß Aufnahmeanträge von nachrückenden, kritischen Anwälten ebenfalls abgelehnt werden mit dem Ergebnis, daß es kritischen Juristen in Hamburg weitgehend unmöglich sein wird, auf die Politik dieses berufsbezogenen Verbandes Einfluß zu nehmen. Im folgenden einige »Gedanken« aus dem Urteil, das unseres Wissens erstmalig linken Anwälten den Zutritt zu einem solchen Verein verbietet.

Grundlage des Urteils ist die Feststellung, daß die Nichtaufnahme aus einem »triftigen Grund« berechtigt sei.

Gleich zu Beginn wird die »Sympathisanten-Diskussion« durch die »Feststellung« eröffnet, Rechtsanwältin Ewe sei Referendarin bei den Anwälten Jacobi und Reinhard gewesen, später habe sie dann in einem gemeinsamen Büro mit den Anwälten Neumann und Maeffert gearbeitet. Jacobi, Maeffert und Reinhard seien — wieder als bloße »Feststellung« — *»in der Vergangenheit mehrfach hervorgetreten«*. Die von P. Ewe unterstützten Erklärungen zur Einschränkung der Verteidigerrechte und die Kritik am Berufsverbotsverfahren gegen Rechtsanwalt Groenewold aus dem Jahr 1975, hatten nach Meinung des Vereins lediglich den Zweck der »Unruhestiftung und Agitation«.

Weiter ist sich der Anwaltsverein nicht zu schade, mit »Argumenten« zu kommen, die man bisher nur aus Berufsverbotsverfahren kannte: Wo Lehrer bereits durch das Wohnen in Wohngemeinschaften oder ihrer Ehe mit politisch Organisierten in die ver-

kommen, die man bisher nur aus Berufsverbotsverfahren kannte: Wo Lehrer bereits durch das Wohnen in Wohngemeinschaften oder ihrer Ehe mit politisch Organisierten in die ver-

fassungsfeindliche Ecke gestellt wurden. Der Anwaltsverein trägt also vor, daß — Anfang der 70er Jahre — dem Ehemann von P. Ewe »vorgeworfen« worden war, daß er »als Arzt im Zentralkrankenhaus des UG Mitgliedern der Roten-Armee-Fraktion« seinen Dienstausweis »zum Zwecke der Anfertigung von Fälschungen zur Verfügung gestellt« haben soll.

Schlußfolgerung: Dem Anwaltsverein kann wegen dieses »Verhaltens« (gemeint sind die o.g. kritischen Stellungnahmen) und der »Lebensumstände« nicht »zugemutet« werden, P. Ewe als Mitglied aufzunehmen. Im übrigen — so behauptet der Verein — sei er »politisch neutral« (was natürlich z.B. durch bereits abgegebene Stellungnahmen zum Terrorismus schlicht falsch ist) und müsse nun durch das »künftige Handeln« der Anwälte befürchten, daß seine »Vereinsziele« »gefährdet« werden.

Das Oberlandesgericht schloß sich den Auffassungen des Anwaltsvereins weitgehend an. Das Gericht wirft P. Ewe vor, daß sie sich als Verteidigerin »politischer Mandanten« bezeichnet hat!

Nachdem wir bereits vor einiger Zeit von der SPD erfahren mußten, daß es in der BRD keine Berufsverbote gibt, erfahren wir nun von den OLG-richtern noch viel mehr über den freiheitlichsten Staat, den es in Deutschland je gab:

»Auch Anhänger extrem linker Gruppen« — so liest man — werden in der BRD nur dann strafrechtlich belangt, *»wenn sie kriminelle Handlungen, wie z.B. Mord, Geiselnahme, Raub oder Bildung krimineller Vereinigungen begangen haben«*. Das ist starker Tobak, dazu noch aus dem Munde von Richtern, die schon von ihrem Beruf her täglich mit dem Gegenteil konfrontiert sind.

Das OLG geht weiter davon aus, daß der an die Rechtsanwaltskammer gerichtete Aufruf von einer *»feindseligen Einstellung gegenüber den Organen des Staates ... gekennzeichnet«* sei. Da der Anwaltsverein davon ausgehen müsse, daß P. Ewe diesen zur Abgabe ähnlicher Erklärungen »veranlassen« (wie, erfährt man später) werde — die von einer Einstellung getragen werde, die *»von dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht geteilt«* werde — sei dem Anwaltsverein eine Aufnahme nicht zuzumuten. Der Verein muß aber nach Meinung der OLG-Richter noch Schrecklicheres fürchten: Er *»muß angesichts der besonderen Aktivität und Einsatzbereitschaft extremistisch denkender Mitglieder damit rechnen, daß diese — angesichts eines erfahrungsgemäß geringeren Interesses der Mitgliedschaft an der Gestaltung des Vereinslebens* (!) *— die Linie des Vereins durch von ihrer Minderheit ausgehende ,Mehrheits'-Beschlüsse* (!) *künftig bestimmen und damit, wie oben dargelegt, das Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit mindern werden«.*

künftig bestimmen und damit, wie oben dargelegt, das Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit mindern werden«.

Der jetzt vom Anwaltsverein eingeschlagene harte Kurs ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß die linken Anwälte bei den letzten Wahlen zum Anwaltskammervorstand einen beachtlichen Stimmenanteil erhielten. Der Anwaltsverein kriegt nun offensichtlich kalte Füße und befürchtet, daß auch in seinem Laden ein anderer Wind wehen könnte.

IKAH Hamburg

Rückfallprogrammierung:
Ein Beispiel „kleiner" Schwierigkeiten Entlassener und ihrer Familien

„Die Würde des Menschen ist unantastbar"

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt (Grundgesetz, Art. 1,1).

Absichtlich haben wir diesen Artikel des Grundgesetzes als Überschrift dieses Artikels genommen. Folgendes ist tatsächlich geschehen, und wir halten es für wichtig, darüber zu berichten.

Ende Oktober kamen Helga und Werner B. an einem Sonntagnachmittag zu uns ins Büro. Die beiden haben 4 Kinder (2 – 7 Jahre) und am nächsten Tag um 10 Uhr vormittags sollte die Wohnung zwangsgeräumt werden. W. war Ende August aus dem Knast gekommen. Durch diese Knastzeit war H. auch mit der Miete in den Rückstand gekommen und der Vermieter hatte nichts schnelleres zu tun, als die Zwangsräumung zu erwirken.

H. war des öfteren auf der Sozi (Sozialfürsorge). Dort wurde ihr jede Unterstützung versagt. In der Knastzeit von W. hat sie sich und die Kinder mit Ach und Krach durchgeschlagen, man hat auf der Sozi sogar den Spruch gebraucht, daß sie ja mit den Kindern ins Lager gehen könne.

Was der Vermieter den beiden als Wohnung vermietet hat, ist eine Kellerbehausung ohne Heizmöglichkeit, die Decken kommen runter, von den Wänden fiel der Putz pp. Im Sommer mußte das Gesundheitsamt eingeschaltet werden, weil die Ratten sich in der Behausung Gute Nacht sagten. Es wurde ohne Rücksicht auf die Kleinkinder Rattengift gelegt. Auf die Toilette traute sich sich kaum jemand, weil es im Abflußrohr ständig quiekte. Die „Wohnung" wurde für unbewohnbar erklärt. Für diese sogenannte Wohnung (2 1/2 Zimmer) ohne Heizung und Bad, mit nur einer Waschgelegenheit in der Küche verlangte der Vermieter nicht weniger als DM 300 monatlich Miete. Aufgrund der Unbewohnbarkeitserklärung wurde H. und W. aber noch keine andere Wohnung zur Verfügung gestellt.

Das ist also die Vorgeschichte. Wir haben gleich einen Anwalt angerufen, der uns den Tip gab, gleich Montagmorgen mit W. zum Wohnungsamt zu gehen, was auch geschah. Der zuständige Beamte, den wir schon kannten und der schon mehreren Entlassenen geholfen hat (was ausnahmsweise erfreulich an dieser Sache ist) konnte W. 3 Wohnungen anbieten zwischen 500 und 700 DM (Sozialwohnungen!). Mit der Bescheinigung vom Wohnungsamt gingen wir dann zum Gericht, wo ein Aufschub von 3 Tagen gewährt wurde.

Da um 10 Uhr der Gerichtsvollzieher kommen wollte, ist einer von uns zu Helga in die Wohnung gegangen, damit diese dann nicht allein war. Der Gerichtsvollzieher hatte dann bis 11 Uhr Aufschub gewährt, weil wir mit Werner bis 10 Uhr mit der notwendigen Bescheinigung vom Gericht noch nicht zurückwaren. Als er dann wiederkam (mit Hausverwalter und Lastwagen) konnten wir ihm den Aufschub vorhalten, worauf die Räumung nicht stattfand. Der Hausverwalter, ein Makler, schäumte vor Wut.

Da W. erst zwei Wochen bei seiner Firma tätig war und wöchentlich nur einen Abschlag bekam, fragte er um eine Vorauszahlung von 500 DM (1/3 seines Netto-Monatsgehaltes), um die erste Miete der neuen Wohnung gleich bezahlen zu können. Auch dieses wurde ihm verweigert. Zur Sozi traute sich W. schon gar nicht mehr, obwohl er eine Sicherheit, die im Mai 78 ausgezahlt wird, und die er schon einmal angeboten hatte, vorlag. Wer geht auch schon gern zu einer Behörde, bei der er von vornherein als Asozialer abgestempelt wird?

W. hatte sich eine 4-Zimmer-Neubauwohnung mit Heizung und Bad angesehen, die 490 DM Miete kosten sollte. Es war die ideale Wohnung für die Familie. Aber woher die erste Miete nehmen. 100 DM hatte er zur Verfügung. Dann haben wir uns zusammengesetzt und jeder hat sein Schärflein dazu beigetragen, so daß die Miete im Nu zusammen war. Am Donnerstagvormittag konnte der Mietvertrag unterschrieben werden und am Donnerstagnachmittag fand mit Hilfe verschiedener Leute von uns der Umzug statt.

Die gesamte Familie fühlt sich jetzt in ihrer neuen Wohnung wohl, selbst die Kleinste (2 1/2 Jahre), will nicht in die „Höhle" zurück.

Wir fragen uns nun, wo bleibt „die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen"?

Ist es noch ein Wunder, wenn immer mehr Menschen sogenannt straffällig werden, weil ihnen vom Staat jegliche Unterstützung versagt wird?

Ein „Hoch" auf den Sozialstaat BRD !!!

Gefangenenselbstinitiative (GSI)
e. V. in Gründung
Max-Brauer-Allee 225
2000 Hamburg 50
Tel.: 43 32 96
Bürozeit: täglich von 17 – 20 Uhr



Urteil gegen Jens Scheer Gefahr »politischer Einwirkung auf die Studentenschaft«

Bremen. Das Verwaltungsgericht hat für das am 19. Oktober gegen Professor Jens Scheer ausgesprochene Berufsverbot die schriftliche Urteilsbegründung nachgereicht. Scheer, Mitglied der „KPD", ist bekannter Atomphysiker, konsequenter Kritiker des Atomprogramms und aktiver Mitstreiter in der Anti-AKW- Bewegung. Das Berufsverbot gegen ihn wird seit 2 Jahren vorbereitet.

In der Urteilsbegründung wird die „KPD"-Mitgliedschaft Scheers bemüht. Seine „Parteisolidarität" habe für ihn Vorrang vor seiner „Beamtenpflicht", und *„seine Aktivität gehe weit über das hinaus, was man als ‚eine Überzeugung haben' bezeichnen könne"*. Da die „KPD" „verfassungsfeindliche Ziele" verfolge, Scheer zudem eine *„bekenntnishafte und ausgedehnte Aktivität"* entfalte, sei zu befürchten, daß *„angesichts seiner Dienststellung als Hochschullehrer die politische Einwirkung auf die Studentenschaft und eine spezifisch dienstliche Auswirkung unvermeidlich"* sei (alle Zitate: „Bremer Nachrichten", 2.12.77).

In seiner Urteilsbegründung gibt sich das Gericht „rechtsstaatlich und liberal", Scheers Aktivitäten gegen AKW's hätten bei dem Urteil angeblich keine Rolle gespielt. Auch wolle man nicht „die Freiheit von Forschung und Lehre" einschränken, *„denn Scheer ‚kann lehren, was er will', allerdings sei er im ‚Rahmen der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbunden'"*.

„Doch die wehrhafte Demokratie kann nicht uneingeschränkt Toleranz üben gegenüber denjenigen, die ihrerseits nicht zur Toleranz bereit sind, sondern offen die Unterdrükkung anderer propagieren" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5.12.77).

Der offene Gesinnungscharakter dieses Urteils liegt auf der Hand. Scheer hat noch die Möglichkeit, Berufung einzulegen. Daneben dürfte klar sein, daß die Arbeit des Scheer-Solidaritätskomitees weiter gehen wird.

Weitere Informationen über „Komitee Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben": Adresse: Dipl. Ing. Reinhard Bartolles, Hochschule für Technik, Tel. 0421/5905234.

KB/ Gruppe Bremen.

KURZMELDUNGEN

Bremen. Der Sozialpädagog. Horst G., dem im März 1972 die Einstellung in den Schuldienst des Landes Bremen mit der Begründung verweigert worden war, er habe für die DKP für das Stadtparlament kandidiert, erzielte jetzt vor dem Bremer Landesarbeitsgericht einen Erfolg. Das Gericht verpflichtete die Hansestadt Bremen, ihn als Angestellten in den Schuldienst zu übernehmen, *„sobald eine Planstelle zur Verfügung steht"*.

Damit erhielt er bereits zum zwei-

Damit erhielt er bereits zum zweiten Mal vor dem Bremer Landgericht Recht. Bereits 1974 hatte das Gericht seine Einstellung verfügt. Dagegen hatte die Stadt Bremen Revision eingelegt. Das Bundesarbeitsgericht hob daraufhin 1976 dieses Urteil auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landesarbeitsgericht.

Dies bedeutet nun aber keineswegs, daß Horst G. in absehbarer Zeit eingestellt wird. Der Rechtsvertreter des Senats kündigte erneut Revision beim Bundesarbeitsgericht an.

Düsseldorf. Ein Berufsverbot im Schnellverfahren erhielt die Düsseldorfer Lehrerin Cornelia P. Bereits zwei Tage nach ihrem „Anhörungs-Verfahren" erhielt sie vom Regierungspräsidenten die Kündigung. Darin wird ihr u.a. zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht von sich aus die Behörden über ihre „verfassungsfeindlichen" Tätigkeiten unterrichtet habe. In Zukunft wird also von Lehrern erwartet, daß sie sich auch noch selber beim Verfassungsschutz denunzieren und sogar freiwillig ihr Berufsverbot beantragen. Die Perfidie kennt wirklich keine Grenze mehr.

Hannover. Die Diplompsychologin Erika K. wurde nach fünfmonatiger Verzögerung jetzt als wissenschaftliche Assistentin an der medizinischen Hochschule Hannover eingestellt. Gegen sie war ein Berufsverbotsverfahren mit der Begründung eingeleitet worden, sie sei zumindest „Sympathisantin der DKP", weil sie einen DKP-Wahlaufruf unterschrieben und für den MSB-Spartakus kandidierte hatte.

München. Über 4.000 Menschen (lt. „UZ" vom 5.12.) haben am 3.12. an einer Demonstration der Münchner Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote teilgenommen. Diese Demonstration war bereits seit längerem in der „UZ" als landesweite Aktion in Vorbereitung des 6. Jahrestages des Radikalenerlasses angekündigt worden. Eine ähnliche Aktion ist für den Januar auch in Baden-Württemberg geplant (ähnlich wie schon im vergangenen Jahr).

Auf der Kundgebung sprachen Otmar Schreiner (in der „UZ"-Meldung zum Bundesvorsitzenden (!) der Jusos erklärter stellvertretender Jusovorsitzender) und Silvia Gingold. Der Vorsitzende des doch so „linken" SPD-Unterbezirks München, von Heckel, hatte die SPD-Mitglieder aufgefordert, nicht an der Demo teilzunehmen. Trotzdem erklärten Münchner Jusos wie auch mehrere Ortsvereine der Münchner SPD ihre Unterstützung der Demo. Noch ist offensichtlich die Ausrichtung der Münchner SPD auf Schmidt-Kurs nicht ganz gelungen.

Speyer. Im August 1976 erhielt die Kunsterzieherin Uta B. aus Speyer Berufsverbot wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft. Gegen dieses Berufsverbot bildete sich eine Bürgerinitiative, die bald 700 Unterschriften hierzu gesammelt hatten, darunter auch die von zwei SPD-Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten. Diese Unterschriftenliste wurde dem Kultusministerium in Mainz überreicht, das auch den Eingang der Unterschriften bestätigte. Genauso bestätigte es allerdings auch das Berufsverbot gegen Uta B.

Im März dieses Jahres teilte nun der SPD-Landtagsabgeordnete Jörg Heidelberger, der auch unterzeichnet hatte, mit, daß über die 700 Unterzeichner Dossiers des Verfassungsschutzes angelegt worden sind.

Mal abgesehen von der Unver-

Mal abgesehen von der Unverschämtheit dieses Vorgehens des Kultusministeriums, zeugt doch diese Angelegenheit von einem erheblichen Maß politischer Naivität oder sogar (weil die Folgen zumindest den in der Bürgerinitiative mitarbeitenden DKP'lern hätten bewußt sein müssen) von schlichter Verantwortungslosigkeit, mit der man den Berufsverbietern geradezu freiwillig Material für weitere Berufsverbote frei Haus geliefert hat.

Bermerkenswert an der Sache ist übrigens auch noch, daß sich die beiden SPD-Abgeordneten geweigert hatten, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen (wegen der „tragischen Entführungsfälle und der Morde an Schleyer und seinem Begleitern", wie es in der „UZ" heißt). Aufgrund dieser Tatsache wurden die Vorfälle erst jetzt durch die DKP bekannt gemacht.

Hannover. Die „Anhörungskommission" des Landes Niedersachsen ist in einem Urteil des Landgerichts Hannover „getadelt" worden, wie die „FR" vom 7.12. schreibt. Sie seien von den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätzen abgewichen und hätten ihre Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers auf Umstände gestützt, die nicht hätten verwendet werden dürfen. Mit der dadurch bewirkten Verzögerung der Einstellung des Bewerbers hätten sie ihre Dienstpflicht verletzt.

In dem Urteil geht es um den Fall Gerhard H., dem von der Behörde angelastet worden war, er habe in seiner Referendarzeit öffentliche Veranstaltungen einer als „verfassungsfeindlich" anzusehenden Organisation besucht. Darüberhinaus lagen „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes aus seiner Studienzeit vor (genauere Angaben liegen nicht vor), die aber nach dem Urteil nicht hätten verwendet werden dürfen. Das Land Niedersachsen wurde dazu verurteilt, den durch das Ermittlungsverfahren entstandenen Lohnausfall von zwei Monatsgehältern plus Zinsen nachzuzahlen, weil die Zweifel an der Verfassungstreue nicht nachzuweisen gewesen seien.

Bremerhaven. Am 30.11. wurde der Leiter der städtischen Kindertagesstätte Stettiner Straße, Rüdiger N., fristlos entlassen, weil er seinen Vorgesetzten „Spitzel" genannt haben soll. Seit Wochen lief gegen ihn jedoch schon eine politische Überprüfung, weil ihm vorgeworfen wird, den KBW zu unterstützen. Diese „Erkenntnisse" wurden jetzt für eine fristgerechte Kündigung nachgeschoben. Mit Mitarbeiter der Tagesstätte haben sich mit ihrem Kollegen solidarisiert, über die Hälfte der Eltern hat eine öffentliche Protesterklärung unterzeichnet.

Nach Berichten der Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg und
KB/Gruppe Bremerhaven

Kampf gegen Berufsverbot 40 »Rosa Winkel« im Gottesdienst

H.V. bewarb sich um die Stelle des Kantors in der St. Elisabeth- Gemeinde in Lagenhagen bei Hannover. Er übernahm bereits bei seiner endgültigen Einstellung alle Aufgaben des Organisten. Dann aber lehnte der Kirchenvorstand plötzlich die weitere Beschäftigung ab: Er hatte erfahren, daß der Bewerber schwul ist ! ..

Auf dieses Berufsverbot hin nahmen 40 Mitglieder der „Homosexuellen Aktionsgruppe Hannover" (HSH) am 5. November am Gottesdienst der Gemeinde teil. Sie trugen alle große „Rosa Winkel" (das Zeichen der Schwulen in den Nazi-KZ's) mit der Aufschrift „Homosexueller". Vor der Kirche hatten sie Flugblätter an die Gottesdienstbesucher verteilt. Dennoch: Obwohl sie rund ein Viertel der Gottesdienstbesucher ausmachten und auch sonst nicht übersehen werden konnten, wurden sie mit eisigem Schweigen übergangen. Nur der Pfarrer konnte sich einige Anzüglichkeiten nicht verkneifen und sagte in seiner Predigt: „Die Liebe gehört in die richtige Ordnung!"

Nach dem Gottesdienst verteilten die HSH'ler Flugblätter in den Briefkästen des Gemeindebezirks und warben um Unterschriften für die Forderung nach Einberufung einer Gemeindeversammlung. Inzwischen ist der Kirchenvorstand dieser Forderung nachgekommen.

Aus der Hannoverschen Landeskriche erhielt die HSH interessierte Nachfragen, wovon die meisten gegen das Berufsverbot protestierten.

AG Sexualität
KB/ Gruppe Hamburg

Bayern vorn — Berufsverbot für SPD-Mitglied bestätigt

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof (2.Instanz) hat entschieden, daß der Freistaat Bayern nicht verpflichtet ist, die Justizassessorin Charlotte Nieß, Mitglied der SPD, als Richterin auf Probe in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Eine Revision gegen diese Entscheidung wurde nicht zugelassen.

Mit diesem Urteil stimmte das Gericht der Auffassung des bayrischen Justizministeriums zu, wonach C.N. *„wegen ihrer Zugehörigkeit und maßgeblichen Mitarbeit in der ‚Vereinigung demokratischer Juristen' (VdJ) nicht die Gewähr für Verfassungstreue biete"*, da die VdJ von der DKP „unterwandert" sei („FR", 29.11.77).

Die Vorgeschichte des „Falles Nieß" reicht bis in das Jahr 1975 zurück. Ihre Bewerbung wurde abgelehnt, weil das SPD-Mitglied dem Vorstand der VdJ angehörte und Gründungsmitglied dieser Vereinigung ist. Die VdJ wiederum sei *„nach den Erkenntnissen des Bundesministeriums des Inneren eine von linksradikalen Gruppierungen, insbesondere von der DKP gegründete und maßgeblich beeinflußte kommunistische Hilfsorganisation, die nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes steht"*. Wie die Behörde weiter ausführt, seien von den 23 Vorstandsmitgliedern 6 Funktionäre der DKP, bzw. *„ehemalige Mitglieder und Funktionäre der 1956 verbotenen KPD"* und 7 Mitglieder bzw. Funktionäre *„anderer, der DKP nahestehender kommunistischer Tarn- und Hilfsorganisationen (z.B. des MSB Spartakus)"*. (Dokumentation zum Fall Nieß, Hg. vom AK Berufsverbote im SPD-Ortsverein Sendling-West, Nov. 1976). Als weiteres verfassungsfeindliches Indiz wurde eine Satzungspassage gewertet, wonach die VdJ die „Rechte und Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung" verteidigt. Auch die vom Justizministerium angegebene Dominanz der DKP bzw. DKPnaher Vorstandsmitglieder stimmt nicht, denn dem überparteilichen Verein gehören *„vor allem SPD-Mitglieder an"* („Spiegel", 48/1975). Tatsächlich ist der 1.Vorsitzende der VdJ Prof. Stuby ebenso SPD-Mitglied wie 8 weitere Vorstandsmitglieder, darunter Prof. W. Däubler, juristischer Hausgutachter des DGB und Heinz Dix, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt. Ein weiterer gehört der FDP an,und acht sind parteilos („Süddeutsche Zeitung",6.12.75;„Spiegel" 48/75). Von einer DKP-Steuerung kann also überhaupt nicht gesprochen werden, vielmehr ist die Vereinigung eine Organisation mit breitem politischen Spektrum, darunter auch der DKP.



Charlotte Nieß – Sozialdemokratin mit Berufsverbot

Der Verfassungsschutz freilich führte die VdJ unter dem Stichwort „Volksfront-Politik" und bemerkte, daß *„der DKP-orientierte Verband versucht, Verbündete gegen die ‚bürgerliche Justiz' zu gewinnen"* („SZ", 6.12.75). Festgemacht wurde die sog. „Volksfront-Politik" laut Justiz-sekretär Seidel an der Tatsache, daß die VdJ „Solidarität mit Chile" propagiere, sich aber nicht gegen die Verletzung der Menschenrechte in kommunistischen Staaten wende und *„von der DKP mit dem Ziel der Unterwanderung und Zersetzung der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde"* (CSU-Justiz–Minister Hillermeier).

Die Tatsache, daß Sozialdemokraten mit Kommunisten in irgendeiner Form zusammenarbeiten, ist somit die Hauptstoßrichtung des neuerlichen Berufsverbots gegen ein Mitglied der SPD. Neu allerdings sind Berufsverbote gegen SPDler in Bayern nicht, denn bereits im Juni 1974 wurde den Ärzten A.Aschoff und U.Ammon-Hubach die Weiterbeschäftigung an der Uni-Klinik Erlangen mit der Begründung verweigert, daß sie 2 Jahre zuvor für den bekanntlich mit dem MSB Spartakus koalierenden Sozialistischen Hochschulbund (SHB) zum Studentenparlament kandidiert hatten.

Nach Anhörungs- und eingeleiteten Berufsverbotsverfahren gelang es erst durch massiven Protest, die Entlassungen bzw. Nichteinstellungen abzuwenden. (Dokumentation: Berufsverbote, Münchner Jungsozialisten in der SPD, 1976). Nicht eingestellt dagegen wurde das SPD-Mitglied Sigrid H., weil sie an der Uni München für den SHB und für den Fachbereichsrat auf dem Wahlvorschlag „Gewerkschaftlich orientierte Liste" (MSB-Spartakus-Beteiligung) kandidiert hatte. (Hoellersberger Dokumentation, München 1976).

Das neuerliche Berufsverbot gegen ein SPD-Mitglied bekräftigt die bayrische Variante der Praktizierung des „Radikalen-Erlasses", wonach eine „Kontakt-Schuld", d.h. die Bestrafung und Existenzvernichtung von Personen, die mit Kommunisten zusammenarbeiten, weiter ausgebaut wird.

Dieses Berufsverbot hat insbesondere in den Reihen einiger Sozialdemokraten Protest hervorgerufen, von denen ansonsten in dieser Hinsicht kaum noch etwas zu vernehmen ist. So sprach die „FR" von einem *„haarsträubenden Urteil"*. Karsten Voigt, ehemaliger Juso-Vorsitzender und jetziger Bundestagsabgeordneter, äusserte *„Bestürzung und Befremden"*, und der bayrische SPD-Vorsitzende Rothenmund rief zur Gründung eines Solidaritätsfonds auf. Wenig glaubwürdig sind diese Proteste jedoch, wenn man sich die Praxis der SPD ansieht, gerade gegen diejenigen in der Partei vorzugehen, die, wie Charlotte Nieß, auch mit Kommunisten zusammenarbeiten. So hat die SPD keinerlei Hemmungen, eigene Parteimitglieder durch Ausschlüsse der staatlichen Disziplinierung erst ans Messer zu liefern.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Militarismus Antimilitarismus

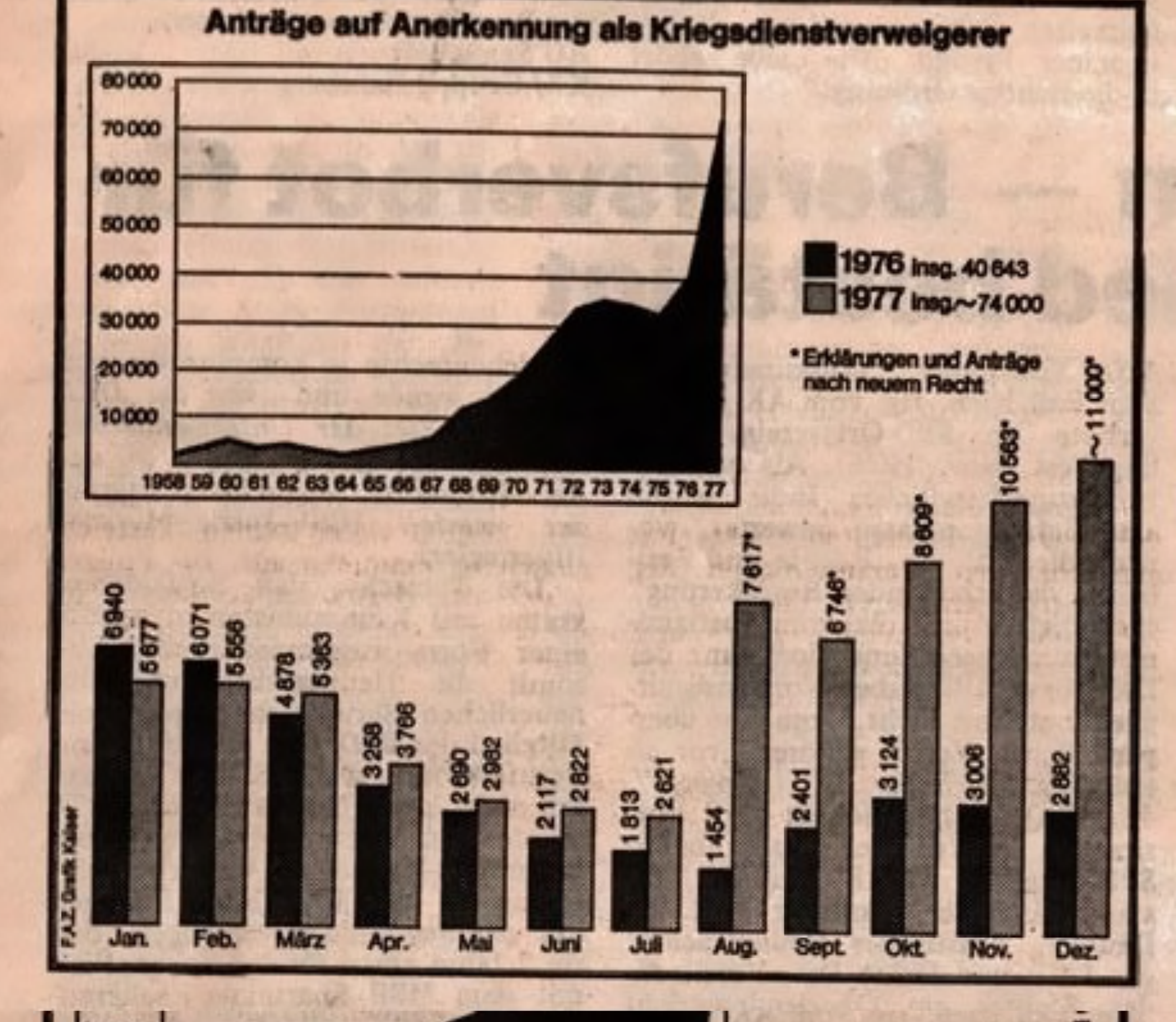
Weiter auf dem Weg zum kasernierten Arbeitsdienst

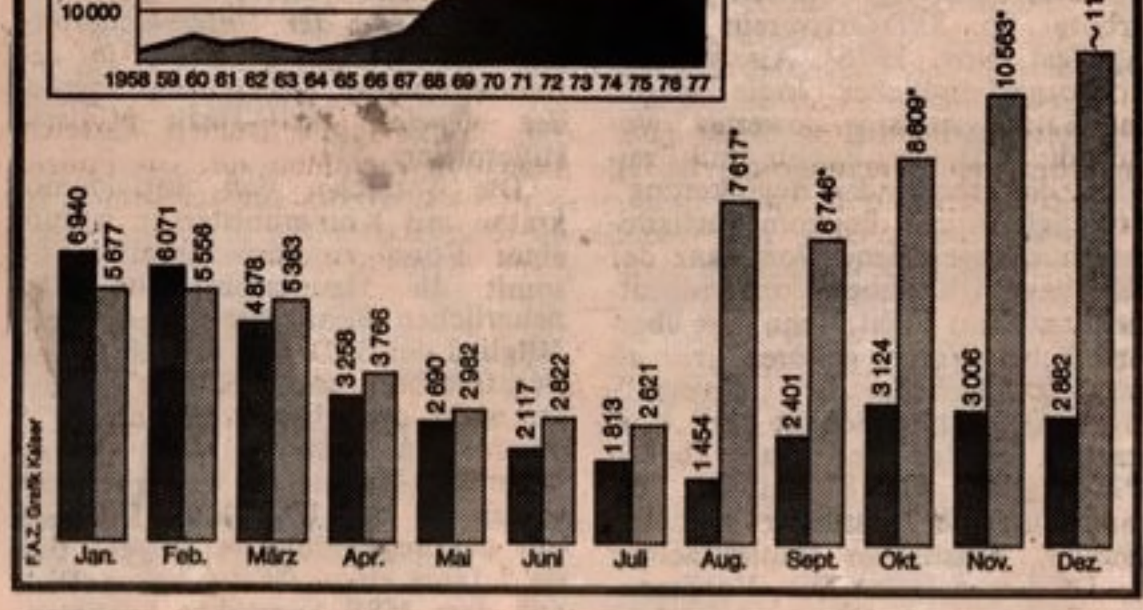
Nachdem die CDU/CSU die seit 1. August bestehende Wahlfreiheit zwischen Kriegs- und Zivildienst vor das Verfassungsgericht gebracht hat, fühlt nun auch Kriegsminister Leber ,,*sein Vertrauen in diese Jugend mißbraucht*'' (lt. ,,Spiegel'', vom 5.12.77).

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich seither ungefähr verdreifacht (rund ein Drittel der Wehrpflichtigen), obwohl die Betroffenen schon heute teilweise statt 15 Monate Wehrdienst 18 Monate Zivildienst in Kauf nehmen müssen.

Von reaktionärer Seite läuft seit Bekanntwerden dieser Entwicklung eine Kampagne gegen die ,,*Drückebergerei*'', gegen den ,,*irrigen Eindruck . . ., der Zivildienst bedeute letztlich keine geringere Pflichterfüllung an der Gemeinschaft als der Wehrdienst*''.

,,*Ein Staat*'', so Karl Feldmeyer in der ,,Frankfurter Allgemeinen'' (8.12.77), ,,*der dem zustimmt, gibt seine Verteidigungsfähigkeit preis*''.





Sinn des neuen Gesetzes war seitens der SPD, über die derzeit rund 240 000 eingezogenen Rekruten hinaus sämtliche Kriegsdienstverweigerer Schritt um Schritt in einen kasernierten Arbeitsdienst einzubeziehen.

Bei dem sich jetzt abzeichnenden Trend könnte die Bundeswehr im nächsten Jahr nicht mehr die geplante Zahl von Rekruten einziehen.

So erklärte bereits der Vertreter der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht, der Zivildienst werde ''möglicherweise nicht lästig genug'' gestaltet. Bereits jetzt wird von der Bundesregierung die Wiedereinführung der sog. ,,Gewissensprüfung'' erwogen, ebenso die Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate bei gleichzeitiger Kasernierung (lt. ,,Spiegel'', s.o.).

Wir drucken im folgenden eine Presseerklärung der selbstorganisation der Zivildienstleistenden ab.

Presseerklärung vom 5.12.1977

Am 30.11. und 1.12.77 fand in Karlsruhe die mündliche Verhandlung über die Normenkontrollklage der CDU/CSU—Bundesfraktion sowie einiger CDU/CSU regierter Bundesländer statt. Über den beantragten Erlaß einer einstweiligen Verfügung wird das Bundesverfassungsgericht nicht mehr entscheiden, das Urteil über die Normenkontrollklage wird am 1.3.78 gefällt.

Nach Inkrafttreten der Wehrpflichtnovelle am 1.8.77 und dem damit vorläufigen Wegfall der inquisitorischen Gewissensprüfung nehmen immer mehr Dienstpflichtige das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für sich in Anspruch. Inzwischen kann niemand mehr bestreiten, daß diese Gewissensprüfung nicht dazu geeignet ist, eine etwaige Gewissensentscheidung festzustellen, daß weite Kreise vor allem in der CDU/CSU, trotzdem auf einer Prüfung beharren, läßt sich nur durch menschenfeindliche Auffassungen [Selbstmorde von abgelehnten Kriegsdienstverweigerern belegen dies] und durch die Möglichkeit der Regulierung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer erkären. Denn bisher und auch in Zukunft dient die Gewissensprüfung dazu, die Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer durch entsprechend viele Ablehnungen in den Grezen zu halten, die die Bedafsplanung der Bundeswehr setzt.

Nun versucht man das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung durch andere Maßnahmen auszuhöhlen. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, legte hierzu ein 8-Punkt-Programm vor, um den Ausbau der ,,lästigen Alternative'' Zivildienst zu einem paramilitärischen Arbeitsdienst voranzutreiben. Den wichtigsten Punkt dieses Programmes stellt die bereits angelaufene Kasernierung von Zivildienstleistenden (ZDL) dar. Iven, der noch vor einigen Wochen die Kritik der Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden an diesen Kasernierungsbestrebungen verleumdete: ,,Es ist nicht daran gedacht, ZDL zu kasernieren'' (in ,,Der Zivildienst'', 10/77, S.3), läßt nun die Katze aus dem Sack. Die Heimschlaferlaubnis für ZDL wird abgeschafft, die Zahl der »Mannschaftsunterkünfte« für ZDL wird so erhöht, daß alle ZDL darin untergebracht werden können.

Die Intentionen der Kriegsdienstverweigerer beinhalten neben der Ablehnung der Waffenanwendung zwischen den Staaten auch die Ablehnung militärischer Strukturen innerhalb der Gesellschaft und speziell natürlich auch im Zivildienst. Die Unterwerfung der Kriegsdienstverweigerer unter militärische Strukturen, bisher schon durch die Identität von Milität-und Zivildienstgesetzgebung (die auch ein ausgeprägtes Befehl-Gehorsam-Verhältnis beinhaltet) gegeben, wird durch die Kasernierung vervollständigt. Damit wird der antimilitaristische Gehalt der Kriegsdienstverweigerung endgültig ad absurdum geführt.

Weiterhin werden die Einsatzbereiche des Zivildienstes weiter ausgeweitet, der allgemeine Arbeitsdienst sthet vor der Tür.

Vom Bevollmächtigten der Bundesregierung beim Karlsruher Prozeß wurde eine Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate angeregt. Dies stellt eine noch weitergehende Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes dar, die ja auch schon durch die Verlägnerung der Zivildienstzeit auf 18 Monate

geben, wird durch die Kasernierung vervollständigt. Damit wird der antimilitaristische Gehalt der Kriegsdienstverweigerung endgültig ad absurdum geführt.

Weiterhin werden die Einsatzbereiche des Zivildienstes weiter ausgeweitet, der allgemeine Arbeitsdienst sthet vor der Tür.

Vom Bevollmächtigten der Bundesregierung beim Karlsruher Prozeß wurde eine Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate angeregt. Dies stellt eine noch weitergehende Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes dar, die ja auch schon durch die Verlägnerung der Zivildienstzeit auf 18 Monate

gegeben ist. Dies alles läßt den Eindruck entstehen, daß in der BRD Grundrechte nur solange existieren, wie sie niemand in Anspruch nimmt.

Wir können diese Maßnahmen nicht hinnehmen: Sie stellen eine weitere Militarisierung des Zivildienstes dar, verschärfen die Unterdrükkung und die Rechtlosigkeit der Kriegsdienstverweigerer.

Deshalb fordern wir:
Keine Kasernierung — Zurücknahme der Zivildienstzeit auf 16 Monate — Uneingeschränkte Abschaffung der Gewissensprüfung — Freie Wahl der Dienststelle — Weg mit dem Zivilen Arbeitsdienst.

Kriegsdienstverweigerung aus politischen Gründen = Fall für den Psychiater?

Schweiz. Wer als ehemaliger Sonderschüler den Militärdienst aus politischen Gründen ablehnt und sich dabei auf Marx und Lenin beruft, der ist ,,fremdbestimmt'' und muß sich darum vom Psychiater untersuchen lassen. Das meinte jedenfalls das Divisionsgericht 3 in Biel in einer Militärgerichtsverhandlung gegen einen 23-jährigen Arbeiter und ,,verzichtete'' auf eine Verurteilung wegen Dienstverweigerung (in der Schweiz ist Kriegsdienstverweigerung verboten!).

Der Arbeiter hatte während der Verhandlung als Begründung für seine Verweigerung erklärt, daß die Armee zur Aufrechterhaltung dieses Gesellschaftssystems dient, z.B. würde sie gegen Arbeiterstreiks eingesetzt. Auch heute sei das möglich, erste Versuche seien im Jura und in Gösgen gemacht worden. ,,*Das ist doch fremdes Gewächs'' . . . ,,für einen jungen Mann mit diesem Bildungsstand*'' (Sonderschüler), behauptete der Großrichter und ordnete eine psychiatrische Untersuchung der Hintergründe eines solchen Denkens an (nach BaZ,17.11.)!

Das o.g. Beispiel zeigt überdeutlich die totale Rechtlosigkeit der Kriegsdienstgegner in der Schweiz. Jeder Verweigerer kommt vors Militärgericht und muß mit mehreren Monaten Gefängnisstrafe rechnen. Die Schweiz ist mit der Türkei und Zypern der einzige Staat in Westeuropa, der eine Wehrdienstverweigerung in jedem Fall bestraft.

Am 4. Dezember fand eine Volksabstimmung über die Einführung des Zivildienstes statt. Die eingereichte Vorlage wurde mit 886 821 Neinstimmen gegen 534 297 Jastimmen abgelehnt. Die Neinstimmen erfolgten nicht immer aus reaktionären Gründen. Die Vorlage erlaubt nämlich nur eine Verweigerung aus religiösen und ethischen Gründen.

Deshalb und weil zu befürchten war, daß die Verweigerer aus politischen Gründen dann mit noch häheren Gefängnisstrafen zu rechnen hätten, wurde die Zivildienstvorlage auf Seiten der Linken, aber z.T. auch in den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Z.B. brachten die Basler Zeitung (12.11.) und die Basler AZ (28.11.) mit der o.g. Begründung Kommentare der Redaktion gegen die Vorlage.

Allerdings wurde diese schlechte Vorlage auch von reaktionärer Seite angegriffen mit Aufrufen gegen den Zivildienst überhaupt — so z.B. durch aufwendige Anzeigen des ,,eidgenössischen Komitees gegen die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes''.

Aber auch von regierungsamtlicher Seite sollte anscheinend Stimmung gemacht werden gegen den Zivildienst: Für die Kantonalkonferenz 77 der Lehrerschaft aus dem Kanton Basel wurde am 3.12. als Thema festgesetzt: ,,Verantwortung der Lehrerschaft gegenüber der Landesverteidigung'' — Referent: Armeechef Gnägi. ,,*Das Thema und der Mann eignen sich ausgezeichnet in Zeiten, wo den Lehrern allenthalben ein Maulkorb umgebunden wird....Gnägi ist nun aufgerufen, den Lehrern zu zeigen, wo ihre Verantwortung und ihre Pflichten liegen. Durch sein jüngstes Verbot an einen hohen Offizier, öffentlich seine Meinung zu äußern, hat er sich für dieses Referat ja geradezu qualifiziert*'' (Poch-Zeitung, 24.11.).

Österreich-Schweiz-Kommission

Schon wieder: Waffengeschäft mit Faschisten

Emden. Die Thyssen-Nordsee-Werke bauen für die durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommene argentinische Militärjunta ein U-Boot. Ermöglicht wurde dieses skandalöse Geschäft durch die Bereitschaft der Bundesregierung, die Ausfuhrbürgschaft für den 340-Millionen-DM-Auftrag zu übernehmen. Daß dieses

Es kam heraus, ,,*daß Argentinien außerdem eine Werftausrüstung sowie die kompletten Konstruktionsunterlagen [!] erhalten soll, um weitere der 1700-Tonnen-U-Boote selbst zu bauen*'' (FR, 3.12.)

Die Bundesregierung durchlöchert damit schon zum zweiten Mal in diesem Jahr einen von ihr selbst

Schon wieder: Waffengeschäft mit Faschisten

Emden. Die Thyssen-Nordsee-Werke bauen für die durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommene argentinische Militärjunta ein U-Boot. Ermöglicht wurde dieses skandalöse Geschäft durch die Bereitschaft der Bundesregierung, die Ausfuhrbürgschaft für den 340-Millionen-DM-Auftrag zu übernehmen. Daß dieses Rüstungsgeschäft möglicherweise sogar zu einem Geschenk der Bundesregierung an die argentinischen Faschisten werden kann, verdeutlichen die anfänglichen Bedenken, die das Finanzministerium verlauten ließ. So wurde die argentinische Zahlungsfähigkeit angezweifelt, da»*es das einzige lateinamerikanische Land mit negativer Wachstumsrate und am höchsten im Ausland verschuldet sei und unter einer Inflation von über 150 Prozent leide.*'' (FR, 1.12.) Moralische oder politische Bedenken gegen die Unterstützung der Faschisten äußerte keiner der sozial-liberalen Minister, man müsse aber ,,*angesichts der politischen Verhältnisse in Argentinien . . . mit Protesten aus Teilen der deutschen Öffentlichkeit rechnen*'' (Finanzminister Apel lt. FR).


Anführer der faschistischen Militärjunta: General Videla

Zwei Tage nach dem Kabinettsbeschluß wurde bekannt, daß das schmutzige Geschäft noch wesentlich umfangreicher als bisher zugegeben ist.

Es kam heraus, ,,*daß Argentinien außerdem eine Werftausrüstung sowie die kompletten Konstruktionsunterlagen [!] erhalten soll, um weitere der 1700-Tonnen-U-Boote selbst zu bauen*'' (FR, 3.12.)

Die Bundesregierung durchlöchert damit schon zum zweiten Mal in diesem Jahr einen von ihr selbst gefaßten Kabinettsbeschluß vom Sommer 1971, der Bundesbürgschaften für Waffenexportgeschäfte ausdrücklich auf Lieferungen an NATO-Mitgliedsländer beschränkte. Dieser Beschluß hatte die Regierung bereits nicht davon abgehalten, am 2. Februar dieses Jahres eine Ausfuhrbürgschaft für zwei U-Boote für das ebenfalls von einer brutalen Militärdiktatur regierte Indonesien zu übernehmen. Schmidts Heuchelei, daß es sich bei diesem Geschäft um einen absoluten Ausnahmefall handele, ist nun endgültig als Lüge überführt.

Wie zu erwarten, rechtfertigt die Bundesregierung ihre Faschisten-Unterstützung mit dem Schein-,,Argument'', dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen. Daß mit der Furcht vor Arbeitslosigkeit gute politische Geschäfte zu machen sind, hat schon Adolf Hitler gewußt, als er 1933 die Rüstungsproduktion ankurbelte. Die Folgen sind bekannt,

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

VEREIDIGUNG — ÖFFENTLICHE DEMONSTRATION DES MILITARISMUS

Hamburg. Am Abend des 1.12.77 nahmen Bürgermeister Klose und Brigadegeneral Schröder auf dem Hamburger Rathausmarkt 700 Rekruten der Bundeswehr das ,,Feierliche Gelöbnis'' ab (,,Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen''). 1100 weitere mit Fackeln bestückte Soldaten als Parade-Einheit, die Nationalhymne und der ,,Große Zapfenstreich'' bildeten den ,,würdigen Rahmen'' dieses schaurigen Spektakels. Breite Werbung in den Hamburger Tageszeitungen sorgte für schätzungsweise 3000-5000 Zuschauer: Neben Angehörigen und Freunden der Rekruten vor allem Prominenz, Bundeswehrangehörige in Zivil und jede Menge alte Kriegsveteranen! (daß diese — wie die bürgerliche Presse genußvoll berichtete — ,,Tränen in den Augen'' hatten, glauben wir gerne).

Eine derartige Demonstration hat es in der Hansestadt seit dem Kriege erst einmal gegeben: 1966 — also rund 10 Jahre nach dem Beginn der heiß umstrittenen Wiederaufrüstung der BRD.

Damals war dieser Militärrummel allerdings noch von starken Protesten der sich gerade entwickelnden Studentenbewegung begleitet!

Der diesmal sehr schwach ausgefallene Protest von rund 50 protestierenden Bundeswehrgegnern wurde sehr schnell von Bullen und Feldjägern unterbunden.

BUNDESWEHR ÜBT ELBÜBERQUERUNG

Am 30.11. leistete sich die Bundeswehr mal wieder eine eindeutige Provokation.

22 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde zum ersten Mal erneut die militärische Überquerung der Elbe praktisch erprobt.

Das nächtliche Manöver fand auf der Höhe von Artlenburg statt — dort ist die Elbe 400 m breit.

55 Fahrzeuge vom Typ M2 setzte die 4. Kompanie des Amphibischen Bataillons 130 aus Minden und eine englische Einheit aus Hameln ein, die diese Übung gemeinsam durchführten (LZ, 1.12.).

Man muß sich klar vor Augen halten, daß hier der imperialistische Aggressionskrieg geübt wird.

STACHELDRAHT GEGEN BUNDESWEHRPIONIERE

Die Winzergemeinde Nordheim bei Würzburg setzt sich mit eigenwilligen Mitteln gegen den Bau eines Pionierübungsplatzes der Bundeswehr unterhalb der Vogelsburg an der Mainschleife zur Wehr. Sie hat Anfang November die betroffenen Grundstükke mit Stacheldraht einzäunen lassen und einen Wachdienst aufgestellt. Die Gemeinde versuchte, den Übungsplatz in das einige Kilometer entfernte Gerlachshausen zu verlegen, wo bereits ein solcher besteht. In seinen Absichten wird der Ort durch den Bund Naturschutz (BN) unterstützt, denn der geplante Wasserübungsplatz liegt inmitten des Landschaftsschutzgebietes ,,Volkacher Meinschleife''.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 23.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Achtung! Einem Teil dieser Auflage liegen drei Prospekte des Verlag J. Reents bei!



Spanien

Bericht über Demonstration in Barcelona

Am 4.11. demonstrierten in Barcelona ca. 100.000 Menschen unter der zentralen Parole *„Für eine Lösung der Krise im Interesse der Arbeiterklasse"*. Aufgerufen hatten alle Gewerkschaftszentralen einschließlich der CNT. Zu dieser Demonstration erhielten wir einen Bericht eines Genossen von MC aus Spanien:

„Beeindruckend war für mich der durchgehend kämpferische Charakter der Demonstration und eine sehr breite kritische und ablehnende Haltung gegenüber dem Moncloa-Pakt, gerade auch bei sehr vielen Mitgliedern von CCOO, der zahlenmäßig mit Abstand am stärksten vertretenen Gewerkschaft. Oftmals wurden während des Verlaufs der Demonstration Parolen gegen den Moncloa-Pakt von Gruppen der PSUC (katalanische Filiale der revisionistischen PCE – AK) *mit Rufen wie ‚Einheit der Arbeiterklasse! Es lebe die Arbeiterklasse! etc.' beantwortet, mit der Absicht, die Parolen gegen den Moncloa-Pakt zu überstimmen. Jedoch war vielerorts die einstimmige Antwort ‚Einheit , ja, ja ... gegen den Sozialpakt!' Die Verteidigung des Moncloa-Paktes wird bei den Revisionisten trotz aller Demagogie auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Einige Reaktionen von Teilen der CCOO, in denen sich die Unterzeichner von der Entscheidung des Generalsekretariats distanzieren, unterstreichen dies (und hierbei hat es sich nicht nur um Organisationen der CCOO gehandelt, in denen, wie z. B. in Navarra, MC und LCR die Mehrheit in den Führungsgremien besitzen, sondern auch, wie in Asturien, Organisationen, die eigentlich zum ‚Einflußbereich' der PCE gehören müßten ...)*

Doch zurück zur Demonstration und zu einigen sehr ernsten und bedauerlichen Zwischenfällen.

Gleich zu Beginn der Demonstration kam es zu Reibereien zwischen Mitgliedern der PCE(i), PCE(ml), FRAP und dem Ordnungsdienst der Demonstration. Vereinbart war für den Kopf der Demonstration ein von allen Gewerkschaften unterzeichnetes zentrales Transparent. Kurz vor Beginn der Demo setzte sich dann eine Gruppe von ca. 150 bis 200 Leuten, bestehend aus Mitgliedern der o.a. Organisationen, Sympathisanten und einigen Anarchisten einfach davor, um die Demo ‚anzuführen'. Nach einigem Hin und Her, Beschimpfungen und Reibereien konnte die Gruppe nach vorne hin abgedrängt werden, so daß zumindest optisch keine Verwechslungen und Unklarheiten über den Charakter der Demo entstehen konnten (ich habe den Vorfall als Augenzeuge mitbekommen). Daraufhin aber zogen einige Anarchisten ans Ende der Demonstration, um ‚Verstärkung zu holen' (denn der Großteil der CNT hatte sich im letzten Drittel der Demo gruppiert). Somit wuchs dann die Provokateursgruppe erheblich an, denn PCE(i) und PCE(ml) sind wirklich nicht mehr als unbedeutende Witzfiguren am Rande der Arbeiterbewegung, die CNT verfügt jedoch über einen zahlenmäßig relativ großen Einfluß. Als die Gruppe auf etwa 3.000 Leute angewachsen war, kam es natürlich zu ständigen Beschimpfungen, Reibereien mit dem Ordnungsdienst (die CNT hatte sich nicht an der Aufstellung des Ordnungsdienstes beteiligt, da sie ‚prinzipiell' gegen Ordnungsdienste ist).

Die Auseinandersetzungen gipfelten dann schließlich in einer ungeheuerlichen Provokation: Die Demonstration wurde regelrecht ‚gesprengt', indem die Gruppe quasi in Gegenrichtung die Demonstration ‚aufrieb'. Dies führte, abgesehen von dem hierdurch bedingten vorzeitigen Ende der Demonstration zu teilweise hysterischen Szenen, da viele Teilnehmer der Demonstration im ersten Augenblick gar nicht wußten, was los war, ob es sich um einen Polizeiüberfall handelte, o.ä., man sah plötzlich nur, wie Menschenmassen nach beiden Seiten auseinandergetrieben wurden und die Demonstration sich auf einmal in Gegenrichtung bewegte, unter einem Meer von schwarzen Fahnen und den Rufen ‚Es lebe die CNT!'. So wurde ungefähr gut die Hälfte bis zwei Drittel der Länge der Demonstration ‚aufgerieben', ein Rest marschierte dann noch weiter, verlor sich dann aber auch allmählich und der ‚harte Kern' zog dann schließlich noch bis zum Gefängnis Modelo weiter.

Bezeichnend für den Vorfall ist folgendes: eine Reihe von Leuten mit den Abzeichen der CNT wurden von mehreren Genossen der MCC und anderen Organisationen als Personen wiedererkannt, die mehrfach bei faschistischen Aktionen und Veranstaltungen gesehen worden sind. Dies wirft natürlich ein sehr bezeichnendes Licht auf die Hintergründe dieser Provokation. Ungeachtet der Tatsache, daß sich viele, vor allem junge Arbeiter in der CNT in ehrlicher Absicht zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen organisieren und man sich auch mit einer Reihe von führenden Genossen der CNT trotz aller Differenzen auseinandersetzen und auch in bestimmten Fragen einigen kann, muß man vor allem eins hervorheben: das ungeheure ideologische Durcheinander bei den Anarchisten (je radikaler man gegen alles ist, umso besser ...) ist der ideale Boden für faschistische Provokateure.

Ein in der Tat ernstes Problem, dem auch und gerade im Hinblick auf die Zukunft und angesichts des Einflusses bestimmter anarchistischer Ideen für viele ‚Enttäuschte' und ‚Unzufriedene' die nötige Beachtung geschenkt werden muß."

Spanien-Kommission

Kreditinstitut DGB?

Santiago Carrillo, Chef der rechtsrevisionistischen PCE, muß sich öfter mit Vorwürfen seines Kollegen Felipe Gonzalez (PSOE) auseinandersetzen, daß nämlich die „Comisiones Obreras" (PCE-beeinflußt) von der spanischen Regierung bevorzugt behandelt würde im Gegensatz zur UGT-Gewerkschaft (Gewerkschaft der sozialdemokratischen PSOE). Carrillo hat nun, um den Vorwurf seines Gegenspielers zu entkräften, folgende ungeheuerliche Information von sich gegeben: Der westdeutsche DGB habe der UGT einen Kredit von sage und schreibe 300 Mio. Dollar (!) angeboten (entspricht 25.000 Mio. Peseten), ein Kredit, den der spanische Staat bereit sei, zu garantieren (nach „Deia", 22.11.77)!

Spanien-Kommission

Hunderttausend für Autonomie

In Galizien und Andalusien wurde am 4. Dezember von Hunderttausenden von Menschen ein Kampftag für die Erreichung der Autonomie der beiden Regionen durchgeführt. Aufgerufen zu diesen Massenkundgebungen hatte das gesamte Parteienspektrum einschließlich der revolutionären und der „ML"-Organisationen. Die massive Beteiligung der galizischen und andalusischen Bevölkerung (die „Süddeutsche Zeitung" sprach gar von „Millionen Menschen") zeigt, daß auch in diesen Regionen ein starkes Bedürfnis nach Unabhängigkeit vom zentralistischen Staatssystem da ist. Doch die Vorschläge, die von den parlamentarischen Hauptparteien (PSOE und PCE) zur Autonomie dieser Regionen verhandelt werden, beinhalten außer einigen formalen Veränderungen der Verwaltungsstrukturen kaum wirkliche Autonomieinhalte. PSOE und PCE versuchen, diese Massendemonstrationen für ihre beschränkten Autonomievorstellungen einzuspannen.

Am Ende der Demonstration in Malaga kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der Guardia Civil, weil diese einen jungen Mann, der eine andalusische Fahne am Gebäude der Provinzverwaltung anbringen wollte, einfach von hinten erschoß.

Als Antwort auf diesen erneuten Mord der Polizei fand am nächsten Tag ein Generalstreik in Andalusien statt. Der Präsident des Provinzrates mußte zurücktreten. Nach der Beerdigung des 19jährigen Arbeiters versuchten viele tausend Demonstranten, das Gebäude des Zivilgouverneurs zu stürmen, die Büros von zwei rechtsextremen Parteien gingen in Flammen auf. Die Polizei schoß mit Hartgummigeschossen in die Demonstration.

Spanien-Kommission

Massive Proteste gegen den „Pakt von Moncloa"

Unter dem Namen „der Pakt von Moncloa" (Moncloa ist der Regierungspalast) wurde in Spanien ein gegen die gesamte spanische Arbeiterklasse gerichtetes Abkommen zwischen der Suarez-Regierung und den Parlamentsparteien bekannt (wir berichteten darüber im AK). Dieser insbesondere von der rechtsrevisionistischen PCE und der von ihr beeinflußten Gewerkschaft „Arbeiterkommission" (CCOO) als großartiger „historischer Kompromiß" gefeierte Pakt sieht eine Sanierung der spanischen Wirtschaft zulasten der spanischen Arbeiterklasse vor. Sein Kernstück ist die Festsetzung von Lohnerhöhungen bei 22% - dies bei einer Inflationsrate von über 30%!

Die spanische Regierung bereitet derzeit ein Gesetz vor, nach dem alle Tarifverträge, die vor diesem Abkommen abgeschlossen wurden und höher als 22% liegen, rückwirkend für ungültig erklärt werden sollen!

Gegen diese Senkung des Lebensstandards der spanischen Arbeiterklasse (bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit) hat es in den vergangenen Wochen erhebliche Proteste (Streiks, Demonstrationen, etc.) gegeben; Hunderttausende von Arbeitern, insbesondere aus dem Baskenland (auch Katalonien) beteiligten sich daran:

– Am 29.10. hatten alle sieben Gewerkschaftszentralen des Baskenlandes (CCOO, UGT, CNT, CSUT, ELA-STV, LAB, LSB-USO, SU) zu einer Demonstration in San Sebastian aufgerufen. Zu dieser größten Arbeiterdemonstration der letzten Jahre in San Sebastian (Euzkadi) kamen 80.000 Menschen, um gegen die Festsetzung von Lohngrenzen, gegen hohe Preise, für Arbeitsamnestie und Arbeitsplätze zu demonstrieren (egin, 30.10.).

– In Bilbao folgten 150.000 Menschen am 5.11. dem Aufruf der Gewerkschaftszentralen und demonstrierten unter Parolen wie *„Kämpfen, siegen, Arbeiter an die Macht, nieder mit dem Pakt, wir wollen Arbeitsplätze"*, *„Einheit gegen den Sozialpakt"* (Deia, 6.11.).

– Am 4.11. demonstrierten zwischen 20.000 und 30.000 Arbeiter in Vitoria (Baskenland) unter den Parolen wie *„Nein zum Pakt von Moncloa und zu den Lohnmarken"* (egin, 5.11.).

– Am 19.11. demonstrierten in Sestao (Baskenland) 15.000 Arbeiter unter Parolen *„Demokratie mit Arbeitsplätzen"*, *„die soziale und ökonomische Krise sollen die Kapitalisten bezahlen"*. Aufgerufen hatten sieben Gewerkschaftszentralen. Angeführt wurde die Demonstration von den Arbeitern der Werften, die sich in einer besonders schweren Krisensituation befinden (Deia, 20.11.77)

– Am 21.11. demonstrierten zehntausende von Bauern und Landarbeitern in ganz Spanien - allein 14.000 in Pamplona und Vitoria (Baskenland) gegen die Agrarpolitik der spanischen Regierung und den Moncloa-Pakt. Auf den mitgetragenen Plakaten hieß es u.a. *„Regierung, wir haben den Schlüssel zur Speiskammer Spaniens, zwing uns nicht, sie abzuschließen."* Die Proteste der Bauern und Landarbeiter dauern an (Deia, 22.11.).

– Ebenfalls am 21.11. demonstrierten in Eibar 8.000 und in Tolosa (beides Euzkadi) 1000 Menschen unter Parolen wie *„Ihr Parteien unterschreibt unsere Kündigungen"*. Führende Mitglieder der revisionistischen „Comisiones Obreras" (CCOO) trugen das vielsagende Plakat: *„Nein zum sozialen Pakt. Pakt von Moncloa - Ja und jetzt"* (Deia, 22.11.) Die nationale Leitung der CCOO hatte den Moncloa-Pakt stürmisch gefeiert, kommt aber nicht umhin, sich an den Volksprotesten dagegen zu beteiligen, um nicht völlig an Einfluß zu verlieren. Auf diese Weise kommen solche widersinnigen Parolen zustande.

– In Aranjuez (Kastilien) demonstrierten 10.000 Menschen am 23.11. gegen die Teuerung. Aufgerufen hatten CCOO, UGT, SU (Gewerkschaft der PTE), CNT (Anarcho-Syndikalisten), PSOE, PCE, ORT und PSP sowie die Bewohnerkommission der Stadt. Um keine Konflikte unter den aufrufenden Organisationen zu provozieren, wurden „strittige Themen" wie der Pakt von Moncloa diskret von den Organisationen ausgeklammert. . . (El Pais, 24.11.77).

– Am 26.11. protestierten 15.000 Arbeiter in Pamplona (Euzkadi) gegen den Moncloa-Pakt und für eine Lösung der Krise im Interesse der Arbeiterklasse. Parolen waren u.a. *„Für die Einheit von Stadt und Land"*, für Arbeitsamnestie und Gewerkschaftsfreiheit.

– Am 2.12. beteiligten sich zwischen 150.000 und 200.000 Arbeiter in Vizcaya (Euzkadi) an einem Generalstreik gegen die Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse. In vielen Städten schlossen Bars und Geschäfte. Auf Versammlungen wurden die Gewerkschaftszentralen CCOO und UGT kritisiert, weil sie den Streik auf bestimmte Industriebetriebe beschränken wollten (El Pais, 3.12.77)

Spanien-Kommission



„Nein zum Moncloa-Pakt" - Demonstration am 26.11. in Pamplona

Demonstration der 150.000 am 5.11. in Bilbao

Portugal

Portugal: Massendemonstration gegen Inflation und Arbeitslosigkeit – Regierung Soares ohne Mehrheit im Parlament

In einer Phase verschärfter Klassenkämpfe stürzte am 8. Dezember die PS-Regierung Soares über die von Soares selbst gestellte Vertrauensfrage.

Die 40 Abgeordneten der revisionistischen PCP gaben letztlich den Ausschlag, da die Rechte schon vorher gegen Soares votiert hatte (PSD und CDS).

Anlaß war das von Soares vorgelegte Programm zur Wirtschaftskrise. Es sah einen erheblichen Abbau von Löhnen und Sozialleistungen vor.

Die letzten Wochen waren in Portugal durch gewaltige Massendemonstrationen gegen die Krisenpolitik der Regierung gekennzeichnet, zu denen die Gewerkschaften und alle Organisationen links von der PS aufgerufen hatten.

Gleichzeitig führten reaktionäre und faschistische Kräfte umfangreiche Mobilisierungen durch.

Zwei Jahre nach dem Rechtsputsch vom 25. November, der die Entwicklung Portugals wieder fest an das imperialistische Weltsystem knüpfte, ist die Politik von Soares, der Sozialismus versprach und die Restaurierung des Kapitalismus durchführte, gescheitert.

1977 lag die Inflationsrate mindestens bei 40%; Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln und Stockfisch sind innerhalb von zehn Monaten um 100 bzw. 60% im Preis gestiegen. Gleichzeitig half die Regierung den Kapitalisten tatkräftig, Lohnerhöhungen und Tarifabschlüsse so gering wie möglich zu halten, bzw. völlig zu verhindern. Die Wirtschaftspolitik der PS, die darin bestand, Importe mit Sondersteuern zu belegen, trieb die Nahrungsmittelpreise zusätzlich in die Höhe, da Portugal auf erhebliche Lebensmittel-Einfuhren angewiesen ist. Dies ist nicht zuletzt eine Folge davon, daß die Regierung die landwirtschaftlichen Kooperativen behinderte und einen Großteil der enteigneten Ländereien den früheren Grundbesitzern zurückgab, als die kooperativen gerade anfingen, mit Gewinn zu arbeiten.

Gleichzeitig versuchte die Regierung, ständig steigende Kredite namentlich der BRD, der USA, Saudiarabiens und der OECD ins Land zu holen, wodurch Portugal faktisch an die imperialistischen Mächte verkauft wurde. Dieses Geld (seit 1974 etwa 10 Milliarden Mark), wurde neben der Finanzierung von Lebensmittelkäufen und Waffen hauptsächlich dazu benutzt, portugiesischen Kapitalisten und Grundbesitzern saftige "Entschädigungen" für ihren enteigneten ehemaligen Besitz zu zahlen. Gleichzeitig wurde diesen gestattet, das Geld ins Ausland zu transferieren, was auch in aller Regel geschah. Im Juli '77 gab die Portugiesische Zentralbank die Aufgelaufenen Verbindlichkeiten (für Zinszahlungen usw.) mit 46 Milliarden Escudos an (etwa 3,2 Milliarden Mark). Zum selben Zeitpunkt besaß die Zentralbank 48 Milliarden Escudos an Devisen (lt. „FR", 20.7.77).

Diese enormen Zinsleistungen werden auf dem Wege von Preissteigerungen aus den portugiesischen Werktätigen herausgepreßt.

Die Hoffnung der Regierung Soares, mit Geschenken an portugiesische Kapitalisten diesen Kapital für Investitionen in Portugal in die Hand zu geben, schlug gründlich fehl, da diese das Kapital lieber in profitablere Investitionen und Spekulationen im Ausland steckten.

Obwohl während der Amtszeit der Regierung Soares mehr als 400 Betriebe (neben zahllosen landwirtschaftlichen Kooperativen) den Arbeitern, die sie in Selbstverwaltung führten, teilweise mit massiven Polizeieinsätzen gegen die streikenden Arbeiter weggenommen wurden, obwohl ein äußerst reaktionäres Streikgesetz verabschiedet wurde, und obwohl die Rechte der Arbeiterkommissionen per Gesetz unter bundesrepublikanisches Mitbestimmungsniveau gedrückt wurden, sind die Kapitalisten mit dieser Regierung immer noch nicht zufrieden gewesen, sahen sie die Bedingungen für ihre Ausbeuterinteressen noch nicht als ausreichend an.

Entwicklung eines Putschklimas durch die Rechte

Die im Parlament vertretenen Rechtsparteien PSD („Sozialdemokratiche Partei", früher PPD) und CDS (Christdemokraten), die scharfe Kämpfe untereinander um die Führungsrolle innerhalb des reaktionären Lagers ausfechten, verfügen über keinerlei Möglichkeiten, eine Regierung ohne die PS zu bilden. Soares, der in der PS ständig gegenüber einer relevanten linken Minderheit taktieren muß und darüber hinaus nicht völlig gegen die Gewerkschaften arbeiten kann, sah keinerlei Möglichkeit zu einer expliziten Koalition mit diesen Parteien und führte seine Regierung ständig in „unausgesprochener" Koalition mit den Rechtsparteien, da auch die PS keine absolute Mehrheit im Parlament hat.

Daher setzten die Rechtsparteien in zunehmendem Maße darauf, daß entweder Staatspräsident Eanes (der der PSD "nahesteht") die Bildung einer "Regierung der Nationalen Interessen" aus "unabhängigen Fachleuten" und gegebenenfals rechten Militärs ohne Rücksicht auf das Parlament und mit der Drohung der Militärdiktatur durchführt, oder daß eine Militärdiktatur das parlamentarische System ablöst.

Um Eanes, der offenbar mit jenem Minderheitsflügel der PSD übereinstimmte, der eine Zusammenarbeit mit der PS weiterhin vertritt, unter Druck zu setzen, trat Sa Carneiro als PSD-Vorsitzender Anfang November zurück. Vorher richtete er scharfe Attacken gegen Eanes, den er beschuldigte, Soares mit allen Mitteln und gegen die nationalen Interessen Portugals an der Macht zu halten.

Auf einem Sonderparteitag, der in nächster Zeit stattfinden soll, will sich Sa Carneiro mit überwältigender Mehrheit neu wählen lassen und die innerparteiliche Opposition ausbooten.

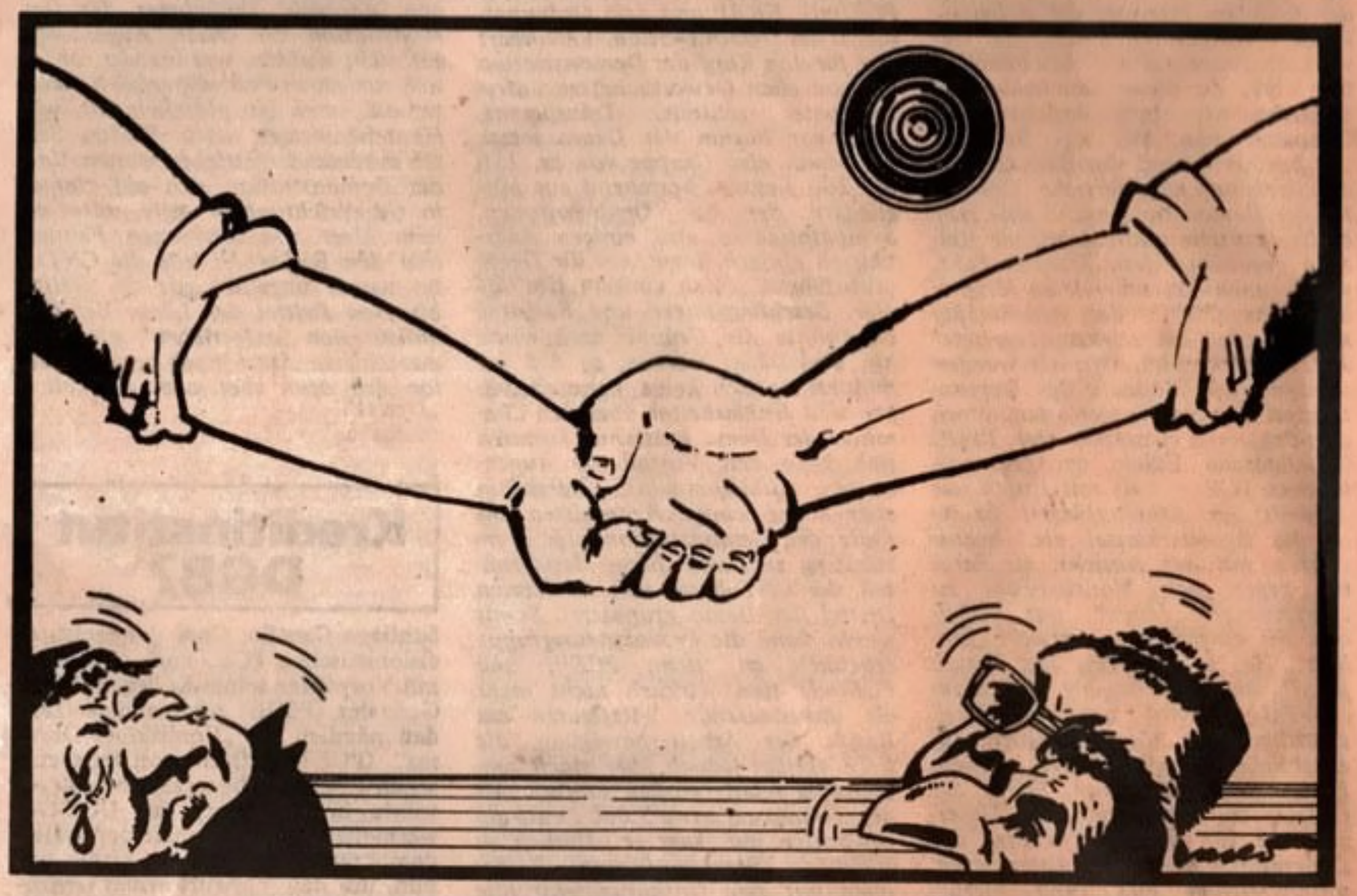
Innerhalb der Armee wurden im letzten halben Jahr die letzten demokratischen Offiziere kaltgestellt oder entlassen. Obwohl der faschistische Einpeitscher Pires Veloso von seinem Posten als Kommandant der Militärregion Nord vor einigen Wochen entlassen wurde, gibt es doch keinen Zweifel daran, daß die portugiesische Armee heute besser denn je für einen neuen reaktionären Militärputsch gerüstet ist. Pires Velosso könnte bei einem solchen Unternehmen eine Führungsrolle spielen, da er immer stärker zu einer „Führerpersönlichkeit" für die sich sammelnde faschistische Massenbewegung aufgebaut wird.

Konkurrenz dürfte Veloso gegenwärtig lediglich durch den berüchtigten Altfaschisten und Putschisten Kaulza de Ariaga bekommen, der seine faschistische Partei MIRN mit großem Aufwand und bedeutender finanzieller Unterstützung ausbaut.

Die Stärke der Faschisten drückt sich in einer nationalen Großkundgebung aus, die sie am 19. November „zu Ehren von Pires Veloso" in Porto durchführten und an der etwa 70 000 zusammengekarrte Faschisten teilnahmen. Im Verlaufe dieser Aktion griffen Nazi-Banden die Büros der trotzkistischen LCI und der demokratischen MDP in Porto an und brannten sie nieder. Passanten wurden beraubt und attackiert und Sprengkörper explodierten.

Als einer der Hauptredner trat in Porto übrigens Limpo Queiros von der „PCP-ml" (Bruderorganisation der hiesigen „KPD") auf; er feierte Veloso wegen seiner „Standhaftigkeit gegenüber dem russischen sozialimperialistischen Feind".

Nach Porto hatten unter anderem PSC, CDS, MSD (eine weitere „Sozialdemokratische" Gruppierung unter Pinheiro de Azevedo), sowie vereinzelte Regionalchefs der PS aufgerufen („O Jornal", 18.11.77).



Graaaandooolaaa viiilaaa moooreeenaaa!!!

Gewaltige Massenmobilisierung der Gewerkschaften

Aus den Abwehrkämpfen, die seit dem 25. November 75 meist vereinzelt in den Betrieben und Kooperativen, die an die Kapitalisten zurückgegeben werden sollten, geführt wurden, hat sich inzwischen eine starke Kampffront entwickelt.

Nachdem die Gewerkschaften bereits vor Monaten klarmachten, daß sie eine weitere Aushöhlung der demokratischen Rechte und Verschärfung der Krisenpolitik nicht mehr hinnehmen würden, setzte sich innerhalb der gesamten Intersindical (Zusammenschluß der Gewerkschaften) inzwischen eindeutig eine kämpferische Linie durch. Im Sommer nahm auch die PC eine Kursänderung vor, indem sie Neuwahlen forderte und damit der PS-Minderheits-Regierung die Unterstützung aufkündigte. Die PC hatte vorher die Linie verfolgt, die PS stets im Parlament zu stützen, wenn die Rechten einmal nicht mitzogen.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die PC diesen Kurswechsel erst als Reaktion auf die veränderte Situation innerhalb der Intersindical vornahm, um nicht ihren Einfluß zu verlieren.

Der 18. November in Porto und der 19. November in Lissabon waren Auftakt zu einer Kette von massiven Großdemonstrationen, die von der Intersindical organisiert und von der gesamten Linken unterstützt wurden.

In Porto nahmen ca. 100 000 Menschen an der Demonstration teil; es war eine der größten Demonstrationen, die je in Porto stattgefunden haben. Am folgenden Tag beteiligten sich in Lissabon 200 000 bis 300 000 Menschen an einer Demonstration zu der Distriktgewerkschaften von Lissabon, die Sekretariate des Industriegürtels von Lissabon und Setubal und die Arbeiterkommissionen der verstaatlichten und in Selbstverwaltung befindlichen Betriebe einheitlich aufgerufen hatten. Die Demonstration fand unter den Hauptparolen "Die Lebenshaltungskosten steigen — das Volk hält das nicht aus" und "Gegen die Repression für die Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheiten" statt.

Inzwischen ist auch die Streikbewegung erheblich angewachsen. So legten am 24.11. nachmittags die Arbeiter von Industrie und Handel des Pharmazie-Sektors die Arbeit nieder, um einen elfmonatigen Tarifstreit neu zu beleben. Am 28.11. wurde im Alentejo ein Generalstreik der Landarbeiter durchgeführt. Am 29.11. legten alle Angestellten der Krankenkassen die Arbeit nieder, um Tarifgespräche zu beschleunigen. Am 30.11. fand ein nationaler Eisenbahnerstreik statt.

Außerdem wurden Massendemonstrationen, teilweise in Verbindung mit örtlichen Streiks, in Braga, Viana do Castelo, Tramagal, Samora Correia, Portimao, Beja, Evora, Portalegre und Marinha Grande durchgeführt.

Es muß allerdings festgestellt werden, daß die revolutionäre Linke insgesamt in dieser Bewegung bisher nur eine geringe Rolle spielt, und daß die Bewegung große Mühe hat, sich aus der Kontrolle der PC zu befreien.

In zehn Einzelgewerkschaften gibt es jedoch klare revolutionäre Mehrheiten sogar auf Vorstandsebene, in den übrigen spielen revolutionäre Minderheiten eine wichtige Rolle.

Insgesamt existiert der Zustand, daß wesentliche Impulse dieser Massenbewegung unabhängig von den Parteien und politischen Organisationen aus den Betrieben und Gewerkschaften ausgehen und von den revolutionären Organisationen wie auch von der revisionistischen PC dann aufgegriffen und unterstützt werden.

Portugal-Kommission

Italien

Mailand: Über 40 Schulen besetzt

Seit einem Jahr bekommen auch die Schüler und Jugendlichen die Repression- und Sparpolitik der italienischen Regierung besonders stark zu spüren. Der Schulalltag gestaltet sich mittlerweile so, daß die Schüler in drei Schichten zum Unterricht kommen müssen; sogar die 6-8jährigen fangen teilweise erst um 16.00 Uhr nachmittags mit dem Unterricht an. In Mailand kommt noch dazu, daß kaum Räume zur Verfügung stehen, die Lehrer ständig versetzt werden – auch an andere Schulen in der Stadt – um wenigstens die wichtigsten Fächer geben zu können. Zu Winterbeginn machte sich darüber hinaus bemerkbar, daß die meisten Schulen miserabel gebaut und isoliert sind, und zudem ist wegen mangelnder hygienischer Einrichtungen eine Läuseepidemie über die Schüler hereingebrochen. Immer stärker ist der Protest der Schüler auch gegen die langweiligen, kirchlich eingefärbten und reaktionären Lehrinhalte geworden, worauf die Schulbehörde mit wachsenden Repressalien reagiert hat. Eine angeordnete Kampagne der Schulbehörde, „renitente" Schüler durch schlechte Noten zu „bestrafen" und „auszusortieren" war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Über 40 Schulen (das sind 45 % der Mittel- und Oberschulen Mailands) wurden von den Schülern besetzt; in eigener Regie wurde ein alternativer Unterricht aufgebaut. Gemeinsam mit fortschrittlichen Lehrern und Eltern wurden Diskussionen über Umweltschutz, Jugendarbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit etc. organisiert, es wurden Filme gezeigt und in einer Schule wurde sogar ein autonomer Sender aufgebaut, der die Kämpfe der Schüler organisierte und ein Alternativ-Programm sendete.

Die Schulbehörde gab in einem zentralen Rundschreiben an Schulleiter und Eltern die Anweisung, sofort „Gegenmaßnahmen" zu treffen, um den alten Unterricht wieder aufzunehmen und die Besetzer rauszuschmeißen – allerdings ohne großen Erfolg! Über zwei Wochen wurde die Besetzungsaktion geschlossen durchgehalten – an einigen Schulen hält der Kampf der Schüler bis jetzt noch an.

Wenn die Schulbehörde sich auch nicht auf Zugeständnisse eingelassen hat, so ist diese Besetzungsaktion doch ein großer Erfolg der Jugendbewegung in Mailand, die in den letzten zwei Jahren noch nie so geschlossen für die Durchsetzung ihrer Forderungen, vor allem für einen demokratischeren Unterricht und für bessere Lernbedingungen, gekämpft hat (9.12).

Italien-Kommission

Am 12. November: Rom und Mailand von Bullen besetzt

In einem beispiellosen Bürgerkriegsmanöver gingen am 12. November die Polizeibehörden von Rom und Mailand gegen Demonstranten vor, die gegen die Schließung zweier Büros der Organisation „Autonomia Operaia" protestieren wollten. Das brutale Vorgehen der Polizei vom Frühjahr gegen die Studentenkämpfe und antifaschistischen Proteste wurde damit fortgesetzt und noch verschärft.

Am 11. November verbot der Polizeipräsident von Rom, Migliorini, in Absprache mit Innenminister Cossiga die Demonstration in Rom „wegen der in der Stadt herrschenden Spannung". Als sich trotzdem am 12. in verschiedenen Teilen der Stadt Demonstranten versammeln wollten, traten im Zentrum rund 10.000 Bullen mit Rauchbomben, Maschinenpistolen und Wasserwerfern in Aktion. Nur in einigen Außenbezirken konnten sich Demonstrationszüge bilden. Die Bullen verfolgten eine – wie sie es nannten – Taktik der „extremen Mobilität". Panzerwagen, Lastwagen, Busse und Streifenwagen wurden in die Schlacht geworfen, ohne Rücksicht auf die in den Straßen anwesenden Passanten und unbeteiligten Menschen.

– Am Abend wurden die Sendestationen der linken Radios „Radio Citta Futura" und „Radio Onda Rossa" dichtgemacht und bis zum nächsten Morgen von Bullen besetzt gehalten. Begründung: „Verbreitung von Informationen und Debatten, die die öffentliche Ordnung gefährden". Tatsächlich hatten die Radios lediglich über den Verlauf der Kämpfe berichtet und Interviews mit Genossen von „Lotta Continua" und „Avanguardia Operaia" gesendet.

– Nachdem die Auseinandersetzungen in der Stadt beendet waren, wurden von der Polizei massenhaft Personen- und Fahrzeugkontrollen vorgenommen. (Alle Informationen nach „La Republica". 13./14.11.77)

– Insgesamt wurden in Rom 170 Demonstranten vorübergehend festgenommen und 19 verhaftet wegen angeblicher Gewaltanwendung und Widerstand („Lotta Continua", 15.11.).

In Mailand waren Innenstadt und Universitätsviertel den ganzen Tag von Polizei und Carabinieri abgeriegelt. Die linksliberale Zeitung „La Republica" sprach von einem „Klima wie vor einer großen Schlacht" und „kriegsmäßiger Ausrüstung" der Polizei. Außer Bullen und einigen Journalisten war auf der Straße niemand zu sehen. Die Linke sagte ihre Demonstration daraufhin ab und führte stattdessen kleinere Protestversammlungen in einigen Stadtteilen durch mit der Begründung, sie wolle sich „nicht auf das Spiel mit dem Massaker einlassen" („La Republica", 13./14.11.77).



Alle reden von Terror – wir machen ihn!

Alle reden von Terror – wir machen ihn!

- Bereits im Morgengrauen war die besetzte philosophische Fakultät der Universität von Bullen durchsucht worden.
- Das Büro der „Radikalen Partei" wurde von mit Maschinenpistolen bewaffneten Bullen durchsucht und zwei Mitglieder der PR festgenommen.
- Zwei Journalisten der Zeitung „Unita" (PCI) und „Paese Sera" wurden von Bullen bedroht, verhaftet und mißhandelt.
- Bei verschiedenen Angriffen auf Demonstranten und Passanten schoß die Polizei auch mit den MPs um sich. Daß dabei kein Mensch verletzt oder getötet wurde, kann nur als glücklicher Zufall bezeichnet werden.

Cossiga hat schon im Frühjahr erklärt, er werde mit der „Ausräucherung der Höhlen des Terrors" beginnen. Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß die revolutionäre Linke alle ihre Kräfte mobilisieren muß, um das Demonstrationsrecht zu verteidigen.

Italien-Kommission

250 000 demonstrieren in Rom — Wende im Klassenkampf?

Die größte Demonstration seit der faktischen Besiegelung des „historischen Kompromisses" zwischen Christdemokraten und reformistischer „KP" fand am 2. Dezember in Rom statt: In drei riesigen Zügen zogen insgesamt 250.000 Menschen zur Kundgebung auf der Piazza S. Giovanni. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die einheitliche Zentrale der Metaller-Gewerkschaften, die FLM. Außer Metallern aus allen Teilen Italiens nahmen an der Demonstration auch Werktätige Roms, vor allem aber Teile der Frauenbewegung, die Schüler und Studenten, die jugendlichen Arbeitslosen teil.

Die Demonstration vom 2. Dezember beendet bzw. unterbricht zumindest eine lange Phase des von den Reformisten garantierten Klassenfriedens und der totalen Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Interessen des Kapitals. Vergleicht man die Demonstration mit den Klassenkämpfen der Jahre 1967-69 und 1973-75, so fällt allerdings der Abschwung auf: Diesmal kaum Parolen wie die von 1973-75, in denen „die Macht denen, die arbeiten" gefordert wurde und in denen demokratische Forderungen gegen Neo-Faschismus und Polizei-Staat erhoben wurden. Im Vordergrund stand d i e s m a l ganz die Forderung nach Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, nach Investitionen, nach Angleichung der Löhne an die Inflationsrate.

Dennoch wird nach den ersten Kommentaren der 2. Dezember von der revolutionären Linken Italiens offensichtlich als großer Erfolg und als Beginn einer Wende in der Klassenkampfsituation betrachtet, weil es überhaupt gelungen ist, den faulen Klassenfrieden und den „historischen Kompromiß" zu durchbrechen.

Jetzt scheint ein Generalstreik das nächste Etappenziel der kämpferischen Teile der Gewerkschaften und der revolutionären Linken zu sein.

Griechenland

Nach den Wahlen

Die genauen Ergebnisse der griechischen Parlamentswahlen vom 20. November scheinen nunmehr vorzuliegen. Dabei hat sich das Sitzverhältnis aufgrund vorheriger Auszählungsfehler noch ein wenig zugunsten der sozialistischen PASOK und zu ungunsten der rechten „Neuen Demokratie" (Partei von Karamanlis) verschoben.

Insgesamt erhielten:

Partei	Stimmen (in %)	Sitze	(%der Sitze)
„Nea Dhimokratia"	41,87	172	57,3
PASOK	25,31	93	31,0
EDIK	12,00	15	5,0
KKE	9,29	11	3,6
E.P.	6,84	5	1,6
„Bündnis"	2,70	2	0,6
Neoliberale	1,09	2	0,6

Die Listen der außerparlamentarischen Linken erhielten zusammen 0,4%. Die Wahlbeteiligung hatte ca. 80% betragen. Die Differenz zwischen dem prozentualen Anteil von Wählerstimmen und Parlamentssitzen liegt an dem „verstärkten Verhältniswahlsystem", das die Parteien mit über 20% der Wählerstimmen deutlich begünstigt.

Insgesamt läßt sich das Wahlergebnis wie folgt charakterisieren: Im Stimmenverhältnis kommt weniger ein allgemeiner „Linksruck" als eine Polarisierung der politischen Kräfte zum Ausdruck, die allerdings mehr zugunsten der Linken als der Rechten geht. Verloren haben alle Richtungen, die auf „Kompromisse" mit der Rechten und „Einheit der (parlamentarischen) Demokraten" bauen:

der „linke" Flügel der Karamanlis- lamentarischen) Demokraten" bauen:

der „linke" Flügel der Karamanlis-Partei, vor allem die sozialliberale EDIK und das von der KKE/Inland-EDA-Linie der „antidiktatorischen Einheit" dominierte „Bündnis der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte" („Bündnis der 5").

Die politischen Parteien haben in den letzten drei Jahren etwas Farbe bekennen müssen, so daß sich in den Augen der Massen viele Versprechen , viele Hoffnungen und Illusionen in Luft aufgelöst haben: Der „NATO-kritische" Lack von Karamanlis ist ebenso abgeplatzt wie sein im ehemaligen Exil aufgetragenes Image als angeblicher Liberaler.

Das „demokratische" Tam-Tam der EDIK mit Anklängen von „demokratischem Sozialismus" und das ursprüngliche „Nein zur NATO" waren zu durchsichtig und mager, als daß die Partei vom zusammengekitteten Ruf der „„Nachfolgepartei" der alten „Zentrumsunion" von Jorjios Papandreou hätte zehren können. Mehr hatte sie kaum zu bieten, unterscheidet sich ihr Grundsatzprogramm doch kaum in den konkreten Zielvorstellungen von dem der Rechten. Mavros (bisheriger Vorsitzender der EDIK) hat vor den Wahlen z.B. noch jede Beteiligung der CIA am Militärputsch von 1967 bestritten.

Leichte Gewinne für die Revisionisten

Griechenland mag das einzige Land in Westeuropa sein, wo die offene Gegenüberstellung von „Eurokommunismus" (KKE/Inland) und an der Sowjetunion orientierten Revisionisten (KKE) mit einer katastrophalen Wahlniederlage für die „Euros" endete: Die traditionellen Wähler der Revisionisten haben zu 90% für die „orthodoxe" KKE gestimmt. Die KKE/Inland (Euros) bekam diesmal nur einen Abgeordneten durch (den Partei-Rechten Leonidhas Kjirkos), die KKE dagegen elf (bei den Wahlen 1974 hatten KKE, KKE/Inland und EDA als „Vereinigte Linke" kandidiert und gemeinsam acht Abgeordnete erhalten).

Wenn das „Bündnis der 5", das auch für die KKE und PASOK offenstand und steht, eine so katastrophale Wahlniederlage mit nur zwei Abgeordneten erhielt, liegt das weniger an der von ihm propagierten sehr „populären" Forderung nach „Einheit der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte" ohne Abgrenzungsbeschlüsse, sondern an der vorherrschenden „Euro"linie der „nationalen Einheit" von KKE/Inl. und EDA. Das „Bündnis der 5" wurde von der KKE offensichtlich mit Erfolg als bloßes Anhängsel der rechtsliberalen EDIK dargestellt. Für den Wähler stellte sich so die Alternative zwischen konsequenten Gegnern von EG und NATO einerseits und EG- und NATO-Befürwortern sowie den mit ihnen kollaborationsbereiten Kräften andererseits.

Die KKE hat damit zwar ihren Zweck der Isolierung und Schrumpfung der KKE/Inl. erreicht, aber es stellt sich die Frage, ob sie der Linken damit nicht einen Bärendienst erwiesen hat. Schließlich war und ist diese „Bündnis", trotz aller Schwachpunkte einzelner Parteien darin, ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

darin, ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

Trotz des relativen Erfolges der KKE scheint ihr „Rahmen" ausgeschöpft. Sie gewann weitgehend nur auf Kosten von KKE/Inl. und EDA (acht Abgeordnete 1974 gegenüber insgesamt 13 Abgeordneten 1977).

In der Praxis ist die KKE ohnehin nicht linker als die KKE/Inl. Spätestens seit den Straßenkämpfen vom Mai 76 spielt sie nur noch eine bremsende Rolle in den Volkskämpfen: Praktische Durchsetzung des Antistreikgesetzes 330 in den Betrieben, Kunkelei und Anerkennung der regierungstreuen Gewerkschaftsführer trotz günstigen Kräfteverhältnisses, Diffamierung von Führern militanter Streiks als „Provokateure " und als leztes Beispiel die offene Sabotage an der Polytechnikumsdemonstration. Kämpferische außerparlamentarische Aktivitäten gehen nicht mehr von ihr aus, sieht man von alljährlichen „Großfestivals" ab........

Völlig durchgefallen – im Rahmen des „Bündnisses der 5" – sind die vier ehemaligen Abgeordneten der „Initiative für Demokratie und Sozialismus", inzwischen umbenannt in „Sozialistische Partei Griechenlands". Etwa eineinhalb Jahre nach den 74er-Wahlen hatten sich die vier EDIK-Abgeordneten Dhimitrios Tsatsos, G. A. Mangakjis, Protopapas und Anastasios Minis, die zusammen mit Mavros das „demokratische" Feigenblatt in der Regierung der nationalen Einheit gebildet hatten, abgespalten und eine eigene Partei gegründet.

Vor allem G.A. Mangakjis und D. Tsatsos sind wegen ihrer guten Beziehungen zur westdeutschen SPD bekannt. Ihr Konzept scheint eine Reserve-Konkurrenz zur PASOK gewesen zu sein, falls die EDIK nicht mehr „zieht".

Sieger der Wahlen ist zum einen die PASOK, die nicht nur die EDIK zerstückelte, sondern auch ein paar Prozent von der „Neuen Demokratie" herausbrechen konnte. Zum anderen aber auch die faschistische „Nationale Fraktion" (Ethnikji Parataxis), die nun von rechts „in loyaler Weise" auf Karamanlis Druck auszuüben gedenkt.

Die Ausserparlamentarische Linke

Die EKKE (Vaterlandsverteidiger) erhielt 11.962 Stimmen, das sind nur ca. 0,23 %. Verglichen mit ihrer totalen Isolierung ist das Ergebnis dennoch erstaunlich, denn sie hat den ersten Platz in der außerparlamentarischen Linken in Bezug auf das Wahlergebnis behauptet. Spätestens seitdem die EKKE vor einigen Monaten nun auch den letzten Schritt in Richtung Vaterlandsverteidigung tat, den sie wegen der besonderen griechischen Verhältnisse jahrelang hinauszögerte, und vor „sozialimperialistischen Truppenansammlungen an der Nordgrenze" warnt, was eine Standardformel der Rechten seit dem Krieg ist, mit der alle möglichen Unterdrückungsmaßnahmen gerechtfertigt werden, hat sie sich völlig isoliert, was sich bei allen politischen und gewerkschaftlichen Mobilisierungen bemerkbar machte. Ihr „revolutionärer Ruf" scheint dennoch ungebrochen. Erstaunlich ist das auch deshalb, weil die unter dem Namen „Volksdemokratische Einheit" kandidierende „gemäßigte ML-Partei" KKE/ml nur 8.670 Stimmen erhielt (0,17 %), obwohl sie einen weitaus höheren Mitgliederstand und Verankerungsgrad besitzt als die fast rein studentische EKKE. Die KKE/ml erklärte in ihrer „Proletarischen Fahne" den hohen Stimmenanteil der EKKE mit deren „systematischer Protektion durch die bürgerliche Presse". In der Tat verfügt die EKKE über eine Reihe „guter Verbindungen" und versteht es, die übliche Nachrichtensperre bzw. die Nichtbeachtung der Aktivitäten und Aussagen linker Organisationen teilweise zu durchbrechen, so daß sie in den linksbürgerlichen Zeitungen – früher auch wegen „spektakulärer" Aktionen – als einzige Alternative zu den Revisionisten erscheint.

KKE/ml nur 8.670 Stimmen er-

Die völlig unbedeutenden Trotzkisten der EDE („Internationalistische Arbeiterunion") (entspricht dem „Bund sozialistischer Arbeiter" in der BRD) erhielten etwas mehr als 1.000 Stimmen. Die „offiziellen" Trotzkisten der OKDE („4. Internationale") hatten ihre bekannte Taktik angewandt und zur Wahl der Revisionisten aufgerufen.

Die revolutionäre Organisation Majchistis hat nur etwas über 1.000 Stimmen erhalten, was wohl ziemlich genau ihrem Einfluß entspricht.

Griechenland/Türkei-Kommission

Prozeß gegen linke Zeitungen

Die Protestaktionen der griechischen Linken gegen die „Selbstmorde" von Stammheim nahm der Staatsapparat zum Anlaß, mal wieder gegen linke Zeitschriften vorzugehen. Nach gewohntem Strickmuster werden die Linken der „moralischen Täterschaft" beschuldigt. Während bisher solche Anklagen fast immer vor Gericht zerplatzten, scheint der Staat diesmal härter vorgehen zu wollen. So wurden bereits Terrorurteile gegen Demonstranten gefällt und die beschuldigten Presseverantwortlichen wurden sofort verhaftet und am 23. und 25.10. in Untersuchungshaft gesteckt.

Betroffen sind:

- Jannis Felekjis, Herausgeber von „Odhofraghma" („Barrikade"), Zeitung der trotzkistischen OKDE („4.Internationale");
- N. Balisvon „Otan" (anarchistisch);
- Michail Protopsaltis von der anarchistischen Zeitschrift „Der Hahn, der solange kräht, bis die Dunkelheit erlischt";
- Kir. Vasiliadhis von „Edho kje tora" („hier und jetzt"), anarchistisch;

sowie M. Asimopoulos und der Sänger Iraklis Bakojannis.

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei



Yilmaz Güney, Schauspieler und Regisseur in einem seiner Filme

Freiheit für Yilmaz Güney!

Seit September 1974 ist der bekannteste türkische Filmregisseur und Schauspieler Yilmaz Güney in Haft. Er ist ein Opfer des Terrors, den die Regierung Demirels („Nationalistische Front") praktiziert, um Kritiker der Ausbeutung in der Türkei mundtot zu machen. In seinen Filmen hat Güney besonders das Schicksal der armen Bauern und Landarbeiter dargestellt, weshalb er große Sympathie in der türkischen Bevölkerung genießt. Güney wurde zu 18 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt, weil er angeblich einen Richter erschossen haben soll. Dieser Richter hat ihn in einem Lokal beschimpft, wo er eine Filmbesprechung machte. Der Richter und einige seiner Freunde, die angetrunken waren, griffen Güney an, worauf es zu einem Schußwechsel kam, bei dem der Richter getötet wurde. Güney wurde verurteilt, obwohl sich der Täter der Polizei gestellt hat und auch die Tatwaffe vorlegte; es war der Neffe Güneys, der daraufhin wegen „Irreführung der Justiz" abgeurteilt wurde.

Das Schicksal von Yilmaz Güney und die Farce der politischen Terrorjustiz in der Türkei ist bisher in der BRD weitgehend nicht zur Kenntnis genommen worden. Inzwischen hat sich allerdings „amnesty international" dieses Falles angenommen. Und in der Türkei läuft seit einiger Zeit eine Kampagne zur Freilassung von Yilmaz Güney. Yilmaz Güney steht als Symbol für die Verfolgung politisch engagierter Künstler in der Türkei, ähnlich wie Nazim Hikmet, der 18 Jahre in türkischen Gefängnissen verbrachte. Aber das ist nur die Spitze eines Eisbergs: Für den Volkssänger Devrimi forderte der Staatsanwalt 115 (!) Jahre Gefängnis, weil er in seinen Liedern den „Kommunismus propagiert hat". An den türkischen Schulen sind heute die Bücher von Sartre, Camus, Gogol und Dostojewski verboten und durch Schriften ersetzt worden, die Nationalismus predigen und die Ideen eines Großtürkischen Reiches verherrlichen.

Wir rufen dazu auf, sich an der Kampagne „Freiheit für Yilmaz Güney" zu beteiligen, zu der die linke Tageszeitung „Vatan" folgenden Aufruf veröffentlicht hat:

„An den Vorstand der Großen Nationalen Versammlung der Türkei und an amnesty international zur Weitergabe an die UNO

– Aufgrund der Tatsachen, die die Geschichte mit bitteren Lehren gezeigt hat;

– weil wir es für unmenschlich und barbarisch halten, daß die Menschen wegen ihrer Gedanken und ihres Glaubens bestraft werden,

fordern wir überall auf der Welt:

– die Freiheit aller, die sich wegen ihrer Gedanken und ihres Glaubens in Haft befinden,

– die notwendige Änderung der Gesetze, die den Menschen wegen seiner Gedanken und seines Glaubens für schuldig erklären,

– die Abschaffung der Artikel 141, 142 und 163 des Strafgesetzbuches der Türkei,

– die Amnestie für alle, die sich zur Zeit in Haft befinden,

– die Amnestie für alle anderen Häftlinge, da bewiesen ist, daß die anderen Straftaten – besonders in unterentwickelten Ländern – nicht die Folge eines bösen Charakters, sondern vielmehr Ergebnis der kaputten Gesellschaftsordnung sind.

Wir rufen alle Organisationen, politischen Parteien, Politiker, Demokraten, Regierungen und Personen auf, die Menschenwürde besitzen und Hochachtung gegenüber der menschlichen Existenz und ihrer Entwicklung haben, die notwendigen Schritte zur Erfüllung dieser Forderungen zu machen.

Wir nehmen an der Kampagne „Freiheit für Yilmaz Güney" teil und unterstützen sie.

Freiheit für alle Gefangenen!
Freiheit für Yilmaz Güney!
Kampf der Regierung der Nationalistischen Front!"

Diese Resolution wurde am 8.12.77 von Amnestie International (ai) mit 900.000 (!!) Unterschriften an die UNO abgegeben. Unter den Unterzeichnern befinden sich u.a. Organisationen aus 133 Länder, die 84 Millionen Menschen vertreten.

Griechenland/Türkei-Kommission

Verstärkte Repression gegen palästinensische Gefangene

Die beiden palästinensischen Genossen, die im Rahmen der Entführung der Lufthansa „Landshut" aus den türkischen Gefängnissen befreit werden sollten, sind jetzt verstärkter Repression ausgesetzt.

Wegen „Waffenschmuggel in die Türkei" zu je 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, soll jetzt der Prozeß wieder aufgenommen werden.

Das Hochgericht plant dabei die offizielle Ermordung der Genossen, indem es die Todestrafe fordert.

Die beiden Palästinenser haben mit einem dreitägigen Hungerstreik dagegen protestiert, daß sie nach der Flugzeugentführung keinen Besuch mehr empfangen dürfen. Außerdem ist jeder Empfang und Versand von Briefen verboten. Auch an ihre Verteidiger abgeschickte Briefe werden abgefangen. Der Kontakt zu den anderen Gefangenen ist aufgehoben. Einer der Genossen ist erkrankt. Ihm wird aber die Einlieferung in ein Krankenhaus versagt. (Cumhuriyet vom 6.12.77).

Wie man sieht: die Internationale des Staatsterrors blüht und gedeiht!

Solidarität mit allen politischen Gefangenen in der Türkei und anderswo!

Griechenland/Türkei-Kommission

Österreich

»Terroristen«- und »Sympathisanten«-Jagd in Österreich

Anfang November wurde der Wäsche-Millionär Walter Michael-Palmers von Unbekannten entführt. Eine Woche später war er wieder auf freiem Fuß – gegen die Zahlung eines Lösegeldes von umgerechnet ca. 4 Millionen DM. Für die Familie Palmers bedeutete die Aufbringung des Geldes keine große Schwierigkeit: Palmers gehört zu den reichsten Leuten in Österreich. Das hinderte die Familie allerdings nicht daran, unter dem Vorwand, den „lieben Chef" freikaufen zu können, den Palmers-Angestellten das Weihnachtsgeld zu streichen – als Beitrag zum Lösegeld!

Am 23.11. – zwei Wochen nach der Entführung – wurden in Chiasso (Schweiz) an der italienischen Grenze die Wiener Studenten Othmar Keplinger und Thomas Gratt festgenommen. Angeblich wurde bei ihnen ein kleiner Teil der Lösegeldsumme gefunden, außerdem soll die Stimme Thomas Gratt's identisch sein mit der des Entführers, der bei Palmers' das Lösegeld gefordert hatte.

Othmar Keplinger und Thomas Gratt sind Mitglieder der „Linken Liste" (LiLi) an der Universität Wien und sie arbeiten im „Arbeitskreis Politische Gefangene" (APG) der österreichischen Unterstützungsgruppe für ein Russel-Tribunal gegen die politische Unterdrückung in der BRD mit. Der APG lehnt sich in seiner Politik an diejenigen bundesdeutschen „Antifa-Gruppen" an, die in erster Linie die Repressionsmaßnahmen des westdeutschen Staats als eine gezielte Vernichtungskampagne gegen die „Stadtguerilla" verstehen.

Damit war für die gesamte bürgerliche Presse, für Fernsehen und Rundfunk die Sache klar: Palmers war von der RAF entführt worden und die gesamte österreichische Linke gehört zum „Sympathisanten-Sumpf".

Seit der Schleyer-Entführung schon bestens auf „rechts" staatlichen Kurs gebracht, wurde Stimmung gegen die gesamte Linke gemacht, getreu bundesdeutschem Vorbild: die „Linke Liste" und besonders die Russell-Tribunal-Unterstützungsbewegung wurden zu „terroristischen Vereinigungen" erklärt, die den bewaffneten Kampf der RAF auch nach Österreich tragen wollten. Zum vermuteten „Drahtzieher" und zur „Schlüsselfigur" der RAF-Aktivitäten avancierte der Student Reinhard Pitsch, ebenfalls Mitglied des APG und der „Linken Liste". Auf ihn wurde eine wahre Hexenjagd im Springer-Stil veranstaltet: *„Er stieg mit den Stiefeln und der Begründung ins Bett, ein Revolutionär müsse auch beim Schlafen auf der Hut sein"*, er *„nimmt sein Glas von den Lippen und schüttet das Bier seinem (politischen) Gegenüber ins Gesicht, Glas und Flasche läßt er folgen"* usw. usf. („profil", Nr.48,77).

Inzwischen, nachdem Reinhard Pitsch verhaftet ist, muß selbst „profil" anerkennen, daß praktisch keine stichhaltigen Vorwürfe gegen ihn vorhanden sind, außer der nie geleugneten Tatsache, daß er Gratt und Keplinger kennt. Als Begründung für seine weitere Inhaftierung wird eine antifaschistische (!) Aktion gegen die Neonazis „Aktion Neue Rechte" im April genommen, bei der Pitsch die Faschisten mit einer Gaspistole bedroht haben soll!

Nachdem klar ist, daß trotz Pressehetze die Entführer nicht innerhalb der österreichischen Linken „gefunden" werden können, haben die Behörden inzwischen darauf gesetzt, daß die Entführung von den in der BRD als „Terroristinnen" verfolgten Inge Viett, Gabriele Rollnik und Juliane Plambeck inszeniert worden sei und Keplinger, Gratt und Pitsch nur „die schwächsten Glieder einer Kette" („profil", Nr. 49) gewesen seien, die aus „Solidarität" und "grenzenloser Verehrung" mit der politischen Gefangenen in Wien, Waltraut Boock, sich naiv auf die „Aktion der RAF" eingelassen hätten.

Der eigentliche Angriffspunkt bleibt aber die gesamte österreichische Linke: In den vergangenen Wochen fanden eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen und ca. 15 Verhaftungen statt, die mit konkreten Vorwürfen nicht im entferntesten begründet werden konnten. Die Verhafteten wurden teilweise offenbar Verhören unterzogen, die an Folter grenzen. Über eines berichtet „profil": *„Der 20jährige Mann beginnt zu heulen, kommt das Gespräch auf Verhöre und Einvernahmen ... das kann ich nicht beschreiben. Ich kann darüber nicht einmal mehr reden. Ich bin fertig" (nr. 49)*

Verfolgt und verdächtigt wird auch die linkssozialistische Zeitung „Neues Forum": Sie sei der „Ziehvater" der österreichischen „Terroristen". Ihr Herausgeber, Günther Nenning, wird inzwischen offen aufgefordert, als Vorsitzender der Journalistengewerkschaft zurückzutreten. Grundlage für diese Angriffe ist die schlichte Tatsache, daß Gratt und Keplinger an einigen der öffentlichen Redaktionssitzungen teilgenommen haben, um die Zeitschrift zu bitten, gegen die Haftbedingungen für Waltraud Boock zu protestieren.

Darüber hinaus wird zum Generalangriff auf die demokratische Studentenbewegung an der Wiener Uni geblasen. Der Rektor der Uni kündigte die Wiedereinrichtung einer „universitätsinternen Diziplinarkommission" an, mit der „Vorlesungsstörenfriede" bestraft werden können; die Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg wird die staatliche Subvention für die „Wohnungsholding" des Studentenwerks, mit deren Hilfe preisgünstige Studentenwohnungen angemietet werden, in Zukunft zu streichen. Denn die Wohnungen werden ja auch von linken Studenten und „RAF-Sympathisanten" in Anspruch genommen („profil", 49/77).

Reaktion der Linken

Gegenüber dem Rundschlag des Staates ist ein großer Teil der Linken bisher zurückgewichen. Deutlichstes Beispiel ist das „Neue Forum", das einen formellen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt hat, der allein den Kontakt mit sogenannte „Terroristen-Sympathisanten" verbietet (s.AK118). Ein Forums-Redaktionsmitglied, das nicht bereit war, diesen Beschluß zu akzeptieren, ist daraufhin ausgeschieden. Bisher hat die scharfe Abgrenzung Nenning allerdings nicht viel genutzt. Ähnlich der „Sympathisantenhetze" in der BRD wird er den „geistigen Urhebern des Terrorismus" zugerechnet. So wird er beispielsweise in der bürgerlichen Hetzpresse als der „Biedermann", der den „Brandstiftern die Streichhölzer" gab, bezeichnet.

Die „Linke Liste" hielt es leider ebenso für nötig, eine umfassende Distanzierung von den Mitgliedern des APG vom Stapel zu lassen: Ausdruck des Bemühens, sich vor dem Staat reinzuwaschen, ist die gestutzte Forderung nach *„Freilassung aller Inhaftierten, denen keinerlei Verbindung zur Entführung nachgewiesen werden kann"* (Erklärung vom 27.11.77).

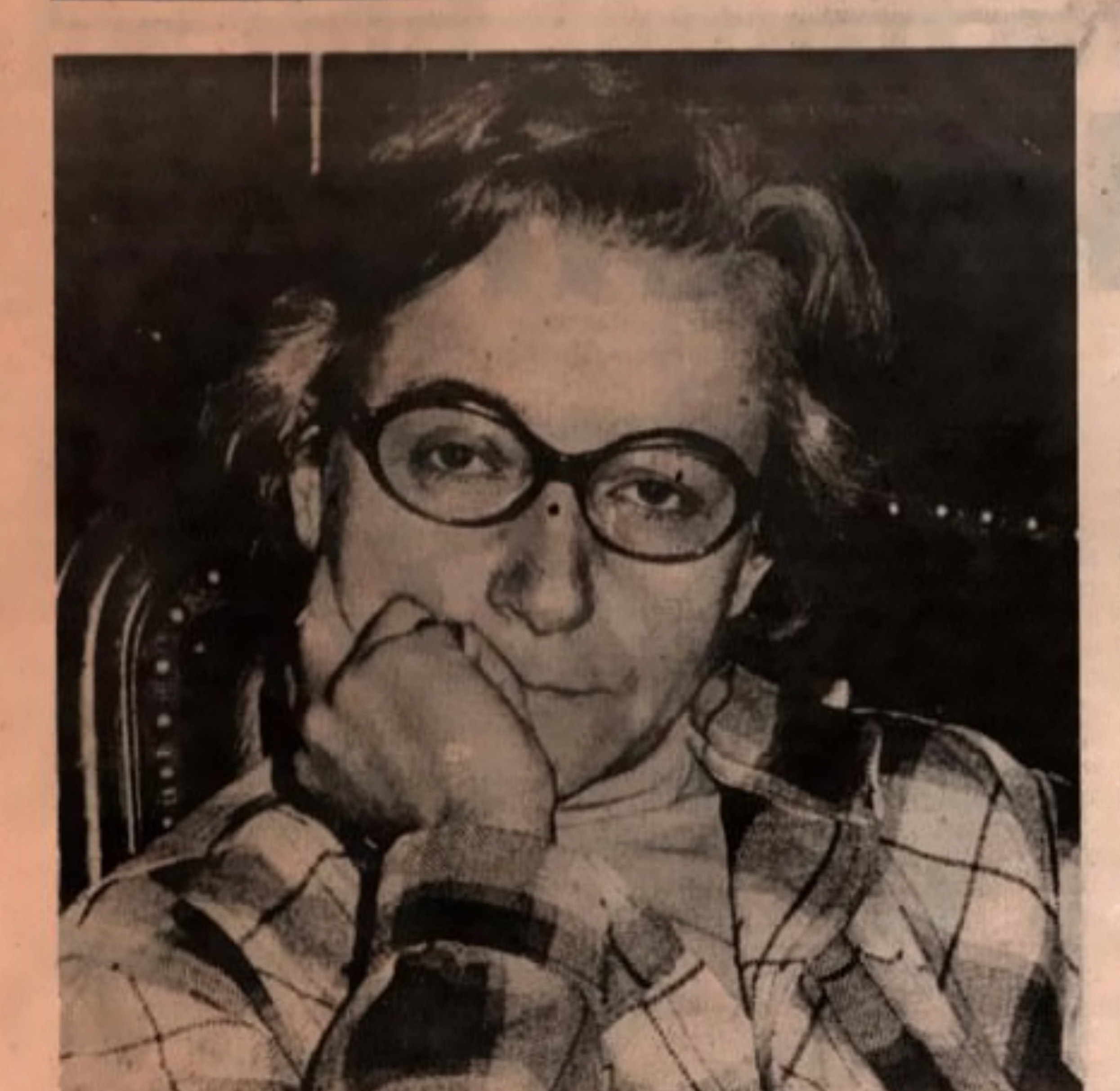
Insgesamt herrscht bei Teilen der Wiener Linken eine Art Panikstimmung, die eher dazu führt, sich zu überlegen, wie schnell noch die Marx-Bände beiseite geschafft werden können, als einen breiten Widerstand gegen die österreichische Anti-Terror-Kampagne aufzubauen.

Es gibt aber auch erfreuliche Zeichen: Am 2.12. fand an der Wiener Uni eine Anti-Repressionsveranstaltung statt, die mit ca. 400 Leuten gut besucht war. Initiatoren war ein Teil der Russell-Unterstützungsgruppe, IKL RMF (vergleichbar den Spartacus-Abspaltungen in der BRD) und APG. Thema der Veranstaltung war die politische Unterdrückung in der BRD und besonders die Ereignisse in Stammheim bzw. die Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Auf Einladung sprachen RA Funke, der Verena Becker verteidigt, der KB und der Spartacusbund. Diese Veranstaltung zeigte, daß es möglich sein sollte, auch in Österreich unter dem Motto „Jetzt reichts" gegen die Kriminalisierung der gesamten Linken anzugehen.

Insgesamt positiv zu bewerten ist ebenfalls eine Veranstaltung der Zeitschrift „Extrablatt" am 25.11. mit dem Thema *„Terroristen, Sympathisanten und andere Deutsche"*, an der sich Luise Rinser, Gerhard Zwerenz und Bernt Engelmann beteiligten.

Österreich-Schweiz-Kommission

Frankreich



Monique Guéman

Richterin protestierte gegen Croissant-Auslieferung:

Berufsverbot!

Nach dem RA Croissant vor fast einem Monat bei Nacht und Nebel nach Stammheim abgeschoben wurde, greift jetzt das französische Justizministerium diejenigen Rich- gewesen, der bereits 1975 vorübergehend von seiner Funktion als Untersuchungsrichter suspendiert wurde. Gegen die jüngsten Angriffe hat

Monique Guéman

Richterin protestierte gegen Croissant-Auslieferung:

Berufsverbot!

Nach dem RA Croissant vor fast einem Monat bei Nacht und Nebel nach Stammheim abgeschoben wurde, greift jetzt das französische Justizministerium diejenigen Richter an, die gegen die widerrechtlichen Bedingungen dieser Auslieferung protestiert haben:

Monique Gueman, erste Substitutin der Staatsanwaltschaft beim südfranzösischen Gericht von Draguignan, regionale Delegierte und Vizepräsidentin der „Richtergewerkschaft" (Syndicat de la Magistrature, SM) wurde durch eine einstweilige Verfügung des Justizministers Peyrefitte am 28.11. ihrer Funktionen enthoben. Sie hatte eine Gerichtsverhandlung am 17. November mit einer kurzen Protesterklärung gegen die Auslieferungsbedingungen von Klaus Croissant eröffnet, und damit nach Meinung des Justizministers ihre „Zurückhaltungspflicht" verletzt. Sofort nach Einreichung der Verfügung wurden ihr die Schlüssel ihres Büros abgenommen und der Zutritt zu ihren Akten verweigert.

Diese Maßnahme ist nicht nur in der Geschichte der französischen Justiz (abgesehen von zwei Präzedenzfällen, dazu gleich noch) einmalig, sondern steht darüberhinaus noch im krassen Widerspruch zu den verfassungsmäßig verankerten Rechten der französischen Richter: Laut Paragraph 33 der französischen Verfassung sind die Richter „*Garanten der Individualfreiheiten*" und haben darüberhinaus das Recht „*auf freie mündliche Meinungsäußerungen, wenn es dem Wohl der Justiz dient*". Genau im Namen dieses Rechts hatte Monique Gueman auf der betreffenden Gerichtsverhandlung ihren Protest ausgedrückt.

Inzwischen wurde auch dem Richter, Hubert Dujardin, ein Verhandlungsverbot auferlegt, weil er im „Nouvel Observateur" (PS-nahe Wochenzeitung) gegen die Suspendierung seiner Kollegin in Draguignan protestiert hatte! Und das gleiche widerfuhr auch Pierre Renard Payen, ebenfalls Staatsanwalt-Substitut und Mitglied der Richtergewerkschaft.

Alle drei Fälle sollen, gemäß einer Erklärung des zuständigen Oberstaatswalts, „*zeitlich begrenzte Maßnahmen*" sein. Nur zwei Mal wurde vorher schon ähnlich verfahren: 1966 wurde Serge Furster, Justizrat beim Pariser Berufungsgericht, eine Mahnung auferlegt (die kleinste Sanktion) wegen eines Artikels, den er damals zur Ben-Barka-Affäre für „Le Monde" geschrieben hatte.

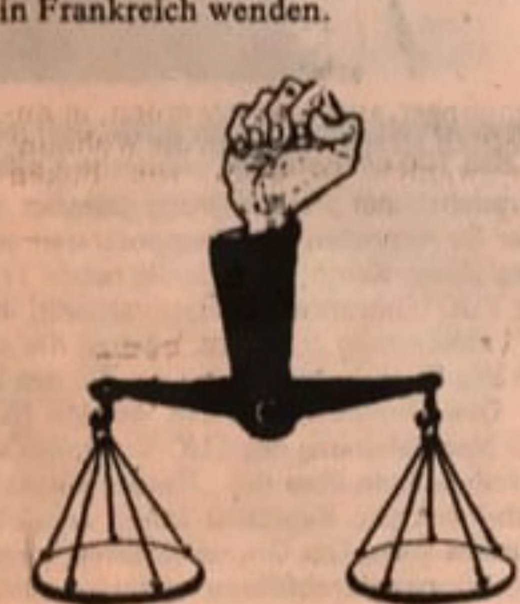
Der zweite Fall ist der schon weiter oben erwähnte Hubert Dujardin gewesen, der bereits 1975 vorübergehend von seiner Funktion als Untersuchungsrichter suspendiert wurde.

Gegen die jüngsten Angriffe hat sich sofort eine breite Solidarität entwickelt: die Vereinigung junger Rechtsanwälte, die Gewerkschaft der Anwälte Frankreichs, die PSU, die CGT, die autonome Föderation der Polizeigewerkschaften (!) sowie die Lehrergewerkschaften SNE-SUP und SGEN haben Protesterklärungen an die Presse übergeben.

Darüberhinaus hat der „Syndicat de la Magistrature" mehrere Aktionsvorschläge unterbreitet: u.a. sollen Unterschriften gesammelt, Veranstaltungen und ein nationaler Aktions- und Streiktag durchgeführt und ein Gewerkschaftskongreß organisiert werden. Die SM hat als Protestaktion auch vorgeschlagen, daß möglichst viele Richter bei ihren Gerichtsverhandlungen die Stellungnahmen von Monique Gueman verlesen sollen, deretwegen sie suspendiert wurde.

In einem weiteren Kommunique erinnert die SM-Gewerkschaft an ihre Besorgnis angesichts des Abbaus demokratischer Freiheiten in der BRD und betont, daß die juristischen Verfolgungen gegen Croissant „*die letzte Episode einer bedrohlichen Entwicklung der Justiz dieses Landes*" kennzeichnet.

Die französische Justiz ist bereits auf dem „besten" Weg, es der westdeutschen gleichzutun. Ein begrüßenswerter Schritt wäre es, wenn die westdeutschen Antifaschisten und Demokraten, und vor allem auch die in der BRD verfolgten Anwälte, sich nun ihrerseits mit Solidaritätserklärungen und Solidaritätsaktionen an ihre ebenfalls verfolgten Kollegen in Frankreich wenden.



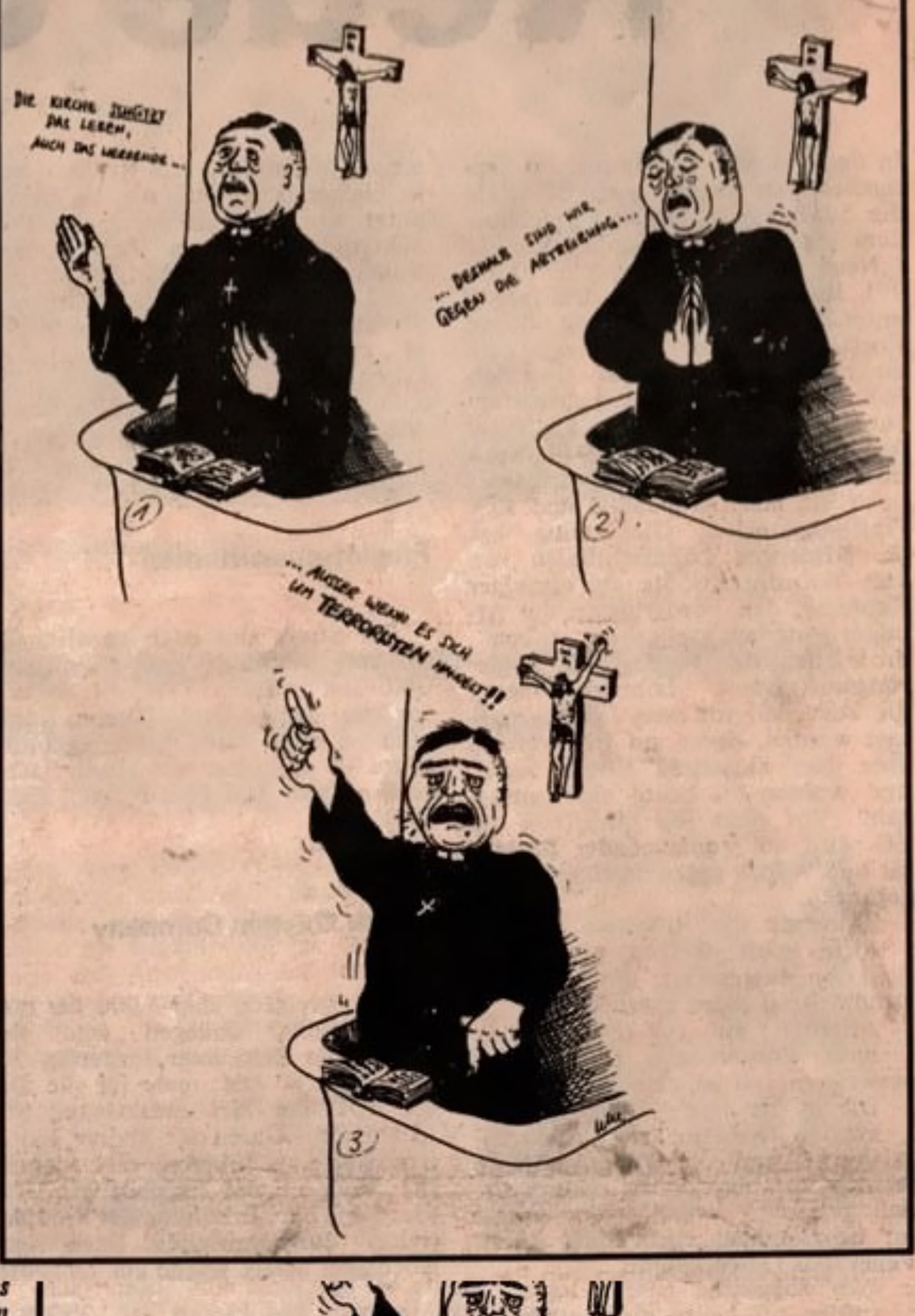
Frankreich-Kommission

Schweiz

KURZMELDUNGEN

Bundesanwaltschaft beschlagnahmt Schwulenbuch

Anfangs Oktober hat die Bundesanwaltschaft in Bern das Buch „Schwule Lyrik – Schwule Prosa" aus dem Verlag Rosa Winkel, W.-Berlin, wegen Unsittlichkeit beschlagnahmt. Eine nähere Begründung des Unsittlichkeits-Vorwurfes hat der Verlag bisher nicht erhalten. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor, in der der Verlag und mit ihm praktisch lückenlos alle fortschrittlichen Verlage sowie Filmemacher, Autoren usw. gegen die Diskriminierung protestieren. „Der Verdacht drängt sich auf, daß unter dem Vorwand der ‚Unsittlichkeit' die autonomen Äußerungen der Homosexuellen zensiert werden sollen", heißt es in der Mitteilung.
(aus: Zeitdienst, 18.11.77).



Auch für die Schweizer Klerikalnationalisten von der CVP gibt es wieder „unwertes Leben" – das von Terroristen nämlich. In ihrem Sprachrohr „Neue Zürcher Nachrichten" vom 19.10.77 war folgendes zu lesen: „*Nun sind sie weg. Glücklicherweise. Den Terroristen, die sich gestern das Leben genommen haben oder die in Mogadishu von der deutschen Spezialeinhei; erschossen wurden, trauert niemand nach, im Gegenteil*".

Eine solche mehr als nur „klammheimliche Freude" bleibt, wenn sie aus der rechten Ecke kommt, auch in der Schweiz ungestraft.

„Reichtumssteuer" abgelehnt

Die Schweiz ist als Steuerflucht-Paradies erhalten geblieben! Dies ergab die Volksabstimmung am 4.12., der u.a. eine Initiative zur Einführung einer „Reichtumssteuer" zur Entscheidung vorlag. Die von den Sozialdemokraten eingebrachte Initiative sah

Den Terroristen, die sich gestern das Leben genommen haben oder die in Mogadishu von der deutschen Spezialeinheit erschossen wurden, trauert niemand nach, im Gegenteil".

Eine solche mehr als nur „klammheimliche Freude" bleibt, wenn sie aus der rechten Ecke kommt, auch in der Schweiz ungestraft.

„Reichtumssteuer" abgelehnt

Die Schweiz ist als Steuerflucht-Paradies erhalten geblieben! Dies ergab die Volksabstimmung am 4.12., der u.a. eine Initiative zur Einführung einer „Reichtumssteuer" zur Entscheidung vorlag. Die von den Sozialdemokraten eingebrachte Initiative sah

vor, daß kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden sollten und Einkommen von mehr als 100.000 Franken im Jahr sich nicht mehr durch Abschreibungstricks der Besteuerung entziehen können. Die „Baseler AZ" meldet z.B., daß es im Kanton Zürich 103 Millionäre gibt, welche laut Steuerstatistik von 1975 keinerlei Einkommen haben, also offiziell als „Bedürftige" gelten („AZ" 18.11.77). In der FAZ vom 21.11.77 wird ein liberaler schweizer Politiker zitiert: „*Wenn sie dann erfahren, daß ihr (...) Chef trotz Villa an der Goldküste über dem Zürichsee und vier Autos ein Einkommen von Null deklariert, darf man sich nicht wundern, wenn das dem System angelastet wird und politisches Unbehagen erzeugt*". In der Tat, wir können ein gewisses „Unbehagen" nicht bestreiten! Unter den Schweizern scheint es leider noch keine allzu großen Ausmaße angenommen zu haben. Bei einer Stimmbeteiligung von 38% wurde die Reichtumssteuer mit 801.295 zu 638.559 abgelehnt. Mehrheitlich mit „ja" haben die Kantone Basel, Bern, Neuenburg und Waadt gestimmt.

Österreich-Schweiz-Kommission





Warnstreik der Drucker bei der „Tat"

Am 16.11. traten die Drucker der Limmat-Druck-AG des MIGROS-Konzerns in einen eintägigen Warnstreik. Damit protestierten sie gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der TAT-Geschäftsleitung (bei Limmat wird die Zeitung TAT gedruckt) und des dahinterstehenden MIGROS-Konzerns. Die Limmatdruck AG weigert sich nämlich, den zwischen dem Schweizerischen Buchdruckereiverband (SBV) und der Gewerkschaft Typographia (STB) ausgehandelten Gesamtarbeitsvertrag anzuerkennen. Stattdessen versucht sie es mit einem hauseigenen Vertrag made by MIGROS. Bei ihrem Kampf werden Kollegen von Limmat von ihrer Gewerkschaft STB und vielen Betrieben voll unterstützt, das wurde auf einer außerordentlichen Generalversammlung des STB Zürich am 22.11. noch einmal bekräftigt.

Die MIGROS-Kapitalisten reagierten mit dem „Vorschlag", den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zwar anzuerkennen, dafür aber die übertariflichen Zulagen zu streichen. Das lehnten die Kollegen einstimmig ab. Gleichzeitig wurden die Journalisten mit dem Versprechen gegen den Streik geködert, daß die TAT zwei Stellungnahmen bringen würde, eine Seite von der Geschäftsleitung, eine Seite von den Streikenden (die fehlte natürlich!).Der neueste Trick der MIGROS-Kapitalisten: „*Zehn Austrittsschreiben von Typographia-(STB)-Mitgliedern hat die Firma selbst verfaßt.*" „*Die ...offensichtlich... vorbereiteten Texte mußten den „Austrittswilligen" – meistens Vorgesetzte – unterschriftsreif vorgelegt worden sein. Dabei dürfte es natürlich nicht ohne mehr oder weniger „sanften" Druck abgegangen sein*"(AZ, 1.12.)

Gegen den harten Kurs der MIGROS wollen die Kollegen vom STB Zürich bei weiteren ergebnislosen Verhandlungen auch die anderen Gewerkschaften – speziell in den anderen MIGROS-Betrieben – mobilisieren und gemeinsam eine Großkundgebung machen.

Österreich-Schweiz-Kommission



England

Neue Streikwelle

In den Monaten von Januar bis September verdoppelte sich die Zahl der Streiktage in England gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr („Neue Zürcher Zeitung", 13.11. 77). In den vergangenen drei Jahren unter der Labourregierung haben Englands Arbeiter und Angestellte mehr an wirtschaftlicher Unsicherheit und Abbau ihres Lebensstandards hinnehmen müssen als unter der Tory-Regierung vor 1974. Nach offiziellen Angaben gibt es immer noch 1,5 Mio. Arbeitslose und 17% Preissteigerungen. Gleichzeitig hat die Regierung Lohnrichtlinien von 10% verordnet. Sollte ein einzelner Kapitalist den Forderungen der Arbeiter trotzdem nachgeben „wollen", droht ihm der Entzug von Regierungsaufträgen. Lohnerhöhungen, die zum Teil vor zwei Jahren zugesagt wurden, liegen auf Eis, weil sie über dem zulässigen Niveau lagen, und wurden bis heute nicht ausgezahlt. Vor allem seit Eintritt in die EG wird mit zunehmender Brutalität und Willkür gegen Streikende vorgegangen:

- Tausende von Arbeitern, die gar nicht selbst streiken, werden ohne Lohn ausgesperrt, um so Druck auf die Streikenden auszuüben.
- Arbeiter, die zur Bekräftigung ihrer Forderungen Überstunden verweigern, werden gefeuert.
- Die in den letzten Wochen streikenden Arbeiter der Elektrizitätswerke und die Feuerwehrleute werden von der Presse verantwortlich gemacht, wenn irgendjemand im Krankenhaus stirbt oder durch Feuer ums Leben kommt.
- Die Gewerkschaftsführung unterstützt die Labour-Regierung nach Kräften, Streiks kaputtzumachen. Sie weigert sich, Streiks als „offiziell" anzuerkennen und damit Streikgelder auszuzahlen; sie versucht, „Sympathiestreiks" anderer Arbeiter zu verhindern und notfalls, wenn sich Kämpfe überhaupt nicht mehr abbiegen lassen, die Kollegen durch komplizierte Abstimmungsverfahren zu verwirren.

Der britische Arbeitgeberverband CBI erhob auf seiner ersten nationalen Tagung im November seine alte Forderung nach einem neuen Streikrecht: Illegalisierung von „wilden" und Sympathiestreiks, Synchronisation von Lohnabschlüssen und Einführung der in England bisher unbekannten „Friedens"pflicht.

Trotzdem rollt derzeit eine Streikwelle über Großbritannien. Z.T. liegen die Forderungen der Kollegen weit über den „zugelassenen" 10%, u.a. fordern die Bergarbeiter 90%, meist wird etwa 30% gefordert, was angesichts des Lohnraubs der letzten drei Jahre tatsächlich recht bescheiden ist. Soweit die Auseinandersetzungen bisher beendet sind, liegen die Abschlüsse dennoch nur bei knapp über 10%.

Neben vielen lokalen Streiks, die teils seit Monaten andauern, gibt es auch wieder Auseinandersetzungen von z.T. nationalem Ausmaß. Hierzu einige Beispiele:

Bergarbeiter

Der letzte Gewerkschaftstag hatte die Forderung von 135 Pfund in der Woche (ca. 545.- DM) beschlossen, was einer Lohnerhöhung von 64 Pfund (ca. 260 DM) gleichkommt. Dem steht ein Angebot der staatlichen Kohlebehörde von 23.50 Pfund mehr (ca. 85 DM) bei Abschluß eines Produktivitätsabkommens gegenüber. Obwohl der Gewerkschaftstag letzteres strikt abgelehnt hatte, setzten die Gewerkschaftsführer eine Urabstimmung an, mußten aber am 1.11. verärgert feststellen, daß ca. 111.000 Kumpels dagegen und nur 88.000 dafür gestimmt hatten. Passiert ist bisher allerdings auch noch nichts – allerdings kracht es in den Vorstandsetagen mächtig, da die Rechten nun in einigen Bezirken, die sie besser unter Kontrolle haben, lokale Produktivitätsabkommen abschließen wollen. Das bietet natürlich für Gruben mit überdurchschnittlichen Schichtleistungen Vorteile, während es zu Lasten der einheitlichen Kampfkraft geht. Ob solche Spalterabkommen den Segen des Vorstands erhalten, wird sich erst Mitte Dezember entscheiden.

Fluglotsenassistenten

Der Streik ging nach zweieinhalb Monaten Anfang November zu Ende. Gefordert wurden 17%, die bereits vor zwei Jahren nach längeren Kämpfen zugesagt waren. Streikergebnis: ganze 8% plus einer einmaligen Nachzahlung von 314 Pfund (ca. 1250.- DM).

British Oxygen Company

Hier streikten über 3.000 der insgesamt 8.000 Kollegen „wild" für 30%. Die Zeitlöhner forderten 20 Pfund (ca. 80 DM) mehr für alle. Da die BOC mit 80% Marktanteil bei technischen Gasen für andere Industriezweige als Zulieferer sehr wichtig ist, gelang es, das Angebot von 10% plus 8,5% bei „Erhöhung der Produktivität" zurückzuweisen. Nach vierwöchigem Streik wurde am 7.11. die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem durchschnittlich 15 Pfund mehr herauskamen – ohne daß damit eine erhöhte Arbeitshetze vereinbart wurde (nach „Socialist Worker", 12.11.).

Elektrizitätswerke

Hier kämpften die Kollegen „inoffiziell" für eine Erhöhung der Schichtzulagen um ca. 24 DM pro Woche. Der „Dienst nach Vorschrift" führte zu Stromausfällen, so daß z.B. die Rede der Königin zur Parlamentseröffnung nur teilweise im Fernsehen übertragen werden konnte. Schade wars sicher nicht. Als die Elektrizitätsbehörde für 3-4.000 Kollegen die Lohnzahlungen einstellte, mußte das nationale (inoffizielle) Streikkomitee nach ca. neun Wochen Mitte November die Aktionen abbrechen. Sie forderten noch, jede Sanktion gegen einzelne Arbeiter einzustellen, daß die Schichtzulage Gegenstand der nächsten Tarifrunde wird, und daß eine drittelparitätische Untersuchungskommission unter Beteiligung der shop stewards (Vertrauensleute) eingerichtet wird. Ob Behörde oder Regierung diesen Forderungen nachkommen wollen, ist uns nicht bekannt.

Seeleute

Für die Handelsmarine wurden am 25.11. neue Tarife vereinbart. Es soll 10,5% mehr und für „Produktivitätssteigerungen" etwa 7.- DM extra geben. Außerdem wurden ein Mindestlohn von ca. 170.- DM pro Woche und 11 Tage mehr Urlaub vereinbart (nach „Guardian", 26.11.).

Feuerwehr

Die Feuerwehrleute streiken seit dem 7.11. für 30% mehr – ihr erster Streik seit 70 Jahren. Sie bekommen bisher einen Hungerlohn von ganzen 40 Pfund (ca. 160 DM) pro Woche für 48 Stunden!

Als Streikbrecher hat die Regierung über 10.000 Soldaten mit total veralteten Löschzügen eingesetzt. Etwaige Brandopfer und notfalls Verkehrsunfälle werden natürlich den Feuerwehrleuten in die Schuhe geschoben. Namentlich die Springer-Presse hierzulande geifert kräftig mit, die streikenden britischen Feuerwehrmänner, die tagaus tagein ihr Leben für andere einsetzen, jetzt quasi als „Mörder" hinzustellen.

Auch wenn der TUC sich weigert, den Kampf gegen die 10% Lohnleitlinie zu unterstützen, sind die Feuerwehrleute auch nach einem Monat so entschlossen wie zuvor.

> **Zwei Tote bei Feuerwehrstreik**
>
> **Manchester** (ddp). Die britische Armee hat zum erstenmal seit ihrem Einsatz als Ersatzfeuerwehr Tote zu beklagen. Bei einer durch blinden Alarm ausgelösten Einsatzfahrt in Manchester überschlug sich ein mit Soldaten besetztes Löschfahrzeug. Zwei Insassen wurden getötet und vier verletzt. Feuerwehrleute unterbrachen ihren Ausstand, der inzwischen vier Wochen dauert, und bargen zusammen mit der Polizei die Toten.
>
> **aus „Lübecker Nachrichten" (Springer) v. 7.12.77.**



Streikende Feuerwehrleute grüßen eine Solidaritätsdemo

British Airways (Luftfahrt)

Hier kündigt sich die nächste Auseinandersetzung für Januar 78 bereits an. Techniker und Wartungspersonal fordern für diesen Zeitpunkt 25% mehr Lohn, ein Monatslohn als Urlaubsgeld extra, fünf Wochen Urlaub, Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 37,5 Stunden, Mindestlohn in Höhe des doppelten Existenzminimums – nach Berechnungen des Unternehmens insgesamt 40% mehr (nach „Guardian", 14.11.).

England-Kommission

Grunwick-Kollegen kämpfen weiter - auch ohne den TUC-Vorstand



Seit August 1976 kämpfen mehrere Tausend Arbeiter in London solidarisch mit militanten Streiks und Demonstrationen (bis zu 8.000 Teilnehmern) dagegen, daß 100 überwiegend asiatische Kolleg(inn)en der kleinen Fotoanstalt Grunwick wegen ihrer Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung gefeuert wurden. Sie waren dabei immer wieder nicht nur massivem Polizeiterror gegenüber Streikposten und Demonstraten ausgesetzt, sondern mußten darüber hinaus erfahren, daß die Gewerkschaftsführung ihrem Kampf mit ständig neuen Tricks und Manövern in den Rücken fällt. Trotz der Zusage des Jahreskongresses der TUC (Gewerkschaftsdachverband) im vergangenen September den 100 Entlassenen „jede erdenkliche Unterstützung" zukommen zu lassen, blieben die entsprechenden Taten immer noch aus. Am 21.11. trat daraufhin eine Delegation des Streikkomitees vor der Tür des Londoner TUC-Gebäudes in einen Hungerstreik. Die Antwort der TUC-Führer: Den Hungerstreikenden wurden für vier Wochen ihre gewerkschaftlichen Rechte einschließlich Streikgeld entzogen! Nach Meinung des TUC-Vorstands sollen die Entlassenen auf das Urteil des Oberhauses (Parlament) warten, das bis Weihnachten über die „Rechtmäßigkeit" ihrer Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung entscheiden will. Dabei hat der Kapitalist schon angekündigt, daß er sich von einem eventuell für ihn negativen Urteil eh nicht beeindrucken ließe. Das Grunwick-Streikkomitee hat derweil nach Ende des Hungerstreiks angekündigt, daß sie weitere Protestaktionen durchführen werden – auch ohne den Segen der TUC-Führer.

England-Kommission

Schweden

AKW Barsebäck — der Widerstand wächst!

Noch in diesem Monat, wahrscheinlich am 15. Dezember, will die schwedische Regierung nun eine Entscheidung treffen, ob für den zweiten Reaktor des Barsebäckwerkes in Südschweden endgültig die Betriebserlaubnis erteilt werden soll.

Die bisherige Betriebsgenehmigung war »nur« provisorisch, die weitere Genehmigung wird von der Entsorgungsfrage abhängig gemacht.

Die kommende Regierungsentscheidung ist deswegen von besonderer Wichtigkeit, weil die endgültige Betriebserlaubnis für Barsebäck 2 den beschleunigten Ausbau des gesamten schwedischen Atomenergieprogramms



bedeuten würde und auch seine Auswirkungen hätte auf die gegenwärtig wieder im dänischen Folketin geführten Energiedebatten (in Dänemark gibt es bisher keine Atomkraftwerke). Zum anderen hat sich wesentlich an Barsebäck in Skandinavien ein breiter Widerstand gegen die menschenfeindliche Atomenergie entwickelt, der mittlerweile weit in die bürgerlichen Parteien hineinreicht und hier zu erheblichen Widersprüchen geführt hat.

Fälldins Wahlversprechen — nichts als Lügen!

Die Zentrumspartei des schwedischen Staatsministers Fälldin hatte 1976 den Wahlkampf unter der Parole geführt *»Wir wollen den Marsch in die Atomgesellschaft stoppen!«*. Er gab das Versprechen, für einen Baustopp
das Versprechen, für einen Baustopp
und Stillegung von AKWs zu sorgen. Damit gewann die Zentrumspartei die Wahl gegen die Sozialdemokraten, die 1975 an der Regierung das — gemessen an der Bevölkerungszahl — größte Atomenergieprogramm der Welt beschlossen hatten: 13 AKWs bis 1990. Doch kurz nach der gewonnenen Wahl, im Frühjahr 1977, wurde für Barsebäck 2 die provisorische Betriebserlaubnis erteilt — vergessen waren die schönen Worte vor der Wahl. Das geschah mit dem »Argument«, die Zentrumspartei hätte Rücksicht auf die Koalitionspartner zu nehmen, die »Folkpartiet« und »Moderata Samlingspartiet«, die durch und durch AKW-Befürworter sind. Im weiteren wurde dann der Ausbau des schwedischen Atomprogramms — im völligen Widerspruch zu den Wahlversprechen — von der Entsorgung abhängig gemacht. Im Falle von Barsebäck sieht das so aus, daß der Elektrizitätskonzern »Sydkraft« für die Erteilung der Betriebserlaubnis »nachweisen« muß, daß für die Lagerung des radioaktiven Abfalls gesorgt ist. Dieser »Nachweis« ist ähnlich den Verfahrensweisen in der BRD von »Sydkraft« mittlerweile erbracht ...

Beim GAU 40.000 Tote!

»Rechtzeitig« zur bevorstehenden Regierungsabstimmung in Schweden sind neue Enthüllungen über die Gefährlichkeit des AKW Barsebäck an die skandinavische Öffentlichkeit gedrungen, und dies ist von den AKW-Gegnern zum Anlaß für neue Protestmaßnahmen genommen worden.

Barsebäck liegt im am dichtesten besiedelten und fruchtbarsten Gebiet von Skandinavien, nur 20 km vom Zentrum der Millionenstadt Kopenhagen entfernt. Nun wurde von der Energiekommission, die vor einem halben Jahr von der schwedischen Regierung eingerichtet wurde, ein Bericht über »mögliche Schäden für Menschen und Umwelt« durch das AKW Barsebäck angefordert. Die Untersuchungsergebnisse dieses Berichts, der von zwei amerikanischen Wissenschaftlern erstellt wurde, sprechen für sich: ein GAU (»größtmöglicher Unfall«) im AKW Barsebäck hätte sofort 40.000 Tote zur Folge, sowie Todesfälle und bleibende Schäden infolge von Krebs usw. in nicht gekanntem Ausmaß in einem Radius von mindestens 50 km. 206 dänische Biologen forderten Anfang Dezember die dänische Regierung auf, sich gegen die Zulassung von Barsebäck 2 einzusetzen.

Die OOA (dänische Anti-AKW-Bewegung) organisierte am 3. Dezember in Kopenhagen eine Demonstration, an der über 6.000 Menschen teilnahmen. Mit dieser Demonstration wurde auch gegen die Politik der dänischen Regierung protestiert, die der Inbetriebnahme von Barsebäck zustimmte, obwohl die AKW-Gegner bisher den Bau von AKWs in Dänemark selbst verhindern konnten.

Neuwahlen und/oder Volksabstimmung in Schweden?

In der schwedischen Presse wird zur Zeit die Möglichkeit von Neuwahlen oder einer Volksabstimmung zur Atomenergie — oder beidem — diskutiert.

Denn es ist nicht mehr nur der »Miljöforbundet«, der gegen die Atomenergie offen protestiert, sondern auch in bürgerlichen Parteien, vor allem der Zentrumspartei des Staatsministers Fälldin, wächst der Unmut über den Regierungskurs. Eine besondere Rolle spielt dabei die Jugendorganisation der Zentrumspartei »Centerns Ungdoms Förbund« (CUF). Der CUF verlangte seit dem Regierungsantritt der Zentrumspartei, daß die Wahlversprechen endlich wahrgemacht werden, also Baustop und Stillegung der AKW, die Beseitigung des schwedischen Atomenergieprogramms. Deswegen stellte CUF auch schon auf der skandinavischen Demonstration gegen das AKW Barsebäck am 10. September dieses Jahres einen starken Block.

Aus Protest gegen den Regierungskurs wurde vom CUF kürzlich in 800 schwedischen Orten ein Aktionstag durchgeführt, an dem Tausende von Jugendlichen teilnahmen. CUF erklärte auch, daß sie vorbereitet sind auf Neuwahlen: »Lieber Neuwahlen, als ein neuer Kompromiß!«, heißt es in einer Broschüre, die an die 65.000 CUF-Mitglieder verschickt wurde. Mittlerweile hat sich die Opposition gegen den Regierungskurs auch auf größere Teile der Zentrumspartei ausgeweitet.

Die von der Regierung eingesetzte Energiekommission hat jetzt einen provisorischen Bericht vorgelegt (ein endgültiger soll im Frühjahr folgen), in dem vier völlig gegensätzliche »Alternativen« benannt werden: 1. Stillegung der AKWs bis 1985, 2. Stillegung der AKWs bis 1990, 3. Festhalten an dem Reichtagsbeschluß von 1975 (13 AKWs bis 1985), 4. noch weiterer Ausbau des Atomenergieprogramms einschließlich Uranabbau in Schweden. In der Kommission sind praktisch alle Parteien vertreten — AKW-Gegner und AKW-Befürworter. Die Widersprüche in der Energiekommission sind nicht unwichtig. Zwar hat diese Kommission Jetztlich nichts zu sagen, ihr ist aber — wohl in der Hoffnung, daß sie ein »Gutachten« im Sinne der AKW-Betreiber abgibt — der Mantel des »Sachverständigenrats« umgehängt worden, auf deren Urteil sich der Regierungskurs stützen soll. Wenn jetzt im Dezember die Betriebsgenehmigung für Barsebäck 2 erteilt werden sollte, bedeutet das, daß dann kurze Zeit später die AKW-Betreiber weitere Forderungen anmelden. Es stehen noch die Betriebsgenehmigungen für Forsmark 1 und Ringhals 3 aus, sowie die Baugenehmigung für Forsmark 3. Dafür wäre dann ebenfalls grünes Licht gegeben.

Das würde aber auch eine weitere Zunahme des Widerstands bedeuten, sowie wahrscheinlich die Ausschreibung von Neuwahlen. Zunehmend wird auch die Forderung nach einer Volksabstimmung über AKWs laut. Fest steht jedoch — unabhängig davon, wie man zu dieser Forderung stehen mag —, daß eine erfolgreiche Volksabstimmung für die Regierung nicht bindend wäre, auf der anderen Seite eine Niederlage der AKW-Gegner als Ermunterung für den weiteren Ausbau des Atomenergieprogramms gewertet würde. Über die Volksabstimmung wird gegenwärtig im »Miljöförbundet« heiß diskutiert (was wir im nächsten AK darstellen wollen).

Dänemark-Kommission
KB/ Gruppe Flensburg

Sollte die GSG 9 auch in Schweden eingesetzt werden?

Befand sich die Antiterrorgruppe GSG-9 in einem Flugzeug der Luftwaffe, das während der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm auf dem Gelände des Flugplatzes Arlanda abgestellt war? Diese Frage wird momentan in allen schwedischen Zeitungen diskutiert. Mit einem Flugzeug der Luftwaffe kamen am 25.April 1975 in Stockholm um 19.10 Uhr 25 Personen an: „*Der Arlandaturm teilte mit, daß 10 von ihnen um 19.18 Uhr das Flugzeug verließen. Der Rest blieb an Bord*" (DN 20.11.).

Diejenigen, die das Flugzeug verließen, waren: „*Gerhard Heuer vom Innenministerium, Brigadegeneral Hopf vom Verteidigungsministerium, von der westdeutschen Polizeiführung Krüger, Pohl und Frau Spieß und ein Mann vom Verfassungsschutz. Drei Angehörige der Familie Stöcker waren auch dabei.*" (DN, 21.11.).

Diese Personen waren es auch, die die gesamte Aktion der schwedischen Polizei um die BRD-Botschaft in Stockholm verfolgten (und führten ?). Warteten die 15 Personen an Bord der Maschine der Luftwaffe auf ihren Einsatzbefehl? Fest steht, daß es selbst offiziellen Vertretern der schwedischen Polizei verboten war, auch nur einen Blick in das Flugzeug zu werfen. Ein Kriminalinspektor, der mit einigen Kollegen beim Flugzeug war, berichtete: „*Ich war mit in Arlanda. Wir Schweden, fünf oder sechs Personen von der Polizei, SÄPO (Sicherheitspolizei, Anm. der Redaktion) und dem UD, wir wurden an der Tür von einem Besatzungsmitglied in Uniform in Empfang genommen. Wir konnten absolut nicht ins Flugzeughineinkommen. Da hätten sehr wohl mehrere Personen sitzen können.*" (DN 21.11.). Der ehemalige Ministerpräsident Olaf Palme hatte damals geleugnet, daß sich Mitglieder der Antiterrorgruppe GSG-9 in Stockholm aufhielten. Wußte er es nicht besser?

Skandinavienkommission

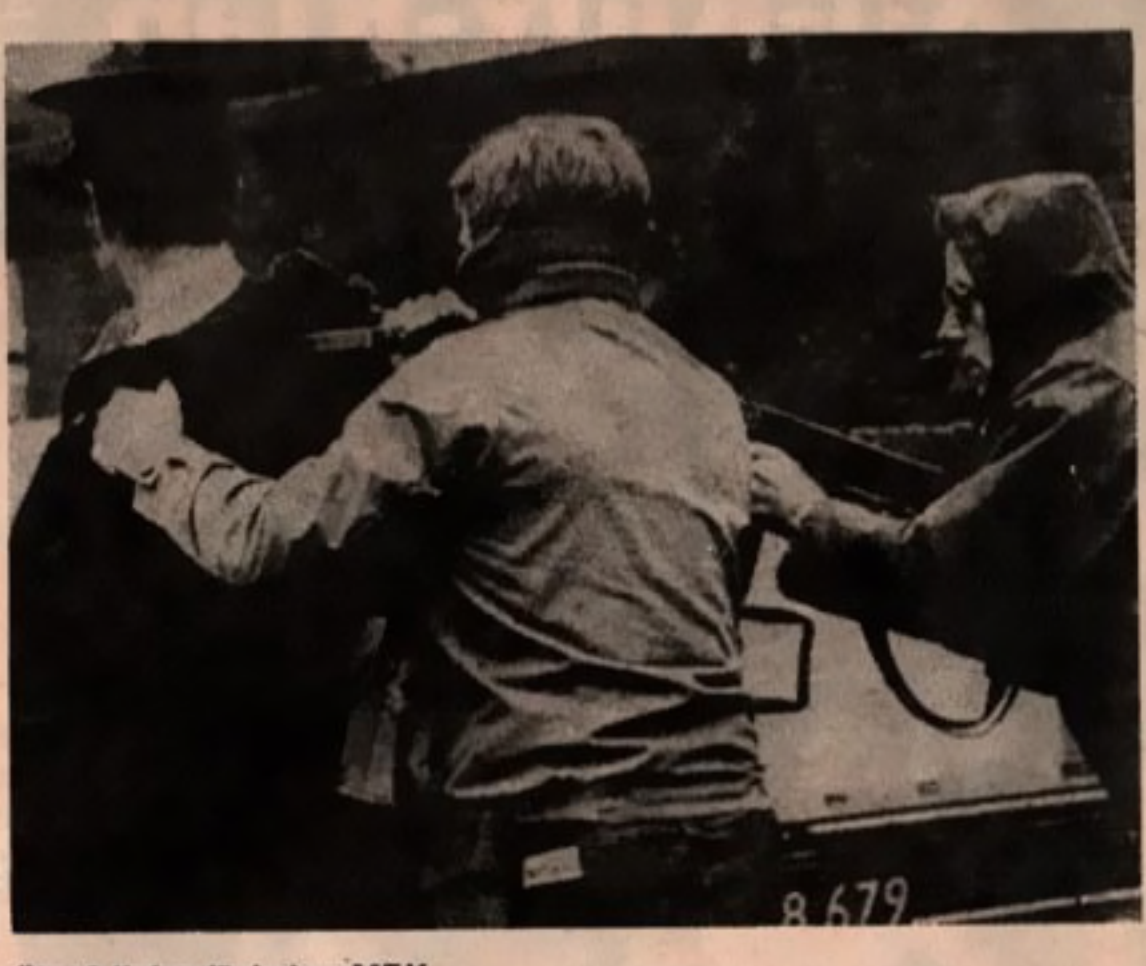
Schweden unterstützt Brasilien in Atomfragen

Die staatliche schwedische Atomenergiegesellschaft (Atomenergie AB), die dem schwedischen Außenministerium gehört, will Ausbildungsmaterial für Kernkrafttechniker nach Brasilien verkaufen. Das Außenministerium hat dies jetzt „verboten", aber: da der Export von Ausbildungsmaterialien nicht der Genehmigung der Regierung bedarf, ist die Ablehung des Außenministeriums für die Atomenergie AB nicht bindend.

Brasilien hat auch schon 1975 von der Atomenergie AB technische Hilfe im Wert von 1 Million Kronen erhalten. Das Außenministerium, und auch das Industrieministerium behaupten heute, von diesem Geschäft nichts gewußt zu haben. Das ganze ist eine typisch imperialistische Schmierenkomödie, bei der die eine Hand des Staates angeblich nicht weiß, was die andere Hand tut. (nach: „Dagens Nyheter" vom 30.11.77).

Skandinavienkommission

Dänemark



Überfall des dänischen MEK

»Die Terrorismus-Konvention bringt uns in die Hand von Strauß!«

Dänemark. Am 2. Dezember begannen die dänischen Parteien im Folketing die Debatte um die »Europaratskonvention zur Bekämpfung des Terrorismus«, ihre Anwendung auf dänische Verhältnisse und mögliche Gesetzesänderungen, die die Annahme der »Europaratskonvention« zur Folge hätte.

Z.B. könnte das die Aufhebung des Asylrechts in Dänemark bedeuten, woran die sozialdemokratische Regierung auch schon kräftig bastelt. So hat der Justizminister Erling Jensen einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach die Ausweisung von »Terroristen« möglich werden soll. Dieses Gesetz soll spätestens im Frühjahr verabschiedet werden. Bislang dürfen politisch Verfolgte aus Dänemark nicht ausgewiesen werden. Und Auslieferung in Länder, in denen die Todesstrafe besteht, ist ebenfalls verboten. Mit dem Gesetzesvorschlag von Erling Jensen sollen nun bei bestimmten Taten (Flugzeugentführung, Angriffe auf Regierungsvertreter, Entführun-
auf Regierungsvertreter, Entführun-
gen usw.) Asylsuchende als Kriminelle eingestuft werden (ohne »großartige« Beweise, versteht sich) und damit die Auslieferung ermöglicht werden.

Von der dänischen Presse wurde im Zusammenhang mit der Folketingdebatte auch besonders betont, daß die Übernahme der »Terrorismuskonvention« die Präsenz westdeutscher Polizei auf dänischem Boden bedeuten würde, eine Einschränkung der Verteidigerrechte im Zusammenhang mit der Aufhebung des Asylrechts, Durchsuchungen und Kontrollen durch ausländische Polizei — wobei es wohl naheliegend ist, daß das am ehesten westdeutsche Bullen wären. Was von der »Terrorismuskonvention« droht, faßte Preben Wilhjem, Folketingsabgeordneter von »Venstre Socialisterne« wie folgt zusammen:

»Laßt uns annehmen, daß westdeutsche Anwälte auf einer Rundreise in Dänemark waren, um über Berufsverbote und die Notstandsgesetze zu berichten, so wie es gerade geschehen ist. Diese Deutschen haben DSF (Anm.: dänischer Studentenverband) *besucht, das Parteibüro von Venstre Socialisterne und ‚Politiken'* (Anm.: Tageszeitung). *Wenn nun ein zukünftiger Justizminister, der sehr leicht Strauß heißen kann, auf die Idee kommt, diese Anwälte als Terroristen anzuklagen, kann er verlangen, daß die dänische Polizei Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen in den Büros der Organisationen und den Zeitungsredaktionen durchführen soll,*
Zeitungsredaktionen durchführen soll,
ohne daß die dänischen Behörden auch nur das Geringste dagegen unternehmen können ... Mit der Annahme der Terrorismuskonvention kommen die dänischen Behörden wirklich in die Hand eines zukünftigen deutschen Justizministers Strauß und seiner Definition des Terrorismus.«

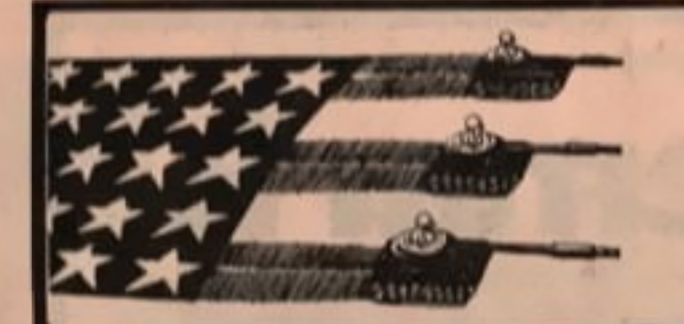
Dänemark-Kommission
KB/ Gruppe Flensburg

Finnland

Hungerstreik in finnischen Gefängnissen

Am 14.11. traten 200 Inhaftierte des Zentralgefängnisses Riikimäki in Süd-Finnland in einen unbefristeten Hungerstreik. Der Hungerstreik richtet sich in erster Linie gegen die Disziplinierungsstrafen innerhalb der sogenannten geschlossenen Abteilungen des Gefängnisses. Die Gefangenenorganisation „Krim" hatte eine Pressekonferenz im Gefängnis einberufen, auf der ein Sprecher der Häftlinge die Forderungen der Gefangenen vortragen sollte, was jedoch von der Justizbehörde verboten wurde: „*Es ist nicht die Sache der Häftlinge die Massenmedien zusammenzurufen*", so ein Sprecher der Justizbehörde (nach DN, 15.11.). Zwei Tage später hatte der Hungerstreik sich schon in den Gefängnissen des ganzen Landes ausgedehnt: zwischen 1.100 und 1.300 Häftlinge beteiligten sich an den Kampfmaßnahmen (nach SDS, 21.11.). Bis zu den letzten uns vorliegenden Meldungen, nach einwöchigem Hungerstreik, hatten noch immer keine Verhandlungen zwischen Justizbehörde und Häftlingen über deren Forderungen stattgefunden.

Skandinavienkommission



USA

Ku-Klux-Klan = Hetze, Terror und Mord



Rassenpogrom: Negerverbrennung um 1920

„Unser Hauptanliegen und oberstes Ziel ist es, die Vorherrschaft der weißen Rasse in dieser Republik zu erhalten. Geschichte und Physiologie lehren uns, daß wir einer Rasse angehören, die von der Natur mit eindeutiger Überlegenheit über alle anderen Rassen ausgestattet worden ist, und das der Schöpfer ... uns über tieferstehende Rassen eine Herrschaft verleihen wollte, die keine Menschengesetze auf die Dauer schmälern können."

Nach dieser Losung führt der 1865 gegründete Geheimbund Ku-Klux-Klan (KKK) – seit der formellen Aufhebung der Sklaverei auch in den Südstaaten – das Heer der Rassisten an. Als Spitze des Eisbergs unterschied er sich nur durch die besondere Brutalität seiner Methoden von der Gesellschaft, die ihn umgab. Denn die zahllosen Morde, Brandstiftungen, Folterungen und andere Verbrechen haben durch ihre Signalwirkung zur ständigen Erneuerung eines rassistischen Klimas beigetragen, in dem Rassentrennung, ungleiche Behandlung und Unterdrückung nahezu unverändert alle Zeitläufe überstanden.

Die Kapuzenmänner

Die Entstehung des KKK fällt in eine Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs. 1865 endete der lange, blutige Bürgerkrieg der Nordstaaten der USA gegen die Südstaaten. Mit dem Sieg des industrialisierten Nordostens wurde nicht nur formal die Abschaffung der Sklaverei durchgesetzt, sondern die Vorherrschaft der Industrie und die Sicherung der Grundlagen für ihren expansiven Aufbau.

Schon wenige Wochen nach Kriegsende trafen sich bei Richter Thomas M. Jones in Pulaski, Tennessee, sechs Männer und gründeten den Ku-Klux-Klan. Den Namen wählten sei nach dem griechischen „kuklos", Kreis. Unter dem General Nathan B. Forrest wurde in den Jahren 1868 bis 1871 eine Terror-Bande aufgebaut, die mit Lynchmorden, Scheiterhaufen und Rassenhetze gegen die Schwarzen loszog. In weißen Kutten mit spitzen Kapuzen ließen die wildgewordenen Kleinbürger ihre Aggressionen an wehrlosen Opfern aus – trotz Sondergesetzen und Standrecht. 1915 wurde der Klan in Atlanta, Georgia, wiedergegründet und erreichte in den zwanziger Jahren seinen Höhepunkt.

Mehr als vier Millionen Mitglieder zählte der KKK während der Weltwirtschaftskrise; unter ihnen höchste Beamte wie der Gouverneur von Indiana und „einflußreiche Gönner", die das rege „Vereinsleben" unterstützten. Inzwischen waren auch die Kommunisten, die Juden und – die Katholiken zu Verfolgungszielen ernannt. 1944 wurde der KKK wegen Steuerschulden formal aufgelöst, aber kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wiedergegründet.

... gegen die Bürgerrechtsbewegung

Mit dem Erwachen der Bürgerrechtsbewegung in den fünfziger Jahren kam auch für den KKK wieder die große Stunde. Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs sollte die Rassentrennung an den öffentlichen Schulen aufgehoben werden. Doch nichts geschah. Erst nach langen Prozessen konnten einzelne Schulen gezwungen werden, diesem Urteil Folge zu leisten. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen, die weltweites Aufsehen erregten. So verweigerte der Gouverneur von Arkansas 1957 einem schwarzen Mädchen in Little Rock sein gerichtlich bestätigtes Recht auf Besuch einer bis dahin „weißen Schule". Erst der Einsatz der Nationalgarde und des Militärs durch den Präsidenten konnte den farbigen Schülern den Weg freimachen. Im Herbst 1962 wiederholte sich das gleiche bei der Immatrikulation des schwarzen Studenten James H.Meredith an der Universität von Oxford im Bundesstaat Mississippi, und 1963 inszenierte der faschistische Gouverneur George Wallace von Alabama ebenfalls anläßlich der Schulintegration in Birmingham ein rassistisches Spektakel.

Vor diesem Hintergrund kam auch der KKK wieder hervor. Mit zahlreichen Bombenattentaten-vorwiegend auf Kirchen- versuchte er die gerade von schwarzen Pastoren angeführte Bürgerrechtsbewegung aufzuhalten und ihre Anhänger einzuschüchtern:

- Am 29.6.58 konnte eine Bombe in der Bethel Baptisten-Kirche in Birmingham noch rechtzeitig entdeckt werden. – J.B. Stoner, Führer der National States Rights Party, politischer Arm des KKK, wurde erst am 28.9.77 als Täter verhaftet – er beruft sich (wahrscheinlich erfolgreich) auf „Verjährung", (International Herald Tribune, IHT, 30.9.77).
- Am 15.9.63 wurde aus einem Auto eine Bombe in die Baptisten-Kirche an der 16.Straße in Birmingham geworfen, als gerade die Sonntagsschule der Kinder endete. Vier Kinder wurden zerrissen, 19 verletzt. Die Kirche war das Hauptquartier für große Bürgerrechtsaktionen unter Martin Luther King jr. - ein gewisser Robert Chambliss wurde (ebenfalls erst) am 26.9.77 als Täter verhaftet und am 18.11.77 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt (IHT, 19.11.77). Er war bereits am 9.10.63 verhaftet gewesen wegen Besitz von Sprengstoff (!!!) - anschließend jedoch freigesprochen worden.

Im letzten Arbeiterkampf berichteten wir von den „Camp Pendleton 14" und ihrem beherzten Eintreten gegen ein KKK-Treffen in ihrer Kaserne. Daß es hier mit der Verbindung KKK-Militär nicht um eine Ausnahme geht, belegt ein weiterer Fall, der aufs Haar genau an die faschistischen Provokationen in Bundeswehrkasernen und ihre Vertuschung erinnert.

Am 15.2.77 verbrannten der 19-jährige Henry H.Hooper und fünf weitere Soldaten nachts auf dem Sportplatz der US-Luftwaffen-Kaserne in Lakenheath, im britischen Suffolk, ein Holzkreuz (Ausmaß: 3,60 mal 2,10 Meter) - berüchtigte Symbolhandlung des KKK. Obwohl Zeugen alles bestätigten und Empörung bekundeten, trat der militärische Geheimdienst mit der Behauptung an, auf dem Stützpunkt gebe es keine KKK-Präsenz und demzufolge auch keine Verbindung zwischen diesem „Streich" und dem KKK. Und der Verteidiger, Haupt-



mann Kevin Tepas erklärte, dies sei doch keine Demonstration gewesen, sondern *„lediglich ein Streich von sechs jungen Leuten, die zuviel getrunken"* hätten (!!!). Rein zufällig begann am 15.2. die „Woche der Schwarzen Geschichte" in Lakenheath (Guardian, London,25.5.77).

Antirassisten rücken an ...

Für diverse KKK-Aktionen gab es in letzter Zeit jedoch ein erfreuliches Ende. Farbige Antirassisten traten - unterstützt von fortschrittlichen Gruppen - den Rassisten tatkräftig entgegen.

Am 5.7.77 wurde vor dem Kapitol (Landtagsgebäude) in Columbus (Ohio) der „kaiserliche Hexenmeister" Dave Reusch nach einer geraden Rechten ausgezählt - seine purpurne Robe und seine Kapuze wurden „zweckentfremdet" und die Klan-Männer bekamen mehr als nur die Spucke der farbigen Demonstranten zu spüren . . (FR,6.7.77).

Am 18.10.77 wollte der „kaiserliche Hexenmeister" Dave Duke im Flughafenhotel von Sacramento (Californien) eine Pressekonferenz des KKK abhalten. Doch 75 Antirassisten hatten einen Beitrag besonderer Art: Sie stürmten das Hotel, hoben die verrammelte Zimmertür aus den Angeln und lösten die vom Fernsehen besuchte Pressekonferenz kurzerhand auf (Challenge, 3. 11. 77). Dave Duke hatte 1975 erklärt: *„Gebt uns Freiheit und gebt ihnen (den Schwarzen, Anm.AK) Tod. Ich hätte schon oft einen Ballermann nehmen und einen Nigger umlegen mögen"* (Socialist Worker, Aug.77). Als er nun versuchte, die geplatzte Pressekonferenz in San Francisco abzuhalten, erlitt er Schiffbruch, da der Presse-Club eine erneute abrupte Beendigung fürchtete.

USA-Kommission

KURZMELDUNGEN

14.539 Matrosen haben zwischen Oktober '76 und September '77 der US-Navy für mehr als 30 Tage den Rükken gekehrt. Bei insgesamt 459.857 Navy-Angehörigen ist das eine „Verlustquote" von 3,17 %! Das ist die höchste Rate in der 202-jährigen Marinegeschichte der USA.

Der Personalchef der Marine, Konteradmiral Carl Seiberleich klagt: Unsere jungen Matrosen sehen ihren Militärdienst „als einen Job und nicht als eine Verpflichtung" an . . . (International Herald Tribune, IHT, 29.10.77). Damit liegt er sicher richtig, denn 79% der Fahnenflüchtigen sind nicht wasserscheu, sondern drill-müde: sie heuern sofort wieder an - bei der Handelsschiffahrt.

Und die Marine ist keine Ausnahme, wie das Verteidigungsministerium jetzt bestätigte. Von den 400.000 jährlich neu rekrutierten Berufssoldaten verlassen 40% die US-Armee schon vor Ablauf ihrer Erstverpflichtung von 3-4 Jahren. Das sind doppelt soviel wie zu Zeiten der Wehrpflicht, die 1973 abgeschafft wurde. Bei den Rekruten mit geringerer Schulausbildung sind es sogar 50%! (IHT, 17.11.77).

Durch die zunehmenden Schwierigkeiten werden jetzt wieder Rufe nach der Wehrpflicht laut. Sei es das Bevorstehen „geburtenschwacher Jahrgänge", der Verfall der Disziplin oder der ständige steigende Anteil von Schwarzen, alles wird zur Begründung herangezogen für eine Rückkehr zum alten System, das „eine bessere Auswahl gewährleiste". So stieg der Anteil der Schwarzen in den letzten 12 Monaten von 18 auf 20%.

Um mögliche Unterbesetzungen zu vermeiden, soll nun ein Trend der letzten Jahre gefördert werden: die Frauen sollen zu den Fahnen! Bis 1983 sollen 11% der Funktionen in der Armee mit Frauen besetzt sein, erklärte Dr.John White vom Verteidigungsministerium (IHT, 17.11.77). Und er hat dabei gute Aussichten auf Erfolg: in den letzten fünf Jahren ist die Anzahl der Frauen von 17.000 auf 50.000 Armeeangehörige angewachsen; damit stellen sie bereits heute 6,9% (IHT, 21. 10. 77).

Die Frauen wurden 1942 erstmals als Hilfstruppen in besonderen Einheiten der Armee aufgenommen. Seit 1974 können sie in 90% aller Armeegliederungen gemeinsam mit Männern „dienen". Und an der Luftwaffenakademie ist sogar Schwangerschaft inzwischen kein Entlassungsgrund für Rekrutinnen mehr, vorausgesetzt das Kind wird nicht unehelich geboren (IHT, 16.11.77).

Für derartige „Schritte zur Gleichberechtigung" hatten seinerzeit sogar einige Frauenverbände dem Militär gedankt - unter dem Motto: „Zu den Fahnen, Mädchen!" Das Militär revanchierte sich jetzt mit der Versicherung, daß es „beim Einsatz im Felde nur geringe, wenn überhaupt Unterschiede" zwischen Männern und Frauen gebe.

* * *

Einen schönen Erfolg konnten die Schwulen in San Francisco für sich verbuchen, als ihr Kandidat Harvey Milk in den Stadtrat gewählt wurde. Bei den Wahlen Anfang November hatte die „Gay Lib"-Bewegung sich durch Kampagnen für die Rechte der Schwulen einen Namen gemacht. Der Erfolg, von ihnen überschwenglich als „ein Sieg für alle Schwulen Amerikas" (FR, 14.11.77) gefeiert, ist allerdings dadurch vorbelastet, daß sich in San Francisco ein schwules „Ghetto" gebildet hat, das für seine Bewohner den Hauch der „großen Freiheit" bietet - ohne daß sich gesellschaftlich auch nur im Geringsten etwas geändert hat.

Trotzdem wird Anita ganz schön sauer sein darüber . . .

* * *

Für das Jahr 1977 wurde von der Regierung das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie in einer Stadt mit 5.850 Dollar errechnet. Unterhalb dieser Einkommensgrenze leben in den USA noch immer Millionen. So weist die Statistik für 1975 einen Anteil von 12.3% oder 25.9 Millionen Menschen aus (IHT, 27.10.77)!



Simon Wiesenthal in Chicago: Nazis raus!

Als der bekannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal am 14.11. vor 400 Menschen im Triton Junior College bei Chicago sprechen wollte, erschienen sechs uniformierte Nazis mit Hakenkreuz-Armbinden. „Führer" Frank Collin – der später festgenommen wurde – und seine Kumpanen von der National Socialist Party of America wurden jedoch von zehn Antifaschisten nach einer kurzen Schlägerei vertrieben. (IHT, 16. und 17.11.77)



afrika

Massaker rhodesischer Truppen in Mosambik

Mit der "Tempo"vom 23.11.77 liegen uns jetzt erste offizielle Stellungnahmen von mocambikanischer Seite zum Überfall der rhodesischen Truppen vor.

Danach handelt es sich bei den 2 bombardierten Lagern keineswegs - wie das Shmith-Regime behauptet- um Guerillabasen der ZANLA, sondern um zivile Durchgangslager, in denen sich zum Zeitpunkt des Überfalls ca. 2.500 Menschen, in der Hauptsache Frauen und Kinder der Befreiungskämpfer sowie Waisen gefallener Militanter befanden.

"Tempo" und auch der Präsident der ZANU, R.Mugabe, weisen in ihren Stellungnahmen darauf hin, daß die Rassistentruppen bei ihrem Angriff von Söldnern aus der BRD, USA, Großbritannien, Israel und der RSA unterstützt wurden.

Seit Oktober und Anfang November erhält Smith's Soldateska aktive militärische Unterstzung durch das zionistische Israel in Form von Militärstrategen und erprobten Kriegsoffizieren.

Die Art der Durchführung der Angriffe gleicht nach Aussagen eines Verantwortlichen der Patriotischen Front israelischen Überraschungsangriffen auf arabische Gebiete.

Es handelt sich dabei um einen kombinierten Boden-Luftangriff mit dem Ziel, alles dem Erdboden gleich zu machen.

Die beiden bombardierten Lager waren in erster Linie zivile Zentren, in denen sich auch eine ganze Reihe von Kriegsverletzten befanden. *"In beiden Fällen waren die Lager in erster Linie zivile Zentren, in denen unsere Massen mit ernsthaften Projekten nach dem Prinzip "Auf die eigene Kraft vertrauen" befaßt waren, solchen zur Ausbildung und Erziehung, Landwirtschaft, Geflügel- und Schweinezucht, Gesundheitswesen und Handwerk,"*(aus der Erklärung von R. Mugabe).

Die Killertruppen des Smith-Regimes gingen bei ihrem Angriff mit unvorstellbarer Brutalität und Unmenschlichkeit vor.

Frauen und Kinder, die vor der Klinik auf ihre Behandlung warteten, wurden von französischen Mirage-Düsenjägern im Tiefflug bombardiert, Kranke, die auf dem Weg ins Hospital warten, wurden aus dem Krankenwagen gezerrt, gefoltert und schließlich getötet. Auf freiem Feld wurden abgeschnittene Leichenteile gefunden; in den verkohlten Resten des niedergebrannten Krankenhauses stießen die mocambikanischen Truppen auf verkohlte Leichen und metallene Krücken.

Alle zivilen Einrichtungen des Lagers wie Produktionszentrum, Schule, Krankenhaus und Landwirtschaftsbüro waren von den Smith-Schergen vollkommen niedergebrannt und zerstört worden. Die Bäume und die gesamte Vegetation im Umkreis des Lagers ist von Bomben verbrannt.

Nach offiziellen Angaben gehen ca. 100 Tote und 643 Verletzte auf das Konto der rhodesischen Truppen, 200 davon sind schwer verletzt.

Mehr als 20 Schulkinder, die zum Zeitpunkt des Angriffs gerade Unterricht im Freien erhielten, wurden von MG-Salven der Rassisten wehrlos niedergemäht, nachdem zuvor Mirage--Bomber angegriffen hatten.

Augenzeugen berichten vom Einsatz von ca. 12 Flugzeugen, Mirage-Düsenjägern und Canberra-Bombern und zwei Helikoptern, mit denen die Fallschirmjäger, Söldner und rhodesischen Truppen über Chimoio abgesetzt wurden.

Die faschistischen Truppen wendeten bei ihrem Angriff die Taktik an, daß Lager durch ein massives Bombardement, das praktisch von acht Uhr morgens bis sechs Uhr nachmittags andauerte, von der übrigen Umgebung zu isolieren.

Die relativ hohe Zahl von Toten und Verletzten läßt darauf schließen, daß man allgemein mit einem derartigen massiven Angriff rhodesischer Truppen nicht gerechnet hatte und dementsprechend unzureichend darauf vorbereitet war.

So zitiert die "Tempo" einen ZANU-Verantwortlichen, der davon spricht, daß im Hinblick auf die Zukunft man *"besser die grausame Natur des Feindes kennen muß."*

Nach Beendigung ihres Vernichtungsfeldzuges ließen die Rassisten Flugblätter mit folgendem Wortlaut zurück:

"Ihr seid betrogen worden, Wir versprechen Euch Schulen, Arbeit, komfortables Leben. Kommt zurück. Du wirst Arbeit haben. Du wirst alles haben."

Während die rhodesischen Faschisten ihren Vernichtungsfeldzug gegen die mocambikanische Zvivilbevölkerung und die Frauen und Kinder der zimbabwischen Widerstandskämpfer - zynisch als "Selbstverteidigung" und Antwort auf angebliche "Terrorakte" der ZANLA ausgeben, betonen offizielle mocambikanische Stellungnahmen demgegenüber, daß es sich bei dem Überfall vor allem un einen Angriff auf die VR Mosambik handelte.

Ziel der Rassisten ist, *"die Mosambikaner in ihrer Heimat anzugreifen, um zu versuchen, sie von ihrer sehr starken Unterstützung für den Kampf in Zimbabwe abzubringen"* (TEMPO).*"Endlich müssen diese fortgesetzten nackten und ungerechten Angriffe der Rebellenstreitkräfte Ian Smiths und seiner imperialistischen Herren gegen die VR-Mosambik als Versuche gesehen werden, die Regierung und das Volk von Mosambik dahingehend einzuschüchtern, daß sie ihre Bande der Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe lösen,"* (R.Mugabe).

Trotz der grausamen Massaker scheint es dem Smith-Regime allerdings nicht gelungen zu sein, die Bevölkerung einzuschüchtern.

So erklärte ein Verantwortlicher der Patriotischen Front kurz nach den Angriffen:*"Die Menschen sind nicht demoralisiert. Vor wenigen Monaten war es Nicasonia. Das verursachte in uns noch mehr Haß, um noch mehr als früher zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern, daß das in diesem Fall dasselbe sein wird"*(Tempo, 23.11.).

Mit dem jüngsten Vernichtungsfeldzug tief in mosambikanisches Gebiete hinein - der im Gegensatz zu anderen militärischen Operationen vom Smith--Regime nicht geleugnet wird - haben die Faschisten unmißverständlich ihre Entschlossenheit zum offenen Krieg bekundet.

Unter dem Deckmantel einer "internen Lösung" versucht die rhodesische Reaktion mit Hilfe der Imperialisten dem zibabwschen Widerstand zu zerschlagen.

Die Zeichen stehen auf Krieg!

Afrika-Kommission

Rassistischer Terror

Mit welcher Bestialität und Unmenschlichkeit die rhodesischen Rassistentruppen die Zivilbevölkerung mißhandeln, hat das jüngste Beispiel des Überfalls auf zwei zivile Durchgangslager in Mosambik gezeigt.

Die englische „Times" vom 3.12. veröffentlichte nun einen Augenzeugenbericht eines Photographen der Associated Press, Ross Baugham, der unter falschem Namen an einer dreitägigen Terroraktion rhodesischer Spezialeinheiten gegen die zimbabwische Zivilbevölkerung teilnehmen und Einzelheiten fotografieren konnte.

Baugham berichtet von sadistischen Quälerein, Vergewaltigungen von Frauen und Jugendlichen, dem Abbrennen von Hütten etc.

Er begleitete eine 25 Mann starke Reitertruppe drei Tage lang durch den rhodisischen Busch.

Die Terroraktionen spielten sich in einem Gebiet ca. 100 Km von der Grenze Botswanas entfernt ab.

Baugham berichtet, daß er sah, wie der schwarze Politiker Ncube, Sekretär des örtlichen Ausschusses des ANC, von den Soldaten mit einem Holzknüppen auf den Kopf geschlagen wurde, während er bewußtlos und gefesselt am Boden lag.

Die Rassisten brannten Hütten nieder und schlugen und mißhandelten zwei Schulkinder.

Einem schwarzen Gefangenen wickelten sie ein Hemd um den Kopf und flößten ihm solange Wasser durch Nase und Mund ein, bis er keine Luft mehr bekam.

- Zwei Gefangenen legten sie feste Taue um den Hals und zwangen sie, mehrere Kilometer hinter den Pferden der Soldaten herzulaufen.
- Die Tochter Ncubes wurde mehrere Male von den Rassisten vergewaltigt. Die Frau Ncubes wurde ebenfalls vergewaltigt und anschließend auf ein Bett gebunden, dessen metallene Sprungfedern vorher glühend gemacht wurden!

Baughams wirliche Identität wurde ziemlich rasch von den Rassisten entdeckt; er mußte die Filme rausrücken, die größtenteils entweder vernichtet oder beschlagnahmt wurden. Kurz danach mußte er das Land verlassen.

Afrika—Kommission

»Unabhängigkeit« nach Vorsters Geschmack

Am 6.12.77 wurde nach der Transkei ein weiterer Vassallenstaat der RSA—Rassisten aus der Taufe gehoben: Der Bantustan Bophutatswana.

Die Bantustanpolitik ist eine Schöpfung der RSA-Faschisten, die das Ziel hat, die schwarze Mehrheit aus den "weißen" Gebieten zu vertreiben und über diesen Weg die weiße Herrschaft aufrecht zu erhalten. So sollen den Schwarzen willkürlich einem sogenannten "homeland" zugewiesen werden; diese Gebiete umfassen 13,7% des südafrikanischen Territoriums und für 18 Millionen Schwarze geplant.

Die verbleibenden 86,3% sind für die weiße Minderheit und einige "Mischlinge" gedacht.

Alle den Bantustans zugewiesenen Schwarzen verlieren sofort ihre südafrikanische Staatsangehörigkeit! Sie gelten in der RSA nur noch als Gastarbeiter.

Die Schwarzen können jederzeit ausgewiesen werden, bei Arbeitslosigkeit ist nicht mehr die RSA zuständig, ebenso bei Sozialleistungen.

Der künftige Staatschef des "unabhängigen" Bophutatswana, Lucas Mangope, betonte ziemlich unverblümt die herzlichen Beziehungen zum rassistischen Mutterstaat und gibt sich keine Mühe, Abhängigkeiten zu leugnen:

"Wenn selbst die entwickelten Länder in Europa das Gefühl haben, sich wirtschaftlich einigen zu müssen, was spricht dann gegen unsere Verbindungen mit der südafrikanischen weißen Wirtschaft?"

Bophutatswana liegt im südafrikanischen Maisgürtel und gilt als relativ fruchtbares Land.

Darüberhinaus liegt in diesem Gebiet das größte Platinvorkommen der westlichen Welt, 66% der Platinproduktion wird hier abgewickelt. Zusätzlich verfügt Bohutatswana über größere Erz- und Mineralienvorkommen („Times", 7.12., „SZ", 7.12.).

Daß die vielzitierte „Unabhängigkeit" dieses Bantustans aber nichts weiter als fauler Zauber ist, beweist allein die Tatsache, daß fast alle Lebensmittel aus der RSA importiert werden müssen.

Jeglicher Handel und Warenaustausch läuft über die RSA. Hinzu kommt, daß nur ein Drittel der Bevölkerung überhaupt in Bophutatswana selbst lebt, 2/3 arbeiten in Südafrika.

Im übrigen ist der RSA-Satellit kein einheitliches Staatsgebilde, sondern ist in sechs Gebiete von der Gesamtgröße der Schweiz aufgesplittert, die sich über halb Südafrika erstrecken.

Wie auch der Transkei, wird dem Satellit Bophutatswana das "Schicksal" internationaler Ächtung beschieden sein.

Während die Rassisten ihr Windei großspurig als "51. unabhängigen Staat Schwarzafrikas" anpreisen, hat die UNO die Staatsgründung als "Verbrechen und Betrug" abgelehnt.

An den dreitätigen "Unabhängigkeitsfeiern" nimmt offiziell außer dem RSA-Außenminister Botha und der Transkei-Marionette Kaiser Mantazima kein ausländischer Diplomat teil.

Allerdings tummelte sich - wie auch schon in der Transkei - hinter den Kulissen und in "persönlicher Eigenschaft" allerlei rechte Prominenz: So der CSU-Abgeordnete Carl-Dieter Spranger, der britische Botschafter in Pretoria, zwei belgischeSenatoren, der italienische DC-Senator Ricci und der französische Senator Herment!

Afrika-Kommission



Die „homelands" in Südafrika: Jedes der scheinunabhängigen Gebiete (verschieden schraffiert) besteht, wie Bophutatswana im Nordwesten, aus zahlreichen, unzusammenhängenden Gebietsteilen.

Der Mord an Biko bleibt - vorerst - ungesühnt



Nachdem die südafrikanischen Faschisten aufgrund der internationalen Proteste zumindest einen gewissen "rechtsstaatlichen" Anschein bei der Untersuchung des "Fall Steve Biko" zu wahren versuchten, was zu eindeutigen Beweisen für die Ermordung Bikos durch den Staatsapparat führte [s.letzten AK],kamen die Rassisten--Richter schließlich doch zu dem einigermaßen überraschenden Urteil; der südafrikanische Polizei- und Justizapparat trage k e i n e r l e i Schuld am Tod Bikos. Der Tod könne *„nicht nachweisbar irgendeiner kriminellen Handlung oder Unterlassung gegen irgendeine Person zugeschrieben werden"* („Times", 3.12.).

Das Urteil stieß bei den internationalen Hintermännern des RSA-Regimes auf Unverständnis: So äußerte sich der britische Außenminister Owen, das Urteil sei *"eine Beleidigung der Weltmeinung"* und wirke *"bestürzend"*[SZ,5.12.].Selbst nach der Meinung des amerikanischen Außenministeriums sei Biko zumindest das Opfer *"einer eindeutigen Fahrlässigkeit sowie Verantwortungslosigkeit offizieller Stellen"* gewesen [Times, 3.12.77].

Offenbar hatten die Imperialisten erwartet, daß sich das Rassisten-Regime zumindest von einigen Bluthunden aus den unteren Chargen der Knast-Aristokratie trennnen würde. Dem RSA-Chef-Vorster erschien selbst das nicht opportun:

Ein solches "Opfer" hätte wohl auch einen der ideologischen Grundpfeiler der Rassisten, nämlich die unbestrafte Versklavung der Schwarzen, inbegriffen ihre Ermordung, angekratzt.

Afrika-Kommission

Zimbabwe: »Ein Mann, eine Stimme« - aber wer steht zur Wahl?

Eine neue politische Offensive gekoppelt mit sich verschärfenden militärischen Aggressionen gegen die Volksrepublik Mosambik sollen dem rassistischen Terrorregime in Salisbury nach dem Willen seiner Herrschenden das Leben verlängern. Mit einer „historischen Konzession" (so der Tenor der südafrikanischen Kommentare) hat Smith Wahlen auf der Basis „One man, one vote" („Ein Mann, eine Stimme") angeboten. „Wählen", wenn es überhaupt dazu kommt, darf das Volk von Zimbabwe aber nur die von Smith ausgesuchten Marionetten Chirau, Sithole und Muzorewa. Sie leben alle *in* Zimbabwe und können dort ungehindert Werbung für ihre geplante Kollaboration mit Smith machen, daher wird der von Smith eingeleitete Prozeß von der bürgerlichen Presse auch als „interne Lösung" bezeichnet. Die „interne Lösung" ist die offene Kampfansage von Smith und den schwarzen Marionetten gegenüber den Befreiungskämpfern und den sie unterstützenden Ländern, vor allem der VR Mosambik. Mit dem erneuten Niedermetzeln von zimbabweschen Flüchtlingen auf mosambikanischem Gebiet hat Smith deutlich demonstriert, daß die „friedliche Lösung" mit Chirau, Sithole, Muzorewa nur die Ergänzung zum offenen Krieg gegen die Befreiungskämpfer und ihre Verbündeten ist, die allein ihm sein „Konzept" verderben könnten. Von den imperialistischen Zentralen in Washington und London wird die aktuelle Politik der Rassisten als *„Schritt in die richtige Richtung"* bewertet.

Seine „neue" Politik hatte Smith vor ca. zwei Wochen vorgestellt, nachdem mit den schwarzen Kollaborateuren Geheimverhandlungen vorausgegangen waren, in denen sie grundsätzlich Verhandlungen hinsichtlich einer „internen Lösung" zustimmten (nach „FAZ", 26.11.77). Smith sprach dabei die Hoffnung aus, daß die „interne Lösung" ein Ende des Guerrila-Krieges und eine Aufhebung der internationalen Sanktionen, sowie internationale Anerkennung bringen werde: *„Dies ist unsere Einschätzung und die der schwarzen Führer"* („Guardian", 25.11.77). Um die „Sicherheitsinteressen" der weißen Minderheit zu sichern bedürfe es einer *„unparteiischen Justiz, der Erhaltung der Kräfte von Gesetz und Ordnung und einer speziellen parlamentarischen Vertretung"* (ebenda). Aus der „FAZ" (26.11.) war zu entnehmen, daß Smith auf das Amt des Verteidigungsministers spekuliere! ... Wie nicht anders zu erwarten, soll der gesamte Staats- und Repressionsapparat der weißen Rassisten unangetastet und für seine Verbrechen der Vergangenheit unbestraft bleiben. Bischof Muzorewa erklärte prompt sein Verständnis für einen speziellen Minderheitenschutz der Weißen, ihnen müsse *„Vertrauen in die Zukunft gegeben werden"* („FAZ", 28.11.77). Gleichzeitig kündigte er den offenen Bürgerkrieg gegen die Befreiungskämpfer an, falls diese die ausgehandelte „interne Lösung" nicht akzeptieren würden: *„Falls sie dann weiterkämpfen* (nach dem von ihm anvisierten Unabhängigkeitsdatum, dem 12.9.78), *werden sie gegen Zimbabwe Krieg führen, nicht gegen Smith, und sie werden verlieren"* („SZ", 28.11.)!

Zwei der Kandidaten, die zur „Wahl" stehen: Abel Muzorewa



und Ndabinghi Sithole.

Nach den Massakern an den zimbabweschen Flüchtlingen forderte Muzorewa eine „Erklärung" von Smith und rief zu einer einwöchigen Trauer auf. Nach Ablauf dieser Woche wird Muzorewa allerdings wieder an den Verhandlungen um eine „interne Lösung" teilnehmen („Times", 1.12., „Süddeutsche Zeitung", 1.12.). Diese zynische Haltung gegenüber dem zimbabweschen Befreiungskampf kann nur als mittelbare Zustimmung zu den rassistischen Killerkommandos interpretiert werden und tatsächlich soll mit den Angriffen auf die Befreiungskämpfer der ZIPA schwarzen Kollaborateuren wie Muzorewa der Weg geebnet werden. Sithole, ebenfalls Kirchenmann, verzichtete von vornherein auf einen solchen „Protest" gegen die Massenmorde, er konstatierte: *„Wir glauben, daß wir erreicht haben, wofür wir kämpfen"* („Frankfurter Rundschau", 28.11.). Sein Delegierter nahm an der ersten Sitzung zur „internen Lösung" teil, ebenso wie der Vorsitzende der ZUPO. Die ZUPO ist die Vertretung von 250 kollaborierenden Stammeshäuptlingen, *„aber auch im schwarzen Mittelstand und seiner High Society mit ihrem guten Dutzend schwarzer Dollarmillionäre ist sein* (Chiraus, Vorsitzender der ZUPO) *Anhang beträchtlich"* („Welt, 6.12. 77). Diese am weitesten rechts stehende Gruppe, nicht mehr als der verlängerte Arm von Smith, formulierte die legitimatorische Funktion der „internen Lösung" mit entwaffnender Brutalität: *„Der Kampf um die Mehrheitsherrschaft ist gewonnen. Ein Ende des Terrorismus muß nun in Sicht kommen. Für Krieg besteht keine Notwendigkeit mehr"* („Süddeutsche Zeitung" 26.11.77).

Mit anderen Worten: der Kampf gegen den „Terrorismus" hat erst begonnen, gegen die *„Terroristen der Patriotischen Front"* (Chirau lt. „Welt" vom 6.12.).

Am 2. Dezember fand die erste Sitzung für eine „interne Lösung" mit dem angegebenen Teilnehmerkreis statt. Nach 80 Minuten wurde das Treffen auf Freitag, den 9. Dezember vertagt (dann wird auch Muzorewa teilnehmen). Nach der Konferenz wurde ein gemeinsames Kommunique herausgegeben, in dem es u.a. heißt, es wären Wege für eine schnelle verfassungsmäßige friedliche Lösung diskutiert worden. Das Treffen hätte in einer freimütigen und herzlichen Atmosphäre stattgefunden und eine Reihe konstruktiver Vorschläge sei unterbreitet worden (nach „Times, 3.12.). Man vergleiche dieses Statement mit den Ergebnissen der Genfer Konferenz im Herbst 76 und augenfällig wird, daß die schwarzen Verhandlungsteilnehmer ihre politische Existenz nur noch durch die fast bedingungslose Kapitulation gegenüber Smith meinen retten zu können. Die Patriotische Front hat Smith Angebot, sie in die „interne Lösung" miteinzubeziehen, wenn sie den bewaffneten Kampf aufgäbe, als *„verdammten Unsinn"* zurückgewiesen („Frankfurter Allgemeine Zeitung" 26.11.). Nkomo, Führer der ZAPU ergänzte, es handle sich um den *„Ruf eines verzweifelten Mannes, der an der politischen, militärischen diplomatischen und wirtschaftlichen Front vernichtende Mißerfolge hinnehmen mußte"* („Süddeutsche Zeitung" 28.11.77). Bei den schwarzen Teilnehmer an der Konferenz handle es sich um *„Blutsauger, die von der Vernichtung der* (Patriotischen) *Front leben"* („Times, 1.12. 77).

Imperialistische Doppelzüngigkeit

Der Imperialismus, repräsentiert durch die USA und die alte Kolonialmacht England, steht der Politik von Smith durchaus positiv gegenüber, will sich aber nicht zu früh festlegen, um bei einem Scheitern der „internen Lösung" noch einen „Fuß in der Tür" zu haben bei denen, die die „interne Lösung" ablehnen (die Frontstaaten und die Patriotische Front). Daher kommt es bei den Äußerungen der US-amerikanischen Außenpolitiker zu scheinbaren Widersprüchen, die zugleich Einblick in die Methode von Carters „neuer" Afrika-Politik geben. So erklärte der farbige UNO-Botschafter der USA, Young, u.a., eine von Smith befürwortete „interne Lösung" sei eine *„beinahe sichere Garantie für Bürgerkrieg"*, allein durch den anglo-amerikanischen Plan (was sonst ...) kann das Blutvergießen in Rhodesien verhindert werden. Demgegenüber hat das amerikanische Außenministerium die Annahme des allgemeinen Wahlrechts für die ausgesuchten schwarzen Kandidaten als *„positive Entwicklung"* charakterisiert, die aber noch nicht ausreiche. Vizepräsident Mondale bekundete sogar nach der ersten Runde der „internen Lösung" die Erwartung, daß dadurch die *„friedliche Einsetzung einer demokratischen Regierung"* ermöglicht werde (nach „SZ", 5.12.77). Dieses Bild rundet sich ab, wenn man die Äußerungen des britischen Außenministers zu den Killerkommandos der rhodesischen Söldner in diesen Zusammenhang einordnet. Owen hatte zu verstehen gegeben, daß sie der Patriotischen Front gezeigt hätten, daß die rhodesischen Streitkräfte *„noch nicht am Boden liegen"* („Guardian", 7.12.77). Eine offene Ermutigung an die Adresse der Rassisten, sich *„zu wehren"*! ... Gleichzeitig hat Owen die schwarze Marionette Sithole wie auch die Patriotische Front nach England eingeladen, wobei allerdings die Patriotische Front ablehnte: Owen müsse erst zu seinen *„ursprünglichen"* Vorstellungen von einem Übergang zur Mehrheitsregierung zurückgefunden (?) haben. Dieser Übergang müsse den Rücktritt von Ian Smith und die Auflösung seiner Armee als Voraussetzung für die Beendigung des Guerilla-Krieges einschließen (nach „SZ", 9.12.). Daher wird Owen allein mit Sithole konferieren, Muzorewa war schon in der Vorwoche in den USA zu Besprechungen mit dem US-Außenministerium gewesen, die Kontakte zwischen Imperialismus und schwarzen Kollaborateuren sind eng und häufig.

Derzeit sieht es also so aus, daß die Imperialisten auf zwei Pferden zu reiten versuchen; verbal noch an ihrem „anglo-amerikanischen Plan" festhalten, der eine Auflösung der ZIPA (Zimbabweschen Volksbefreiungsarmee) und der Rassistenarmee vorsieht, während die paramilitärischen Polizeiverbände der Rassisten intakt bleiben sollen. UNO-Truppen sollen „Sicherheit und Ordnung" aufrecht erhalten, also die Weißen davor schützen, für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dieser Plan, den die Frontstaaten immerhin als „Verhandlungsgrundlage" akzeptierten und der hinsichtlich der UNO-Truppen im Weltsicherheitsrat gebilligt wurde, stellt die „offizielle" Seite imperialistischer Politik in Zimbabwe dar. Seine Funktion besteht im wesentlichen darin, den „gemäßigten" Staaten der Frontstaaten-Gruppe eine Möglichkeit zu geben, aus der Unterstützung des bewaffneten Kampfes auszusteigen und sich auf eine neokoloniale Verhandlungslösung festzulegen. Gemeinsam ist anglo-amerikanischem Plan und „interner Lösung" die Zielsetzung: Die vollständige Kapitulation der Rassisten mit allen Mitteln zu verhindern.

Afrika-Kommission

Somalia sucht reaktionäre Bündnispartner

Nach dem sowjetischen Verrat an Somalia, sowie ihrem Rauswurf aus diesem Land, sprechen alle Anzeichen dafür, daß Somalia politisch weiter in das Lager des Imperialismus geht. Es wurde eine hektische somalische Reisetätigkeit entwickelt.

Präsident Siad Barre besuchte Ägypten, Sudan, Saudiarabien, Südjemen und wieder Ägypten, wo er lange Gespräche mit Sadat führte. Uns liegt bisher keine Meldung vor über eine offizielle Erklärung Barres zu Sadats Israel-Reise. Aber z.B. im Vergleich zu dem scharf ablehnenden Verhalten der Mehrheit der übrigen Länder der Arabischen Liga ist schon allein die Tatsache dieser freundschaftlichen Besuche Barres - so kurz nach Sadats Kniefall in Jerusalem - eine Unterstützung der ägyptischen Kapitulationspolitik. Somalia beteiligt sich auch nicht an der gegen diese Politik gerichteten arabischen Gegeninitiative.

Ferner wurden nach den Gesprächen in Kairo und Sudan dort Erklärungen veröffentlicht , man sei zu der gemeinsamen Überzeugung gekommen, daß die Sowjets eine Bedrohung am Roten Meer seien (SZ 30.11., 1.12.; LM 3.12.).

Einer der somalischen Vizepräsidenten und der Außenminister machten eine Rundreise in die BRD, nach Frankreich, England, Italien, Nairobi. In den imperialistischen Hauptstädten wurden vor allem „Wirtschaftsgespräche" geführt. Eine BRD-Delegation soll im Dezember in Somalia die Möglichkeiten künftiger „wirtschaftlicher Zusammenarbeit" prüfen und BMZ-Ministerin Marie Schlei soll zu Beginn '78 Somalia besuchen („NZZ", 29.11., 1.12., 3.12.; „SZ", 1.12.).

Aus den USA soll Somalia jetzt eine Agrar- und Ausbildungshilfe im Wert von 10 Mio.Dollar erhalten, die bis 1982 laufen soll. US-Waffenhilfe an Somalia wird allerdings offiziell immer noch abgelehnt. (SZ 7.12.).

Ogaden: Entscheigunsschlacht um die Hauptstadt

Sehr widersprüchlich sind die Meldungen über heftige Kämpfe, die um die 70.000-Einwohner-Festungsstadt Harrar, die wichtigste Stadt des Ogaden, entbrannt sind. Sowjetische und kubanische Berater wurden aus der Stadt evakuiert. Es gelang offensichtlich 800-1000 Kämpfern der WSLF (Westsomalische Befreiungsfront, von Somalia unterstützt), im Verteidigungsring der Festung eine breite Bresche zu öffnen. Zudem hat die WSLF Hügelstellungen rund um Harrar besetzt, von denen aus sie die Vororte kontrollieren kann („LM", 25.11., „NZZ", 29.11.)

Der Generalsekretär der WSLF erklärte am 29.11. in Mogadischu, die Schlacht um Harrar habe einen entscheidenden Punkt erreicht und die West-Somalis seien im Vorteil gegenüber dem Feind („LM", 1.12.). Aus Addis Abeba wurde jedoch eine äthiopische Niederlage in Harrar heftig dementiert („LM", 27 11.).

Äthiopien

Ein interessantes Schlaglicht auf den wahren Charakter der schon seit den 60'ger Jahren laufenden BRD-„Polizeihilfe" an Äthiopien wirft ein Attentat in Addis Abeba: Auf den Chef dieser „Polizeihilfe" feuerte ein Wachsoldat 11 Schüsse ab, die ihn schwer verletzten. Dieser angeschossene Chef ist ein Major der Bundeswehr! (FR 2.12.).

Ein weiterer sauberer Bündnisbruder des DERG, das reaktionäre Regime in Kenia, hat wieder einmal seine Solidarität mit der Mengistu-Regierung bestätigt. Die Solidarität sei so groß, daß eine weitere Verlängerung des äthiopisch-kenianischen „Verteidigungspaktes", der zu 1978 ausläuft, unnötig sei. Auch Taten fehlen nicht: Das Mariam-Regime erhielt aus Kenia eine größere Lebensmittelspende. Der vorläufige Höhepunkt ist aber: Äthiopien sei von seinen drei wesentlichen Seeverbindungen abgeschnitten! (Massaua und Assab in Eritrea sowie Djibouti) (Times 1.12., SZ 2.12., NZZ 3.12.)

Afrika-Kommission

Von Namibia nach Bolivien - »Volk ohne Raum«?

Augenscheinlich hat das von den Imperialisten seit längerer Zeit gehegte Projekt der Übersiedlung der deutschen Kolonialisten in Namibia nach Bolivien jetzt so konkrete Formen angenommen, daß jetzt auch die bürgerliche Presse dieses Thema aufgreift („FAZ", 3.12.).

Noch wird allerdings von bolivianischer wie westdeutscher offizieller Seite versucht, das Projekt so „diskret" wie möglich zu behandeln.

So berichtet die spanische Zeitung „El Pais", daß die BRD von der bolivianischen Regierung *„notwendige Zurückhaltung"* verlangt habe.

Ministerpräsident Hugo Banzer selbst hat die Existenz des Plans dementiert, während der bolivianische Staatssekretär für Emigration, Guido Strauss und die beiden bolivianischen Botschafter Elio und Corruto ihn bestätigt haben.

In einem vertraulichen Brief schreibt Strauss an Planungsminister Suarez, daß die Bundesregierung die Aussiedlung von Siedlern aus Namibia finanziell unterstützen werde. Bonn habe bereits 137 Millionen Dollar für den Transport der Auswanderer zugesagt.

Laut Strauss wurde der Plan erstmals im November 1976 auf einem *„lateinamerikanischen Seminar über Auswanderung und Technologievermittlung"* in Costa Rica besprochen. Das Seminar lief unter der Schirmherrschaft des *„Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung"* (ICM).

Afrika-Kommission

Gespräch mit der EPLF – Teil II

In dieser Ausgabe setzen wir die Berichterstattung über die Diskussion mit Amdemichael Kahsai, Mitglied des ZK der EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) vom 18. Oktober '77 fort. Das letzte Mal (AK118) gingen wir ausführlich auf die Beziehungen der EPLF zu den umliegenden Staaten und Ländern der Region Ostafrika ein. Besonders ausführlich schilderte der Genosse die Versuche des US-Imperialismus, mittels seiner reaktionären Agenturen Saudi-Arabien, Sudan und Ägypten die eritreische Revolution zu „entschärfen" und in die konservativ-islamische Front dieser Länder zu integrieren. Demgegenüber versucht die EPLF, sich mit den Antiimperialisten der Region zusammenzuschließen. Dabei stoßen sie auf gewisse Widerstände, weil hier die Politik der Sowjetunion negativ wirksam wird, die das äthiopische DERG-Regime massiv unterstützt und die auf Zusammenarbeit mit der SU angewiesenen Länder der Region nicht ohne Erfolg (z.B. Südjemen) auffordert, das Gleiche zu tun. Gute Beziehungen zum DERG-Regime hat bis vor sehr kurzer Zeit auch die VR China noch unterhalten, die jetzt nach dem Rechtsschwenk der VR Somalia verstärkt auf dieses Land setzt. Die eritreische Revolution sieht sich also einer bündnispolitisch komplizierten Situation gegenüber. Sie wird im Kampf gegen Imperialismus und arabische Reaktion von den revisionistischen und sozialistischen Ländern nicht unterstützt, da diese das Recht auf Selbstbestimmung des eritreischen Volkes aus machtpolitischen Überlegungen leugnen. Gleichzeitig hält sich aber die EPLF grundsätzlich die Möglichkeit offen, bei einer positiven Änderung revisionistischer Politik mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen.

Da die eritreischen Revolutionäre der EPLF also international weitgehend auf sich selbst angewiesen sind und sie die machtpolitischen Kriterien imperialistischer und revisionistischer Politik am eigenen Leibe erfahren haben, ist es für die EPLF relativ einfach, diese Erfahrungen ohne besondere Pflichten der Rücksichtnahme auf die SU zur Diskussion zu stellen. Im nun folgenden Teil gibt der EPLF-Genosse einen Einblick in die Strukturen revisionistischer und chinesischer Politik am „Horn von Afrika" und ihre Auswirkungen auf viele antiimperialistische Staaten in Afrika.

Da das Interview sehr umfangreich ist, haben wir teilweise die Stellungnahme des Genossen Amdemichael Kahsai sinngemäß zusammengefaßt, das kursiv Geschriebene sind wörtliche Zitate.

Die Bedeutung der sowjetischen Außenpolitik in der Region macht die kritische Auseinandersetzung mit ihr für die eritreischen Revolutionäre zur Notwendigkeit. Dabei lehnen sie es ab, die Sowjetunion als „sozialimperialistisch" zu bezeichnen – trotz der konterrevolutionären Rolle, die sie bezüglich Äthiopien und Eritrea spielt. Eine Übernahme der chinesischen Position – ohne daß dies durch eigene Untersuchungen abgesichert wäre – würde für die EPLF die Aufgabe ihrer Eigenständigkeit bedeuten. Eine politische Grundhaltung, die sie beispielhaft sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die chinesische Politik zu behaupten sucht.

Was die Charakterisierung der SU als sozialimperialistisch oder nicht betrifft: Ich meine, die EPLF hat bis jetzt noch keine Analyse der ökonomischen Bedingungen innerhalb der SU durchgeführt, welche Art von Produktionsweise dort besteht und welche Art von Ausbeutung die SU

Was die Charakterisierung der SU als sozialimperialistisch oder nicht betrifft: Ich meine, die EPLF hat bis jetzt noch keine Analyse der ökonomischen Bedingungen innerhalb der SU durchgeführt, welche Art von Produktionsweise dort besteht und welche Art von Ausbeutung die SU in anderer Hinsicht durchführt. Es gibt dafür gewisse Erscheinungsformen – die Rüstungsfrage z.B., der Verkauf von Waffen usw. Aber bis jetzt ist keine konkrete Untersuchung durchgeführt worden.

Die wichtigste Frage ist dabei, innerhalb der Front und unserer Massenorganisationen usw. einen gemeinsamen Standpunkt herauszubilden. Deshalb werden Seminare abgehalten, um die grundsätzliche Natur der SU zu studieren und die ökonomische Situation innerhalb der SU mit ihrer Außenpolitik in Zusammenhang zu stellen. So müssen wir uns das Verständnis der Situation selbst erarbeiten. Soweit irgendeine Macht – ganz gleich, welches Gesellschaftssystem sie hat – sich der Unabhängigkeit unseres Landes entgegenstellt, gehen wir dagegen an und verurteilen sie, und die SU hat eine konterrevolutionäre Position eingenommen. In dem, was sie in Äthiopien und Eritrea getan hat, liegt wirklich eine konterrevolutionäre Haltung. (!!!)

Wir haben einen unabhängigen Standpunkt. Auch wenn einige Organisationen sagen, die SU sei ein imperialistisches Land, würden wir unsere Eigenständigkeit aufgeben, wenn wir das bloß wiederholen würden. Es gibt auch einige Organisationen, die die EPLF zu diesem Standpunkt hindrängen möchten. Aber ich bin der Meinung, diese Haltung ist der sowjetischen Haltung ganz ähnlich – dies ist ein Versuch der politischen Vorherrschaft. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Organisationen die diese Haltung einnehmen, nicht so stark sind wie die andere Macht.

Die Machtpolitik, die die Sowjetunion gegenüber dem „Horn" betreibt, scheint dem EPLF-Genossen symptomatisch für die Beziehungen der Sowjetunion zu anderen reaktionären Staaten (Tschad, Uganda, Marokko etc.). Diese Beziehungen werden stets dadurch gerechtfertigt, daß das jeweilige Staatsoberhaupt zum „Antiimperialisten" ernannt wird (z.B. Haile Selassie) oder daß die Intervention der Sowjetunion in diesen Ländern den unterdrückten Völkern nützen würde. Tatsächlich zeigen aber die wirklichen politischen Prozesse, daß es sich sehr oft nur um die Unterstützung einer aufsteigenden bürgerlichen Klasse handelt (Irak, Syrien, Ägypten etc.), die im Land die linke Opposition brutal unterdrückt. Doch selbst offen neokoloniale Regimes finden sowjetische Waffenlieferungen etc. Exemplarisch zeigt der Genosse dies am Regime des Tschad auf, das sich noch heute fest in französischer Hand befindet und mit sowjetischen Flugzeugen die oppositionelle FROLINAT bekämpft. Die sowjetische Außenpolitik geht also in erster Linie vom

tische Waffenlieferungen etc. Exemplarisch zeigt der Genosse dies am Regime des Tschad auf, das sich noch heute fest in französischer Hand befindet und mit sowjetischen Flugzeugen die oppositionelle FROLINAT bekämpft. Die sowjetische Außenpolitik geht also in erster Linie vom

eigenen Interesse der Ausdehnung der Einflußsphäre aus, Aussagen der SU-Führer über die angebliche Fortschrittlichkeit von Regimen autoritären bzw. bürgerlichen Charakters dienen allein der politischen Legitimation.

Was zunächst einmal die Beziehung der Sowjetunion mit dem früheren äthiopischen Staat betrifft: Die Sowjetunion unterstützte das Haile-Selassie-Regime und pries ihn sogar als anti-imperialistischen König! Wenn man dazu die sowjetischen Beziehungen zu anderen Ländern in Afrika in Betracht zieht, vor allem Ägypten, Sudan und jetzt auch Uganda und Tschad: Es sind daraus Beziehungen von Staat zu Staat geworden, wobei die Unterstützung des Kampfes des Volkes fallengelassen wird.

Es gibt jetzt auch neue Tendenzen in Nordafrika, in Marokko, wo die Sowjetunion kürzlich einen Vertrag im Wert von mehreren Millionen Dollar über Hilfeleistungen an Marokko unterschrieben hat. Die weitere Entwicklung ist absehbar, wie z.B. die künftige Haltung der Sowjetunion zum Kampf des von der POLISARIO geführten sahaurischen Volkes. (...)

Wenn wir uns dazu noch die Position der Sowjetunion (SU) in Ägypten, Irak oder Sudan ansehen: Sie hat diese Militärregimes unterstützt, und diese Unterstützung ist dazu genutzt worden, die fortschrittlichen Kräfte zu unterdrücken. Es besteht eine ähnliche Situation in Tschad, wo die Malloum-Regierung durch Lieferung von Flugzeugen unterstützt wurde – die sie jetzt gegen die FROLINAT einsetzt. Als daraufhin die Leute von der FROLINAT vor der sowjetischen Botschaft in Algerien dagegen protestieren, teilte man ihnen von Seiten der Botschaft mit, die sowjetische Präsenz im Tschad würde die Guerilla stärken!

Daß die sowjetische Position zu Ostafrika, insbesondere das Bejubeln der äthiopischen „Revolution", z.T. auch auf andere anti-imperialistische Länder Afrikas durchgeschlagen hat (Mosambik, Angola, Tansania, Ausnahme: Guinea-Bissao) erklärt der Genosse der EPLF mit dem Versuch der direkten Einflußnahme der Sowjetunion auf die Länder, denen sie Hilfe gewährt. In diesem Sinne ist auch der sowjetische Plan einer Föderation zwischen Somalia, Äthiopien, und Eritrea zu verstehen, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf diese Weise „elegant" zu umgehen suchte und gleichzeitig der Sowjetunion größtmöglichen Einfluß in der Region sichern sollte.

Welche Illusionen wir auch über die Sowjetunion gehabt haben mögen, durch die Entwicklung des Kampfes sind uns die sowjetischen Absichten sehr deutlich sichtbar geworden.

Nehmen wir nur z.B. das Regime in Äthiopien: Es hat keinerlei Massenunterstützung, und um seine Macht zu stärken, muß es sich auf eine andere Macht stützen können. So hat die SU durch ihr Eingreifen ein Regime zum Partner bekommen, was sie leicht manipulieren kann. Ähnlich ist es auch mit Befreiungsbewegungen in anderen Teilen Afrikas: Trotz all der Reden, daß die



Unterstützung aufgrund der Prinzipien des proletarischen Internationalismus usw. gegeben wird, kommt man nicht umhin, viele Fragen aufzuwerfen. Innerhalb der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika gibt es Kräfte und Organisationen, die mit den Massen verbunden sind, die wissen, daß sie grundlegende Veränderungen herbeiführen können und die wirklich für die Befreiung des südlichen Afrika kämpfen können. Aber ihre Situation scheint so ähnlich zu sein wie unsere: Weil sie sie unabhängige politsche Vorstellungen entwickeln, erhalten sie keine Unterstützung. Und deshalb bezweifeln wir stark, daß diese Unterstützung auf der Grundlage des Internationalismus gegeben wird.

Allgemein läßt sich feststellen, daß die an Befreiungsbewegungen gewährte Unterstützung an gewisse Bedingungen geknüpft wird. Soweit es Eritrea betrifft: Obwohl man das der EPLF nicht offiziell mitgeteilt hat, hat es doch gewisse Gerüchte gegeben, daß die Sowjetunion z.B. eine Föderation zwischen Äthiopien und einem Eritrea unter der Führung der EPLF gern sehen würde usw. - aber dies ist den Standpunkten der EPLF total entgegengesetzt. Es wurde auch von der Sowjetunion erklärt - zwar nicht offiziell zur EPLF, aber gegenüber anderen Kreisen – daß die SU ein von der EPLF geführtes Eritrea vorziehen würde. So könnte die SU innerhalb Eritreas ihre Absicht zu verwirklichen suchen, eine Kraft zu schaffen, die sie beherrschen kann und die sich den Vorstellungen der SU für die gesamte Region unterordnet.

Bei einem historischen Rückblick der Beziehungen der Sowjetunion und der VR China zur eritreischen Revolution fällt auf, daß nach dem Amtsantritt Chruschtschows die sowjetische Afrikapolitik deutlich nach rechts rückte. Die zunehmend engeren Kontakte zum Haile Selassie-Regime müssen allerdings vor dem Hintergrund eines damals noch nicht revolutionär geführten Kampfes um die Selbstbestimmung Eritreas gesehen werden. Bekanntlich entstand die EPLF erst Ende der sechziger Jahre. Gleichzeitig wird aber auch die revisioniste Unterordnung unter OAU-Entscheidungen konservativen Charakters deutlich.

Gegenüber der schwankenden Haltung der Revisionisten bezog die VR China Mitte und Ende der sechziger Jahre eine antiimperialistische Position zur eretreischen Revolution. Sie stellte materielle Hilfe und bildete Kader in der VR China aus. Nach der Rechtswende Anfang 1970 bezog die VR China dann eine „neutrale" Position zur eritreischen Frage.

Seit der Position, die die Sowjetunion um 1950 eingenommen hatte, bezog sie gewissermaßen keinerlei offiziellen Standpunkt mehr zur Eritrea-Frage. Sie kann dafür während dieser Periode viele Gründe gehabt haben. Ein Grund ist natürlich in der Natur der EPLF-Führung selbst zu sehen, die absichtlich die Außenbeziehungen der eritreischen Revolution auf die Regimes im Nahen Osten beschränkte. Zum Zweiten ist die Rolle wichtig, welche Äthiopien in der OAU spielte: Als 1962 in Addis das erste OAU-Treffen stattfand, wurde Äthiopien in seinen damaligen Grenzen anerkannt, d.h. einschließlich Eritreas. Äthiopien versuchte die eritreischen Frage dort als religiös verursacht darzustellen. Bis heute hat natürlich die OAU die eritreischen Frage nicht offiziell anerkannt, und die Sowjetunion bezog ebenfalls keinen offiziellen Standpunkt zur eritreischen Frage auf der Afro-asiatischen Solidaritätskonferenz usw. Dann und wann unterstützte die Sowjetunion den eritreischen Kampf geringfügig, aber im Laufe der Zeit wuchsen die Beziehungen mit dem Haile-Selassie-Regime, und zwar entsprechend der sowjetischen Position, die sie als „Schaffung von Widersprüchen zwischen sogenannten Entwicklungsländern und dem US-Imperialismus" darstellt.

Während einerseits die USA volle Unterstützung an Äthiopien gaben, was dem Haile-Selaissie-Regime den Kampf gegen das eritreische Volk und die äthiopischen Massen ermöglichte, engagierte sich andererseits auch die Sowjetunion in Äthiopien. Die Sowjets trugen zur Festigung des Staatsapparats in Äthiopien bei, indem sie z.B. in Assab eine Ölraffinerie bauten. Sie gaben auch noch andere Hilfe, so erhielt Haile Selassie privat Iljuschin-Transportflugzeuge aus der Sowjetunion, sowie auch in beschränkter Zahl Hubschrauber.

Der chinesische Standpunkt war seit 1967 Unterstützung des eritreischen Kampfes. Besonders seit '68 begannen sie - abgesehen von der materiellen Unterstützung - mit der Ausbildung von Kadern. Einige unserer Kader - der Generalsekretär der EPLF, der Vize-Generalsektretär und andere Mitglieder des Politbüros - sind in China ausgebildet. Dann, während der Periode, in der China seinen Beitritt zur UNO anstrebte, baute es Beziehungen zu Äthiopien auf, stellte seine Unterstützung für den eritreischen Kampf ein und nahm schließlich diplomatische Beziehungen zu Äthiopien auf. Gegenwärtig ist China natürlich offiziell weder für noch gegen die eritreische Revolution.

Die „Theorie der drei Welten" der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik weist der EPLF-Genosse entschieden zurück. Sie stellt Feudalfaschisten wie den „Schah" mit Revolutionären wie die PFLO auf eine Stufe. Im Bereich Ostafrikas wird diese Theorie bemüht, um das Rote Meer als arabisches „Meer des Friedens" zu deklarieren, das frei von den „Supermächten" gehalten werden soll. Konkret aber läuft die geforderte „Arabisierung" auf eine Dominanz Saudi-Arabiens und damit des US-Imperialismus hinaus. Abschließend nimmt der EPLF-Genosse zu der plötzlichen Unterstützung des eritreischen Befreiungskampfes durch Nachbeter der chinesischen Außenpolitik Stellung.

Sie erfolgt heute wegen des Engagements des „Sozialimperialismus" in Äthiopien und war nicht vorhanden, als der US-Imperialismus noch offen über Äthiopien dominierte. Damals wurde der eritreische Befreiungskampf als gegen die „Einheit eines Landes der Dritten Welt" gerichtet verurteilt. Die heutige Parteinahme für Eritrea seitens dieser Gruppen ist also nur taktischer Natur, sie werden den eritreischen Befreiungskampf bei einer anderen internationalen Konstellation wieder wie eine „heiße Kartoffel" fallen lassen.

Ich meine diese neuen Theorien tauchen immer wieder auf: Die Frage der „Drei Welten". Gemäß dieser Theorie ist der iranische Schah ein fortschrittlicher Anti-Imperialist. Auf diese Art kam China, welches die Revolution in Oman unterstützte, dazu, zur gleichen Zeit eine Delegation der PFLO (Popular Front for Liberation of Oman) und eine iranische Delegation nach China einzuladen.

Und unter allen Ländern, die man der „Zweiten Welt" zurechnet, befinden sich auch die westeuropäischen kapitalistischen Länder als „Anti-Imperialisten" ! Diese Frage der "Drei Welten" betrifft uns direkt: Neuerdings wird unter dem Vorwand dieser „Drei-Welten-Theorie" von

Und unter allen Ländern, die man der „Zweiten Welt" zurechnet, befinden sich auch die westeuropäischen kapitalistischen Länder als „Anti-Imperialisten" ! Diese Frage der "Drei Welten" betrifft uns direkt: Neuerdings wird unter dem Vorwand dieser „Drei-Welten-Theorie" von einigen Ländern die Parole ausgegeben, das Rote Meer zu einem „Meer des Friedens" zu machen, eine Losung die gegen den Klassenkampf angeht - und die das Rote Meer in den Dienst des US-Imperialismus gestellt sehen will.

Wir können keinesfalls Mobutu als Anti-Imperialisten bezeichnen, weil er eine Marionette des US-Imperialismus ist, alle fortschrittlichen Kräfte innerhalb Zaires zerschlägt und den USA in dieser Region als Polizeihund zur Verfügung steht.

Es ist dieselbe Frage wie mit vielen anderen Ländern. Wir wissen nicht wie es kommt, aber bis jetzt sind die vorgetragenen Argumente für diese Theorie völlig unwissenschaftlich und gehen von nichtrevolutionären Positionen aus. Auch diese Frage wird im Verlauf der ganzen neuen Entwicklungen von uns studiert werden, und wir werden dazu unseren eigenen Standpunkt entwickeln. Wenn die SU eine konterrevolutionäre Haltung einnimmt, muß man ihr entgegentreten, aber das bedeutet nicht, daß man sich mit dem US-Imperialismus oder sonst irgendeiner imperialistischen Macht verbünden muß.

(...) Es gab einige Organisationen, die sich gegen den Kampf des eritreischen Volkes wandten, weil er nach ihrer Meinung ein Kampf gegen ein Land der Dritten Welt ist und daher die Einheit der Länder der Dritten Welt schwächt. Und seitdem nun die SU begonnen hat, Äthiopien zu unterstützten, unterstützten sie den Kampf des eritreischen Volkes - so sagen sie. Dabei wollen sie durch die Position die wir haben, nur ihre eigenen Ziele erreichen.



nahost

Das Kattara-Projekt

Ein Musterbeispiel bundesdeutscher Entwicklungspolitik

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit der BRD steht ein Riesenprojekt bundesdeutscher „Entwicklungshilfe" für Ägypten kurz vor dem Abschluß der Planung. Mit 213 H-Bomben soll ein Kanal vom Mittelmeer zur Kattarasenke in der Sahara gesprengt werden. Durch den Bau dieses Kanals soll der Niveauunterschied der Kattarasenke zum Mittelmeer zur Betreibung eines Wasserkraftwerkes ausgenutzt werden. Mit der gewonnenen Energie sollen neue Industriezentren imperialistischer Konzerne in Alexandria und Umgebung versorgt werden.

Das Projekt hat für die Entwicklung Ägyptens keinerlei positive Bedeutung, im Gegenteil, die ägyptische Bevölkerung wird neben den Kosten, den negativen Auswirkungen eines riesigen, immer konzentrierteren Salzsees vor allem die Folgen einer nicht zu unterschätzenden radioaktiven Verseuchung zu tragen haben. Die imperialistischen Konzerne – allen voran BRD-Konzerne – werden den Reibach machen. Sie werden riesige Profite beim Bau des Projekts machen, sie werden den erzeugten Strom nutzen, und sie werden zum ersten Mal in gigantischem Ausmaß Nuklear-Sprengköpfe im Rahmen einer neuen Technologie erproben können – „friedlich" – wie betont wird. Die Grenze zwischen „friedlich" und „militärisch" gibt es bei Atomversuchen bekanntlich nicht!

Das Kattara-Projekt

Die Kattarasenke ist mit 19.500 Quadratkilometern (entspricht etwa der Größe Hessens) die größte Senke der Sahara.

Sie liegt durch einen Gebirgszug getrennt ca. 76 Kilometer vom Mittelmeer entfernt. Schon lange gab es Pläne, den Niveauunterschied (60 m) energetisch zu nutzen. Ernstzunehmende, das heißt profitable Pläne, wurden, ausgehend von einer Initiative des Siemens-Konzerns von Prof. Friedrich Bassler 1975 vorgelegt. Nach diesen Plänen sollen durch 213 H-Bomben mit je 1,0 bis 1,5 Megatonnen TNT Sprengkraft ein 500 bis 1.000 Meter breiter und 50 bis 250 Meter tiefer Graben gesprengt werden („SZ", 25.5.76).

Am Rand der Kattarasenke ist ein Wasserkraftwerk geplant, dessen Lei-
werden („SZ", 25.5.76).
Am Rand der Kattarasenke ist ein Wasserkraftwerk geplant, dessen Lei-
stung anfangs 630 MW, später nur noch gut die Hälfte betragen wird, da nur noch die Menge des verdunsteten Wassers nachfließen kann.

Nach ca. 60 Jahren wird die Konzentration des Salzes im Salzsee so groß sein, daß kaum noch Wasser verdampft und die ganze Anlage zum Stillstand kommt.

Zusätzlich ist der Bau eines Pumpspeicherwerks geplant. Nachts wird das Wasser in ein 210 Meter höher liegendes Becken gepumpt und während der Spitzenzeiten wieder abgelassen und über Turbinen geleitet. So kann die Leistung der Gesamtanlage auf 2.400 bis 8.000 MW für drei Stunden täglich angehoben werden.

Die BRD macht das Geschäft

Dieses Projekt erfreut sich großer Unterstützung der BRD-Imperialisten. *„Anfang Juli 1974 ... unterzeichneten die Außenminister Ismael Fachmi und Genscher in Bonn das Abkommen über eine von der Bundesregierung finanzierte 11 Mill. DM Studie, in der eine deutsch-ägyptische Kommission Chancen, Risiken und mögliche Varianten dieses Kraftwerkbaus untersucht"* („FR", 18.7.74). Schon dieser Betrag ist einer der größten Einzelposten der westdeutschen „Entwicklungshilfe".

Im September 1975 erteilte der ägyptische Elektrizitätsminister den Auftrag zur Durchführung dieser Studie an ein Firmenkonsortium unter der westdeutschen Lahmeyer International GmbH („FAZ", 2.10.75). Zu der Firmengruppe gehören weiter Salzgitter Consult GmbH (Salzgitter-Konzern, staatlich), Deutsche Projektunion, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und CER Geonuclear, Las Vegas. Die über 30 Monate laufende Studie soll insgesamt 40 Mill. DM kosten, deshalb sollen die finanziellen Mittel von bundesdeutscher Seite erheblich aufgestockt werden. So sollen 26,3 Mill. DM über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, bereitgestellt werden.

Die Gesamtaufsicht über das Projekt erlangt die BRD außerdem über ein „Board of Adviser" (Beratergremium), in dem neben drei Deutschen zwei Ägypter und je ein Franzose und Amerikaner mitarbeiten („NZZ", 24.2.76). Das gesamte Projekt liegt also bisher fast ausschließlich in der Hand der BRD-Imperialisten.

Unvorhersehbare ökologische Konsequenzen

Neben dem entstehenden riesigen Salzsee (zwei Drittel Hessens), der schon aufgrund seines hohen Salzgehaltes ein weiteres „Totes Meer" sein wird, neben Veränderungen der Erdkruste durch die Sprengungen werden die nuklearen Sprengungen eine riesige radioaktive Verseuchung zur Folge haben. Die Sprengungen sollen mit 213 H-Bomben durchgeführt werden, die im Kern Uran enthalten und eine Sprengkraft von 10.000 Hiroshima-Bomben haben. Die radioaktive Verseuchung ist jedoch auch bei diesen „sauberen" Bomben – wie sie zynisch genannt werden – riesig, da Unmengen von radioaktivem Tritium (überschwerer Wasserstoff) entstehen, das überall den normalen Wasserstoff ersetzen kann, z. B. im Wasser. Radioaktive Verseuchung des östlichen Mittelmeeres, des entstehenden Kattara-Sees, der Luftfeuchtigkeit und des Grundwassers wären unmittelbare Folge.

Die Gefahren für die Bevölkerung sind ebenfalls nicht abzusehen. An Evakuierungspläne ist nicht gedacht, obwohl die Bevölkerung in einem Umkreis von mindestens 360 km erheblich betroffen würde – das wären allein in Ägypten 28 Mio. Menschen. Dem „Vater" des Projekts, F. Bassler, ist deshalb etwas „Besonderes" eingefallen. *„Ein häufig im Bereich des Kanals anzutreffender heftiger Nordwind soll alle Radioaktivität in die Wüste tragen, abgesehen davon, daß auch die ‚Wüste' in diesem Gebiet nicht unbevölkert ist, weht der zitierte*
tragen, abgesehen davon, daß auch die ‚Wüste' in diesem Gebiet nicht unbevölkert ist, weht der zitierte
Nordwind nur in Küstennähe, während im gesamten Inneren der aus süd/südwest wehende Khamsin anzutreffen ist. Damit würde die Radioaktivität auf Umwegen letztlich doch wieder ins Nildelta gelangen" (zitiert nach: M. Gregorkiewitz, Das Quattara-Projekt: 213 H-Bomben für Sadat?, Blätter des iz3w, Nr. 65, Nov. 77, S. 20 ff, ebenso die Informationen in diesem Teil des Artikels).

Auch mit der Wirtschaftlichkeit des Projektes ist es nicht weit her, um das zu vertuschen, werden die „schönsten" Vorschläge gemacht: Es ist die Rede von Touristenparadiesen, Anglerclubs, Fischindustrie etc. – wohlgemerkt alles am radioaktiv verseuchten Salzsee ...!

Kein Projekt zur Entwicklung Ägyptens

Das Projekt wird etwa – derzeit – drei Milliarden DM kosten und sich – mit seiner durchschnittlichen Leistung von anfangs 630 MW, später erheblich weniger – erst nach 50 Jahren amortisieren, bei einer geschätzten Laufzeit von 60 Jahren. Angeblich soll das Pumpspeicherwerk zur größeren Wirtschaftlichkeit beitragen, das allerdings selbst nach der Anfangsphase (bis der See vollgelaufen ist) aus dem Verbundnetz mit elektrischem Strom versorgt werden muß. Wirtschaftlich ist dieses Projekt nur für die beteiligten imperialistischen Staaten, allen voran die Bundesrepublik.

Die Deutsch-Arabische Handelskammer brachte denn auch die „Vorteile" für die Imperialisten auf den Punkt: *„Die Möglichkeit, das einzigartige Prinzip eines hydrosolaren Kraftwerkes erstmalig zu verwirklichen und an einem Kanalprojekt die friedliche Verwendung von Kernexplosionen gefahrlos zu demonstrieren, rückt Ägypten in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses an neuen Technologien"* (Mitteilungsblatt Nr. 28, 1974).

Hiervon profitieren aber allein die, das Projekt, das höchste technologische Anforderungen stellt, bauenden imperialistischen Konzerne. Groß im Geschäft ist der Siemens-Konzern, der die Turbinen und Generatoren etc. liefern und bauen soll.

Somit bleiben für Ägypten die riesigen Kosten und die Umweltgefahren. Die neu zur Verfügung stehende Energie wird in erster Linie von Zweigstellen imperialistischer Konzerne, die im 160 km entfernten Alexandria aufgebaut werden sollen,
zerne, die im 160 km entfernten Alexandria aufgebaut werden sollen,
gebraucht werden. Für die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens wäre es viel wichtiger, vor dem Energieversorgungsproblem das Wasser-Land-Problem zu lösen.

Die 35 Mio. Einwohner Ägyptens leben nahezu alle im Niltal, das mit ca. 1.000 Einwohnern pro Quadratkilometer mit die höchste Siedlungsdichte der Welt hat. Andererseits besitzt Ägypten riesige, nahezu unbewohnbare Wüstengebiete. Heutzutage ist die Schaffung von Kulturland in der Wüste, durch künstliche Bewässerung mit entsalztem Meerwasser oder Saharatiefwasser eine durchaus im großen Stil machbare Sache. Gerade die Kattarasenke scheint für ein solch alternatives Projekt geeignet. Neue Aktualität erhält dies durch die Entdeckung eines riesigen Grundwasserreservoirs in der Sahara zwischen Niltal und Kattarasenke. Aus ihm können jährlich ca. 220 Mio. Liter Wasser abgenommen werden. Diese Menge, die der vierfachen Menge des für Bewässerung dem Nil entnommenen Wassers entspricht, wird durch Sickerwasser des Nil dem Reservoir neu zugeführt („Guardian", 3.9.77). Somit könnten erhebliche Teile der Wüste neu kultiviert werden. Diese Alternative würde durch den in der Kattarasenke entstehenden Salzsee und die mögliche radioaktive Verseuchung auch des Saharatiefwassers für alle Zeiten gefährdet werden!

Auf die Bomben kommt es an

Wesentlicher Bestandteil des Projektes ist die nukleare Sprengung des Kanals. Nur die dadurch mögliche Kostensenkung soll angeblich die Durchführung erst möglich machen. Es scheinen aber neben der Einsparung noch andere Dinge im Spiel zu sein, weshalb das Projekt erst bei Einplanung der Atomsprengung seine bevorzugte Behandlung durch alle Beteiligten fand. In der westlichen Welt gibt es bisher kein Vorhaben, das über das Versuchsstadium hinausging, bei dem Nuklear-Sprengstoff für „friedliche" Zwecke eingesetzt wurde. Die bisher größte Versuchsreihe der USA wurde im Rahmen des „Plawshare-Programmes" durchgeführt. Bei insgesamt 25 Nuklearversuchssprengungen *„wurden Ladungen mit einer Sprengkraft zwischen 3 und 200 Kilotonnen TNT gezündet ... vorrangiges Ziel der amerikanischen Sprengungen ist die Erschließung von Rohstoffen und Energiereserven"* („FR", 14.9.77). Zur Sprengung von Kanälen und ähnlichen Großprojekten hat das der University of California angeschlos-
lichen Großprojekten hat das der University of California angeschlos-
sene Lawrence Livermore Laboratory bisher lediglich Pläne vorgelegt. *„Untersuchte Großsprengprojekte sind der Bau eines neuen, schleusenlosen Panamakanals, eines Erzverladehafens in Westaustralien, und eines 60 km langen Schiffahrtskanals in Thailand"* („NZZ", 24.2.76). Dieses waren wohlgemerkt nur Pläne, bei denen bereits der Versuch einer Realisierung noch in den Sternen steht. Das Kattara-Projekt ist in der gesamten westlichen Welt der erste praktische Großversuch überhaupt, und dann gleich ein Vorhaben, bei dem von einer Sprengkraft die Rede ist, die die Versuche um das 1.000fache übertrifft!! Klar, daß sich alle Nukleartechniker und Konzerne der beteiligten imperialistischen Staaten nach diesem Riesentest die Finger lecken. Das ägyptische Volk soll als Versuchskaninchen dienen.

„Es gibt keine Unterscheidung einer militärischen von einer friedlichen Nuklearexplosion, wenn auch die eine das Töten von Menschen und die andere das Bewegen von Erde und Ausheben von Kanälen beabsichtigt. Die Vorrichtungen und die Sprengung sind mehr oder weniger dieselben. Und Versuchsexplosionen sind unabdingbar für die Waffenentwicklung" („New York Times" nach „I.H.T.", 25.6.77).

„Friedliche Versuche" waren immer Bestandteil der Gespräche, Verträge etc. zwischen den USA und der Sowjetunion über das Verbot von Nuklearsprengungen. Gerade in der letzten Zeit, der verstärkten, nichtssagenden „Abrüstungs"bemühungen und sehr konkreten Aufrüstungsanstrengungen, war dies ein beliebtes Thema. Im Mai '76 unterzeichneten Ford und Breschnjev ein Abkommen über die Begrenzung jeglicher unterirdischer Atomsprengversuche (alle anderen sind bereits verboten). *„Der Vertrag sieht vor, daß die Stärke jedes gezündeten atomaren Sprengsatzes 150 Kilotonnen nicht überschreiten darf. Gruppierte Kernexplosionen dürfen bis 1,5 Megatonnen gehen...* („FAZ", 29.5.77).

„Explosionen über 150 Kilotonnen Sprengkraft sollen ‚am Ort' nachgeprüft werden" („FAZ", 31.5.76). Mehr nicht. Dennoch ist der Vertrag bis heute nicht von den USA ratifiziert ...

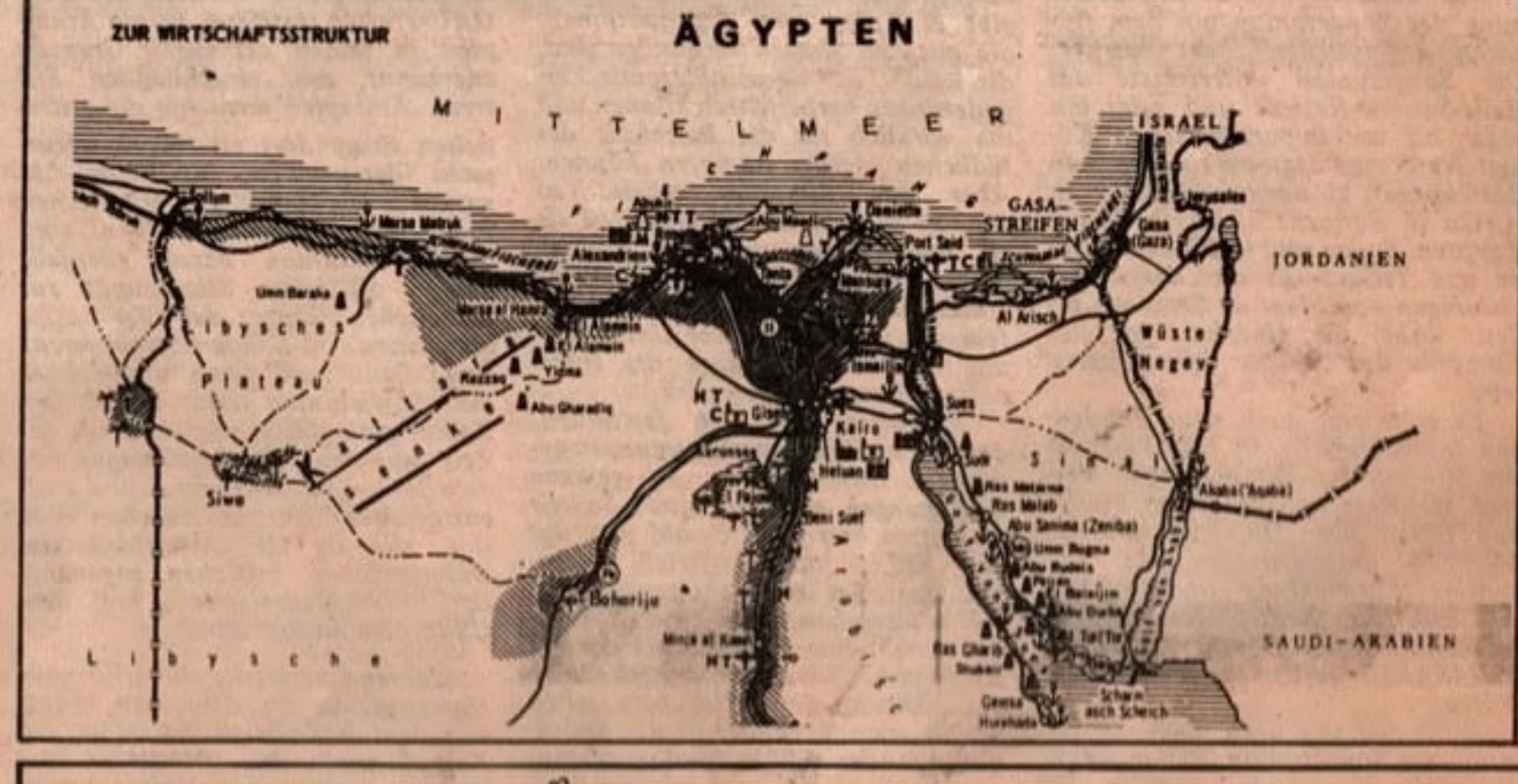
Die Tatsache, daß vor dem Hintergrund solcher Gespräche, Verträge etc. unter anderem das Kattaraprojekt munter weiter vorangetrieben wird, zeigt einmal mehr, daß eben gerade keine Abrüstung,
getrieben wird, zeigt einmal mehr, daß eben gerade keine Abrüstung,
kein Totalstopp von Versuchen usw. erreicht werden soll, sondern daß unter dem Deckmantel eines allgemeinen Friedensschwindels weiter geforscht, entwickelt, geprobt und gebaut wird.

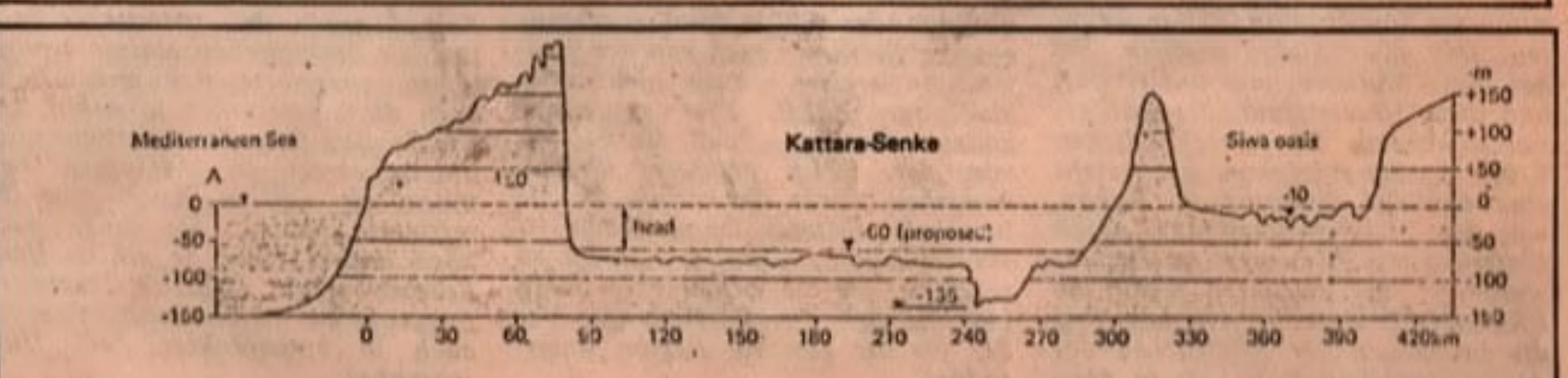
Beim Kattaraprojekt darf nicht vergessen werden, daß der BRD-Imperialismus hierbei eindeutig Regie führt. Somit bekommen die BRD-Konzerne und Wissenschaftler nicht nur Einblick in die Technik der Nuklearsprengungen, sondern haben auch die einmalige Chance, eine Versuchsreihe von über 200 Wasserstoffbomben zu verfolgen! Bedenkt man die Anstrengungen der BRD auf anderen Gebieten der Entwicklung der Technologie und Produktionsvoraussetzungen für atomare Aufrüstung, stellt auch dieser Aspekt des Kattaraprojektes eine große Gefahr dar!

Eine Realisierung des Projektes muß verhindert werden!

Inzwischen läuft die Realisierung des Kattaraprojektes auf vollen Touren. 1978 wird die Durchführbarkeitsstudie vorliegen, dann wird endgültig über das Projekt entschieden. Inzwischen hat die ägyptische Regierung die Internationale Behörde für Atomenergie (IAEA) um technische Unterstützung und Beratung gebeten. Im April '77 weilte der Generaldirektor dieser Behörde in Ägypten, um vor Ort das Projekt zu überprüfen. Die IAEA müßte die Atomsprengung genehmigen. Die Vorbereitungen zur Durchführung sind also schon voll angelaufen. Um so dringender ist der Protest aller Antiimperialisten. Das Kattaraprojekt muß verhindert werden!

Nahostkommission





Algerien besteht auf nationaler Unabhängigkeit

Algerien ist in den letzten Wochen in die Schlagzeilen gerückt, weil es erneut seine antiimperialistische Haltung und sein nationales Selbstbewußtsein bewiesen hat.

Kritik seitens der westlichen Regierungen an der algerischen Regierung wurde erstmals laut, als Algerien einwilligte, die japanischen Flugzeugentführer und ihre freigelassenen Genossen der Roten Armee aufzunehmen und sich weigerte, diese nachher an Japan auszuliefern.

Dann kritisierte die algerische Regierung die GSG 9 Aktion in Mogadischu, weil sie leicht zu einer Katastrophe hätte führen können; Flugzeugentführungen ließen sich nur durch Verhandlungen regeln. Es wurde erklärt, wer diese Einstellung kritisiere solle die Ansicht der in entführten Maschinen festgehaltenen Geiseln einholen.

Schließlich verweigerte Algerien als einziges von 12 angesprochenen Ländern der Bundesregierung, bewaffnete Bundesgrenzschützer auf den algerischen Flughäfen zu stationieren; auch Drohungen mit Flugboykott richteten nichts aus.

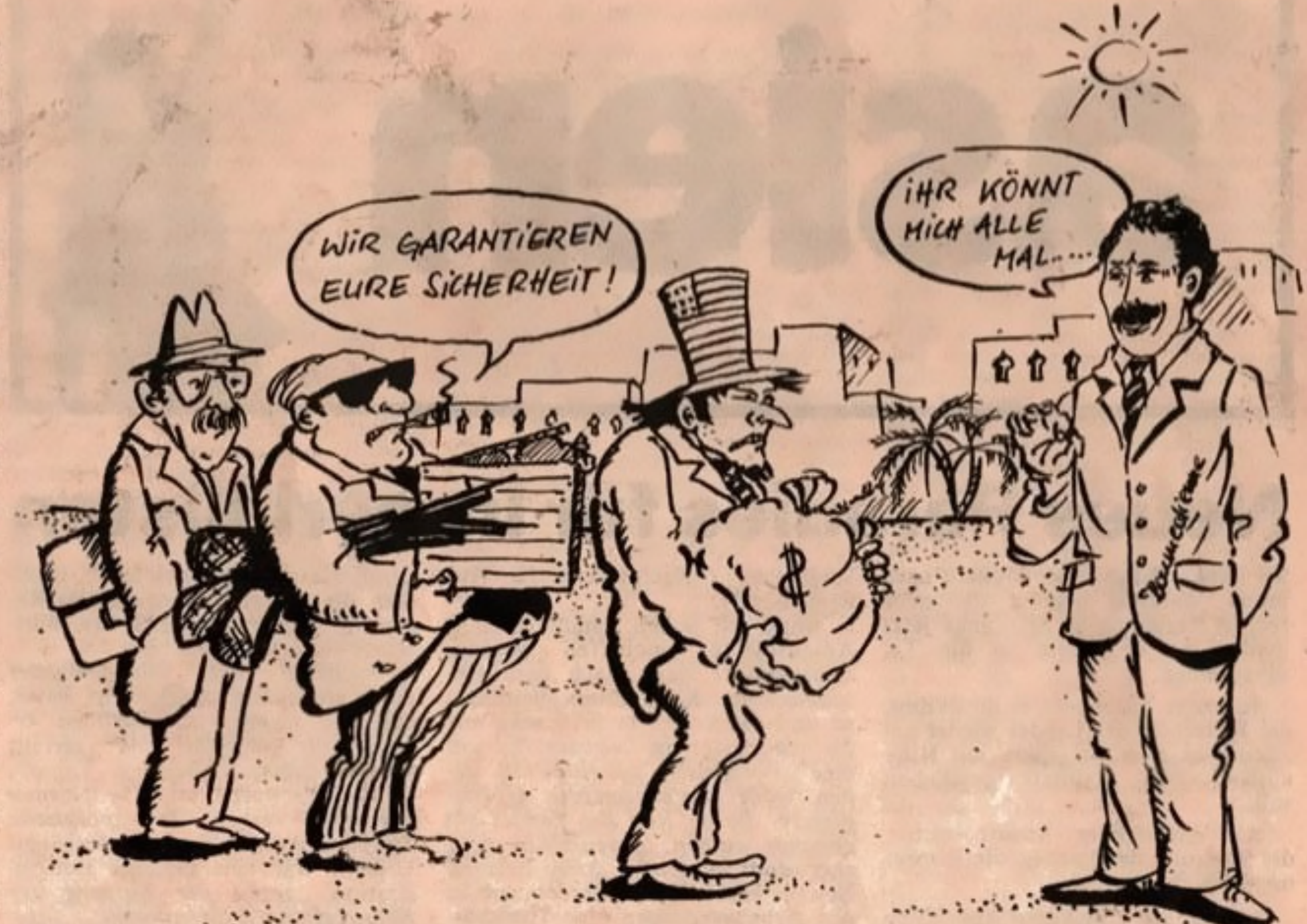
Diese Haltung ist nicht neu.

- Am 11 Juni wurde der BRD-Botschafter in Brasilien, von Holleben, in Rio entführt und 5 Tage später — nach Erfüllung der Forderungen durch die brasilianische Regierung — wieder freigelassen. Die Forderung der Entführer war, 40 politische Häftlinge nach Algerien zu entlassen; Algerien erklärte sich unmittelbar nach bekanntwerden der Forderung zur Aufnahme bereit.
- Ebenso wurden die PFLP-Genosswn aufgenommen, die 1970 ein Flugzeug nach Jordanien entführten.
- 1975 erteilte Algerien Asyl für eine Gruppe von lateinamerikanischen Flüchtlingen, die UN-Geiseln in Buenos Aires festhielten.
- 5 Palästinenser, die 1975 die ägyptische Botschaft in Madrid besetzten, um gegen das Sinai-Abkommen zu protestieren, wurden in Algerien aufgenommen.
- Auch die »Terroristen«, die die OPEC-Minister in Wien als Geiseln nahmen, erhielten in Algerien Asyl. In diesem Fall wurde Algerien öffentlich »getadelt«, weil es sich weigerte, mit Interpol zusammenzuarbeiten und trotz Anforderung keine Fotos, Fingerabdrücke etc. herausgab.

Ein Zufluchtsland ist Algerien nicht nur für Beteiligte an Flugzeugentführungen, Geiselnahmen etc. sondern es unterstützt seit seiner Unabhängigkeit 1962 auch viele Befreiungsbewegungen. 1963 schon erklärte der damalige Präsident Ben Bella, Algerien habe 900 bis 1000 Offiziere aller afrikanischen Befreiungsarmeen ausgebildet. Die afrikanischen Länder müßten ihre Verantwortung wahrnehmen und Algerien erlauben, Mannschaften und Waffen nach Angola zu schicken; der Kampf der afrikanischen Nationen sei auch Algeriens Kampf („NZZ", 19.9.63).

1965 gab es mindestens 20 Parteien oder Gruppen im algerischen Exil, darunter eine ständige Delegation der MPLA, die Kongolesische Revolutionäre Regierung, die 1964 unter Führung von Christophe Gbenye gebildet worden war, spanische und portugiesische Exilkommunisten („Le Monde", 22.4.65).

Die Zeitung „The Economist" zählt 1970 noch folgende Bewegungen auf: Die FLN Südvietnams und die kambodschanische »Regierung der nationalen Einheit« unter Sihanouk hatten Botschaften; Büros hatten El Fatah, Black Panthers, Frelimo, PAIGC, ZAPU, ANC und Gruppen aus Eritrea, Brasilien, Oman, dem Baskenland und von den Kanarischen Inseln (5.12.70). Die MPAIAC (Kanarische Inseln) hat seit Ende 1975 täglich eine Stunde Sendezeit im algerischen Rundfunk. Allerdings wurden die Möglichkeiten für Rundfunksendungen unter Boumedienne ziemlich eingeschränkt, während die Befreiungsbewegungen unter Ben Bella — ebenso wie in Kairo zu Zeiten Nassers — fast alle Gelegenheit hatten, über große Radiostationen zu senden.



Die antiimperialistische haltung Algeriens macht sich auch an seinen diplomatischen Beziehungen bemerkbar. 1965 wurden die Beziehungen zur BRD abgebrochen, weil die BRD Israel anerkannte. Zu großbritannien wurden die Beziehungen ebenfalls 1965 wegen seiner Rhodesien-Politik abgebrochen, zum Kongo nach der Ermordung Lumumbas, zu den USA 1967 wegen seiner Angriffe gegen Kuba, zu Jordanien 1970 nach dem Abschlachten von Zehntausenden Palästinensern.

Heute zeigt sich diese Haltung in der Beteiligung Algeriens an der Anti-Sadat-Konferenz. Algerien lehnt Verhandlungen mit Israel ab, weil jede Lösung auf dem Verhandlungsweg in irgendeiner Form die Anerkennung Israels beeinhaltet.

Ebenso unterstützt Algerien die Frente Polisario in ihrem Kampf um die Befreiung der Westsahara, auf algerischem Boden stehen schon seit Jahre saharauische Flüchtlingslager und Algerien erkannte als 2.Staat die Sahaurische Republik an.

Eine solche antiimperialistische Politik hebt sich deutlich von der proimperialistischen Haltung solcher arabischer Staaten wie Ägypten ab.

Nahost-Kommission

Ägypten: Westliche Militärhilfe in großem Stil

Sadats Bemühungen um westliche Militärhilfe scheinen demnächst entscheidenden Erfolg zu haben. Eine Vielzahl Verträge – vor allem mit Frankreich – stehen vor dem Abschluß, die sowohl die Lieferung enormer Waffenmengen wie auch die Unterstützung beim Aufbau einer arabischen Rüstungsindustrie in Ägypten betreffen.

Gleich nach dem Oktoberkrieg '73 hatte Ägypten mit einer enormen Aufrüstung begonnen – so lieferte z.B. die Sowjetunion in den ersten 15 Monaten nach dem Oktoberkrieg für 1,5 Mrd Dollar Waffen an Ägypten, obwohl Ägypten schon 1972 die sowjetischen Militärberater ausgewiesen hatte (s. AK 84). Gleichfalls seit 1972 bemühte sich Sadat um Waffenlieferungen aus dem Westen – entsprechend der seit seinem Amtsantritt 1970 verfolgten proimperialistischen Politik. Damit hatte Sadat zunächst wenig Erfolg, ebenso wie mit der Unterstützung des Aufbaus einer eigenen Rüstungsproduktion durch den Westen. Sadat schätzte damals richtig ein: *„Selbst wenn ich die nötigen Devisen hätte, würde mir der Westen nicht ein Gewehr verkaufen, weil er mir gegenüber eine bestimmte politische Haltung eingenommen hat."* („FAZ", 27.4.72). Die auf nationale Unabhängigkeit und eigenständige wirtschaftliche Entwicklung mehr bedachte Politik Nassers war – besonders von den US-Imperialisten – schärfstens bekämpft worden; Sadat mußte erst beweisen, daß er bereit war, vollends mit der Politik Nassers zu brechen, das ägyptische Volk der Ausbeutung durch die Imperialisten preiszugeben und zur Ordnungsmacht der Imperialisten im Nahen Osten zu werden. Sadats Angriff auf Libyen in diesem Jahr sowie seine Reise nach Israel haben endgültig gezeigt, daß dies seine Politik ist. Es geht also keineswegs darum, Ägypten endlich „Frieden" zu bringen, sondern darum, noch stärker aufzurüsten, um gegen die fortschrittlichen Regimes im Nahen Osten vorzugehen. Mit dem Frontwechsel Sadats ins Lager der pro-imperialistischen arabischen Regimes haben sich nur die Feinde verändert.

Der Aufbau einer eigenen arabischen Rüstungsindustrie in Ägypten, an der sich gerade die reaktionärsten Regimes beteiligen, stellt eine weitere Bedrohung der fortschrittlichen arabischen Regimes dar.

Massive militärische Unterstützung durch Frankreich

Mindestens seit Anfang 1975 fanden Verhandlungen zwischen Ägypten und Frankreich wegen umfangreicher Waffenlieferungen statt. Ägypten hatte schon im Oktoberkrieg von Frankreich an Libyen gelieferte Mirage-Flugzeuge eingesetzt. Die „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 3.2.76 berichtete, daß seit einiger Zeit die ägyptische Luftwaffe mit fanzösischen Mirage-Jagdbombern und britischen Hubschraubern ausgerüstet wurde. Über Saudi-Arabien und Kuwait wurden außerdem 44 Mirage F1 und 38 Mirage 3 geliefert („Welt", 30.3.76). Insgesamt soll Ägypten 1975 für 2,2 Mrd. Dollar Waffen in Frankreich gekauft haben. Das Geschäft wird von Saudi-Arabien und einigen Golfstaaten finanziert („SZ". 24.2.75). Die im Januar 77 gelieferten 15 Mirage 3 Flugzeuge waren Teil des Geschäfts („Welt", 14.1.77).

Ebenfalls seit 1975 ist davon die Rede, daß Frankreich den Aufbau einer arabischen Rüstungsindustrie unterstützen will. Damals hieß es, das Projekt werden einen Umfang von ungefähr 21. Mrd DM haben („Welt", 15.12.77).

Bei seinem Besuch in Frankreich im März 1976 bestätigte der ägyptische Kriegsminister Gamassi dies ausdrücklich. Nähere Einzelheiten dieses Projektes sind spätestens seit dem Gegenbesuch des französischen Kriegsministers Bourges Anfang Januar 77 bekannt.

Durchgeführt werden soll das Projekt von der „Arabischen Industrie Organisation" (OAI), an der neben Ägypten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, die arabischen Emirate und auch Pakistan beteiligt sind. U.a. sollen die französischen Firmen Dassault-Breguet (Mirage), Thomson (Elektronik und Crotale Boden-Luft-Raketen), Matra (Flugzeugmotoren) und Aerospatiale (Hubschrauber und Transportflugzeuge) („International Herald Tribune", 10.1.77 und „Financial Times", 12.1.77), sollen *„mit 49% an den Gewinnen ... beteiligt werden, ohne mit eigenem Kapital einzusteigen."* („SZ", 14.1.77)Ägypten soll die billigen Arbeitskräfte, die Golfstaaten das Kapital und Frankreich das Know-how liefern. Den beteiligten französischen Konzernen stehen also ungeahnte Profite ins Haus. Die ersten 100 Techniker der SNECMA, eines staatlichen Triebwerkherstellers, sind bereits in Ägypten.

Im einzelnen sind folgende Teilprojekte im Gespräch:

- Als erstes will Dassault in Ägypten ein Montagewerk für Mirage-F1-Flugzeuge einrichten, in dem 150 Flugzeuge, die Frankreich in Teilen liefert, zusammengebaut werden sollen. 50 betriebsfertige Mirage-Flugzeuge werden außerdem geliefert („NZZ", 15.1.77). Wert: 3 Mrd. DM („Welt", 14.1.77).
- Ein Werk zur Herstellung der Thomson Boden-Luft-Raketen soll in Ägypten aufgebaut werden. Über die Größe des Projektes wurde lediglich bekannt gegeben, daß es sich um einen „multimillion dollar dieal" handelt. („Financial Times", 28.8.76)
- 200 Exemplare des deutsch-französischen Schul- und Einsatzflugzeuges Alpha-Jet sollen durch eine ägyptische Firma nachgebaut werden. („SZ", 7.1.77).

WO HABEN SIE DENN DIE GESCHMACKVOLLE KRAWATTE HER?

Von der OAI sind weitere Projekte, über die uns keine Einzelheiten bekannt sind, bereits beschlossen. So hat das Oberste Kommitee der OAI unter dem Vorsitz von Gamassi eine Reihe von Projekten gebilligt, die sicherstellen sollen, *„daß man auf dem Gebiet der Kriegsindustrie die modernste Technologie der Welt produziert. Die Beschlüsse ... betrafen die Produktion von ferngelenkten Panzerabwehrraketen, Hubschraubern und Militärjeeps."* (Radio Kairo nach „M.D.", 26.5.77). Bei den Panzerabwehrraketen könnte es sich um die britische „Swingwire" handeln, die *„nach einem Bericht der Londoner Zeitung „Financial Times" demnächst auch in einem arabischen Land montiert werden"* soll. („SZ", 10.9.77)

Auch die BRD mischt mit

Trotz anderer Verlautbarungen ist auch die BRD an dem oben genannten Alpha-Jet-Projekt beteiligt. Mit der Feststellung, *„deutsche Rüstungshilfe oder Waffenlieferungen für Ägypten wird es nicht geben"*, dementierte im März 76 ein Sprecher des auswärtigen Amtes ägyptische Meldungen über eine westdeutsche Beteiligung („SZ", 16.3.76). Wieder einmal hieß es, die BRD liefere nicht in Spannungsgebiete. Praktische Konsequenz: Das Alpha-Jet-Geschäft wird offziell über Frankreich abgewickelt. Mehr nicht. So sollen die Dornierwerke (die die Kampfausführung herstellen) nicht näher beschriebene „Einzelteile" nach Frankreich liefern. Von dort aus werden „zusammengesetzte Partien" zur Endmontage nach Ägypten geschafft („SZ", 7.1.77).

In Frankreich wird die BRD-Beteiligung sehr viel offener gehandelt. So hieß es im französischen Rundfunk: *„....wenn der Vertrag unterzeichnet ist, wäre* (das) *ein äußerst gutes Geschäft. Dieser Vertrag würde Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland mit Ägypten, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Kuwait zu einer Reihe von Operationen verbinden. Das Hauptprojekt ist der Bau von 200 französisch - deutschen Alpha-Jet-Flugzeugen in Ägypten. Die Franzosen und die Deutschen würden die Fabrik zum Bau der Flugzeuge bauen und würden einige Teile, vor allem elektronische Ausrüstung und Radar liefern."* (Radio Paris nach „Monitor Dienst" (MD), 7.9.77)

Waffenlieferungen aus den USA

Schon seit Jahren liefern die USA Lastwagen und Jeeps an Ägypten. Anfang 1976 – nach der Kündigung des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion – folgte die Lieferung von sechs Hercules C 130 Transportflugzeugen, die ganz allgemein als Auftakt weiterer Waffenlieferungen angesehen wurden („SZ", 27./28.3.76). Jetzt wollen die USA Ägypten Waffen und Rüstungsgegenstände im Wert von 250,9 Millionen Dollar liefern („SZ", 10.9.77). Im einzelnen handelt es sich um 14 weitere Hercules C 130 im Wert von 184,9 Millionen Dollar, zwölf unbemannte Aufklärungsflugzeuge, sechs Aufklärungskameras und die Ausbildung von ägyptischen Offizieren in den USA („International Herald Tribune", 28.7.77). Was mit dem restlichen Geld passiert, ist uns nicht bekannt. Außerdem werden von zwei US-Firmen die ägyptischen MIG's aus der Sowjetunion repariert und mit Rolls-Royce Tiebwerken ausgestattet („NZZ" 3.8.77).

• • •

Auch bei der Wirtschaftshilfe durch die USA kommt Ägypten in Zukunft relativ gut weg: 1978 sollen die Zahlungen an Ägypten 750 Millionen Dollar betragen (insgesamt wollen die USA an Länder der „Dritten Welt" 4,4 Mrd. Dollar zahlen, von denen die Zionisten den Löwenanteil erhalten: 785 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe und 1 Mrd. Dollar Militärhilfe) („NZZ", 8.12.77).

Nahost-Kommission



Regierungsumbildung in Japan

Nach elfmonatiger Amtszeit ist die japanische Regierung unter dem Druck zunehmender Handels-, Währungs- und Konjunkturprobleme zurückgetreten. Ministerpräsident Fukuda erhielt somit freie Hand zur Regierungsumbildung des 21-Mann-Kabinetts. Bis auf drei Minister wurde das Kabinett völlig ausgewechselt und um einen Ministerposten erweitert („SZ", 29.11.77).

Um die durch den auf über 5 Millionen Dollar angewachsenen Handelsbilanzüberschuß entstandenen Wirtschaftsprobleme mit den USA und der EG (Yen-Aufwertung) in den Griff zu kriegen, wurde der neue Posten eines Ministers für Außenwirtschaftsfragen geschaffen. Der frühere Washington-Botschafter Ushiba soll als Minister „ohne Portefeuille" als außenwirtschaftlicher „Feuerwehrmann" eingesetzt werden und seine guten Kontakte zu Washington im Interesse der japanischen Bourgeoisie ausnutzen.

Das innenpolitische Gegenstück zu Ushiba stellt der erzreaktionäre frühere Außenminister Miyazawa dar, einer der aussichtsreichsten Vertreter der nächsten LDP-Führungsgeneration und Konkurrent des jetzigen LDP-Generalsekretärs Ohira. Er soll die vom US- und EG-Imperialismus sowie von der OECD geforderte Änderung der japanischen Außenhandelsstruktur und Zahlungsbilanzpolitik in die Wirtschaftspolitik Tokios einbauen.

Gleichzeitig bietet die neue Regierungsmannschaft personelle Voraussetzungen für den Abschluß eines „Friedens- und Freundschaftsvertrages" mit China durch die Ernennung des bisherigen Regierungssprechers Sonoda zum Außenminister. Er soll innerhalb der Regierungspartei den Boden für den Vertragsabschluß bereiten, der bis jetzt an der von China geforderten Anti-Hegemonie-Klausel gegenüber der Sowjetunion gescheitert ist. Der bereits 1972 vereinbarte „Friedens und Freundschaftsvertrag" mit China soll nicht mehr lange hinausgezögert werden, da das japanische Großkapital im chinesischen Industrialisierungsprogramm ein großes Auftragspaket wittert („FAZ", 26.11.77).

Am einflußreichsten und als ehemaliger Besitzer einer Schiffahrtslinie bestens geeignet ist der neue Industrie- und Handelsminister Komoto, der das *„verlorengegangene Vertrauen der Wirtschaft in die Rzgierung Fukuda zurückgewinnen helfen soll"* („SZ", 29.11.77). Einen Tag nach seiner Amtsübernahme hat sich Komoto für ein drastisches Konjunkturbelebungsprogramm stark gemacht, welches ein Zehnjahres-Investitionsprogramm im öffentlichen Bereich vorsieht sowie ein intensives Energieprogramm mit einem Volumen von 280 Milliarden Dollar in zehn Jahren. *„Damit soll die Rohöllagerung, die Umstellung auf Kohle und Erdgas sowie die Erforschung alternativer Energiequellen gefördert werden"* („FAZ", 30. 11. 77).

Desweiteren wird von Komoto die Intensivierung des Wohnungsbauprogramms vorgeschlagen (mit 10 Millionen Dollar), da ein Drittel (!) aller Wohneinheiten in Japan entweder abbruchreif oder dringend renovierungsbedürftig sind.

Der Handelsbilanzausgleich soll durch vermehrte Importe erreicht werden. *„Hier sei die Regierung auch zu Opfern bereit"* („FAZ", 30.11.77). Die Opfer müssen aber wieder einmal die japanischen Arbeiterinnen und Arbeiter erbringen, da die für das Wirtschaftsprogramm notwendigen Mehrausgaben durch umfangreiche Steuererhöhungen finanziert werden sollen.

Asien-Australien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Paradies für Imperialisten

Sri Lanka. Knapp vier Monate nach ihrem Wahlsieg beginnt die neue rechte Regierung in Sri Lanka jetzt damit, ihr Programm in die Tat umzusetzen.

In erster Linie geht es ihr darum, die Wirtschaft des Landes wieder anzukurbeln, was vor allem mit Hilfe ausländischen Kapitals geschehen soll.

Als einleitender Schritt wurde die Währung des Landes, die Rupee, um 85 % abgewertet.

Das größte Projekt zur Anlockung der ausländischen Kapitalisten ist die Errichtung sogenannter Freihandelszonen (FTZ) nach dem Beispiel Singapurs, Taiwans und Südkoreas. Der Finanzminister Sri Lankas ist denn bei seinem Besuch in Bonn bei den Vertretern des Industrie- und Handelstages auch auf *„Interesse und großen Beifall"* gestoßen. So ist *„die Einführung einer achtjährigen Steuerfreiheit und die Möglichkeit zu Pauschalabschreibungen und Verlustvorträgen als Hauptanreize"* vorgesehen („Nachrichten für Außenhandel").

Angeblich sollen damit 150.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Arbeitsplätze ganz nach dem Geschmack der Kapitalisten allerdings: so sind die Löhne in Sri Lanka mit die niedrigsten in Südasien. Es soll eine *„zweigleisige Arbeitspolitik geben, wobei die allgemeinen Arbeitsgesetze, die im Rest des Landes angewandt werden, in den FTZs nicht angewandt werden"* („Asahi Evening News", 16.11.77). Außerdem soll in den Arbeitsverträgen eine Streikverbotsklausel eingebaut werden. Garniert wird dieses Programm mit einigen „sozialen" Maßnahmen, um es der Bevölkerung schmackhaft zu machen. So wurde eine Amnestie für 130 Teilnehmer des Aufstandes von 1971 gewährt (der damals blutig niedergeschlagen wurde).

Wer im Außenhandel tätig ist, braucht in Zukunft keine staatliche Erlaubnis mehr, um ausländische Devisen zu erhalten. So läuft das Programm allgemein unter dem Motto „zurück zur Privatwirtschaft", nachdem die vorherige Bandaranaike-Regierung einige Sektoren der Wirtschaft verstaatlicht hatte.

Nachdem der Finanzminister noch großspurig angekündigt hatte, daß *„50 Rupees monatlich an Arbeiter, die arbeitslos sind"* verteilt werden sollten („Business Times", 17.11.77), wurde am 28. November ein Verbot für *„politische Straßendemonstrationen"* verhängt. Ursache war eine geplante Demonstration *„gegen die Kürzung der Nahrungsmittelsubventionen für die Hälfte der Bevölkerung"* („FR", 29.11.77).

Bei diesen Zuständen ist es natürlich kein Wunder, daß bereits Kapitalisten aus Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur, der BRD, Frankreich und den USA angefragt haben. Und – man staune – auch Wirtschaftsbürokraten *„aus der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion"* („Asahi Evening News", 16.11.77)!

Asien/Australien-Kommission

Südkoreanische und japanische Faschisten Hand in Hand

Seit dem mit großem Trara angekündigten ''Truppenabzug'' der US--Imperialisten aus Südkorea wittern die japanischen Imperialisten ihre Chance, wieder auf dem asiatischen Festland Fuß zu fassen. Premierminister Fukuda meint zwar, Japan sei *»ein nicht militärisches Land und hat keine Absicht, die durch die abziehenden US-Truppen entstehende Lücke zu füllen«* (»Kyodo«, 14.11.77). Die Tatsachen sprechen allerdings eine etwas andere Sprache.


Japans sogenannte „Selbstverteidigungsstreitkräfte"

Auf der einen Seite handelt es sich bei dem ''Truppenabzug'' Marke Carter ohnehin um ein durchsichtiges Manöver. So erhält das faschistische Südkorea in den nächsten fünf Jahren *''Waffen im Wert von etwa 8 Milliarden Dollar [18,4 Milliarden Mark]''*. Darunter sollen ''239*Kampfflugzeuge, 200 Hubschrauber und Beobachtungsflugzeuge, sechs Zerstörer und eine große Zahl von Lenkwaffen und Geschützen*'' sein (''Frankfurter Allgemeine'', 21.7.77). Außerdem übernimmt die Faschistenarmee kostenlos einen großen Teil der Waffen, die die abrückenden Bodentruppen hinterlassen. Die anderen Truppenteile sind von dem Abzug ohnehin nicht betroffen. *''Die USA-Luftwaffeneinheiten in Stärke von 7.000 Mann sollen 'auf unbestimmte Zeit' in Südkorea bleiben und werden sogar um 20 - 25 Prozent verstärkt. Marine-, Aufklärungs-, Nachrichten- und andere Einheiten werden ebenfalls nicht abgezogen''* (''Neues Deutschland'', 28.7.77). Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit USA-Japan-Südkorea verstärkt. So fand Anfang Oktober die *''größte japanisch-südkoreanische Militärübung seit dem Zweiten Weltkrieg''* statt, an der *''über 60 Schiffe, hunderte von Flugzeugen und kombinierte Bodentruppeneinheiten''* teilnahmen (»Zentrale Koreanische Nachrichtenagentur« - »KCNA« -, 12.10.77).

Die Japaner haben auch schon offen mit militärischen Aktionen gedroht.So tönte Mihara, Generaldirektor des japanischen Verteidigungsbüros kürzlich im Parlament, daß Japan *''seine Selbstverteidigungsrechte ausüben würde''*, wenn es im Zusammenhang mit dem *''gemeinsamen japanisch-koreanischen Abkommen über den Kontinentalschelf''*zu einem *''militärischen Angriff''* kommen würde (''Pyongyang Times'' -''PT''-, 12.11.77). Bei diesem ''Abkommen'' handelt es sich darum, daß die südkoreanische Park Jung Hi-Clique den zu Korea gehörenden Festlandssockel an die japanischen Kapitalisten verscherbelt hat (zwecks ''gemeinsamer'' Ausbeutung). Dieser Vertrag ist hinter dem Rücken des koreanischen Volkes ausgehandelt und von der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) (wie auch von der VR China) von anfang an als null und nichtig erklärt worden. Die Drohung Miharas kann nur heißen, daß Japan die geraubten Schätze notfalls mit Gewalt gegen das koreanische Volk verteidigen will! Perverserweise nennen sich die japanischen Streitkräfte auch noch »Selbstverteidigungskräfte«! Wie sehr sich die japanischen Militaristen schon auf ihre Rolle als Nachfolger der US-Imperialisten in Korea vorbereiten, zeigt sich darin, daß sie ihre Truppen besonders in den westlichen Regionen verstärken, die Korea direkt gegenüberliegen. Zum Beispiel wurde unlängst die Stärke der '' *'Selbstverteidigungs'-Divisionen in Fukuoka und Kumamoto um 2000 bzw. 3000 erhöht und eine Rollbahn ist im Bau, um neue Angriffsflugzeuge ‚F-4 Phantom' im 8. Fliegerkorps der ‚Luft-Selbstverteidigungskräfte' zu stationieren*''(„PT", 12.11.77).

Widerstand gegen die japanischen Pläne

Doch gegen die neuen Pläne der japanischen Militaristen, ihr schon einmal gescheitertes Unternehmen einer ''Großen Ostasiatische Sphäre des gemeinsamen Wohlstands'' erneut zu versuchen, wird Protest laut. In der KVDR gibt es ständig Veröffentlichungen, die die Absichten der Japaner entlarven und dagegen protestieren. Auch in Vietnam, das in der Vergangenheit selbst Opfer der aggressiven japanischen Politik geworden war, wird die Entwicklung mit Sorge verfolgt. In Japan selbst gab es am 21.Oktober zahlreiche Kundgebungen und Demonsstrationen gegen die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea. Die größte Kundgebung fand mit 36.000 Teilnehmern in Tokio statt. Es riefen unter anderem die Sozialistische Partei Japans, die KP Japans (''Eurorevisionisten''), der Generalrat der japanischen Gewerkschaften (Sohyo) sowie 11 weitere Organisationen zu der Kundgebung auf, die unter dem Motto ''*gegen die militärische Integration zwischen US-Japan-Südkorea, Verurteilung der japanisch-südkoreanischen Verbindung, Forderung nach Schleifung der Stützpunkte und der Aufhebung des Sicherheitspakts und Schutz des Lebens der Menschen*« stand. Einstimmig wurden Botschaften an Premierminister Fukuda und US-Präsident Carter verabschiedet, worin es heißt: *»Wir betrachten alle Schritte der US-Regierung, einen Atomkrieg in Asien vom Zaun zu brechen, die US-japanisch-südkoreanische militärische Integration anzukurbeln und ‚zwei Koreas' zu schaffen, als eine neue Kriegsprovokation in Asien und verurteilen sie aufs strengste und verlangen die Auflösung des ‚Japan-US-Sicherheitspakts' sowie den Rückzug 'der US-Truppen und Militärbasen aus Japan, Südkorea und allen anderen Teilen Asiens«* (»PT«, 12.11.77).

Pack und Pack gesellt sich gern

In Japan leben etwa 600.000 Koreaner, die dort ziemlich diskriminiert werden.

In letzter Zeit haben sich oppositionelle Südkoreaner, die zum größten Teil im Ausland leben (müssen), getroffen, um eine einheitliche Front gegen die faschistische Park-Diktatur aufzubauen. Ein erster Erfolg war die vor kurzem erfolgte Gründung der »Union der Überseekoreaner für Demokratie und Wiedervereinigung«, über die wir auch berichteten. Schon damals wurde auf Intervention Parks ein Teil der zu dieser Konferenz reisenden Teilnehmer von den japanischen Behörden behindert. Auf dem Kongreß erschien dann eine Schlägerbande der Pro-Söul-Organisation »Mindan« und schlug einige der Versammlungsteilnehmer brutal zusammen. Die alarmierte japanische Polizei ließ sich reichlich Zeit. Vor kurzem enthüllte der ehemalige Botschafter Südkoreas in Bonn und spätere Außenminister Tschoi Duk Shin, daß die japanischen Behörden die Agenten des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA, die 1967 17 Südkoreaner aus der BRD und Westberlin nach Südkorea verschleppten, massiv unterstützt haben. Yun I Sang, einer der damals Entführten, der später zum Tode verurteilt und nur durch weltweiten Protest freigelassen worden war, berichtete, daß sie damals, obwohl sie ohne Pässe waren, unbehelligt durch den japanischen Zoll passieren konnten.

Neben den japanischen Behörden tun sich auch faschistische japanische Gruppen bei Angriffen auf fortschrittliche Koreaner in Japan hervor. So klagt die fortschrittliche Organisation »Chongryon« über zunehmende Angriffe japanischer Faschisten auf ihre Mitglieder und Einrichtungen, wobei die Faschisten von der japanischen Polizei noch ermutigt werden. So hatten *»rechte Gangster«* am 22. Oktober koreanische Studenten an der Kokushikan-Universität angegriffen. Sie waren mit *»tödlichen Waffen«* ausgerüstet und riefen: *»Wir werden jetzt die koreanische Mittel- und Hochschule zerstören«* (»KCNA«, 4.11.77). Ein »Chongryon«-Funktionär, der einem Studenten zu Hilfe eilen wollte, wurde von den Bullen mitgenommen und eingesperrt! Viele der Faschisten fahren regelmäßig zum »Training« nach Südkorea. Die japanischen Behörden stellen ihnen trotz wiederholter Proteste von »Chongryong«-Vertretern und japanischer Abgeordneter immer wieder Pässe aus. Die Gangster, die in diesem Jahr schon sechsmal (!) die Versammlungshalle von »Chongryon« zerstörten, waren alle in Südkorea gewesen.

Auf der anderen Seite wurde sieben »Chongryon«-Vertretern, die in der KVDR zu den Parlamentswahlen kandidiert hatten, die Wiedereinreise verweigert. Begründet wurde das damit, daß keine diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der KVDR bestünden!

Doch fortschrittliche Japaner und Koreaner haben in ihren Aktionen gezeigt, daß sie nicht bereit sind, eine Neuauflage der japanischen »Großen Ostasiatischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstands« zu akzeptieren!

Asien/Australien-Kommission



lateinamerika

Revisionisten der APK gegen schwedischen Boykott der Fußball-WM

Wohl einen der rechtesten Standpunkte in der Diskussion um die schwedische Teilnahme an der Fußball-WM in Argentinien vertrat die revisionistische APK in ihrem Zentralorgan „Norrskensflamman". Die APK gesellte sich damit zu den Kräften, die gegen einen Boykott eintreten.

In „Norrskensflamman" wurde ein Interview mit einem anonymen argentinischen „Kommunisten" abgedruckt, in dem dieser den faschistischen Charakter des argentinischen Staatssystems verneint. Videla wird zum demokratischen Lager gezählt und zu den demokratischen Menschen, die gegen die faschistischen Kräfte im Lande kämpfen!

Der „Kommunist" sagte in dem Interview u.a.: *„Bis jetzt ist es Videla, dank des Kampfes der demokratischen Kräfte, geglückt die neutralen Militärs daran zu hindern, auf die Seite der offenen Faschisten überzugehen. Offen bekämpfen also die Kommunisten und alle anderen demokratischen Kräfte in Argentinien nicht Videla ..."* (zit. nach „Proletären" Nr. 46/77)

An Videlas Person knüpfen die argentinischen Revisionisten ihre Hoffnung auf einen Übergang zu demokratischen Verhältnissen, denn *„Videla hat schon seit langem eine Öffnung für demokratischere Verhältnisse gesucht, durch einen Dialog darüber, wie die enormen politischen und ökonomischen Probleme zu lösen seien."*

„Alle wollen, daß die Fußball-WM in unserem Land stattfindet, so daß so viele wie möglich kommen und selbst sehen unter welch komplizierten Verhältnissen die Argentinier leben" – soweit der „Kommunist" aus Argentinien (alle Zitate nach Proletären Nr. 46/77).

Diese Stellungnahme in Norrskensflamman kommentarlos abgedruckt, dürfte für jeden kämpfenden Demokraten im heutigen faschistischen Argentinien ein Schlag ins Gesicht gewesen sein.

Die argentinische Befreiungsbewegung ERP, ließ durch ihr Europabüro in Paris verkünden, daß sie voll und ganz einen Boykott der Fußball-WM befürwortet.

Skandinavienkommission



Panama
Neuer Kanalvertrag durch Referendum angenommen

Im Oktober haben rund zwei Drittel (66%) der Bevölkerung Panamas gegen 32% Nein-Stimmen dem neu ausgehandelten Kanalvertrag zugestimmt. Diese Abstimmung war von der Regierung durchgeführt worden, um mit dem neuen Vertrag das angebliche „Ende des nordamerikanischen Kolonialismus" in Panama möglichst breit im Volk zu verankern („FR", 26.10.). Dazu war allerdings einiger Werbeaufwand notwendig, da der neue Vertrag Panama zwar größere Anteile an den Einnahmen (50 Mio. Dollar jährlich gegenüber 2,3 Mio. vorher) zugesteht und eine Beteiligung Panamas an der Verwaltung vorsieht, den wesentlichsten Einflußbereich der USA aber nicht antastet: Die USA haben weiter das Recht, Militärstützpunkte – gleich Folterschulen – in der Kanalzone zu unterhalten und haben auch über das Jahr 2000 hinaus das sogenannte militärische „Verteidigungsrecht" (vergl. genauer AK 113).

Die Tatsache, daß über ein Drittel des panamesischen Volkes gegen den Vertrag gestimmt hat, zeigt, daß in Teilen der Bevölkerung die massiven und militanten Kämpfe gegen die US-Vormacht in der Kanalzone in den 60er Jahren nicht vergessen sind und daß eine recht breite Opposition gegen das Torrijosregime nach wie vor existiert.

Der ehemalige Präsident Panamas, Arnulfo Arias Madrid, der 1968 von Torrijos gestürzt wurde und seitdem in Miami im Exil lebt, bezeichnete den neuen Vertrag als „Verrat" und das zeitweise antiimperialistische Gehabe der Torrijosregierung als „Heuchelei" („Monitor-Dienst", 21.10.77). In verschiedenen Städten des Landes gab es zum Zeitpunkt der Abstimmung Demonstrationen. Jugendliche zogen zur US-Botschaft und 1.200 Frauen führten eine Kundgebung in Panama City durch. Hauptparolen waren: *„Schluß mit der kolonialen Besetzung"* und *„Raus mit den US-Imperialisten und ihren Stützpunkten"* („Radio Tirana", 24.10.77).

In den USA steht die Ratifizierung des Vertrages zur Zeit noch aus. Hier wird sie hauptsächlich von den reaktionärsten Kräften gefährdet, die eine Kampagne gegen den Vertrag eingeleitet haben und auf dem Recht der USA bestehen, die Kanalzone auf ewig als ihren ureigenen Besitz zu betrachten und zu behandeln.

Lateinamerikakommission

AStA-Veranstaltung über Kuba und Che Guevara

Am 6.12. führte der Hamburger AStA in Zusammenarbeit mit der deutsch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft eine Veranstaltung zu Che Guevara und der kubanischen Revolution durch. Hauptredner Fritz Noll brachte das Kunststück fertig, anderthalb Stunden lang über Che zu berichten, ohne auch nur einmal auf den bewaffneten Kampf, die Guerillakonzeption, einzugehen. Ches scharfe Auseinandersetzung mit der ökonomischen Konzeption der Sowjetunion, sein Einsatz für moralische anstelle materieller Anreize wurde mit dem Hinweis erledigt, daß jeder mal Fehler mache und Che schließlich auch gesagt habe, die SU sei das Heimatland des Sozialismus.

Diese Methode ist von Fritz Noll bereits aus seinem „UZ"-Artikel zu Che's zehntem Todestag bekannt: Jegliche Kritik Che's und Auseinandersetzung mit revisionistischen Positionen wird schlicht geleugnet; sei es in der Frage der ökonomischen Anreize, der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus anstelle des „friedlichen Übergangs", der Beziehungen zwischen sozialistischem Lager und „Dritter Welt", vor allem Kuba – all diese Widersprüche gibt es nicht oder es handelt sich um Fehlpositionen Che's (vergl. genauer AK 114: „Revisionisten zu Che"). Angemerkt werden muß allerdings, daß die Veranstaltung nicht genutzt wurde, um – wie sonst bei den Revis üblich – in die Terroristenhetze einzustimmen. Stattdessen wurde mit dem Hinweis auf den Maydanek-Prozeß, der ohne Verteidigerausschlüsse, polizeiliche Kontrollen und Schikanen abläuft, ein Hinweis auf die wahren Terroristen in der BRD gegeben. Sollte es sich hier um ein Zugeständnis an das Publikum – immerhin eine Che Guevara Veranstaltung – gehandelt haben, oder haben Strauß' Sprüche in Chile auch einigen DKPlern die Augen darüber geöffnet, daß man sich gegen die Pläne eines Strauß und Co nicht durch Abgrenzung und Zurückweichen zur Wehr setzen kann?

Lateinamerikakommission

Kurzmeldungen

Faschistenorden an deutschen „Forstbeamten"

Am 11. November erhielt der Leiter des Osteroder Stadtforstamtes Joachim Buff das „Große Verdienstkreuz der 1. Klasse des Verdienstordens von Chile" von der chilenischen Botschafterin überreicht.

Buff erhielt diese „Auszeichnung" für seine zweifelhaften Verdienste als Propagandist für die chilenische Militärjunta.

So verherrlichte er nur wenige Monate nach dem Putsch im „Harz-Kurier" in einem langen Artikel die chilenischen Verhältnisse. 1976 organisierte er Veranstaltungen nach dem Motto „Chile, wie es singt, spielt und lacht" mit einer deutsch-chilenischen Folkloregruppe. Buff gehört zu den Leuten, die – wie es in der Festrede hieß – *„Chile auch in schwerster Zeit beigestanden"* haben („Harzkurier", 19.11.77). Strauß steht nicht allein!

Ein Genosse aus Osterode

* * *

Repression

Während des Besuchs des US-Außenministers Vance in Argentinien hat eine Gruppe Frauen für ihre willkürlich verhafteten und vermißten Angehörigen demonstriert. In Chile hat Pinochet nach der Rückkehr von seiner USA-Reise drei Chileninnen ausgewiesen, weil sie in die USA gereist waren, um dort um Hilfe bei der Suche nach ihren „verschwundenen" Angehörigen zu bitten. Gleichzeitig hat der Militärbefehlshaber von Santiago jegliche Berichterstattung über die Verhaftung und Verbannung von fünf Gewerkschaftsführern verboten („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 30.11.77).

***

Ende November hat das Bundeskabinett eine Exportbürgschaft für ein Waffengeschäft zwischen der Firma Thyssen und der argentinischen Militärjunta übernommen. Thyssen soll den Faschisten in Argentinien ein U-Boot im Wert von 339 Mio. DM liefern. Die Gewährung einer Bundesbürgschaft für diese Art Geschäft ist zumindest offiziell umstritten, weil die Bundesregierung 1971 beschlossen hatte, Waffenlieferungen lediglich an NATO-Mitglieder durch Garantien zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde bereits im Februar dieses Jahres unterlaufen, als für die Lieferung von U-Booten nach Indonesien eine Bundesbürgschaft gewährt wurde. Dies wurde damals als besonderer und einmaliger Ausnahmefall von Schmidt höchstpersönlich betont. Daß diese Ausnahmen allerdings recht häufig auftreten, zeigen die ständigen Bundesgarantien für Geschäfte mit Südafrika (!) und jetzt mit Argentinien. Hauptargument für die Gewährung der Bürgschaft war die *„Sicherung der sonst gefährdeten Arbeitsplätze"* auf der betroffenen Thyssenwerft in Emden. Allerdings wurden auch „Risikobedenken" angemeldet, vor allem vom Wirtschafts- und Finanzministerium. „Risikobedenken" – nicht etwa weil bei dem Projekt Kriegsmaterial in die Hände von Faschisten geliefert wird, sondern weil der argentinische Staat nur über geringe Devisenreserven verfügt und Zweifel an seiner Zahlungsfähigkeit bestehen („SZ", 29.11. und 1.12.77).

Strauß schwärmt offen von den chilenischen Verhältnissen – die westdeutschen Sozialdemokraten tragen zur militärischen Aufrüstung und Festigung der lateinamerikanischen Faschisten aktiv bei – das ist westdeutsche Gemeinsamkeit der Demokraten!

Solidaritätsfest mit Nicaragua

Ein Solidaritätsfest mit Nicaragua findet am Freitag, 16.12., in der Hamburger ESG um 19.00 Uhr statt. Geplant sind für das von AELA (lateinamerikanischer Studentenverband) organisierte Fest: Informationen über Nicaragua, afrolateinamerikanische Musik und ein Film über Brasilien. Solidaritätsbeitrag 4,– DM zur Unterstützung der Sandinistischen Befreiungsfront.



Argentinische Frauen demonstrieren während des Besuchs von US-Außenminister Vance für die Menschenrechte und ihre „verschwundenen" Angehörigen

Gierek beim Papst -oder- Religion, »eine Art geistigen Fusels« (Lenin)

Im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuchs in Italien wurde Edward Gierek, 1. Sekretär der PVAP, am 1.12.77 von Papst Paul VI. eine Privataudienz gewährt. In dem Gespräch ging es vorrangig um die „Normalisierung" der Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR Polen. Dies betrifft vor allem die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen und muß vor dem Hintergrund , daß nach wie vor über 90% der Polen Mitglieder der katholischen Kirche sind, gesehen werden. In diplomatischen Floskeln wurde das Gespräch von beiden Seiten als Erfolg gewertet. Während Papst Paul *„Giereks Arbeit für den Schutz der Familie, den Wohnungsbau für junge Ehepaare und die Pläne auf dem Gebiet der Hebung der Moral"* lobte, rühmte Gierek *„die Aktivität des Heiligen Stuhls und des Papstes selbst für den Frieden in der Welt"* (FR,2.12.77).

Schenkt man diesen Erklärungen Glauben, so scheint sich ein breites Bündnis zwischen dem polnischen Klerus und der PVAP-Führung abzuzeichnen. Doch drei Tage nach dem Gierek-Besuch beim Papst wurde man eines besseren belehrt: in einem, in seiner Diktion an päpstliche Bannbullen des 14.Jahrhunderts erinnernden Hirtenbrief, der in sämtlichen polnischen Kirchen von der Kanzel verlesen wurde, gingen die polnischen Bischöfe, wahrscheinlich in Absprache mit dem Papst, wieder auf Konfrontationskurs. Überrascht mußten die polnischen Gläubigen zur Kenntnis nehmen, daß die Nation von einer Offensive des Satans bedroht wird. Angeblich existiere ein *„geheimer Plan des moralischen Verfalls der Nation"*, und die Bischöfe fragen, welche *„feindlichen Kräfte"* hier am Werke seien. (Göttinger Tageblatt, 5.12.77). Diese „feindlichen Kräfte" wollen angeblich die polnische Nation „moralisch und biologisch" schwächen. Um dieses teuflische Ziel zu erreichen, bediene sich der Feind der *„brutalen sexuellen Erziehung der sexuellen Freizügigkeit in den Massenmedien sowie in Film und Theater"* (FR, 5.12.77). Auf den ersten Blick erscheint diese Konstruktion völlig absurd und bar jeder Realität. Betrachtet man die Aussagen des Hirtenbriefes allerdings genauer, so wird deutlich, daß die Phantastereien des polnischen Klerus ein ganz konkretes Ziel verfolgen: der angeblich anoyme „Feind der polnischen Nation" ist kein anderer als die PVAP-Führung, deren Chef vom Papst gerade wegen seiner Bemühungen um die „sittliche Erneuerung" des polnischen Volkes gelobt wurde. Denn wer anders als die PVAP ist in Polen für die Medien- und Schulpolitik verantwortlich ? Ungeachtet aller mystischen Verschleierungen ist der Hirtenbrief konkreter Ausdruck einer Strategie, den Druck auf die PVAP-Führung zu verstärken, um den alten Forderungen der polnischen Kirche nach freiem Zugang zu den Massenmedien und den Schulen Nachdruck zu verleihen. Gerade diese mystischen Verschleierungen sind es aber, die einen bestimmten Taktikwechsel des polnischen Klerus signalisieren, denn vor einem Jahr hatte der Klerus noch offen Roß und Reiter genannt. *„Die Regierung steuere eine Kampagne im Fernsehen, in der Literatur und im Film mit dem Ziel, religiösen Glauben zu diskreditieren. Kinder und Jugendliche würden von der Teilnahme an Messen abgehalten, an den Schulen würde der Atheismus propagiert, ... Der Kampf gegen die Religion erleichtere keineswegs wirtschaftliche und soziale Reformen, da er in der Bevölkerung Beunruhigung und Mißtrauen gegenüber der Führungsspitze erwecke"* (SZ, 30.11.76).



Daß die Kirche gerade jetzt wieder ihre Forderungen so massiv vorbringt liegt an den anhaltenden Krise des polnischen Revisionismus, die sich allerdings weniger in „sexuellen Ausschweifungen" als vielmehr in der nach wie vor schlechten Versorgungslage, der ungelösten Frage der Preiserhöhungen sowie der allgemeinen „Arbeitsunlust" der Arbeiter zeigt. Parteichef Gierek kommentierte einige Aspekte dieser Krise auf dem IX. Plenum des ZK der PVAP im Oktober 1977: *„Unerläßlich ist auch eine größere Wirksamkeit des Kampfes gegen negative soziale Erscheinungen, insbesondere gegen Korruption, Verschwendung, Diebstahl von Gemeineigentum, Alkoholismus und andere Erscheinungen von Demoralisierung"* (Nowe Drogi 11/77, Übersetzung von uns). Es ist natürlich, daß die Kirche versucht, diese Krise in ihrem Sinne auszunutzen. Dabei weiß sie, daß Gierek sich momentan keinen grösseren Konflikt mit der Kirche leisten kann. Im Gegenteil, in gewissen Sinne ist die PVAP-Führung, die sehr wohl weiß, daß die Kirche eine starke Oppositionskraft darstellen könnte, auf die Unterstützung des Klerus angewiesen. Dies verdeutlicht eine Äußerung des Leiters des Amtes für Glaubensfragen, Minister Kazimierz Kakol: *„In vielen Punkten verfolgen (der angeblich sozialistische, Anm.AK) Staat und Kirche durchaus gleiche Ziele wie bei dem Bestreben, eine gesunde, idealistische junge Generation heranzuziehen, in den Bemühungen um eine Stärkung der individuellen Moral und der Familie, sowie teilweise auch in der Landwirtschaftspolitik"* (FR, 16.7.77).

Nun singet und seid froh !

RGW-Kommission
AG Polen/Göttingen

»Amnestie« a la Tito

Während die jugoslawische Regierung mit der Verkündung einer Amnestie u.a. für politische Gefangene um Sympathie wirbt und besonders die Haftentlassung des seit Februar 1975 einsitzenden sozialdemokratischen Schriftstellers Mihajlov in der westlichen Presse angenehme Schlagzeilen machte, war nicht von einer Amnestie für die über 100 Genossen die Rede, die unter der Beschuldigung, sie hätten eine illegale, angeblich „prosowjetische" KP aufbauen wollen, zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt sind. Im Gegenteil: Mitten in die Amnestie-Propaganda kam die Meldung, daß „einer der Organisatoren und Ideologen der illegalen kommunistischen Partei", Mileta Perovic, in Jugoslawien festgenommen worden sei und demnächst „wegen Verbrechen gegen den Staat" vor Gericht gestellt werden soll („Süddeutsche Zeitung", 24.11.).

Das Urteil dürfte nach den bisherigen Erfahrungen nicht unter 10 Jahren liegen !

Das Tito-Regime kann sich diese barbarische Unterdrückung seiner revolutionären Kritiker leisten: Weiß es doch inzwischen genau, daß für d i e s e ‚Dissidenten' weder Carter noch Breschnew einen Finger krumm machen, und daß auch von den in dieser Sache sonst um jeden ‚Dissidenten' bis weit ins konterrevolutionäre Lager besorgten westeuropäischen Linken keinerlei Proteste zu erwarten sind. Dieses Schweigen ist eine Schande für die westeuropäische Linke ! Wir haben schon vor über einem Jahr in einem Offenen Brief an die Linke der BRD – DKP,SB, Jusos, „ML"er, Trotzkisten – appeliert, sich mit den politischen Gefangenen der illegalen „KP Jugoslawiens" solidarisch zu zeigen oder zumindest öffentlich ihren Standpunkt klarzumachen und ihr Schweigen zu diesen Akten der Repression zu rechtfertigen. Einzig und allein die SAG antwortete damals darauf mit einem Brief, prinzipiell zustimmend - veröffentlichte aber auch keinerlei Meldungen zur Sache in ihrer Presse. Also eine mehr als „klammheimliche" Form der Solidarität ! Wir wiederholen an dieser Stelle unseren Apppell. Wie lange soll das Schweigen noch dauern ?

Übrigens : In den Genuß der Amnestie kam nicht nur Mihajlov - dem wir die wiedergewonnene Freiheit von Herzen gönnen - sondern u.a.auch eine Deutsche aus Karlsruhe. Sie war im Dezember 1975 wegen Mittäterschaft bei der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen zu 11 Jahren Haft verurteilt. Die Frau hatte einem kroatischen Faschisten geholfen, Sprengstoff und Waffen nach Jugoslawien einzuschmuggeln und war dabei erwischt worden. **„Die Bundesregierung hatte sich seit längerem um eine Begnadigung bemüht"** („Tagesspiegel", 26.11.). Insofern auch ein Beitrag zum Thema „Bekämpfung des Terrorismus": Wenn man Faschisten hilft, kann man sich eben sogar als Terrorist des Wohlwollens der soziallliberalen Koalition erfreuen !

Wunsch und Wirklichkeit

In ihrerAusgabe vom 25.11. schreibt die trotzkistische „Was tun" in fetter Zwischenüberschrift: *„Unvereinbarkeitsbeschluß gefallen"*. Gemeint ist damit der letzte Gewerkschaftstag der DruPa. Es heißt dort u.a.: *„größter satzungspolitischer Erfolg war sicherlich der Fall (!) des Ausschlußparagraphen gegen Mitglieder sog. K–Gruppen"*. Wie man das dreht und/oder wendet: leider ist dies nur ein Zeichen galoppierender politsicher Sehschwäche gegenüber den Gewerkschaften.

Die Änderung bzw. der „Erfolg" des angenommenen Initiativantrages ist es, daß die „K–Gruppen" nicht mehr angeführt werden, und die Möglichkeit für Ausschlüsse erheblich erweitert wird.

In der neuen Satzung heißt es: *„die Verfolgung faschistischer Ziele* **oder die Diffamierung** (Hervorhebung d.d. Red.) *der Gewerkschaften in oder für Organisationen und Gruppierungen"* würde zum Ausschluß führen.

Daß die Gewerkschaftsführer der Ansicht sind, sie werden von den Mitgliedern der sog. „K–Gruppen" angegriffen bzw. diffamiert, sollte doch eigentlich auch der Redaktion der ‚was tun" bekannt sein. Schon gegenüber den inzwischen ausgeschlossenen Hamburger Kollegen wegen angeblicher Beteiligung am ‚Streik–Info' wurde insbesondere die „Diffamierung" von Gewerkschaftsführern ins Feld geführt!

Broschek–Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Aus der »ML«-scene

Neuerscheinung auf dem Zirkelmarkt: **„Parteimythos und Wirklichkeit"**, eine Auseinandersetzung mit der Politik der „KPD/ML", verfaßt von zwei früheren ZK-Mitgliedern dieser Sekte. Leider bleibt auch diese Schrift, wie fast alle Schreibarten von Ex-„ML"ern, bei einem unfruchtbaren Breittreten der verschiedensten Aspekte der Politik der „KPD/ML" und deren innerorganisatorischen Methoden stehen. Der Appell, es komme für die revolutionäre Linke jetzt darauf an, ihre ideologische Bewußtheit zu erhöhen und darum eine offene Debatte zu führen, bleibt somit erst einmal total abstrakt. Was die Verfasser zur Kritik der „KPD/ML" anführen, ist - außer ein paar hübschen neuen Klatsch-Geschichten - praktisch alles schon mal irgendwo anders und besser auch von anderen Ex-„ML"ern, vom ARBEITERKAMPF u.a.m. geschrieben worden. Zur aktuellen Situation, zu den aktuellen Aufgaben enthält die Broschüre außer dem abstrakten Schulappell n i c h t s . Schad um die Müh!

Die Broschüre kostet 2,50 und kann bestellt werden bei
C. Sperandio
Reichenberger Str. 4
4650 Gelsenkirchen-Horst

* * *

Im November erschien die zweite Nummer der **„Neuen Deutschen Zeitung"**, die von einem Häufchen **„Marxisten-Leninisten in der BRD"** herausgegeben wird. Die Gruppe versucht, sich weit rechts von der „KPD" und knapp links von der rechtsradikalen Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") ein Plätzchen im radikal-vaterländischen Spektrum zu erdrängeln. Der Unterschied zu den „MLD" ist freilich in der zweiten Nummer kaum noch auszumachen! Einige Blüten aus dem Heft:

- *„Aktionen im Interesse der unabhängigen Energieversorgung"* (Zur pro-AKW-„Demonstration" des DGB).
- *„Das Volk gegen den reaktionären Terrorismus mobilisieren"*.
- *„Nein zur amerikanischen Beschwichtigungspolitik! Dem sowjetischen Vordringen entschlossen Einhalt gebieten!"*
- Ein Artikel zur Gründung der „KP (ML) der USA" – einer Bruderpartei der „KPD"! – deutet ebenso wie die Berichte in der ersten Nummer der „Neuen Deutschen Zeitung" an, daß man international am Ball bleiben will.

Herausgeber dieses Blattes ist **Wolfgang Schweer** aus Bochum. Er ist Ex-„KPD/ML"er, ebenso wie der ganze alte „Stamm" der „MLD", und er hat mit diesem zeitweise auch eng zusammengearbeitet, bevor es wegen irgendwelcher undurchschaubarer Querelen zum Bruch kam. Man wird jetzt abwarten, wie dieser Vogel seinen selbstbeständigen Platz außerhalb der „MLD" behaupten will. So wie in der zweiten Nummer seines Blattes schafft er das jedenfalls nicht!

* * *

Der angekündigte Breschnew-Besuch wirft seine Schatten voraus: Während die „ML"er ständig ihre Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft gegen den Besuch erhöhen, rührt sich auch im Lager ihrer potentiellen Bündnispartner schon einiges: *„Seit Monaten dauert die Geheimniskrämerei nun an: Immer wieder wird Breschnews ‚Besuch' angekündigt, immer wieder wird er verschoben! Wie aus glaubhafter Quelle zu vernehmen ist, befürchten Bonner ‚Entspannungs-Neurotiker', daß ‚rechtsradikale Elemente' Wasser in den Wein des Bonn-Moskauer Spektakels schütten könnten"*. Man wolle, so wird drohend angekündigt, *„rote Fahnen vor Breschnews Nase in Flammen aufgehen lassen"* und *„Protest gegen die kommunistische Unterdrükkerclique im Kreml anmelden"*. Alle Nazis sind aufgerufen *„wachsam"* (jawohl!) zu sein und ihre Flugblätter und Plakate *„startklar"* zu halten. *„Wer noch kein dementsprechendes Marterial hat, m u ß es sich umgehend besorgen (siehe Material-Liste)"*
(Zitate aus „JN-Intern", NPD Nordrheinwestfalen, 20.11.77)

Merke: **„Das Proletariat der Länder der Zweiten Welt"** (das sind wir!) muß sich **„unter bestimmten (?) Bedingungen mit all (!!) denjenigen, die der Manipulation und Versklavung durch die beiden (?) Supermächte nicht nachgeben wollen, zusammenschließen"** (siehe „Peking Buntschau" Nr.45, S.35).

* * *

Ehemalige Mitglieder der radikal-vaterländischen Psycho-Sekte um Klaus Sender, „KPD/ML-Neue Einheit", haben sich mit den vom Verbot bedrohten Organisationen KBW, „KPD" „KPD/ML" und KB solidarisch erklärt. U.a. schreiben sie: *„...Wir distanzieren uns von den konterrevolutionären, spalterischen Angriffen von Klaus Sender bzw. der ‚KPD/ML (Neue Einheit)' gegen die Marxisten-Leninisten und die fortschrittliche Bewegung überhaupt"* (Westberlin, 4.12.77). Na, immerhin. Besser spät als gar nicht!

* * *

Einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen die beiden Supermächte, besonders gegen die gefährlichere von beiden, hat wieder einmal der spanische Vaterlandsverteidiger Santiago Carillo, Chef der PCE (ohne „ML"!) geleistet: *„ ... er würde so lange US-Stützpunkte in seinem Land dulden, wie auch in anderen europäischen Staaten Stützpunkte fremder Mächte bestehen. Gleichzeitig billigte er das spanisch-amerikanische Militärabkommen, lehnte aber einen Beitritt Spaniens in die NATO ab. US-Militärstützpunkte in Spanien seien wichtig für die Sicherheit des Landes. Doch könne sich Spanien eine Mitgliedschaft in der NATO aus finanziellen Gründen nicht leisten"* („Welt", 23.11.77). –
Eine Einladung nach Peking, wohin Carillo übrigens als bisher einziger Revi-Häuptling (von Tito und Ceausescu mal abgesehen) schon 1971 reisen durfte, wird sich kaum noch umgehen lassen. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt.

* * *

Übrigens auch in der DDR.
Sehr gut meinte es Bernd Lampe in der „Welt" vom 29.11.77 mit der „KPD/ML": **„KPD/ML verstärkt die Aktivitäten gegen die DDR"** nannte er seinen Artikel, mit dem er das Lichtchen dieser Sekte gehörig auf den Scheffel hob. Zum Anlaß dieser Würdigung nahm Lampe die offensichtlich vom Verfassungsschutz lancierte Meldung, in Schleswig-Holstein (!) sei *„erstmals"* (Premiere! Tusch!) ein Exemplar der „Ausgabe DDR" des Toten Morgen *„gefunden"* worden. Lampe kann auch *„Verfassungsschutzexperten"* zitieren, die dieses Premieren-Exemplar als – so wörtlich ! – *„Ausdrucks des wachsenden Selbstvertrauens der KPD/ML gewertet"* sehen wollen. Offenbar hielt man es an zuständiger Stelle mal für nötig, diesem dahinsiechenden Verein und seiner Geister-„Sektion DDR" mit etwas Publicity unter die Arme zu greifen.

* * *

Neue Freunde hat auch die **„MLD"** gefunden: In der Ausgabe November/Dezember ihrer Zeitung **„Die Neue Welt"** dokumentiert sie breit die Darstellung ihrer Truppe in der „Entscheidung" (11/1977), Zeitung der „Jungen Union" (CDU). Die „Entscheidung" der JU hat das stockreaktionäre Treiben der „MLD" in Sachen AKW, Terrorismus und Sympathisanten-Hetze usw. ausführlich gewürdigt. Der „MLD" wird bestätigt, Schnacks wie ihre würde man sonst nur *„aus NPD-Mund"* hören, und es sei angebracht, sie etwas zu *„tätscheln"*. Von daher sei es auch *„Unsinn, gerade die Maoisten verbieten zu wollen. Denn nichts stört die Kreise der Moskautreuen um die DKP mehr als diese Maoisten"* (Originalton JU). Falls der „MLD" die JU nicht etwa zu linksradikal ist, könnte aus den beiden durch aus noch ein Paar werden ...

Schlagzeile aus der erwähnten Ausgabe der „Neuen Welt" : **„ Frankreich lieferte Croissant aus – Deutsch-Französische Freundschaft gegen den Terror"**. Würg.

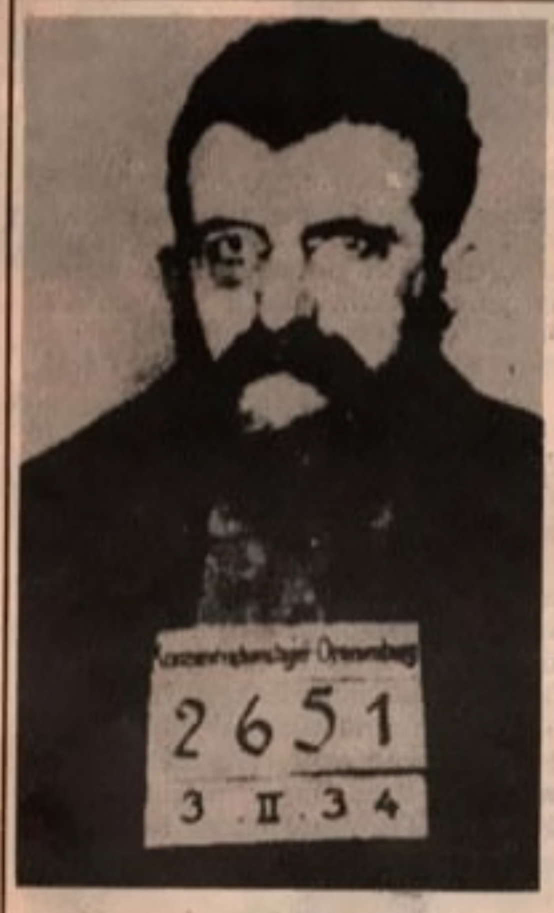
Buchbesprechung

Erich Mühsam, Fanal

Seit der letzten Buchmesse gibt es bei Wagenbach ein neues wichtiges Taschenbuch: Aufsätze und Gedichte des Münchner Räterepublikaners Erich Mühsam.

Mühsam war einer der führenden Genossen der kurzlebigen Münchner Räterepublik von 1919. Sein Weg vom zunächst idealistischen Schriftsteller über den Boheme-Rebell führte ihn zum anarcho-kommunistischen Politiker. Von der bayerischen Konterrevolution nach ihrem blutigen Sieg in München mit Hilfe der Noske-Truppen wurde Erich Mühsam für 5 1/2 Jahre in „Festungshaft" gesperrt. Diese Haft sah anders aus als für die faschistischen Putschisten kurze Zeit danach. Während man über Hitler und seine Anhänger weiß, daß sie sich ein gutes Leben machen konnten, schildert ein Mithäftling Mühsams die Haftbedingungen gegen Revolutionäre wie folgt: *„In Niederschönfeld wurde in aller Nacktheit der Grundsatz ausgesprochen: Sozialisten und Republikanern gegenüber ‚an keine Vorschrift gebunden zu sein'. Niederschönenfeld ist das verkleinerte, symbolhafte Abbild der bayerischen ‚Ordnungszelle'."*

Am 28. Februar 1933, nach kurzen Jahren der Freiheit also, wurde Erich Mühsam ins KZ verschleppt. Die Nazis machten noch in der Nacht des selbstgelegten Reichtagsbrandes reinen Tisch mit der revolutionären Opposition. Für Mühsams Inhaftierung wurde später seine angebliche Beteiligung am Münchner „Geiselmord" als Grund nachgeschoben.



Mühsam im KZ Oranienburg

Selbstmord von Erich Mühsam

Ein Anarchist richtet sich selbst

Der durch seine Teilnahme am Münchener Geiselmord bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Erich Mühsam, der sich in Schutzhaft befand, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Erich Mühsam war der Sohn eines Apothekers in Lübeck. Schon als Sekundaner wurde er wegen politischer Betätigung aus dem Gymnasium ausgeschlossen. Er betätigte sich dann als freier Schriftsteller in Berlin und München, doch trat er immer mehr als anarchistischer Agitator auf, und in den Jahren 1908 und 1911 war er in mehrere politische Prozesse verwickelt, die ihm längere Freiheitsstrafen eintrugen. Während der bayerischen Räterepublik war er Volksbeauftragter und wurde dann nach der Eroberung Münchens 1919 zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach fünf Jahren wurde er jedoch begnadigt und betätigte sich seither wieder als Kommunist. Am Tag nach dem Reichstagsbrand wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.

Berliner Nachtausgabe vom 11. 7. 1934

Nach 17 Monaten quälender Haft, nachdem man ihn schon sein eigenes Grab hatte schaufeln lassen, wurde er aufgefordert, sich innerhalb von 48 Stunden zu erhängen. Mühsam: *„Wenn ihr hört, daß ich Selbstmord begangen habe, so dürft ihr es nicht glauben!"* Abends wurde er ins Kommandantenzimmer bestellt. Hier wurde er ermordet und anschließend im Klosetthaus aufgehängt. Das war am 9. Juli 1934.

In dem Wagenbach-Band werden die wichtigsten Aufsätze Mühsams von 1905 – 1932 vor- und in Zusammenhang gestellt. Der Herausgeber hat eine knappe und übersichtliche Biographie den Texten vorausgeschickt. Aus ihr wird auch klar, in welchen politischen Situationen die Aufsätze – meist Zeitschriften-Artikel – entstanden. Als einer der wenigen Anhänger Bakunins im Deutschland des 20. Jahrhunderts hat sich Mühsam zunächst besonders um die „Randgruppen" politisch bemüht.
Er entwickelte trotz seines radikal-anarchistischen Standpunktes eine realistische Bündnispolitik mit der Weimarer KP. „Anarcho-Kommunist" nannte er sich nun selbst, – „die rote Judensau" war er später für die Faschisten. In die Kommunistische Partei konnte er sich wegen seiner antiautoritären Haltung nur für einige Monate integrieren. Mühsam hat allerdings sich und die anderen nie in Ruhe gelassen. Er hat seinen Standpunkt durch ein Leben in der politischen Praxis (auch im Knast) ständig weiterentwickelt, er hat praktische Aktionseinheit geübt, ohne Widersprüche im oppositionellen Lager zu leugnen. Er setzte seine Kraft und sein Leben für einen frühen antifaschistischen Widerstand ein, und er kämpfte mit den revolutionären Arbeitern. Seine beißende Kritik galt hauptsächlich den Sozialdemokraten und der durch sie gedeckten Reaktion.

Als konsequenter, aber idealistischer Vertreter des Leninschen Rätegedankens war er von der Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrußland entsetzt. Seine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung blieb aber solidarisch.

In der Aufsatzsammlung sind auch recht problematische, teilweise politisch anzugreifende Artikel (so der zum Frauenrecht) abgedruckt. Es ist jedoch wichtig, sie nicht zu zensieren, sondern der Diskussion unter den Linken freizugeben.

Das Buch ist deshalb für die heutige Diskussion wichtig, weil es die Abgrenzungshysterie, die uns von oben vorgeschrieben werden soll, von unten her durchbricht. (weitere Bücher des Autors: „Von Eisner bis Levine, zur Geschichte der Münchner Räterepublik" und „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat").

Kulturkommission

Buchbesprechung

Alle Türen offen

Buchbesprechung
Alle Türen offen

oder Freiheit und Glück, Aufbruch und Zorn

„Alle Türen offen", so heißt das neueste Buch von Peter Paul Zahl. „Freiheit und Glück", so unterschrieb P.P. Zahl lange Zeit seine Nachrichten nach draußen. Seit einem Jahr fügt er „Aufbruch und Zorn" hinzu.

Dieser Zusatz macht gleichzeitig die Entwicklung eines in vier Mauern gefangenen, politischen Dichters deutlich – Genosse P.P. Zahl.

Liest man sein neuestes Buch, so meint man, daß einer der im Knast sitzt, die „Außenwelt" besser wahrnimmt, als einer der „draußen" ist:

when the freedom fighters are fighting?
so who's gonna stay at home
(bob marley and the wailers: talkin' blues, reggae)

Innenwelt

zwanzig meter vor meinen augen
die außenmauer: sehr hoch sehr weiß
darüber ein leerer himmel
der wird nie richtig blau
davor der hohe drahtzaun
gekrönt von stacheldraht
und zwischen mir und dem zaun
ein stück wüste: der rasen
total verbrannt

aus allen fenstern
dröhnen die hysterischen stimmen
der reporter in montreal
die mit anabolika vollgestopfte
rennende stemmende schwimmende
springende androiden besingen

elf mal am tag die nachrichten:
in beirut
schlachten faschisten frauen
kinder und greise ab
verteidigen 650 fedajin
das lager tel zaatar
die waffen der faschisten kommen
aus israel das die grenze öffnet
zum süd-libanon hin
und pflaster klebt unter den salven
von blitzlichtern
sich feiern läßt
für diese wahrhaft humanitäre geste

in tel zaatar
krepieren menschen wie fliegen:
kein wasser keine ärzte
keine medikamente keine sanitäter
keine desinfektionsmittel
200 tote 500 tote 1000 tote
500 verwundete 1000 verwundete
5000 verwundete

ich weiß wie es ist
verwundet zu sein
ich weiß wie es ist
keine ärztliche versorgung zu erhalten
ich weiß wie es ist
nicht zu schreien
weil das grauen über das
was der mensch dem menschen
anzutun
in der lage die lippen versiegelt
ich weiß wie es ist
angst zu haben und ohnmächtige wut
sich krepieren zu spüren
ich krepiere mit
in tel zaatar

in heidelberg rügt
ein kritiker meine gedichte
ihnen fehlt sagt er
‚der pragmatische gestus
der neuen alltagslyrik'
und ‚das politische in den spezifischen
formen der poesie zu sagen'
‚ihnen fehlt' *sagt er*
die ‚sensibilisierung
für sprache gesellschaft
und innenwelt'

So beginnt das buch!
Ähnlich wie die „Innenwelt" beschäftigt sich P.P. Zahl in seinem Buch sehr ausführlich mit dem Knastalltag: „im knast krepiert" stellt den „Sterbefall" eines 64jährigen dar, der im Knast draufgeht, weil alle (der Arzt, der Wärter etc.) *„ihre Pflicht tun"*.

Seinen eigenen Fall darstellend entlarvt P.P. Zahl den Spruch „Im Namen des Volkes":

im namen des volkes

am 24. mai 1974
verurteilte mich
das volk
– drei richter
und sechs geschworene –
zu vier jahren
freiheitsentzug

am 12. märz 1976
verurteilte mich
in gleicher sache
das volk
– drei richter
und zwei geschworene –
zu fünfzehn jahren
freiheitsentzug

ich meine
das sollen die völker
unter sich ausmachen
und mich
da
rauslassen

Aber auch die „frohe" Seite des Knastalltags kommt zu Wort:
(bobby = Bob Dylan)

da white man understands,
but da black man overstands.
(ein rasta aus jamaica)

bobby & charlie & ich

ich geh
doch nicht
wegen absingen
von die gedanken sind frei
in kahn
sagt marx
die könn mich
am arsch lecken
mit ihren neuen
gewaltparagraphen

zwei jahre schon
such ich
einen verleger für
die theorien
über den mehrwert

er spuckt
auf den boden und zieht
sich für ne demo an:
sackschutz motorradhelm
ausweis kleingeld
bambusstange mit schwarz-
roter fahne und
na du weißt schon

komm steig auf
meint er und schmeißt
die moto-guzzi an
und kurz vor'm durchstarten
rufen wir dylan
noch was zu
damit der endlich kapiert:
wenn du noch mal
son müll bringst
wie I'd have you anytime
machste drei wochen
den abwasch
bei uns inne kommune

bobby lächelt
verlegen und hält
sich mit seinem hobel
in unserem windschatten
und nach der schlacht
vorm verwaltungsgebäude
der nahverkehrsbetriebe
vertont er
den bullenfunk

„Alle Türen offen" – das ist die letzte Zeile der DOORS. Einem „Stereogedicht für eine Stimme", welches den Band abschließt. Die Überschriften entstammen den Liedern der DOORS (the scream of a butterfly; waiting for the sun; light my fire; riders on the storm; befor I sink into the big sleep).

Dieses Gedicht ist eine einzige Anklage gegen das, was man allgemein „Strafvollzug" nennt. Hier wird beschrieben, was mit Menschen passiert, an denen Strafe vollzogen wird:

„Wer hungert, der schlingt" – Schlüsselzeile des Textes. Liebe und Zärtlichkeit verkommt zum Verlangen nach Sex, nach der Form von Erotik, die im Knast noch zugelassen ist.

Pornos, der Ersatz für „sich streicheln, liebhaben". Das bedeutet „zurückgebombt in die Steinzeit zu werden", das bedeutet „resozialisieren"!

Trotz alledem – P.P. Zahl ist einer derjenigen, die uns noch hinter dicken Mauern zeigen, daß es „ein Leben vor dem Tode" oder einen Kampf hinter den Mauern gibt. In der „brokdorfer kantate" führt er „uns draußen" vor, wie man (ohne dabei gewesen zu sein) doch dabei gewesen ist:
(nur ein Auszug)

XII
wer von uns
wäre nicht gegen gewalt
die andere seite
diskutiert nicht
über gewalt
sie übt sie aus
und gießt sie
in gesetze

XIII
der wahnsinn
war ganz öffentlich
ausgebrochen
und ganz normal
selbst der wirtschaftsminister
sah nicht aus
wie eines
von frankensteins geschöpfen
vorher

XIV
ob wir hier
den kapitalismus
bekämpfen fragte ein bauer
ja sagten wir
aber der kann auch
an alternativtechnologien
verdienen
und: sozialismus
wird sein eine kettenreaktion
der herzen und hirne
da bin ich ja ganz beruhigt
sagte der bauer und warf
mit den steinen
die ihn vom herzen
gefallen waren

neben uns kämpfte
mit der zwille eine
die wir früher als alte dame
bezeichnet hätten
sie weinte
und das war nicht nur
das gas
das hätte ich mir
von mir nie träumen lassen
sagte sie
vierzig jahre war ich pazifistin
und nun das
und sie zielte
genau

Solidarität mit und Grüße an Genossen P.P. Zahl!
Freiheit für ihn und alle anderen politischen Gefangenen!

Weitere Bücher von P.P. Zahl:
„Das System macht keine Fehler. Es ist ein Fehler"
„Schutzimpfung"
„Die Barbaren kommen"
„Von einem, der auszog, Geld zu verdienen"
„Waffe der Kritik"
„Wie im Frieden"
„Eingreifende und ergriffene Literatur"
„Isolation"
sowie die Dokumentation
„Am Beispiel Peter Paul Zahl"

A. Paul Weber - zwei Gesichter

„O wie Nobel
ist der Wrobel
Unser großer Archischmock!
Er weiß Hindenburg zu binden
An der Schande schwarzer Pflock.
Seht det Luda,
Stolz von Juda
In dem roten Trotzkirock.
Allen Kallen
Werd gefallen
Mausche Moritz Tintenbock."

Dieses antisemitische Hetzgedicht auf Kurt Tucholsky (Ignaz Wrobel war eines seiner Pseudonyme) erschien 1930 in dem Buch „Literatenwäsche" von Wilhelm Stapel (Hanseatische Verlagsanstalt). Illustriert war dieses Gedicht mit einer Karikatur, die Tucholsky als aufgespießte Wanze zeigte. Paul A.Weber hatte diese Zeichnung angefertigt.

Noch im letzten ARBEITER-KAMPF berichteten wir über eine Weber-Ausstellung, die gegenwärtig von der Elefanten Press unter dem Titel „Kunst im Widerstand" gezeigt wird. Auch wir haben Weber als antifaschistischen Künstler dargestellt, der mit seinen Zeichnungen gegen den deutschen Faschismus Stellung bezog.

Das war aber offenbar nur eine Seite seines Wirkens. Inzwischen haben wir Material erhalten, das unzweifelhaft belegt, daß Weber auch extrem rechte Sachen gemacht hat.

Er hat vor und während der Nazi-Zeit antisemitische und profaschistische Zeichnungen hergestellt und sie in Nazi-Verlagen veröffentlicht.

„Es darf unterstrichen werden, daß der Nationalismus der jungen Generation sich durch A.Paul Weber auch der karikaturistischen Waffe bemächtigt hat und daß die Anfänge stark, rücksichtslos und wohl geschult sind".

Diese lobenden Worte fand der schon genannte Wilhelm Stapel in der Zeitung „Deutsches Volkstum", die er selbst von 1919 bis 1938 in der „Hanseatischen Verlagsanstalt" herausgab. Im selben Verlag erschien 1937 von Stapel das Buch „Die literarische Vorherrschaft der Juden in Deutschland – 1918 – 1933". Im Vorwort heißt es: *„Gewiß, die literarische Macht des Judentums ist in Deutschland gebrochen. Aber noch wütet rings um Deutschland das Sperrfeuer der Infamierung, durch das das emigrierte Judentum das nationalsozialistische Deutschland ‚moralisch einzukreisen' sucht. Noch prägt jüdische Literatur und jüdische Presse außerhalb Deutschlands für Millionen Gehirnen und Seelen das Bild, ein Zerrbild, des neuen Deutschlands ...".* Stapel bezeichnet den Kampf gegen die jüdischen Schriftsteller als „Freiheitskampf des Geistes" und identifiziert sich mit der Vernichtung fast der gesamten jüdischen Bevölkerung Deutschlands: *„Allein durch den geistigen Kampf wäre der Angriff der jüdischen Assimilanten nicht abgewehrt worden."* Die Schrift schließt konsequenterweise mit einem Loblied auf Adolf Hitler. Wir zitieren das deshalb so breit, weil Weber lange Jahre mit Stapel zusammengearbeitet hat. Neben der schon erwähnten „Literatenwäsche", in der Stapel gegen jüdische Schriftsteller vom Leder zieht, hat Weber auch Stapels „Zunftbuch der fahrenden Gesellen" illustriert (1927), einem „Katechismus der Wander- und Wehrjugend", der sich ausgiebig mit „Volksgemeinschaft", „Gefolgschaftstreue", und der „Reinhaltung deutscher Kultur" befaßt. In den erwähnten Büchern wird samt und sonders ein lautes Ja zum Faschismus gesagt.

Stapels „Literatenwäsche" ist 1930 ebenfalls im „Widerstands-Verlag" des Ernst Niekisch erschienen. In diesem Verlag hat Weber in der Zeit von 1928 – 1935 den größten Teil seiner Arbeiten herausgebracht, aus dieser Zeit stammt auch sein Ruf als antifaschistischer Warner mit dem Zeichenstift. Zusammen mit Ernst Niekisch gab Weber die Zeitung „Widerstand" heraus, die sich in ihrer Werbung folgendermaßen anbot: *„Der ‚Widerstand' stärkt den Willen deutscher Selbstbehauptung, er ist die einzige nationalistische Zeitung von Rang und Bedeutung"* Zu den ständigen Mitarbeitern des „Widerstand" gehörten auch Kriegsromantiker und -verherrlicher wie Ernst Jünger, Verfasser des Blut- und Boden Nazi-Bestsellers „In Stahlgewittern". Über ihn berichtete 1946 der „Volks-Brockhaus": „ *....stellte in seinen Werken, besonders seinen Kriegsbüchern den nationalistischen und heldischen Gedanken dem bürgerlichen Geist entgegen".*

Parallel zu seiner Arbeit im „Widerstands-Verlag" arbeitete Weber beim „Vormarsch-Verlag", der ausschließlich nazistische Bücher verlegte. Hier erschien auch das im Anhang von Hitlers „Mein Kampf" empfohlene Buch des SA-Führers Killinger „Heiteres und Ernstes aus dem Putsch-Leben" mit Illustrationen von Weber. Killinger hatte sich schon als Mitglied der faschistischen „Organisation Consul" einen Namen gemacht.

Kultur-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Zur Auseinandersetzung um Weber erscheint demnächst eine „Kritische Dokumentation, Weber – ein deutsches Mißverständnis", zu beziehen bei: Arie Goral, 2000 Hamburg 60, Semperstraße 21; ca. 50 Seiten, A4, ca. 5 DM.

Kampf dem Faschismus!

Don Bosco-Heim, Düsseldorf: Isolationsfolter als ‚Jugendschutz'



Nach dem Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz sind Polizei und Jugendamt berechtigt, „*einen Minderjährigen vorübergehend in Obhut zu nehmen, wenn er aus der Obhut der Personensorgeberechtigten entwichen ist*" (§ 31 AG-JWG). Zu diesem Zweck sind sogenannte „Jugendschutzstellen" eingerichtet.

Die in dem sonst als Obdachlosenheim für Erwachsene dienenden Don-Bosco-Heim in Düsseldorf eingerichtete Jugendschutzstelle entlarvt indes die ganzen schönen Worte von „Obhut" und „Schutz" als einen beispiellosen Zynismus.

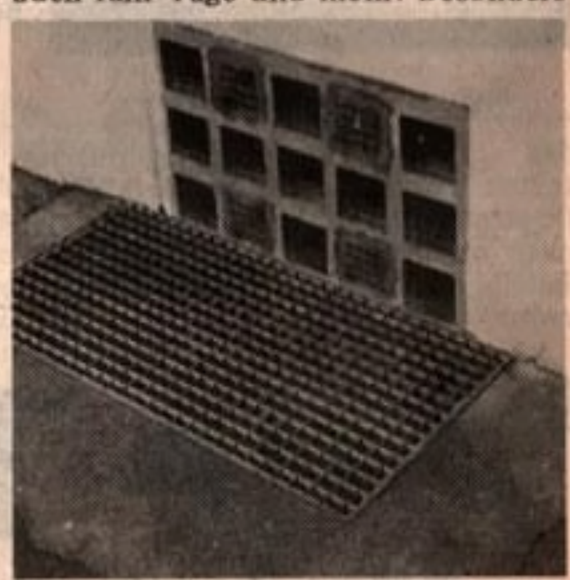
Eine enge und steile Treppe führt in einen finsteren Keller des vom „Sozialdienst Katholischer Männer" geführten Heimes. Hinter schweren Stahltüren, in denen sich nur eine kleine Klappe zum Durchreichen des Essens befindet, drei winzige Zellen. Zwei davon so klein, daß neben dem schmalen gemauerten (!) Bett kaum 50 Zentimeter Platz ist. Eine weitere, die „Doppelzelle", nur wenig größer. Fließend Wasser gibt es in keiner Zelle, eine der Einzelzellen hat nicht mal ein Klo.

Licht bekommen diese Löcher nur durch ein kleines Oberlicht aus undurchsichtigen Glasbausteinen. Winzige Öffnungen in einigen dieser Glassteine sorgen für „frische Luft". „***Außerdem wird jede Zelle noch durch eine schwache Funzel mit schummeriger Beleuchtung versehen, die ebenfalls hinter einem Glasbaustein angebracht ist, weil*** – so die Stellungnahme des Sozialdienstes Katholischer Männer – die Lampen *„laufend demoliert und zu elektrischen Kurzschlüssen mißbraucht wurden."*

Eine Heizung gibt es in den Zellen nicht. Im Winter ist es bitter kalt da unten, dafür kann man im Sommer Erstickungsanfälle kriegen. Jugendliche, die dort untergebracht waren, berichteten, daß durch die schlechte Luft die Matratzen oft feucht und zum Teil sogar angeschimmelt waren.

Die dicken Mauern und Stahltüren schirmen nahezu alle Geräusche von innen und außen ab. Wer hier in „Obhut" gehalten wird, der kann nicht lesen, mit niemandem reden (auch den Mitarbeitern war eine Unterhaltung, wie sie ausdrücklich bekräftigen, strikt verboten) und nichts hören.

In diesen klassischen Isolationsfolterzellen sind allein 1977 102 Jungen untergebracht gewesen. Viele zwei bis drei Tage, manche aber auch fünf Tage und mehr. Besonders



über Feiertage wie Ostern und Pfingsten war das offenbar die Regel, weil dann das Düsseldorfer Jugendamt nicht arbeitet und kein „Zuführungsdienst" in den Heimatort möglich war.

Es liegt auf der Hand, daß die meisten Jugendlichen nach kurzer Zeit in ihrer Einsamkeit halb verrückt wurden. Wiederholt kam es zu Tobsuchtsanfällen, wobei die Toilettenbecken zertrümmert oder die Zellen unter Wasser gesetzt wurden. Andere weinten und schrien stundenlang, aber niemand konnte sie hören.

Ein nach Schätzung der Heim-Mitarbeiter erst knapp Vierzehnjähriger rannte in seiner Verzweiflung immer wieder mit dem Kopf gegen die Wand, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Auch ein 17jähriger Würzburger drehte schließlich durch, nachdem er Ende November 48 Stunden in der totalen Isolation gesessen hatte. Er zündete seine Matratze an. Es dauerte nicht lange, da war die ganze Zelle von beißendem Qualm angefüllt, der durch die nur patronengroßen Luftlöcher nicht abzog. Hilfe konnte der Junge nicht herbeiholen, weil die Alarmanlage wie fast immer kaputt war.

Nur durch einen unwahrscheinlichen Glückszufall bemerkte einer der oben im Haus tätigen Mitarbeiter den Brandgeruch und zerrte Helmut im letzten Augenblick aus der Zelle.

Dieser nur um Haaresbreite verhinderte Todesfall brachte aber endlich den Stein ins Rollen. Mitarbeiter des Don-Bosco-Heimes informierten die „Rheinische Post", die – obwohl sonst ein Hausblatt des rheinisch-katholischen Kapitals – eine Woche lang ausführlich über die Zustände berichtete.

Dabei stellte sich heraus, daß das Landesjugendamt nicht nur von den menschenunwürdigen Verhältnissen gewußt hatte, sondern die Räume sogar nach ihrer Einrichtung baulich abgenommen hatte! Auch das Düsseldorfer Jugendamt, das den Bau finanziert hatte und für jeden Jugendlichen im Folterkeller Tagegeld an den Sozialdienst Katholischer Männer zahlte, wußte genauestens Bescheid: „*Das Jugendamt und auch der Sozialdienst Katholischer Männer*", so heißt es in einer Stellungnahme, „*sind sich darüber im Klaren, daß die Unterbringung in den Kellerräumen pädagogischen Erfordernissen nicht entspricht...*" Aber: „*Da trotz vielfältiger Bemühungen keine Alternative ... bestand, mußte diese Einrichtung trotz erheblicher Bedenken weiter in Anspruch genommen werden.*"

Nachdem es jetzt einen solchen Wirbel in der Düsseldorfer Öffentlichkeit gegeben hatte, war es jedoch plötzlich ganz einfach, eine Alternative zu finden. Der Folterkeller im Don-Bosco-Heim wurde unverzüglich geschlossen. Und jetzt sind, wenn man ihren Worten glauben darf, alle froh, daß dieser scheußliche Zustand beendet ist, den alle Verantwortlichen angeblich nur mit Zähneknirschen geduldet haben, weil man ja leider gesetzlich zur „Inobhutnahme" gezwungen war und keine Alternative hatte.

Den Vogel schoß der Vertreter des Sozialdienstes Katholischer Männer ab: er nannte die Bekanntgabe der Schließung eine „*für mich erlösende Mitteilung*"!

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Katholischer Männer – die Lampen totalen Isolation gesessen hatte. Er KB/Gruppe Hamburg

Riesiger Erfolg: 2.000 auf ‚Bambule'-Veranstaltung

Unter diesem Motto versammelten sich am 9.12. im Audimax (Hamburg) ca. 2.000 Menschen, um sich über die Situation der FÜRSORGEERZIEHUNG IN DER BRD zu informieren.

Sowohl die Initiatoren dieser Veranstaltung (20 Initiativen aus dem Bereich der Sozialarbeit) als auch die Teilnehmer auf dem Podium (u.a. Hamburger Erzieher und Sozialarbeiter; Peter Brosch, entlassener Sozialarbeiter aus dem Isenbergheim in Bremen; Jürgen Roth, Schriftsteller aus Frankfurt; Manfred Rabatsch, Sozialarbeiter aus Westberlin und betroffene Jugendliche aus Heimen und Anstalten) waren sich über den großartigen Erfolg dieser Veranstaltung einig.

Besonders durch die Beiträge der betroffenen Jugendlichen wurde deutlich, welchen psychischen und physischen Terror etwa 150.000 (!) Kinder und Jugendliche täglich ertragen müssen:

- Isolierung in Arrestzellen
- Wochenlange Ausgangssperren
- Briefkontrollen
- Schläge

Diese Liste des Terrors ließe sich beliebig fortsetzen, seine Funktion wurde auf der Veranstaltung mehrmals mit einem Zitat aus dem Buch „Bambule" von Ulrike Meinhof treffend charakterisiert:

„*Heimerziehung, das ist der Büttel des Systems, der Rohrstock, mit dem den proletarischen Jugendlichen eingebläut wird, daß es keinen Zweck hat, sich zu wehren, keinen Zweck, etwas anderes zu wollen, als lebenslänglich am Fließband zu stehen, an untergeordneter Stelle zu arbeiten, Befehlsempfänger zu sein und zu bleiben, das Maul zu halten!*"

Die Veranstaltung endete mit dem Aufruf an alle fortschrittlichen Menschen und Initiativen im Bereich der Sozialarbeit, Ende nächsten Jahres ein großes TRIBUNAL gegen die



Fürsorgeerziehung in der BRD zu veranstalten.

Jetzt kommt es darauf an, mit dem Erfolg dieser Veranstaltung im Rücken, eine kontinuierliche und systematische Untersuchungsarbeit über die Fürsorgeerziehung in der gesamten BRD anzupacken und mit den Ergebnissen eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Gleichzeitig kommt es darauf an, den bislang vereinzelten und zaghaften Widerstand von Sozialarbeitern und betroffenen Kindern und Jugendlichen zusammenzuschließen, um so eine möglichst breite Front gegen den staatlichen und kirchlichen Heimterror aufzubauen.

Auch und gerade für den Bereich der Fürsorgeheime und Jugendstrafanstalten gilt die Devise:

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Einen Tag nach der Veranstaltung versammelten sich die beteiligten Initiativen und einige betroffene Heimjugendliche in der Hamburger Hochschule für bildende Künste, um zu diskutieren, wie speziell in Hamburg und Umgebung der Widerstand gegen den kaum gezügelten Terror, die Schikanen und die Ausbeutung in den Heimen und der Fürsorge insgesamt aufgebaut werden kann.

Es wurden dabei folgende Aufgaben festgelegt:

1. Veröffentlichung einer Dokumentation über die Beiträge auf der Veranstaltung.
2. Aufbau einer Arbeitsgruppe über die Fürsorgeerziehung in Hamburg.
3. Gründung einer Selbsthilfeinitiative für und von betroffenen Fürsorgezöglinge(n).
4. Gründung eines regelmäßig tagenden Plenums aller fortschrittlichen Initiativen aus dem Bereich der Jugendhilfe.

Das nächste Treffen dieses Plenums findet statt am 21. Januar 1978 um 15 Uhr voraussichtlich in der Hochschule für bildende Künste (Lerchenfeld).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg